Öffentliche Bekanntmachung

einer **Sitzung des Regionalentwicklungsausschusses am Mittwoch den 08.06.2016 um 17:00 Uhr** im Kreis Rendsburg-Eckernförde, Kaiserstraße 8, 24768 Rendsburg, Sitzungssaal 1

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung	
2.	Einwohnerfragestunde	
3.	Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen am 23.03.2016 und 27.04.2016	
4.	Schülerbeförderung - Sachstand zur Überarbeitung der Schülerbeförderungssatzung	**VO/2015/582-004**
5.	Wirtschaftsförderungsgesellschaft- Bericht aus der Gesellschaft	
6.	Gemeinsames Gewerbeflächenentwicklungskonzept für den Planungsraum II Schleswig-Holstein	**VO/2014/297-001**
7.	Grünbuch zur Landesentwicklungsstrategie Schleswig-Holstein 2030	**VO/2016/877**
8.	Regionalbudget der Kiel Region – Kooperationsvereinbarung	**VO/2016/878**
9.	Masterplan Mobilität	
10.	Ausschreibung Stadtverkehr Rendsburg	
11.	Bus-Bahn-Konzept Kiel-Rendsburg	
12.	Verschiedenes	

Kreis Rendsburg-Eckernförde
Der Landrat

Rendsburg, 24.05.2016

Mitteilungsvorlage Federführend: FD 5.3 Regionalentwicklung	Vorlage-Nr: VO/2015/582-004 Status: öffentlich Datum: 23.05.2016 Ansprechpartner/in: Dr. Kruse, Martin Bearbeiter/in: Weit, Kirsten
Mitwirkend:	**öffentliche Mitteilungsvorlage**

Schülerbeförderung - Sachstand zur Überarbeitung der Schülerbeförderungssatzung

Beratungsfolge:

Status	Gremium	Zuständigkeit
Öffentlich	Regionalentwicklungsausschuss	Kenntnisnahme

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:
entfällt

2. Sachverhalt:
Auf Empfehlung des Regionalentwicklungsausschusses hat der Kreistag in seiner Sitzung am 14.03.2016 beschlossen, die Satzung des Kreises Rendsburg-Eckernförde über die Anerkennung der notwendigen Kosten für die Schülerbeförderung entsprechend der 2. Änderungssatzung zum 01.08.2016 anzupassen. Dies beinhaltet die Freistellung von Kosten für Eltern, die Wohngeld oder einen Kinderzuschlag erhalten sowie eine Frist von 6 Monaten nach Ablauf des Schuljahres für die Beantragung einer Erstattungsleistung in Schülerbeförderungsangelegenheiten.

In Sachen „Zusammenarbeit mit dem dänischen Schulverein“ haben am 10.02.2016 und 23.05.2016 Gespräche zwischen dem Kreis, dem dänischen Schulverein und den betreffenden Schulträgern stattgefunden. Als Ergebnis ist festzuhalten, dass zwischen dem dänischen Schulverein und dem Amt Schlei-Ostsee Möglichkeiten der Zusammenarbeit zum Schuljahr 2016/2017 am Schulstandort Rieseby erarbeitet werden sollen. Dies würde zu Einsparungen führen, die derzeit noch nicht bezifferbar sind. Weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit bestünden ggf. mit dem Amt Hüttener Berge für den Schulstandort Ascheffel sowie mit dem Amt Dänischenhagen für den Schulstandort Dänischenhagen. In diesen Fällen sind jedoch Kinder betroffen, die nicht die nächstgelegene Schule besuchen, so dass eine Kostenübernahme durch den Kreis nach der Schülerbeförderungssatzung nicht möglich wäre. Eine Kooperation zwischen dem Amt Hohner Harde und dem dänischen Schulverein ist aufgrund der Struktur und der örtlichen Gegebenheiten der zu befördernden Kinder nicht möglich.

Zur weiteren Konkretisierung der möglichen Ansätze zur Optimierung der Schülerbeförderung erfolgte mit Schreiben vom 22.03.2016 sowie Erinnerung vom

04.05.2016 eine Abfrage bei den Schulträgern im Kreis Rendsburg-Eckernförde zu folgenden möglichen Maßnahmen:

- Wohnstandort statt Ortsmittelpunkt als Ausgangspunkt für Schulweg-berechnung
- Vereinheitlichung der Wartezeiten
- Beförderungskosten bei offenen Ganztagsschulen

Das Ergebnis der Abfrage ist als Anlage beigefügt. Die Ämter Achterwehr und Jevenstedt haben bislang auf die Abfrage nicht geantwortet.

Mit den Verkehrsunternehmen hat am 25.04.2016 ein Gespräch zu folgenden Themen stattgefunden:

- Optimierung der Schülerbeförderung
- Indexregelung (Verlängerung/Neuregelung ab 01.08.2016)
- Bildungstarif (Vereinfachung des Beantragungsverfahrens)

Einsparmöglichkeiten in den Schülerbeförderungskosten werden von den Verkehrsunternehmen vor allem durch die Abstimmung der Schulanfangs- und -endzeiten, die von der Schulkonferenz der jeweiligen Schule bestimmt werden, gesehen. Sinnvoll im Rahmen der Optimierung der Schülerbeförderung wäre ebenfalls, die Verantwortung für die Organisation der Schülerbeförderung beim Kreis zu bündeln, wie es in der EU-VO 1370/2007 mit der gesetzlich verankerten Zuständigkeit der Kreise zur Regelung des ÖPNV, deren wesentlicher Bestandteil die Organisation und Durchführung der Schülerbeförderung ist, geregelt ist.

Von der Autokraft GmbH wurde berichtet, dass im Bereich des Amtes Mittelholstein eine Neuplanung der Schülerbeförderung bis Ende Juni 2016 erfolgen soll.

Bezüglich der Verlängerung bzw. Neuregelung der Indexregelung ab 01.08.2016 erklärten die Verkehrsunternehmen, dass eine einmalige Berücksichtigung der Personalkostensteigerung, wie zuletzt praktiziert, zukünftig nicht mehr möglich sei. Der Kreis wird den Verkehrsunternehmen kurzfristig einen Vorschlag zur Indexregelung ab 01.08.2016 unterbreiten.

Das Beantragungsverfahren für den Bildungstarif wurde nochmals zwecks Vereinfachung untersucht. Hierbei konnte noch kein anderes Verfahren gefunden werden. In diesem Zusammenhang berichtete die Autokraft GmbH, dass die mobilen Verkaufsstellen sehr wenig frequentiert seien.

Finanzielle Auswirkungen:
entfällt

Anlage/n:
Abfrage bei den Schulträgern vom 22.03.2016, Antworten, Stand 23.05.2016

Schulträger	Wohnstandort statt Ortsmittelpunkt als Ausgangspunkt für Schulwegberechnung	Vereinheitlichung der Wartezeiten		Aufnahme der Beförderungskosten bei offenen Ganztagsschulen
	1. Welche zusätzlichen Kosten würden entstehen, wenn die Berechnung des zumutbarenSchulweges statt vom zentralen Punkt des Wohnortes vom jeweiligen Wohnstandort des Schülers/der Schülerin berechnet wird?	2. Welche Wartezeiten (vor Unterrichtsbeginn und nach Unterrichtsschluss) bestehen im laufenden Schuljahr an den jeweiligen Schulen?	3. Welche zusätzlichen Kosten würden entstehen, wenn die zumutbare Wartezeit ab der 5. Klasse von 90 Minuten auf 60 Minuten nach Unterrichtsschluss reduziert werden würde?	4. Welche zusätzlichen Beförderungskosten sind durch die offene Ganztagsschule im Schuljahr 2014/2015 entstanden?
Stadt Eckernförde	Keine zusätzlichen Kosten.	Es können bei rd. 1.100 Fahrschülern, 8 Schulstandorten und 7 Buslinien nur mit einem immensen Verwaltungsaufwand Aussagen getroffen werden.	Vermutlich keine zusätzlichen Kosten. Folgender Kompromissvorschlag wird angeregt: ... 90 Minuten nach Unterrichtsschluss bis 13.00 Uhr, ansonsten 60 Minuten nach Unterrichtsschluss für die übrigen Schülerinnen und Schüler ...	Keine zusätzlichen Kosten. Die Kinder nutzen dieselben Busse wie die Kinder der im gebundenen Ganztagsbetrieb laufenden Peter-Ustinov-Schule.
Stadt Rendsburg	rd. 19.000 € (insbesondere aus dem Bereich Fockbek und Osterrönfeld) Bei der Bearbeitung würde es zu einem immensen personellen Aufwand kommen, wodurch zusätzliche Personalkosten entstehen würden.	Es können bei rd. 1.000 Fahrschülern verteilt auf 9 Schulen derzeit keine Aussagen getroffen werden.	Es können bei rd. 1.000 Fahrschülern verteilt auf 9 Schulen derzeit keine Aussagen getroffen werden.	Keine zusätzlichen Kosten.
Stadt Büdelsdorf	rd. 19.000 € (insbesondere aus dem Bereich Rickert und Borgstedt) Des Weiteren würden zusätzliche Verwaltungskosten durch die jeweilige Einzelberechnung des Schulweges entstehen.	Mit Ausnahme der Wartezeit nach der 4. Stunde für Schüler nach Sehestedt von 85 Minuten liegen die übrigen Wartezeiten zwischen 15 und 45 Minuten.	Es müsste eine zusätzliche Fahrt für die Sehestedter Kinder nach der 4. Stunde organisiert werden, deren Kosten nicht beziffert werden können.	Keine zusätzlichen Kosten.
Gemeinde Altenholz	Keine zusätzlichen Kosten. Es würde ein zusätzlicher hoher Verwaltungsaufwand für die Berechnung der Radfahrentschädigung entstehen. Würde sich die Berechnung zusätzlich auf die innerörtliche Schülerbeförderung beziehen, würden zusätzliche Mehrkosten entstehen, deren Höhe nicht beziffert werden kann.	Claus-Rixen-Schule: kaum Wartezeiten durch Einführung einer "Sternchenstunde" Gymnasium und Gemeinschaftsschule: kaum Wartezeiten durch Unterrichtsbeginn um 7.30 Uhr, nach Unterrichtsschluss Wartezeiten von ca. 20-30 Min., lediglich längere Wartezeit für Kinder aus dem Einzugsbereich Felm (8. Std. 90 Min., 9. Std. mindestens 60 Min.)	Es müssten zusätzliche Abfahrtzeiten für die Kinder aus dem Einzugsbereich Felm organisiert werden, deren Kosten nicht beziffert werden können.	Keine zusätzlichen Kosten. Das Nachmittagsangebot der offenen Ganztagsschule ist so ausgelegt, dass die Kinder keine Wartezeiten haben und so im normalen Linienverkehr befördert werden können.
Gemeinde Kronshagen	Keine zusätzlichen Kosten.	Gemeinschaftsschule und Gymnasium Kronshagen: vor Unterrichtsbeginn: 1. Std. 34 Min., 2. Std. 6 Min., nach Unterrichtsschluss: 4. Std. 36 Min., 5. Std. 31 Min., 6. Std. 45 Min., 7. Std. 6 Min., 8. Std. 5 Min. Brüder-Grimm-Schule und Eichendorff-Schule: vor Unterrichtsbeginn: 1. Std. 35 Min., 2. Std. 22 Min., nach Unterrichtsschluss: 4. Std. 4 Min., 5. Std. 51 Min., 6. Std. 45 Min.	Keine zusätzlichen Kosten.	Keine zusätzlichen Kosten. Die Schüler nutzen ausschließlich den Linienverkehr.
Amt Achterwehr				

Schulträger	Wohnstandort statt Ortsmittelpunkt als Ausgangspunkt für Schulwegberechnung	Vereinheitlichung der Wartezeiten		Aufnahme der Beförderungskosten bei offenen Ganztagsschulen
	1. Welche zusätzlichen Kosten würden entstehen, wenn die Berechnung des zumutbarenSchulweges statt vom zentralen Punkt des Wohnortes vom jeweiligen Wohnstandort des Schülers/der Schülerin berechnet wird?	2. Welche Wartezeiten (vor Unterrichtsbeginn und nach Unterrichtsschluss) bestehen im laufenden Schuljahr an den jeweiligen Schulen?	3. Welche zusätzlichen Kosten würden entstehen, wenn die zumutbare Wartezeit ab der 5. Klasse von 90 Minuten auf 60 Minuten nach Unterrichtsschluss reduziert werden würde?	4. Welche zusätzlichen Beförderungskosten sind durch die offene Ganztagsschule im Schuljahr 2014/2015 entstanden?
Amt Bordesholm: SV Bordesholm	Keine zusätzlichen Kosten.	Vor Unterrichtsbeginn: Landschule an der Eider: 1. Std. 22-28 Min., 2. Std. 11-26 Min. Lindenschule: 1. Std. 14-29 Min, 2. Std. 5-14 Min. Hans-Brüggemann-Schule: 1. Std. 32-42 Min. Nach Unterrichtsschluss: Landschule an der Eider: 5. Std. 3 Min., 6. Std. 5 Min. Lindenschule: 5. Std. 6-7 Min., 6. Std. 6-11 Min. Hans-Brüggenmann-Schule: 5. Std. 15 Min., 6. Std. 20-24 Min., 7. Std. 55 Min., 8. Std. 10 Min.	Keine zusätzlichen Kosten.	Keine zusätzlichen Kosten.
Amt Dänischenhagen: SV Küste Dänischer Wohld	Keine zusätzlichen Kosten.	Vor Unterrichtsbeginn: Grundschule Dänischenhagen: ca. 30 Min. Grundschule Surendorf: ca. 15 Min. Grundschule Strande: ca. 25 Min. Nach Unterrichtsschluss: Grundschule Dänischenhagen: ca. 10 Min. Grundschule Surendorf: ca. 10 Min. Grundschule Strande: keine	Keine zusätzlichen Kosten.	Keine zusätzlichen Kosten. Kinder aus der offenen Ganztagsschule werden nur nach der 6. Std. mit den anderen Kindern befördert. Ansonsten erfolgt keine Beförderung.
Amt Dänischer Wohld: SV Osdorf/Felm/Noer, SV Schinkel/Neuwittenbek, SV Gettorf und Umgegend	Es würden mehr Schulbusse mit geänderten Umläufen benötigt werden, da mehr Schüler als bisher Anspruch auf Schülerbeförderung hätten, besonders, wenn es eine Anerkennung der innerörtlichen Schülerbeförderung gibt. Die Höhe der Kosten wurde nicht beziffert. Es entsteht ein geschätzter zeitlicher Mehraufwand von mindestens einer Woche jährlich (Verwaltungskosten).	Es bestehen vertretbare Wartezeiten unterhalb der bisherigen Satzung, da die Schülerbeförderung mehrerer Schulen zusammenhängt und die Umlaufzeiten zu Unterrichtsbiginn und -ende so lang sind, dass die Busse nach jeder Stunde fahren. Zum Teil wurden Pausenzeiten verkürzt, da ansonsten die zulässige Wartezeit an den Grundschulen überschritten wäre.	Nicht einschätzbar. Hängt auch davon ab, ob die Verbindung der Verkehre erhalten bleiben kann.	Keine zusätzlichen Kosten. Die Kinder, die die Isarnwohld-Schule besuchen und die Angebote der offenen Ganztagsschule nutzen, können die bestehenden Schulbusse nutzen. Kinder, die an den Grundschulen, die offene Ganztagsschule besuchen, können die Schulbusse nur zu den Zeiten nutzen, zu denen die Busse fahren. Eine Erweiterung des Schulbusverkehrs auf die Endzeiten der Ganztagsbetreuung ist bisher nicht vorgesehen.
Amt Eiderkanal: SV im Amt Eiderkanal	geschätzt 61.000 € Mehrkosten (rd. 150 Kinder aus den Bereichen Osterrönfeld, Westerrönfeld und Rendsburg) zusätzliche Personalkosten für die individuelle Ermittlung der Entfernungskilometer	Die jetzigen Fahrzeiten sind auf das Unterrichtsende abgestimmt.	Keine zusätzlichen Kosten.	Keine zusätzlichen Kosten, da noch keine offene Ganztagsschule besteht. Sollte eine offene Ganztagsschule eingerichtet werden, entstehen Mehrkosten von rd. 30.000 € - 45.000 €.

Schulträger	Wohnstandort statt Ortsmittelpunkt als Ausgangspunkt für Schulwegberechnung	Vereinheitlichung der Wartezeiten		Aufnahme der Beförderungskosten bei offenen Ganztagsschulen
	1. Welche zusätzlichen Kosten würden entstehen, wenn die Berechnung des zumutbarenSchulweges statt vom zentralen Punkt des Wohnortes vom jeweiligen Wohnstandort des Schülers/der Schülerin berechnet wird?	2. Welche Wartezeiten (vor Unterrichtsbeginn und nach Unterrichtsschluss) bestehen im laufenden Schuljahr an den jeweiligen Schulen?	3. Welche zusätzlichen Kosten würden entstehen, wenn die zumutbare Wartezeit ab der 5. Klasse von 90 Minuten auf 60 Minuten nach Unterrichtsschluss reduziert werden würde?	4. Welche zusätzlichen Beförderungskosten sind durch die offene Ganztagsschule im Schuljahr 2014/2015 entstanden?
Amt Flintbek: Gemeinde Flintbek	ca. 2.000 € sowie weitere rd. 26.000 €, wenn ebenfalls die innerörtliche Beförderung anerkannt würde Hinzu kommt ein wesentlich höherer Verwaltungsaufwand.	Vor Unterrichtsbeginn: höchstens 30 Minuten Nach Unterrichtsschluss: unter 60 Minuten	Keine zusätzlichen Kosten.	Keine zusätzlichen Kosten. Die Kinder, die die offene Ganztagsschule besuchen, nutzen den bestehenden Linienverkehr.
Amt Fockbek: Gemeinde Fockbek, Gemeinde Alt Duvenstedt	Keine zusätzlichen Kosten.	Vor Unterrichtsbeginn: bis zu 30 Minuten Nach Unterrichtsschluss: bis zu 45 Minuten	Keine zusätzlichen Kosten.	rd. 6.400 €
Amt Hohner Harde	Keine zusätzlichen Kosten.	Grundschule Hamdorf: bis zu 35 Minuten vor und bis zu 20 Minuten nach, Grund- und Gemeinschaftsschule Hohn: bis zu 30 Minuten vor und bis zu 40 Minuten nach	Keine zusätzlichen Kosten.	rd. 5.400 €
Amt Hüttener Berge: Amt Hüttener Berge, SV Borgstedt, SV Groß Wittensee/Holtsee	Keine zusätzlichen Kosten.	Für die Grundschüler bestehen Wartezeiten, die nicht mehr als 30 Minuten betragen. Durch die Schullleitungen werden noch geringere Wartezeiten gefordert.	Keine zusätzlichen Kosten.	Keine zusätzlichen Kosten. Die offene Ganztagsschule wird durch einen Verein und nicht den Schulträger organisiert.
Amt Jevenstedt				
Amt Mittelholstein: SV Han.-Had. und Todenbüttel, SV Hohenwestedt, SV Wasbek	rd. 16.500 €	Die Wartezeiten betragen jeweils maximal 60 Minuten.	Keine zusätzlichen Kosten.	rd. 28.000 €
Amt Molfsee: Gemeinde Molfsee, Gemeinde Mielkendorf	rd. 3.000 €	Am Standort Molfsee keine Wartezeiten. Am Standort Mielkendorf keine Wartezeiten vor Unterrichtsbeginn und Wartezeiten bis zu 30 Minuten nach Unterrichtsschluss.	Keine zusätzlichen Kosten.	Keine zusätzlichen Kosten.
Amt Nortorfer Land: SV Nortorf	Zurzeit kann nicht gesagt werden, wie sich die Änderung auf den Busverkehr finanziell auswirken wird.	Die Wartezeiten betragen jeweils maximal 60 Minuten.	Keine zusätzlichen Kosten.	rd. 74.000 €
Amt Schlei-Ostsee: Amt Schlei-Ostsee, SV Fleckeby, Gemeinde Rieseby, Gemeinde Barkelsby	Keine zusätzlichen Kosten.	Es bestehen so gut wie keine Wartezeiten. Die maximale Wartezeit liegt bei der Schleischule Rieseby vor Unterrichtsbeginn bei 20 Minuten.	Keine zusätzlichen Kosten.	Keine zusätzlichen Kosten.

Kreis Rendsburg-Eckernförde
Der Landrat

Rendsburg, 24.05.2016

Beschlussvorlage Federführend: FD 5.3 Regionalentwicklung	Vorlage-Nr: VO/2014/297-001 Status: öffentlich Datum: 18.05.2016 Ansprechpartner/in: Breuer, Volker Bearbeiter/in: Mathein, Marcel
Mitwirkend:	**öffentliche Beschlussvorlage**

Gemeinsames Gewerbeflächenentwicklungskonzept für den Planungsraum II Schleswig-Holstein

Beratungsfolge:

Status	Gremium	Zuständigkeit
Öffentlich	Regionalentwicklungsausschuss	Beratung

Beschlussvorschlag:

1. Der Abschlussbericht des Gewerbeflächenentwicklungskonzepts für den Planungsraum II Schleswig-Holstein wird zur Kenntnis genommen.

2. Der Regionalentwicklungsausschuss fasst einen Beschluss zu den nachfolgend unter Punkt D zu 2. genannten Handlungsempfehlungen nach entsprechender Beratung in der Sitzung.

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit: entfällt

2. Sachverhalt:

A. Anlass:

Fertigstellung des Gewerbeflächenentwicklungskonzeptes (GEFEK) für den Planungsraum II, Vorlage des Abschlussberichtes.

B. Hintergrund:

Die Beteiligung des Kreises Rendsburg-Eckernförde an der Aufstellung eines GEFEK (Vorlage VO/2014/297) folgt den Entwicklungszielen des REK-Prozesses der Jahre 2011 bis 2013 (Vorlage „Regionales Entwicklungskonzept (REK) für die Kiel Region Leitbild und Entwicklungsziele“ vom 13.02.2013“). Unter Punkt 4.C. des REK-Endberichts (Vorlage VO2013/112) werden folgende Ziele genannt:

„C 3. - Identifizierung von branchen- und flächenbezogenen Zukunftspotentialen und Organisation einer aktiven Angebotsstrategie.

C 4. - Gemeinsame Entwicklung bedarfsgerechter und strategischer Gewerbeflächenangebote.

a) Flächenangebote sind nach regionalen Branchen und Clustern zu entwickeln.

b) Suchräume sind anhand regionaler und lokaler Planungen zu definieren (unter Einbeziehung der betroffenen Gemeinden).“

Neben den vorgenannten REK-Zielen macht es auch die Neuaufstellung des Regionalplans II erforderlich, einen konzeptionellen Vorschlag aus der Region für die Raumordnung des Landes zu formulieren.

Zuletzt wurde dem Regionalentwicklungsausschuss am 20.01.2016 und während der Abschlussveranstaltung am 13.11.2015 über den Stand des GEFEK berichtet.

C. Sachstand:

Die Gutachtenbearbeitung ist abgeschlossen. Die Gutachter haben den GEFEK-Gesamtbericht mit Stand 29.03.2016 dem Planungsdialog in der KielRegion vorgelegt. Der Gesamtbericht ist darüber hinaus mit der Landesplanung abgestimmt.

Alle vier am Planungsdialog beteiligten Gebietskörperschaften, die Kreise Plön, Rendsburg-Eckernförde, die Stadt Neumünster und die Landeshauptstadt Kiel, erstellen dazu gleichlautende Vorlagen zur

- Kenntnisnahme des Schlussberichtes GEFEK

- Beschluss der Handlungsempfehlungen des Schlussberichtes

Nach Vorstellung des GEFEK im Rahmen der Abschlussveranstaltung am 13.11.2015 wurde der Endbericht zum Gewerbeflächenentwicklungskonzept für den Planungsraum II im Dezember 2015 dem Planungsdialog vorgelegt. Der Endbericht wurde an die Verwaltungsspitzen mit dem Ziel weitergeleitet, die Handlungsempfehlungen in den jeweiligen Gremien zu beschließen.

Die Vorlage im Kreis Plön VO/0107/2015 wurde durch die Verwaltungsspitze zurückgewiesen, weil die darin enthaltenen Erläuterungen für die Gutachtenergebnisse als nicht ausreichend bewertet wurden. Um die Vorbehalte auszuräumen, erörterte der Planungsdialog in seiner Sitzung am 26.02.2016 die dargelegten Aspekte. Die Ergebnisse der Erörterung wurden in der Sitzung am 29.02.2016 zwischen Vertretern des Planungsdialogs und den beauftragten Gutachtern abgestimmt. Die daraus resultierende Anpassung des Gesamtberichtes liegt mit Stand vom 29.03.2016 vor und ist Anlage dieser Vorlage.

D. Beschlussvorschläge und Begründungen

Zu 1. Beschlussvorschlag: Der Abschlussbericht des Gewerbeflächenentwicklungskonzepts für den Planungsraum II Schleswig-Holstein wird zur Kenntnis genommen.

Begründung: Der Abschlussbericht des GEFEK enthält eine umfassende Aufnahme, Analyse und Bewertung des Bestandes und der Potenziale an Gewerbeflächen im Planungsraum II. Es handelt sich um eine objektive gutachterliche Zusammenstellung von Daten, Fakten und Folgerungen. Die Arbeitsgrundlage GEFEK zeichnet erstmals ein Gesamtbild zu bedeutsamen Gewerbeflächen in dieser Untersuchungstiefe und für den Gesamtraum KielRegion plus Neumünster. Sie bildet eine Arbeitsgrundlage für Landesplanung, Kreisentwicklung und kommunale Abstimmungen.

Zu 2. Beschlussvorschlag: Der Regionalentwicklungsausschuss fasst einen Beschluss zu den nachfolgend unter Punkt D zu 2. genannten Handlungsempfehlungen nach entsprechender Beratung in der Sitzung.

1. Wirtschaftliche Entwicklung:

   Weiterführung der aktiven Angebotsstrategie für die Entwicklung von Gewerbeflächen

2. Gewerbeflächenentwicklung und -bedarfe:

   Nutzen der guten gesamtregionalen Situation, um Angebot und Nachfrage regional in Einklang zu bringen

   Nicht realisierbare Nachfragewünsche in einer bestimmten Teilregion in eine andere Teilregion lenken, wenn alle anderen Standortanforderungen gleichermaßen erfüllt sind

   Zeitnahe Entwicklung der sich in Planung befindlichen Gewerbeflächen (Planung + Erschließung) sichern

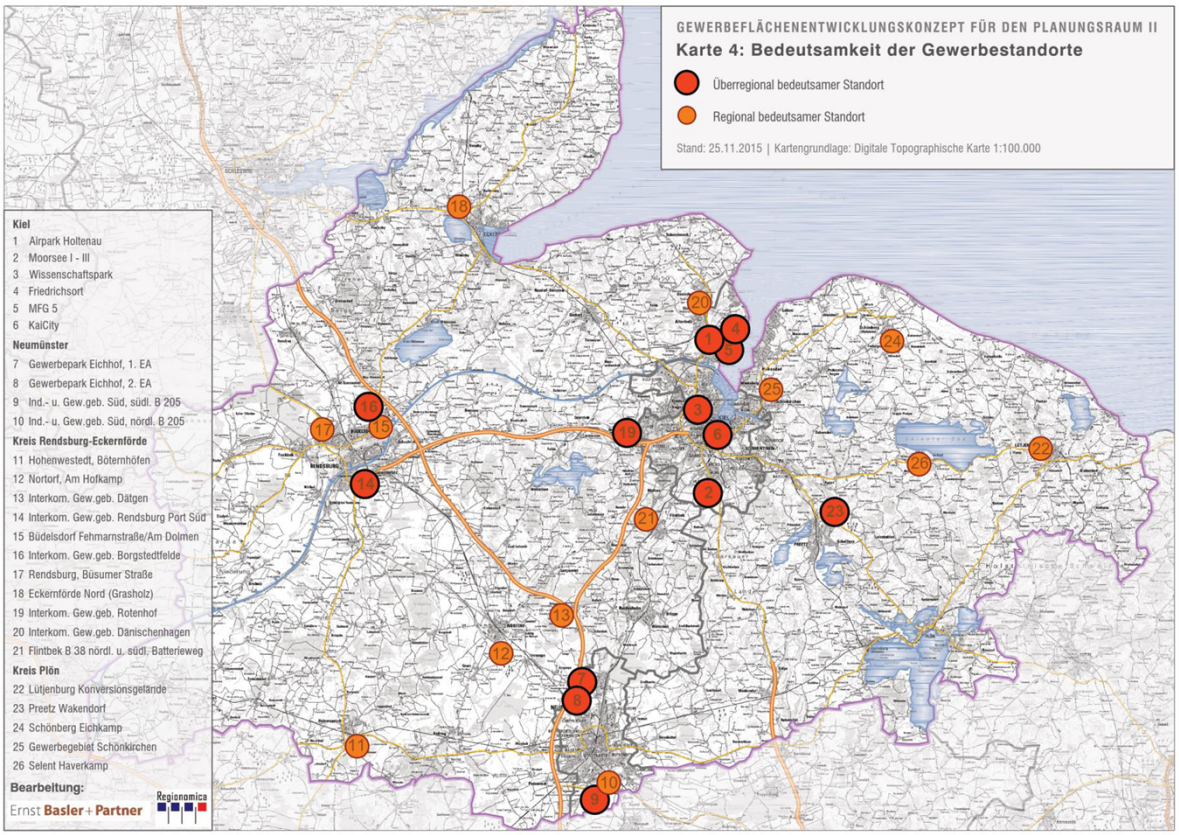
   Industriegebietsflächen in ausreichendem Umfang anbieten bzw. entwickeln

   Hohe Flexibilität der Gewerbeflächen (planungsrechtlich bzw. parzellierungsbezogen) beibehalten

3. Überregional bedeutsame Standorte:

   Die 13 überregional bedeutsamen Standorte im Zuge der weiteren Wirtschaftsraumentwicklung gezielt (weiter-)entwickeln, gemeinsam und stärker vermarkten. Regional bedeutsame Nachfragen vorrangig auf diese Standorte lenken.

Standorte mit überregionaler Bedeutung GEFEK Planungsraum II	**landesplanerisch überregional bedeutsame Standorte an Landesentwicklungsachsen**
Kiel - Moorsee I-III	X
Kiel - KaiCity	
Kiel - Wissenschaftspark	
Kiel - MFG 5	
Kiel - Airpark Holtenau	
Kiel - Friedrichsort	
Neumünster - Gewerbepark Eichhof 1.EA	X
Neumünster - Gewerbepark Eichhof 2.EA	X
Neumünster - Industrie-/Gewerbegebiet Süd, südl. B 205	X
Rendsburg-Eckernförde - Rendsburg Port Süd	X
Rendsburg-Eckernförde – interkommunales Gewerbegebiet Borgstedtfelde	X
Rendsburg-Eckernförde - interkommunales Gewerbegebiet Melsdorf – Rotenhof	X
Plön – Preetz Wakendorf	



4. Nachhaltiges Gewerbeflächenmanagement:

   Die Grundlagen für ein Gewerbeflächenmanagement aufbauen durch Fortführung der Gewerbeflächenübersicht aus dem GEFEK

   Bestehende Gewerbeflächen intensiver und effizienter nutzen

5. Interkommunale Kooperation:

   Das regionale und teilregionale Agieren weiter ausbauen

   Flächenbedarfe und -konkurrenzen in den Teilregionen offensiv vermitteln

   Interkommunale Entwicklungsansätze aktiv unterstützen

6. Vermarktung:

   Der gemeinsame Wirtschaftsraum und die Standorte mit überregionaler Bedeutung unter der Marke „KielRegion“ zeitnah vermarkten

7. Monitoring und Prozess:

   Ein kontinuierliches Gewerbeflächenmonitoring im Planungsraum aufbauen

   Aktivitäten für eine gemeinsame Flächen- und Wirtschaftsraumentwicklung intensivieren

Begründungen:

Begründung zu Handlungsempfehlung 1 - Wirtschaftliche Entwicklung:
Die positive wirtschaftliche Entwicklung im Planungsraum II erzeugt eine Gewerbeflächennachfrage. Siehe dazu auch GEFEK-Endbericht, Kapitel 4, Nr. 1.

Begründung zu Handlungsempfehlung 2 - Gewerbeflächenentwicklung und -bedarfe:
Die Flächenpotenziale reichen gesamtregional aus. Es bestehen teilregionale Unterschiede, für Kiel kann es am ehesten einen Flächenengpass geben. Siehe dazu auch GEFEK-Endbericht, Kapitel 4, Nr. 2.

Begründung zu Handlungsempfehlung 3 - Überregional bedeutsame Standorte:
Es sind 13 Standorte mit besonderen Entwicklungsprioritäten im gemeinsamen Wirtschaftsraum identifiziert worden. Siehe dazu auch GEFEK-Endbericht, Kapitel 4, Nr. 3.

Begründung zu Handlungsempfehlung 4 - Nachhaltiges Gewerbeflächenmanagement:
Im Bestandsflächenmanagement, effizienten Bauen und effizienter Flächennutzung bestehen erhebliche Potentiale für das Angebot von Gewerbeflächen. Siehe dazu auch GEFEK-Endbericht, Kapitel 4, Nr. 4.

Begründung zu Handlungsempfehlung 5 - Interkommunale Kooperation:
Die Schaffung überörtlich wahrnehmbarer Flächenangebote erfordert die interkommunale und regionale Kooperation bei der Flächenentwicklung. Siehe dazu auch GEFEK-Endbericht, Kapitel 4, Nr. 5.

Begründung zu Handlungsempfehlung 6 - Vermarktung:
Durch gemeinsames Marketing erhöht sich die Sichtbarkeit der Gesamtregion und auch der einzelnen Fläche am Markt. Siehe dazu auch GEFEK-Endbericht, Kapitel 4, Nr. 6.

Begründung zu Handlungsempfehlung 7 - Vermarktung:
Das GEFEK ist der erste Schritt. Nun gilt es, ein kontinuierliches Gewerbeflächenmonitoring aufzubauen und die gemeinsame Flächen- und Wirtschaftsraumentwicklung umzusetzen. Siehe dazu auch GEFEK-Endbericht, Kapitel 4, Nr. 7.

Finanzielle Auswirkungen:

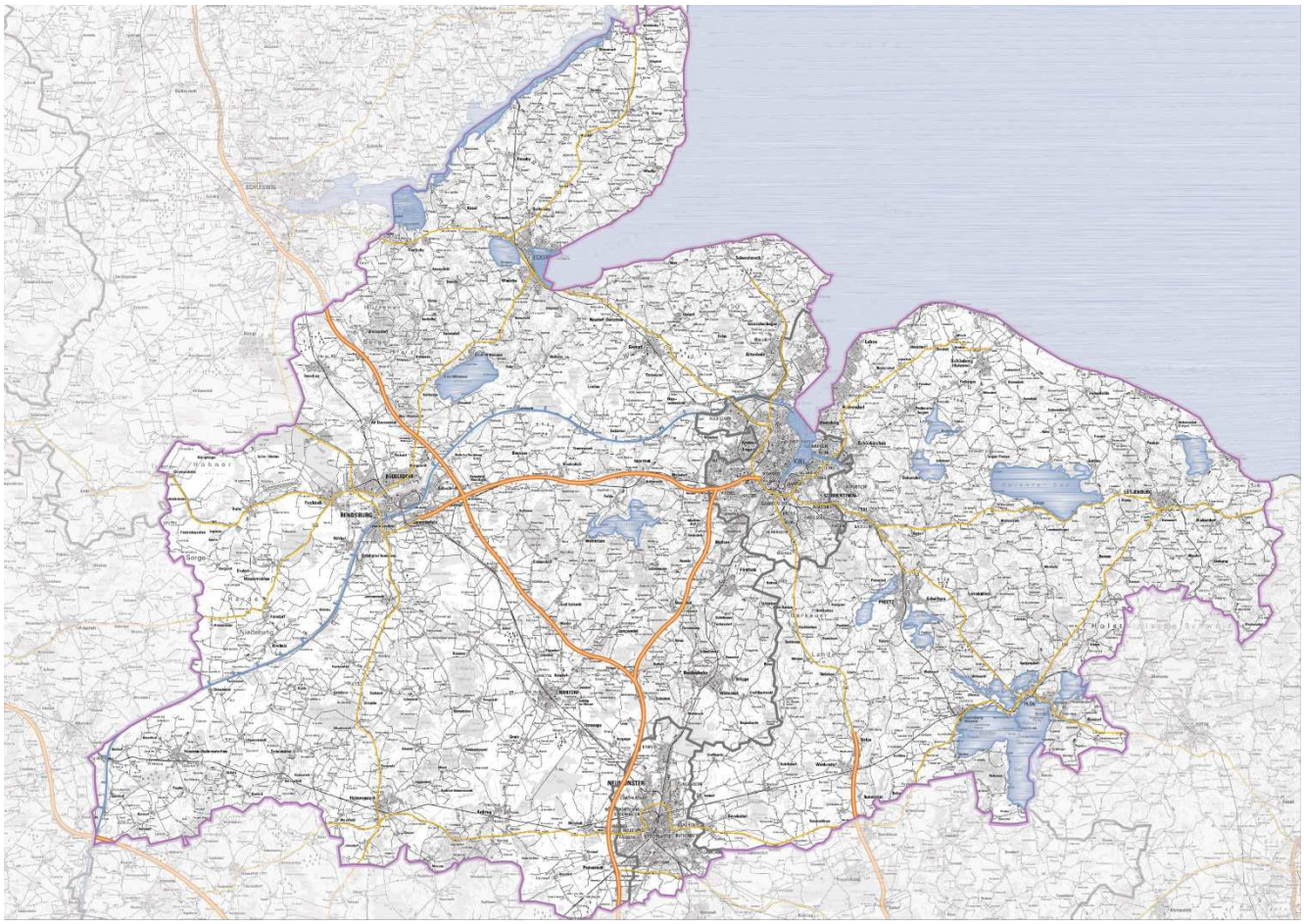
Die finanzielle Beteiligung des Kreises Rendsburg-Eckernförde in Höhe von 15.000,00 Euro war Gegenstand eines Grundsatzbeschlusses des Regionalentwicklungsausschusses vom 10.06.2014 zur Vorlage VO/2014/297.

Anlage/n:

Gewerbeflächenentwicklungskonzept für den Planungsraum II, Gesamtbericht, Stand 29.03.2016

Gewerbeflächenentwicklungskonzept für den Planungsraum II

Gesamtbericht - Endredaktionsstand 29.03.2016



Initiator und Träger:

Planungsdialog Kiel Region



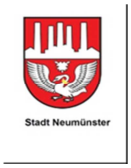










Verantwortlich für die Organisation und Abwicklung:

Kieler Wirtschaftsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft mbH
Wissenschaftspark Kiel
Fraunhoferstraße 2-4
24118 Kiel

Daniel Kreutz (Projektleiter)
Tel.: 0431/2484-135
Mail: dkreutz@kiwi-kiel.de

www.kiwi-kiel.de

Bearbeitung durch:

Ernst Basler + Partner GmbH
Stephan Kathke
Katrin Heinz

Tuchmacherstraße 47
14482 Potsdam

www.ebp.de
info@ebp.de

Regionomica GmbH
Dr. Michael Göbel
Carsten Grashoff

Schiffbauerdamm 40/4400
10117 Berlin

www.regionomica.de
goebel@regionomica.de

Redaktionsstand: Gesamtbericht – Endredaktionsstand 29.03.2016

Inhaltsverzeichnis

0 Vorbemerkungen 4

1 Warum ein Gewerbeflächenentwicklungskonzept? – Anlass, Ziele und Vorgehen 5
1.1 Anlass und Hintergründe 5
1.2 Schwerpunkte und Ziele des Gewerbeflächenentwicklungskonzeptes 6
1.3 Methodik 8
1.4 Kommunikation und Beteiligung 9

2 Statusbestimmung: Wo steht der Planungsraum II heute? 12
2.1 Rahmenbedingungen, Planungen, Konzepte 12
2.1.1 Landesplanung 12
2.1.2 Regionalplanung 13
2.1.3 Regionale Entwicklungskonzepte – REK 16
2.1.4 Regionale Gewerbeflächenentwicklungskonzepte 17
2.1.5 Kommunale Planungen und Konzepte zur Gewerbeflächenentwicklung 18
2.2 Wirtschaftsraum; Struktur und Entwicklung 21
2.3 Gewerbeflächenentwicklung: Bestand, Entwicklung, Planung 27
2.3.1 Bestandserhebung; Methode und Vorgehen 27
2.3.2 Bestand und Angebot an Gewerbestandorten 31
2.3.3 Nachfrage und Verkäufe 34
2.3.4 Vertiefungsflächen im Überblick 38
2.4 Gewerbeflächenentwicklung konkret: Flächenprofile Vertiefungsstandorte 41

3 Prognose der künftigen Gewerbeflächennachfrage 43
3.1 Vorbemerkung zur Methodik 43
3.2 Trendfortschreibung 44
3.3 Modellberechnungen Prognosemodelle 45
3.3.1 Ansatz 1: Prognose über beschäftigtenbasiertes Modell 47
3.3.2 Ansatz 2: Prognose über anlassbezogenes Modell 49
3.4 Ergebnisse Angebot - Nachfrage 50

4 Kernbotschaften und Handlungsempfehlungen 52
4.1 Wirtschaftliche Entwicklung 53
4.2 Gewerbeflächenentwicklung und –bedarfe 53
4.3 Regional und überregional bedeutsame Standorte 58
4.4 Nachhaltiges Gewerbeflächenmanagement 65
4.5 Interkommunale Kooperation 65
4.6 Vermarktung 66
4.7 Monitoring und Prozess 66
4.8 Ausblick 68

5 Verzeichnis der Quellen..... 69

A1 Dokumentation Veranstaltungen 70

A2 Tabellenanhang 75

A3 Profile Vertiefungsstandorte ANHANGBAND..... 76

0 Vorbemerkungen

Der vorliegende Gesamtbericht stellt den Endredaktionsstand am 29. März 2016 dar. Der Bericht wurde im Ergebnis des Redaktionsverfahrens des Planungsdialoges zu dem am 30. Juni 2015 übergebenen Zwischenberichts sowie der Endredaktion zum Gesamtbericht bestätigt. Er enthält auch ergänzende Erläuterungen, die seitens der Verwaltungsspitze des Kreises Plön erbeten und im Planungsdialog[1)] abgestimmt wurden.

Anschließend erfolgt durch die vier Gebietskörperschaften eine abgestimmte Veröffentlichung.

Der Bericht bzw. Auszüge sind daher nur mit Zustimmung des Auftraggebers und mit dem Verweis auf den Status des Entwurfs weiterzuleiten bzw. zu verwenden.

1) Diese Abstimmungen erfolgten im Rahmen der zusätzlichen Sitzungen des Planungsdialogs am 21.12.2015 (mit Gutachter), 26.02.2016 sowie 29.02.2016 (mit Gutachtern); hierzu wird auch auf die entsprechenden Protokolle verwiesen

1 Warum ein Gewerbeflächenentwicklungskonzept? – Anlass, Ziele und Vorgehen

1.1 Anlass und Hintergründe

REK Kiel Region formulierte Entwicklungsziele

Im Rahmen des Erstellungsprozesses zum **Regionalen Entwicklungskonzept [REK]** [2] Kiel Region von 2011 bis 2013 wurden u. a. folgende Entwicklungsziele für die Region formuliert:

> Identifizierung von branchen- und flächenbezogenen Zukunftspotenzialen und Organisation einer aktiven Angebotsstrategie

> Gemeinsame Entwicklung bedarfsgerechter und strategischer Gewerbeflächenangebote

> Aufbau und Etablierung eines dauerhaften Planungs-, Nachfrage- und Ansiedlungsdialogs.

Bei der Umsetzung dieser Aufgaben und der Entwicklung entsprechender Flächenangebote sind – so das REK – regionale Branchenschwerpunkte und Clustern zu beachten. Suchräume sind anhand regionaler und lokaler Planungen zu definieren [unter Einbeziehung der betroffenen Gemeinden]. Letztendlich soll eine stärker angebotsorientierte Entwicklung von Gewerbeflächen umgesetzt werden.

gemeinsamer Planungsdialog als zentrales Leitprojekt identifiziert

Im REK-Prozess kristallisierte sich bereits frühzeitig der **Ansatz eines gemeinsamen Planungsdialoges** als ein **zentrales Leitprojekt** heraus und wurde durch die etablierte Facharbeitsgruppe bereits im REK Prozess begonnen. Mittlerweile hat sich der Planungsdialog Kiel Region als gemeinsame Struktur der Raumplaner und Wirtschaftsförderer der Region im Sinne der o. g. Entwicklungsziele herausgebildet. Die Etablierung des Planungsdialoges als regionale Arbeitsgruppe beruht auf gleichlautenden Beschlüssen aller vier Gebietskörperschaften.

Innovativer Ansatz – Wirtschaftsförderer und Planer gemeinsam

Dieser Ansatz ist insofern innovativ, weil Wirtschaftsförderer *und* Planer gemeinsam die Abstimmung, Entwicklung und Vermarktung von insbesondere regional bedeutsamen Gewerbestandorten angehen. Jetzt bedarf es eines weiteren Schrittes hin zu einer regionsübergreifenden Gewerbeflächenentwicklung und einer aktiven Angebotsplanung. Die Akteure im Planungsdialog sind sich einig, dass für die weitere Arbeit eine konzeptionelle Grundlage in Form eines räumlichen und qualitativen Konzeptes zur Entwicklung des Wirtschaftsraums Kiel Region erforderlich ist. Dies ist eine Voraussetzung für erfolgreiche Wirtschaftsförderung u. a. im Sinne der Bestandspflege und Neuansiedlung in der Region, aber auch im Sinne eines **nachhaltigen Flächenmanagements**. Mit der Erarbeitung eines solchen **Instruments** würden sich das Verständnis und die Entwicklung eines **gemeinsamen Wirtschaftsraumes** weiter vertiefen.

parallel: Vorbereitung zur Neuaufstellung des Regionalplans II – Aussagen zur regionalen Gewerbeflächenentwicklung notwendig

Im gleichen Zeitraum begannen die Vorbereitungen für die **Neuaufstellung des Regionalplans II**. Der Planungsraum II [gem. § 3 Landesplanungsgesetz] umfasst die Kreise Rendsburg-Eckernförde und Plön sowie die Landeshauptstadt Kiel und die Stadt Neumünster. Der o. g. REK-Raum ist daher bis auf Neumünster identisch mit dem Planungsraum II. Der neue Regionalplan II soll auch **Aussagen zur regionalen Gewerbeflächenentwicklung** treffen. Die Region hat nun die Möglichkeit, einen Vorschlag zur

[2] Kiel Region GmbH, Konzept Ernst Basler + Partner GmbH, Kiel 2013

zukünftigen Gewerbeflächenentwicklung als Beitrag im Aufstellungsverfahren des Regionalplans II zu entwickeln.

Vorbereitung, Ziel- und Aufgabenstellung GEFEK durch den Planungsdialog

Vor diesem Hintergrund haben sich die Akteure entschlossen, ein **Gewerbeflächenentwicklungskonzept [GEFEK]** zu erarbeiten. Die Ziel- und Aufgabenstellung dafür ist vom Planungsdialog erarbeitet worden und nachstehend in wesentlichen Auszügen dargestellt:

Im Sinne eines „gemeinsamen Wirtschaftsraums" profitieren alle beteiligten Gebietskörperschaften von einer abgestimmten Entwicklung von gewerblich und industriell genutzten Flächen und den hiermit verbundenen Folgewirkungen. Die Gewerbeflächenentwicklung soll daher künftig noch systematischer als bisher regional abgestimmt werden und dem Leitgedanken der aktiven Angebotsstrategie folgen.

Entwicklungsziele sind:

- *Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit*
- *Überregionale Wahrnehmung*
- *Profilierung von Standorten*
- *Szenarien für sich ergänzende Angebote*

Bereits vorhandene Gewerbeflächenexpertisen, entsprechende Konzepte und Strategien der kooperierenden Gebietskörperschaften sollen in einem Regionalen Gewerbeflächenentwicklungskonzept zusammengeführt werden, um so eine Grundlage für eine regionale Betrachtung und Weiterentwicklung des Angebots für die nächsten etwa 15 Jahre zu erhalten. Gewerbeflächen für den lokalen, regionalen und überregionalen Bedarf ab einer Größe von 5 Hektar sollen identifiziert und für eine zielgerichtete Vermarktung typisiert werden. Flächen mit besonderen Standortvorteilen sollen ggf. auch bei einer Größe kleiner 5 Hektar berücksichtigt werden. Hierfür ist eine Erfassung der Bestands- und Potentialflächen erforderlich. Eine weitere Erwartung an das zu erarbeitende Gewerbeflächenentwicklungskonzept besteht in der Abschätzung der (auch branchenspezifischen) Nachfrageentwicklung innerhalb des Untersuchungsraums sowie in seinen Teilräumen. Daraus soll der Bedarf an gewerblich und industriell nutzbaren Flächen in Hektar abgeschätzt werden.

klare Zielvorgaben für den Gutachter formuliert

Damit bestand für den gutachterlich unterstützten Prozess eine klare **Zielvorgabe**.

Mit der Erarbeitung und Begleitung des Prozesses wurde im März 2015 die Ernst Basler + Partner GmbH in Kooperation mit Regionomica GmbH beauftragt.

1.2 Schwerpunkte und Ziele des Gewerbeflächenentwicklungskonzeptes

dialog- und umsetzungsorientiertes Konzept

Die Erarbeitung des GEFEK war als stark ***dialog- und umsetzungsorientiertes Konzept*** angelegt. Die Ansätze des REK Kiel Region sowie REK A7 Süd und die Vorarbeiten des Planungsdialogs wurden aufgegriffen und zusammengeführt.

Arbeitsschwerpunkte

Folgende Arbeitsschwerpunkte waren vor allem mit der **Zielvorgabe** gesetzt und prägten das methodische Vorgehen während der gesamten Projektbearbeitung:

> **gestuftes Vorgehen bei der Gewerbeflächenerhebung** und -bewertung; Erstbewertung mit einem erweiterten Kriterienraster, vertiefende Bewertung/Flächenprofile/Empfehlungen für prioritäre regionale Gewerbestandorte

> **kontinuierliche Rückkopplung** und Abstimmung mit den **Begleitgremien Planungsdialog bzw. der Region**

> Erarbeitung von **vermittelbaren einfachen Szenarien** auf Basis der zur erstellenden Prognosen, um einen möglichen Entwicklungsrahmen mit konkreten Handlungsansätzen aufzuzeigen

> **Definition von Schwerpunkträumen** der regionalen Gewerbeentwicklung und **Profilierung von Standorten** für die überregionale, gemeinsame und proaktive Vermarktung

> Nutzung des Prozesses und Konzeptes auch zur **deutlichen Positionierung der Region im parallelen Prozess der Landesentwicklungsstrategie/-planung**

Im Sinne eines „gemeinsamen Wirtschaftsraums" profitieren alle beteiligten Gebietskörperschaften von einer abgestimmten Entwicklung von gewerblich und industriell genutzten Flächen und den hiermit verbundenen Folgewirkungen. Die **Gewerbeflächenentwicklung soll daher künftig noch systematischer als bisher regional abgestimmt werden** und dem Leitgedanken der **aktiven Angebotsstrategie** folgen. Die Akteure wollen langfristig mit dem dauerhaften Dialog, gestützt durch strategische Grundlagen wie das REK und das Gewerbeflächenentwicklungskonzept, folgende Ziele erreichen:

konkrete Ziele anvisiert

> **Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit** der Region

> **Verbesserung der überregionale Wahrnehmung** von Region und Standorten

> **Profilierung von Standorten** – im Zusammenspiel mit der Region

Die Ausweisung und die Bereitstellung von ausreichend, qualitativ hochwertigen und den Ansprüchen der Nutzer und Nachfrager entsprechenden Gewerbeflächen gehören mit zu den wichtigsten Wirtschaftsförderinstrumenten der Städte und Regionen. Entscheidungsprozesse von Unternehmen über Ansiedlung, Verlagerung und Ausweitung werden nicht unerheblich über die Verfügbarkeit von Flächen und zumeist unabhängig von Kommunalgrenzen beeinflusst. Gleichzeitig müssen die Kommunen eine zukunftsorientierte und nachhaltige Flächenpolitik betreiben und die tatsächlichen Bedarfe sowie Nutzungskonkurrenzen im Blick behalten.

Allein lokale Betrachtungen engen den Blickwinkel ein, fördern Konkurrenzen und liefern suboptimale Lösungen. Das Ziel des vorliegenden Konzeptes war eine **regionale Betrachtung** der Gewerbeflächensituation und -bedarfe im Planungsraum. Kleinteilige **lokale Gewerbeflächenentwicklungen waren nicht im Fokus** des Konzeptes.

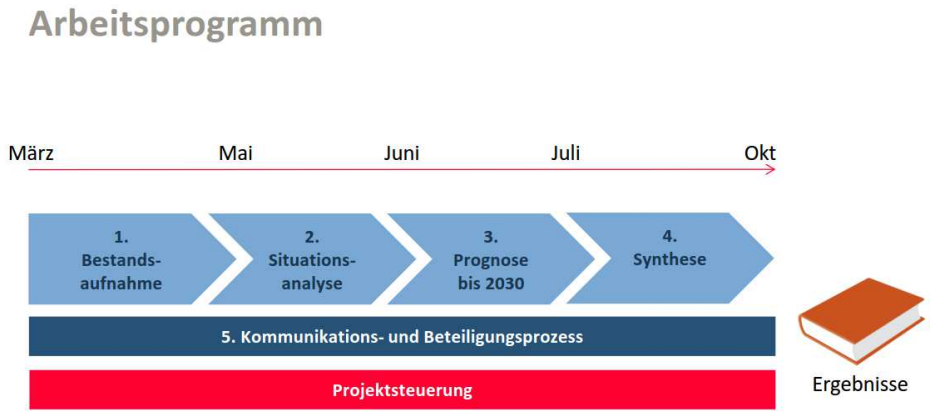
Das GEFEK ist ein wichtiges Instrument und die Basis, den Planungsraum als einen **gemeinsamen Wirtschaftsraum** zu betrachten. Die Umsetzung der aufgezeigten Ansätze erfordert weitere und kontinuierliche Anstrengungen. Der Planungsdialog hat in diesem Zusammenhang wertvolle Vorarbeit geleistet und den Prozess konstruktiv begleitet.

Regionale Betrachtung als gemeinsamer Wirtschaftsraum als Ziel; kleinteilige lokale Gewerbegebietsentwicklungen nicht im Fokus

1.3 Methodik

Die nachfolgende Abbildung zeigt das Arbeitsprogramm und die Methodik im Überblick. Insgesamt wurden vier inhaltliche Arbeitspakete durchlaufen, die von einem intensiven Kommunikations- und Beteiligungsprozess sowie der Projektsteuerung begleitet wurden.

Abbildung 1: Arbeitsprogramm



Die **Bestandsaufnahme** diente zum einen der Zusammenführung der Rahmenbedingungen sowie der bereits vorliegenden Planungsaussagen und Konzepte [hier: Kapitel 2.1]. Weiterhin erfolgte hier eine kompakte und auf die konkreten Gewerbeflächenbezüge konzentrierte Beschreibung des Wirtschaftsraums [hier: Kapitel 2.2.].

Kernprodukte fortzuschreibende Gewerbeflächenübersicht und Gewerbeflächenprofile

Die **Situationsanalyse** der Gewerbeflächenentwicklung war ein zentrales Element des GEFEK. Hier erfolgte eine detaillierte Erhebung der Gewerbeflächen und Zusammenführung in einer durch den Planungsdialog bzw. die Partner fortschreibbaren Gewerbeflächentabelle [hier: Kapitel 2.3]. Die in diesem Arbeitspaket erfolgte Analyse der bisherigen Entwicklung auf dem Gewerbeflächenmarkt war eine wichtige Grundlage für die erstellte Prognose. Weiteres wichtiges Kernprodukt war die Erstellung von Gewerbeflächenprofilen [hier: Kapitel 2.4]. Diese werden für Vertiefungsflächen erstellt und sind ebenfalls fortschreibbar angelegt.

Die **Prognose** bzw. **Ermittlung des Gewerbeflächenbedarfs** soll eine plausible Vorausschau auf die künftige Gewerbeflächenentwicklung ergeben und den zu erwartenden Entwicklungskorridor aufzeigen [Kapitel 3.]. Dies ist eine zentrale Grundlage für die abschließende **Synthese**, die sowohl für den Gesamtraum, Teilräume sowie auszuwählende, überregional bedeutsame Standorte Ziele und Empfehlungen [hier: 3.,4.] formulierte. Abschließend wurden auch Handlungsempfehlungen für den weiteren Planungsdialog bzw. die beteiligten Partner abgeleitet [hier: Kapitel 4.].

1.4 Kommunikation und Beteiligung

umfassende Beteiligungsangebote und hohes Interesse

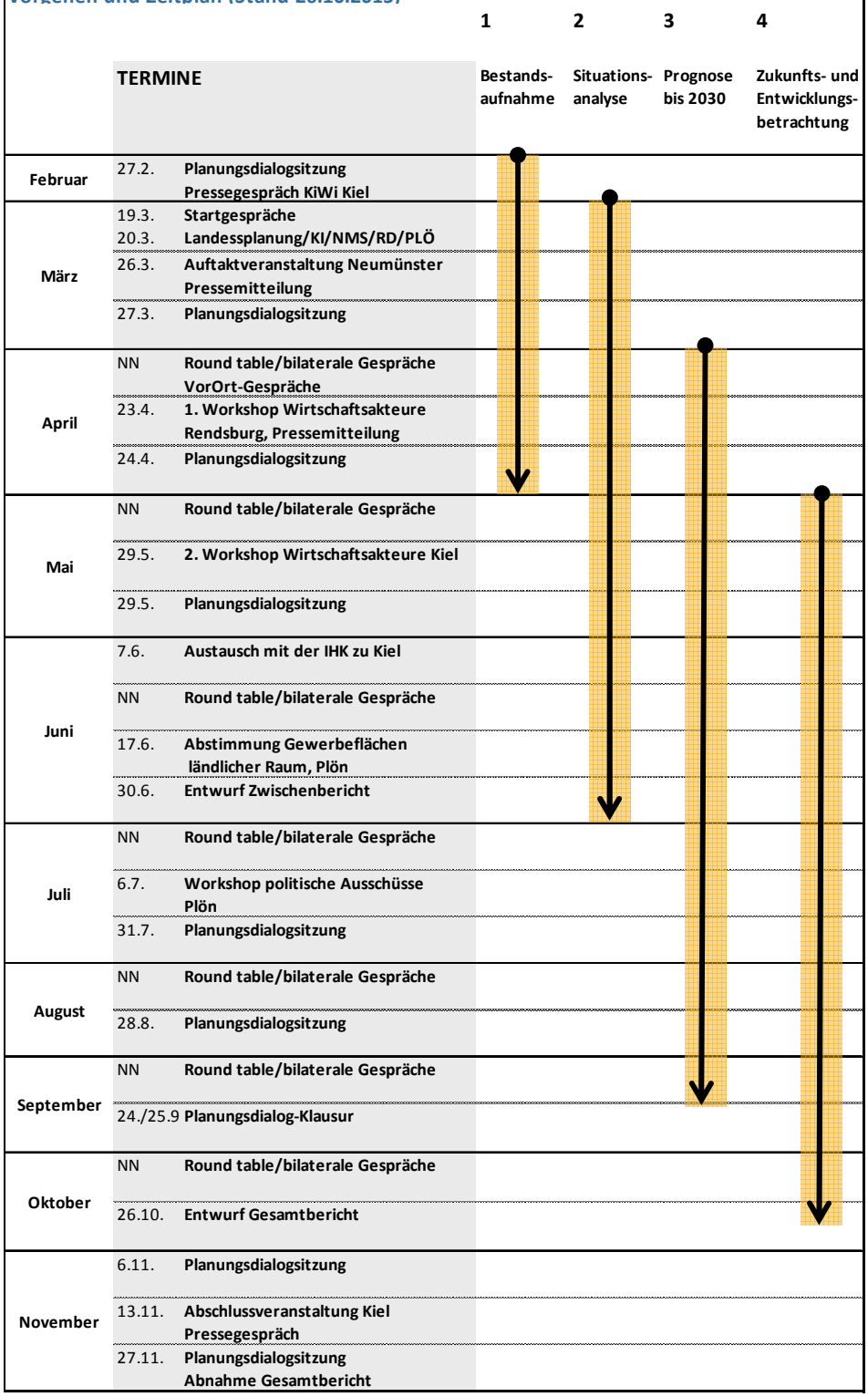
Der Gesamtprozess der GEFEK-Erstellung war von einer umfassenden Beteiligung gekennzeichnet, die auf verschiedenen Ebenen stattfand:

- Dem **Planungsdialog** kam die steuernde Rolle zu. In meist monatlichen Abstimmungen der Planer und Wirtschaftsförderer von der Landeshauptstadt Kiel, Neumünster sowie der Kreise Plön und Rendsburg-Eckernförde, der Landesplanung, der Kiel Region GmbH sowie zeitweise weiteren Gästen wurde der Erstellungsprozess kontinuierlich begleitet. Im Zeitraum Juli bis Ende September wurden alle 26 Vertiefungsstandorte vor Ort begutachtet. Die Bewertungen und Standortprofile wurden mit den jeweiligen Verantwortlichen im Planungsdialog teilweise mehrfach besprochen.
- Die **kommunalen Akteure als Hauptakteure** der Planung und z. T. auch Entwicklung von Gewerbeflächen wurden in mehreren Veranstaltungen eingebunden. Dies war insbesondere bei den kreisangehörigen Kommunen der Kreise Plön und Rendsburg-Eckernförde von hoher Bedeutung. Weiterhin fanden ergänzende Gespräche der Gutachter mit Kommunen z. T. gemeinsam mit Vertretern des Planungsdialogs „Vor Ort“ statt.
- **Kammern, Verbände, Landesministerien/-einrichtungen sowie weitere Akteure der Gewerbeflächenentwicklung** wurden ebenfalls in mehreren Veranstaltungen und z. T. zusätzlich in bilateralen Gesprächen miteinbezogen.
- Kurz nach Fertigstellung des Zwischenberichtentwurfes erhielt die **Politik** aus den vier Gebietskörperschaften am 06. Juli 2015 in Plön die Möglichkeit; in einer **gemeinsamen Veranstaltung** diesen zu diskutieren.
- Auf der Abschlussveranstaltung am 13. November 2015 in Kiel wurden dem **gesamten Kreis der Beteiligten** die Ergebnisse und der weitere Umsetzungsweg vorgestellt und von den Spitzen der vier Gebietskörperschaften sowie Teilnehmern reflektiert

Die nachstehende Darstellung zeigt den **Gesamtprozess, Beteiligungsebenen und die Termine.**

Abbildung 2:
Gesamtprozess, Beteiligung und Termine

Gewerbeflächenentwicklungskonzept für den Planungsraum II
Vorgehen und Zeitplan (Stand 26.10.2015)



begleitende Pressearbeit; lokale, regionale und überregionale Pressereaktionen

Sowohl zum Gesamtprozess wie auch zu den Veranstaltungen erfolgten **regelmäßig Presseinformationen**, zu denen nicht nur lokal und regional, sondern auch überregional Pressereaktionen zu beobachten waren.

Die Dokumentationen der Veranstaltungen durch Presserklärungen der KiWi sind im **Anhang A1** dokumentiert.

2 Statusbestimmung: Wo steht der Planungsraum II heute?

2.1 Rahmenbedingungen, Planungen, Konzepte

Nachfolgend werden kurz die wesentlichen Aussagen zum Planungsraum II – mit **konkretem Bezug zur Wirtschaftsstruktur und hierbei insbesondere zu relevanten Gewerbeflächen** – zusammengefasst. Damit soll aufgezeigt werden, welche gewerbeflächenrelevanten Aussagen und Ziele bereits vorlagen bzw. vorliegen. Mit dem GEFEK werden diese überprüft, aktualisiert und weiterentwickelt.

wichtige Planungen werden derzeit fortgeschrieben – Aussagen mit begrenzter Gültigkeit

Zur Einordnung: Der Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein wird fortgeschrieben, während der Regionalplan für den Planungsraum II derzeit neu aufgestellt wird. Die nachfolgenden Zusammenfassungen basieren auf den – derzeit noch gültigen – Aussagen der jeweiligen Pläne, die aller Voraussicht nach in den Grundzügen erhalten bleiben. Das vorliegende Gewerbeflächenentwicklungskonzept wird insbesondere für die Neuaufstellung des Regionalplanes Beiträge leisten.

2.1.1 Landesplanung

Landesentwicklungsplanung Schleswig-Holstein

Fortschreibung LEP erfolgt derzeit

Die Landesregierung arbeitet derzeit an der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes [LEP]. Der neue Plan soll den LEP 2010[3] ersetzen und die Perspektiven für Schleswig-Holstein bis zum Jahr 2030 aufzeigen. Parallel hierzu wird die Landesentwicklungsstrategie 2030 konzipiert, die aufzeigt, wie sich Schleswig-Holstein bis zum Jahr 2030 entwickeln soll und die Herausforderungen der nächsten Jahre meistern kann. Die Landesentwicklungsstrategie wird Teil des neuen Landesentwicklungsplanes.

Ordnungsräume, Landesentwicklungs- und Hauptverbindungsachsen

Der LEP differenziert in **Ordnungsräume** [rings um Kiel], Verdichtungsräume [Stadtgebiet Kiel, Bestandteil des Ordnungsraumes], ländliche Räume und Stadt- und Umlandbereiche im ländlichen Raum. In den Ordnungsräumen sollen die **Standortvoraussetzungen für eine dynamische Wirtschafts- und Arbeitsplatzentwicklung** weiter verbessert werden. Die Stadt- und Umlandbereiche in ländlichen Räumen sollen als regionale Wirtschafts-, Versorgungs- und Siedlungsschwerpunkte gestärkt werden. Der ländliche Raum soll als eigenständiger, gleichwertiger und zukunftsfähiger Lebensraum gestärkt und die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung verbessert werden.

Darüber hinaus sind **Landesentwicklungsachsen** und Hauptverbindungsachsen definiert. Diese Achsen sollen die räumlichen Standortbedingungen stärken und zu einer positiven Entwicklung beitragen. Zu den Landesentwicklungsachsen [Nord-Süd-Richtung] zählen im Planungsraum II die A7, A215 sowie die A21/B104. Die Hauptverbindungsachsen [Ost-West-Richtung] werden durch die B202/B76 sowie die A210 gebildet. Mit Blick aus europäischer Perspektive sind die **transeuropäischen Verkehrsnetze [TEN-V**] für den Planungsraum II von Bedeutung: Die Verbindung von Hamburg Richtung Kopenhagen [**Fehmarnbelt-Querung**] sowie die Verbindung von Hamburg Richtung Aalborg [**Jütlandroute** via A7].

[3] Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein 2010, Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, Kiel 2010

Zentrale Orte: Schwerpunkte u. a. für die gewerbliche Entwicklung

Zudem ist festgelegt, dass die **Zentralen Orte** und **Stadtrandkerne** die Schwerpunkte u. a. für die gewerbliche Entwicklung sind. Sie sind als solche zu sichern und zu stärken. Zu den Oberzentren zählen Kiel und Neumünster, Rendsburg und Eckernförde sind die beiden Mittelzentren im Planungsraum II, Plön ist Unterzentrum mit Teilfunktionen eines Mittelzentrums.

Landesplanerische Definition Gewerbegebiete bzw. Standorte mit überregionaler Bedeutung an den Landesentwicklungsachsen

Standorte für **Gewerbegebiete mit überregionaler Bedeutung**[4] können an den **Landesentwicklungsachsen** [weiter]entwickelt werden. Diese sind für **verkehrsintensive gewerbliche Branchen** reserviert, die auf überregionale Verkehrsanbindungen angewiesen sind. Die Zahl der Standorte soll sich auf **wenige, qualitativ hochwertige** und größere gewerbliche Entwicklungsschwerpunkte beschränken. Bei der Festlegung solcher Standorte sind **raumordnerische Kriterien** [u. a. gute verkehrliche Anbindung an die Landesentwicklungsachsen, Einbeziehung eines Zentralen Ortes, bedarfsgerechte ÖPNV-Anbindung] zu berücksichtigen. Weitere Regelungen hierzu treffen die **Regionalpläne**.

Mit Blick auf die künftige Entwicklung formuliert der LEP 2010, dass sich Schleswig-Holstein zu **dem Logistikstandort** in Nordeuropa entwickeln soll. Die Zentralen Orte sollen hierzu ihre spezifischen Beiträge leisten. Eine besondere Herausforderung wird den ehemaligen **militärischen Liegenschaften in städtebaulich integrierter Lage** *zugemessen*, deren Entwicklung Vorrang vor Neuausweisungen hat.

Kompetenzfelder der Wirtschaft im Landesmaßstab auch regional vertreten

Neben räumlichen Aussagen formuliert der LEP 2010 auch die **Kompetenzfelder der Wirtschaft**: Life Sciences, maritime Wirtschaft, erneuerbare Energien, Informations- und Kommunikationstechnologie, Mikro- und Nanotechnologie, Tourismus, Ernährung, Chemie und Mineralölverarbeitung sowie Luftfahrt und Logistik.

2.1.2 Regionalplanung

Regionalplan III [2000]

auch die Regionalpläne werden aktuell neu aufgestellt

Parallel zum Landesentwicklungsplan werden auch die ***Regionalpläne*** neu aufgestellt. Dabei erfolgt auch ein „Neuzuschnitt“ der Planungsräume. Der heutige Planungsraum III wird künftig Planungsraum II heißen und bleibt in seinem Zuschnitt erhalten.



Zuschnitt Planungsräume bis 2013



Neuzuschnitt ab 2014

Abbildung 3:
alter und neuer Zuschnitt der Planungsräume
[Quelle: Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein]

[4] Die GEFEK-Definition „überregional bedeutsamer Standorte“ (hier Kapitel 2.3.1) weicht von dieser ab

Fortschreibung soll deutlich strategischer und umsetzungsorientierter ausgerichtet werden

Wesentliche Vorgaben für die Neuaufstellung des Regionalplanes aus dem Jahr 2000 finden sich im Landesentwicklungsplan. Im Vergleich zur Fassung aus dem Jahr 2000 soll der neue Regionalplan II **deutlich strategischer und umsetzungsorientierter** ausgerichtet werden. Dieser und die beiden weiteren Regionalpläne sollen gemeinsam mit kommunalen und regionalen Akteuren erarbeitet werden. Vor diesem Hintergrund sind die nachfolgenden Aussagen einzuordnen.

Regionalplan III mit detaillierten NN

Der bisher gültige Regionalplan III[5] formuliert zu relevanten Gewerbestandorten im Kontext des vorliegenden Konzeptes folgendes:

> Wichtigste Standorte des **produzierenden Gewerbes** im Planungsraum sind die Oberzentren **Kiel** und **Neumünster**.

> Im Jahr 2000 ging die Planung von einem zu erwartenden starken Rückgang der Beschäftigung in den Wirtschaftszweigen Schiffs- und Maschinenbau aus. Da die Standorte **Kiel**, **Neumünster** und **Rendsburg** in besonderem Maß von diesem Rückgang betroffen sind, sollen hier **zukunftsträchtige Erwerbsalternativen** im produzierenden Gewerbe aufgebaut werden.

> Die **Kommunen** betreiben eine entsprechende ortsangemessene **Flächenvorsorge** zur Bereitstellung geeigneter Gewerbeflächen für das produzierende Gewerbe, insbesondere in den **Siedlungsschwerpunkten** des Planungsraumes.

> Bereits im Jahr 2000 formulierte der Regionalplan III die Notwendigkeit, ein **Gewerbeflächenentwicklungskonzept** zu erarbeiten (vgl. Kap. 2.1.4).

> Die **Ausweisung von Gewerbeflächen** soll laut Regionalplan vorrangig an den Schwerpunkten der Siedlungsentwicklung erfolgen. Primär sollen integrierte Altstandorte wieder einer gewerblichen Nutzung zugeführt werden. Besonders verkehrserzeugende Unternehmen [z. B. **Logistik**], für die in den Siedlungsschwerpunkten keine geeigneten Flächen zur Verfügung stehen, sind vorrangig an **Autobahnabfahrten** anzusiedeln und als **interkommunale** Gewerbegebiete zu entwickeln (weitere Kriterien sind u. a.: Lage außerhalb der Naturparks, gute Zuordnung zu den Siedlungsschwerpunkten, Ausschluss von großflächigem Einzelhandel, ggf. Anbindung an das regionale Schienennetz).

  _ A7: Abfahrten Büdelsdorf, Bordesholm, Neumünster-Mitte

  _ A210: Abfahrten Bredenbek, Melsdorf, Schacht-Audorf (Osterrönfeld)

  _ A21: Abfahrt Wankendorf

Siedlungsachsen Ordnungsraum Kiel

> **Siedlungsachsen im Ordnungsraum Kiel**:

  _ Kiel-Strande: wirtschaftliche Entwicklung insbesondere in Kiel-**Friedrichsort**

  _ Kiel-Dänischenhagen: interkommunales Gewerbegebiet **Altenholz**, Dänischenhagen, Kiel,

  _ Kiel-Gettorf: wirtschaftliche Entwicklung konzentriert sich auf Achsenschwerpunkte

  _ Kiel-Felde: gewerbliche Entwicklung im Nahbereich **Felde**, möglicher Standort für ein interkommunales Gewerbegebiet in **Melsdorf** [besondere Bedeutung]

  _ Kiel-Bordesholm: gewerbliche Entwicklung in **Flintbek** L318 sowie **Eiderhöhe/Reesdorfer Weg**, **Mühbrook**, gemeinsam mit **Hoffeld**, Prüfgebiet **östlich der L318** in den Gemeinden Bordesholm und Mühbrook

  _ Kiel-Preetz: Prüfung von zusätzlichen Gewerbeflächen in **Preetz**

[5] Regionalplan für den Planungsraum III Technologie-Region K.E.R.N, Fortschreibung 2000, Ministerium für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein, Kiel 2001

_ Kiel-Schönberg: Schönberg als u. a. Gewerbestandort, gewerbliche Entwicklung in Probsteierhagen gemeinsam mit Prasdorf (siehe auch Fußnote 19 / Seite 29)

_ Kiel-Laboe: hauptsächlich Wohn- und touristische Schwerpunkte

Orientierungsrahmen mit Festlegungen für Städte und Gemeinden

Der **Orientierungsrahmen** für Städte und Gemeinden enthält textliche Festlegungen für die jeweiligen Gebietskörperschaften:

> **Nahbereich der Landeshauptstadt Kiel**: Stadtrandkerne bilden gute Ansatzpunkte für weitere Entwicklungen, Errichtung **Wissenschaftspark** im Bereich der Universität, Errichtung **Kompetenzzentrum** „Maritime Technologie“ auf dem Ostufer, Ausbau und Fortentwicklung von **Hafen** und Flughafen, Entwicklung des **HÖRN**-Geländes, maritimes Gewerbe auf den Flächen des Marinestützpunktes **Wik**, Betreiben einer offensiveren Gewerbeflächenpolitik, Reserveflächen für den gewerblichen Bereich im Gewerbe- und Industrieareal **Wellsee** und **westlich der B404** im Süden, Gewerbeflächenengpass absehbar, Gewerbeflächenausweisungen mit den Nachbarkommunen gemeinsam, Umstrukturierung der ehemaligen Gewerbeflächen auf dem **Ostufer** mit dem Ziel einer Mischnutzung [Wohnen, Dienstleistungen/Gewerbe], Ausbau **Ostuferhafen**

> **Nahbereich der Stadt Neumünster**: planungsrechtlich abgesicherte und verkehrsgünstig gelegene Industrie- und Gewerbeflächen zur Ansiedlung von gewerblichen Dienstleistungen, Logistik, Distribution, Abfallwirtschaft, ausreichendes Flächenangebot vorhanden, frei werdende militärische Liegenschaften sollen bevorzugt mit Wohnnutzungen , zentralörtlichen Infrastrukturen und ggf. gewerblichen Nutzungen versehen werden, Gemeinde Wasbek erhält planerische Gewerbe- und Dienstleistungsfunktion zugewiesen,

> **Nahbereiche im Kreis Plön**:

_ Nahbereich **Plön**: Umnutzung Fünf-Seen-Kaserne [rd. 30 Hektar] u. a für Gewerbeansiedlungen, Gemeinde Ascheberg mit planerischer Wohn-, Gewerbe- und Dienstleistungsfunktion

_ Nahbereich **Preetz**: Preetz verstärkt als gewerblichen Standort ausbauen, Klein Barkau [Abfahrt B404] Ausweitung interkommunales Gewerbegebiet „Barkauer Land“ prüfen

_ Nahbereich **Lütjenburg**: Reaktivierung von Gewerbebrachen, mittelfristig Neuerschließung von Gewerbeflächen

_ Nahbereich **Schönberg**: Ansiedlung weiter Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe vorrangig in Schönberg sowie Probsteierhagen/Prasdorf, Höhndorf und Fiefbergen nur Erweiterung und Verlagerung ortsansässiger Betriebe

_ Nahbereich **Wankendorf**: Gewerbegebietserschließung mit Nachbargemeinde Stolpe

_ Nahbereich **Selent**: Ausweisung Gewerbe nur in Selent

_ Nahbereich Schwentinental-**Raisdorf**: Ostseepark [großflächige Einkaufseinrichtung] nur im Bestand entwickeln

> **Nahbereiche im Kreis Rendsburg-Eckernförde**:

_ Nahbereich **Rendsburg**: **Borgstedt, Fockbek, Osterrönfeld, Westerrönfeld** mit planerischer Wohn- und/oder Gewerbefunktion, Sicherung der bestehenden Industrie- und Gewerbeflächen zwischen Obereider und B203, großflächige interkommunale Gewerbeflächen in Borgstedt [Anschlussstelle A7], Südgelände Kreishafen in Osterrönfeld industriell-gewerbliche Nutzung

_ Nahbereich **Eckernförde**: Gewerbegebiete im Norden und Süden der Stadt mit Erweiterungspotenzialen, Hafen ohne wirtschaftliche Bedeutung

_ Nahbereich **Bordesholm**: interkommunales Gewerbegebiet mit regionaler Bedeutung an Autobahnanschlussstelle Bordesholm – Gemeinde Dätgen gemeinsam mit den Unterzentren Nortorf und Bordesholm – entwickeln

- Nahbereich **Nortorf**: Gewerbeflächenangebot [großflächiges und verkehrsintensives Gewerbe] im Süden an der B205
- Nahbereich **Gettorf**: Ortsumgehung Osdorf
- Nahbereich **Hohenwestedt**: Entwicklungspotenziale Gewerbe südlich der B430
- Nahbereich **Hanerau-Hademarschen**: interkommunale Zusammenarbeit mit Heide und Itzehoe zur Entwicklung gewerblicher Ansiedlungen
- Nahbereich **Owschlag**: gemeinsamer Gewerbestandort mit der Gemeinde Kropp an der B77
- Nahbereich **Hohn**: militärischer Flugplatz Hohn
- Nahbereich **Felde**: Ortsteil Klein-Nordsee für Gewerbeentwicklung mit ökologischer Ausrichtung, Zusammenarbeit mit Achterwehr und Westensee

2.1.3 Regionale Entwicklungskonzepte – REK

Für den GEFEK-Raum liegen mit dem REK Kiel Region sowie dem REK A7-Süd wichtige gewerbebezogene regionale Grundlagen der Jahre 2011 bzw. 2013 vor.

Regionales Entwicklungskonzept für die Kiel Region [2011]

gemeinsame strategische Grundlage

Die Landeshauptstadt Kiel hat gemeinsam mit den Kreisen Plön und Rendsburg-Eckernförde im Rahmen 2011 das Regionale Entwicklungskonzept für die KielRegion [REK] erarbeitet. Das **strategisch ausgerichtete Konzept** umfasst die SWOT-Analyse, Leitbild und Entwicklungsziele sowie einen konkreten Maßnahmenkatalog, den verschiedene **Facharbeitsgruppen** erarbeitet haben.

REK-Überblick Gewerbe- und Industrieflächen als Grundlage fürs GEFEK

Mit Blick auf die **Gewerbe- und Industrieflächen** hat das REK einen **ersten Überblick** erarbeitet, auf den im vorliegenden Konzept aufgebaut werden konnte. Neben einer Grobübersicht der vorhandenen wichtigsten Gewerbeflächen wurden Daten und Informationen zur Nachfragsituation und möglichen Flächenpotenzialen in der Gesamtregion und bei den drei regionalen Partnern zusammengetragen. Deutlich wurde bereits zu diesem Zeitpunkt, dass insbesondere in der Landeshauptstadt Kiel das Gewerbeflächenangebot stark begrenzt war. Die wenigen noch verfügbaren Flächen waren aufgrund umfassender Ausgleichsmaßnahmen, Sanierungskosten bzw. ungünstigen Baugrundverhältnissen nur schwer vermarktbar.

Die Stadt Neumünster war nicht am REK für die Kiel-Region beteiligt und wurde daher auch nicht betrachtet.

In **Summe** umfassten die drei Gebietskörperschaften – ohne Neumünster – im Jahr 2011 **rd. 1.350 Hektar GE- und GI-Flächen** Nettobauland.

[Hier und im Weiteren werden immer **Nettobauflächen** genannt, sofern nicht anders vermerkt.]

als strategisch wichtig identifiziert: Borgstedtfelde, Osterrönfeld, B404/A21

Als künftig **strategisch wichtige Standorte** wurden Borgstedtfelde, Osterrönfeld sowie Areale entlang der B404/A21 identifiziert.

dauerhafter Planungs-, Nachfrage- und Ansiedlungsdialog ins Leben gerufen

Im Rahmen der Erarbeitung des REK für die KielRegion wurde die Facharbeitsgruppe Flächenentwicklung als eine von sechs Facharbeitsgruppen [FAG] gebildet, die den Prozess inhaltlich und fachlich begleitet haben. Die **FAG Flächenentwicklung** hat den **dauerhaften Planungs-, Nachfrage- und Ansiedlungsdialog** ins Leben gerufen und verfolgt neben der planerischen Grundlagenerarbeitung und Abstimmung eine aktive Entwicklung und Vermarktung der Gewerbeflächen in der Region. In der FAG Flächenentwicklung wurden auch die aus dem REK hervorgegangenen Analysen vertieft und fortgeführt. So entstand beispielsweise ein Konzeptpapier, das im Wesentlichen die

Aufgabenstellung für das GEFEK bildete und beispielhaft **Suchräume für regional bedeutsame Flächen** festlegt.

Regionales Entwicklungskonzept [REK] A7-Süd [2013]

REK A7 Süd REK A7 Süd Metropolregion Hamburg – und wirtschaftliche Effekte Richtung Norden

Das REK A7-Süd[6] umfasste einen Teil der Landesentwicklungsachse A7 im Abschnitt zwischen Norderstedt und Neumünster und stammt aus dem Jahr 2013.

Mit Blick auf die Gewerbeflächen zeigte das Konzept auf, dass die **Flächennachfrage** heute vermehrt vom **technologieorientierten Mittelstand** ausgeht. In den vorausgegangenen Jahren waren hier jedoch vorrangig Großunternehmen die größte Nachfragegruppe. Von 2003 bis 2010 wurden **jährlich im Mittel rd. 17,8 Hektar** an Gewerbeflächen vermarktet. Die Nachfrage kommt größtenteils aus der Region. Zudem wurden eher kleine Flächengrößen [zwischen 2.000 bis 6.000 Quadratmeter] nachgefragt. In den Jahren 2011 und 2012 sind die Flächenumsätze auf bis zu knapp 35 Hektar pro Jahr angestiegen. Schwerpunkte sind dabei der Süden [an Hamburg angrenzend] sowie der Norden [Neumünster].

ausreichende Flächenpotenziale bis 2025 vorhanden – gemeinsame Entwicklung und Vermarktung

Bis zum Jahr **2025** wurde ein weiterer **Bedarf** an Gewerbeflächen zwischen **116 und 145 Hektar** Nettobauland prognostiziert. Dem stehen Flächenpotenziale in einer Größenordnung von rd. 230 Hektar Nettobauland gegenüber, so dass das **Potenzial** grundsätzlich als **ausreichend** eingeschätzt wird. Die beteiligten Kommunen haben sich zu einer gemeinsam abgestimmten Gewerbeflächenentwicklung und zur strategischen Standortprofilierung entschlossen, die gemeinsame Vermarktung der Region erfolgt über das Portal des Städtenetzwerkes NORDGATE [nordgate.de].

prioritäres Leitprojekt „Regionales Gewerbeflächenkonzept“

Die Akteure der Region haben darüber hinaus verschiedene Leitprojekte definiert. Im Handlungsfeld Wirtschaft und Gewerbeflächen wurde das **prioritäre Leitprojekt** „**Regionales Gewerbeflächenkonzept**“ identifiziert (vgl. S. 178 des REK).

Fachbeitrag Gewerbeflächen

Im Rahmen der REK-Erarbeitung wurden verschiedene **Fachbeiträge** erarbeitet, u. a. auch ein Fachbeitrag zu **Gewerbeflächen**[7]. Im Wesentlichen werden hier die Flächenbestände, Kauffallentwicklungen und Flächenpotenziale zu einem prognostizierten Flächenumsatz [abhängig von der Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes] ins Verhältnis gesetzt und die o. g. Daten untersetzt. Zudem werden die Effekte, die der [Weiter-] Bau der A20 Richtung Westen sowie der Ausbau der A7 generieren könnten, eingeschätzt.

2.1.4 Regionale Gewerbeflächenentwicklungskonzepte

Neben den REK und deren Fachaussagen zu Gewerbeflächen liegen Gewerbeflächenkonzepte vor, die eine regionale Betrachtung beinhalten. Dabei handelt es sich zum einen um ein älteres Konzept der Technologie-Region K.E.R.N. und ein aktuell in der Bearbeitung befindliches Konzept für die Region des REK A7 Süd.

Technologie-Region K.E.R.N. [2002]

„Vorläufer“ aus dem Jahr 2002 mit gleicher Intention

Die Technologie-Region K.E.R.N., die mit dem räumlichen Zuschnitt des Planungsraumes II identisch ist, heute jedoch in ihrer institutionalisierten Form nicht mehr existiert, hat 2002 das **„Gewerbeflächenentwicklungskonzept der Technologie-Region**

[6] REK A 7 Süd Ergebnisbericht, Georg Consulting/Ramboll Management Consulting, Hamburg 2013
[7] REK A 7 Süd Gewerbeflächen Fachbeitrag, Georg Consulting, Hamburg 2012

K.E.R.N.“[8] erarbeitet. Ziel war, durch eine einheitliche, laufend fortgeschriebene dezentrale Informationsbasis **Transparenz über Angebot und Nachfrage** in der Region herzustellen. Zudem sollten Kriterien für eine stärkere **Qualifizierung von Gewerbeflächen** sowie **Standortprofile** mit Zielbranchen erarbeitet werden. Die Akteure wollten mit diesem Konzept zu einer gemeinsamen Entwicklung der Region beitragen und es als Basis für ein nach innen und außen ausgerichtetes **Regionalmarketing** nutzen.

regional bedeutsame Standorte und Zielbranchen im Blick

Die **„regional bedeutsamen“ Standorte** standen im Fokus der Untersuchung. Darüber hinaus wurden **„Zielbranchen“** für diese regional bedeutsamen Standorte in den Blick genommen. In **Gebietsprofilen** wurden die jeweils detaillierten Informationen zu den Einzelstandorten zusammengefasst.

Ergebnis; bis ca. 2012 stehen ausreichend Flächen zur Verfügung

Insgesamt wurden 28 vorhandene Flächen, 21 geplante Flächen sowie 11 weitere perspektivische Flächen in die Untersuchung einbezogen. Das Konzept kommt zum Ergebnis, dass ca. bis zum Jahr 2012 **ausreichend verfügbare und geplante Gewerbe- und Industrieflächen zur Verfügung** stehen. Durch methodische Unterschiede und vor allem eine unterschiedliche und selektive Erhebungsmethode konnten die Ergebnisse für das vorliegende Konzept überwiegend nicht vergleichend genutzt werden.

Gewerbeflächenkonzept REK A7 Süd [2015]

Zeitlich fast parallel zum Gewerbeflächenentwicklungskonzept für den Planungsraum II erfolgte für den Bereich REK A7 Süd im ebenfalls die Erstellung eines Gewerbeflächenkonzeptes. Neumünster ist in beiden GEFEK enthalten. Daher fanden im Prozess Gutachterabstimmungen mit der Stadt Neumünster zur Bestandserhebung und Bewertungen statt. Ziel war eine abgestimmte Bestandsdarstellung und zumindest vergleichbare Bewertung.

Gegenüber den Aussagen zum REK A7 Süd (Gesamtkonzept und Fachbeitrag Gewerbeflächen) ergaben sich in diesem – **aktuelleren und vertiefenden – Gewerbeflächenkonzept** z. T. deutlich abweichende Ergebnisse.

Im Zwischenbericht zum Gewerbeflächenkonzept A7 Süd[9] wird von einem **künftigen Bedarf von ca. 17,5 ha pro Jahr im Maximalszenario** ausgegangen; bis **2030 von ca. 280** ha. Demgegenüber wurden gesicherte Baulandflächen von ca. 318 ha ermittelt; darüber hinaus ca. 111 ha an Entwicklungs-/FNP-Flächen. Zwischenresümierend wird daher festgestellt, dass die **künftigen Bedarfe in diesem regionalen Betrachtungsmaßstab rechnerisch abgedeckt** werden können.

2.1.5 Kommunale Planungen und Konzepte zur Gewerbeflächenentwicklung

Neben den aufgeführten regionalen Konzepten liegt eine Vielzahl von kommunalen und kreislichen Konzepten mit einem mehr oder wenigen engen **Bezug zur Gewerbeflächenentwicklung** vor. Relevante Konzepte wurden ausgewertet und entsprechende Bezüge zu den eigenen Analysen gezogen. Ältere Daten ermöglichten eine Analyse über einen längeren Zeitraum bzw. sie wurden zur Überprüfung der Plausibilität eigener Berechnungen und Annahmen herangezogen.

[8] Gewerbeflächenentwicklungskonzept der TechnologieRegion K.E.R.N., Technologie-Region Kiel, Eckernförde, Rendsburg, Neumünster, Plön; Konzept Convent Planung und Beratung GmbH, Hamburg 2002

[9] Gewerbeflächenentwicklungskonzept REK A7 Süd, Zwischenbericht/-präsentation CIMA Beratung + Management GmbH, Lübeck 2015

Folgende Konzepte lagen vor und wurden analysiert.

Landeshauptstadt Kiel: Strategien zur künftigen Gewerbeflächenentwicklung in der Landeshauptstadt Kiel [2012][10]

differenzierte Analyse des Gewerbeflächenmarktes erarbeitet – Basis für eine zukunftsorientierte Gewerbeflächenpolitik

Die Landeshauptstadt Kiel hat im Jahr 2012 begonnen, die Strategien zur künftigen Gewerbeflächenentwicklung zu erarbeiten. Anlass war insbesondere die deutliche Verknappung von Gewerbeflächen innerhalb des Stadtgebietes. Vor allem **kurzfristig verfügbare Flächen**, die sich an den **gewandelten Anforderungen des Marktes** orientieren, stehen danach nicht in ausreichendem Maß zur Verfügung. So wurden zunächst im Rahmen der Strategie **Potenzialflächen** im Stadtgebiet beleuchtet und eine **differenzierte Analyse des Gewerbeflächenmarktes** erarbeitet. Im Ergebnis lagen erste **strategische Aussagen zur zukunftsgerichteten Gewerbeflächenpolitik** der Landeshauptstadt vor.[11]

verarbeitendes Gewerbe fragt am stärksten nach

zuzüglich Planungsreserve benannt

Das Gutachten empfiehlt zur Vermeidung eines absehbaren Angebotsdefizites bis 2025, im Flächennutzungsplan [FNP] eine **zusätzliche Flächenausweisung** von rd. 8,9 Hektar vorzunehmen. Dieser Bedarf ergibt sich aus den z. T. langen Planungsvorläufen für die Bauleitplanung und nachfolgende Planungsverfahren. Angesichts der prognostizierten Flächenengpässe, die auch auf Nutzungsrestriktionen vorhandener Flächenpotenziale zurückzuführen sind, sollen laut Gutachten durch die Entwicklung von FNP-Potenzialflächen und perspektivischen Flächenpotenzialen entsprechende Angebote geschaffen werden. Diese sollten sich nicht nur wie bisher im Süden, sondern auch in den übrigen Stadtteilen, insbesondere im Norden und Westen, befinden.

regionale Abstimmung forcieren – interkommunale Gewerbegebiete entwickeln

Um insbesondere die regionale Konkurrenz zu vermindern und auch große, zusammenhängende Flächen zu entwickeln, empfiehlt die Strategie, in **regionalen Abstimmungsprozessen interkommunale Gewerbegebiete** zu entwickeln.

Landeshauptstadt Kiel: Integriertes Stadtentwicklungskonzept Kiel [INSEKK, 2011][12]

strategische Basis der Landeshauptstadt
Ziel „innovative Stadt“ mit Gewerbeflächenbezug

Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept Kiel [INSEKK] wurde 2011 durch die Landeshauptstadt erarbeitet. Das INSEKK formuliert **fünf strategische Ziele** und untersetzt diese mit einer Reihe von räumlichen sowie inhaltlichen **Entwicklungsschwerpunkten**. Mit Blick auf das Gewerbeflächenentwicklungskonzept ist das strategische Ziel **„Innovative Stadt“** maßgeblich.

Gewerbeflächenentwicklung als zentrales wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisches Instrument

Das Konzept schätzt die **Gewerbeflächenentwicklung** als eines der **zentralen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Instrumente** zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der Landeshauptstadt ein. **Entscheidender Standortfaktor** ist die nachfragegerechte Verfügbarkeit von Flächen sowie eine kurzfristige Aktivierbarkeit. Als Handlungsschwerpunkte wurden u. a. die Nutzung des Entwicklungspotenzials der wissensbasierten Bereiche sowie die Förderung interkommunaler Gewerbegebiete benannt.

drei Entwicklungsschwerpunkte: Radewisch/Moorsee, MFG 5, Kai-City Ostufer

Das INSEKK formuliert eine Reihe von **Entwicklungsschwerpunkten**. Hierzu zählt das **südwestlich der B404/A21** liegende Areal – gem. FNP überwiegend als Sonderbaufläche für Forschung/Technologie ausgewiesen. Hier stehen rd. 40 Hektar Fläche für die

[10] Strategien zur zukünftigen Gewerbeflächenentwicklung in der Landeshauptstadt Kiel, CIMA Beratung + Management, Lübeck 2012“

[11] Beschluss des Wirtschaftsausschusses Kiel „Gewerbeflächenentwicklung der Landeshauptstadt Kiel“ Drucksache 0633/2014

[12] INSEKK, Landeshauptstadt Kiel, Stadtplanungsamt, Kiel 2011

Ansiedlung von hochspezialisierten Betrieben bereit. Das Areal des **Marinefliegergeschwaders (MFG) 5 in Holtenau** steht gleichermaßen für Wohnnutzungen, gewerbliche Nutzungen und touristische Nutzungen zur Verfügung. In der **Kai-City** – dem bedeutendsten Stadtentwicklungsprojekt – sollen auf einer Fläche von rd. 25 Hektar Wohn- und Gewerbeflächen entstehen.

Kreis Rendsburg-Eckernförde: Gewerbeflächenanalyse im Kreis Rendsburg-Eckernförde – Ergebnisse [2014][13]

Die Analyse zeigt einen sehr guten **Überblick über den Gewerbeflächenbestand**, den noch freien, verfügbaren Bestand, den Auslastungsgrad, Quadratmeterpreise, Eigentumsverhältnisse und weitere Merkmale. Demnach verfügt der Kreis über 26 Gewerbegebiete mit insgesamt rd. 385 Hektar Gewerbeflächen. Knapp 50 Prozent dieser Flächen sind frei [**rd. 185 Hektar**] und rd. 83 Prozent hiervon sind **sofort verfügbar**. Eigentümer ist größtenteils die öffentliche Hand. Im Hinblick auf die straßen-, gleis- und **wasserstraßenseitige Anbindung** sowie die **Erreichbarkeit** vom internationalen Flughafen Hamburg weisen alle Flächen **Standortnachteile** auf.

Flächenpotenziale werden bis 2025 rechnerisch komplett aufgebraucht

In zwei Varianten werden die künftigen Flächenbedarfe bis 2025 prognostiziert. Mit dem GIFPro-Modell wird ein Bedarf von rd. 43 Hektar bis 2025 ermittelt, die Verfasser kommen nach eigenen Berechnungen auf einen Bedarf von rd. 181 Hektar. Demnach wären **im Jahr 2025 bereits alle Flächenpotenziale aufgebraucht**.

Kreis Plön: Strategische Handlungsfelder [2012][14]

strategische Zielrichtung Wirtschaft formuliert

Im Dezember 2012 wurden für den Kreis Plön **strategische Ziele und Handlungsfelder** definiert, die Grundlage und Instrument der Kreisentwicklung sind. Eines der fünf strategischen Handlungsfelder ist der Wirtschaft gewidmet: **„Wirtschaft und Tourismus stärken und den Kreis Plön als attraktiven Wohnstandort weiterentwickeln“**. Das entsprechende Handlungsfeld formuliert, dass der Kreis eine moderne und ergebnisorientierte **Wirtschaftsförderung aufbauen** will, ein **bedarfsgerechtes Angebot** für die Ansiedlung und den Erhalt mittelständischer Wirtschaftsbetriebe [KMU] unterstützten sowie ein **Standortmarketing** aufbauen und eine **Angebotsstrategie bei der Flächenbereitstellung** entwickeln will.

Stadt Neumünster: Integriertes Stadtentwicklungskonzept „ISEK Neumünster“ [2006][15]

Thema Gewerbeflächen im Bereich Leitziele und räumliches Leitbild

Das „ISEK Neumünster“ legt eine umfassende Bestandsanalyse dar und leitet daraus Leitziele ab. Unter dem **Leitziel „Wirtschaftliche Kompetenzen ausbauen“** finden sich zwei relevante Unterziele: **Stärkung der gewerblichen Bestandsstrukturen** sowie Ausbau vorhandener Kompetenzfelder [Maschinenbau, Umwelttechnik, Medizintechnik, Logistik etc.]. Das räumliche Leitbild sieht für Gewerbebetriebe einen **Standort südlich der B205** bzw. an der **Autobahnanschlussstelle Neumünster-Nord** vor. Südlich der B205 ist ein **Logistikpark** denkbar. Der Messestandort **„Holstenhallen“** im Norden der Stadt wird weiterentwickelt. Im Maßnahmenkatalog findet sich in der zweiten Priorität [Umsetzung bis 2010] der Aufbau eines Gewerbeinformationssystems. Weitere Maßnahmen, die für das Gewerbeflächenentwicklungskonzept relevant sind, trifft das ISEK nicht.

[13] Gewerbeflächenanalyse im Kreis Rendsburg-Eckernförde, ExperConsult, Dortmund 2014
[14] Strategische Handlungsfelder des Kreises Plön, Kreisverwaltung Plön, 2012
[15] Integriertes Stadtentwicklungskonzept ISEK Neumünster, Planungsgruppe 4/BPW, 2006

Das ISEK befindet sich derzeit in **Überarbeitung**. Der Überarbeitung ist eine umfassende Evaluierung vorangegangen, die für das **Handlungsfeld Wirtschaft** gewerbeflächenrelevante **Bedarfe** wie beispielsweise die Förderung von Wachstumsbranchen wie der Logistik oder die Bereitstellung ausreichend quantitativer und qualitativer **Gewerbeflächen** unter Berücksichtigung interkommunaler Ansätze erkennt**.**

Evaluierung ISEK ist erfolgt – Fortschreibung erfolgt derzeit

2.2 Wirtschaftsraum; Struktur und Entwicklung

Nachfolgend wird ein kurzer Blick auf die **wesentlichen Daten und Statistiken** für den Planungsraum II geworfen, die **Bezug zur Gewerbeflächenentwicklung** haben.

Die Wirtschaftsstruktur und -entwicklung in einer Region ist eine der entscheidenden Determinanten der aktuellen und künftigen Gewerbeflächennachfrage, da verschiedene Branchen unterschiedliche Standortpräferenzen aufweisen. Eine sehr hohe bis ausschließliche Affinität zu reinen Gewerbeflächen [verstanden als GE- oder GI-Flächen im Sinne der BauNVO] weisen das Verarbeitende Gewerbe und das Baugewerbe auf. Zu den Wirtschaftszweigen, aus denen einzelne Teilsegmente Gewerbeflächen nachfragen, zählen u. a. Verkehr und Lagerei [hierunter fällt u. a. die Logistik], Handel und Instandhaltung/Reparatur von Kraftfahrzeugen [hierunter fällt u. a. der Großhandel] und die Erbringung sonstiger bzw. sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen [u. a. Vermietung von Fahrzeugen und Maschinen, Reinigungsgewerbe, Reparaturen als Branchen mit gewisser Gewerbeflächenaffinität]. Bei großen Teilen der Dienstleistungen ist dagegen zu unterstellen, dass diese kaum oder gar nicht in Gewerbegebieten anzutreffen sind, sondern in Misch- oder Kerngebieten.

unterschiedliche Gewerbeflächenaffinität der verschiedenen Branchen

Zur anschaulichen Darstellung der Wirtschaftsstruktur im Planungsraum sowie den vier Teilräumen werden im Folgenden **sog. Spezialisierungsmatrizen** abgebildet. Dabei werden folgende Sachverhalte dargestellt:

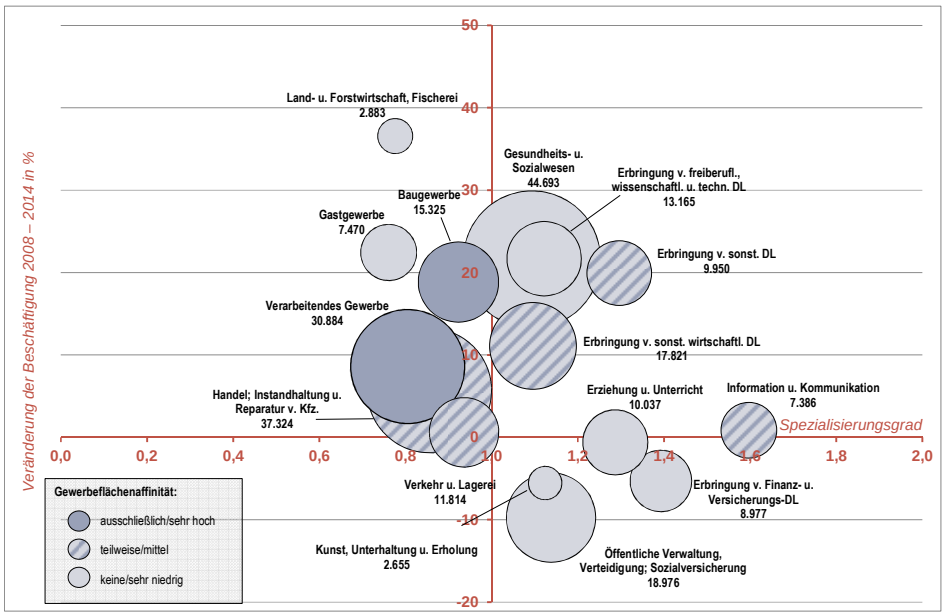
> absolute Bedeutung eines Wirtschaftszweigs, d. h. Zahl der Beschäftigen im Jahr 2014

> Dynamik eines Wirtschaftszweigs, d. h. Veränderung der Beschäftigung in einem bestimmten Zeitraum [2008 bis 2014]

> regionale Spezialisierung auf bestimmte Wirtschaftszweige, d. h. Wirtschaftszweige mit einem im Verhältnis zum Landesdurchschnitt überproportional hohen Anteil.

Die Wirtschaftsstruktur auf Ebene der Wirtschaftsabteilungen für den Planungsraum insgesamt ist in der nachfolgenden Abbildung dargestellt.[16]

Abbildung 4: Wirtschaftsstruktur im Planungsraum II auf Ebene der Wirtschaftsabschnitte [Quelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Stichtage 30.06.2008 und 30.06.2014]



Lesehilfe: Im Wirtschaftsabschnitt Information und Kommunikation sind im Planungsraum II im Jahr 2014 knapp 7.400 Beschäftigte tätig. Die Zahl der Beschäftigten ist zwischen 2008 und 2014 um rund 1 % gestiegen. Der Anteil dieses Wirtschaftsabschnitts an der Summe aller Beschäftigten liegt etwa um das 1,5-fache höher als im Durchschnitt des Landes Schleswig-Holstein [Anteil von 3 % im Planungsraum ggü. knapp 2 % im Landesdurchschnitt; sog. Spezialisierungsfaktor].

Im Gesamtbild lässt sich eine **insgesamt steigende Beschäftigung** ausmachen, wobei die Branchenstruktur keine signifikanten Abweichungen vom Landesdurchschnitt aufweist. Besonders prägende Branchen, d. h. Branchen mit hohen Beschäftigungszahlen, Beschäftigungswachstum und überdurchschnittlicher Ausprägung, lassen sich für den Gesamtraum nicht eindeutig ausmachen.

hohe Dienstleistungsorientierung ohne einzelne dominierende Branchen

Deutlich wird aber eine insgesamt **hohe Dienstleistungsorientierung**. So weist im Planungsraum vor allem das Gesundheits- und Sozialwesen eine hohe Bedeutung auf, das mit über 44.000 über die höchste absolute Beschäftigtenzahl verfügt und darüber hinaus mit rund 22 % ein dynamisches Wachstum aufweist. Allerdings sind aus diesem Bereich typischerweise kaum Nachfragen nach Gewerbestandorten zu verzeichnen.

Wirtschaftsabschnitte, die in der Regel eine sehr hohe Affinität zu Gewerbestandorten aufweisen, wie z. B. das Verarbeitende Gewerbe oder das Baugewerbe, weisen im Planungsraum ebenfalls steigende Beschäftigtenzahlen auf; sie sind aber im Vergleich zum Landesdurchschnitt leicht unterdurchschnittlich vertreten.

[16] Aufgrund von Datenschutzrichtlinien können keine Beschäftigtenzahlen veröffentlicht werden, wenn in einem Teilraum drei oder weniger Betriebe in einem Wirtschaftszweig ansässig sind oder ein dominierendes Unternehmen ansässig ist, so dass aus den Daten Rückschlüsse auf einzelne Unternehmen gezogen werden könnten. Dies betrifft vor allem die Wirtschaftsabteilungen des Verarbeitenden Gewerbes auf 2-Steller-Ebene, wobei davon in den einzelnen Teilräumen unterschiedliche Branchen betroffen sind. Daher kann diese Ebene für den Gesamtraum nicht sinnvoll dargestellt werden, da nur wenige Summen gebildet werden können. Für die einzelnen Teilräume wird diese Ebene im Folgenden aber dargestellt.

Aufgrund der regionalen Differenzen in der Wirtschaftsstruktur werden im Folgenden für die vier Teilräume die Wirtschaftsabschnitte [1-Steller-Ebene der WZ] und die Wirtschaftsabteilungen des Verarbeitenden Gewerbes [2-Steller-Ebene der WZ] dargestellt.

Landeshauptstadt Kiel

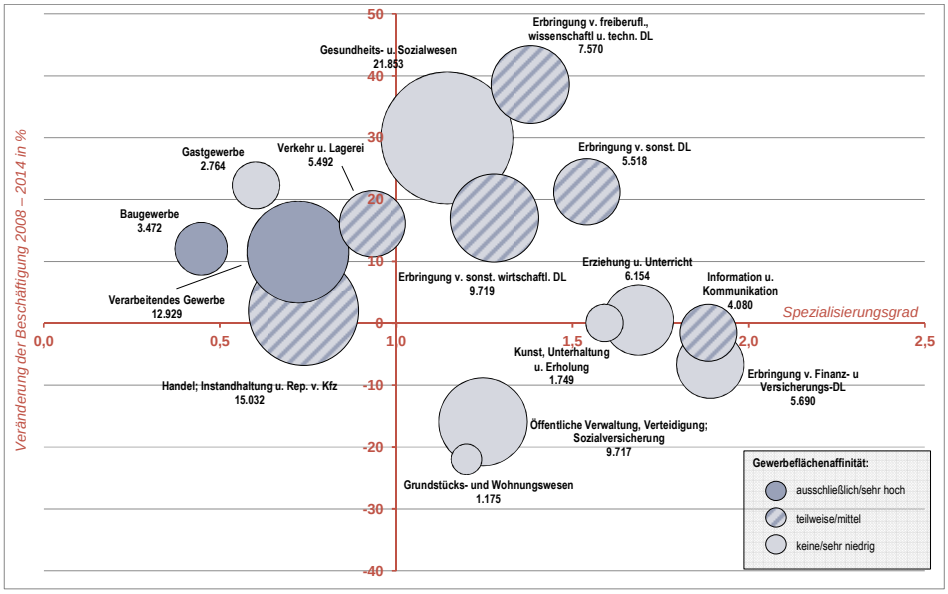


Abbildung 5: Wirtschaftsstruktur der Stadt Kiel auf Ebene der Wirtschaftsabschnitte. [Datenquelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit]

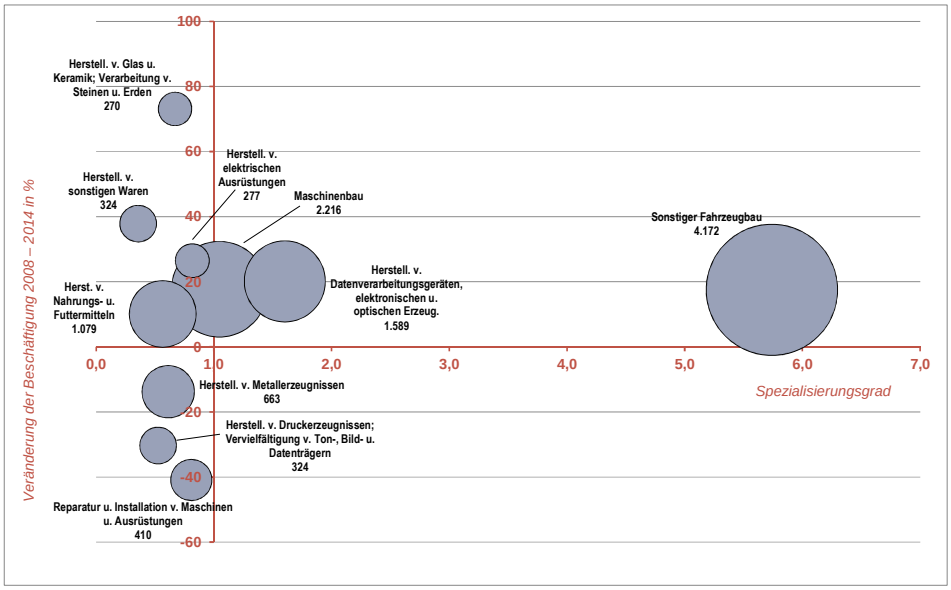


Abbildung 6: Wirtschaftsabteilungen des Verarbeitenden Gewerbes in der Stadt Kiel. [Datenquelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit]

Stadt Neumünster

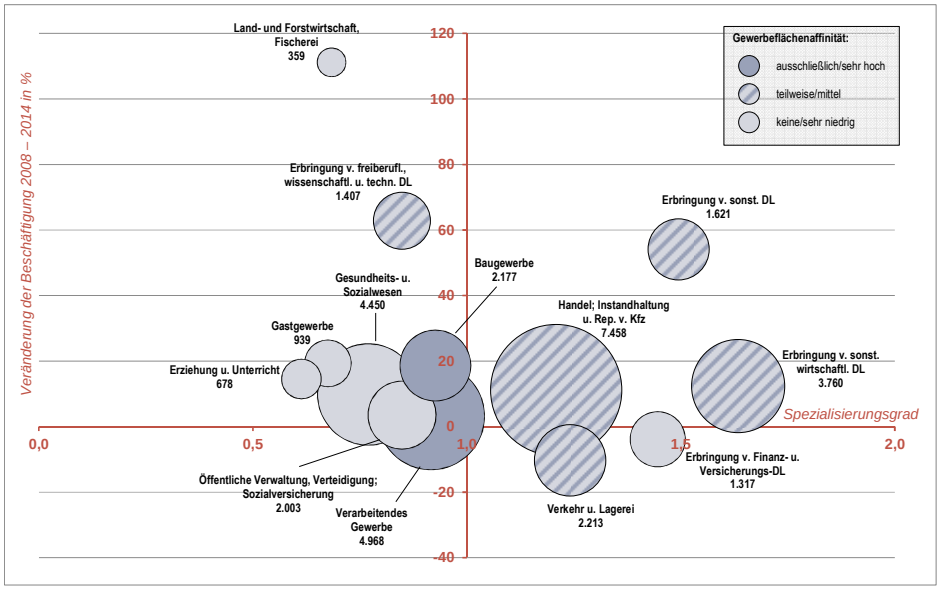


Abbildung 7: Wirtschaftsstruktur der Stadt Neumünster auf Ebene der Wirtschaftsabschnitte. [Datenquelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit]

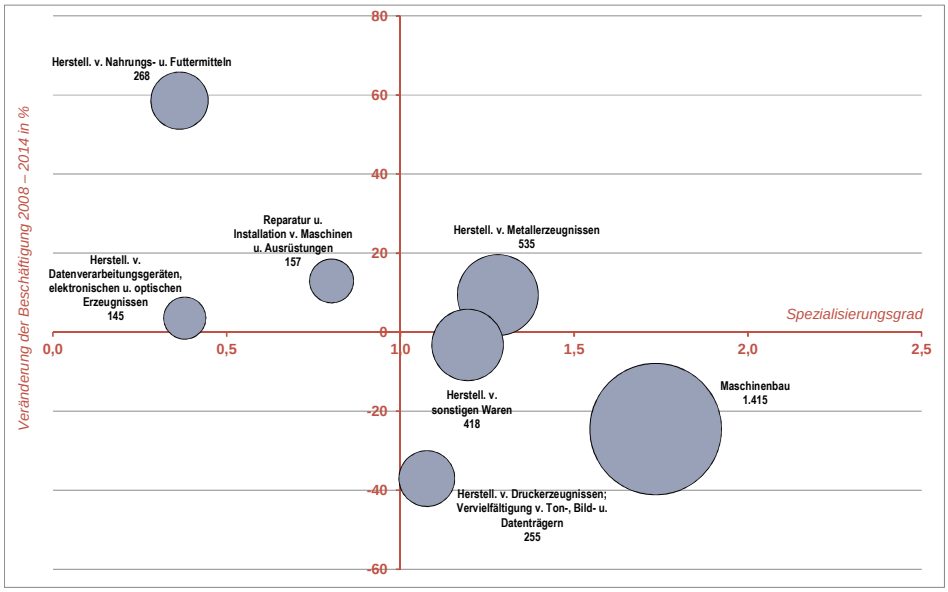


Abbildung 8: Wirtschaftsabteilungen des Verarbeitenden Gewerbes in der Stadt Neumünster. [Datenquelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit]

Kreis Plön

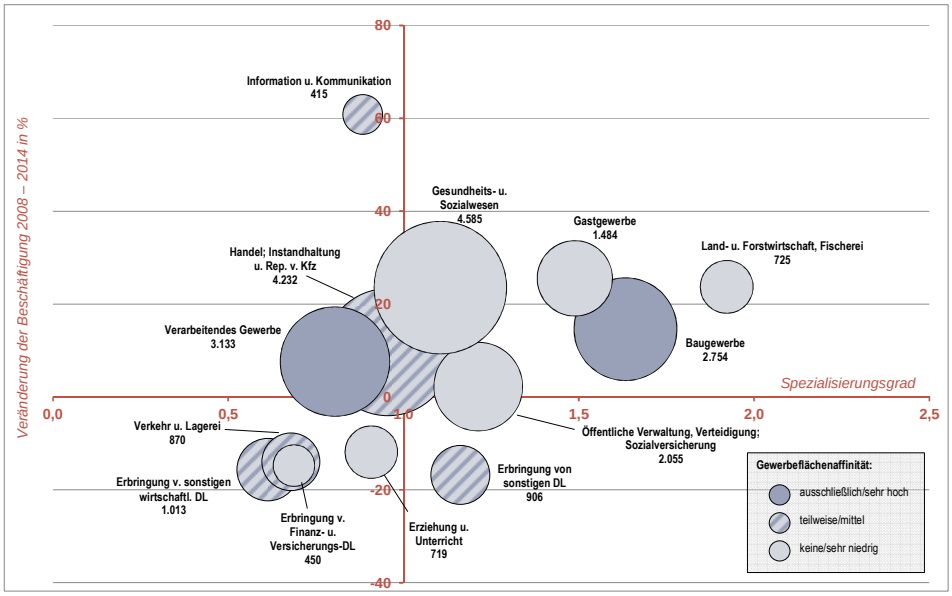


Abbildung 9: Wirtschaftsstruktur des Kreises Plön auf Ebene der Wirtschaftsabschnitte. [Datenquelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit]

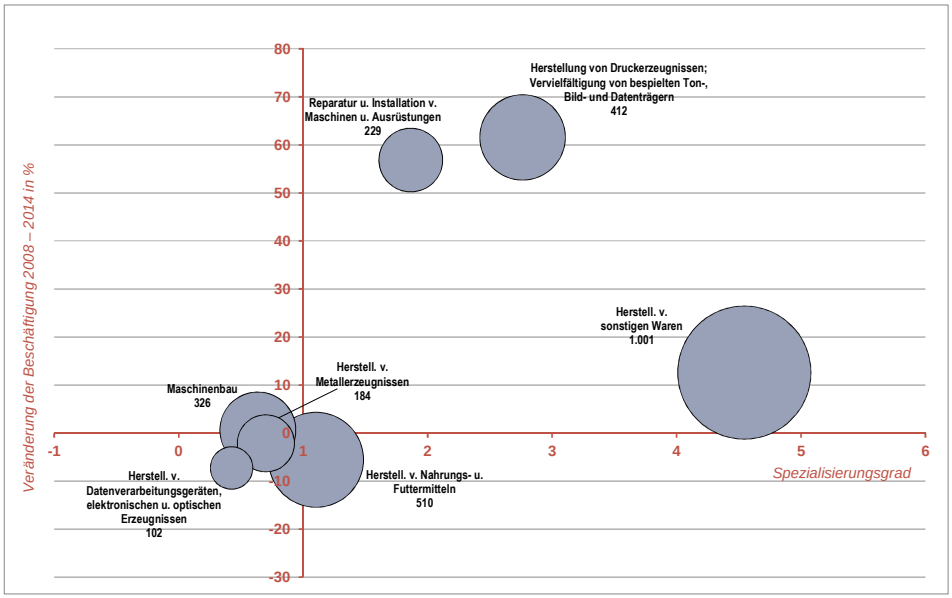


Abbildung 10: Wirtschaftsabteilungen des Verarbeitenden Gewerbes im Kreis Plön. [Datenquelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit]

Kreis Rendsburg-Eckernförde

Abbildung 11: Wirtschaftsstruktur des Kreises Rendsburg-Eckernförde auf Ebene der Wirtschaftsabschnitte. [Datenquelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit]

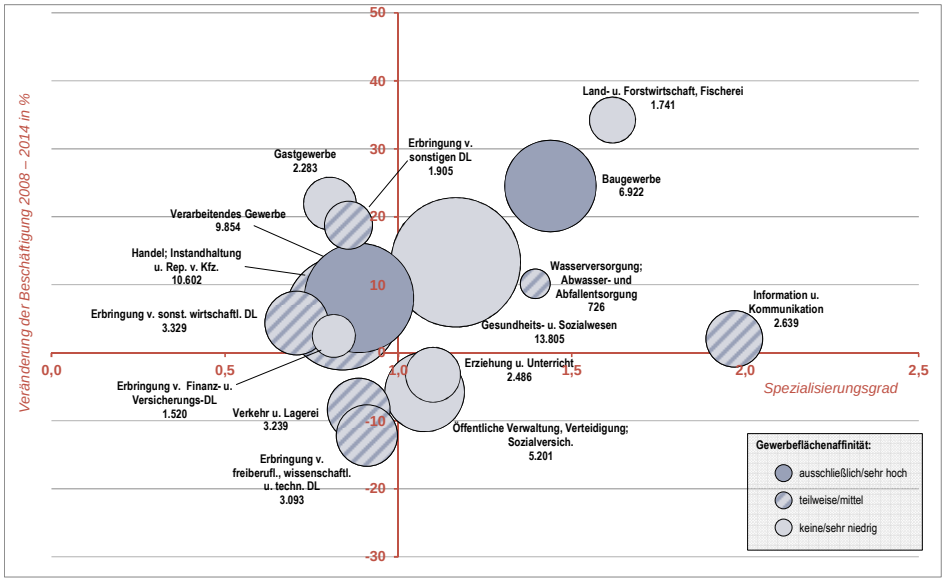
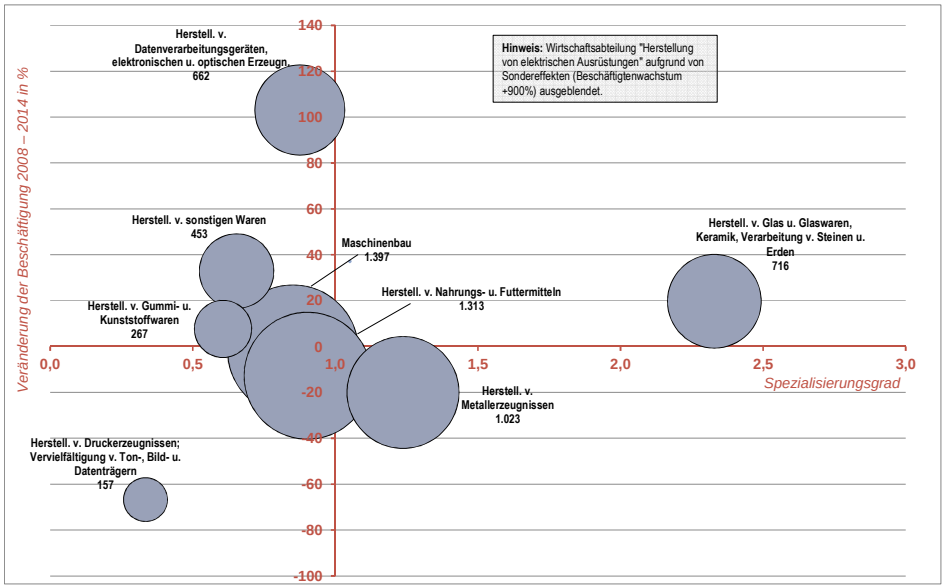


Abbildung 12: Wirtschaftsabteilungen des Verarbeitenden Gewerbes im Kreis Rendsburg-Eckernförde. [Datenquelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit]



Als Fazit aus der Betrachtung der Wirtschafts- und Branchenstruktur in den Teilräumen lässt sich festhalten:

> Das **Verarbeitende Gewerbe als wichtigste Nachfragegruppe nach Gewerbeflächen** weist in allen Teilräumen ein leichtes Wachstum auf, ist aber im Vergleich zum Landesdurchschnitt leicht unterdurchschnittlich ausgeprägt.

> Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes weisen durchweg der Maschinenbau und die Metallerzeugung eine hohe Bedeutung auf. Hinzu kommen in den einzelnen Teilräumen jeweils spezifische prägende Branchen, wie z. B. sonstiger Fahrzeugbau in Kiel, Herstellung von Nahrungs-/Futtermittel im Kreis Rendsburg-Eckernförde oder Herstellung sonstiger Waren im Kreis Plön.

> Auch das **Baugewerbe weist durchweg steigende Beschäftigungszahlen** auf. In den eher ländlich geprägten Kreisen Plön und Rendsburg-Eckernförde ist diese Branche deutlich überdurchschnittlich vertreten.

> Die beiden Städte **Kiel und Neumünster weisen hingegen eine überdurchschnittliche Ausprägung von Dienstleistungen** auf, woraus sich zwar auch eine gewisse Nachfrage nach Gewerbeflächen ergibt, vornehmlich aber andere Standorttypen.

2.3 Gewerbeflächenentwicklung: Bestand, Entwicklung, Planung

Zentrales Element des GEFEK ist eine aktuelle Bestands-, Entwicklungs- und Planungsanalyse zu den Gewerbeflächen, sowohl für die nachfolgenden Prognoseschritte als auch als fortschreibbare Basis für das weitere Monitoring [s. a. Kapitel 4.].

2.3.1 Bestandserhebung; Methode und Vorgehen

Unmittelbar nach Auftragserteilung wurden die Erhebungsinstrumente durch die Auftragnehmer entwickelt und sukzessive mit den Vertretern der Gebietskörperschaften in den Planungsdialogen am

> 27. Februar 2015,

> 27. März 2015,

> 24. April 2015 und

> 29. Mai 2015

in den jeweiligen Fassungen diskutiert und abgestimmt. Darüber hinaus erfolgten in den vier Gebietskörperschaften im März 2015 Startergespräche, in denen vor allem die bis dahin vorliegende Gewerbeflächendatei diskutiert und weitere Unterlagen sowie Materialien übergeben wurden. Die Gutachter nahmen darüber hinaus an der Auftaktveranstaltung und den Workshops mit Branchen- und Clustervertretern und Vertretern der Kammern und Verbände teil. Erste bilaterale Gespräche zu ausgewählten Standorten und zur Abstimmung der Daten- und Informationsgrundlagen fanden ebenso statt. In diesem Zusammenhang wurden die kartografischen Grundlagen und Basisdaten abgestimmt. Darüber hinaus erfolgte eine systematische Zusammenstellung aller für die vorliegende Untersuchung relevanter Daten, Gutachten, Planwerke und Informationen [teilweise gemeindescharf].

Die folgende Erhebungsinstrumente und Grundlagen wurden für die nachfolgenden Berechnungen verwendet und sollen besonders hervorgehoben werden:

Erhebungsbögen und -tabellen für die Erfassung der Gewerbeflächen

Die Flächenerhebung erfolgte vertragsgemäß im 2. Quartal 2016 und wurde mit dem Zwischenbericht vorgelegt. Im Nachgang ergaben sich noch Datenergänzungen. Stichtag für die abschließende Datenerfassung war der 1. November 2015. Letzte Änderungsmeldungen wurden bis Mitte November 2015 verarbeitet.

Die Fläche Heikendorf wurde erst nach dem Stichtag gemeldet und konnte daher nicht berücksichtigt werden. Der Stichtag ist eine organisatorische Regelung, jedoch keine inhaltliche, die Rückschlüsse auf das Potential einer Fläche einräumt. In die Fortführung des GEFEK können bislang nicht berücksichtigte Flächen Eingang finden, soweit der Konkretisierungsgrad der Flächenentwicklung das zulässt. Fortschreibung, Monitoring und Datenpflege sind Teil der Handlungsempfehlungen aus dem GEFEK.

Für insgesamt **113 Standorte** wurden Daten und Informationen zu den Größenverhältnissen und den Planungsständen erfasst [u. a. Bruttobauland, Nettobauland, Belegungsstand, sofortige und perspektivische Verfügbarkeit]. Auf der Grundlage älterer Gewerbeflächenerfassungen [vgl. dazu auch Kap. 2.1] wurden aktuelle Datenbestände aufgebaut und in mehreren Schleifen mit den regionalen Vertretern im Planungsdialog verifiziert und ergänzt. Um ein möglichst vollständiges Bild der Gewerbeflächensituation zu erhalten, wurden nach Möglichkeit alle Gewerbestandorte über 1 ha Größe erfasst, unabhängig davon, ob noch freie Flächen für Ansiedlungen zur Verfügung stehen oder diese Gebiete vollständig belegt sind.[17] Im Ergebnis liegt in dieser Detailliertheit erstmals eine Gewerbestandortübersicht für die Region vor.

Verkaufsfälle - Daten der Gutachterausschüsse

Nach einem einheitlichen Muster und ergänzend zu den Ansiedlungs- und Verkaufsstatistiken wurden die **Verkaufsfälle ausschließlich für neu zu bebauende Gewerbeflächen** und das Verkaufsvolumen seit 2004 von den Gutachterausschüssen abgefragt und ausgewertet. Die Daten wurden zusätzlich nach Größengruppen untergliedert, um weitere Hinweise für die Profilierung der Standorte und Informationen über die Nachfragestruktur zu erhalten. Sie bildeten aufgrund der Aussagekraft und Vergleichbarkeit auch die zentrale Grundlage für die Auswertung und spätere Prognose.

Ansiedlungs- und Verkaufsstatistiken, vorliegende Gutachten

Weiterhin wurden die in den letzten zehn Jahren in den Kreisen und kreisfreien Städte verzeichneten Ansiedlungs- und Verkaufsfälle zu den Gewerbeflächen im überwiegend öffentlichen Eigentum berücksichtigt, wozu auf Angaben der Wirtschaftsförderungen zurückgegriffen wurde. Die in einigen Gebietskörperschaften zu diesem Thema vorliegenden Gutachten/Studien wurden ergänzend ausgewertet. Aufgenommen wurden vor allem die Verkaufsfälle und der jährliche Flächenumsatz. Dort, wo weitere Informationen zu den Käufergruppen bzw. -branchen vorlagen, wurden diese ausgewertet.

Flächenpriorisierung und Standortprofile

Neben der Vorausschätzung der zu erwartenden Nachfrage und einer entsprechenden Flächenbedarfsprognose bildet die Flächenpriorisierung und Ableitung besonders wichtiger Standorte für die Region eine weitere herausgehobene Aufgabe des Gutachtens. Hierzu wurden auf der Basis der Gewerbeflächendatei [117 Standorte] die zu bewertenden Standorte nach abgestimmten Kriterien sukzessive reduziert. Für diese Reduzierung und auch für die anschließende Bewertung und Erstellung von Standortprofilen für ausgewählte Flächen wurde ein einfaches und nachvollziehbares Vorgehen gewählt. Bewusst verzichtet wurde auf komplexe und überwiegend quantitative Bewertungsmodelle und -kriterien, wie sie häufig in anderen kommunalen oder regionalen Gewerbeflächenkonzepten verwendet werden [vgl. dazu u. a. AGIT: Regionales Gewerbeflächenkonzept für die Region Aachen, Fortschreibung 2009, Aachen, 2010].

[17] Aufgrund der dezentralen Struktur und den teilweise sehr kleinteilig strukturierten Gemeinden und Ämtern in den Kreisen Plön und Rendsburg-Eckernförde sind hier möglicherweise kleinere (deutlich unter 5 ha) und komplett belegte Gewerbegebiete nicht vollständig enthalten.

Das beschriebene Vorgehen ist in der nachfolgenden Abbildung schematisch dargestellt.

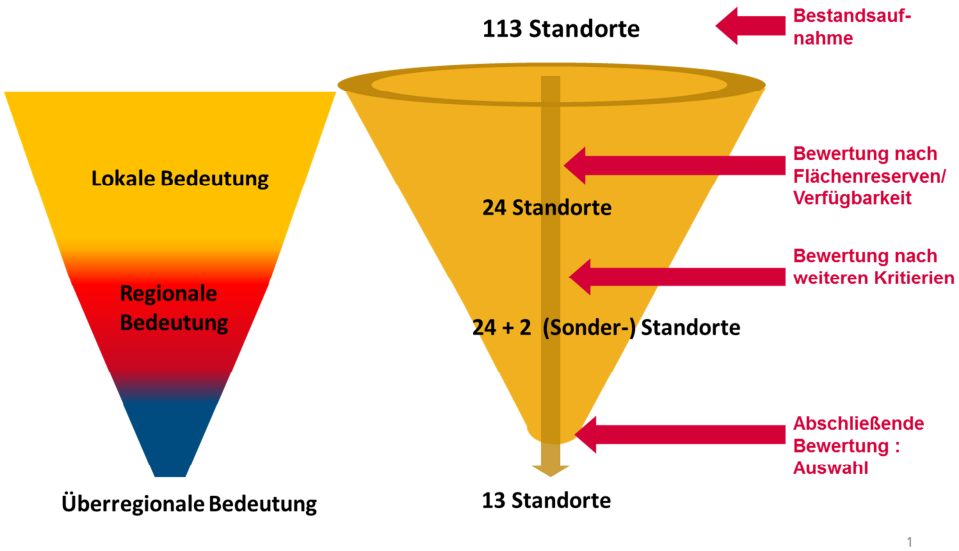


Abbildung 13:
Vorgehen Flächenpriorisierung

In der ersten Bewertungsrunde wurden die erfassten 113 Standorte nach den Flächenreserven und der Verfügbarkeit dieser Reserven bewertet. Angesetzt wurde dabei eine Grenze von **5 ha Nettoflächen aktueller oder künftiger Verfügbarkeit**. Im dem hier gewählten **regionalen Gutachtenmaßstab** für über 100 zu betrachtende Flächen ist ein objektiver und plausibler Filter notwendig. Die 5 ha-Grenze führte zu einer Flächenauswahl, deren Ergebnis operabel ist i. S. einer Gutachtenbearbeitung. Es handelt sich hier um eine Grenze, die mit Augenmaß unter Wahrnehmung der regionalen Gegebenheiten getroffen wurde und die auch in ähnlichen Fällen angewendet wurde [18].

89 Standorte erfüllten diese beiden Kriterien nicht bzw. 24 Standorte erfüllten sie. Anschließend wurden die 89 Standorte noch einmal nach einer besonderen Relevanz und einem Alleinstellungsmerkmal in der Region [Angebot, Technologierelevanz, Lage etc.] bewertet. Zwei Standorte erfüllten aus Gutachtersicht diese qualitativen Kriterien und wurden für eine weitere Bewertung [als sog. **„Sonderstandorte“**] ausgewählt. Die beiden **Sonderstandorte** Wissenschaftspark Kiel und Kiel Hörn wurden nicht wegen ihrer strukturellen Verflechtungen, sondern wegen der besonderen Bedeutung für die Gesamtregion ausgewählt, die andere Standorte nicht besitzen. Deren besonderes Profil mit unmittelbarer Nähe zur Uni und zentralen Wirtschaftsstrukturen sind relevant für Standortsuchende auch außerhalb der Region. Daher wurden diese beiden Standorte trotz geringerer Fläche als 5 ha als Vertiefungsstandorte herausgearbeitet.

Die so ermittelten **26 Standorte** haben aus Gutachtersicht nach der bisherigen Bewertung zumindest eine **regionale Bedeutung**. Im weiteren Bewertungsprozess werden

[18] Vgl. dazu u.a. Innovationsregion Rheinisches Revier: Ermittlung des Gewerbeflächenangebotes für Logistik, 2014; Metropolregion Hamburg: Gewerbeflächenkonzeption für die Metropolregion Hamburg (GEFEK), 2011, S. 76; Förderrichtlinie der Region Hannover zur Unterstützung der Kommunen bei der Entwicklung regional bedeutsamer Gewerbegebiete, 2005; AGIT: Regionales Gewerbeflächenangebot für die Region Aachen, Fortschreibung 2009. Im letztgenannten Konzept wird für eine regional bedeutsame Gewerbefläche als ein Kriterium beispielsweise ein umfangreiches direkt vermarktungsfähiges Flächenangebot von über 10 ha angesetzt.

weitere Kriterien geprüft und bewertet, um die Standorte mit **überregionaler Bedeutung** herauszufiltern [s. 4].

Ein Abweichung der Einstufung überregional bedeutsamer Standort aus landesplanerischer Sicht und der regionalen Betrachtung des GEFEK Kiel Region kann insofern abweichen [s. 4.].

Anders als in den Festlegungen des Landesentwicklungsplans wird die hier verwendete **GEFEK Kiel Region-spezifische Definition von Standorten** mit **überregionaler Bedeutung** weiter gefasst.

Im **Landesentwicklungsplan** wird unter **Standorten von überregionaler Bedeutung an den Landesentwicklungsachsen** ein Standort verstanden, der insbesondere **verkehrsintensiven gewerblichen Branchen** vorbehalten ist, die auf eine **überregionale Verkehrsanbindung** angewiesen und **nicht siedlungsnah** untergebracht werden können. Darüber hinaus soll es sich um **qualitativ hochwertige und größere gewerbliche** Schwerpunkte handeln.[19]

Im vorliegenden Kontext wurden vor allem die verfügbaren Flächenpotenziale (Größe, Zuschnitt), herausgehobene Standortqualitäten aus der Sicht der Unternehmen (Anbindung, Lagegunst, Unternehmensbesatz, Funktionalität und Ausrichtung) und damit die **regionalwirtschaftliche Bedeutung in der Gesamtheit** bewertet. Wenn ein Standort im Vergleich zu den anderen Standorten im Planungsraum sich hier besonders abhebt und damit auch für Ansiedlungen in einem überregionalen Kontext (d. h. für Unternehmen, die von außerhalb der Region kommen) von Interesse sein kann, wird er aus Gutachtersicht als **überregional bedeutsam** eingestuft.

Eine Abweichung der Einstufung als überregional bedeutsamer Standort aus landesplanerischer Sicht und aus der regionalen Betrachtung des GEFEK Kiel Region ist insofern möglich [s. 4.)

Für die Beschreibung und Bewertung der 26 Standorte wurden so genannte **Standortprofile** erstellt. Das entsprechende Muster wurde in den Planungsdialogen entwickelt und abgestimmt. Es ist im Anhang abgebildet. Bewertet wurden für alle 26 Standorte vor allem

- allgemeine Angaben zur Art des Gebietes, den Flächenreserven, der Verfügbarkeit, dem Flächenzuschnitt, der Einbindung in die Siedlungsstruktur und Restriktionen, der Planungs- und Realisierungstand **(Bewertungsaspekt Flächenpotenziale)**,
- die Verkehrsanbindung und Lagegunst **(Bewertungsaspekt Anbindung und Lagegunst)**, sowie
- die Funktionsfähigkeit und die Bedeutung aus Unternehmenssicht **(Bewertungsaspekt Unternehmensbesatz und Funktionalität)**.

Abschließend erfolge eine gutachterliche Bewertung nach dendrei o. g. Bewertungsaspekten sowie einer **zusammengefassten regionalwirtschaftlichen Gesamtbewertung**, die zur Auswahl **überregional bedeutsamer Standorte** führte (s. 4.3.).

Die Standortprofile für alle 26 Standorte sind in einem gesonderten **Anhangband** zusammengefasst.

[19] Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein 2010; Teil B, 2.6, 4 G, Kiel, 2010.

2.3.2 Bestand und Angebot an Gewerbestandorten

Im Rahmen der Bestandsaufnahme wurden im Planungsraum insgesamt 113 Gewerbestandorte ermittelt und in die Datenbank aufgenommen. Dabei handelt es sich um 102 bereits bestehende oder gegenwärtig in der Realisierung befindliche Standorte.[20] Es konnten darüber hinaus 11 Standorte ermittelt werden, die sich in unterschiedlichen Planungsstadien befinden.

Hier werden bei der Erfassung folgende Stufen verwendet und definiert:

- **Bestand:** planungsrechtlich und erschließungstechnisch gesichertes Gewerbegebiet, in dem Unternehmen angesiedelt und tätig sind bzw. zu bebauende Grundstücke für eine kurzfristige Ansiedlung von Unternehmen verfügbar sind
- **Realisierung:** planungsrechtlich gesichertes Gewerbegebiet, in dem die Erschließung noch nicht hergestellt, aber absehbar ist; noch keine Unternehmen angesiedelt, aber Grundstücke bereits in der aktiven Vermarktung
- **Planung:** Gewerbegebiet, für das konkrete Schritte zur Erlangung von Planungsrecht eingeleitet sind [Aufstellungsbeschluss B-Plan] und zu dem Konsens bzgl. der Realisierung besteht [interkommunale Abstimmung, Abstimmung mit Landesplanung]; Zeitpunkt der Fertigstellung noch nicht verbindlich; Grundstücke noch nicht in Vermarktung
- **Vorplanung:** erste konzeptionelle Vorplanungen/Vorüberlegungen bzw. vorbereitende Untersuchungen erfolgt, aber noch keine planungsrechtlichen Schritte/Abstimmungen erfolgt; Nutzungskonzept und Gebietsabgrenzung u. U. noch unklar; Realisierung des Gewerbegebietes insgesamt nicht sichergestellt

Die räumliche Verteilung der ermittelten 113 bestehenden oder geplanten Standorte ist in der kartografischen Übersicht auf der folgenden Seite dargestellt. Dabei zeigt sich eine deutliche Konzentration in den drei größten Städten Kiel (42 Standorte), Neumünster (71 Standorte) und Rendsburg sowie deren unmittelbaren Nachbarkommunen (10 Standorte). Dagegen ist in den ländlich strukturierten Bereichen der beiden Kreise das Angebot an Gewerbestandorten deutlich niedriger.[21]

Bei rund einem Drittel (37 Standorte) der erfassten Gewerbegebiete handelt es sich um kleine Standorte unter 5 ha Größe. Nur 7 Standorte (entspricht 6 %) sind größer als 50 ha. Die größten Gewerbegebiete im Planungsraum sind Neumünster Industriegewerbegebiet Süd südl. B 205 (225 ha), Kiel Wellsee (108 ha), Neumünster Industrie- und Gewerbegebiet Süd nördl. der B 205 (88,3 ha), Büdelsdorf Fehmarnstraße/Am Dolmen (74,8 ha; jeweils Nettobauland)). Die durchschnittliche Größe der Gebiete beträgt 17 ha, wobei insbesondere Neumünster überdurchschnittlich große Gebiete aufzuweisen hat (Mittelwert 36,7 ha).

[20] Hierunter werden auch die Bestandsflächen gezählt, bei denen eine Erweiterung geplant ist.

[21] Im Oktober 2015 hat die Gemeinde Heikendorf im Kreis Plön den Wunsch nach Entwicklung eines Gewerbegebietes über 5 ha mitgeteilt. Es erfolgte eine Planungsanzeige gem. § 11 LaPlaG. Aufgrund der fortgeschrittenen Konzeptbearbeitung und des noch bestehenden Abstimmungsbedarfes zu der Fläche ist diese nicht in die Auswertung des GEFEK mit eingeflossen. Bei Konkretisierung der Planung kann die Heikendorfer Fläche in die vorgesehene weitere Fortschreibung der GEFEK-Daten mit einfließen.

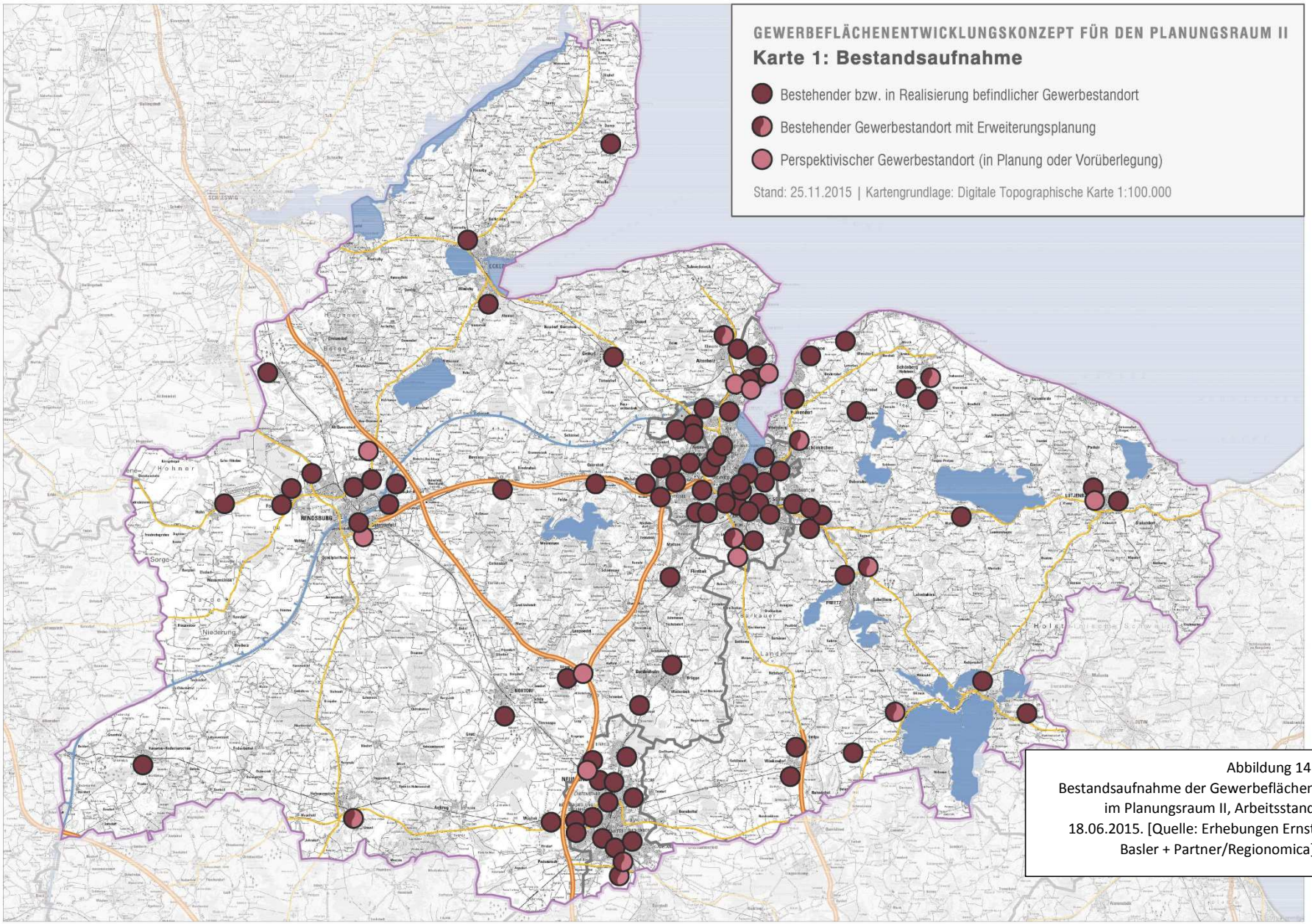


Abbildung 14:
Bestandsaufnahme der Gewerbeflächen im Planungsraum II, Arbeitsstand 18.06.2015. [Quelle: Erhebungen Ernst Basler + Partner/Regionomica]

1.922 ha Nettobauland; davon 72% belegt

Für die Bewertung des Gewerbeflächenangebots ist neben Zahl und Verteilung der Standort vor allem das **verfügbare Nettobauland** eine entscheidende Größe. Alle erhobenen Standorte im Planungsraum umfassen **insgesamt 1.922,2 ha Nettobauland**. Davon entfallen allerdings rund 72 % [entspricht 1.383,4 ha] auf Nettobauland, das bereits belegt ist.

weniger als 10 % der zu bebauenden Gewerbeflächen sofort verfügbar; Kiel mit den geringsten „Reserven“

Aktuell steht rund **9,5 % des gesamten Baulands [entspricht 182,6 ha] für eine sofortige Nutzung** zur Verfügung. Dabei gibt es **deutliche regionale Unterschiede**: während in Kiel aktuell nur 3 % der Bestandsflächen für sofortige/kurzfristige Ansiedlungen zur Verfügung stehen, sind dies im Kreis Rendsburg-Eckernförde rund 20 %.

Exkurs Kieler Gewerbeflächenausstattung im Städtevergleich: in der Tendenz Bestand und Verfügbarbarkeit Gewerbeflächen geringer

Zur **Kieler Gewerbeflächenausstattung** können im Sinne eines Exkurses vergleichbare Städte herangezogen werden. Ein Vergleich weniger Rahmendaten zeigt trotz jeweils stadtspezifischer Besonderheiten, Definitionsunterschieden und unterschiedlichen Datenquellen im Gewerbeflächenbereich in **der Tendenz**, dass Kiel:

> aufgrund der vergleichsweise **geringen Stadtfläche weniger Flächenpotenziale** hat,

> einen in Relation zur Einwohner- und Beschäftigtenzahl gesamt bzw. im gewerbeflächenaffinen sekundären Sektor **deutlich geringeren Gewerbeflächenbestand** hat

> und die **verfügbaren Flächenpotenziale und Flächenumsätze deutlich geringer** sind.

	Einwohner -zahl 2014	**Soz.-vers. Beschäftigte Sek. Sektor je ha Gewerbe-Flächen-bestand**[22]	**Anteil Siedl./ Verkehrsfläche an der an der Gesamtfläche**[23]	**Gewerbe-flächen-bestand total [netto]**	**davon kurz- und langfristig verfügbar [netto]**
Kiel	ca. 240.000	ca. 30	54%	ca. 550 ha	ca. 115 ha
Lübeck	ca. 211.000	ca. 22	37%	ca. 800 ha[24]	ca. 220 ha[25]
Rostock	ca. 203.000	ca. 26	40%	ca. 593[26]	ca. 93 ha[27]
Schwerin	ca. 103.000	ca. 20	31%	ca. 700 ha[28]	ca. 240 ha[29]

[22] Interaktive Regionalprofile sowie INKAR; ausgewählte Strukturindikatoren, Stand 2012, BBSR, Internetabfrage 10/2015

[23] s. 20

[24] Gewerbeflächenentwicklungskonzept für die Hansestadt Lübeck, Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung, Hannover 2012, Seite 77 ff. genanntes Gewerbeflächenangebot mit Gebietsgrößenbezug; 1.234 ha, zur groben Vergleichbarkeit Reduktion wegen ggf. enthaltener So-Flächen und angenommenem Bruttobezug grob 800 ha angenommen

[25] s. 20; Seite 85ff. hier Flächen in der Vermarktung, d. h. angenommen als Nettoflächen

[26] Hansestadt Rostock; Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft, Einschätzung lt. FNP-Daten vom 13.11.2015 ohne Hafen- und SO-Flächen

[27] s. 22;

[28] Integriertes Stadtentwicklungskonzept Schwerin 2025, 3. Fortschreibung, Landeshauptstadt Schwerin, 2015; verfügbare Bruttoangaben S. 17 minus angenommenem Abschlag von 25%

[29] s. 23: Seite 17

Flächenüberblick

Angebotsausweitung um 17 % projektiert; entspräche weiteren 334 ha

Bei Umsetzung aller geplanten Erweiterungen und Neuerschließungen könnten bis zu **334 ha weitere Flächen** angeboten werden. Dies entspricht einer Angebotsausweitung um rund 17 %. Das **größte Erweiterungsvolumen entfällt dabei sowohl absolut [95,5ha] als auch prozentual [24 %] auf den Kreis Rendsburg-Eckernförde**.

Die folgende Tabelle gibt einen zusammenfassenden Überblick der Bestandsaufnahme der Gewerbeflächen im Planungsraum und in einzelnen Teilflächen. Die vollständigen Erhebungslisten mit Detailangaben zu einzelnen Standorten befinden sich im Anhang.

Abbildung 15: Bestandsaufnahme der Gewerbeflächen im Planungsraum II, Arbeitsstand 24..11.2015. Quelle: Erhebungen Ernst Basler + Partner/Regionomica

	PR II	KI	NMS	PLÖ	RD
Zahl d. Standorte	**113**	**42**	**17**	**24**	**30**
davon Standorte im Bestand/in Realisierung	*102*	*37*	*15*	*23*	*27*
davon neue Standorte in Planung/Vorplanung	*11*	*5*	*2*	*1*	*3*
davon Standorte unter 5 ha Nettobauland	*37*	*14*	*2*	*11*	*10*
davon Standorte über 5 ha Nettobauland	*76*	*28*	*15*	*13*	*20*
davon Standorte unter 5 ha aktuelle Verfügbarkeit	*96*	*40*	*14*	*22*	*20*
davon Standorte über 5 ha aktuelle oder perspektivische Verfügbarkeit	*24*	*4*	*4*	*5*	*11*
Nettobauland gesamt	**1.922,2**	**553,7**	**623,6**	**294,7**	**450,1**
davon Bestand belegt	*1.383,4*	*437,9*	*506,0*	*215,2*	*224,3*
davon sofort/kurzfristig verfügbar	*182,6*	*17,4*	*54,2*	*15,5*	*95,5*
davon langfristig/perspektivisch verfügbar	*333,9*	*98,4*	*63,4*	*64,0*	*108,1*

Methodische Hinweise:

> Bestandsflächen, bei denen eine Erweiterung geplant ist, werden unter „Standorte im Bestand“ gezählt. Als „neue Standorte in Planung/Vorplanung“ werden nur vollständig neue Standorte gezählt.

> Die Summe der Standorte unter 5 ha aktuelle Verfügbarkeit und Standorte über 5 ha aktuelle/perspektivische Verfügbarkeit kann höher sein als die Gesamtzahl der Standorte, da die Standorte, deren aktuelle Verfügbarkeit unter 5 ha liegt, bei denen aber eine Erweiterung geplant ist und die dann über 5 ha Bauland verfügen, doppelt gezählt werden.

> Die Differenz zwischen dem Gesamtbestand Nettobauland und der Summe aus belegt, sofort verfügbar und perspektivisch verfügbar im Kreis Rendsburg-Eckernförde ergibt sich durch fehlende Angaben zur Verfügbarkeit am Standort Wasbek.

2.3.3 Nachfrage und Verkäufe

Erfahrungsgemäß unterliegt das Verkaufsgeschehen von **zu bebauendem Gewerbebauland starken** Schwankungen zwischen einzelnen Jahren, was durch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung oder branchenspezifische Konjunkturzyklen bedingt ist. Auch die von den Gutachterausschüssen zur Verfügung gestellten und nachfolgend analysierten Daten über den Verkauf von Gewerbebauland zeigen diese zyklische Entwicklung. So schwankte die Zahl der jährlichen Verkaufsfälle im Planungsraum in den Jahren 2004 bis 2014 zwischen 51 und 88 [Durchschnitt: 68].[30]

[30] Bei den Daten der Gutachterausschüsse ist zu beachten, dass grundsätzlich alle Grundstücksverkäufe erfasst werden, d. h. es können auch Doppel- bzw. Weiterverkäufe enthalten sein. Umgekehrt ist aber

Das Verkaufsvolumen, d. h. die Summe des verkauften Gewerbebaulands, bewegt sich im Planungsraum in einer Spanne zwischen 19,3 ha und 44,4 ha.[31] Der jährliche Durchschnitt liegt bei rund 31 ha. Auffallend ist, dass zwischen 2004 und 2010 das Verkaufsvolumen starken Schwankungen unterlaufen war, seit dem Jahr 2010 im Gesamtraum aber mit Ausnahme von Kiel stetig zurückgegangen ist.

Tabellarische Darstellungen zu den Flächenverkäufen sind im Anhang 2 dargestellt.

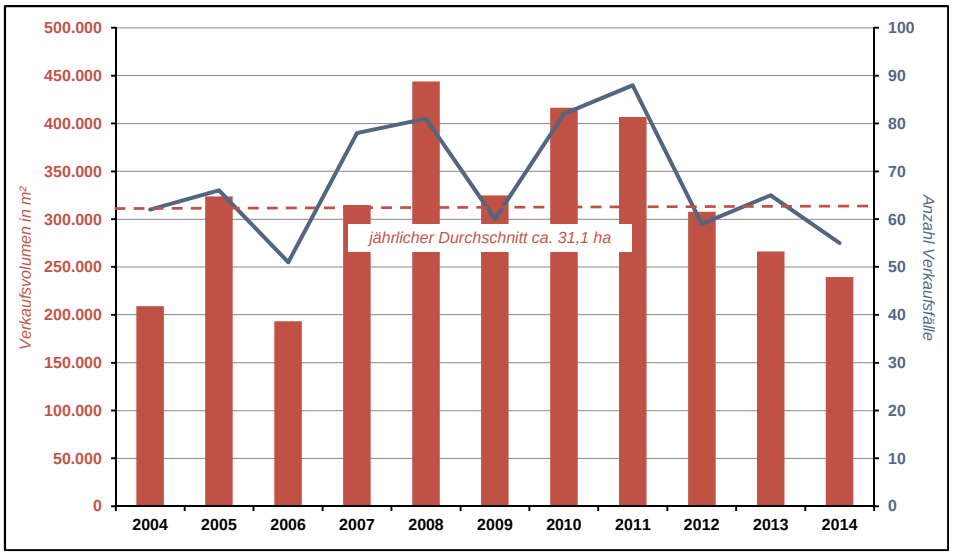


Abbildung 16: Verkaufsvolumen und Verkaufsfälle im Planungsraum 2004 – 2014. [Datenquelle: Gutachterausschüsse der Städte und Kreise]

In den folgenden Diagrammen ist die Nachfragesituation in den vier Teilräumen dargestellt.

auch bekannt, dass z. B. in Neumünster der Verkauf einer großen _Fläche an einen milchverarbeitenden Betrieb nicht enthalten ist.

[31] Im Jahr 2010 gab es 2 Großverkäufe von deutlich über 10 ha je Transaktion, die als statistische Ausreißer nicht weiter betrachtet werden.

Stadt Kiel

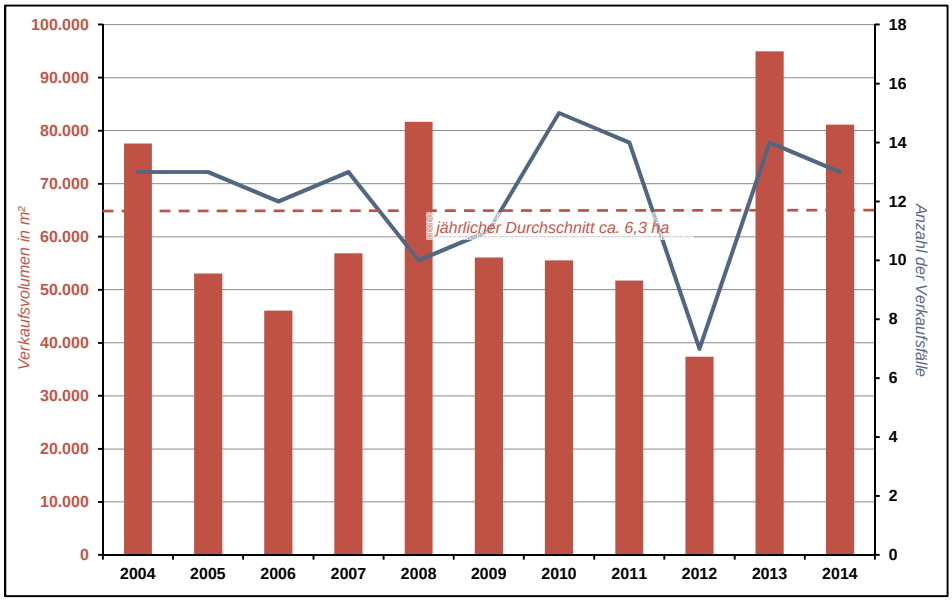


Abbildung 17: Verkaufsvolumen und Verkaufsfälle in der Stadt Kiel 2004 – 2014 [Datenquelle: Gutachterausschuss]

Stadt Neumünster

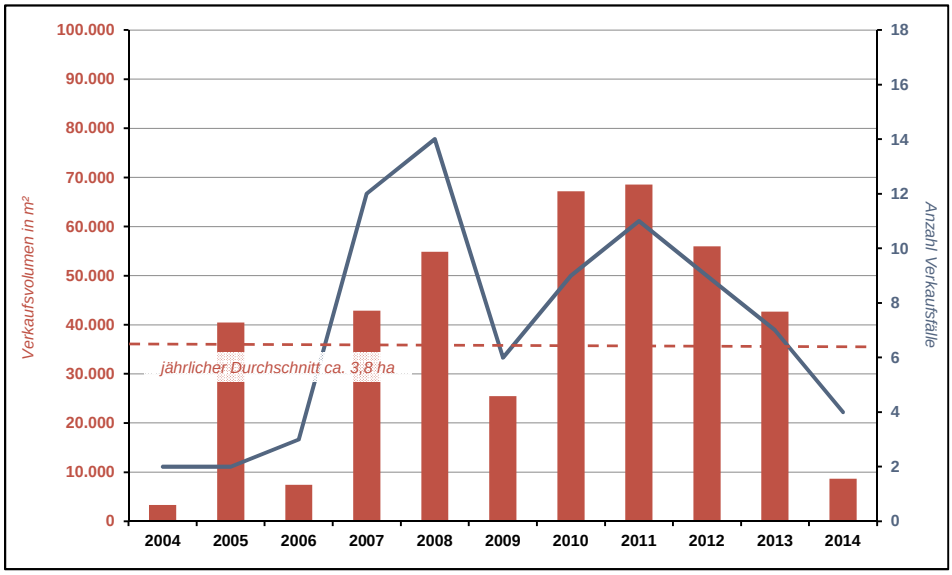


Abbildung 18: Verkaufsvolumen und Verkaufsfälle in der Stadt Neumünster 20014 – 2014. [Datenquelle: Gutachterausschuss]

Kreis Plön

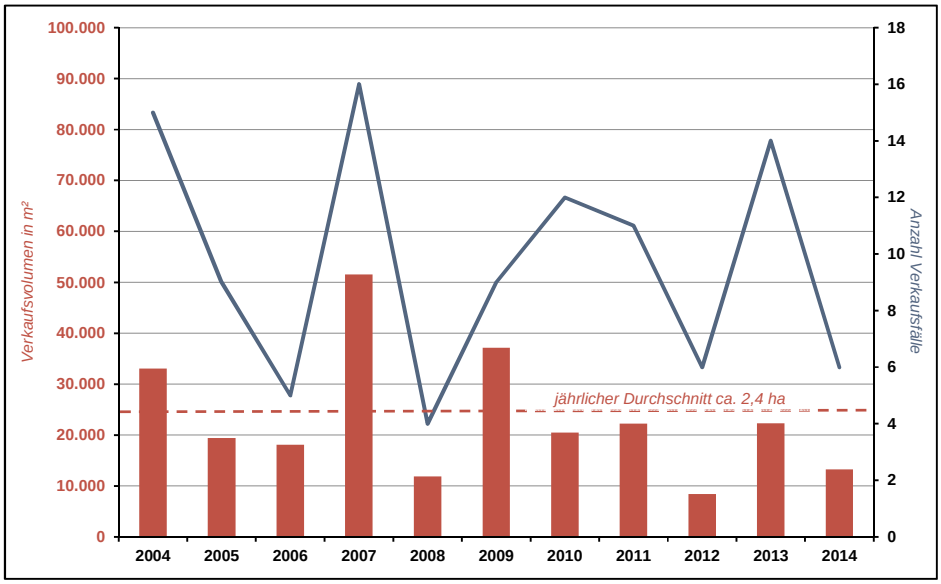


Abbildung 19: Verkaufsvolumen und Verkaufsfälle im Kreis Plön 2004 – 2014. [Datenquelle: Gutachterausschuss]

Kreis Rendsburg-Eckernförde

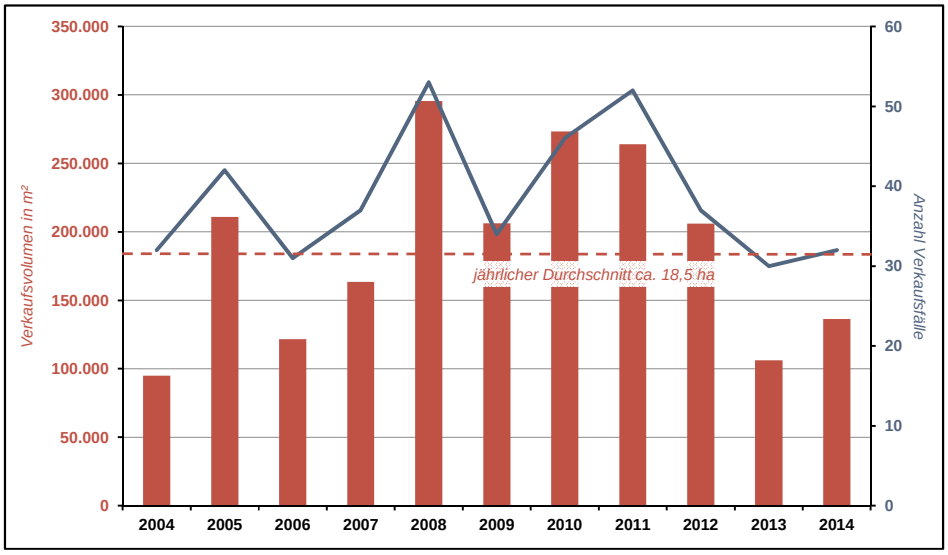


Abbildung 20: Verkaufsvolumen und Verkaufsfälle im Kreis Rendsburg-Eckernförde 2004 – 2014. [Datenquelle: Gutachterausschuss]

Neben der Entwicklung des insgesamt veräußerten Gewerbebaulands liefert die Größenstruktur der Verkäufe weitere wichtige Hinweise für die künftige Ausrichtung der Gewerbeflächenpolitik im Planungsraum. Hier zeigen sich zwischen den Teilräumen signifikante Unterschiede. In der folgenden Tabelle sind die Anteile verschiedener Flächenkategorien am Gesamtumsatz [bezogen auf das Verkaufsvolumen] dargestellt.

Tabelle 1: Anteile der verschiedenen Flächenkategorien am Gesamtumsatz [bezogen auf das Verkaufsvolumen]

	Kiel	*Neumünster*[32]	*Plön*	*Rendsburg-Eckernförde*
bis 1.000 m²	1,9 %	57,6 %	5,8 %	2,1 %
1.001–5.000 m²	25,4 %		61,7 %	32,3 %
5.001–10.000 m²	26,3 %		10,9 %	13,2 %
über 10.000 m²	46,4 %	42,4 %	21,6 %	52,4 %
Durchschnittsfläche je Verkauf	4.841 m²	5.283 m²	2.410 m²	4.879 m²

2.3.4 Vertiefungsflächen im Überblick

24 Standorte mit mehr als 5 ha aktueller oder perspektivischer Verfügbarkeit

Wie weiter oben zur methodischen Vorgehensweise erläutert, wurden aus der Gesamtheit aller Standorte diejenigen Flächen selektiert, die über eine aktuelle oder perspektivische Verfügbarkeit von mehr als 5 ha Netto-Gewerbebauland verfügen. Dies betrifft **24 Standorte**:

> 8 bestehende Standorte, an denen gegenwärtig mehr als 5 ha Fläche zur Verfügung stehen

> 7 bestehende Standorte, bei denen eine Erweiterung geplant ist, und die nach Herstellung der Erweiterung über mehr als 5 ha Fläche verfügen

> 9 perspektivische Standorte in Planung oder Vorüberlegung, die nach Herstellung über mehr als 5 ha Fläche verfügen werden

Im Einzelnen handelt es sich um folgende Standorte:

Tabelle 2: Vertiefungsflächen im Überblick

Kiel	*Neumünster*	*Kreis Plön*	*Kreis RD*
» Airpark Holtenau » Moorsee I–III » Friedrichsort » MFG 5	» Eichhof, 1. EA » Eichhof, 2. EA » Ind.- u. Gewerbepark Süd nördl. B 205 » Ind.- u. Gewerbepark Süd südl. B 205	» Lütjenburg: Konversionsgelände » Preetz: Wakendorf » Schönberg: Eichkamp » Schönkirchen » Selent: Haverkamp	» Dänischenhagen/Altenholz: » Borgstedt: Borgstedtfelde » Büdelsdorf: Fehmarnstraße/Am Dolmen » Dätgen: Autobahn » Eckernförde Nord: Grasholz » Flintbek B 38 » Hohenwestedt: Böternhöfen » Melsdorf: Rotenhof » Nortorf: Am Hofkamp » Osterrönfeld/ Rendsburg: Rendsburg Port Süd » Rendsburg: Büsumer Straße

Einzelheiten zu den Standorten sind im Anhangband „Vertiefungsstandorte“ enthalten.

Neben den Standorten, die sich aufgrund der Flächenverfügbarkeit [„5 ha-Kriterium“] für die vertiefende Betrachtung qualifizieren, wurden **zwei weitere Standorte** ausge-

[32] Aufgrund der Datenstruktur des Gutachterausschusses können die Daten für die Stadt Neumünster unter 10.000 m² nicht weiter differenziert werden.

wählt. Diese bieten zwar weniger als 5 ha Ansiedlungsfläche, weisen aber ein sehr **spezifisches Profil**, hochwertige städtebauliche Qualitäten und für die Region bzw. **den Wirtschaftsraum** einzigartige Standortmerkmale auf. Damit verfügen diese Standorte nach Einschätzung der Gutachter über eine Ausstrahlung über die Region hinaus.

2 Sonderstandorte aufgrund besonderer Profilierung

Es handelt sich um folgende **zwei Sonderstandorte**:

- **KaiCity in Kiel** als hochwertiger Büro-/Dienstleistungsstandort mit ergänzenden Nutzungen [Gastronomie, Hotel] und hoher städtebaulicher Qualität
- **Wissenschaftspark in Kiel** als Standort mit besonderer Ausrichtung auf technologie- und innovationsorientiertes Gewerbe

Die räumliche Verteilung der Vertiefungsstandorte ist auf der Karte auf der folgenden Seite dargestellt.

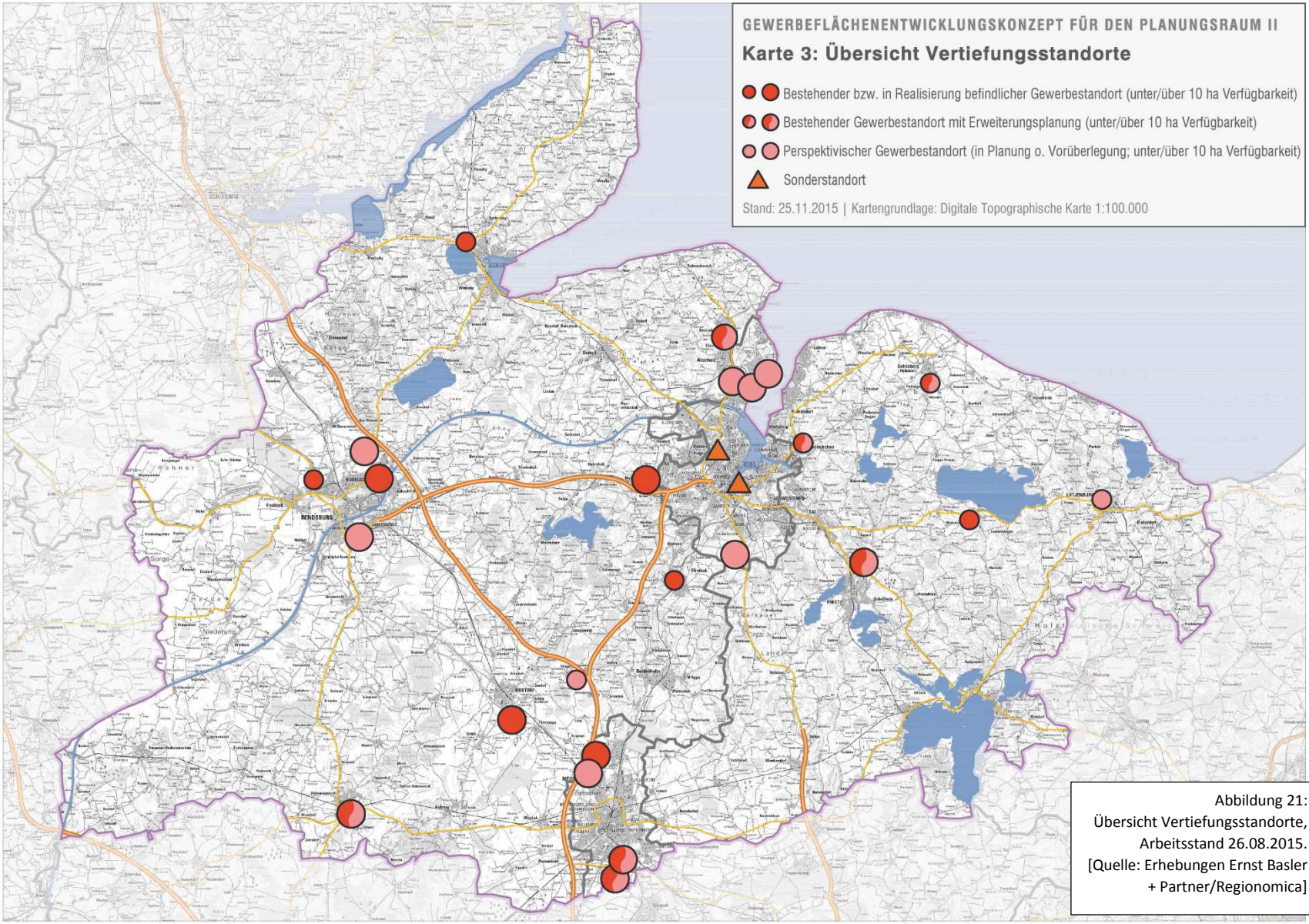


Abbildung 21:
Übersicht Vertiefungsstandorte,
Arbeitsstand 26.08.2015.
[Quelle: Erhebungen Ernst Basler
+ Partner/Regionomica]

2.4 Gewerbeflächenentwicklung konkret: Flächenprofile Vertiefungsstandorte

Nachfolgend wird das im GEFEK-Prozess entwickelte und mit dem Planungsdialog abgestimmte Muster der Flächenprofile dargestellt.

Für alle **26 Vertiefungsflächen** wurden diese Profile erstellt und abgestimmt. Sie sind im **Anhang Profile Vertiefungsflächen als gesonderter ANHANGBAND** dargestellt.

Muster Flächenprofil Gewerbeflächen

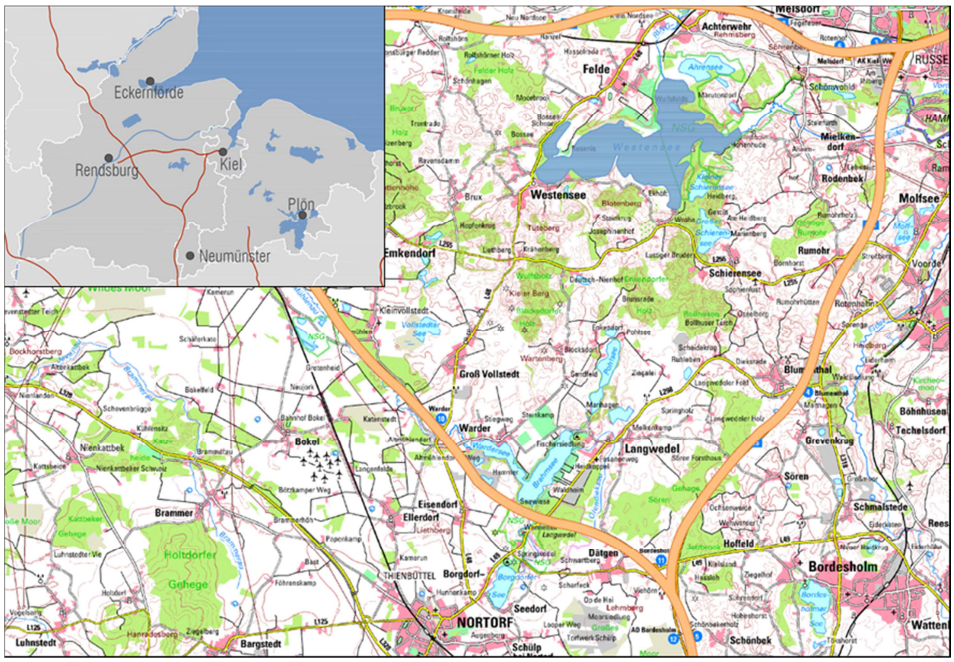


Abbildung 22: Muster Flächenprofil Gewerbeflächen

Allgemeine Angaben
Stadt/Amt/Gemeinde (zentralörtliche Funktion)
Kreis
Art des Gebietes (nach BauNVO)
Fläche
Verfügbarkeit
Größe und Flächenzuschnitt/ Eigentumsverhältnisse
Einbindung in Siedlungsstruktur
Topographie/Relief/Bebaubarkeit
Erschließungsprobleme
Restriktionen
Planungs- und Realisierungsstand
Flächennutzungsplan
Bebauungsplan
Erschließung
Verkehrsanbindung / Lagegunst
Autobahnanschluss
Bundesstraße
See-/Binnenhafen
Gleisanschluss

Bewertung Lagequalität
Qualitative Bewertung / Eignung
Funktionsfähigkeit des Standortes
Sonstige Bemerkungen
Ausrichtung Unternehmen
Standorttypologie
Bewertung der regionalplanerischen und strukturpolitischen Bedeutung
Priorisierung Gutachter
Luftbild und ausgewählte Standortfotos

3 Prognose der künftigen Gewerbeflächennachfrage

Basierend auf der erfolgten Auswertung zum Bestand, Entwicklung und insbesondere der Struktur der bisherigen Nachfrage erfolgt die Prognose der künftigen Gewerbeflächennachfrage bis 2030.

3.1 Vorbemerkung zur Methodik

drei Methoden zur Abschätzung

Im Folgenden werden **drei Methoden** zur Abschätzung der künftigen Gewerbeflächennachfrage zum Ansatz gebracht:

Die Abschätzung der künftigen Gewerbeflächennachfrage erfolgte auf der Basis von drei unterschiedlichen Methoden (Trendfortschreibung, beschäftigtenbasierten Prognosemodell, anlassbezogenen Prognosemodell). Insbesondere die letztgenannte Methode beruht auf standardisierten bundesweiten Kennziffern zur Ansiedlungs- und Verlagerungsdynamik, so dass dadurch zu geringe Flächenangebote sehr gut aufgedeckt werden können.

Im Rahmen der Bestandsaufnahme, der Datenerhebung über die Planer bzw. Wirtschaftsförderer sowie der diversen Veranstaltungen mit den Gemeinden, den Wirtschaftsförderungen, der IHK und weiteren Akteuren (u. a. 26.3., 23.3., 29.5., 7.6.2015) ergaben sich keine konkreten Flächennachfragen, die aufgrund mangelnden Angebotes innerhalb einer Region nicht befriedigt werden konnten. Allein für die Landeshauptstadt Kiel ergaben sich Anhaltspunkte dafür, dass ein nur begrenztes verfügbares Flächenangebot auch die realen Flächenumsätze begrenzt. Insofern beruht die ermittelte Nachfrageprognose vor allem auf statistischen Werten, die mithilfe von drei Methoden (vgl. Kap. 3) korrekt ermittelt und interpretiert wurden, welche aber keine Zielvorgabe darstellt. Für die zukünftige Entwicklung stellt das GEFEK auf die weitere Flächenbereitstellung im Rahmen der aktiven Angebotsstrategie ab. Sowohl für die Gesamtregion als auch insbesondere in Teilräumen wird im Rahmen der Fortführung des GEFEK beobachtet werden, wie sich die Flächennachfragen entwickeln, um bedarfsweise das Flächenangebot auch im Sinne von Flächenvarianten zu ergänzen.

1. Durch eine **Trendfortschreibung** wird der in der Vergangenheit nachgefragte Gewerbeflächenumfang in die Zukunft fortgeschrieben. Damit wird zwar unterstellt, dass sich der Gewerbeflächenbedarf künftig unverändert weiterentwickelt, die mittelfristigen Durchschnittswerte können aber einen ersten Orientierungsrahmen aufzeigen.

2. In einem **beschäftigtenbasierten Prognosemodell** wird die künftige Flächennachfrage aus der (prognostizierten) Zahl der Beschäftigten und deren jeweiliger tatsächlichen Flächeninanspruchnahme (in qm je Beschäftigtem; sog. Flächenkennziffer) berechnet.

3. In einem **anlassbezogenen Prognosemodell** wird der künftige Gewerbeflächenbedarf anhand der Anlässe, aus denen Flächen nachgefragt werden, hergeleitet. Dazu werden Kennziffern zu Neuansiedlungen (einschl. Neugründungen), Verlagerungen und Wiedernutzung von Gewerbeflächen verwendet. Hierbei handelt

es sich um das „klassische“ **GIFPRO-Modell**[33], das in den 1980er-Jahren in Nordrhein-Westfalen entwickelt wurde und seitdem breite Anwendung in vielen Städten und Regionen findet.[34]

Abschätzung des künftigen Gewerbeflächenbedarfes; zu erwartenden Entwicklungskorridor aufzeigen

Es muss darauf hingewiesen werden, dass auch bei Anwendung aller drei Ansätze lediglich eine **näherungsweise Schätzung** des zukünftigen Gewerbeflächenbedarfs möglich ist. Es geht vor allem um die Abschätzung eines zu erwartenden Entwicklungskorridors. So erfolgt bei den Prognosemodellen ein Rückgriff auf standardisierte, bundesweite Kennziffern und Variablen, da diese nur mit sehr großem Aufwand für den jeweils betrachteten Planungsraum empirisch ermittelt werden können. Hinzu kommen allgemeine Ungewissheiten über künftige gesamtwirtschaftliche bzw. branchenspezifische Entwicklungen, die sich in der Beschäftigtenentwicklung oder der Ansiedlungsdynamik ausdrücken und damit die Nachfrage beeinflussen. Schließlich sind **außerordentliche Ereignisse** wie der Wegzug bzw. Schließung oder die Ansiedlung eines Großunternehmens nicht in Modellen abbildbar.

Innerhalb des Planungsraums wurden **einheitliche Kennziffern** verwendet und damit keine Unterscheidung zwischen den Kennziffern beispielsweise für die Landeshauptstadt Kiel und den Landkreis Plön getroffen, obwohl dies eine vereinfachende Annahme darstellt und sich insbesondere die Flächennutzungskennziffern unterscheiden.

Alle in den nachfolgenden Berechnungen dargestellten Flächengrößen beziehen sich auf das **Nettobauland**, d. h. es handelt sich um die tatsächlich von den Unternehmen genutzten bzw. an Unternehmen verkauften Bauflächen. Für die durch die Stadtplanung bzw. Bauleitplanung auszuweisenden Gewerbegebiete, die auch Verkehrs- und Grünflächen sowie ggf. Anlagen zur Regenentwässerung oder anderen Flächen für die Ver-/Entsorgung umfassen (Bruttobauland), ist ein entsprechender Zuschlag zu berechnen. Der Anteil des Nettobaulandes am Bruttobauland beträgt in der Regel 70 – 80% %.

3.2 Trendfortschreibung

Für die Trendfortschreibung wurden über die Gutachterausschüsse der Städte und Kreise im Planungsraum die Verkaufsdaten für **unbebautes Gewerbebauland** (ohne Sonderbauflächen) der Jahre 2004 – 2014 abgefragt und aufbereitet [vgl. auch Kap. 2.3.3.]. Durch diesen recht **langen Zeitraum** können kurzfristige Konjunktur- und Nachfrageschwankungen nivelliert werden.

Da die Daten der Gutachterausschüsse sämtliche Grundstücksverkäufe ausweisen, können erfahrungsgemäß **Doppelverkäufe** enthalten (Bsp.: Stadt verkauft an einen Projektentwickler oder Immobilienunternehmer, dieser verkauft weiter an ein Unternehmen). Der tatsächliche Umfang von Doppelverkäufen lässt sich allerdings nicht ermitteln, da die Daten anonymisiert vorliegen. Es wird daher in Abstimmungen mit Akteuren in der Region ein Korrekturfaktor in Höhe von 10 % angesetzt (vgl. Tabelle 3).

[33] Gewerbe- und Industrieflächen-Bedarfsprognose

[34] Teilweise wird von anderen Gutachtern das beschäftigtenbasierte und das anlassbezogene Prognosemodell unter der Bezeichnung einer trendbasierten, standortspezifischen Flächenprognose (TBS-GIFPRO) zusammengeführt (vgl. u. a. Difu: Stadtentwicklungskonzept Gewerbe für die Landeshauptstadt Potsdam, Berlin, 2010; CIMA Beratung + Management GmbH: Strategien zur künftigen Gewerbeflächenentwicklung in der Landeshauptstadt Kiel, Lübeck, 2012). Dies führt u. E. aber zu einer höheren Komplexität und die Ergebnisse können weniger gut nachvollzogen werden. Deshalb wurden die genannten drei Methoden separat betrachtet.

Tabelle 3: Trendfortschreibung der Gewerbeflächennachfrage [Quelle: Gutachterausschüsse, eigene Berechnungen]

	durchschnittliche jährliche Flächennachfrage 2004 – 2014	*durchschnittliche jährliche Flächennachfrage unter Berücksichtigung des Korrekturfaktors*	*hochgerechneter Flächenbedarf bis 2030*
Planungsraum II	31,1 ha	28,1 ha	421,5 ha
Kiel	6,5 ha	5,9 ha	88,5 ha
Neumünster	3,8 ha	3,4 ha	51,0 ha
Kreis Plön	2,3 ha	2,1 ha	31,5 ha
Kreis Rendsburg-Eckernförde	18,5 ha	16,7 ha	250,5 ha

Unter der Annahme, dass der durchschnittliche jährliche Flächenverbrauch in Zukunft konstant bleibt, ergibt sich nach dieser Methode ein **Flächenbedarf bis zum Jahr 2030 von etwa 420 ha kumuliert bzw. 28,1 ha pro Jahr** (jeweils bezogen auf den gesamten Planungsraum).

3.3 Modellberechnungen Prognosemodelle

Sowohl für das beschäftigten- als auch das anlassbasierte Prognosemodell sind vorab **zwei Kennziffern** zu ermitteln: zum einen der Anteil der Beschäftigten in einzelnen Wirtschaftsbranchen, die Gewerbeflächen in Anspruch nehmen; zum anderen die **quantitativen Flächeninanspruchnahme** (Flächenkennziffer). Die Ausgangsdaten für die Beschäftigten werden der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit entnommen (vgl. Kap. 2.2).

Annahme: Anteil der Beschäftigten in Gewerbegebieten

Gewerbliche Bauflächen werden nicht nur von Betrieben aus dem Verarbeitenden Gewerbe, sondern z. T. auch von Betrieben aus anderen Wirtschaftszweigen nachgefragt. Der Anteil an Beschäftigten, die ihre Arbeitsstätte in Gewerbegebieten haben, schwankt dabei stark zwischen den einzelnen Branchen. Während das Verarbeitende Gewerbe fast ausschließlich Gewerbeflächen nachfragt, finden sich Betriebe des Baugewerbes, des Großhandels oder aus dem Verkehrs-/Logistikbereich teilweise in Gewerbegebieten, teilweise aber auch in Kern- oder Mischgebieten. In Einzelfällen ist es auch denkbar, dass sonstige Dienstleistungsunternehmen einen Standort in Gewerbegebieten wählen.

Für den Planungsraum II wird angenommen, dass das Verarbeitende Gewerbe ausschließlich Gewerbeflächen nachfragt, d. h. 100 % der Beschäftigten gewerbeflächenrelevant sind. Die Nachfrage aus dem Baugewerbe, dem Großhandel und dem Verkehrsbereich wird mit 70 % in etwa in der Mitte der bekannten Spannen aus anderen Studien bzw. Regionen angesetzt. Die sonstigen Dienstleistungen werden nicht in die Berechnungen einbezogen, da davon ausgegangen wird, dass diese nur ausnahmsweise Gewerbeflächen nachfragen.

Einen Sonderfall stellen die Wirtschaftszweige Bergbau und Energie dar. Aufgrund der sehr spezifischen Standortbedingungen werden für diese Branchen in der Regel Sondergebiete mit der jeweiligen Zweckbindung ausgewiesen. Sie sind daher für die Gewerbeflächenplanung nicht relevant und werden hier ebenfalls nicht weiter betrachtet.

Die angesetzten Anteile für die folgenden Berechnungen sind in der nachfolgenden Tabelle im Überblick dargestellt.

Tab. 1:
Anteile der Beschäftigten in einzelnen Wirtschaftszweigen, die Gewerbeflächen in Anspruch nehmen

Wirtschaftszweig	*Werte in Literatur/ anderen Studien*	*Annahme für Planungsraum II*
Bergbau, Energie	in Einzelfällen 100 %	0 %
Verarbeitendes Gewerbe	95 – 100 %	100 %
Baugewerbe	50 – 100 %	70 %
Großhandel	40 – 100 %	70 %
Verkehr/Lagerei	40 – 80 %	70 %
sonstige Dienstleistungen	0 – 25 %	0 %

Annahme: Flächenkennziffern

Die Flächenkennziffern geben den durchschnittlichen Flächenbedarf je Beschäftigtem in Quadratmetern an. Die Flächenkennziffern werden durch eine Vielzahl von Faktoren beeinflusst, so dass sie breiten Schwankungen unterliegen:

> Preisniveau für Gewerbebauland: Höhere Bodenpreise führen in der Regel zu einer effizienteren Nutzung der Grundstücke und damit einer niedrigeren Flächenkennziffer.

> Branche: Das Baugewerbe und die Dienstleistungen benötigen in der Regel weniger Fläche als das Verarbeitende Gewerbe.

> Unternehmensgröße: Mit steigender Unternehmensgröße werden vorhandene Flächen oft effektiver genutzt, so dass die Flächenkennziffer tendenziell niedriger ist.

> Zeitfaktor: Je länger ein Unternehmen an einem Standort ist, desto niedriger ist tendenziell die Flächenkennziffern, da bei wachsender Produktion vor einer Verlagerung an einen neuen Standort zunächst versucht wird, die Abläufe am vorhandenen Standort zu optimieren. Dagegen tendieren verlagernde oder neu ansiedelnde Unternehmen zu Flächenreserven, was zu einer höheren Flächenkennziffer führt.

> Standort: In der Regel weisen Kernstädte und verdichtete Siedlungsräume niedrigere Flächenkennziffern auf als ländliche Räume, da die Flächenverfügbarkeit oft eingeschränkt ist, die Grundstückspreise höher sind und andere Unternehmensfunktionen angesiedelt sind (in Kernstädten tendenziell eher Management und Forschung/Entwicklung; Produktion und Logistik tendenziell eher im Umland der Kernstädte).

Angesichts der sehr unterschiedlichen Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur im Planungsraum erschweren es die genannten Faktoren, Flächenkennziffern festzulegen, die den spezifischen Gegebenheiten in allen Teilräumen gerecht werden. Nach intensiver Diskussion im Planungsdialog und einzelnen beteiligten Städten wurden die nachfolgend dargestellten Durchschnittswerte für die Berechnungen festgelegt. Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass diese Werte vor dem Hintergrund der Aufgabe – Konzept für den Gesamtraum – gewählt wurden. Bei einer teilraumspezifischen Betrachtung, welche nicht im Detail im Rahmen des regionalen Konzepts erfolgen kann, wären sicherlich z. T. abweichende Werte zu wählen. Insbesondere für die Landeshauptstadt Kiel wären dabei niedrigere Kennziffern angemessen, die im Ergebnis zu einem etwas geringerem Flächenbedarf führen, als nachfolgend dargestellt.

Tabelle 4:
Flächeninanspruchnahme in m² je Beschäftigten

Wirtschaftszweig	*Werte in Literatur/ anderen Studien*	*Annahme für Planungsraum II*
Verarbeitendes Gewerbe	200 – 250	225
Baugewerbe	100 – 200	225

Großhandel	150 – 250	225
Verkehr/Lagerei	200 – 300	225
sonstige Dienstleistungen	50 – 150	–

Auf Basis der oben erläuterten Kennziffern ergibt sich für den Planungsraum ein heutiger rechnerischer Bedarf an Gewerbeflächen von rund 1.382 ha. Die gegenwärtig tatsächlich belegte Fläche im Planungsraum beläuft sich auf 1.383 ha (vgl. Bestandsaufnahme, Kap. 2.3). Die Abweichung zwischen dem rechnerischen Bedarf und der tatsächlichen Belegung beträgt weniger als 1 %, was unterstreicht, dass die gewählten Kennziffern für die Region insgesamt plausibel und zutreffend sind.

3.3.1 Ansatz 1: Prognose über beschäftigtenbasiertes Modell

Basis für das beschäftigtenbasierte Modell sind die heutigen und künftigen Beschäftigtenzahlen in den gewerbeflächenbeanspruchenden Wirtschaftszweigen. Die aktuellen Beschäftigtendaten (sowie deren Entwicklung von 2008 – 2014) können den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit entnommen werden. Zur Prognose der künftigen Entwicklung bis 2030 wurde die Entwicklung der Vergangenheit in die Zukunft fortgeschrieben, wobei allerdings bekannte Studien zur wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung[35] in die Prognose eingeflossen sind, was sich insbesondere ab etwa 2025 in etwas niedrigeren Wachstumsraten zeigt.

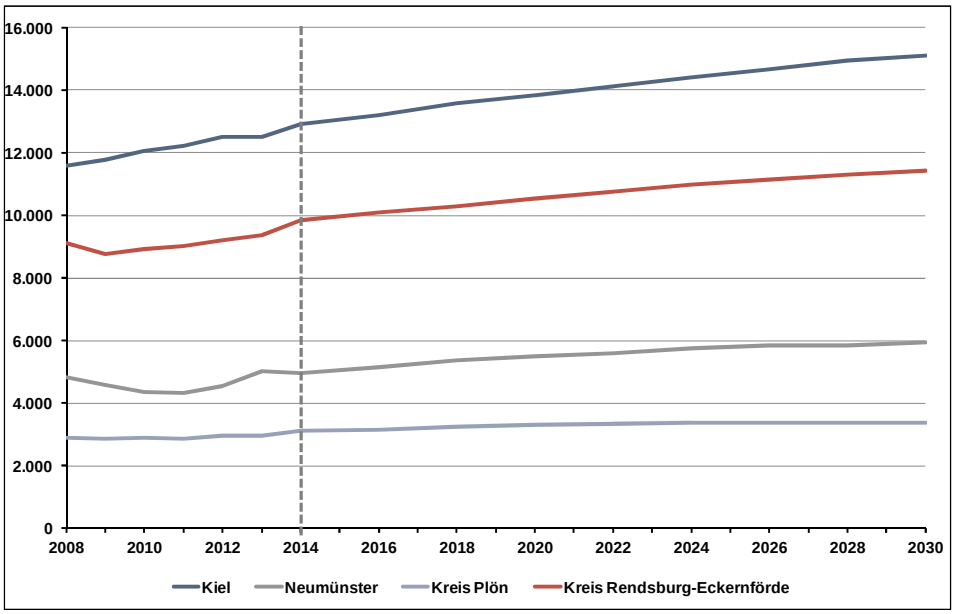


Abbildung 23: Prognose der Beschäftigtenentwicklung in den gewerbeflächenaffinen Wirtschaftszweigen im Planungsraum bis 2030 [Quelle: Daten 2008 – 2014: Bundesagentur für Arbeit; Prognose 2015 – 2030: Regionomica]

Die Prognosewerte für die einzelnen Wirtschaftszweige, die anschließend Eingangsdaten für die Berechnung sind, werden in den folgenden Tabellen im Detail dargestellt.

[35] u. a.: Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Arbeitsmarktprognose 2030, Bonn 2013; IHK Schleswig-Holstein: Für eine starke Industrie in Schleswig-Holstein, Kiel, 2015; Prognos AG (2011): Prognos AG (Sonderauswertung im Auftrag der IHK Schleswig-Holstein), in: IHK Schleswig-Holstein: Schleswig-Holstein 2030, Kiel, 2012.

Tabelle 5:
Abschätzung der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe [Quelle: Beschäftigtenstatistik 2014 der Bundesagentur für Arbeit; Schätzung für 2030 durch Regionomica]

Teilraum	*SVB 2014*	*gutachterliche Schätzung 2030*
Verarbeitendes Gewerbe		
Planungsraum II	**30.884**	**35.842**
Kiel	12.929	15.115
Neumünster	4.968	5.939
Kreis Plön	3.133	3.372
Kreis Rendsburg-Eckernförde	9.854	11.417
Baugewerbe		
Planungsraum II	15.325	19.207
Kiel	3.472	3.931
Neumünster	2.177	2.588
Kreis Plön	2.754	3.187
Kreis Rendsburg-Eckernförde	6.922	9.501
Verkehr und Lagerei		
Planungsraum II	11.814	13.227
Kiel	5.492	6.696
Neumünster	2.213	2.687
Kreis Plön	870	825
Kreis Rendsburg-Eckernförde	3.239	3.020
Großhandel (einschl. Kfz-Handel)		
Planungsraum II	16.513	18.789
Kiel	6.645	7.063
Neumünster	4.221	5.151
Kreis Plön	1.003	1.004
Kreis Rendsburg-Eckernförde	4.644	5.572
Summe gewerbeflächenaffine Wirtschaftszweige		
Planungsraum II	74.536	87.065
Kiel	28.538	32.804
Neumünster	13.579	16.364
Kreis Plön	7.760	8.388
Kreis Rendsburg-Eckernförde	24.659	29.510

Der Flächenbedarf im Jahr 2030 berechnet sich schließlich nach der Formel:

*Beschäftigtenzahl 2030 * Anteil Flächeninanspruchnahme * Flächenkennziffer*

Ergebnis beschäftigtenbasiertes Prognosemodell

Im Ergebnis ergibt sich nach dem **beschäftigtenbasierten Prognosemodell** ein rechnerischer Flächenbedarf für den Gesamtraum im Jahr 2030 von gesamt rund 1.613 ha. Dies entspricht einem **zusätzlichen Bedarf** von **231 ha** gegenüber dem heutigen rechnerischen Wert.[36]

Für die einzelnen Teilräume ergeben sich folgende Ergebnisse:

Tabelle 6:
Ergebnisse der beschäftigtenbasierten Modellberechnung in den Teilräumen

	rechnerischer Gesamtbedarf im Jahr 2030	*Zusatzbedarf*
Gesamtraum	1.613,2 ha	230,9 ha
Kiel	618,7 ha	82,0 ha
Neumünster	297,8 ha	50,4 ha

[36] Die Berechnungen können im Detail anhand der Berechnungsmatrix in Anhang 2 nachvollzogen werden.

Kreis Plön	154,9 ha	11,5 ha
Kreis Rendsburg-Eckernförde	541,8 ha	87,0 ha

3.3.2 Ansatz 2: Prognose über anlassbezogenes Modell

Das „klassische“ GIFPRO-Modell basiert auf den zentralen Anlässen, aus denen eine Nachfrage nach Gewerbeflächen erfolgt: Neuansiedlungen (einschl. Neugründungen) und Verlagerungen. Dem gegenübergestellt wird die Wiedernutzung freigewordener Flächen. Diese Kennziffern lassen sich nur mit hohem Aufwand für die jeweils betrachtete Region empirisch ermitteln, was im Rahmen des vorliegenden Konzepts nicht vorgesehen war. Da auch keine anderen Erfahrungswerte aus der Region vorliegen, werden für die folgenden Berechnungen Durchschnittswerte verwendet, die im Folgenden erläutert werden.

Ansiedlungsquote

Die Ansiedlungsquote drückt den Anteil der Beschäftigten in neu angesiedelten Unternehmen je 100 Beschäftigten aus, d. h. die zusätzliche Flächeninanspruchnahme der Beschäftigten in neu angesiedelten oder neu gegründeten Betrieben.

Angesetzt wird eine Quote von 0,2 Beschäftigten je 100 Beschäftigte pro Jahr.[37]

Die neu angesiedelten Beschäftigten, für die innerhalb der nächsten 15 Jahre neue Gewerbeflächen bereitgestellt werden müssen, berechnen sich somit nach der Formel:

*Beschäftigte 2014 / 100 * 0,2 * 15*

Verlagerungsquote

Die Verlagerungsquote gibt den Anteil der Beschäftigten in verlagernden Unternehmen bezogen auf 100 Beschäftigte wieder.

Angesetzt wird eine Verlagerungsquote von 0,7 Beschäftigten je 100 Beschäftigte pro Jahr.[38]

Die verlagerten Beschäftigten, für die innerhalb der nächsten 15 Jahre neue Gewerbeflächen bereitgestellt werden müssen, berechnen sich somit nach der Formel:

*Beschäftigte 2014 / 100 * 0,7 * 15*

Freisetzungsquote

Die Freisetzungsquote beschreibt den Umfang an Gewerbeflächen, die durch Verlagerungen oder Schließungen von Betrieben frei werden. Da sich insbesondere Verlagerungen überwiegend in einem relativ kleinen Umkreis bewegen, entspricht die Freisetzungsquote im Wesentlichen der Verlagerungsquote, also 0,7.

Die Formel zur Berechnung über die nächsten 15 Jahre lautet also auch hier:

*Beschäftigte 2014 / 100 * 0,7 * 15*

[37] Im GIFPRO-Standardmodell wird eine Ansiedlungsquote von 0,15 empfohlen. Angesichts der insgesamt dynamischen Entwicklung im Planungsraum wird ein leichter Aufschlag vorgenommen. Für die Landeshauptstadt Kiel wurde in der genannten CIMA-Untersuchung aus dem Jahre 2012 sogar eine Neuansiedlungsquote von 0,3 angesetzt (CIMA, 2012, a. a. O., S. 6)

[38] Diese Quote entspricht dem GIFPRO-Standardmodell.

Wiedernutzungsquote

Die Wiedernutzungsquote beschreibt den Anteil der freigewordenen Gewerbeflächen, der durch andere Gewerbebetriebe belegt wird. Auch dieser Wert unterliegt vielfältigen Einflussgrößen. Während es in wirtschaftlich dynamischen Regionen mit knappem Flächenangebot relativ einfach sein wird, Nachnutzer für gut geschnittene Grundstücke in zeitgemäßen Gewerbegebieten zu finden, stellt die Nachnutzung von Gewerbeflächen in älteren Gewerbegebieten in weniger prosperierenden Regionen mit hohem Flächenangebot durchaus eine Herausforderung dar. Ferner lässt sich aktuell gerade an Standorten, die ein hohes Bevölkerungswachstum aufweisen, eine Tendenz beobachten, dass aufgelassene Gewerbestandorten verstärkt anderen Nutzungen zugeführt werden.

Somit handelt es sich auch bei dem hier angesetzten Anteil von 30 % der freigesetzten Flächen um einen regionalen Durchschnittswert, der in Kiel aufgrund der geringeren Stadtflächen bzw. Gewerbeflächenausstattung mutmaßlich etwas höher liegen dürfte.[39] Gleichwohl haben sich die Gutachter für den genannten Wert von 30 % entschieden, da davon auszugehen ist, dass sich vor allem mittel- und langfristig ein erhöhter Nutzungsdruck auch auf frei werdende Gewerbeflächen durch andere Nutzungsarten ergeben wird.

Ergebnis Gesamtraum

Im Ergebnis ergibt sich aus dem **anlassbezogenen Prognosemodell** ein rechnerischer Flächenbedarf für den Gesamtraum im Jahr 2030 von gesamt rund 1.525 ha. Dies entspricht einem zusätzlichen Bedarf von **143 ha** gegenüber dem heutigen rechnerischen Wert.

Für die einzelnen Teilräume ergeben sich folgende Ergebnisse:

Tabelle 7: Ergebnisse der anlassbezogenen Modellberechnungen in den Teilräumen

	rechnerischer Gesamtbedarf im Jahr 2030	*Zusatzbedarf*
Gesamtraum	1.525,5 ha	142,9 ha
Kiel	592,3 ha	55,6 ha
Neumünster	273,0 ha	25,6 ha
Kreis Plön	158,2 ha	14,8 ha
Kreis Rendsburg-Eckernförde	501,8 ha	46,9 ha

3.4 Ergebnisse Angebot - Nachfrage

Als Ergebnis der Prognoseberechnungen liegen für den Gesamtraum und die vier Teilräume jeweils drei Werte vor. Im Vergleich zeigt sich, dass die Fortschreibung der in der Vergangenheit realisierten Verkäufe (Trendfortschreibung) deutlich höhere Ergebnisse liefert als die Modellberechnungen (vgl. nachfolgende Tabelle). Für den Gesamtraum ergibt sich eine Spanne für den zusätzlichen Bedarf bis zum Jahr 2030 von rund **143 ha bis 422 ha**. Auf einzelne Jahre heruntergebrochen macht dies ein jährliches Nachfragevolumen zwischen 10 ha und 28 ha aus.

Als realistischen Orientierungswert für die künftige Planung und Prognose der Flächenverfügbarkeit wird daher der **Mittelwert aus den drei Ansätzen** gebildet.

[39] In vergleichbaren Prognosen in anderen Städten/Regionen wurden Werte zwischen 25% und 40% angesetzt.

Für die Interpretation der Daten ist noch einmal darauf hinzuweisen, dass alle Berechnungen mit den für den Gesamtraum passenden Kennziffern durchgeführt wurden. Bei einer differenzierteren teilräumlichen Betrachtung ist davon auszugehen, dass der Bedarf in Kiel etwas niedriger, der im Kreis Plön dagegen etwas höher ausfallen würde als hier ermittelt.

Tabelle 8:
Vergleich der Prognosemodelle
* unter Berücksichtigung einer Wiedernutzungsquote von 30 %

	Trendfort-schreibung	*Beschäftig-tenbasiertes Modell*	*anlass-bezogenes Modell**	*Mittelwert gesamt / p.a.*
Gesamtraum	421,5 ha	230,9 ha	142,9 ha	265,1 / 17,7 ha
Kiel	88,5 ha	82,0 ha	55,6 ha	75,4 / 5,0 ha
Neumünster	51,0 ha	50,4 ha	25,6 ha	42,3 / 2,8 ha
Kreis Plön	31,5 ha	11,5 ha	14,8 ha	19,3 / 1,3 ha
Kreis Rendsburg-Eckernförde	250,0 ha	87,0 ha	46,9 ha	128,1 / 8,5 ha

Für den Gesamtraum ergibt sich bis zum **Jahr 2030 ein zusätzlicher Bedarf von rund 265 ha**, wovon rund die Hälfte auf den Kreis Rendsburg-Eckernförde entfallen wird. Bezogen auf ein Jahr ist mit einem durchschnittlichen Absatz von etwa 17,7 ha zu rechnen.

Abschließend werden die Ergebnisse der Nachfrageprognose dem vorhandenen Angebot bzw. den Flächenpotenzialen gegenübergestellt. Daraus werden dann absehbare Flächenknappheit oder ausreichende Flächenreserven deutlich.

Tabelle 9:
Gegenüberstellung Angebot und Nachfrage

	prognostizierter Bedarf bis 2030	*aktuell verfügbares Angebot*	*perspektivisch verfüg-bares Angebot*
Gesamtraum	265,1 ha	182,6 ha	333,9 ha
Kiel	75,4 ha	17,4 ha	98,4 ha
Neumünster	42,3 ha	54,2 ha	63,4 ha
Kreis Plön	19,3 ha	15,5 ha	64,0 ha
Kreis Rendsburg-Eckernförde	128,1 ha	95,5 ha	108,1 ha

Der **prognostizierten Nachfrage von 265 ha steht gegenwärtig ein sofort verfügbares Flächenangebot von rund183 ha** gegenüber. Daneben befinden sich gegenwärtig weitere rund 334 ha Gewerbeflächen in der (Vor-)Planung bzw. Entwicklung.

Somit besteht im **Planungsraum auch mittelfristig ein (quantitativ) ausreichendes Gewerbeflächenangebot**. Lediglich für die Stadt Kiel zeichnet sich ein vorübergehender Engpass in den Jahren 2018 – 2019 ab, da dann die heute noch vorrätigen Flächen verkauft, neue Flächen aber noch nicht verfügbar sein werden.

Für eine detaillierte Hochrechnung nach Jahren in den Teilräumen siehe Anhang A2.

4 Kernbotschaften und Handlungsempfehlungen

Aus den vorangegangenen Analysen und Zwischenergebnissen lassen sich die nachfolgenden **Kernbotschaften und Handlungsempfehlungen** ableiten, die im Anschluss näher erläutert werden.

Kernbotschaften:

4.1 Wirtschaftliche Entwicklung
„Die positive wirtschaftliche Entwicklung im Planungsraum II erzeugt eine Gewerbeflächennachfrage."

4.2 Gewerbeflächenentwicklung und –bedarfe
„Die Flächenpotenziale reichen gesamtregional aus. Es bestehen teilregionale Unterschiede, für Kiel kann es am ehesten einen Flächenengpass geben."

4.3 Regional- und überregional bedeutsame Standorte
„Es sind 13 Standorte mit besonderen Entwicklungsprioritäten im gemeinsamen Wirtschaftsraum identifiziert worden."

4.4 Nachhaltiges Gewerbeflächenmanagement
„Im Bestandsflächenmanagement, effizienten Bauen und effizienter Flächennutzung bestehen erhebliche Potentiale für das Angebot von Gewerbeflächen"

4.5 Interkommunale Kooperation
„Die Schaffung überörtlich wahrnehmbarer Flächenangebote erfordert die interkommunale und regionale Kooperation bei der Flächenentwicklung.

4.6 Vermarktung
„Durch gemeinsame Marketing erhöht sich die Sichtbarkeit der Gesamtregion und auch der einzelnen Fläche am Markt.

4.7 Monitoring und Prozess
„Das GEFEK ist der Schritt. Nun gilt es, ein kontinuierliches Gewerbeflächenmonitoring aufzubauen und die gemeinsame Flächen- und Wirtschaftsraumentwicklung umzusetzen."

Nachfolgend sind diese erläutert und die abgeleiteten **Handlungsempfehlungen gesondert →** hervorgehoben.

4.1 Wirtschaftliche Entwicklung

„Die positive wirtschaftliche Entwicklung im Planungsraum II erzeugt eine Gewerbeflächennachfrage."

Die Wirtschaft im Planungsraum nimmt insgesamt eine **gute und stabile Entwicklung**. Die Entwicklung der Flächenverkäufe und insbesondere der zu erwartende weitere **Beschäftigungsaufbau gewerbeflächenaffiner Wirtschaftszweige** von ca. 16% bis 2030 lassen erwarten, dass weiterhin eine anhaltende Gewerbeflächennachfrage zu erwarten ist. Hervorzuheben sind dabei die Entwicklungen im **gewerblichen wie auch im Baubereich**, die sowohl für Neumünster und Kiel, aber auch kleinteiliger für die beiden Kreise von Bedeutung sind.

Wenngleich diese positive Entwicklungsaussicht grundsätzlich für die **Gesamtregion** und auch teilräumlich zutrifft, bleiben die **Strukturunterschiede** zwischen den Teilräumen aber bestehen und verstärken sich vermutlich noch weiter. Die **Funktions- und Rollenverteilung** in der Kiel Region im gesamtwirtschaftlichen und Gewerbeflächenbereich bleibt damit bestehen, aber eben auch die Funktionsergänzungen aller Teilräume im Planungsraum II und die „Vielfalt"[40] der Kiel Region.

→ **Handlungsempfehlung:**

Weiterführung der aktiven Angebotsstrategie für die Entwicklung von Gewerbeflächen.

4.2 Gewerbeflächenentwicklung und –bedarfe

„Die Flächenpotenziale reichen gesamtregional aus. Es bestehen teilregionale Unterschiede, für Kiel kann es am ehesten einen Flächenengpass geben."

Mit der aktuellen Recherche und Aufbereitung des Gewerbeflächenangebots und der Abschätzung der zu erwartenden Nachfrage liegt erstmalig ein **zusammengeführtes und detailliertes Bild für den Planungsraum II** vor.

Die Aufnahme des **Gewerbeflächenangebots** ergab mit insgesamt 113 Standorten und rund 1.900 ha für die gesamte Planungsregion ein **breites und ausdifferenziertes Angebot,** das allerdings **sehr unterschiedlich verfügbar** ist. **Nur knapp 10 % und damit ca. 183 ha sind sofort** und weitere **334 ha (18 %) erst mittel- und langfristig** verfügbar. Rund 72 % der Flächen sind belegt.

Während im Kreis Rendsburg-Eckernförde sowohl flächenbezogen weiterhin die höchsten Gewerbeflächenumsätze bei überproportionalen Beschäftigungszuwächsen zu erwarten sind, wird sich im Kreis Plön das deutlich niedrigere Niveau der Flächenumsätze bei unterproportionalem Beschäftigungsaufbau fortsetzen.

Sowohl für den Gesamtraum wie für die Teilräume lassen sich aus den unterschiedlichen Prognosemodellen **Bedarfskorridore und Mittelwerte bis 2030** des Gewerbeflächenbedarfes ableiten, die eine durchaus realistische Orientierung bieten.

[40] Bezug: „Lage, Vielfalt, Lebensqualität" – Leitbild des REK Kiel Region

Für die Prognose wurde darüber hinaus simuliert, wann welche Flächenpotenziale ungefähr auf den Markt kommen, um abzuschätzen, ob ausreichende Flächenangebote regional und auch teilräumlich zur Verfügung stehen. Zusammengefasst ergibt sich **insgesamt eine sehr tragfähige Perspektive.**

Gesamtregionale Betrachtung

Für die **Gesamtregion** liegt der Nachfrage-Korridor bis 2030 bei ca. **143 ha bis 422 ha, im Mittel bei 265 ha, was einem durchschnittlichen Jahresansatz von ca. 18 ha** entspricht. Angesichts eines verfügbaren Flächenangebots von 183 ha und einem perspektivisch verfügbaren Angebot von weiteren 334 ha ist die **Gesamtregion gut aufgestellt**. Es zeichnet sich ab, dass **kontinuierlich ausreichende Flächenangebote** verfügbar sein werden und stets ein ausreichender Puffer zur Verfügung stehen wird. **Zusätzliche größere Potenziale** über die identifizierten hinaus müssen nicht generiert werden.

→ **Handlungsempfehlungen:**

Nutzen der guten gesamtregionalen Situation um Angebot und Nachfrage regional in Einklang zu bringen.

Nicht realisierbare Nachfragewünsche in einer bestimmten Teilregion in eine andere Teilregion lenken, wenn alle anderen Standortanforderungen gleichermaßen erfüllt sind.

Die nachfolgende Abbildung stellt diese Zusammenhänge noch einmal in einer vereinfachten Darstellung dar.

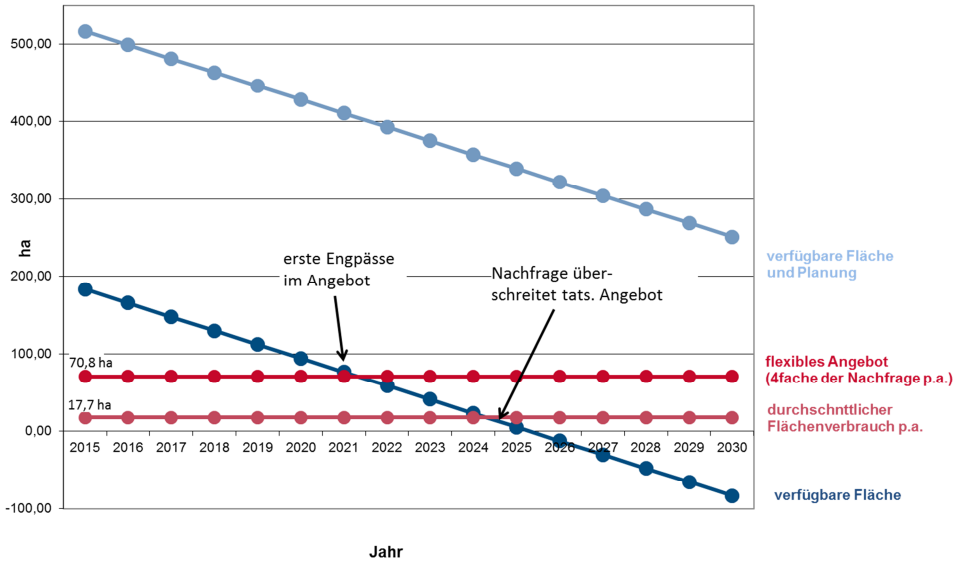


Abbildung 24: Gegenüberstellung Flächenverfügbarkeit, Flächenverbrauch, Flächenangebot; vereinfachte Darstellung, [Regionomica]

Wie dargelegt wurde der **durchschnittliche jährliche Flächennachfrage für den Planungsraum mit 17,7 ha** pro Jahr veranschlagt. Nimmt man einen gleichbleibenden Verbrauch an, ist beispielsweise für die kommenden zehn Jahre bis 2024 mit einem Verbrauch von rund 177 ha Gewerbefläche in der Gesamtregion zu rechnen. Diese Nachfrage könnte mit den heute tatsächlich verfügbaren Flächen von 183 ha nicht mehr bedient werden und die Nachfrage würde das tatsächliche Angebot im Jahr 2024 überschreiten. Diese Situation würde eintreten, wenn keine der perspektivisch geplanten Flächen tatsächlich umgesetzt werden.

Gleichzeitig muss bei realistischen Annahmen und in einer **nachfrageorientierten Gewerbeflächenbedarfsplanung** vom **drei- bis vierfachen des durchschnittlichen Flächenbedarfs** pro Jahr ausgegangen werden, um ansiedlungsinteressierten Unternehmen attraktive und vor allem unterschiedliche Angebote unterbreiten zu können. Dies würde für den Planungsraum bedeuten, dass jederzeit Flächen bis maximal 70,8 ha im Angebot verfügbar sein müssten. Diese Grenze würde voraussichtlich mit dem jetzt verfügbaren Bestand im Jahr 2020 und ohne Entwicklung neuer Flächen erreicht sein.

Wenn die perspektivischen Flächen allerdings wie geplant realisiert werden, sind während des gesamten Betrachtungszeitpunktes bis 2030 keine Engpässe oder Einschränkungen in der Flexibilität im Angebot zu erwarten.[41]

Im Rahmen der Bestandsaufnahme, der Datenerhebung über die Planer bzw. Wirtschaftsförderer sowie der diversen Veranstaltungen mit den Gemeinden, den Wirtschaftsförderungen, der IHK und weiteren Akteuren (u. a. 26.3., 23.3., 29.5., 7.6.2015) ergaben sich keine konkreten Flächennachfragen, die aufgrund mangelnden Angebotes innerhalb der Region derzeit nicht befriedigt werden konnten. Allein für die Landeshauptstadt Kiel ergaben sich Anhaltspunkte dafür, dass ein nur begrenztes verfügbares Flächenangebot auch die realen Flächenumsätze begrenzt. Insofern beruht die ermittelte Nachfrageprognose vor allem auf statistischen Werten, die mithilfe von drei Methoden (vgl. Kap. 3) korrekt ermittelt und interpretiert wurden, welche aber keine Zielvorgabe darstellt. Für die zukünftige Entwicklung stellt das GEFEK auf die weitere Flächenbereitstellung im Rahmen der aktiven Angebotsstrategie ab. Sowohl für die Gesamtregion als auch insbesondere in Teilräumen wird im Rahmen der Fortführung des GEFEK beobachtet werden, wie sich die Flächennachfragen entwickeln, um bedarfsweise das Flächenangebot auch im Sinne von Flächenvarianten zu ergänzen.

Kiel

Für **Kiel** liegt der mittlere Gesamtbedarf bis 2030 **bei ca. 75 ha und der durchschnittliche Jahresbedarf bei ca. 5 ha**. Bereits ab **2016 unterschreitet das Flächenangebot einen notwendigen Angebotspuffer** und in den Jahren **2018 und 19 übersteigt die Nachfrage vermutlich deutlich das tatsächliche Angebot**.

Dieser Engpass resultiert zum einen auch aus dem gegenüber ähnlichen Städten **geringeren Gewerbeflächenbestand**. Er ist aber vor allem auf den notwendigen anzunehmenden **zeitlichen Vorlauf für alle großen Entwicklungsflächen** (z. B. Moorsee I – III, MFG 5, Airpark Holtenau, Friedrichsort) zurückzuführen. Im Falle der zeitlich vorgesehenen Realisierung dieser Flächenpotenziale wird sich die Situation nach 2020 deutlich entspannen; danach stehen voraussichtlich bis 2030 immer genügend Flächen zur Verfügung**. Temporär ist diese Situation aber kritisch**, d. h. einerseits muss die Flächenentwicklung möglichst beschleunigt werden, andererseits werden in den nächsten Jahren aber auch **regionale Flächenangebote als Ergänzungs- und Entlastungsstandorte** stärker nachgefragt werden, was für den Wirtschaftsstandort **und das „regionale Zugpferd" Kiel** wichtig ist. Dabei spielt im Nordwesten der Standort Dänischenhagen, im Südwesten neben der Entwicklungspriorität Moorsee der Standort Melsdorf, im Südosten Preetz-Wakendorf und im Nordosten Schönkirchen eine besondere Rolle. Diese Umlandstandorte werden aus Gutachtersicht für Kiel eine besondere Bedeutung

[41] In der obigen Abb. wurde vereinfachend auf unterschiedliche Realisierungszeiträume der perspektivischen Flächen verzichtet. Es wurde unterstellt, dass die neuen Flächen immer im Bedarfsfall und linear zur Verfügung gestellt werden.

haben und eine gewisse Entlastung bringen. Mit diesen Potenzialen ist aber auch das Kieler Umland sehr gut aufgestellt, darüber hinausgehend werden keine weiteren größeren Flächenpotenziale aus Gutachtersicht notwendig sein.

Neumünster

Für **Neumünster** liegt der mittlere Flächenbedarf bis 2030 bei ca. **42 ha** und einem Jahresbedarf von ca. **3 ha**. Neumünster ist in der sehr guten Situation, bereits aktuell ca. 54 ha Flächen verfügbar zu haben und mit den Standorten Industrie-/Gewerbegebiet Süd südl. B205 und perspektivisch mit Eichhof 2. EA auch weiterhin zusätzlich attraktive Flächen anbieten zu können. Auch für die Gesamtregion ist dies von hoher Bedeutung, da der Gesamtstandort aufgrund der Lagegunst an der A7 bzw. Landesentwicklungsachse **hohe Ausstrahleffekte** hat.

Plön

Für den **Kreis Plön** wird weiterhin eine stetige **Nachfrage** mit einem mittleren Gesamtbedarf von ca. **19 ha** bis 2030 und einem Jahresbedarf von **gut 1 ha** unterstellt. Mit aktuell rund 16 ha verfügbaren Flächen ist der Kreis angebotsseitig gut positioniert. Mit der bis 2020 zu erwartenden Entwicklung bzw. Vermarktungsreife der Flächen der Standorte Lütjenburg Konversionsgelände, Schönberg Eichkamp, Schönkirchen Söhren, Preetz Wakendorf und Selent Haferkamp verfügt der Kreis dann über ein überaus großes Flächenpotenzial. Dementsprechend besteht für weitere größere Potenzialflächen[42] aus Gutachtersicht kein Bedarf.

Rendsburg-Eckernförde

Der **Kreis Rendsburg-Eckernförde** bleibt auch künftig unangefochten **nachfragestärkste Teilregion** mit einem mittleren Gesamtbedarf von **ca. 128 ha** bis 2030 und einem Jahresbedarf von fast **9 ha**. Mit rund 95 ha verfügbaren Flächen ist man **sehr gut aufgestellt**. Mit der vorgesehenen Entwicklung der Standorte Melsdorf – Rotenhof, Dätgen, Altenholz/Dänischenhagen, Borgstedt – Borgstedtfelde, Hohenwestedt – Bötenhöfen bis 2020 sowie der sukzessiven Vermarktung des Standortes Rendsburg Port Süd ist **kontinuierlich ein deutlicher Angebotspuffer** vorhanden[43]. Das große Angebot an Standorten oder mit Bezug zur A7 bzw. Landesentwicklungsachse ist für die Gesamtregion von sehr hoher Bedeutung; hier sind die vorhandenen bzw. geplanten größeren **logistikaffinen „Angebotsstandorte“** wichtig.

Gewerbeflächenentwicklung

Alle dargestellten Annahmen setzen voraus, dass die reale Entwicklung der geplanten Flächenpotenziale auch **umgesetzt** werden kann; die mit dem Planungsdialog gemeinsam abgestimmten zeitlichen Annahmen erscheinen realistisch.

→	**Handlungsempfehlung:** **<u>Zeitnahe Entwicklung der sich in Planung befindlichen Gewerbeflächen (Planung + Erschließung) sichern. Für den sich abzeichnenden temporären Flächenengpass in Kiel ist dies zentral.</u>**

[42] Bemühungen zur Identifikation neuer Gewerbeflächen, wie sie z. B. aktuell in Heikendorf erfolgen, sollten sich auf integrierte Lagen und zur Deckung kommunaler bzw. interkommunaler Bedarfe konzentrieren.
[43] Weitere Entwicklungsabsichten bestehen z. B. auch in Schacht-Audorf und sollten im weiteren Prozess geprüft werden.

Im GEFEK-Prozess wurde deutlich signalisiert, dass auch weiterhin ein Bedarf an ausgewiesenen **Industriegebietsflächen** im Sinne der BauNVO besteht; mit dem hinreichenden Anteil an bestehenden GI-Flächen ist die Region aber grundsätzlich gut aufgestellt.[44] Auch bei den betrachteten Flächenpotenzialen ist zu erwarten, dass im Zuge der Bauleitplanungen nachfragegerecht GI-Flächen ausgewiesen werden können.

→ **Handlungsempfehlung:**

Industriegebietsflächen in ausreichendem Umfang anzubieten bzw. zu entwickeln.

Zur branchenbezogenen Profilierung der Gewerbeflächen wurde regional die Erfahrung gemacht, dass zu starke Profilierungen nicht nachfragegerecht sind und die Flächenveräußerungen erschweren. Zudem ist der Anteil an kleinen Flächenverkäufen sehr hoch.

→ **Handlungsempfehlung:**

Hohe Flexibilität der Gewerbeflächen (planungsrechtlich bzw. parzellierungsbezogen) beibehalten.

Im **ländlich geprägten Bereich führt die flächenmäßig begrenzte, aber konstante Nachfrage** weiterhin zu Flächenentwicklungen von kleineren Unternehmen für Erweiterungen, Verlagerungen und Neugründungen. Dabei sollte die Entstehung, Verfestigung oder Erweiterung von isolierten Kleinstandorten vermieden werden. Neben städtebaulich integrierten Standorten für den örtlichen Bedarf sollten Standorte in oder in Kooperation mit zentralen Orten betrachtet werden .[45]

[44] Zum notwendigen Anteil von GI-Flächen lassen sich keine festen regionalen Quoten definieren; die Anteile divergieren auch in anderen Regionen stark (meist ca. 20 – 30%). Dies muss vor allem standort-/nachfragebezogen definiert und planungsrechtlich umgesetzt werden.

[45] Die - regionale - GEFEK-Betrachtungsebene erfasst nicht Kleinstandorte bzw. raumordnungsrechtlich zulässige kleinteilige gewerbliche Entwicklungen für örtliche Bedarfe.

4.3 Regional und überregional bedeutsame Standorte

„Es sind 13 Standorte mit besonderen Entwicklungsprioritäten im gemeinsamen Wirtschaftsraum identifiziert worden“

Es wurden alle 26 vertieft untersuchten Standorte bzgl. der Bewertungsaspekte Flächenpotenziale, Anbindung und Lagegunst sowie Unternehmensbesatz und Funktionalität bewertet und eine zusammenfassende regionalwirtschaftliche Gesamtbewertung formuliert. Zu den Details der Standorte wird auf die Flächenprofile verwiesen.

Nachstehend ist die Bewertungstabelle dargestellt, die auch die Ableitung der überregional bedeutsamen Standorte enthält.

Kiel

Gewerbefläche	Flächenpotenziale	Anbindung und Lagegunst	Unternehmensbesatz und Funktionalität
Kiel Airpark Holtenau	ca. 18,6 ha Nettobauland mittel- bis langfristig verfügbar	9,5 km zur A 215 (zur A 7), sehr gut angebunden an B 503	geeigneter Standort, bereits flughafenaffine Unternehmen angesiedelt, politische Entscheidung zur Entwicklung steht aus
Regionalwirtschaftliche -und planerische Gesamtbewertung Gutachter: Überregional bedeutsamer Standort aufgrund der Flächenpotenziale, der besonderen Ausrichtungs- und Synergiemöglichkeiten und der sehr guten städtischen Erreichbarkeit			
Kiel Moorsee I-III	perspektivisch bis zu 26,7 ha Nettobauland langfristig entwicklungsfähig	8 km zur A 215 (zur A 7), sehr gut am Ortseingang und der B 404 (zukünftig A 21) gelegen	attraktiver Standort mit logistischen Vorteilen und Synergieeffekten mit Gewerbe- und Industriegebiet Wellsee und den dortigen rund 200 Unternehmen
Regionalwirtschaftliche -und planerische Gesamtbewertung Gutachter: Überregional bedeutsamer Standort aufgrund der Flächenpotenziale, städtischen Anbindung und Synergieeffekte mit Wellsee			
Kiel Wissenschaftspark	2,2 ha sofort verfügbar	4 km zur A 215 (zur A 7), 0,5 km zur B 76	bereits funktionierender Standort für wissensintensive/technologieorientierte Unternehmen in zentraler Lage und Nähe zur Universität
Regionalwirtschaftliche -und planerische Gesamtbewertung Gutachter: Überregional bedeutsamer Standort durch seine besondere Wissenschafts- und Technologieausrichtung und dem damit in der Region verbundenen Alleinstellungsmerkmal			
Kiel Friedrichsort	28,5 ha mittel- bis langfristig verfügbar	22 km zur A 215 (zur A 7), 3 km zur B 503	Altindustriestandort mit derzeit eingeschränkter Funktionsfähigkeit (Sanierungsstau und verkehrliche Erschließung)
Regionalwirtschaftliche -und planerische Gesamtbewertung Gutachter: Überregional bedeutsamer Standort aufgrund seiner Flächenpotenziale und der herausgehobenen Lage			
Kiel MFG 5	29,6 ha perspektivisch gewerblicher Bereich; davon Nettobauland für klassisches GE voraussichtlich 17,3 ha	11 km zur A 215 (zur A 7), 1,5 km zur B 503	attraktiver Standort in herausgehobener Lage, Nutzung zukünftig eher im Bereich Dienstleistungen/Produzierendes Gewerbe/maritimes Gewerbe, Nutzungskonkurrenz wahrscheinlich
Regionalwirtschaftliche -und planerische Gesamtbewertung Gutachter: Überregional bedeutsamer Standort aufgrund seiner Flächenpotenziale und der herausgehobenen Lage an der Förde/Yachthafen, der besondere Zielgruppen/Nachfrager anziehen kann			
Kiel KayCity	2,5 ha Nettobauland (Gemischte Bauflächen) verfügbar	4 km zur A 215 (zur A 7), 2 km zur B 76 und zur B 404 (zukünftig A 21), sehr gute innerstädtische Lage mit günstiger ÖPNV-Anbindung	attraktiver Büro-/Dienstleistungsstandort in zentraler Lage und hoher städtebaulicher Qualität sowie Nähe zum Hörn-Campus
Regionalwirtschaftliche -und planerische Gesamtbewertung Gutachter: Überregional bedeutsamer Standort durch seine besondere Lage und Anziehungskraft für Dienstleistungsunternehmen und dem damit in der Region verbundenen Alleinstellungsmerkmal			

Neumünster

Neumünster Gewerbepark Eichhof, 1. Erschließungsabschnitt	ca. 50 ha Bruttobauland GE/GI, 35 ha kurzfristig verfügbar	0,2 km zur A7, Gleisanschluss im 2. BA möglich, ausgezeichnete überregionale Anbindung (BAB)	sehr guter Standort für regionale und überregionale Logistik und Produktion mit mittel- und langfristigen Erweiterungsmöglichkeiten, erste Ansiedlungen von Logistikern erfolgt
Regionalwirtschaftliche -und planerische Gesamtbewertung Gutachter: Überregional bedeutsamer Standort aufgrund der Flächenpotenziale und der Lage/Erreichbarkeit			
Neumünster Gewerbepark Eichhof, 2. Erschließungsabschnitt	ca. 23 ha Brutto- bzw. ca. 17 ha Nettobauland mittelfristig verfügbar	0,7 km zur A7, Gleisanschluss möglich, sehr gute überregionale Anbindung (BAB)	geeigneter Standort für Logistik und Produktion, für den nach Vermarktung des nördlichen Teils weiterhin Nachfrage zu erwarten ist
Regionalwirtschaftliche -und planerische Gesamtbewertung Gutachter: Überregional bedeutsamer Standort, der aufgrund der Flächenpotenziale und der Lage/Erreichbarkeit eine ideale Erweiterungsmöglichkeit für den 1. Erschließungsabschnitt bildet			
Neumünster Industrie- und Gewerbegebiet Süd/südlich B 205	ca. 4,5 ha Nettobauland (GE/GI) sofort verfügbar; weitere ca. 35 ha verfügbar nach Erweiterung	3,6 km zur A 7, B 205 direkt angrenzend, sehr gute überregionale Anbindung über die B 205 an die BAB	Logistiker und Industrie (u.a. Ernährungsgüterwirtschaft) bereits angesiedelt, geeignet für großflächiges Gewerbe insb. Logistik/Distribution
Regionalwirtschaftliche -und planerische Gesamtbewertung Gutachter: Überregional bedeutsamer Standort aufgrund der Flächenpotenziale und der Lage/Erreichbarkeit			
Neumünster Industrie- und Gewerbegebiet Süd/nördlich B 205	ca. 11,2 ha Nettobauland (GE/GI) sofort verfügbar, weitere 11,25 ha mittel- bis langfristig verfügbar	4,3 km zur A 7, 0,3 km zur B 205, Sehr gute überregionale Anbindung über die B 205 an die BAB	funktionierender und gut angenommener Standort mit diversen Produktions-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen
Regionalwirtschaftliche -und planerische Gesamtbewertung Gutachter: Regional bedeutsamer Standort aufgrund der im Vergleich zu anderen Standorten (im Umfeld) geringeren Flächenpotenziale, nur noch Restflächen vorhandenen			

Rendsburg-Eckernförde

Rendsburg-Eckernförde Gewerbegebiet Böternhöfen	keine Verfügbarkeit im Bestand, Erweiterung um ca. 2 ha läuft bzw. in Vorbereitung, nach FNP weitere Flächenpotenziale (ca. 9 ha) für langfristige Weiterentwicklung	jeweils 18 km zur A 7 oder A 23, lokale Anbindung gut, überregionale Anbindung (an BAB) nicht optimal	klassisches Gewerbegebiet für lokale und regionale Unternehmen bzw. deren Erweiterung,
Regionalwirtschaftliche -und planerische Gesamtbewertung Gutachter: Regional bedeutsamer Standort aufgrund der im Vergleich zu anderen Standorten geringeren Flächenpotenziale und der schlechteren überregionalen Erreichbarkeit			
Rendsburg-Eckernförde Gewerbegebiet Am Hofkamp	14,7 ha Nettobauland (GE) verfügbar	in 9 km zur A 7, in 11 km zur B 430, relativ ungünstige Anbindung und Gemeinderandlage	klassisches Gewerbegebiet für lokale und regionale Unternehmen bzw. deren Erweiterung, verhaltene Nachfrage, als Logistikstandort eher ungeeignet, deshalb wird Ausweisung als SO Logistik aktuell geändert
Regionalwirtschaftliche -und planerische Gesamtbewertung Gutachter: Regional bedeutsamer Standort aufgrund der im Vergleich zu anderen Standorten geringeren Flächenpotenziale und der schlechteren überregionalen Erreichbarkeit			
Rendsburg-Eckernförde Interkommunales Gewerbegebiet Dätgen	ca. 7,5 ha Nettobauland (GE) in erster Entwicklungsstufe; weitere 3,6 ha bei Erweiterung	0,3 km zur A 7, sehr gute Lage an BAB	im vorhandenen GE Wegkamp vor allem regional ausgerichtete Unternehmen angesiedelt, interkommunale Erweiterung bietet Ansiedlungsmöglichkeiten für Produzierendes Gewerbe sowie Logistik/Distribution (z.B. Landtechnik, Werkstätten etc.)
Regionalwirtschaftliche -und planerische Gesamtbewertung Gutachter: Regional bedeutsamer Standort aufgrund der im Vergleich zu anderen Standorten geringeren Flächenpotenziale und der absehbaren Ausrichtung des Standortes			
Rendsburg-Eckernförde Interkommunales Gewerbegebiet Rendsburg Port Süd	ca. 10 ha Nettobauland (GE) sofort verfügbar, ca. 40 ha mittelfristig	3,5 km zur A 210, B 202 direkt anliegend, sehr gute Lage und Anbindung	interkommunaler Standort für großflächiges Gewerbe mit besonderer Lagegunst für Logistik/Distribution (geeignet für Schwerlastumschlag, schwerlastfähige Straßenanbindung zum Hafen), funktionaler Zusammenhang mit Rendsburg Port, prioritärer Standort im GEP
Regionalwirtschaftliche -und planerische Gesamtbewertung Gutachter: Überregional bedeutsamer Standort aufgrund der Flächenpotenziale und der besonderen Lage/Standortbedingungen am Nord-Ostsee-Kanal			
Rendsburg-Eckernförde Gewerbegebiet Fehmarnstraße/Am Dolmen	ca. 10 ha (teilweise GI) sofort verfügbar; weitere 6,8 ha GE ebenfalls verfügbar	3,2 km zur A 7, B 203 direkt anliegend	klassisches Gewerbegebiet für lokale und regionale Unternehmen bzw. deren Erweiterung, Standort seit 10 Jahren in der Entwicklung/Vermarktung, nach Ankerinvestor (2001, 8 ha) kontinuierliche Nachfrage nach kleineren Grundstücken
Regionalwirtschaftliche -und planerische Gesamtbewertung Gutachter: Regional bedeutsamer Standort aufgrund der im Vergleich zu anderen Standorten geringeren Flächenpotenziale und der schlechteren Anbindung an die Autobahn			

Rendsburg-Eckernförde Interkommunales Gewerbegebiet Borgstedtfelde	ca. 40 ha Bruttobauland (GE)	1,2 km zur A 7, B 203 direkt anliegend	interkommunaler Standort für großflächiges Gewerbe mit besonderer Lagegunst für Logistik/Distribution, Standort soll die gewerbliche Entwicklung von Rendsburg über Büdelsdorf in Richtung BAB bündeln, prioritärer Standort im GEP
Regionalwirtschaftliche -und planerische Gesamtbewertung Gutachter: Überregional bedeutsamer Standort aufgrund der Flächenpotenziale und der besonderen Lage und überregionalen Erreichbarkeit			
Rendsburg-Eckernförde Gewerbegebiet Büsumer Straße	6,1 ha (GE/GI) verfügbar	8,3 km zur A 7, B 77 direkt anliegend, ungünstige Anbindung an BAB (Durchfahrt durch Stadt und Büdelsdorf bzw. nach Süden durch den Kanaltunnel)	klassisches Gewerbegebiet für lokale und regionale Unternehmen mit hohem Anteil Handel und Autohäusern
Regionalwirtschaftliche -und planerische Gesamtbewertung Gutachter: Regional bedeutsamer Standort aufgrund der im Vergleich zu anderen Standorten geringeren Flächenpotenziale und der schlechteren Anbindung/Erreichbarkeit			
Rendsburg-Eckernförde Gewerbegebiet Eckernförde Nord (Grasholz)	7,3 ha Nettobaufläche (GE) verfügbar	19,5 km zur A 7, an der B76 bzw. Zufahrt nördlich davon, etwas abseits der B76 in Randlage von Eckernförde	klassisches Gewerbegebiet für lokale und regionale Unternehmen
Regionalwirtschaftliche -und planerische Gesamtbewertung Gutachter: Regional bedeutsamer Standort aufgrund der im Vergleich zu anderen Standorten geringeren Flächenpotenziale und der schlechteren Anbindung/Erreichbarkeit			
Rendsburg-Eckernförde Interkommunales Gewerbegebiet Rotenhof	ca. 20 ha Brutto- bzw. ca. 15 ha Nettobauland (GE) mittel- bis langfristig verfügbar	0,2 km zur A 210, sehr gute Lage/Anbindung an BAB 210	interkommunaler Standort mit Zielgruppenausrichtung auf Dienstleister und Produzierendes Gewerbe, eher weniger Logistik
Regionalwirtschaftliche -und planerische Gesamtbewertung Gutachter: Überregional bedeutsamer Standort aufgrund der Flächenpotenziale und der sehr guten überregionalen Anbindung im westlichen Umland von Kiel			
Rendsburg-Eckernförde Interkommunales Gewerbegebiet Dänischenhagen	0,6 ha sofort verfügbar; 16 ha mittel- bis langfristig nach Herstellung der Erweiterung	13,5 km zur A 215, 0,2 km zur B 503, gut angebunden an die B503	klassisches Gewerbegebiet für lokale und regionale Unternehmen, fast alle Flächen im bestehenden interkommunalen GE vermarktet, hohe lokale Nachfrage (Handwerker) auch weiterhin zu erwarten
Regionalwirtschaftliche -und planerische Gesamtbewertung Gutachter: Regional bedeutsamer Standort aufgrund der im Vergleich zu anderen Standorten geringeren Flächenpotenziale, der schlechteren Anbindung und der bisherigen Ausrichtung			
Rendsburg-Eckernförde Gewerbegebiet Flintbek B 38 („Nördlich und südlich Batterieweg“)	ca. 14,5 ha Nettobauland (GE), 5,3 ha sofort verfügbar	4,1 km zur A 215, 8,5 km zur B 404, akzeptable Anbindung zur BAB 215, isolierte Lage im Siedlungsgefüge an L 318	klassisches Gewerbegebiet für lokale und regionale Unternehmen, Ankerinvestor konnte offensichtlich keine Nachfrageimpulse vergleichbarer Unternehmen erzeugen
Regionalwirtschaftliche -und planerische Gesamtbewertung Gutachter: Regional bedeutsamer Standort aufgrund der im Vergleich zu anderen Standorten geringeren Flächenpotenziale und der schlechteren Anbindung/Lage			

Plön

Plön Lütjenburg Konversionsgelände	6,6 ha Nettobauland (GE/GEe) kurz- und mittelfristig verfügbar	21 km zur A1, B 202 (über Kieler Straße) gut regional angebunden	Planungen sehen klassisches Gewerbegebiet für lokale und regionale Unternehmen vor, erste Ansiedlungen bestätigen dies
Regionalwirtschaftliche -und planerische Gesamtbewertung Gutachter: Regional bedeutsamer Standort aufgrund der im Vergleich zu anderen Standorten geringeren Flächenpotenziale und der schlechteren Anbindung/Lage			
Plön Gewerbegebiet Wakendorf	aktuell 0,1 ha verfügbar; nach Herstellung der Erweiterung mittelfristig weitere 32,6 ha verfügbar	20 km zur A 21, gute Lagequalität bei unmittelbarem Anschluss an die B 76 (derzeit noch über Wakendorfer Straße; in Planung)	klassisches Gewerbegebiet für lokale und regionale Unternehmen mit einem herausgehobenen Ankerinvestor im nördlichen Bereich, Erweiterung ist die größte zusammenhängende planerisch vorbereitete GE-Entwicklungsfläche im Planungsraum II östlich von Kiel, Flächenzuschnitt für größere Ansiedlungsvorhaben geeignet
Regionalwirtschaftliche -und planerische Gesamtbewertung Gutachter: Überregional bedeutsamer Standort aufgrund der Flächenpotenziale, des Flächenzuschnitts und der Lage im östlichen Umland von Kiel			
Plön Gewerbegebiet Eichkamp	aktuell 0,4 ha GE verfügbar; nach Erweiterung auf Schönberger Gebiet mittelfristig weitere 4,8 ha verfügbar	30 km zur A 215, 3 km zur B 502, gute lokale und regionale Anbindung	klassisches Gewerbegebiet als Standort für lokal bis regional orientiertes Gewerbe, Standort der offensichtlich und kontinuierlich entsprechende Nachfrage auf sich zieht
Regionalwirtschaftliche -und planerische Gesamtbewertung Gutachter: Regional bedeutsamer Standort aufgrund der im Vergleich zu anderen Standorten geringeren Flächenpotenziale und der schlechteren Anbindung und Lage im Raum			
Plön Gewerbegebiet Schönkirchen	aktuell keine Flächen vorhanden, mittelfristig 9,1 ha auf geplanter Erweiterungsfläche verfügbar	10 km zur A 215, B502 direkt angrenzend, günstige regionale Anbindung über die B502 und den Ostring nach Kiel	klassisches Gewerbegebiet als Standort für lokal bis regional orientiertes Gewerbe, vorhandenes Gewerbegebiet mit großem Gewerbebesatz vollgelaufen
Regionalwirtschaftliche -und planerische Gesamtbewertung Gutachter: Regional bedeutsamer Standort aufgrund der im Vergleich zu anderen Standorten geringeren Flächenpotenziale und des ungünstigeren Flächenzuschnitts			
Plön Gewerbegebiet Haverkamp	2,8 ha Nettobauland (GE) sofort verfügbar, 3,2 ha mittelfristig verfügbar (B-Plan erforderlich)	21 km zur A 215, B 202 direkt anliegend, regional gut erschlossen über B202	klassisches Gewerbegebiet für lokal/regional orientiertes Gewerbe, bislang verhaltene Nachfrage
Regionalwirtschaftliche -und planerische Gesamtbewertung Gutachter: Regional bedeutsamer Standort aufgrund der im Vergleich zu anderen Standorten geringeren Flächenpotenziale, der ungünstigeren Erreichbarkeit und Lage im Raum			

Überregional bedeutsame Standorte

Im mehrfach gestuften Verfahren der Gewerbeflächenbetrachtung wurde unter den 26 vertieft betrachteten Standorten damit eine Auswahl der **Standorte mit überregionaler Bedeutung** getroffen (s. 2.3.1). Unter Berücksichtigung der o. g. erfolgten GEFEK Definition als Standorte mit überregionaler Bedeutung wurden **insgesamt 13** nachfolgend in der Übersicht und kartographisch (Abbildung 25) dargestellten Standorte ausgewählt.

Aufgrund der Zuordnung zu den Landesentwicklungsachsen A 7 und A 21 werden neben Kiel-Moorsee I-III die überregionalen Standorte in Neumünster sowie in Rendsburg-Eckernförde auch als **Gewerbegebiete von überregionaler Bedeutung im Sinne des Landesentwicklungsplans** (besondere Eignung für verkehrsintensive gewerbliche Branchen) eingestuft.

Diese 13 Standorte sollen in der Vermarktung dazu dienen, die Aufmerksamkeit für interessierte Unternehmen auf die gesamte Region zu lenken. Die gemeinsame Vermarktung umfasst aber grundsätzlich alle Flächen.

→ **Handlungsempfehlung:**

Die 13 überregional bedeutsamen Standorte im Zuge der weiteren Wirtschaftsraumentwicklung gezielt (weiter-)entwickeln, gemeinsam und stärker vermarkten. Regional bedeutsame Nachfragen vorrangig auf diese Standorte lenken.

Tabelle 10: Standorte mit überregionaler Bedeutung gemäß GEFEK bzw. LEP

Standorte mit überregionaler Bedeutung GEFEK Planungsraum II	landesplanerisch überregional bedeutsame Standorte an Landesentwicklungsachsen[46]
Kiel - Moorsee I-III	X
Kiel - KaiCity	
Kiel - Wissenschaftspark	
Kiel - MFG 5	
Kiel - Airpark Holtenau	
Kiel - Friedrichsort	
Neumünster - Gewerbepark Eichhof 1.EA	X
Neumünster - Gewerbepark Eichhof 2.EA	X
Neumünster - Industrie-/Gewerbegebiet Süd, südl. B 205	X
Rendsburg-Eckernförde - Rendsburg Port Süd	X
Rendsburg-Eckernförde – interkommunales Gewerbegebiet Borgstedtfelde	X
Rendsburg-Eckernförde - interkommunales Gewerbegebiet Melsdorf – Rotenhof	X
Plön – Preetz Wakendorf	

[46] nach LEP 2010, Ziffer 2.6 Absatz 4

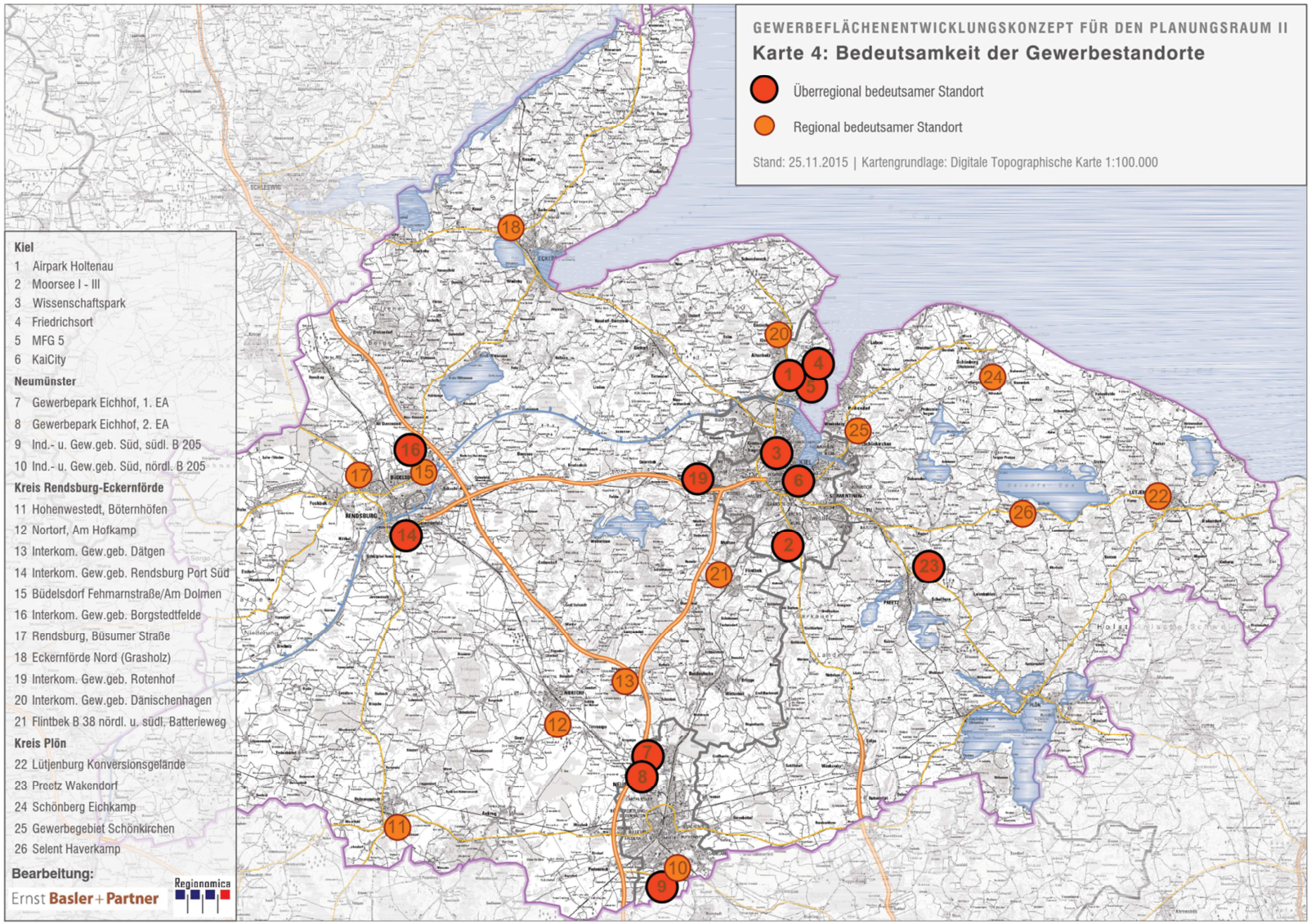


Abbildung 25: Bedeutsamkeit der Gewerbestandorte

4.4 Nachhaltiges Gewerbeflächenmanagement

„Im Bestandsflächenmanagement, effizienten Bauen und effizienter Flächennutzung bestehen erhebliche Potentiale für das Angebot von Gewerbeflächen“

Für die Gesamtregion und auch jeweils alle teilregionalen Partner ist die **Intensivierung der Bestandsflächennutzung** bereits wichtiges Thema. Dies gilt allerdings für die Landeshauptstadt Kiel ganz besonders. Angesichts des zunehmenden Flächenengpasses ist die Intensivierung des Bestandsflächenmanagements im Sinne eines nachhaltigen Flächenmanagements unbedingt notwendig. Dabei geht es im Sinne eines Bestandscontrollings um

> das frühzeitige Erkennen von künftigen Umzüge/Verlagerungen

> die Anpassungen/Neuordnungen freiwerdender Flächen

Darüber hinaus sollten bei der Etablierung geeigneter Instrumente auch Synergieansätze unter den Partnern angestrebt werden. So entwickelt Kiel derzeit ein Flächenmanagementinstrument, an dessen Erfahrungen u.a. Neumünster sehr interessiert ist.

→ **Handlungsempfehlung:**

Die Grundlagen für ein Gewerbeflächen-management aufzubauen durch Fortführung der Gewerbeflächenübersicht.

Bestehende Gewerbeflächen intensiver und effizienter zu nutzen.

Damit könnte mit begrenzten Aufwänden nahtlos der Einstieg in ein regionales Bestandsflächenmanagement erfolgen. In einer zweiten Stufe könnte dann der Planungsdialog dieses Thema an konkreten Flächen vertiefen.

Es geht beim Nachhaltigen Gewerbeflächenmanagement aber **auch um flächeneffizientes Bauen und Nutzen** von gewerblichen Flächen. Dies betrifft in besonderem Maße hochwertige Standorte wie z. B. Moorsee I – III.

4.5 Interkommunale Kooperation

„Die Schaffung überörtlich wahrnehmbarer Flächenangebote erfordert die interkommunale und regionale Kooperation bei der Flächenentwicklung .

Die Region verfügt bereits mit dem interkommunalen Gewerbegebiet Rotenhof (Gemeinde Melsdorf), der interkommunalen Gewerbegebietsentwicklung innerhalb der Gebietsentwicklungsplanung Rendsburg und weiteren Modellen über **Erfahrungen im Bereich der interkommunalen Kooperation**. Gleichzeitig bestehen insbesondere im ländlichen Bereich außerhalb der Schwerpunkte der Siedlungsentwicklung weiterhin **Entwicklungen zur Verfestigung, Erweiterung sowie Neuerschließung von isolierten und nicht integrierten Standorten**. Diese konkurrieren zum Teil mit lagebegünstigten Standorten und beeinträchtigen z. T. auch das Freiraumgefüge und den Landschaftsraum.

Die **Flächenbedarfe und -konkurrenzen** sollten in den ländlichen Teilregionen der Kreise unter Nutzung der GEFEK-Ergebnisse und ggf. auch unter Federführung des Planungsdialoges offensiver vermittelt werden. Gleichzeitig sollte anhand der „Erfolgsmodelle“ **interkommunale Lösungen von bzw. mit zentralen Orten beworben** und ggf. auch aktiv unterstützt werden.

Dabei kann es z. B. um die **interkommunale Konzentration** von Erweiterung/Verlagerungen/Neugründung von Handwerker- und Baubetrieben gehen. Hier wären Modellprojekte unter Einbezug der Handwerkskammern denkbar.

→ **Handlungsempfehlung:**

Das regionale und teilregionale Agieren weiter ausbauen. Flächenbedarfe und –konkurrenzen in den Teilregionen offensiv vermitteln. Interkommunale Entwicklungsansätze aktiv unterstützen.

4.6 Vermarktung

„Durch gemeinsames Marketing erhöht sich die Sichtbarkeit der Gesamtregion und auch der einzelnen Fläche am Markt.

Mit dem GEFEK und der **erfolgten Priorisierung von Standorten** mit überregionaler Bedeutung, die gemeinsam stärker beworben und vermarktet werden sollen, ist eine wichtige Verständigung erfolgt. Sowohl der gemeinsame **Wirtschaftsraum als auch die Standorte** sollten zeitnah unter dem **Label Kiel Region** stärker vermarktet werden. Dies kann im Vorgriff und unter Berücksichtigung des künftigen Corporate Design/Corporate Identity des **Regionalmarketings der Kiel Region** erfolgen, wozu aber die Rolle Neumünster noch gesondert zu überprüfen ist.

Mit den Standortprofilen liegt auch die Basis für Standortmarketinginstrumente vor. Es wird empfohlen, zügig die „**Sichtbarkeit“** des Wirtschaftsraums, des Gewerbeflächenportfolios, der Standorte mit überregionaler Bedeutung, aber auch des funktionierenden Planungsdialogs als Ansiedlungshilfe zu erhöhen.

→ **Handlungsempfehlung:**

Der gemeinsame Wirtschaftsraum und die Standorte mit überregionaler Bedeutung unter der Marke „Kiel Region“ zeitnah vermarkten.

Das bisherige hohe Interesse am GEFEK-Prozess muss genutzt werden, um regionsintern als auch in der Außenwirkung die Vorteile des regionalen Ansatzes zu vermitteln.

4.7 Monitoring und Prozess

„Das GEFEK ist der erste Schritt. Nun gilt es, ein kontinuierliches Gewerbeflächenmonitoring aufzubauen und die gemeinsame Flächen- und Wirtschaftsraumentwicklung umzusetzen.“

Der gutachterliche Prozess wird bisher vom **Planungsdialog sehr intensiv** begleitet. Darüber hinaus ist ein **starkes Interesse von Landeseinrichtungen, Verbänden, Kammern, den Kommunen und der Politik** deutlich geworden, dem mit weiteren Veranstaltungen und regelmäßigen Informationen Rechnung getragen werden sollte.

Zu den **künftigen Aufgaben des Planungsdialoges** sollte vor allem gehören:

- **Gewerbeflächen- und Nachfragemonitoring;** dazu liegen mit den GEFEK-Grundlagen handhabbare Instrumente vor, die mindestens jährlich aktualisiert und ausgewertet werden sollten. Auch sollten weitere Ergänzungen des Monitorings, z. B. zur differenzierten Flächenerhebung nach BauNVO (GE/GI-Flächen), eingepflegt werden.
- Fachliche Unterstützung des **Wirtschaftsraum- und Standortmarketings**
- Ggf. Vorbereitung eines **Gewerbeflächenportals**
- **Unterstützung interkommunaler Gewerbeflächenansätze, z. B. durch Vermittlung erfolgreicher Erfahrungen und Beratung durch den Planungsdialog**
- Fortführung des **Dialoges zur Flächensondierung und –entwicklung**; hier sollten weiterhin aktuelle Flächenplanungen vorgestellt, diskutiert und bewertet werden.
- **Abstimmung und Vorbereitung regelmäßiger Fortschrittsberichte** für die Politik bzw. Einbeziehung durch Veranstaltungen
- **Koordinierung** der regionalen Gewerbeflächenaktivitäten
- **Fortschreibung des GEFEK** in geeignetem Zeitfenster; ca. 2018

→ **Handlungsempfehlung:**

Ein kontinuierliches Gewerbeflächenmonitoring im Planungsraum aufbauen. Aktivitäten für eine gemeinsame Flächen- und Wirtschaftsraumentwicklung intensivieren.

Die Schlüsselrolle des etablierten Planungsdialoges muss gesichert und gestärkt werden, dabei geht es sowohl um die **personellen Kapazitäten** der Vertreter der Städte Kiel, Neumünster und beider Kreise, der Wirtschaftsförderungen und auch der prozessbegleitenden Landesplanung.

Den **Vertretern der Kreise und kreislichen Wirtschaftsförderungen** kommt dabei eine besondere Rolle zu; sie sind wichtige Schnittstelle zu den kommunalen Akteuren.

Über die notwendigen personellen Ressourcen hinaus sollte der Planungsdialog auch mit **ausreichenden „Bordmitteln“** ausgestattet werden, um notwendige Sach- oder gutachterliche Leistungen zu sichern. Neben Eigenmitteln der kommunalen Partner sollten dafür aber auch Fördermittel, vor allem des aus GRW finanzierten **Regionalbudgets** über das Regionalmanagement der Kiel Region genutzt werden.

4.8 Ausblick

Mit dem GEFEK für den Planungsraum II liegt nunmehr eine **aktuelle Arbeitsgrundlage und Strategie für die weitere Gewerbeflächenentwicklung** vor. Im GEFEK-Prozess ist das hohe Interesse aller Akteure von der kommunalen Ebene bis zur Landesebene deutlich geworden. Es wird empfohlen, zeitnah eine politische Befassung mit dem Fazit und den Handlungsempfehlungen herbeizuführen und die **Prozessfortsetzung durch den Planungsdialog möglichst „nahtlos“** zu sichern.

Die regionale Gewerbeflächenentwicklung im Planungsraum II bzw. der Kiel Region muss aber auch weiterhin als ein **dynamischer Prozess** verstanden werden; aktuelle Flächen- und/oder Nachfrageentwicklungen werden es notwendig machen, Bewertungen des GEFEK als „Momentaufnahmen“ ggf. zu aktualisieren.

5 Verzeichnis der Quellen

Kiel Region GmbH, **REK Kiel Region**, Konzept Ernst Basler + Partner GmbH, Kiel 2013

Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein**, Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein 2010**, Kiel 2010

Ministerium für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein, **Regionalplan für den Planungsraum III Technologie-Region K.E.R.N, Fortschreibung 2000**, Kiel 2001

Georg Consulting/Ramboll Management Consulting, **REK A 7 Süd Ergebnisbericht**, Hamburg 2013

Georg Consulting, **REK A 7 Süd Gewerbeflächen Fachbeitrag**, , Hamburg 2012

Technologie-Region Kiel, Eckernförde, Rendsburg, Neumünster, Plön; Konzept Convent Planung und Beratung GmbH, **Gewerbeflächenentwicklungskonzept der Technologie-Region K.E.R.N.**, Hamburg 2002

CIMA Beratung + Management GmbH, **Strategien zur zukünftigen Gewerbeflächen-entwicklung in der Landeshauptstadt Kiel**, Lübeck 2012

Landeshauptstadt Kiel, Stadtplanungsamt, **INSEKK**, Kiel 2011

ExperConsult, **Gewerbeflächenanalyse im Kreis Rendsburg-Eckernförde**, Dortmund 2014

Kreisverwaltung Plön, **Strategische Handlungsfelder des Kreises Plön**, 2012

Planungsgruppe 4/BPW, **Integriertes Stadtentwicklungskonzept ISEK Neumünster**, Berlin, 2006

BBSR, **Interaktive Regionalprofile**; ausgewählte Strukturindikatoren, Stand 2012, Internetabfragen 10/2015

Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung, **Gewerbeflächenentwicklungs-konzept für die Hansestadt Lübeck**, Hannover 2012,

Landeshauptstadt Schwerin, **Integriertes Stadtentwicklungskonzept Schwerin 2025, 3. Fortschreibung**, Schwerin 2015

A1 Dokumentation Veranstaltungen

Gemeinsame Pressemitteilungen der Landeshauptstadt Kiel, der Kreise Rendsburg-Eckernförde und Plön, Stadt Neumünster sowie der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Rendsburg-Eckernförde, der Wirtschafts-Förderungs-Agentur des Kreises Plön, der KiWi, Kieler Wirtschaftsförderungs- und Strukturentwicklungs GmbH und der Wirtschaftsagentur Neumünster GmbH.

Auftaktveranstaltung zur Erstellung eines regionalen Gewerbeflächenentwicklungskonzeptes (GEFEK) am 26. März 2016

Am 26. März lud der Planungsdialog Kiel Region zu einer Auftaktveranstaltung zum Regionalen Gewerbeflächenentwicklungskonzept für den Planungsraum II nach Neumünster ein. Dem Planungsraum II zugeordnet und somit am GEFEK beteiligt sind die Kreise Plön und Rendsburg-Eckernförder sowie die Landeshauptstadt Kiel und die Kreisfreie Stadt Neumünster. Diese erste Informations- und Fachveranstaltung richtete sich an die kommunale Ebene.

Die Veranstaltung sollte erste Informationen zum aktuellen Stand des GEFEK geben. Als Referenten wurden Sabina Groß, Referentin für den Planungsraum II (Landesregierung Schleswig-Holstein) sowie Stephan Kathke (Ernst Basler+Partner) und Dr. Michael Göbel (Regionomica) als Gutachter für die Erstellung des GEFEK eingeladen. Bevor Werner Kässens (Geschäftsführer der KiWi, Kieler Wirtschaftsförderungs- und Strukturentwicklungs GmbH und Geschäftsstelle Planungsdialog Kiel Region) Hintergrundinformationen zum Planungsdialog aufzeigen konnte betonte Dr. Olaf Tauras (Oberbürgermeister Stadt Neumünster) dass die Zusammenarbeit gemeinsame Ziele der Region zusammenführt und Synergieeffekte sinnvoll genutzt werden können.

Im Planungsdialog sind erstmals die regionalen Akteure aus der Wirtschaftsförderung und den Planungsstellen in der Kiel Region in einem Planungsverbund aktiv, um die Region als gemeinsamen Wirtschaftsraum weiter zu entwickeln. Die Arbeitsgruppe ist ein Ergebnis aus dem abgeschlossenen Regionalen Entwicklungskonzept (REK) der Kiel Region und befasst sich mit der aktiven Förderung und Entwicklung regionalbedeutsamer Gewerbeflächen.

Der Planungsdialog setzt sich zum Ziel, den Prozess zur nachhaltigen Entwicklung regionalbedeutsamer Gewerbeflächen aktiv zu initiieren und zu begleiten – bis zur Erschließung und Vermarktung. Für Teilräume der Kiel Region sollen entsprechende Gebietsprofile entwickelt werden und die Gruppe möchte für eine aktive Gewerbeflächenbereitstellung bei den Städten, Ämtern und Gemeinden werben. Des Weiteren ist der Planungsdialog gemeinsamer Ansprechpartner u.a. für die Landesregierung und –verwaltung in Bezug auf regionale Flächenplanungen, -entwicklungen und Ansiedlungsvorhaben. Durch das gemeinsame Auftreten werden zukünftig der Aufbau und die Stärkung eines regionalen Profils noch weiter intensiviert.

Generell steht bei der Flächenentwicklung eine Gesamtflächenstrategie also eine regionale Betrachtung im Vordergrund. Letztlich ist die Entwicklung einer Fläche der Kern der Entwicklung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes und diesen gilt es bezüglich der Gewerbeflächen gemeinsam zu vermarkten. Grundlage dafür wird das GEFEK sein, welches als Projekt vom Planungsdialog und der Landesplanung initiiert wurde. Die Landesplanung ist derzeit mit der Neuaufstellung der Regionalpläne beauftragt.

Das GEFEK bietet die Möglichkeit, dass die Region ihre Belange frühzeitig in den Aufstellungsprozess zum Regionalplan einbringen kann, so die Landesplanung. Diese kommunalen Belange wurden durch die Gutachter in Startergesprächen mit den einzelnen Gebietskörperschaften abgefragt und werden bei der Erstellung als Zielformulierung mit aufgenommen.

Derzeit befindet sich die Erstellung des GEFEK in der Startphase. Die Gutachter nehmen aktuell die Bestände der Gewerbeflächen auf. In den nächsten Schritten werden Bewertungsgrundlagen ermittelt, Gewerbeflächenprognosen erstellt und Handlungsempfehlungen aufgeführt. Die Vorstellung des Abschlussberichtes erfolgt im November 2015. Ziel ist es das GEFEK dahingehend zu erstellen, dass es für die Gebietskörperschaften fortschreibbar ist.

1. Workshop mit wirtschaftsrelevanten Institutionen am 23. April 2015
Gewerbeflächenentwicklung im gemeinsamen Wirtschaftsraum – Planungsdialog im Gespräch mit den wirtschaftsrelevanten Institutionen

Nach dem am 26. März in Neumünster erfolgten Startschuss zum Regionalen Gewerbeflächenentwicklungskonzept (GEFEK) für den Planungsraum II sind die gutacherlichen Arbeiten der beauftragten Unternehmen (Ernst Basler+Partner und (Regionomica) mit der Erhebung der Bestands-, Auslastungs- und Planungssituation im Gewerbeflächenbereich in vollem Gange. Für die Abschätzung der künftigen Gewerbeflächenbedarfe ist die Sicht der wirtschaftsrelevanten Institutionen von sehr hoher Bedeutung. Am 23. April fand auf Einladung des Planungsdialoges Kiel Region in Rendsburg ein Workshop mit Vertretern der Landesregierung, der Investitionsbank, Kammern und Verbänden statt. Nach einer kurzen Einführung zum Ziel und Prozess des GEFEK stand der erste Austausch zum künftigen Bedarf an Gewerbeflächen im gemeinsamen Wirtschaftsraum im Mittelpunkt. Dabei ging es sowohl um die Frage nach dem quantitativen Bedarf an Gewerbeflächen, wie auch um die notwendige Qualität und die Lage dieser.

Deutlich wurde bei diesem ersten Austausch die Notwendigkeit, das Gewerbeflächenangebot sehr differenziert weiterzuentwickeln. Es geht dabei beispielsweise um geeignete regionale Standorte für Handwerker- und Gewerbebetriebe zum Beispiel in Gewerbehöfen, aber natürlich auch um logistikorientierte größere Standortnachfragen an den Verkehrsachsen. Der Dialog mit den wirtschaftsrelevanten Institutionen soll im weiteren GEFEK-Prozess fortgesetzt werden. Vorgesehen ist u. a. ein Austausch mit Vertretern wichtiger Branchen-Cluster in der Region, um auch die branchenspezifischen Nachfragen stärker mit einfließen lassen zu können.

2. Workshop mit wirtschaftsrelevanten Institutionen am 29. Mai 2015
Regionaler Gewerbeflächenbedarf im gemeinsamen Wirtschaftsraum – im Dialog mit Clustern und Branchen

Der Planungsdialog Kiel Region setzt die Gespräche im Rahmen der Erstellung des Regionalen Gewerbeflächenkonzeptes (GEFEK) für den Planungsraum fort. „Wieviel“ – „Welche“ – „Wo“; diese Frage stand im Fokus des Workshops am 29. Mai 2015 in Kiel. Wie ist die Sicht der Branchenvertreter; ob Logistik, Windenergie, Lebensmittel oder maritime Wirtschaft? Nach einer Kurzeinführung durch die beauftragten Unternehmen (Ernst Basler + Partner und Regionomica) zur Bestands-, Auslastungs- und Planungssi-

tuation im Gewerbeflächenbereich in der Region wurden Einschätzungen vorgestellt und mit den Planern, Wirtschaftsförderern und Gutachtern diskutiert.

Dabei wurden einerseits durchaus konkrete branchenspezifische Anforderungen formuliert, wie z. B. für die Lebensmittelindustrie im Hinblick auf den spezifischen Arbeitskräftebedarf, die Energieversorgung bzw. die Kläranlagenkapazitäten. Es dominierten aber branchenübergreifende Einschätzungen zum Bedarf. Dies betrifft z. B. den weiteren Bedarf an Flächen mit Wasserzugang und auch ausgewiesenen Industriegebietsflächen, um möglichst viele Stufen von Wertschöpfungsketten in der Region halten bzw. etablieren zu können. Im Hinblick auf die weiter wachsende Standortkonkurrenz um Ansiedlungen wurde deutlich für eine offensive Angebotsstrategie plädiert, um ein attraktives Flächenangebot in der Region vorbereitet bzw. verfügbar zu haben. Die Ergebnisse werden in die weitere gutachterliche Arbeit eingehen, die im Herbst 2015 abgeschlossen werden wird.

Regionales Gewerbeflächenentwicklungskonzept in Plön vorgestellt
Planungsdialog diskutiert erste Ergebnisse mit den politischen Ausschüssen des Planungsraums II am 06. Juli. 2015

Die Landeshauptstadt Kiel, die Stadt Neumünster, der Kreis Rendsburg-Eckernförde und der Kreis Plön haben im Sommer 2014 beschlossen, gemeinsam ein Regionales Gewerbeflächenentwicklungskonzept für den Planungsraum II zu erstellen.

Die Gebietskörperschaften arbeiten in Form des Planungsdialoges Kiel Region zusammen. Dabei handelt es sich um ein Austauschgremium der Raumplaner und Wirtschaftsförderer der Gebietskörperschaften, für dessen weitere Arbeit eine konzeptionelle Grundlage in Form eines räumlichen und qualitativen Konzepts zur Entwicklung der Gewerbestandorte im gemeinsamen Wirtschaftsraum erforderlich ist. Die Erstellung des Konzepts im Zeitraum von März bis November 2015 übernimmt die Ernst Basler + Partner GmbH in Kooperation mit der Regionomica GmbH.

Das Gutachterteam stellte sich im Rahmen eines Workshops persönlich vor und informierte die politischen Ausschüsse aller beteiligten Gebietskörperschaften über Inhalte, Zielsetzungen, Stand und erste gutachterliche Einschätzungen zur gemeinsamen Gewerbeflächenentwicklung – auch im landesplanerischen Zusammenhang – . Im Sinne einer aktiven Angebotsstrategie gilt es, eine regional abgestimmte Flächenentwicklung insbesondere auf die Unternehmen auszurichten, von denen eine Nachfrage zu erwarten ist und die bisher in der Region noch kein adäquates Angebot vorfinden. Der Workshop diente dazu, dieses im Dialog mit den Einschätzungen der Selbstverwaltung abzugleichen.

Abschlussveranstaltung des Gewerbeflächenentwicklungskonzeptes für den Planungsraum II SH am 16. November 2015

Kiel, 16. November 2015. Der Planungsdialog der KielRegion sei ein „herausragendes Beispiel interkommunaler Zusammenarbeit“ betonte Dr. Ulf Kämpfer, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Kiel, in seiner Eröffnungsrede und begrüße die gut 70 Veranstaltungsgäste zu einem „informativen Meilenstein unserer wirtschaftlichen Entwicklung“.

Dieser Meilenstein war die Präsentation des gemeinsamen Gewerbeflächenentwicklungskonzepts der Kreise Rendsburg-Eckernförde und Plön sowie der Landeshauptstadt Kiel und der Stadt Neumünster am Freitagnachmittag im Kieler Rathaus.

In den vergangenen sieben Monaten hatten Raumplaner und Wirtschaftsförderer der Region die vorhandenen und geplanten Gewerbeflächen im Planungsraum II erfasst, untersucht und bewertet. Die zukünftigen Flächenbedarfe wurden eingeschätzt, die Ansprüche der Wirtschaft an Flächen erfasst und in einem Flächenkonzept festgehalten.

„Regional sind wir einfach richtig gut aufgestellt“, zog Stephan Kathke, Stadt- und Regionalentwickler vom Büro Basler + Partner Bilanz. Als Gutachter hatte er die Arbeit des Planungsdialogs der KielRegion begleitet. Insgesamt nähme die Wirtschaft im Planungsraum eine gute Entwicklung. Das zeigten der Beschäftigungsaufbau und die anhaltende Gewerbeflächennachfrage.

Die wichtigsten Ergebnisse des Gewerbeflächenentwicklungskonzeptes in der Übersicht:

117 Standorte wurden in der Bestandsaufnahme erfasst, davon sind 24 Standorte aufgrund der Bewertung nach Flächenreserven und Verfügbarkeit von regionaler Bedeutung, davon wiederrum sind 13 Standorte von überregionaler Bedeutung und sollen zukünftig verstärkt gefördert und gemeinsam vermarktet werden.

Im Planungsraum II werden ca. 1.350 Hektar Gewerbeflächen genutzt. Etwa 150 Hektar stehen derzeit zusätzlich zur Verfügung und etwa 350 Hektar könnten erschlossen werden. Der zusätzliche Gewerbeflächenbedarf bis 2030 wird je nach Prognose zwischen 140 und 420 Hektar betragen.

In der Region gibt es ausreichend potentielle Gewerbeflächen. Diese müssen schrittweise aktiviert und genutzt werden, um den erwarteten Bedarf zu decken.

In Kiel zeigt sich ein Flächenengpass, der u.a. durch die Nutzung von Flächen im Umland ausgeglichen werden kann. Die Stadt Neumünster ist mit ihren aktuell verfügbaren und potentiellen Flächen gut aufgestellt. Der Kreis Rendsburg-Eckernförde muss Potentialflächen erschließen und weitere planen. Der Kreis Plön wird dem zu erwartenden Bedarf gerecht, wenn hier die geplanten Flächen erschlossen werden.

Stephanie Ladwig, Landrätin des Kreises Plön hob die Bedeutung der regionalen Kooperation hervor und plädierte dafür, das Konkurrenzverhältnis langfristig aufzulösen: „Wenn um uns herum viel passiert und wir diesen Prozess geschickt nutzen, dann sind wir alle Nutznießer – mal hat der eine mehr Nutzen, mal der andere.“

Der nächste Schritt wird die gemeinsame Vermarktung der Gewerbeflächen sein. Dr. Rolf-Oliver Schwemer, Landrat im Kreis Rendsburg-Eckernförde stellte fest: „Wenn wir deutschlandweit sichtbar sein wollen, dann gelingt das am besten, wenn wir uns als KielRegion aufstellen!“

Hintergrundinformationen:

Der Planungsdialog der KielRegion versteht sich als gemeinsame Struktur der Raumplaner und Wirtschaftsförderer der Region. Diese regionale Kooperation zeichnet sich dadurch aus, dass Wirtschaftsförderer und Planer gemeinsam an der Abstimmung, Entwicklung und Vermarktung von bedeutsamen Gewerbestandorten arbeiten. Mit der Erstellung des Gewerbeflächen-entwicklungskonzepts ist ein wichtiger Schritt zu einer gemeinsamen regionsübergreifenden Gewerbeflächenentwicklung und einer aktiven Angebotsplanung gemacht.

Die Landesregierung arbeitet derzeit an der Fortschreibung des Landesentwicklungsplans. Der neue Plan soll den Landesentwicklungsplan 2010 ersetzen und die Perspektiven für Schleswig-Holstein bis zum Jahr 2030 aufzeigen. Zeitgleich erfolgt die Neuaufstellung des Regionalplans II. Der Planungsraum II umfasst die Kreise Rendsburg-Eckernförde und Plön sowie die Landeshauptstadt Kiel und die Stadt Neumünster. Der neue Regionalplan II soll auch Aussagen zur regionalen Gewerbeflächenentwicklung treffen. Das Gewerbeflächenentwicklungskonzept wird also ein Beitrag der Region zum Regionalplan sein.

Dies ist eine gemeinsame Pressemitteilung der Landeshauptstadt Kiel, der Kreise Rendsburg-Eckernförde und Plön, der Stadt Neumünster sowie der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Rendsburg-Eckernförde mbH & Co. KG, der Wirtschaftsförderungsagentur Kreis Plön GmbH und der KiWi, Kieler Wirtschaftsförderungs- und Strukturentwicklungs GmbH sowie der Wirtschafts-agentur Neumünster GmbH.

A2 **Tabellenanhang**

s. separate pdf

A3 Profile Vertiefungsstandorte ANHANGBAND

s. separate pdf

Zu Kapitel 2.3.2 Bestand und Angebot an Gewerbestandorten

Bestandsaufnahme Gewerbeflächen im Planungsraum II – Stadt Kiel

Stand: 26.11.2015

ID		Standort			Größe (in ha)					Status		Bemerkung/Hinweis
Kreis	lfd. Nr.	Stadt/ Gemeinde	zentraler Ort	Name Gebiet	Brutto-bauland	Netto-bauland	*davon belegt*	*davon sofort verfügbar*	*perspektivisch verfügbar*	Erschließung	Verfügbarkeit	
KI	1	Kiel	OZ	Airpark Holtenau	24,8	18,6			*18,6*	Vorplanung	langfristig	Gewerbliche Baufläche NBL pauschal errechnet
KI	2	Kiel	OZ	Alte Weide/ Eichkamp	13,1	9,8	*9,8*	*0*		Bestand	keine	
KI	3	Kiel	OZ	Benzstraße/ Wehdenweg	19,5	14,6	*9,6*	*5*		Bestand	kurzfristig	schlechte bauliche Ausnutzbarkeit
KI	4	Kiel	OZ	Boelckestraße Nord	5,6	4,2			*4,2*	Planung	mittelfristig	Fertigstellung Erschließung 2017
KI	5	Kiel	OZ	Christianspier/Prieser Sand	7,6	5,7	*5,7*	*0*		Bestand	keine	
KI	6	Kiel	OZ	Diedrichstraße	11,3	8,5	*7,5*	*1*		Bestand	kurzfristig	
KI	7	Kiel	OZ	Faluner Weg	13	9,8	*9,8*	*0*		Bestand	keine	
KI	8	Kiel	OZ	Moorsee I-III	41	26,7			*26,7*	Vorplanung	langfristig	Umwidmung SO ind GE eingeleitet; NBL pauschal errechnet (65%), hoher Anteil Grünflächen
KI	9	Kiel	OZ	Grasweg/ Holzkoppelweg	29,4	22,1	*22,1*	*0*		Bestand	keine	
KI	10	Kiel	OZ	Hasseer Bahnhof	13,8	10,4	*10,4*	*0*		Bestand	keine	
KI	11	Kiel	OZ	Ihlberg	2,5	1,9	*1,9*	*0*		Bestand	keine	
KI	12a	Kiel	OZ	Wissenschaftspark	8,2	6,2	*4*	*2,2*		Bestand	kurzfristig	
KI	12b	Kiel	OZ	Laurispark	5,9	4,4	*4,4*	*0*		Bestand	keine	
KI	13	Kiel	OZ	Friedrichsort	54	40,5	*12*		*28,5*	Vorplanung	mittelfristig	Privateigentum Fa. Harder; ggf. Reduzierung NBL um ca. 5 ha durch naturräumliche Restriktionen
KI	14	Kiel	OZ	Marinearsenal	20,7	15,5	*15,5*	*0*		Bestand	keine	Bund ist Flächeneigentümer; Aufgabe u. Entwicklung des Standortes nicht absehbar
KI	15	Kiel	OZ	MFG 5	29,6	17,3			*17,3*	Vorplanung	langfristig	Mischnutzung Wohnen/GE, GE ca. 17 ha NBL (noch nicht im Detail geplant)
KI	16	Kiel	OZ	Philipp-Reis-Weg/ Klausdorfer Weg	11,5	8,6	*8,6*	*0*		Bestand	keine	
KI	17	Kiel	OZ	Preetzer Str.	4,6	3,5	*2,8*	*0,7*		Bestand	kurzfristig	
KI	18	Kiel	OZ	Radewisch/ Moorsee	14,3	10,7	*7,6*	*0*	*3,1*	Bestand/Erweiterung in Planung	Erweiterung mittelfristig	Gesamtfläche einschl. Erweiterung
KI	19	Kiel	OZ	Redderkoppel/ Koppelberg	10,9	8,2	*8,2*	*0*		Bestand	keine	
KI	20	Kiel	OZ	Göteborgring	3,2	2,4	*2,4*	*0*		Bestand	keine	
KI	21	Kiel	OZ	Russerer Weg/ Melsdorfer Feldw.	4,9	3,7	*3,7*	*0*		Bestand	keine	
KI	22	Kiel	OZ	Schlehenkamp/ Haselbusch	4,7	3,5	*3*	*0,5*		Bestand	kurzfristig	verfügbare Fläche in Privateigentum
KI	23	Kiel	OZ	Schusterkrug	3,7	2,8	*2,5*	*0,3*		Bestand	kurzfristig	Bodenbelastung

Zu Kapitel 2.3.2 Bestand und Angebot an Gewerbestandorten

Bestandsaufnahme Gewerbeflächen im Planungsraum II – Stadt Kiel

Stand: 26.11.2015

ID		Standort			Größe (in ha)					Status		Bemerkung/Hinweis
Kreis	lfd. Nr.	Stadt/ Gemeinde	zentraler Ort	Name Gebiet	Brutto-bauland	Netto-bauland	*davon belegt*	*davon sofort verfügbar*	*perspektivisch verfügbar*	Erschließung	Verfügbarkeit	
KI	24	Kiel	OZ	Seefischmarkt	9	6,8	*6,8*	*0*		Bestand	keine	
KI	25	Kiel	OZ	Seekoppelweg/ Speckenbecker W.	37,8	28,3	*28,3*	*0*		Bestand	keine	
KI	26	Kiel	OZ	Konrad-Adenauer-Damm	6,3	4,7	*4,7*	*0*		Bestand	keine	
KI	27	Kiel	OZ	Steekberg	6,4	4,8	*4,8*	*0*		Bestand	keine	
KI	28	Kiel	OZ	Stormanstraße	9,7	7,3	*7,3*	*0*		Bestand	keine	
KI	29	Kiel	OZ	Suchskrug	9	6,7	*6,7*	*0*		Bestand	keine	allerdings diverse leer stehende Immobilien
KI	30	Kiel	OZ	Tannenberg	17,9	13,4	*13,4*	*0*		Bestand	keine	
KI	31	Kiel	OZ	Tonberg	1,8	1,3	*1,3*	*0*		Bestand	keine	
KI	32	Kiel	OZ	Töpfergrube	6,4	4,8	*4,8*	*0*		Bestand	keine	
KI	33a	Kiel	OZ	Wellsee	147,3	108	*106*	*2*		Bestand	kurzfristig	
KI	33b	Kiel	OZ	Wellsee/Barkauer Straße/Im Saal	15,4	11,6	*11,6*	*0*		Bestand	keine	
KI	34	Kiel	OZ	Werft Gaarden	51,8	38,8	*38,8*	*0*		Bestand	keine	HDW-Gelände
KI	35	Kiel	OZ	Werftstraße/ Karlstal	6	4,5	*4,1*	*0,4*		Bestand	kurzfristig	schwierige Vermarktbarkeit wg. hoher Sanierungskosten
KI	36	Kiel	OZ	KaiCity	3,3	2,5	*0*	*2,5*		Bestand	kurzfristig	Büro-/Dienstleistungsstandort (MK)
KI	37	Kiel	OZ	Wik	24,2	18,2	*15,4*	*2,8*		Bestand	kurzfristig	2 Teilflächen
KI	38	Kiel	OZ	Wittland	22,8	17,1	*17,1*	*0*		Bestand	keine	
KI	39	Kiel	OZ	Heidelberger-Gelände Suchsdorf	12,9	9,7	*9,7*	*0*		Bestand	keine	privater Eigentümer
KI	40	Kiel	OZ	Weco-Gelände	7,5	5,6	*5,6*	*0*	*0*	Bestand	keine	
				Summe (ha)	**753,3**	**553,7**	*437,9*	*17,4*	*98,4*			

Bestandsaufnahme Gewerbeflächen im Planungsraum II – Stadt Neumünster

Stand: 26.11.2015

ID		Standort			Größe (in ha)					Status		Bemerkung/Hinweis
Kreis	lfd. Nr.	Stadt/ Gemeinde	zentraler Ort	Name Gebiet	Brutto-bauland	Netto-bauland	*davon belegt*	*davon sofort verfügbar*	*perspektivisch verfügbar*	Erschließung	Verfügbarkeit	
NMS		Neumünster	OZ	Gewerbepark Eichhof, 1. EA	50	40,1	*5,1*	*35*		Realisierung	kurzfristig	B-Plan 177
NMS		Neumünster	OZ	Gewerbepark Eichhof, 2. EA	22,8	17,1			*17,1*	Planung	mittelfristig	B-Plan 177b; NBL pauschal errechnet
NMS		Neumünster	OZ	Technologiepark	4,6	2,1	*0,4*	*1,7*		Bestand	kurzfristig	
NMS		Neumünster	OZ	Fresenburg	36,5	23	*22*	*1*		Bestand	kurzfristig	ggf. weiteres Potenzial bei Aufgabe Flugplatz
NMS		Neumünster	OZ	Schwarzer Weg	4,9	2	*1,2*	*0,8*		Bestand	kurzfristig	
NMS		Neumünster	OZ	Ind.- u. Gew.gebiet Süd nördl. B 205	300	225	*202,5*	*11,2*	*11,3*	Bestand	kurzfristig	B-Plan 111 und 113 mit verfügbaren Flächen; B-Plan 107, 109, 110, 112 voll
NMS		Neumünster	OZ	Ind.- u. Gew.gebiet Süd südl. B 205	88,9	73,7	*34,2*	*4,5*	*35*	Bestand/Erweiterung in Planung	Bestand kurzfristig/ Erweiterung mittelfristig	B-Plan 116
NMS		Neumünster	OZ	Gewerbegebiet Einfeld	36	27	*27*	*0*		Bestand	keine	B-Plan 208
NMS		Neumünster	OZ	Stoverweg/Friedrich-Wöhler-Str.	29,7	27,6	*27,6*	*0*		Bestand	keine	B-Plan 59
NMS		Neumünster	OZ	Blöckenkamp		22,2	*22,2*	*0*		Bestand	keine	B-Plan 66
NMS		Neumünster	OZ	Rendsburger Str. (nördl. Stoverweg)	14	10,5	*10,5*	*0*		Bestand	keine	B-Plan 82
NMS		Neumünster	OZ	Gewerbegebiet Stover	26,2	20,3	*20,3*	*0*		Bestand	keine	B-Plan 67, NBL enthält auch Mischgebiet
NMS		Neumünster	OZ	Rendsburger Straße/Sedanstraße	18	13,5	*13,5*	*0*		Bestand	keine	B-Plan 36
NMS		Neumünster	OZ	Kieler Straße	82	61,5	*61,5*	*0*		Bestand	keine	B-Plan 29
NMS		Neumünster	OZ	Altonaer Straße/Grüner Weg	49	36,8	*36,8*	*0*		Bestand	keine	B-Plan 96
NMS		Neumünster	OZ	Altonaer Straße/ Allemannstraße	20	15	*15*	*0*		Bestand	keine	B-Plan 78
NMS		Neumünster	OZ	Gewerbe- und Industriegebiet Hahnbarg	8,3	6,2	*6,2*	*0*		Bestand	keine	B-Plan 112
				Summe (ha)		**623,6**	*506,0*	*54,2*	*63,4*			

Bestandsaufnahme Gewerbeflächen im Planungsraum II – Kreis Plön

Stand: 26.11.2015

ID		Standort			Größe (in ha)					Status		Bemerkung/Hinweis
Kreis	lfd. Nr.	Stadt/ Gemeinde	zentraler Ort	Name Gebiet	Brutto-bauland	Netto-bauland	*davon belegt*	*davon sofort verfügbar*	*perspektivisch verfügbar*	Erschließung	Verfügbarkeit	
PLÖ		Ascheberg	keine	Trentrade		10	*6,5*	*0*	*3,5*	Bestand/Erweiterung in Planung	Bestand keine/ Erweiterung mittelfristig	im FNP Erweiterung von 7 ha, davon 50% für Erschließung, Topografie
PLÖ		Bösdorf	keine			1,5	*1*	*0,5*		Bestand	kurzfristig	
PLÖ		Kalübbe (Amt Großer Plöner See)	keine			2,2	*1*	*1,2*		Bestand	kurzfristig	
PLÖ		Heikendorf (Amt Schrevenborn)	SRK I			16,5	*16,5*	*0*		Bestand	keine	
PLÖ		Lütjenburg	UZ	Bunendorp		4,4	*2,4*	*2*		Bestand	kurzfristig	
PLÖ		Lütjenburg	UZ	Hopfenhof		2,8	*2,6*	*0,2*		Bestand	kurzfristig	
PLÖ		Lütjenburg	UZ	Konversionsgelände		6,6			*6,6*	Vorplanung	mittelfristig	Mischnutzung
PLÖ		Plön	UZ TF MZ	Behler Weg		10,2	*9,6*	*0,6*		Bestand	kurzfristig	Verhandlungen über Restflächen laufen
PLÖ		Preetz	UZ	Wakendorf		60,5	*27,8*	*0,1*	*32,6*	Bestand	mittelfristig	einschl. geplanter Erweiterung
PLÖ		Preetz	UZ	Dänenkamp		4,3	*0,9*	*3,4*		Bestand	kurzfristig	
PLÖ		Fiefbergen (Amt Probstei)	keine	B-Plan 5		3,1	*1,6*	*1,5*		Bestand	kurzfristig	
PLÖ		Höhndorf (Amt Probstei)	keine	B-Plan 2		3,5	*3,5*	*0*		Bestand	keine	
PLÖ		Laboe (Amt Probstei)	keine	B-Plan 17/27		4,4	*4,4*	*0*		Bestand	keine	
PLÖ		Probsteierhagen (Amt Probstei)	keine	B-Plan 5/6		3,2	*3*	*0,2*		Bestand	kurzfristig	
PLÖ		Schönberg (Amt Probstei)	UZ	Eichkamp		29,5	*24,3*	*0,4*	*4,8*	Bestand/Erweiterung in Vorplanung	Bestand kurzfristig/ Erweiterung mittelfristig	Verhandlungen über Erweiterungsflächen laufen
PLÖ		Stein (Amt Probstei)	keine	B-Plan 12/13		3,9	*3,9*	*0*		Bestand	keine	
PLÖ		Schönkirchen (Amt Schrevenborn)	keine	GE Schönkirchen		27,1	*18*	*0*	*9,1*	Bestand/Erweiterung in Vorplanung	Bestand keine/ Erweiterung mittelfistig	einschl. geplanter Erweiterung
PLÖ		Schwentinental	SRK II	Dreikronen (B-Plan 17)		12,1	*7,9*		*4,2*	Bestand	mittelfristig	Verfügbarkeit durch Erschließungssituation eingeschränkt
PLÖ		Schwentinental	SRK II	Raisdorf-West/Leibnizstr. (Randbereich Ostseepark)		34,5	*34,5*	*0*		Bestand	keine	aber diverse leer stehende Immobilien zur gewerblichen Nutzung
PLÖ		Schwentinental	SRK II	Raisdorf-Nord/Lise-Meitner-Str. (B-Plan 1)		16	*16*	*0*		Bestand	keine	
PLÖ		Schwentinental	SRK II	Klausdorf/Wasser-werksweg/B-Plan 1		17	*17*	*0*		Bestand	keine	
PLÖ		Selent	LZO	Haverkamp		11	*5*	*2,8*	*3,2*	Bestand/Erweiterung in Vorplanung	Bestand kurzfristig/ Erweiterung mittelfristig	
PLÖ		Stolpe (Amt Bockhorst-Wankendorf)	keine	An der Straßenmeisterei	6,2	3,5	*3,5*	*0*		Bestand	keine	

Bestandsaufnahme Gewerbeflächen im Planungsraum II – Kreis Plön

Stand: 26.11.2015

ID		Standort			Größe (in ha)					Status		Bemerkung/Hinweis
Kreis	lfd. Nr.	Stadt/ Gemeinde	zentraler Ort	Name Gebiet	Brutto-bauland	Netto-bauland	*davon belegt*	*davon sofort verfügbar*	*perspektivisch verfügbar*	Erschließung	Verfügbarkeit	
PLÖ		Wankendorf (Amt Bockhorst-Wankendorf)	LZO	Bösterredder	10	6,9	*4,3*	*2,6*		Bestand	kurzfristig	
				Summe (ha)		**294,7**	*215,2*	*15,5*	*64*			

Bestandsaufnahme Gewerbeflächen im Planungsraum II – Kreis Rendsburg Eckernförde

Stand: 26.11.2015

		Standort			Größe (in ha)					Status		Bemerkung/Hinweis
Kreis	lfd. Nr.	Stadt/ Gemeinde	zentraler Ort	Name Gebiet	Brutto-bauland	Netto-bauland	*davon belegt*	*davon sofort verfügbar*	*perspektivisch verfügbar*	Erschließung	Verfügbarkeit	
RD		Dänischenhagen/ Altenholz	keine	Interkommunales GE Dänischenhagen	38	34	*17,4*	*0,6*	*16*	Bestand/Erweiterung in Vorplanung	Bestand kurzfristig/ Erweiterung langfristig	Interkommunal mit Kiel; BBL geschätzt
RD		Bordesholm	UZ	Ökologisches Gewerbegebiet Eiderhöhe	8	4,5	*3,9*	*0,6*		Bestand	kurzfristig	kleine Restfläche
RD		Borgstedt (Amt Hüttener Berge)	keine	Interkommunales GE Borgstedtfelde	40	30			*30*	Planung	mittelfristig	Interkommunal Borgstedt, Schacht-Audorf, Büdelsdorf, Rendsburg; NBL pauschal errechnet
RD		Bredenbek (Amt Achter-wehr)	keine	GE Bredenbek-Bovenau-Felde	8,5	6,4	*3,4*	*3*		Bestand	kurzfristig	interkommunal, Logistik; NBL pauschal errechnet
RD		Büdelsdorf	SRK II	Fehmarnstraße/ Am Dolmen		74,8	*58*	*16,8*		Bestand	kurzfristig	GE-/GI-Fläche
RD		Dätgen (Amt Nortorfer Land)	keine	GE Wegkamp		4,1	*3*	*1,1*		Bestand	kurzfristig	
RD		Dätgen (Amt Nortorfer Land)	keine	Interkommunales Gewerbegebeit Dätgen	14,8	11,1			*11,1*	Vorplanung	langfristig	7,5 ha mittelfristig, 3,6 ha bei Erweiterung. NBL pauschal errechnet
RD		Eckernförde	MZ	Eckernförde Nord (Grasholz)	10	7,3		*7,5*		Bestand	kurzfristig	NBL pauschal errechnet
RD		Eckernförde	MZ	Eckernförde Süd (Marienthal)		14	*13,4*	*0,6*		Bestand	kurzfristig	
RD		Felde (Amt Achterwehr)	LZO	GE Felde-Achterwehr-Westensee		3,8	*3,8*	*0*		Bestand	keine	interkommunales GE, Erweiterungsabsicht
RD		Flintbek	SRK II	GE B38/Batterieweg		14,5	*9,2*	*5,3*		Bestand	kurzfristig	Entwicklung/Vermarktung durch Landgesellschaft S-H
RD		Fockbek	keine	Buchenweg		2,1	*1,3*	*0,8*		Bestand	kurzfristig	
RD		Fockbek	keine	Assenkoppeln/Brahmkamp		12	*8,7*	*3,3*		Bestand	kurzfristig	
RD		Gettorf	UZ	Gewerbepark Eichkoppel		12,6	*12,1*	*0,5*		Bestand	kurzfristig	
RD		Hanerau-Hadmarschen (Amt Mittelholstein)	LZO	GE Westerstraße	6,6	5,0	*4,4*	*0,6*		Bestand	kurzfristig	NBL pauschal errechnet
RD		Hohenwestedt (Amt Mittelholstein)	UZ	Böternhöfen		21,6	*10,6*	*0*	*11*	Bestand/Erweiterung in Planung	Bestand keine/ Erweiterung mittelfristig	Erweiterung in FNP vorgesehen; Daten einschl. geplante Erweiterung
RD		Hohn (Amt Hohner Harde)	LZO	GE B202		5	*5*	*0*		Bestand	keine	neue Perspektiven ggf. mit Stilllegung Fliegerhorst
RD		Melsdorf (Amt Achterwehr)	keine	Interkommunales Gewerbegebiet Rotenhof	20	15		*15*		Realisierung	kurzfristig	Interkommunales Projekt mit Kiel; NBL pauschal errechnet
RD		Mühbrook (Amt Bordesholm)	keine	Ökologisches Gewerbegebiet Tökshorst		3,7	*3*	*0,7*		Bestand	kurzfristig	
RD		Nortorf/Amt Nortorfer Land	UZ	Am Hofkamp		17,2	*2,5*	*14,7*		Bestand	kurzfristig	als SO Logistik ausgewiesen, soll in GE geändert werden
RD		Osterrönfeld (Amt Eiderkanal)	keine	GE Osterrönfeld-Ost/Kieler Straße		16	*14,8*	*1,2*		Bestand	kurzfristig	ggf. Erweiterung Richtung Schacht-Audorf
RD		Osterrönfeld/ Rendsburg	keine/ MZ	Interkomunales Gewerbegebiet Rendsburg Port Süd	80	50		*10*	*40*	Planung	mittelfristig	Planung/Realisierung durch Entwicklungsagentur Rendsburg

Bestandsaufnahme Gewerbeflächen im Planungsraum II – Kreis Rendsburg Eckernförde

Stand: 26.11.2015

		Standort			Größe (in ha)					Status		Bemerkung/Hinweis
Kreis	lfd. Nr.	Stadt/ Gemeinde	zentraler Ort	Name Gebiet	Brutto-bauland	Netto-bauland	*davon belegt*	*davon sofort verfügbar*	*perspektivisch verfügbar*	Erschließung	Verfügbarkeit	
RD		Owschlag (Amt Hüttener Berge)	LZO	GE Kamp	14	11	*11*	*0*		Bestand	keine	
RD		Rendsburg	MZ	GE Kieler Str./Obereider Ostseite		17	*16*	*1*		Bestand	kurzfristtig	GI, überwiegend Nobiskrug
RD		Rendsburg	MZ	GE Kieler Str./Obereider Westseite		5	*2*	*3*		Bestand	kurzfristig	
RD		Rendsburg	MZ	GE Büsumer Straße		11	*4,9*	*6,1*		Bestand	kurzfristig	
RD		Rendsburg	MZ	Rendsburg Port	14	13,8	*13,8*	*0*		Bestand	keine	davon 1,4 ha Hafen-Vorstaufläche
RD		Schacht-Audorf (Amt Eiderkanal)	keine	Gewerbegebiet K76/NOK	2,4	1,8	*0,4*	*1,4*		Bestand		Erbpacht
RD		Waabs (Amt Schlei-Ostsee)	keine	Interkommunales GE Waabs/Damp	6,5	3,4	*1,7*	*1,7*		Bestand	kurzfristig	
RD		Wasbek	keine		30	22,5	*k.A.*	*k.A.*		Bestand	kurzfristig	Betreuung durch Neumünster; NBL pauschal errechnet
				Summe (ha)		**450,1**	*224,3*	*95,5*	*108,1*	(Summe nicht korrekt, da Angaben zu Wasbek fehlen)		

Bestandsaufnahme Gewerbeflächen im Planungsraum II

Stand: 26.11.2015

	PR II	KI	NMS	PLÖ	RD
Zahl d. Standorte	**113**	**42**	**17**	**24**	**30**
davon Standorte im Bestand/in Realisierung	*102*	*37*	*15*	*23*	*27*
davon neue Standorte in Planung/Vorplanung	*11*	*5*	*2*	*1*	*3*
davon Standorte unter 5 ha Nettobauland	*37*	*14*	*2*	*11*	*10*
davon Standorte über 5 ha Nettobauland	*76*	*28*	*15*	*13*	*20*
davon Standorte unter 5 ha aktuelle Verfügbarkeit	*96*	*40*	*14*	*22*	*20*
davon Standorte über 5 ha aktuelle oder perspektivische Verfügbarkeit	*24*	*4*	*4*	*5*	*11*
Nettobauland gesamt	**1.922,2**	**553,7**	**623,6**	**294,7**	**450,1**
davon Bestand belegt	*1.383,4*	*437,9*	*506,0*	*215,2*	*224,3*
davon sofort/kurzfristig verfügbar	*182,6*	*17,4*	*54,2*	*15,5*	*95,5*
davon langfristig/perspektivisch verfügbar	*333,9*	*98,4*	*63,4*	*64,0*	*108,1*

Hinweise:

zu Zeile 6/7: Bestandsflächen, bei denen eine Erweiterung geplant ist, werden in Zeile 6 gezählt. In Zeile 7 werden nur komplett neue Standorte gezählt.

zu Zeile 10/11: Summe der Zeilen kann höher sein, da Standorte, deren Verfügbarkeit aktuell unter 5 ha liegt, die aber perspektivisch erweitert werden und dann über mehr als 5 ha verfügen, doppelt gezählt werden.

zu Zeile 13: ff.: Differenzen zwischen Gesamtfläche und Summe der Zeilen 14-16 bei RD aufgrund fehlender Flächendaten für Wasbek.

Übersicht Vertiefungsstandorte

Stand: 26.11.2015

Standort unter 5 ha, aufgrund besonderer Profilierung aber vertiefende Betrachtung in 2. Runde

ID		Standort			Größe (in ha)					Status	
Kreis	lfd. Nr.	Stadt/ Gemeinde	zentraler Ort	Name Gebiet	Brutto-bauland	Netto-bauland	*davon belegt*	*davon sofort verfügbar*	*davon perspektivisch verfügbar*	Erschließung	Verfügbarkeit
KI	1	Kiel	OZ	Airpark Holtenau	24,8	18,6			*18,6*	Vorplanung	langfristig
KI	2	Kiel	OZ	Moorsee I-III	41	26,7			*26,7*	Vorplanung	langfristig
KI	3	Kiel	OZ	Wissenschaftspark	8,2	6,2	*4*	*2,2*		Bestand	kurzfristig
KI	4	Kiel	OZ	Friedrichsort	54	40,5	*12*		*28,5*	Vorplanung	mittelfristig
KI	5	Kiel	OZ	MFG 5	29,6	17,3			*17,3*	Vorplanung	langfristig
KI	6	Kiel	OZ	KaiCity	3,3	2,5	*0*	*2,5*		Bestand	kurzfristig
NMS	7	Neumünster	OZ	Gewerbepark Eichhof, 1. EA	50	40,1	*5,1*	*35*		Realisierung	kurzfristig
NMS	8	Neumünster	OZ	Gewerbepark Eichhof, 2. EA	22,8	17,1			*17,1*	Planung	mittelfristig
NMS	9	Neumünster	OZ	Ind.- u. Gew.gebiet Süd nördl. B 205	300	225	*213,8*	*11,2*	*11,3*	Bestand	kurzfristig
NMS	10	Neumünster	OZ	Ind.- u. Gew.gebiet Süd südl. B 205	88,9	73,7	*34,2*	*4,5*	*35*	Bestand/Erweiterung in Planung	Bestand kurzfristig/ Erweiterung mittelfristig
PLÖ	11	Lütjenburg	UZ	Konversionsgelände		6,6			*6,6*	Vorplanung	mittelfristig
PLÖ	12	Preetz	UZ	Wakendorf		60,5	*27,8*	*0,1*	*32,6*	Bestand/Erweiterung in Planung	Bestand kurzfristig/ Erweiterung mittelfristig
PLÖ	13	Schönberg (Amt Probstei)	UZ	Eichkamp		29,5	*24,3*	*0,4*	*4,8*	Bestand/Erweiterung in Vorplanung	Bestand kurzfristig/ Erweiterung mittelfrisitg
PLÖ	14	Schönkirchen (Amt Schrevenborn)	keine	GE Schönkirchen		27,1	*18*	*0*	*9,1*	Bestand/Erweiterung in Vorplanung	Bestand keine/ Erweiterung mittelfristig
PLÖ	15	Selent	LZO	Haverkamp		11	*5*	*2,8*	*3,2*	Bestand/ Erweiterung in Vorplanung	Bestand kurzfristig/ Erweiterung mittelfristig
RD	16	Dänischenhagen/ Altenholz	keine	Interkommunales GE Dänischenhagen	38	34	*17,4*	*0,6*	*16*	Bestand/Erweiterung in Vorplanung	Bestand kurzfristig/ Erweiterung langfristig
RD	17	Borgstedt (Amt Hüttener Berge)	keine	Interkommunales GE Borgstedtfelde	40	30			*30*	Planung	mittelfristig
RD	18	Büdelsdorf	SRK II	Fehmarnstraße/ Am Dolmen		74,8	*58*	*16,8*		Bestand	kurzfristig

Übersicht Vertiefungsstandorte

Stand: 26.11.2015

Standort unter 5 ha, aufgrund besonderer Profilierung aber vertiefende Betrachtung in 2. Runde

RD	19	Dätgen (Amt Nortorfer Land)	keine	Interkommunales GE Dätgen	14,8	11,1			*11,1*	Vorplanung	langfristig
RD	20	Eckernförde	MZ	Eckernförde Nord/ Grasholz	10	7,3		*7,3*		Bestand	kurzfristig
RD	21	Flintbek	SRK II	GE B38/Batterieweg		14,5	*9,2*	*5,3*		Bestand	kurzfristig
RD	22	Hohenwestedt (Amt Mittelholstein)	UZ	Böternhöfen		21,6	*10,6*	*0*	*11*	Bestand/Erweiterung in Planung	Bestand keine/ Erweiterungen kurz- u. mittelfristig
RD	23	Melsdorf (Amt Achterwehr)	keine	Interkommunales GE Rotenhof	20	15		*15*		Realisierung	kurzfristig
RD	24	Nortorf/Amt Nortorfer Land	UZ	Am Hofkamp		17,2	*2,5*	*14,7*		Bestand	kurzfristig
RD	25	Osterrönfeld/ Rendsburg	keine/ MZ	Rendsburg Port Süd	80	50		*10*	*40*	Planung	mittelfristig
RD	26	Rendsburg	MZ	GE Büsumer Straße		11	*4,9*	*6,1*		Bestand	kurzfristig
				Summe (in ha)		**888,9**	**446,8**	**134,5**	**318,9**		

Bestandsaufnahme Gewerbeflächen im Planungsraum II

Erläuterungen

Zentraler Ort

gemäß Zentralörtliches System, Stand September 2014
OZ = Oberzentrum
MZ = Mittelzentrum
UZ = Unterzentrum
UZ TF MZ = Unterzentrum mit Teilfunktion eines Mittelzentrums
LZO = Ländlicher Zentralort
SRK I/II = Stadtrandkern 1./2. Ordnung

Flächengrößen

Bruttobauland: Gesamtfläche eines Gewerbegebietes einschl. Straßen und sonst. Erschließungsflächen, Grünflächen, ggf. Ausgleichsflächen, Versickerungsflächen u.ä., sofern diese in unmittelbarem räumlichen/funktionalen Zusammenhang mit dem Gewerbegebiet stehen.
Nettobauland: Summe der veräußerbaren bzw. bereits veräußerten Grundstücke in einem Gewerbegebiet, also die tatsächlich von Unternehmen nutzbare Fläche
Wenn nur das Bruttobauland bekannt ist, wird ein Faktor von 75% zur rechnerischen Ermittlung des Nettobaulands angenommen.

Erschließungsstatus

Bestand: planungsrechtlich und erschließungstechnisch gesichertes Gewerbegebiet, in dem Unternehmen angesiedelt und tätig sind bzw. Grundstücke für eine kurzfristige Ansiedlung von Unternehmen verfügbar sind
Realisierung: planungsrechtlich gesichertes Gewerbegebiet, in dem die Erschließung noch nicht hergestellt/gesichert ist; noch keine Unternehmen angesiedelt, aber Grundstücke bereits in der aktiven Vermarktung
Planung: Gewerbegebiet, für das konkrete Schritte zur Erlangung von Planungsrecht eingeleitet sind (Aufstellungsbeschluss B-Plan) und zu dem Konsens bzgl. der Realisierung besteht (interkommunale Abstimmung, Abstimmung mit Landesplanung); Zeitpunkt der Fertigstellung noch nicht verbindlich; Grundstücke noch nicht in Vermarktung
Vorplanung: erste konzeptionelle Vorplanungen/Vorüberlegungen bzw. vorbereitende Untersuchungen erfolgt, aber noch keine planungsrechtlichen Schritte/Abstimmungen erfolgt; Nutzungskonzept und Gebietsabgrenzung u. U. noch unklar; Realisierung des Gewerbegebietes insgesamt nicht sichergestellt

Verfügbarkeit

keine: im Gewerbegebiet sind gegenwärtig alle Flächen/Grundstücke verkauft und belegt. u.U. kann sich aber eine Verfügbarkeit ergeben, wenn ein Unternehmen wegzieht und das Grundstück verkauft, was aber nicht absehbar/kalkulierbar ist.
kurzfristig: es liegen alle Voraussetzungen für eine Bebaubarkeit vor (u.a. Erschließung), Grundstück steht dem Unternehmen prinzipiell direkt zur Verfügung
mittelfristig: Gebiet/Grundstück steht innerhalb der nächsten etwa 3 -5 Jahre zur Verfügung
langfristig: es sind umfangreiche Abstimmungen/Planungen vorzunehmen, so dass das Grundstück aus heutiger Sicht frühestens in 5 Jahren zur Verfügung steht, wobei auch der Fall eintreten kann, dass ein Vorhaben nicht weiter verfolgt wird.

Zu Kapitel 2.3.3 Nachfrage und Verkäufe

Verkäufe von Gewerbeflächen

Stand: 17.08.2015

		2004		2005		2006		2007		2008		2009		2010		2011		2012		2013		2014		Durchschnitt	
		Fälle	Volumen	Fälle	Volumen	Fälle	Volumen	Fälle	Volumen	Fälle	Volumen	Fälle	Volumen	Fälle	Volumen	Fälle	Volumen	Fälle	Volumen	Fälle	Volumen	Fälle	Volumen	Fälle	Volumen
Kiel	bis 1.000 m²	6	2.248	3	1.780	1	985	3	1.395	1	290	3	1.745	5	2.949	2	648	0	0	0	0	4	1.202	2,55	1.204
	1.001 - 5.000 m²	5	16.880	6	13.387	5	8.968	6	14.916	6	17.874	3	10.983	6	15.923	10	28.533	5	11.852	10	27.598	3	8.871	5,91	15.980
	5.001 - 10.000 m²	0	0	3	22.094	5	35.934	2	14.985	1	9.223	4	31.774	3	24.027	1	7.845	1	5.427	1	7.658	4	22.862	2,27	16.530
	über 10.000 m²	2	58.440	1	15.853	1	22.100	2	25.601	2	54.291	1	11.585	1	12.677	1	14.714	1	20.103	3	59.712	2	48.185	1,55	31.206
	Summe	13	77.568	13	53.114	12	67.987	13	56.897	10	81.678	11	56.087	15	55.576	14	51.740	7	37.382	14	94.968	13	81.120	12,27	64.920
	Durchschn/Fall		5.967		4.086		5.666		4.377		8.168		5.099		3.705		3.696		5.340		6.783		6.240		5.290
Neumünster																									
	bis 10.000 m²	2	3.340	1	2.000	3	7.395	11	31.828	13	43.286	5	13.479	6	15.241	9	36.139	8	26.860	5	19.670	4	8.664	6,09	18.900
	über 10.000 m²		0	1	38.454		0	1	11.047	1	11.578	1	12.025	3	51.922	2	32.373	1	29.089	2	23.000		0	1,50	19.044
	Summe	2	3.340	2	40.454	3	7.395	12	42.875	14	54.864	6	25.504	9	67.163	11	68.512	9	55.949	7	42.670	4	8.664	7,18	37.945
	Durchschn/Fall		1.670		20.227		2.465		3.573		3.919		4.251		7.463		6.228		6.217		6.096		2.166		5.283
Plön	bis 1.000 m²	2	1.392	3	2.378	2	1.492	4	2.142	0	0	2	1.454	1	450	1	725	2	1.577	4	2.461	1	930	2,00	1.364
	1.001 - 5.000 m²	11	20.619	6	17.046	2	3.612	9	19.666	3	5.301	6	17.630	11	20.020	10	21.501	4	6.845	10	19.853	4	7.086	6,91	14.471
	5.001 - 10.000 m²	2	11.066	0	0	0	0	1	5.121	1	6.561	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	5.267	0,45	2.547
	über 10.000 m²	0	0	0	0	1	13.000	2	24.579	0	0	1	18.053	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0,36	5.057
	Summe	15	33.077	9	19.424	5	18.104	16	51.508	4	11.862	9	37.137	12	20.470	11	22.226	6	8.422	14	22.314	6	13.283	9,73	23.439
	Durchschn/Fall		2.205		2.158		3.621		3.219		2.966		4.126		1.706		2.021		1.404		1.594		2.214		2.410
Rendsburg-Eckernförde	bis 1.000 m²	8	6.319	5	4.449	5	4.046	3	2.124	7	5.846	7	2.680	2	2.000	5	4.241	4	2.891	5	4.009	6	4.231	5,18	3.894
	1.001 - 5.000 m²	20	52.540	27	61.821	20	47.619	26	57.471	29	65.605	22	48.346	36	81.780	35	88.931	25	53.927	20	55.575	18	49.469	25,27	60.280
	5.001 - 10.000 m²	2	13.940	5	36.711	4	26.719	5	32.692	12	86.826	2	14.439	5	36.381	7	44.124	3	18.973	3	23.354	5	27.929	4,82	32.917
	über 10.000 m²	2	22.071	5	107.919	2	43.188	3	71.127	4	95.751	3	140.661	3	153.097	5	126.824	5	130.292	2	23.354	3	54.813	3,36	88.100
	Summe	32	94.870	42	210.900	31	121.572	37	163.414	52	254.028	34	206.126	46	273.258	52	264.120	37	206.083	30	106.292	32	136.442	38,64	185.191
	Durchschn/Fall		2.965		5.021		3.922		4.417		4.885		6.063		5.940		5.079		5.570		3.543		4.264		4.793
Summe Planungsraum																									
	bis 10.000 m²	58	128.344	59	161.666	47	136.770	70	182.340	73	240.812	54	142.530	75	198.771	80	232.687	52	128.352	58	160.178	50	136.511	61,45	168.087
	über 10.000 m²	4	80.511	7	162.226	4	78.288	8	132.354	7	161.620	6	182.324	7	217.696	8	173.911	7	179.484	7	106.066	5	102.998	6,36	143.407
	Summe	**62**	**208.855**	**66**	**323.892**	**51**	**215.058**	**78**	**314.694**	**80**	**402.432**	**60**	**324.854**	**82**	**416.467**	**88**	**406.598**	**59**	**307.836**	**65**	**266.244**	**55**	**239.509**	**67,82**	**311.494**

Inhalt des Anhanges

Vertiefungsstandorte 2

1. Vorbemerkung zu den Profilen der Vertiefungsstandorte 2
2. Kiel 3
   - *Airpark Holtenau 3*
   - *Moorsee I – III 6*
   - *Wissenschaftspark 9*
   - *Friedrichsort 12*
   - *MFG 5 ..... 15*
   - *KaiCity 17*
3. Neumünster 20
   - *Gewerbepark Eichhof, 1. Erschließungsabschnitt 20*
   - *Gewerbepark Eichhof, 2. Erschließungsabschnitt 24*
   - *Industrie- und Gewerbegebiet Süd/südlich B 205 ..... 27*
   - *Industrie- und Gewerbegebiet Süd/nördlich B 205 ..... 30*
4. Rendsburg-Eckernförde 33
   - *Gewerbegebiet Böternhöfen 33*
   - *Gewerbegebiet Am Hofkamp 37*
   - *Interkommunales Gewerbegebiet Dätgen 40*
   - *Interkommunales Gewerbegebiet Rendsburg Port Süd 44*
   - *Gewerbegebiet Fehmarnstraße/Am Dolmen 47*
   - *Interkommunales Gewerbegebiet Borgstedtfelde 50*
   - *Gewerbegebiet Büsumer Straße 53*
   - *Gewerbegebiet Eckernförde Nord (Grasholz) 56*
   - *Interkommunales Gewerbegebiet Rotenhof 59*
   - *Interkommunales Gewerbegebiet Dänischenhagen 62*
   - *Gewerbegebiet Flintbek B 38 („Nördlich und südlich Batterieweg“) 66*
5. Plön 69
   - *Lütjenburg Konversionsgelände 69*
   - *Gewerbegebiet Wakendorf 73*
   - *Gewerbegebiet Eichkamp 77*
   - *Gewerbegebiet Schönkirchen 81*
   - *Gewerbegebiet Haverkamp 85*

Vertiefungsstandorte

1. Vorbemerkung zu den Profilen der Vertiefungsstandorte

Im Rahmen der Priorisierung der Standorte (vgl. Arbeitsprogramm und Kap. 2 bis 3) wurden insgesamt 26 Standorte vertiefend betrachtet. Für die Bewertung dieser Vertiefungsstandorte wurde ein mit dem Planungsdialog abgestimmtes Muster an Kriterien und Kennziffern verwendet. Ziel war es, mit einem hinreichenden und gleichzeitig überschaubaren Katalog an Informationen die Standorte zu beschreiben und zu vergleichen. Dabei ist auf Folgendes hinzuweisen:

> In den Standortprofilen werden nur die wichtigsten und tatsächlichen Fakten aufgeführt. Auf umfangreiche Beschreibungen oder die Darstellung der Gebietsentwicklung wurde bewusst verzichtet. So wird beispielsweise nicht zu jedem Standort explizit aufgeführt, dass sich der Regionalplan für den Planungsraum II derzeit in Neuaufstellung befindet. Wenn keine Restriktionen oder zum Beispiel Erschließungsprobleme bestehen, wird dies auch nicht angeführt.

> Bestehende Gewerbeflächen und -standorte, die für die Bewertung des eigentlichen Standortes relevant sind und nah an den zu bewertenden Flächenpotenzialen liegen, werden hellblau umrandet dargestellt.

> Die verwendeten Luftbilder entstammen dem Kartenmaterial von Microsoft (© 2015 Microsoft © 2015 HERE) und/oder Google earth pro (© 2015 Google Inc.).

> Die notwendigen Informationen und Planwerke wurden überwiegend von den Akteuren des Planungsdialogs zusammengestellt. In Konsultationen mit den Vertretern des Planungsdialogs wurden Details zu den Flächen besprochen und abgestimmt.

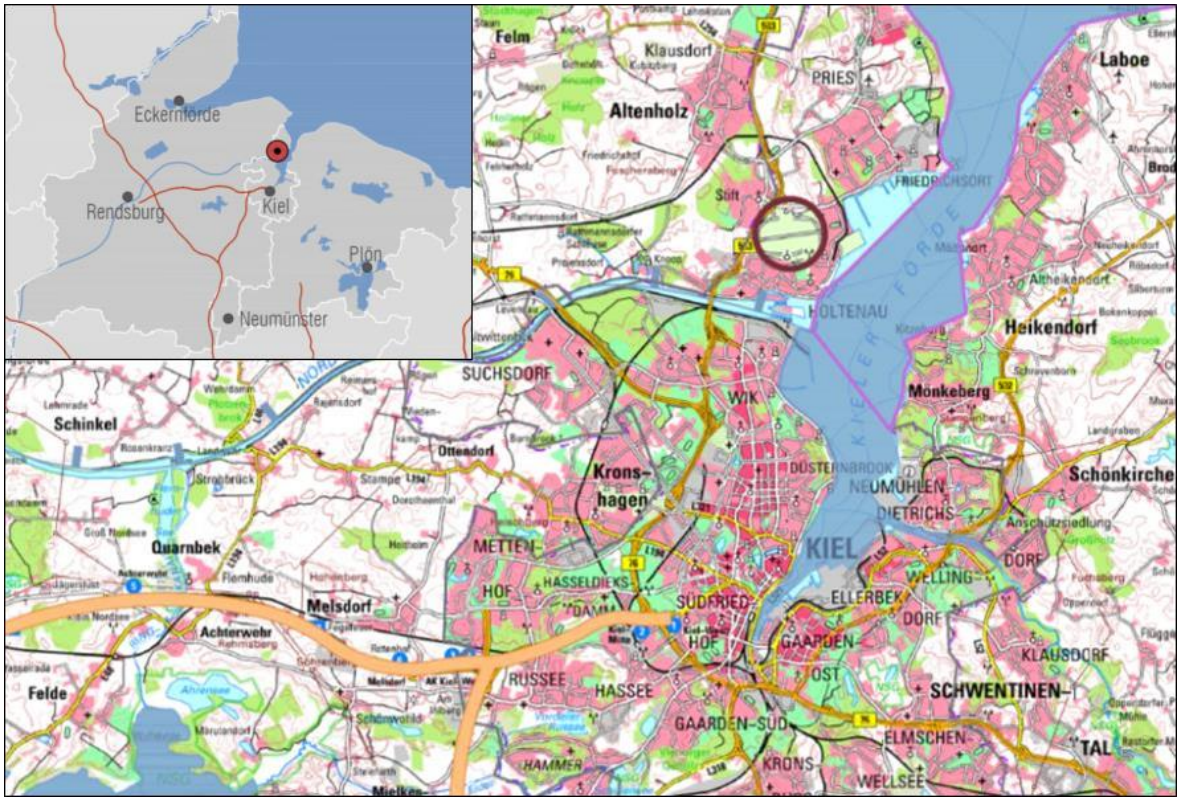
> Jeder Standort wurde von den Gutachtern darüber hinaus persönlich besucht, um sich abschließend ein Bild über die tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort machen zu können.

Auf dieser Basis und unter Beachtung aller vorliegenden Informationen wurde die gutachterliche Bewertung hinsichtlich der überregionalen Bedeutung eines Standortes getroffen. Ergänzend wurde darauf hingewiesen, wenn der entsprechende Standort auch im Sinne des LEP ein Standort für ein Gewerbegebiet von überregionaler Bedeutung (Ziff. 2.6, Abs. 4) ist.

Wir weisen an dieser Stelle ausdrücklich darauf hin, dass das der Bewertung zugrunde gelegte Daten- und Informationsmaterial nach bestem Wissen erhoben und ausgewertet wurde. Wir danken auch allen Gesprächspartnern und den Akteuren des Planungsdialogs für ihr Engagement und ihre Bereitschaft kurzfristig Termine zu realisieren und Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

2. Kiel

Airpark Holtenau



Allgemeine Angaben	
Stadt/Amt/Gemeinde (zentralörtliche Funktion)	Stadt Kiel (Oberzentrum)
Kreis	
Art des Gebietes (nach BauNVO)	gegenwärtig noch Flächen für den Luftverkehr
Fläche	Bruttobauland 24,8 ha
Verfügbarkeit	ca. 18,6 ha Nettobauland mittel- bis langfristig verfügbar (eventuell ab 2020)
Größe und Flächenzuschnitt/ Eigentumsverhältnisse	LHK
Einbindung in Siedlungsstruktur	nördliches Stadtgebiet, integrierte in Siedlungsstruktur
Topographie/Relief/Bebaubarkeit	
Erschließungsprobleme	
Restriktionen	Altlastenverdacht
Planungs- und Realisierungsstand	
Flächennutzungsplan	FNP-Änderung erforderlich
Bebauungsplan	B-Plan voraussichtlich erforderlich
Erschließung	
Verkehrsanbindung / Lagegunst	
Autobahnanschluss	9,5 km zur A 215 (zur A 7)
Bundesstraße	direkt an B 503

See-/Binnenhafen	Nähe zu Kieler Häfen/Fähren (Güterumschlag/Passagiere) gegeben
Gleisanschluss	
Bewertung Lagequalität	sehr gut angebunden an B 503
Qualitative Bewertung / Eignung	
Funktionsfähigkeit des Standortes	
Sonstige Bemerkungen	politische Entscheidung zur Entwicklung steht aus (eventuell 2016/2017) aus Gutachtersicht muss die Entwicklung im Zusammenhang mit Entwicklung MFG 5 gesehen werden
Ausrichtung Unternehmen	bereits angesiedelt ausschließlich flughafenaffine Unternehmen (Kunststofftechnik, Luftfahrt/Rundflüge, Luftfahrtelektronik, Bildung)
Standorttypologie	noch offen
Bewertung der regionalplanerischen und strukturpolitischen Bedeutung	
Priorisierung Gutachter	überregional bedeutsam Hinweis: kein Standort für Gewerbegebiet von überregionaler Bedeutung nach Ziffer 2.6 Abs. 4 LEP 2010, da nicht in Verbindung mit Landesentwicklungsachse




1


2

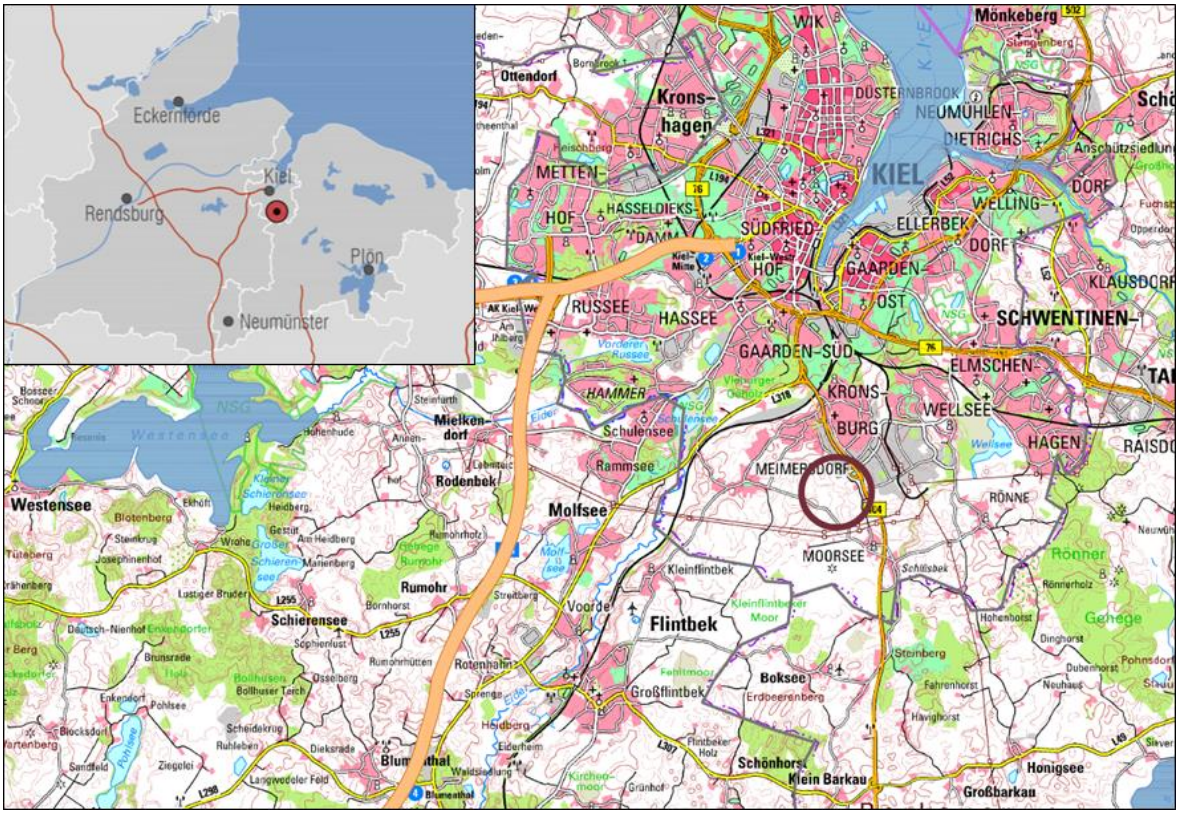

3


4
PORT OF KIEL


5


6

Moorsee I – III



Allgemeine Angaben	
Stadt/Amt/Gemeinde (zentralörtliche Funktion)	Stadt Kiel (Oberzentrum)
Kreis	
Art des Gebietes (nach BauNVO)	
Fläche	Gesamtgröße ca. 41 ha (Bruttobauland)
Verfügbarkeit	perspektivisch bis zu 26,7 ha Nettobauland langfristig entwicklungsfähig (ab ca. 2020)
Größe und Flächenzuschnitt/ Eigentumsverhältnisse	25 % LHK
Einbindung in Siedlungsstruktur	Stadtrand
Topographie/Relief/Bebaubarkeit	leicht hügelig
Erschließungsprobleme	
Restriktionen	Kampfmittelvorkommen wahrscheinlich (Erfahrungswert)
Planungs- und Realisierungsstand	
Flächennutzungsplan	FNP-Änderung erforderlich (derzeit Sonderbauflächen Forschung/Technologie)
Bebauungsplan	B-Pläne erforderlich
Erschließung	über Solldiekswall möglich
Verkehrsanbindung / Lagegunst	
Autobahnanschluss	8 km zur A 215 (zur A 7)
Bundesstraße	direkt an B 404 (zukünftig A 21)

See-/Binnenhafen	Nähe zu Kieler Häfen/Fähren (Güterumschlag/Passagiere) gegeben
Gleisanschluss	Gleis im gegenüberliegenden Gewerbe- und Industriegebiet Wellsee vorhanden
Bewertung Lagequalität	sehr gut am Ortseingang und der B 404 (zukünftig A 21) gelegen
Qualitative Bewertung / Eignung	
Funktionsfähigkeit des Standortes	
Sonstige Bemerkungen	attraktiver Standort mit logistischen Vorteilen Synergieeffekte mit Gewerbe- und Industriegebiet Wellsee
Ausrichtung Unternehmen	angrenzend Zeitungs- und Druckhaus, gegenüber liegt das Gewerbe- und Industriegebiet Wellsee, ist mit 160 ha und rund 200 Unternehmen der Gewerbeschwerpunkt von Kiel und Umgebung (u. a. Elektronik- und Fernmeldeunternehmen, Logistik, Maschinenhandel für die Ernährungsbranche, Holzhandel, Autohäuser, Werkstätten, Dienstleister)
Standorttypologie	„klassisches“ Gewerbegebiet meist in Randlagen als Standort für mittelständisches produzierendes Gewerbe oder Großbetriebe
Bewertung der regionalplanerischen und strukturpolitischen Bedeutung	
Priorisierung Gutachter	überregional bedeutsam Hinweis: auch Standort für Gewerbegebiet von überregionaler Bedeutung im Sinne von Ziffer 2.6 Abs. 4 LEP 2010




1


2


3

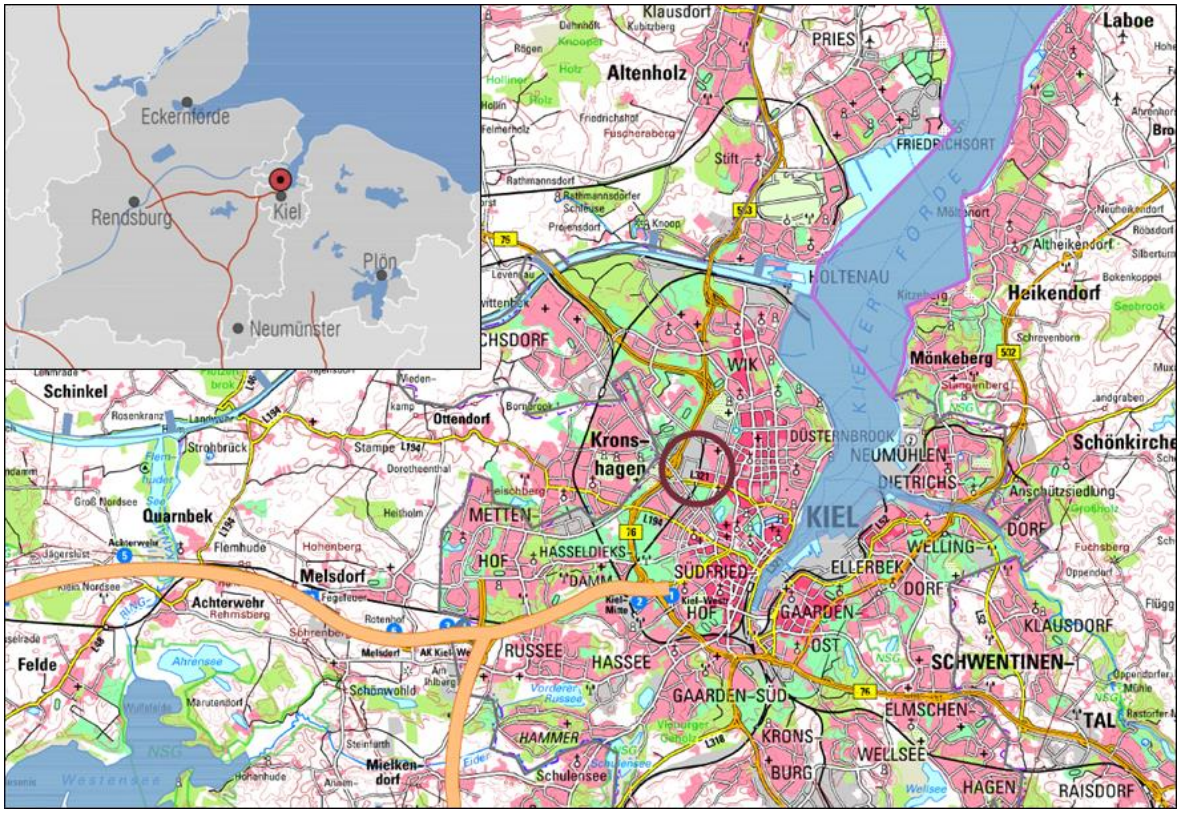

4


5


6

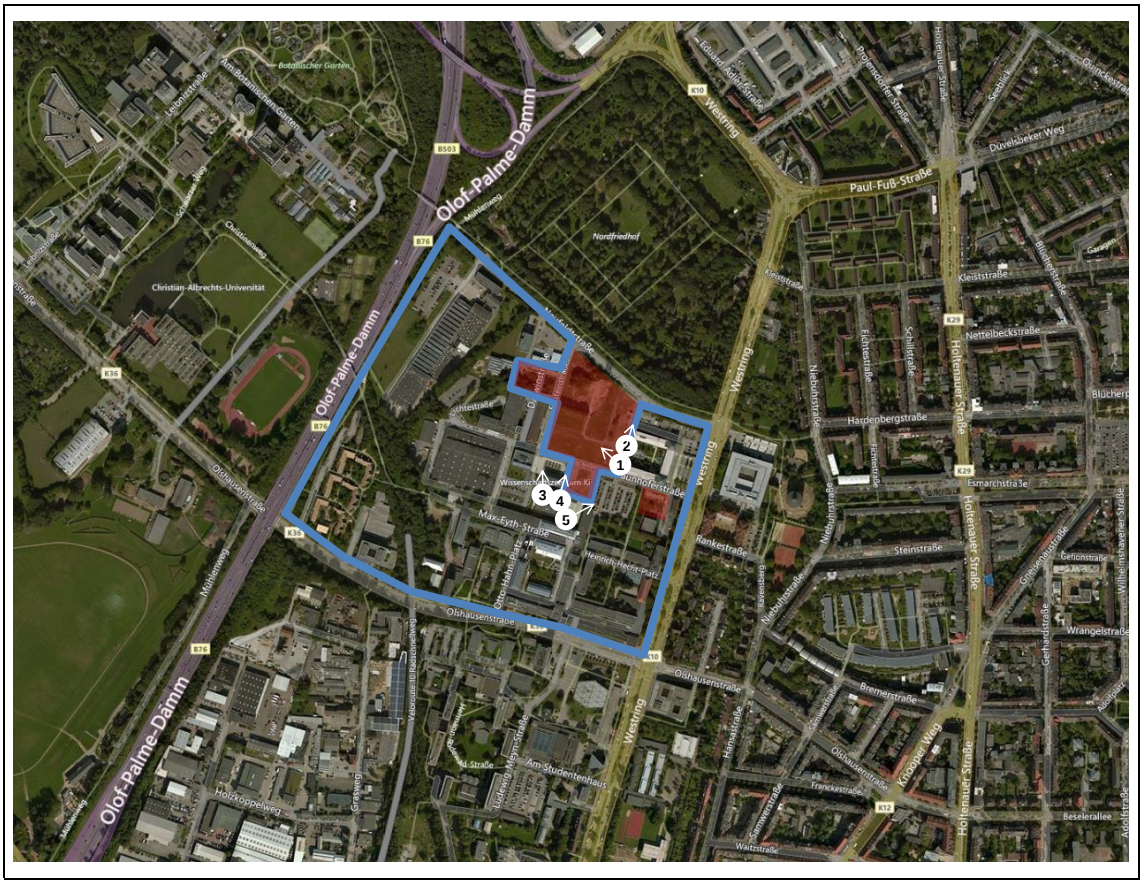

7

Wissenschaftspark



Allgemeine Angaben	
Stadt/Amt/Gemeinde (zentralörtliche Funktion)	Stadt Kiel (Oberzentrum)
Kreis	
Art des Gebietes (nach BauNVO)	Gewerbliche Bauflächen, angrenzend Sonderbauflächen (Hochschule/Forschung)
Fläche	Bruttobauland 8,2 ha, Nettobauland 6,2 ha
Verfügbarkeit	2,2 ha sofort verfügbar
Größe und Flächenzuschnitt/ Eigentumsverhältnisse	privat
Einbindung in Siedlungsstruktur	integrierte Lage in der Innenstadt, unmittelbar angrenzend an Universität
Topographie/Relief/Bebaubarkeit	
Erschließungsprobleme	
Restriktionen	
Planungs- und Realisierungsstand	
Flächennutzungsplan	
Bebauungsplan	B-Plan 896
Erschließung	
Verkehrsanbindung / Lagegunst	
Autobahnanschluss	4 km zur A 215 (zur A 7)
Bundesstraße	0,5 km zur B 76
See-/Binnenhafen	Nähe zu Kieler Häfen/Fähren (Güterumschlag/Passagiere) gegeben

Gleisanschluss	
Bewertung Lagequalität	gut bis sehr gut
Qualitative Bewertung / Eignung	
Funktionsfähigkeit des Standortes	funktionierender Universitäts- und Wissenschaftsstandort
Sonstige Bemerkungen	Wissenschaftszentrum als Dienstleister für FuE-Transfer und Kern des Wissenschaftsparks
Ausrichtung Unternehmen	Neben der Universität haben sich bereits diverse Dienstleistungs- und Forschungsunternehmen angesiedelt wie bspw. Unternehmen aus den Bereichen Marine- und Vermessungstechnik, IT, Maschinenbau, FuE für den Maschinenbau Beratung, Krankenkassen, regenerative Energien, Gesundheitswirtschaft und Life Sciences
Standorttypologie	Standort für wissensintensive/technologieorientierte Unternehmen in zentraler Lage und/oder Nähe zur Universität
Bewertung der regionalplanerischen und strukturpolitischen Bedeutung	
Priorisierung Gutachter	überregional bedeutsam Hinweis: kein Standort für Gewerbegebiet von überregionaler Bedeutung nach Ziffer 2.6 Abs. 4 LEP 2010, da nicht in Verbindung mit Landesentwicklungsachse



1 	2 
3 	4 
5 	

Friedrichsort



Allgemeine Angaben	
Stadt/Amt/Gemeinde (zentralörtliche Funktion)	Stadt Kiel (Oberzentrum)
Kreis	
Art des Gebietes (nach BauNVO)	Gewerbliche Bauflächen
Fläche	Bruttobauland 54 ha, Nettobauland ca. 40,5 ha
Verfügbarkeit	28,5 ha mittel- bis langfristig verfügbar
Größe und Flächenzuschnitt/ Eigentumsverhältnisse	Privat
Einbindung in Siedlungsstruktur	Nördliches Stadtgebiet, begrenzt von Förde (Osten) und Wohngebiet (Westen)
Topographie/Relief/Bebaubarkeit	
Erschließungsprobleme	
Restriktionen	Altlastenverdacht, Kampfmittelvorkommen wahrscheinlich (Erfahrungswert), straßenseitige Verkehrsanbindung (insb. Schwerlastverkehr)
Planungs- und Realisierungsstand	
Flächennutzungsplan	Vorbereitende Untersuchungen (VU) nach besonderem Städtebaurecht eingeleitet (§ 141 BauGB)
Bebauungsplan	
Erschließung	
Verkehrsanbindung / Lagegunst	
Autobahnanschluss	22 km zur A 215 (zur A 7)

Bundesstraße	3 km zur B 503
See-/Binnenhafen	Nähe zu Kieler Häfen/Fähren (Güterumschlag/Passagiere) gegeben
Gleisanschluss	vorhanden
Bewertung Lagequalität	Altindustriestandort mit schwierigen verkehrlichen Erschließungsmöglichkeiten
Qualitative Bewertung / Eignung	
Funktionsfähigkeit des Standortes	Funktionsfähigkeit des Standortes aus Gutachtersicht derzeit eingeschränkt (Sanierungsstau und verkehrliche Erschließung)
Sonstige Bemerkungen	
Ausrichtung Unternehmen	bisher bzw. in der näheren Umgebung vor allem Unternehmen der Bereiche Maschinenbau/-handel, Schweißtechnik und Metall
Standorttypologie	aktuell Standort für Produzierendes Gewerbe
Bewertung der regionalplanerischen und strukturpolitischen Bedeutung	
Priorisierung Gutachter	überregional bedeutsam Hinweis: kein Standort für Gewerbegebiet von überregionaler Bedeutung nach Ziffer 2.6 Abs. 4 LEP 2010, da nicht in Verbindung mit Landesentwicklungsachse




1

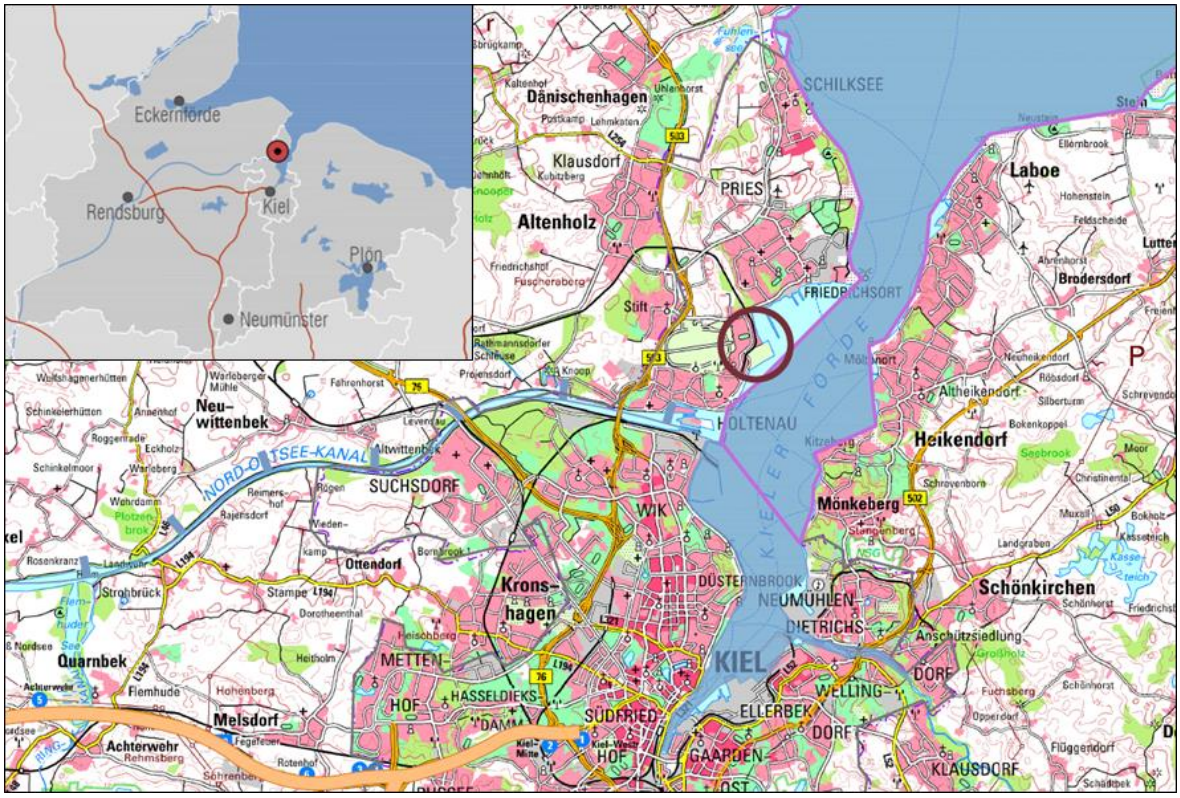

2


3


4


5

MFG 5



Allgemeine Angaben	
Stadt/Amt/Gemeinde (zentralörtliche Funktion)	Stadt Kiel (Oberzentrum)
Kreis	
Art des Gebietes (nach BauNVO)	noch nicht definiert, derzeit Konversionsfläche (Teile geplant als Gewerbliche Bauflächen)
Fläche	Gesamtgröße des perspektivisch gewerblichen Bereichs 29,6 ha; davon Nettobauland für klassisches GE 17,3 ha (Anteil Gewerbe noch nicht genau definiert)
Verfügbarkeit	langfristig (ab ca. 2020)
Größe und Flächenzuschnitt/ Eigentumsverhältnisse	BIMA
Einbindung in Siedlungsstruktur	nördliches Stadtgebiet zwischen Förde und ehemaligem Flughafen
Topographie/Relief/Bebaubarkeit	
Erschließungsprobleme	
Restriktionen	Altlastenverdacht, Kampfmittelvorkommen wahrscheinlich
Planungs- und Realisierungsstand	
Flächennutzungsplan	FNP-Änderung erforderlich
Bebauungsplan	B-Plan erforderlich
Erschließung	Erschließung erforderlich
Verkehrsanbindung / Lagegunst	
Autobahnanschluss	11 km zur A 215 (zur A 7)
Bundesstraße	1,5 km zur B 503
See-/Binnenhafen	Nähe zu Kieler Häfen/Fähren (Güterumschlag/Passagiere) gegeben

Gleisanschluss	möglich
Bewertung Lagequalität	gut bis sehr gut
Qualitative Bewertung / Eignung	
Funktionsfähigkeit des Standortes	
Sonstige Bemerkungen	angrenzend an Yacht-Hafen sowie Unternehmen in Friedrichsort
Ausrichtung Unternehmen	zukünftig eher im Bereich Dienstleistungen/Produzierendes Gewerbe/maritimes Gewerbe, wahrscheinlich Nutzungskonkurrenz
Standorttypologie	noch offen
Bewertung der regionalplanerischen und strukturpolitischen Bedeutung	
Priorisierung Gutachter	überregional bedeutsam Hinweis: kein Standort für Gewerbegebiet von überregionaler Bedeutung nach Ziffer 2.6 Abs. 4 LEP 2010, da nicht in Verbindung mit Landesentwicklungsachse

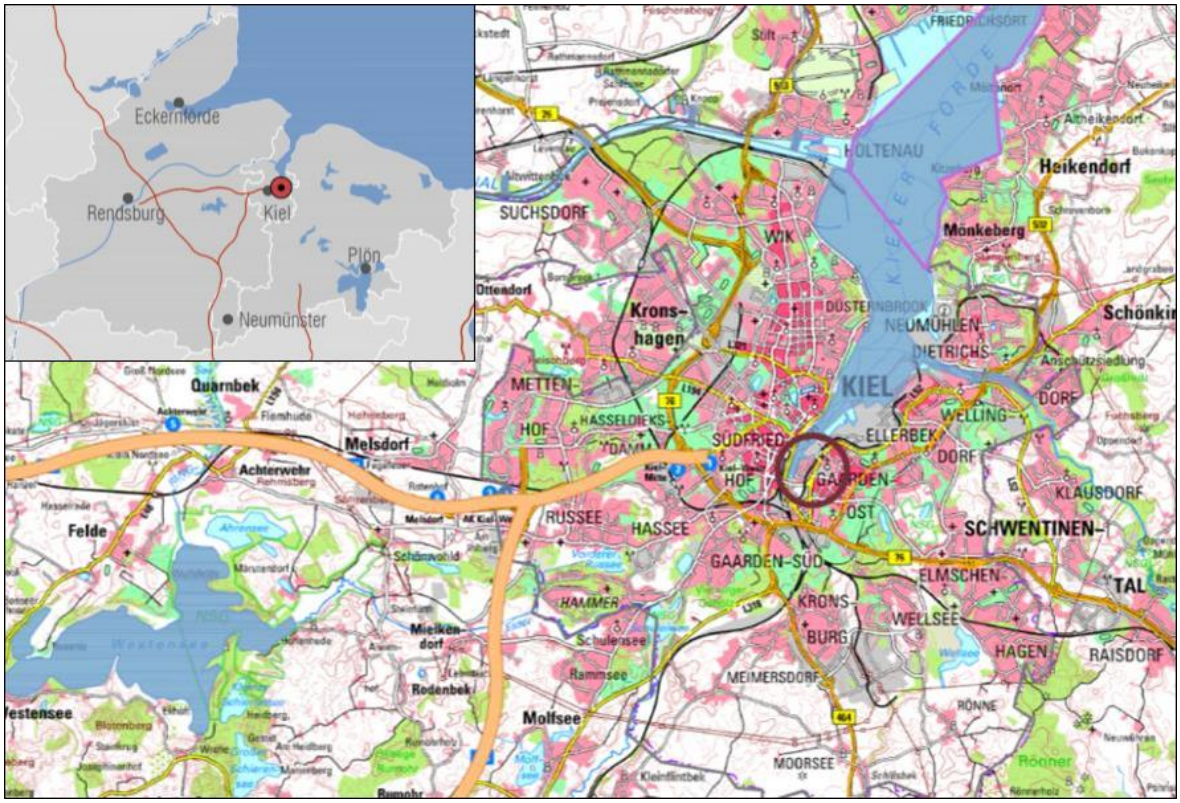




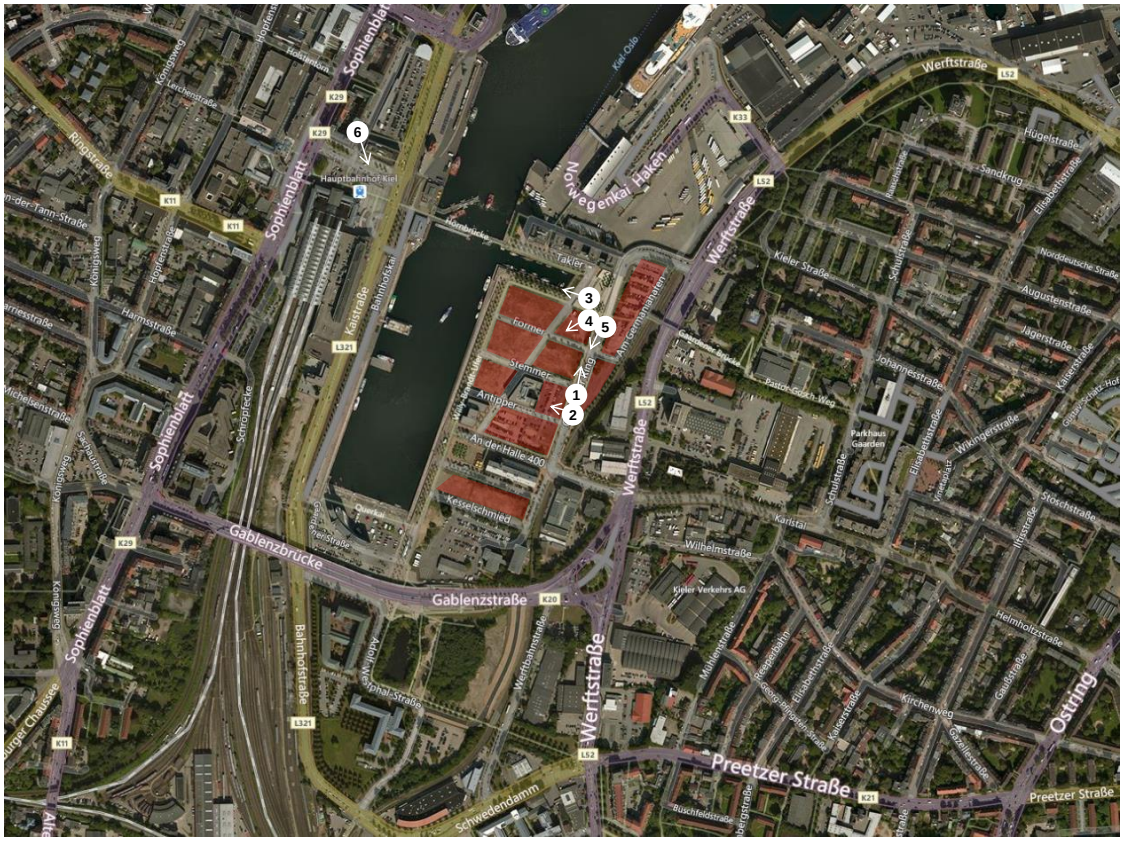


<table>
<tr>
<td> 
</td>
<td> 
</td>
</tr>
<tr>
<td> 
</td>
<td></td>
</tr>
</table>

KaiCity



Allgemeine Angaben	
Stadt/Amt/Gemeinde (zentralörtliche Funktion)	Stadt Kiel (Oberzentrum)
Kreis	
Art des Gebietes (nach BauNVO)	Gemischte Bauflächen (Kerngebiet)
Fläche	Gesamtgröße 3,3 ha Bruttobauland
Verfügbarkeit	2,5 ha Nettobauland verfügbar
Größe und Flächenzuschnitt/ Eigentumsverhältnisse	50 % LHK
Einbindung in Siedlungsstruktur	integrierte Lage im Stadtzentrum, direkte Förde-Lage
Topographie/Relief/Bebaubarkeit	
Erschließungsprobleme	
Restriktionen	Kampfmittelvorkommen (teilweise beräumt)
Planungs- und Realisierungsstand	
Flächennutzungsplan	
Bebauungsplan	B-Plan 841/814
Erschließung	
Verkehrsanbindung / Lagegunst	
Autobahnanschluss	4 km zur A 215 (zur A 7)
Bundesstraße	2 km zur B 76 und zur B 404 (zukünftig A 21)
See-/Binnenhafen	Nähe zu Kieler Häfen/Fähren (Güterumschlag/Passagiere) gegeben
Gleisanschluss	
Bewertung Lagequalität	sehr guter Standort mit günstiger ÖPNV-Anbindung (u. a. Hauptbahnhof fußläufig erreichbar)
Qualitative Bewertung / Eignung	
Funktionsfähigkeit des Standortes	Vermarktung läuft
Sonstige Bemerkungen	Nutzungsmischung Wohnen/Büro
Ausrichtung Unternehmen	Büronutzung/Handel und Gastronomie, bereits ansässig sind diverse Dienstleister wie Medien- und Werbegesellschaften, Datenverarbeitung, Veranstaltungsanbieter (Halle 400), in der Umgebung Autovermieter, Handelsgenossenschaften, Jobcenter, Dienstleistungs- und Beratungsunternehmen sowie Hörn-Campus
Standorttypologie	Büro-/Dienstleistungsstandort im Kern-/Mischgebieten und zentraler Lage mit gewisser Durchmischung (Hotel, Gastronomie, Handel) und hoher städtebaulicher Qualität
Bewertung der regionalplanerischen und strukturpolitischen Bedeutung	
Priorisierung Gutachter	überregional bedeutsam Hinweis: kein Standort für Gewerbegebiet von überregionaler Bedeutung nach Ziffer 2.6 Abs. 4 LEP 2010, da nicht in Verbindung mit Landesentwicklungsachse


6
Hauptbahnhof Kiel
Sophienblatt
Werftstraße
Norwegenkai Haken
Takler
3
4
5
Stemmer
Amboss
1
2
An der Halle 400
Kesselschmied
Gablenzbrücke
Gablenzstraße
Wilhelmstraße
Kieler Verkehrs AG
Bahnhofstraße
Asphalt-Straße
Preetzer Straße
Schwedendamm
Ostring
Kieler Straße
Augustenstraße
Jägerstraße
Johannesstraße
Parkhaus Gaarden
Karlstal
Kirchenweg
Harmstraße
Kaistraße
Bahnhofstraße
Hörnbrücke
Ringstraße
Königsweg
Hopfenstraße
Schlepphecke
Seegartenstraße
Schützenwall
Hasselbrookstraße
Hügelstraße
Sandkrug
Elisabethstraße
Nordeutsche Straße
Storchstraße
Heimholtzstraße
Gaußstraße
Moltkestraße
Elisabethstraße
Kaiserstraße
Gablenzstraße
Buschfeldstraße
Schulstraße
Wikingerstraße
Eisenbahnstraße
Werftstraße
Hörnbrücke
Kanalstraße
Kiel-Oslo
Werftstraße
L52
K29
K11
K20
K21
K33
L321

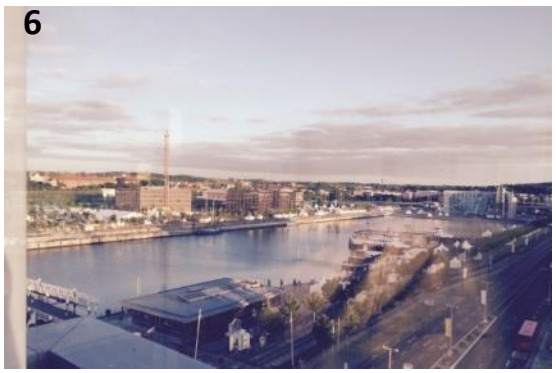

1


2


3


4





3. Neumünster

Gewerbepark Eichhof, 1. Erschließungsabschnitt



Allgemeine Angaben	
Stadt/Amt/Gemeinde (zentralörtliche Funktion)	Stadt Neumünster (Oberzentrum)
Kreis	
Art des Gebietes (nach BauNVO)	GE/GI
Fläche	ca. 50 ha Bruttobauland/40 ha Nettobauland
Verfügbarkeit	35 ha kurzfristig (nach Fertigstellung) verfügbar

Größe und Flächenzuschnitt/ Eigentumsverhältnisse	
Einbindung in Siedlungsstruktur	isolierte Lage im nördlichen Stadtgebiet
Topographie/Relief/Bebaubarkeit	
Erschließungsprobleme	
Restriktionen	
Planungs- und Realisierungsstand	
Flächennutzungsplan	vorhanden (1990)
Bebauungsplan	B-Plan 177
Erschließung	erschlossen
Verkehrsanbindung / Lagegunst	
Autobahnanschluss	0,2 km zur A7
Bundesstraße	
See-/Binnenhafen	34 km nach Kiel, 74 km nach Hamburg
Gleisanschluss	möglich im angrenzenden 2. Bauabschnitt
Bewertung Lagequalität	ausgezeichnete überregionale Anbindung (BAB)
Qualitative Bewertung / Eignung	
Funktionsfähigkeit des Standortes	über B-Plan 177 B (mit Gleisanschluss) stehen mittelfristig Erweiterungsflächen zur Verfügung für langfristige Erweiterungsbedarfe sollten interkommunale Lösungen geprüft und genutzt werden sehr gute Anbindung und Einsehbarkeit von BAB
Sonstige Bemerkungen	
Ausrichtung Unternehmen	geeigneter Standort für Logistik und Produktion, ein Logistiker hat bereits Flächen erworben und bündelt seine Aktivitäten u.a. aus Kiel und Hamburg (Hallen entstehen derzeit)
Standorttypologie	„klassisches“ Gewerbegebiet für mittelständisches Verarbeitendes Gewerbe sowie besondere Lagegunst für Logistik/Distribution
Bewertung der regionalplanerischen und strukturpolitischen Bedeutung	
Priorisierung Gutachter	überregional bedeutsam Hinweis: auch Standort für Gewerbegebiet von überregionaler Bedeutung im Sinne von Ziffer 2.6 Abs. 4 LEP 2010


1
2
3
4
5
6
2. Erschließungs-
abschnitt
Gewerbegeb. Autobahnzubringer Nord
Forellensee
Golf Club Krogaspe
Hof Farrenfeld
Hof Seeblick
Rendsburger Straße
Stoverbergskamp
Stoverseegen


1


2

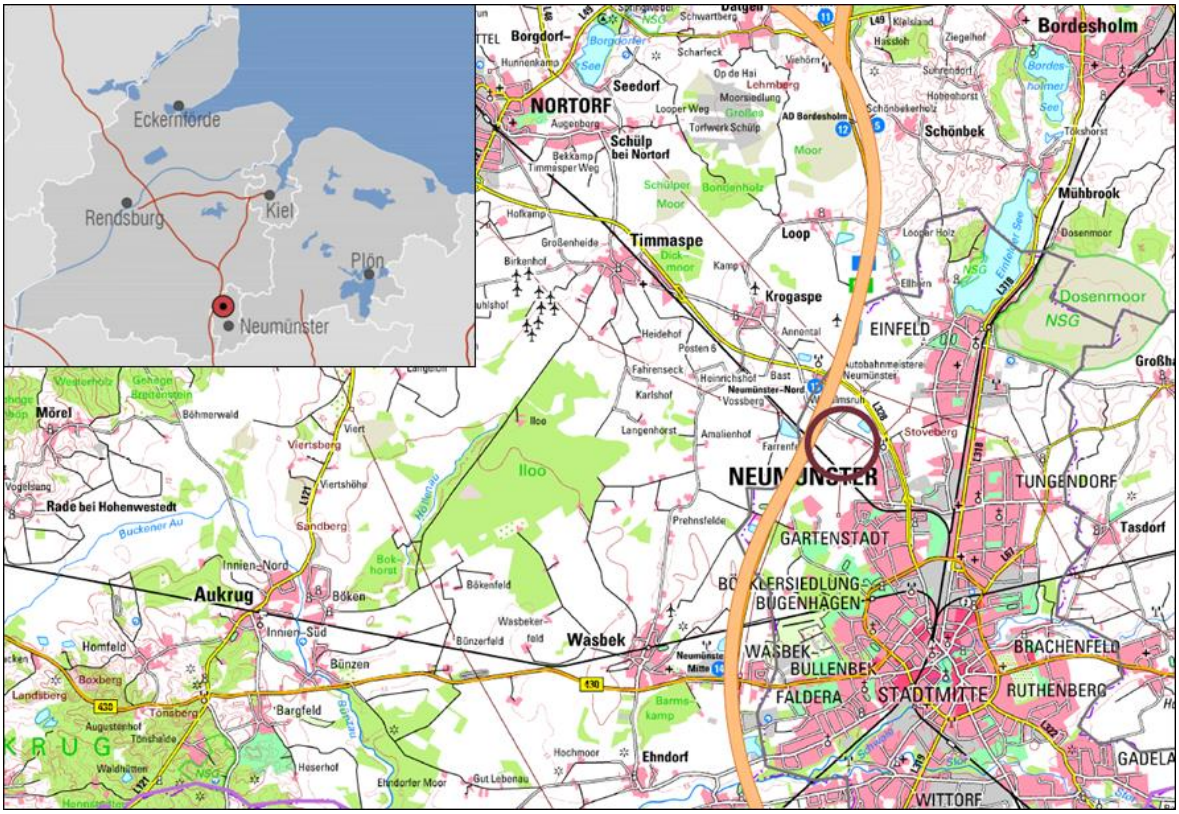

3
über 40 ha


4


5


6

Gewerbepark Eichhof, 2. Erschließungsabschnitt



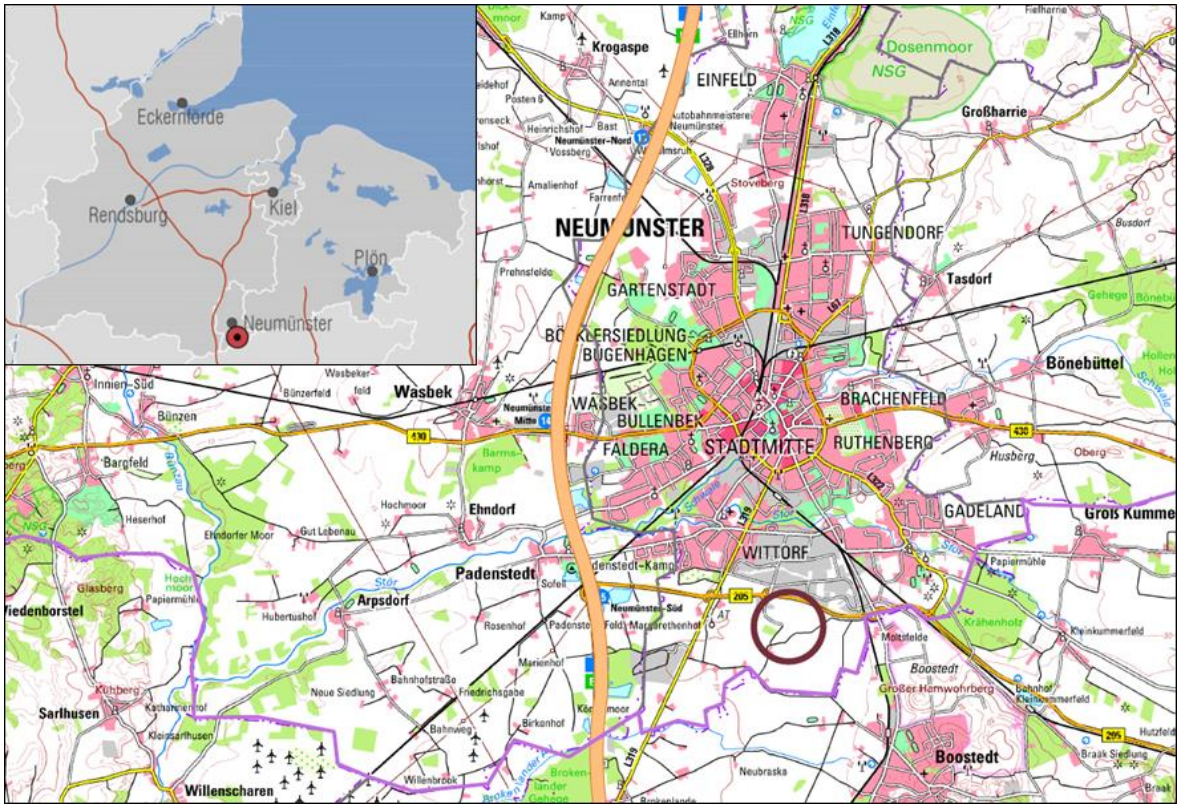
Allgemeine Angaben	
Stadt/Amt/Gemeinde (zentralörtliche Funktion)	Stadt Neumünster (Oberzentrum)
Kreis	
Art des Gebietes (nach BauNVO)	noch nicht festgelegt
Fläche	ca. 23 ha Bruttobauland
Verfügbarkeit	ca. 17 ha Nettobauland mittelfristig verfügbar
Größe und Flächenzuschnitt/ Eigentumsverhältnisse	
Einbindung in Siedlungsstruktur	isolierte Lage am nördlichen Stadtrand
Topographie/Relief/Bebaubarkeit	
Erschließungsprobleme	
Restriktionen	
Planungs- und Realisierungsstand	
Flächennutzungsplan	vorhanden (1990)
Bebauungsplan	B-Plan 177 B (in Aufstellung)
Erschließung	noch nicht erschlossen
Verkehrsanbindung / Lagegunst	
Autobahnanschluss	0,7 km zur A7
Bundesstraße	
See-/Binnenhafen	35 km nach Kiel, 74 km nach Hamburg
Gleisanschluss	Gleisanschluss im Süden möglich
Bewertung Lagequalität	sehr gute überregionale Anbindung (BAB)

Qualitative Bewertung / Eignung	
Funktionsfähigkeit des Standortes	Nach Erschließung und Vermarktung des nördlichen Teils (B-Plan 177) ist auch Nachfrage für diesen Teil zu erwarten für langfristige Erweiterungsbedarfe sollten interkommunale Lösungen geprüft und genutzt werden sehr gute Anbindung und Einsehbarkeit von der BAB gelten auch für den südlichen Teil
Sonstige Bemerkungen	
Ausrichtung Unternehmen	geeigneter Standort für Logistik und Produktion
Standorttypologie	„klassisches“ Gewerbegebiet für mittelständisches Verarbeitendes Gewerbe sowie besondere Lagegunst für Logistik/Distribution
Bewertung der regionalplanerischen und strukturpolitischen Bedeutung	
Priorisierung Gutachter	überregional bedeutsam Hinweis: auch Standort für Gewerbegebiet von überregionaler Bedeutung im Sinne von Ziffer 2.6 Abs. 4 LEP 2010



<table>
<tr>
<td>1
  </td>
<td>2
  </td>
</tr>
<tr>
<td>3
  </td>
<td></td>
</tr>
</table>

Industrie- und Gewerbegebiet Süd/südlich B 205



Allgemeine Angaben	
Stadt/Amt/Gemeinde (zentralörtliche Funktion)	Stadt Neumünster (Oberzentrum)
Kreis	
Art des Gebietes (nach BauNVO)	GE/GI
Fläche	ca. 89 ha Bruttobauland
Verfügbarkeit	ca. 4,5 ha Nettobauland sofort verfügbar; weitere ca. 35 ha verfügbar nach Fertigstellung der Erweiterung
Größe und Flächenzuschnitt/ Eigentumsverhältnisse	teilweise private Eigentümer
Einbindung in Siedlungsstruktur	südliche Randlage, vom Stadtgebiet durch B205 getrennt
Topogra-phie/Relief/Bebaubarkeit	
Erschließungsprobleme	
Restriktionen	
Planungs- und Realisierungsstand	
Flächennutzungsplan	vorhanden (1990)
Bebauungsplan	B-Plan 116
Erschließung	erschlossen
Verkehrsanbindung / Lagegunst	
Autobahnanschluss	3,6 km zur A 7
Bundesstraße	B 205 direkt angrenzend
See-/Binnenhafen	47 km nach Kiel, 65 km nach Hamburg

Gleisanschluss	
Bewertung Lagequalität	sehr gute überregionale Anbindung über die B 205 an die BAB
Qualitative Bewertung / Eignung	
Funktionsfähigkeit des Standortes	Standort wird angenommen, Vermarktung mittel- bis langfristig; Synergien für Ernährungsgüterwirtschaft denkbar
Sonstige Bemerkungen	
Ausrichtung Unternehmen	mehrere Logistiker, Betonbau, Milchtrockenwerk
Standorttypologie	Standort für großflächiges Gewerbe mit besonderer Lage-gunst für Logistik/Distribution
Bewertung der regionalplanerischen und strukturpolitischen Bedeutung	
Priorisierung Gutachter	überregional bedeutsam Hinweis: auch Standort für Gewerbegebiet von überregionaler Bedeutung im Sinne von Ziffer 2.6 Abs. 4 LEP 2010








3

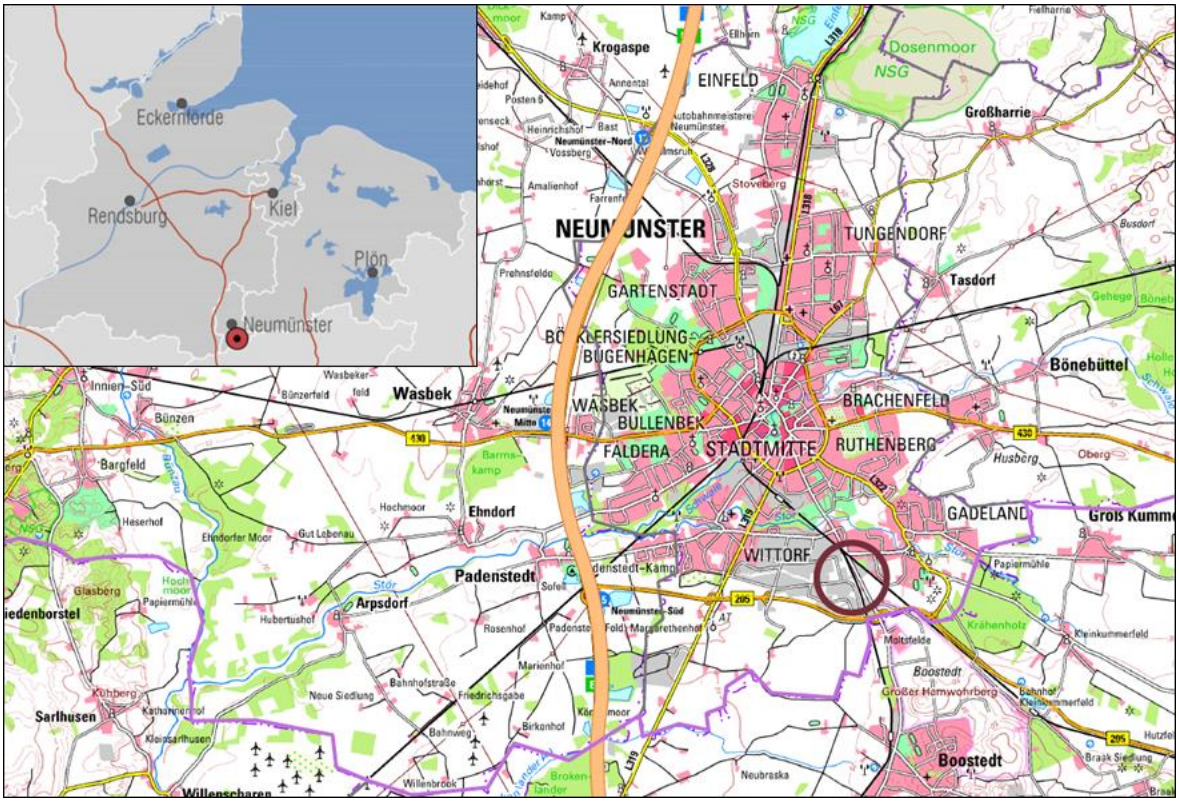

4


5


6

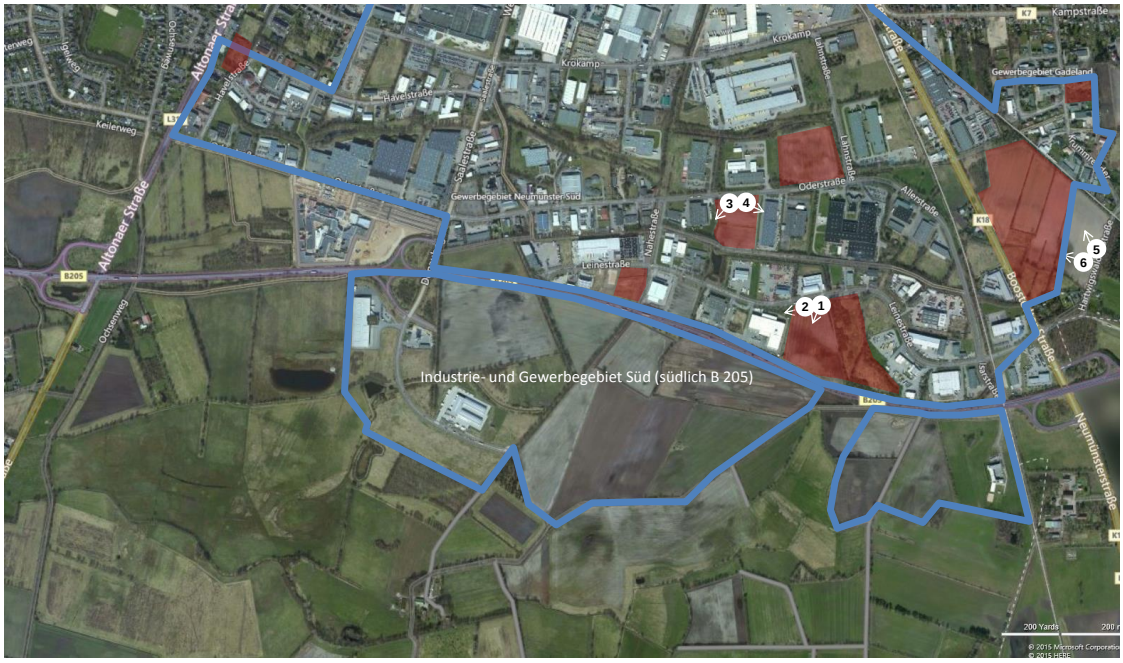

7

Industrie- und Gewerbegebiet Süd/nördlich B 205



Allgemeine Angaben	
Stadt/Amt/Gemeinde (zentralörtliche Funktion)	Stadt Neumünster (Oberzentrum)
Kreis	
Art des Gebietes (nach BauNVO)	GE/GI
Fläche	insgesamt ca. 300 ha Bruttobauland
Verfügbarkeit	ca. 11,2 ha Nettobauland sofort verfügbar, weitere 11,25 ha mittel- bis langfristig verfügbar
Größe und Flächenzuschnitt/ Eigentumsverhältnisse	Restflächen mit gutem Zuschnitt
Einbindung in Siedlungsstruktur	südliche Randlage
Topographie/Relief/Bebaubarkeit	lt. B-Plan 111 stellenweise Bodenaustausch, evtl. Grundwasserabsenkung durch Vertiefung
Erschließungsprobleme	
Restriktionen	lt. Begründung zu B-Plan 113 einige Teile nach Biotopkartierung als schutzwürdig eingestuft; soweit durch angrenzende Waldflächen Baubegrenzungen eintreten, sind erforderliche Abstandsflächen bereits durch Festsetzungen der überbaubaren Grundstücksflächen berücksichtigt.
Planungs- und Realisierungsstand	
Flächennutzungsplan	vorhanden (1990)
Bebauungsplan	B-Plan 107, 109, 110, 117, 118 (Sondergebiet Oderstraße)
Erschließung	erschlossen
Verkehrsanbindung / Lagegunst	

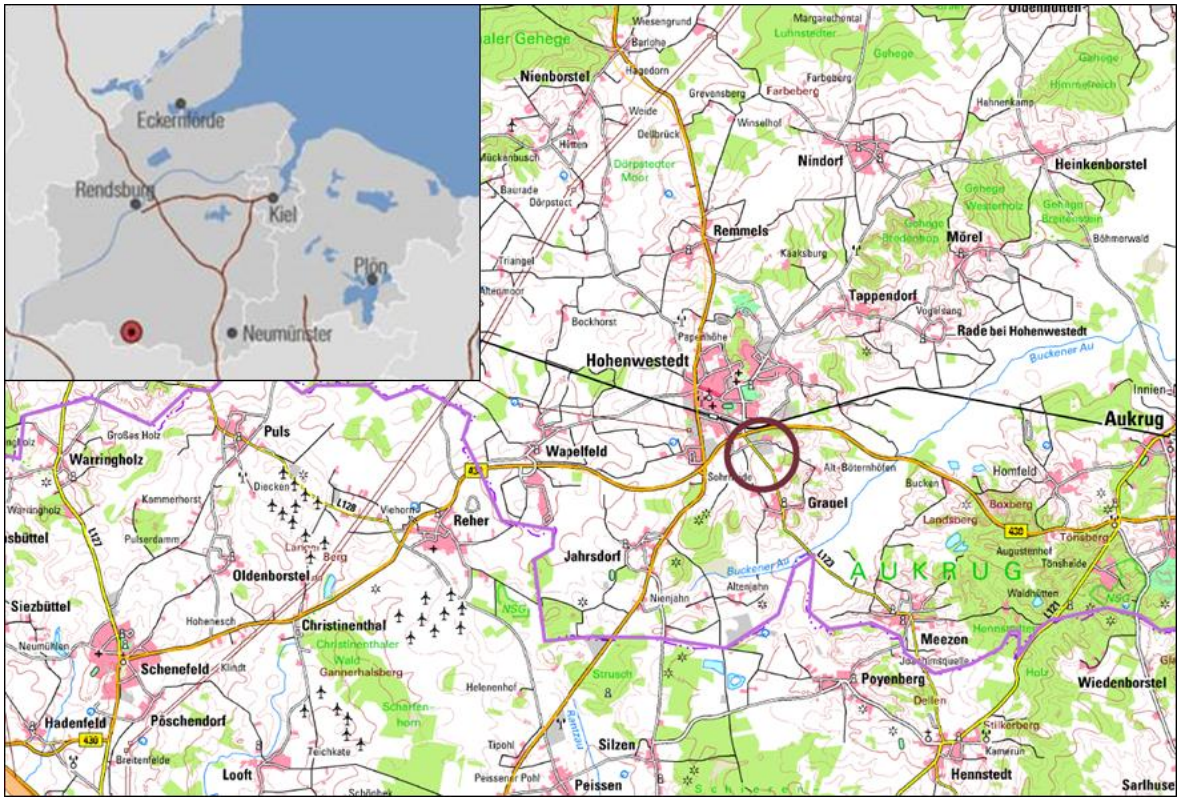
Autobahnanschluss	4,3 km zur A 7
Bundesstraße	0,3 km zur B 205
See-/Binnenhafen	48 km nach Kiel, 65 km nach Hamburg
Gleisanschluss	keiner
Bewertung Lagequalität	Sehr gute überregionale Anbindung über die B 205 an die BAB
Qualitative Bewertung / Eignung	
Funktionsfähigkeit des Standortes	funktionierender und gut angenommener Standort
Sonstige Bemerkungen	
Ausrichtung Unternehmen	Zerspannungstechnik, Lackiererei, Nutzfahrzeuge, Rohstoffverwertung/Metallhandel, Elektrorecycling, Großhandel, Vertrieb (Tierarzneimittel, Spirituosen, Bäder usw.), Kunststoffe, Elektrotechnik, Haustechnik
Standorttypologie	Standort für großflächiges Gewerbe mit besonderer Lagegunst für Logistik/Distribution
Bewertung der regionalplanerischen und strukturpolitischen Bedeutung	
Priorisierung Gutachter	regional bedeutsam




1
2
3
4
5
6

4. Rendsburg-Eckernförde

Gewerbegebiet Böternhöfen



Allgemeine Angaben	
Stadt/Amt/Gemeinde (zentralörtliche Funktion)	Gemeinde Hohenwestedt, Amt Mittelholstein (Unterzentrum)
Kreis	Rendsburg-Eckernförde
Art des Gebietes (nach BauNVO)	GE
Fläche	insg. ca. 19,6 ha Nettobauland im Bestand, zzgl. 2 ha Erweiterung im Nordwesten (B-Plan 35 im Verfahren)
Verfügbarkeit	keine Verfügbarkeit im Bestand; Erweiterung um ca. 2 ha läuft bzw. Vorbereitung nach FNP weitere Flächenpotenziale im Südwesten (ca. 9 ha) für langfristige Weiterentwicklung
Größe und Flächenzuschnitt/ Eigentumsverhältnisse	
Einbindung in Siedlungsstruktur	Gemeinderandlage: GE liegt südlich des Gemeindezentrums, von diesem durch B430 getrennt
Topographie/Relief/Bebaubarkeit	
Erschließungsprobleme	
Restriktionen	Naturpark Aukrug in der Nähe, Wanderweg kreuzt im Süden
Planungs- und Realisierungsstand	
Flächennutzungsplan	Ursprünglicher FNP von 2001
Bebauungsplan	B-Pläne 31, 46 und 46 (1. Änderung), 35 („Böternhöfen II“, 1. Änderung im Verfahren (SO, Einzelhandel)), 48 („Böternhöfen III“), 36 („Friedrichsruh“)

Erschließung	
Verkehrsanbindung / Lagegunst	
Autobahnanschluss	jeweils in 18 km zur A 7 oder A 23
Bundesstraße	in 0,2 km zur B 430
See-/Binnenhafen	in 27 km nach Rendsburg
Gleisanschluss	keiner
Bewertung Lagequalität	lokale Anbindung gut, überregionale Anbindung (an BAB) nicht optimal
Qualitative Bewertung / Eignung	
Funktionsfähigkeit des Standortes	westlich der L123 ist bereits weitere Gewerbefläche (Lager/ Recycling) fertiggestellt, weitere Erweiterungen geplant, geeignet für lokale und regionale Unternehmen bzw. deren Erweiterung
Sonstige Bemerkungen	bisherige Flächen/Gründerzentrum mit EU-Mitteln gefördert („Bötnhöfen I"), Nähe zu Naturpark Aukrug könnte aufgegriffen werden Keine eindeutige Profilierung/Ausrichtung
Ausrichtung Unternehmen	Gründerzentrum mit KMU und Dienstleistungsunternehmen, ansonsten Hersteller von Wintergärten, TÜV, Spedition und im südlichen Teil Recyclingunternehmen, dadurch erheblicher LKW-Verkehr
Standorttypologie	„klassisches" Gewerbegebiet für mittelständisches, regional orientiertes Produzierendes Gewerbe mit mittlerer Emissionsintensität
Bewertung der regionalplanerischen und strukturpolitischen Bedeutung	
Priorisierung Gutachter	regional bedeutsam


Ziegeleistraße
Am Gaswerk
K80
K80
B430
Kellinghusener Chaussee
Parkstraße
B430
Lerchenfeld
SO
Gewerbegebiet Böternhöfen
L123
Neu-Böternhöfen
3
6
4
1
2
Friedrichsruh
Achterlang
Böternhöfen
Alt-Böternhöf
L123
Weitere Potenzial-
flächen lt. FNP
5
Alte Ziegelei
Achterlang


1


2


3


4

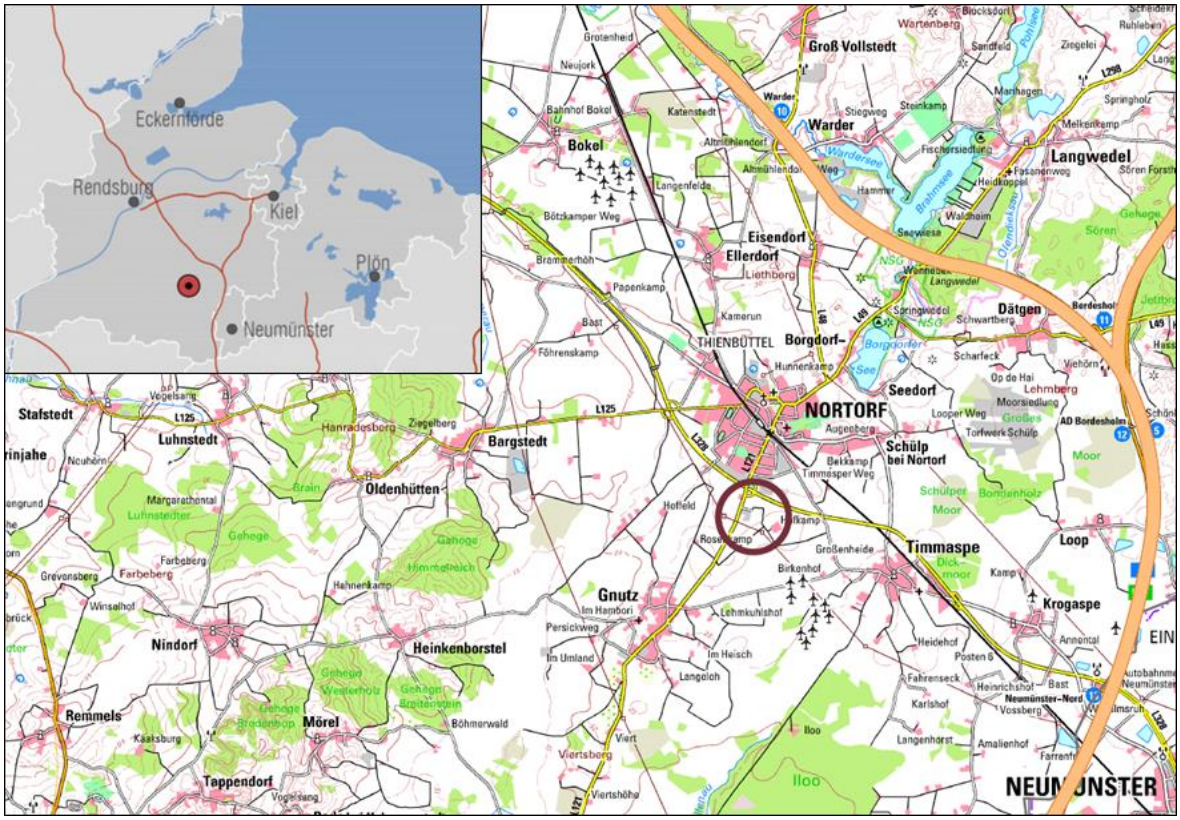


5


Gewerbegebiet Böternhöfen
WINTERGARTEN
Sachau
Frank Früboes
Zimmerei Burdorf
tb engineers

6

Gewerbegebiet Am Hofkamp



Allgemeine Angaben	
Stadt/Amt/Gemeinde (zentralörtliche Funktion)	Stadt Nortorf, Amt Nortorfer Land (Unterzentrum)
Kreis	Rendsburg-Eckernförde
Art des Gebietes (nach BauNVO)	GE
Fläche	17,2 ha Nettobauland
Verfügbarkeit	14,7 ha
Größe und Flächenzuschnitt/ Eigentumsverhältnisse	
Einbindung in Siedlungsstruktur	Gemeinderandlage: südlich des Gemeindegebietes, von diesem durch L328 getrennt
Topographie/Relief/Bebaubarkeit	
Erschließungsprobleme	
Restriktionen	
Planungs- und Realisierungsstand	
Flächennutzungsplan	
Bebauungsplan	B-Plan 33, aktuell Verfahren zur Änderung B-Plan und FNP (Umwidmung von SO in GE)
Erschließung	
Verkehrsanbindung / Lagegunst	
Autobahnanschluss	in 9 km zur A 7
Bundesstraße	in 11 km zur B 430
See-/Binnenhafen	in 24 km nach Rendsburg

Gleisanschluss	keiner
Bewertung Lagequalität	relativ ungünstige Anbindung (im Vergleich beispielsweise zu Dätgen)
Qualitative Bewertung / Eignung	
Funktionsfähigkeit des Standortes	
Sonstige Bemerkungen	Als Logistikstandort eher ungeeignet, Ausweisung als SO Logistik wird geändert, Vermarktung lief eher schleppend Weitere Entwicklung ist im Zusammenhang mit Dätgen zu sehen, Nortorf kann als Ergänzungsstandort für regionale Unternehmen angesehen werden
Ausrichtung Unternehmen	u. a. Metallbau- und Brunnenbauunternehmen, Dienstleistungsunternehmen, Steuerberater
Standorttypologie	„klassisches“ Gewerbegebiet für mittelständisches, regional orientiertes Gewerbe
Bewertung: regionalplanerische und strukturpolitische Bedeutung	
Priorisierung Gutachter	regional bedeutsam




1


2


3


4


5

Interkommunales Gewerbegebiet Dätgen



Allgemeine Angaben	
Stadt/Amt/Gemeinde (zentralörtliche Funktion)	Dätgen/Amt Nortorfer Land
Kreis	Rendsburg-Eckernförde
Art des Gebietes (nach BauNVO)	GE
Fläche	ca. 10 ha Bruttobauland in erster Entwicklungsstufe (Bereiche A und B); zusätzlich 4,8 ha im Bereich C als Erweiterungsoption
Verfügbarkeit	ca. 7,5 ha Nettobauland in erster Entwicklungsstufe; weitere 3,6 ha bei Erweiterung
Größe und Flächenzuschnitt/ Eigentumsverhältnisse	
Einbindung in Siedlungsstruktur	in Randlage der Gemeinde in Richtung Autobahn
Topographie/Relief/Bebaubarkeit	leicht hügelig
Erschließungsprobleme	
Restriktionen	
Planungs- und Realisierungsstand	
Flächennutzungsplan	
Bebauungsplan	für Bereich A vorhabenbezogener B-Plan 4
Erschließung	
Verkehrsanbindung / Lagegunst	
Autobahnanschluss	0,3 km zur A 7
Bundesstraße	
See-/Binnenhafen	33 km nach Rendsburg

Gleisanschluss	keiner
Bewertung Lagequalität	sehr gute Lage an BAB („Sichtbarkeit“ aus Richtung Neumünster kommend etwas eingeschränkt)
Qualitative Bewertung / Eignung	
Funktionsfähigkeit des Standortes	Nachfrage offensichtlich vorhanden
Sonstige Bemerkungen	Erweiterung des GE Wegkamp lt. Regionalplan wird in der Gemeinde Dätgen ein amtsübergreifendes interkommunales Gewerbegebiet von regionaler Bedeutung angestrebt (S. 49), eine entsprechende Vereinbarung zwischen der Gemeinde Dätgen und den Unterzentren Bordesholm und Nortorf wurde im August 2015 unterzeichnet (der Flächenbereich C ist nicht Gegenstand des Vertrages) eventuelle Bedarfe für Bereich C werden zu gegebener Zeit geprüft eine Konkurrenzsituation zu Standorten in Neumünster wird aus Gutachtersicht aufgrund der Größe und Ausrichtung nicht gesehen, es ergibt sich hier eher eine zielführende Zusammenarbeit der Unterzentren
Ausrichtung Unternehmen	Im vorhandenen GE Wegkamp vor allem regional ausgerichtete Unternehmen angesiedelt: Küchenbauer, Tischlerei, Dachdecker, Gebrauchtwagenhandel, aber auch Versandhandel (Elektronik) Auf den neuen Flächen (Bauschild) soll Landtechnik Betrieb mit Ersatzteil-Logistik entstehen Tankstelle und Schnellimbiss schon seit ca. zwei Jahren ansässig
Standorttypologie	„klassisches“ Gewerbegebiet für mittelständisches Produzierendes Gewerbe sowie besondere Lagegunst für Logistik/Distribution, auch geeignet für Werkstätten (LKW und Großgeräte Landwirtschaft)
Bewertung der regionalplanerischen und strukturpolitischen Bedeutung	
Priorisierung Gutachter	regional bedeutsam


C
A
B
Autohof
Dorfstraße
Dorfstraße
1
2
3
4
5
6


1

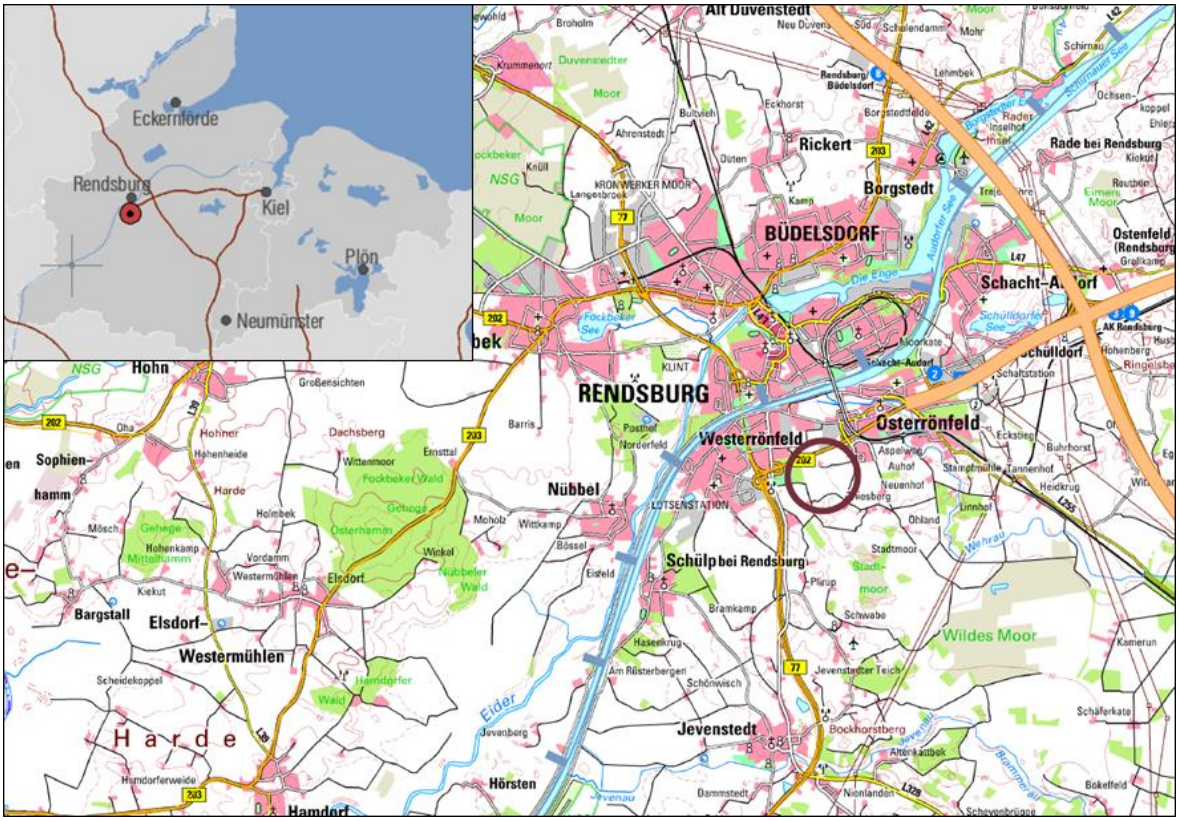

2


3


4

5 	**6**  Gewerbegrundstücke zu verkaufen: 3.000 m² – 16.000 m² (auch teilbar) Kontakt unter Tel.: 0 41 21 – 47 13 00 EGGERT

Interkommunales Gewerbegebiet Rendsburg Port Süd



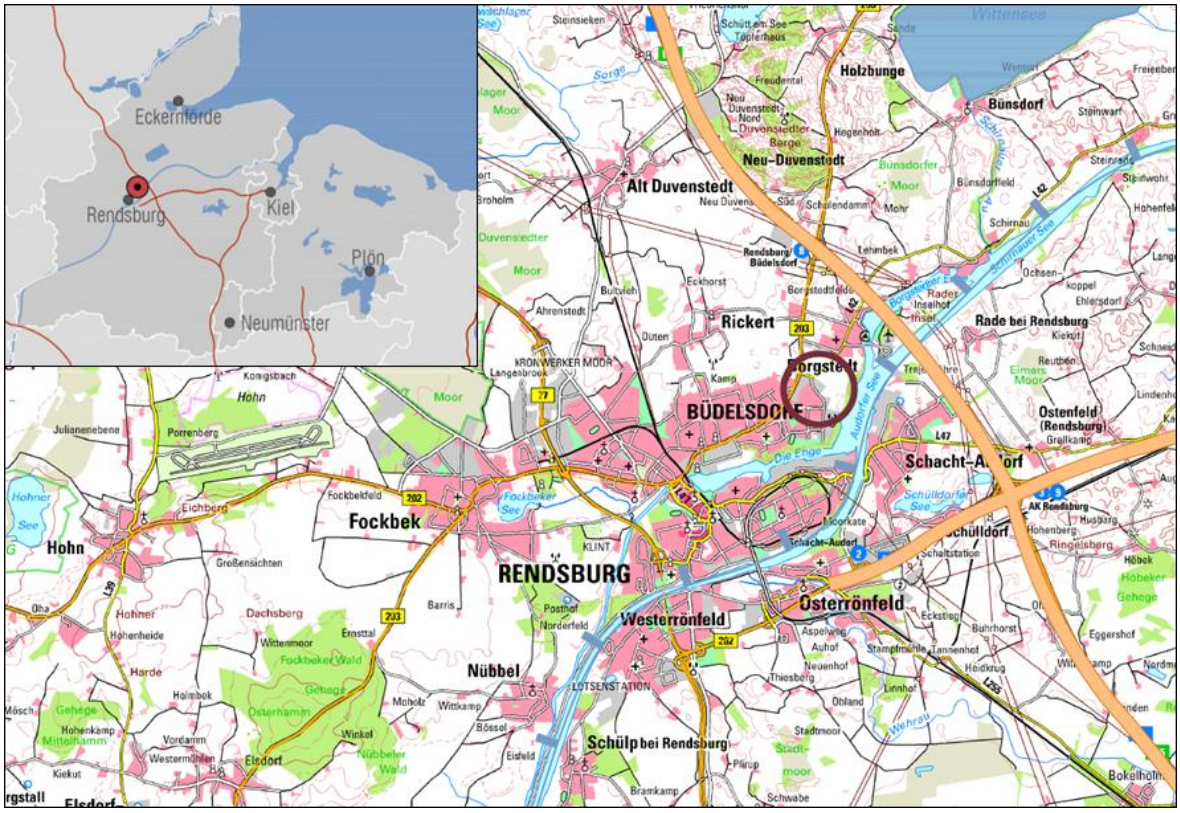
Allgemeine Angaben	
Stadt/Amt/Gemeinde (zentralörtliche Funktion)	Stadt Rendsburg (Mittelzentrum); Gemeinde Osterrönfeld (Amt Eiderkanal)
Kreis	Rendsburg-Eckernförde
Art des Gebietes (nach BauNVO)	GE
Fläche	ca. 80 ha Bruttobauland
Verfügbarkeit	ca. 10 ha sofort verfügbar, ca. 40 ha Nettobauland mittelfristig
Größe und Flächenzuschnitt/ Eigentumsverhältnisse	
Einbindung in Siedlungsstruktur	Randlage zur Gemeinde Osterrönfeld und Rendsburg-Süd; von beiden durch B 202 getrennt
Topographie/Relief/Bebaubarkeit	
Erschließungsprobleme	
Restriktionen	
Planungs- und Realisierungsstand	
Flächennutzungsplan	35. Änderung FNP Rendsburg
Bebauungsplan	B-Plan 79 und 94 (Rendsburg, „Gewerbegebiet Bischofskamp“), B-Plan 31 Osterrönfeld
Erschließung	
Verkehrsanbindung / Lagegunst	
Autobahnanschluss	3,5 km zur A 210
Bundesstraße	B 202 direkt anliegend
See-/Binnenhafen	2 km nach Rendsburg

Gleisanschluss	keiner
Bewertung Lagequalität	sehr gute Lage und Anbindung
Qualitative Bewertung / Eignung	
Funktionsfähigkeit des Standortes	
Sonstige Bemerkungen	interkommunales Projekt, B-Plan-Änderung läuft geeignet für Schwerlastumschlag, schwerlastfähige Straßenanbindung zum Hafen; funktionaler Zusammenhang mit Rendsburg Port Planung/Realisierung durch Entwicklungsagentur Rendsburg Ergänzung zum Port Nordflächen, Standort ist schon seit Jahren im GEP als einer von zwei prioritären GEP-Flächen geführt
Ausrichtung Unternehmen	
Standorttypologie	Standort für großflächiges Gewerbe mit besonderer Lagegunst für Logistik/Distribution
Bewertung: regionalplanerische und strukturpolitische Bedeutung	
Priorisierung Gutachter	überregional bedeutsam Hinweis: auch Standort für Gewerbegebiet von überregionaler Bedeutung im Sinne von Ziffer 2.6 Abs. 4 LEP 2010




1
2
3
4

Gewerbegebiet Fehmarnstraße/Am Dolmen



Allgemeine Angaben	
Stadt/Amt/Gemeinde (zentralörtliche Funktion)	Stadt Büdelsdorf (Stadtrandkern 2. Ordnung)
Kreis	Rendsburg-Eckernförde
Art des Gebietes (nach BauNVO)	GE (teilweise GI)
Fläche	ca. 68 ha Nettobauland
Verfügbarkeit	ca. 10 ha im Osten sofort verfügbar; weitere 6,8 ha GE am Ortsausgang Richtung Borgstedt neu entwickelt und ebenfalls verfügbar
Größe und Flächenzuschnitt/ Eigentumsverhältnisse	kleinteiliges Gebiet, kleine Parzellen
Einbindung in Siedlungsstruktur	unmittelbar östlich an Siedlungsbereich angrenzend, im Osten durch Eider-Ufer begrenzt
Topographie/Relief/Bebaubarkeit	
Erschließungsprobleme	
Restriktionen	
Planungs- und Realisierungsstand	
Flächennutzungsplan	19. Änderung FNP
Bebauungsplan	B-Pläne 52, 29, 33, 28
Erschließung	
Verkehrsanbindung / Lagegunst	
Autobahnanschluss	3,2 km zur A 7
Bundesstraße	B 203 direkt anliegend

See-/Binnenhafen	5 km zum Hafen Rendsburg
Gleisanschluss	keiner
Bewertung Lagequalität	
Qualitative Bewertung / Eignung	
Funktionsfähigkeit des Standortes	
Sonstige Bemerkungen	gewerbliche Entwicklung soll in Richtung Borgstedtfelde gehen, Flächen seit 10 Jahren in der Entwicklung/ Vermarktung mit dem Druckzentrum auf 8 ha wurde 2001 ein großer Investor akquiriert, seitdem eher kleinere Grundstücksverkäufe Vorteil ist die Verfügbarkeit im NO: ca. 10 ha und insg. 14 Grundstücke, ein Investor aus Rendsburg wird verlagern (von Büsumer Str.) Preise ab 15 Euro zuzügl. Erschließung Straße
Ausrichtung Unternehmen	Druckhaus als Ankerinvestor, ansonsten klein- und mittelständische Unternehmen aus Produktion und Dienstleistung, insgesamt kleinteilige Erschließung, dänischer Investor für die neuen Flächen (Grund war die Lage zur Autobahn)
Standorttypologie	„klassisches“ Gewerbegebiet für mittelständisches Produzierendes Gewerbe
Bewertung der regionalplanerischen und strukturpolitischen Bedeutung	
Priorisierung Gutachter	regional bedeutsam



1



2



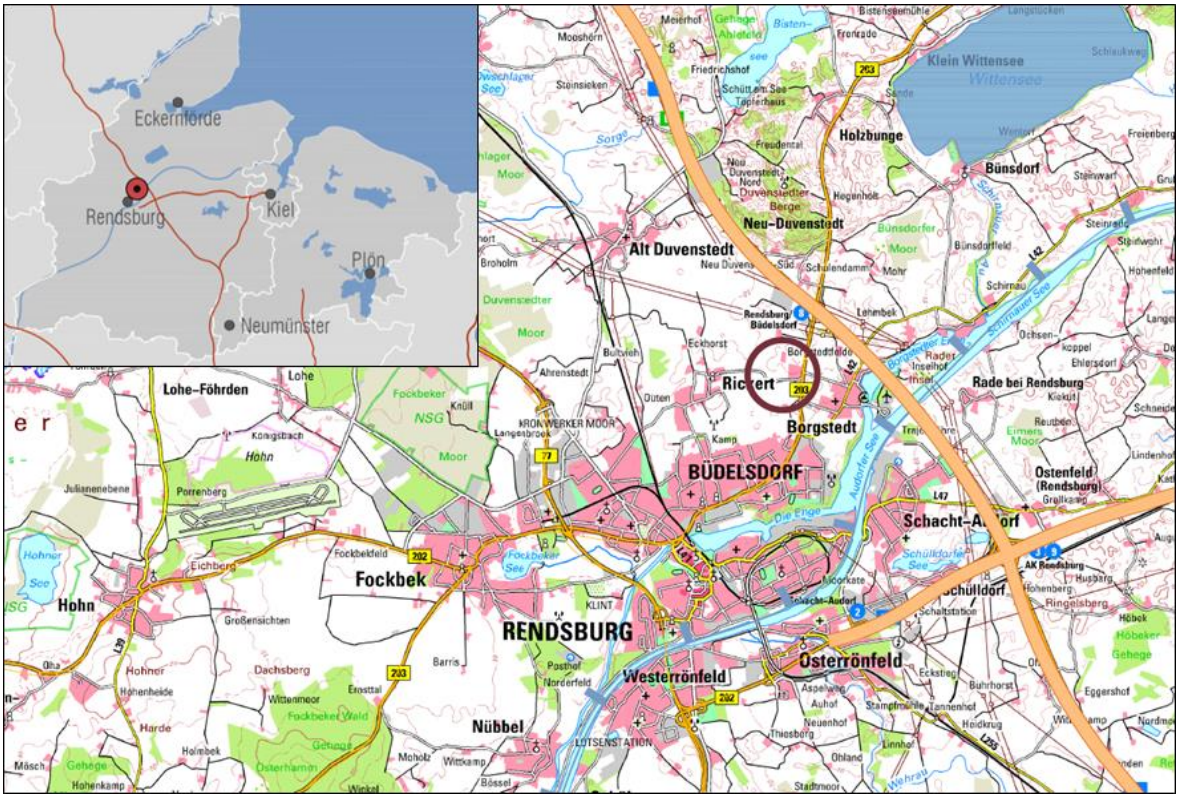
3



4



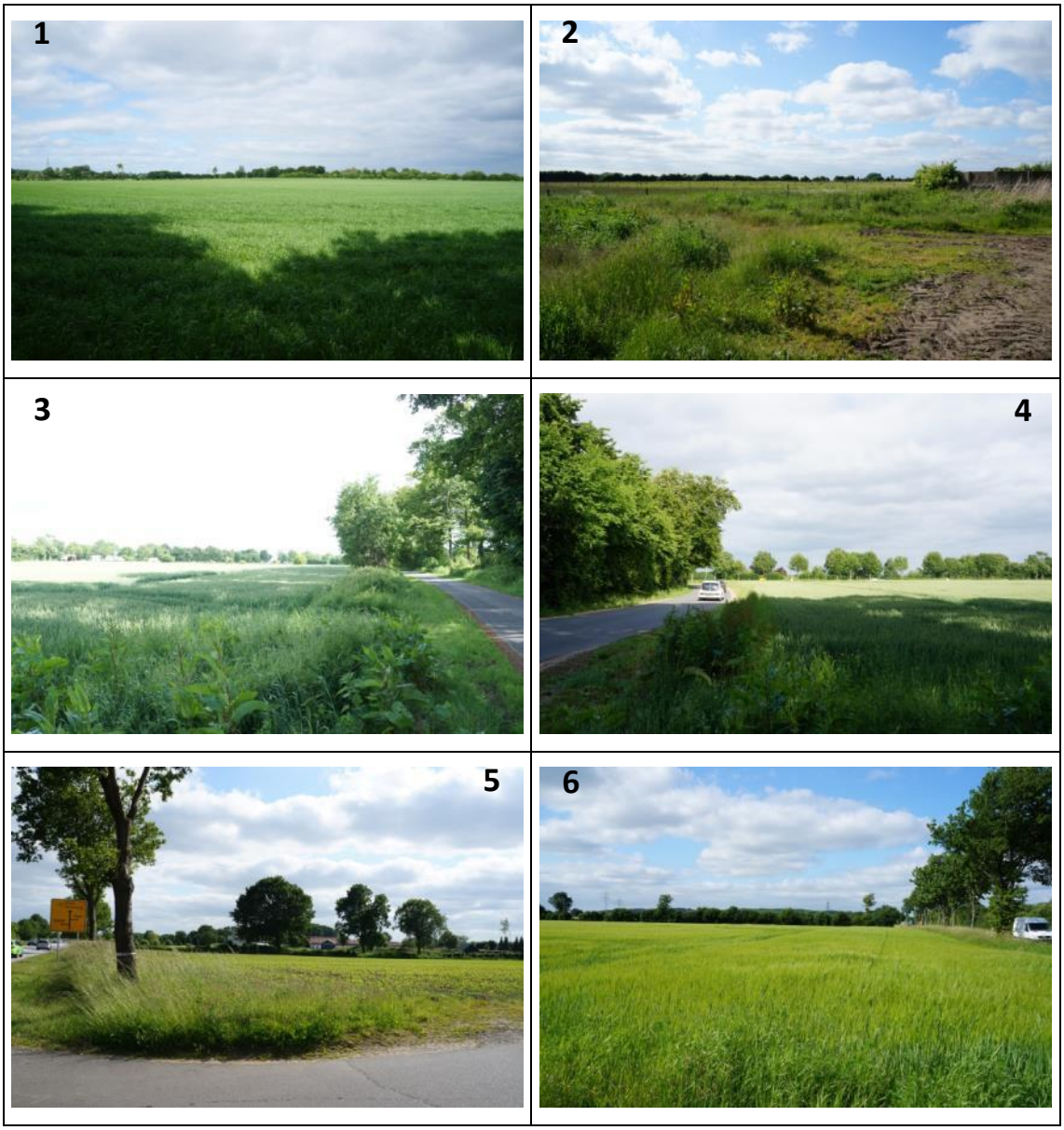
Interkommunales Gewerbegebiet Borgstedtfelde



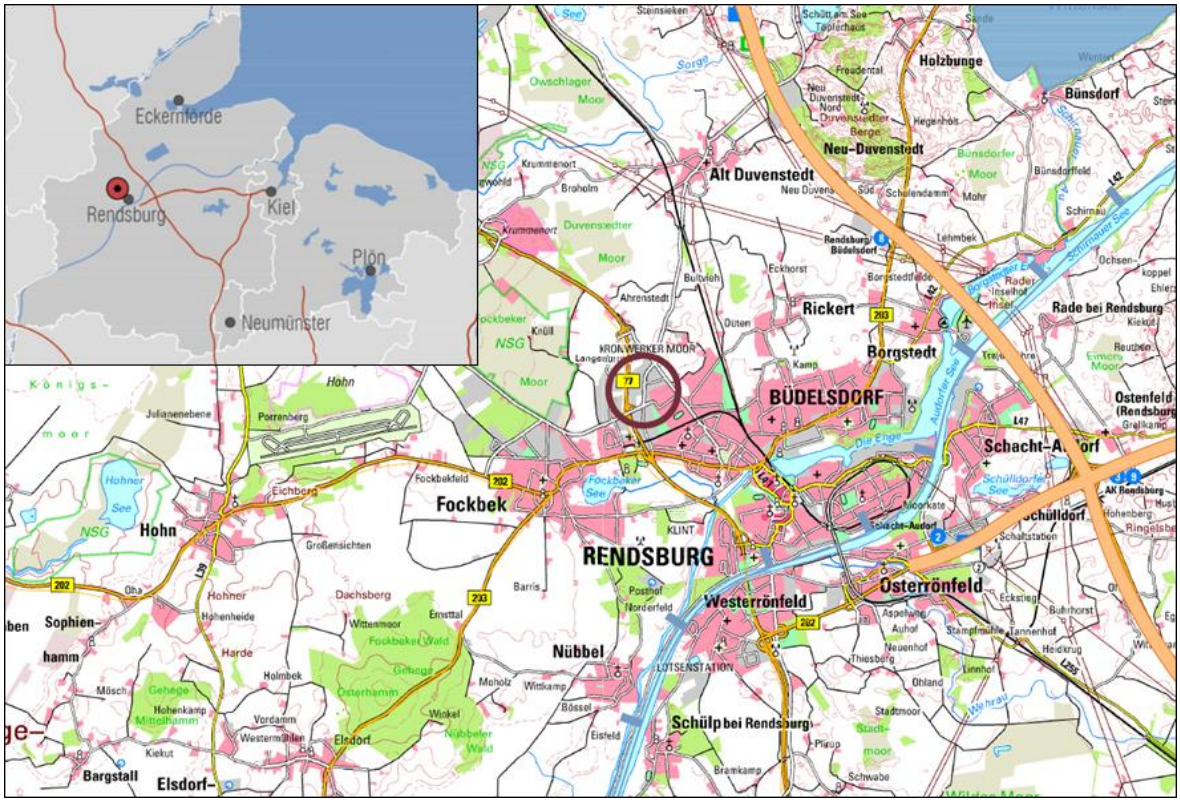
Allgemeine Angaben	
Stadt/Amt/Gemeinde (zentralörtliche Funktion)	Gemeinde Borgstedt, Amt Hüttener Berge
Kreis	Rendsburg-Eckernförde
Art des Gebietes (nach BauNVO)	GE
Fläche	ca. 40 ha Bruttobauland
Verfügbarkeit	
Größe und Flächenzuschnitt/ Eigentumsverhältnisse	
Einbindung in Siedlungsstruktur	isolierte Lage an der B 203 zwischen Büdelsdorf und A7
Topographie/Relief/Bebaubarkeit	
Erschließungsprobleme	
Restriktionen	evtl. Probleme durch ansässige landwirtschaftliche Betriebe, weitere Nutzung Reiterhof
Planungs- und Realisierungsstand	
Flächennutzungsplan	9. Änderung FNP (in Aufstellung)
Bebauungsplan	B-Plan Nr. 17 „Interkommunales Gewerbegebiet Borgstedtfelde“ der Gemeinde Borgstedt (in Aufstellung)
Erschließung	noch nicht erschlossen
Verkehrsanbindung / Lagegunst	
Autobahnanschluss	1,2 km zur A 7
Bundesstraße	B 203 direkt anliegend
See-/Binnenhafen	7 km zum Hafen Rendsburg

Gleisanschluss	keiner
Bewertung Lagequalität	direkt an B 203
Abschließende Bewertung / Eignung	
Funktionsfähigkeit des Standortes	Standort soll die gewerbliche Entwicklung von Rendsburg über Büdelsdorf in Richtung BAB vollziehen im GEP als einer von zwei prioritären Standorten (neben Port Süd) dargestellt
Sonstige Bemerkungen	hohe Priorität für Kreis und lokale Akteure Entwicklung über Entwicklungsgesellschaft Borgstedtfelde mbH (kurz "EGB"; Gesellschafter sind die Kommunen Borgstedt, Schacht-Audorf, Büdelsdorf und Rendsburg) nach GEP sollte Entwicklung zuerst (prioritär) von der BAB in Richtung Büdelsdorf erfolgen, jetzt Entwicklung in anderer Richtung, weil dort die Fläche zum Verkauf stand
Ausrichtung Unternehmen	
Standorttypologie	Standort für großflächiges Gewerbe mit besonderer Lagegunst für Logistik/Distribution
Bewertung: regionalplanerische und strukturpolitische Bedeutung	
Priorisierung Gutachter	überregional bedeutsam Hinweis: auch Standort für Gewerbegebiet von überregionaler Bedeutung im Sinne von Ziffer 2.6 Abs. 4 LEP 2010




1
2
3
4
5
6

Gewerbegebiet Büsumer Straße



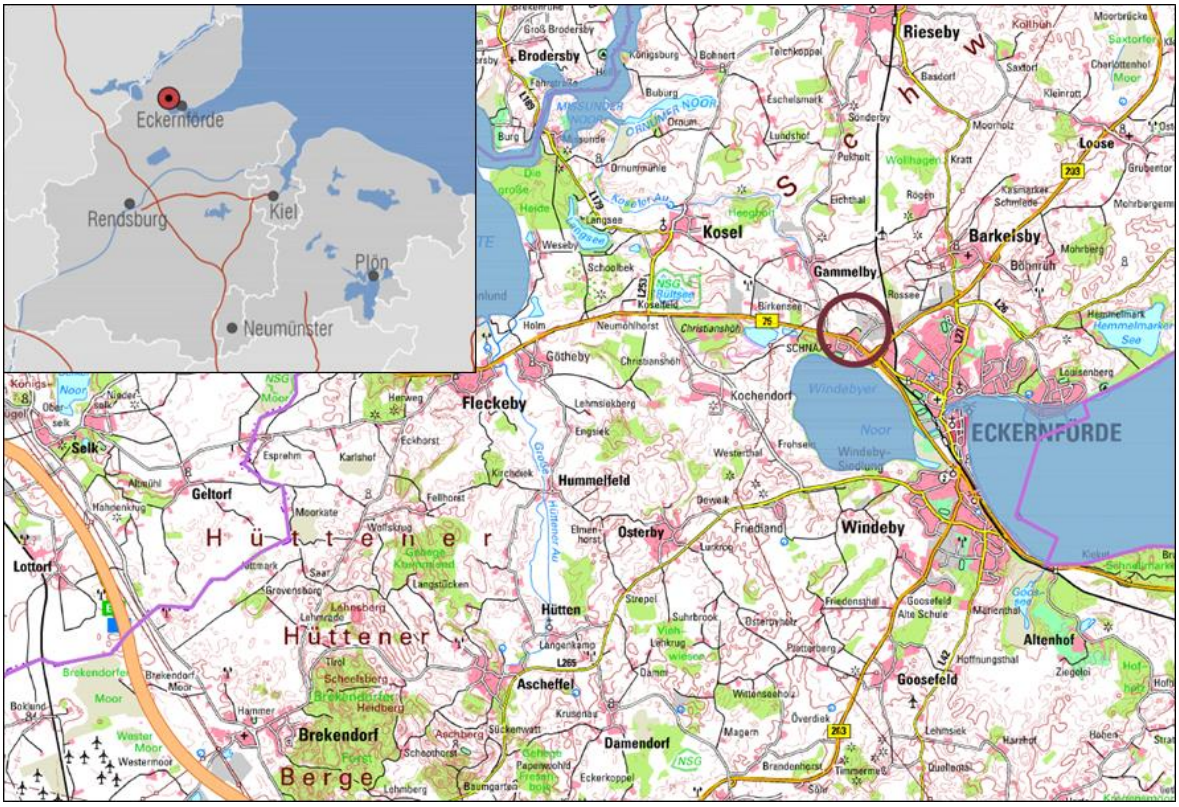
Allgemeine Angaben	
Stadt/Amt/Gemeinde (zentralörtliche Funktion)	Stadt Rendsburg (Mittelzentrum)
Kreis	Rendsburg-Eckernförde
Art des Gebietes (nach BauNVO)	GE/GI
Fläche	ca. 11 ha Nettobauland
Verfügbarkeit	6,1 ha verfügbar
Größe und Flächenzuschnitt/ Eigentumsverhältnisse	
Einbindung in Siedlungsstruktur	nordöstliche Stadtrandlage, weitere Gewerbeflächen östlich der B77 (Friedrichstädter Straße, Eiderpark); Teil eines Gewerbeareals am Stadtrand
Topographie/Relief/Bebaubarkeit	
Erschließungsprobleme	
Restriktionen	
Planungs- und Realisierungsstand	
Flächennutzungsplan	
Bebauungsplan	B-Plan 69, B-Plan 70
Erschließung	
Verkehrsanbindung / Lagegunst	
Autobahnanschluss	8,3 km zur A 7
Bundesstraße	B 77 direkt anliegend
See-/Binnenhafen	5,7 km zum Hafen Rendsburg

Gleisanschluss	keiner
Bewertung Lagequalität	ungünstige Anbindung an BAB (Durchfahrt durch Stadt und Büdelsdorf bzw. nach Süden durch den Kanaltunnel), wird zur Zeit noch potenziert durch schlechte Erreichbarkeit durch Kanaltunnel
Abschließende Bewertung / Eignung	
Funktionsfähigkeit des Standortes	klassisches GE mit viel Handel und Autohäuser
Sonstige Bemerkungen	lt. Aussagen Büdelsdorf gibt es Verlagerer in andere Gebiete
Ausrichtung Unternehmen	Recyclinghof, mehrere Autohäuser, Holzhandel, Feuerschutz, Verkauf Wohnwagen, Badausstellung- und Verkauf, Maschinenbau, Autohandel, KEP-Unternehmen, Haushaltwarenhandel
Standorttypologie	klassisches Gewerbegebiet für mittelständisches, regional orientiertes Gewerbe
Bewertung: regionalplanerische und strukturpolitische Bedeutung	
Priorisierung Gutachter	regional bedeutsam



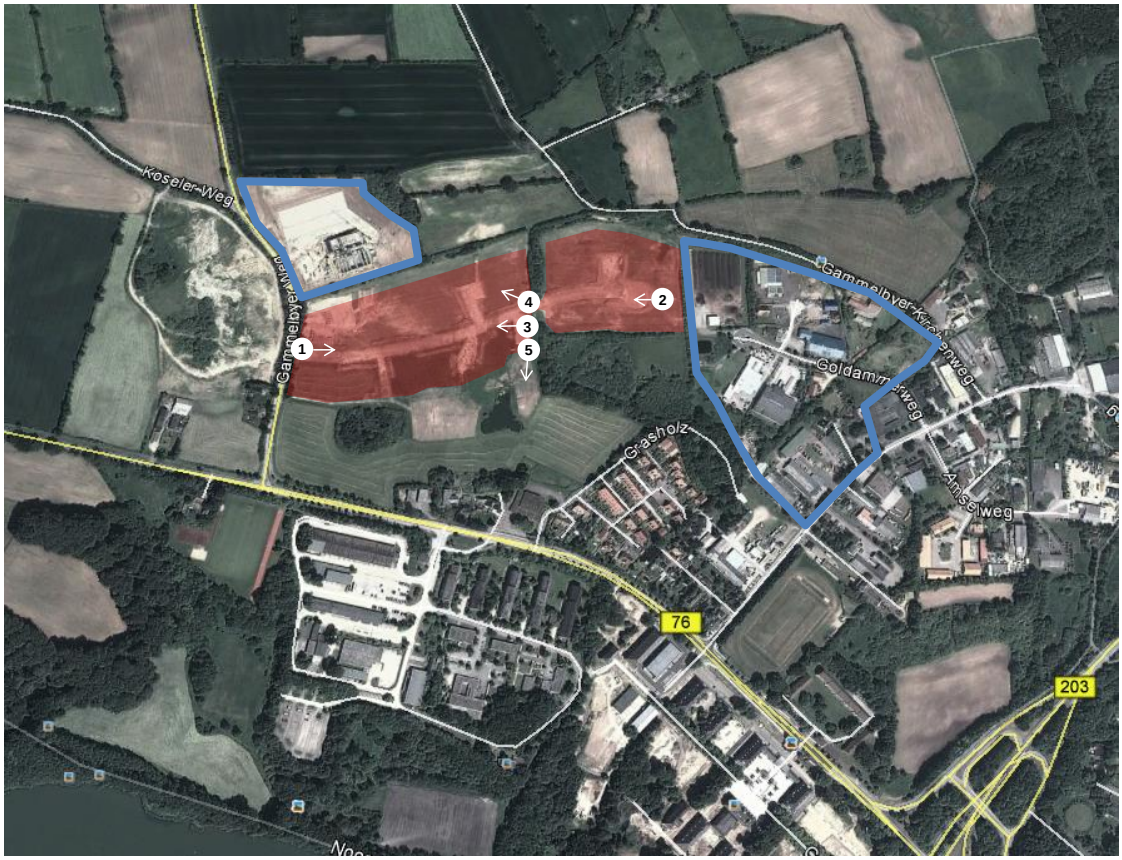
<table>
<tr>
<td>1
  </td>
<td>2
  </td>
</tr>
<tr>
<td>3
  </td>
<td></td>
</tr>
</table>

Gewerbegebiet Eckernförde Nord (Grasholz)



Allgemeine Angaben	
Stadt/Amt/Gemeinde (zentralörtliche Funktion)	Eckernförde (Mittelzentrum)
Kreis	Rendsburg-Eckernförde
Art des Gebietes (nach BauNVO)	GE
Fläche	ca. 10 ha Bruttobauland
Verfügbarkeit	35 Grundstücke, vier oder fünf verkauft und bereits bebaut bzw. in Bau
Größe und Flächenzuschnitt/ Eigentumsverhältnisse	Gesamtbaufläche 7,3 ha, Parzellengröße 1.049 – 4.091 qm
Einbindung in Siedlungsstruktur	Randlage von Eckernförde in Richtung Schleswig, südlich der B76 liegt Militär
Topographie/Relief/Bebaubarkeit	leicht hügelig
Erschließungsprobleme	
Restriktionen	
Planungs- und Realisierungsstand	
Flächennutzungsplan	
Bebauungsplan	B-Plan 34 (1. Änderung)
Erschließung	Komplett erschlossen (Strom, Wasser, Gas)
Verkehrsanbindung / Lagegunst	
Autobahnanschluss	19,5 km zur A 7
Bundesstraße	an der B76 bzw. Zufahrt nördlich davon
See-/Binnenhafen	30 km nach Kiel

Gleisanschluss	keiner
Bewertung Lagequalität	liegt etwas abseits der B76
Abschließende Bewertung / Eignung	
Funktionsfähigkeit	
Sonstige Bemerkungen	Preise: rd. 40 Euro/qm (inkl. Kostenanteil für die Stadtwerke) Gefördert über Zukunftsprogramm Wirtschaft (EFRE)
Ausrichtung Unternehmen	Bisher drei Unternehmen, u. a. Gartenbaufirma Nördlich des GE liegt eine größere Halle eines Landtechnikun-ternehmens
Standorttypologie	
Bewertung: regionalplanerische und strukturpolitische Bedeutung	
Priorisierung Gutachter	regional bedeutsam





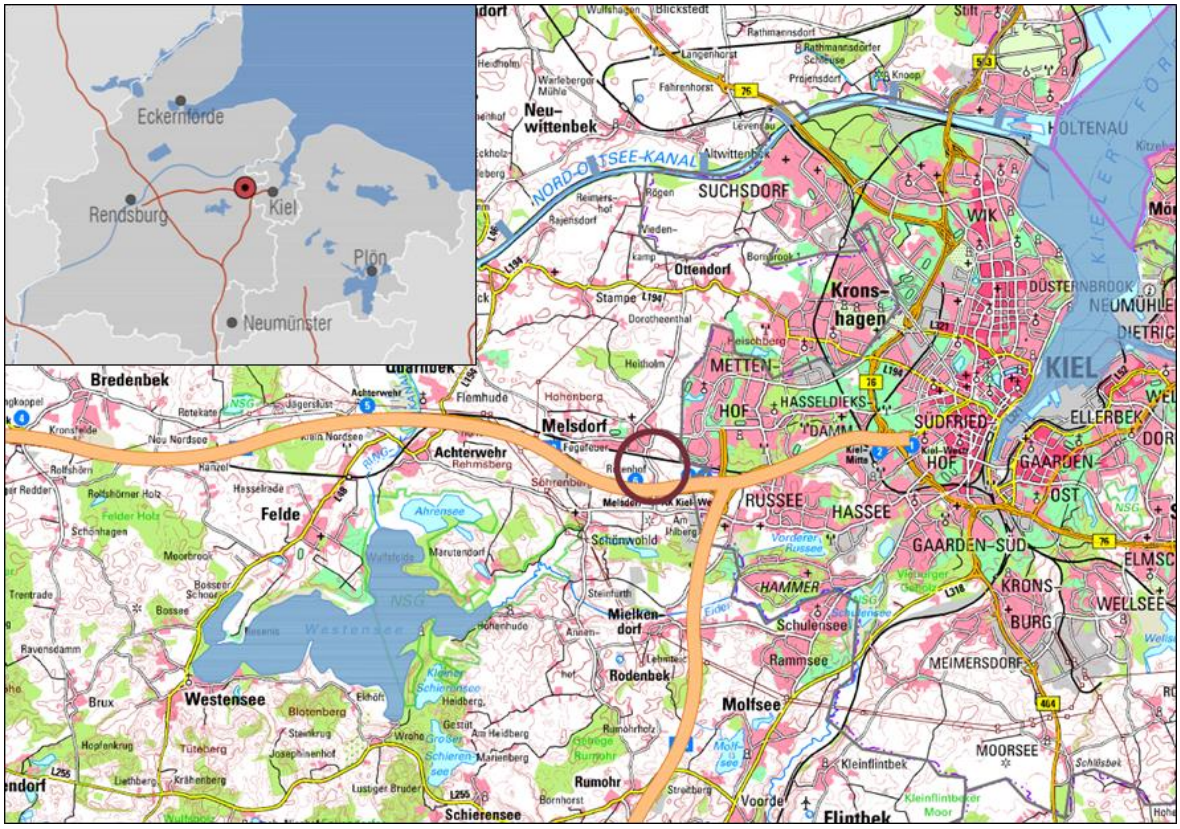



3


4


5

Interkommunales Gewerbegebiet Rotenhof



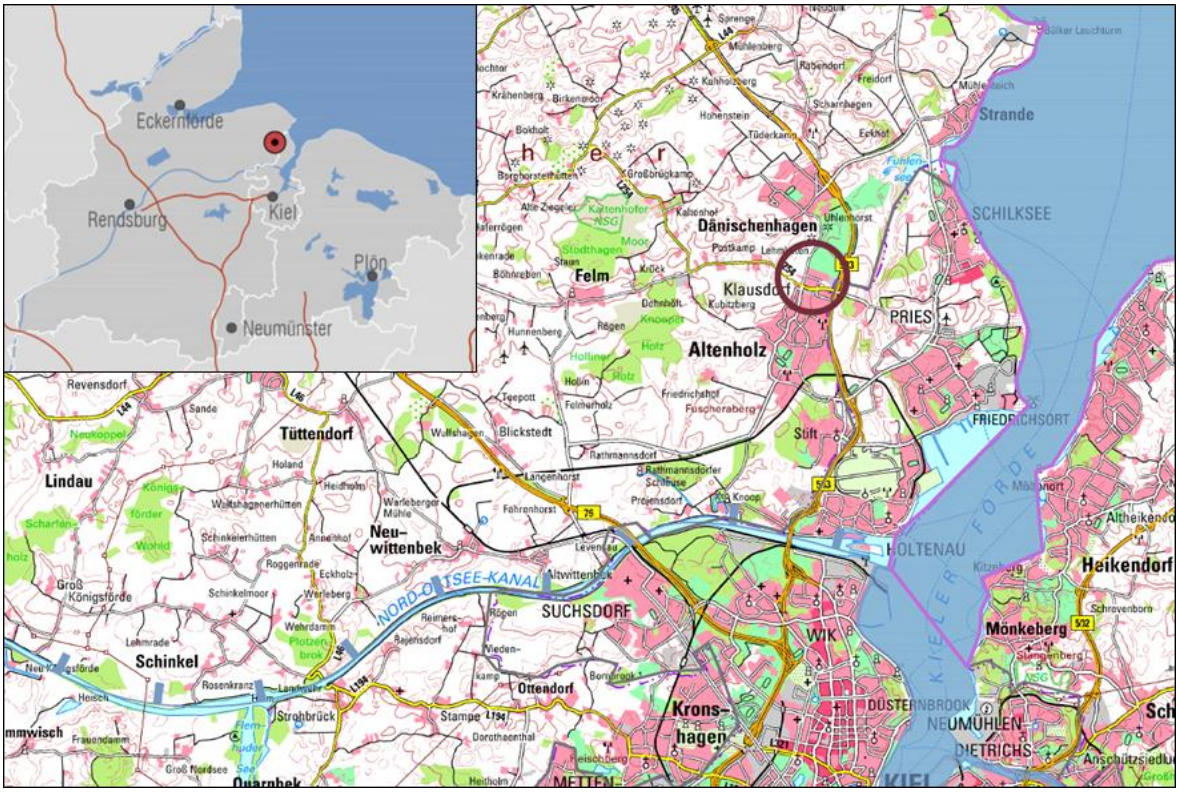
Allgemeine Angaben	
Stadt/Amt/Gemeinde (zentralörtliche Funktion)	Gemeinde Melsdorf, Amt Achterwehr
Kreis	Rendsburg-Eckernförde
Art des Gebietes (nach BauNVO)	GE
Fläche	ca. 20 ha Bruttobauland
Verfügbarkeit	ca. 15 ha Nettobauland mittel- bis langfristig
Größe und Flächenzuschnitt/ Eigentumsverhältnisse	
Einbindung in Siedlungsstruktur	südlich des Gemeindegebiets, isolierte Lage zwischen Bahnlinie und Autobahn
Topographie/Relief/Bebaubarkeit	
Erschließungsprobleme	
Restriktionen	
Planungs- und Realisierungsstand	
Flächennutzungsplan	7. Änderung FNP (im Verfahren)
Bebauungsplan	B-Plan 14 (im Verfahren)
Erschließung	Ausschreibung noch 2015, Baubeginn 2016
Verkehrsanbindung / Lagegunst	
Autobahnanschluss	0,2 km zur A 210
Bundesstraße	
See-/Binnenhafen	13 km nach Kiel

Gleisanschluss	Bahnlinie verläuft direkt am Gebiet
Bewertung Lagequalität	sehr gute Lage/Anbindung an BAB 210; 5,5 km Luftlinie bis zur Förde
Abschließende Bewertung / Eignung	
Funktionsfähigkeit	
Sonstige Bemerkungen	hat sich langfristig aus Stadt-Umland-Kooperation ergeben Ziel lt. Kiwi: pro Jahr 9.000 qm zu vermarkten
Ausrichtung Unternehmen	Zielgruppe sind Dienstleister und prod. Gewerbe, eher weniger Logistik
Standorttypologie	
Bewertung der regionalplanerischen und strukturpolitischen Bedeutung	
Priorisierung Gutachter	überregional bedeutsam Hinweis: auch Standort für Gewerbegebiet von überregionaler Bedeutung im Sinne von Ziffer 2.6 Abs. 4 LEP 2010 bzw. lt. Regionalplan interkommunales Gewerbegebiet mit der LHK (S. 37)



1 	**2** 
3 	

Interkommunales Gewerbegebiet Dänischenhagen



Allgemeine Angaben	
Stadt/Amt/Gemeinde (zentralörtliche Funktion)	Gemeinde Altenholz und Gemeinde Dänischenhagen (Altenholz Stadtrandkern 2. Ordnung)
Kreis	Rendsburg-Eckernförde
Art des Gebietes (nach BauNVO)	GE
Fläche	insg. ca. 38 ha Bruttobauland (einschl. geplanter Erweiterung)
Verfügbarkeit	0,6 ha sofort verfügbar; 16 ha mittel- bis langfristig nach Herstellung der Erweiterung
Größe und Flächenzuschnitt/ Eigentumsverhältnisse	
Einbindung in Siedlungsstruktur	liegt am Rande von Altenholz; nördlich angrenzend Golfplatz
Topographie/Relief/Bebaubarkeit	
Erschließungsprobleme	
Restriktionen	aus Landesplanungssicht sind bei der Entwicklung die Achsenabgrenzung und der regionale Grünzug zu beachten
Planungs- und Realisierungsstand	
Flächennutzungsplan	
Bebauungsplan	in Vorbereitung
Erschließung	
Verkehrsanbindung / Lagegunst	
Autobahnanschluss	13,5 km zur A 215
Bundesstraße	0,2 km zur B 503
See-/Binnenhafen	8,2 km nach Kiel

Gleisanschluss	keiner
Bewertung Lagequalität	gut angebunden an die B503 über die L254 mit direkten Zu- und Abfahrten unmittelbar angrenzend in Altenholz befindet sich dataport (IT-Dienstleister mit 2.300 MA für die öff. Verwaltung)
Qualitative Bewertung / Eignung	
Funktionsfähigkeit des Standortes	
Sonstige Bemerkungen	Zweckverband Entwicklungsgemeinschaft Altenholz-Dänischenhagen-Kiel (Kiel eingebunden) fast alle Flächen im bestehenden GE vermarktet, hohe lokale Nachfrage, kann kaum noch bedient werden, für die Vermarktung ist erfahrungsgemäß allerdings ein längerer Zeitraum einzuplanen Ausrichtung eher lokaler Bedarf (Handwerker), aber nicht klar definiert; zu starke Spezialisierung sollte vermieden werden Standortentwicklung ist bei der Neuaufstellung des Regionalplans zu berücksichtigen
Ausrichtung Unternehmen	Lokal und regional ausgerichtete Unternehmen (Autoreparatur, Gartenbau, Baumaschinenvermietung, Holz/Garten, Versicherungsvertretung, Ingenieurbüros, Bauhof, Bootswerft, Trailer, Geländewagen)
Standorttypologie	„klassisches“ Gewerbegebiet für mittelständisches Produzierendes Gewerbe
Bewertung: regionalplanerische und strukturpolitische Bedeutung	
Priorisierung Gutachter	regional bedeutsam


Mühlenstraße
Postkamp
Klausdorfer Straße
Uhlenhorster Weg
Golf- und Landclub Uhlenhorst
Herwarth
1
2
3
4
5
6


1


2

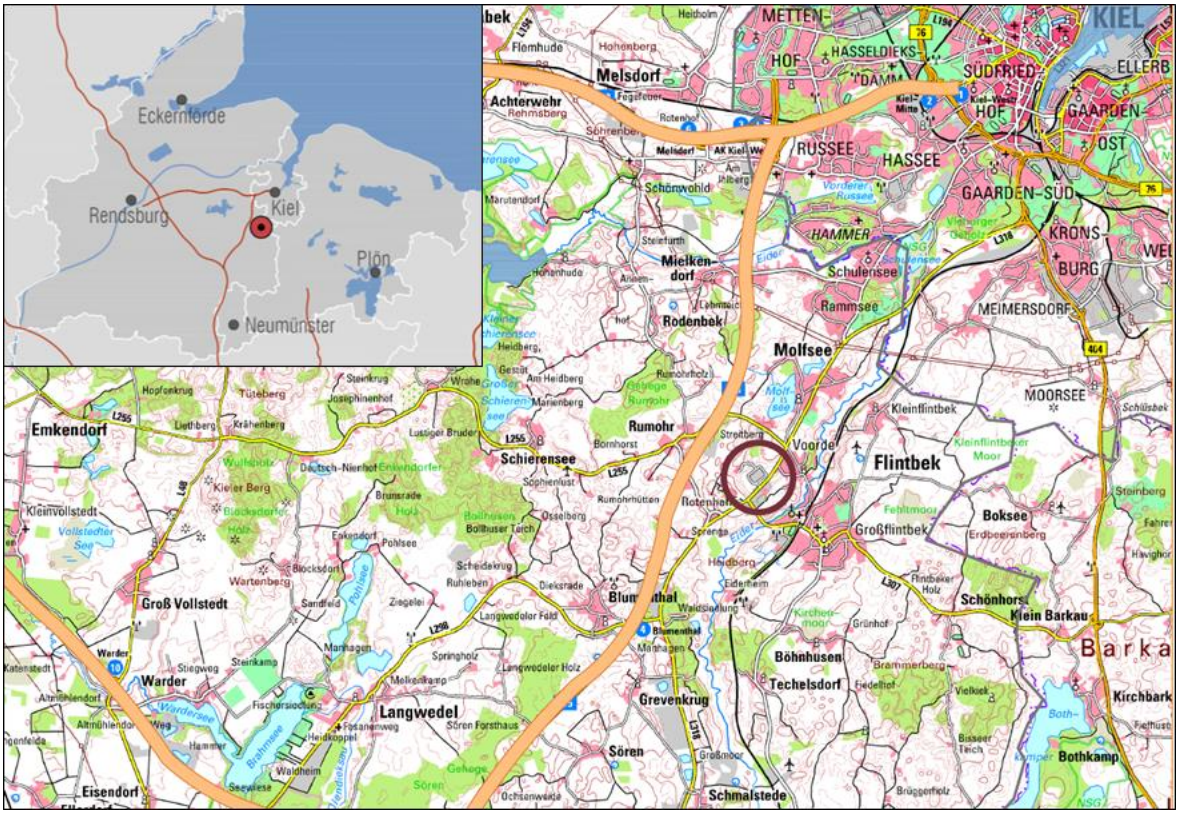

3


4


5


6

Gewerbegebiet Flintbek B 38 („Nördlich und südlich Batterieweg“)



Allgemeine Angaben	
Stadt/Amt/Gemeinde (zentralörtliche Funktion)	Gemeinde Flintbek/Amt Flintbek (Stadtrandkern 2. Ordnung)
Kreis	Rendsburg-Eckernförde
Art des Gebietes (nach BauNVO)	GE
Fläche	ca. 14,5 ha Nettobauland
Verfügbarkeit	5,3 ha sofort verfügbar
Größe und Flächenzuschnitt/ Eigentumsverhältnisse	
Einbindung in Siedlungsstruktur	isolierte Lage an L 318
Topographie/Relief/Bebaubarkeit	
Erschließungsprobleme	
Restriktionen	
Planungs- und Realisierungsstand	
Flächennutzungsplan	
Bebauungsplan	B-Plan 38 („Nördlich und südlich Batterieweg“, 2009)
Erschließung	
Verkehrsanbindung / Lagegunst	
Autobahnanschluss	4,1 km zur A 215
Bundesstraße	8,5 km zur B 404
See-/Binnenhafen	16 km nach Kiel
Gleisanschluss	keiner
Bewertung Lagequalität	akzeptable Anbindung zur BAB 215, Anschluss Blumental

Abschließende Bewertung / Eignung	
Funktionsfähigkeit des Standortes	
Sonstige Bemerkungen	Entwicklung/Vermarktung durch Landgesellschaft S-H offensichtlich kaum bzw. geringe Nachfrage an diesem Standort, lange Vermarktungszeit
Ausrichtung Unternehmen	Chipkartenunternehmen, Druck/IT-Unternehmen, Bootsbau, Fachcenter, Spielcenter
Standorttypologie	„klassisches“ Gewerbegebiet für mittelständisches produzierendes Gewerbe
Bewertung: regionalplanerische und strukturpolitische Bedeutung	
Priorisierung Gutachter	regional bedeutsam








3


4


5

5. Plön

Lütjenburg Konversionsgelände



Allgemeine Angaben	
Stadt/Amt/Gemeinde (zentralörtliche Funktion)	Stadt Lütjenburg (Unterzentrum)
Kreis	Kreis Plön
Art des Gebietes (nach BauNVO)	Zunächst noch keine gesamtgebietliche planungs-rechtliche Kategorisierung, weil es sich um eine ehe-malige Militärliegenschaft handelt. Einzelne Bereiche werden fallweise nach § 34 BauGB bewertet.
Fläche	Gesamtfläche Konversion 24,6 ha; südlicher Bereich lt. Rahmen-plan GE und GEe
Verfügbarkeit	6,6 ha Nettobauland für Gewerbe kurz- und mittelfristig verfügbar
Größe und Flächenzuschnitt/ Eigentumsverhältnisse	Eigentum BIMA
Einbindung in Siedlungsstruktur	westliche Stadtrandlage, Nähe zur Stadtmitte, integriert in Sied-lungsbereich
Topographie/Relief/Bebaubarkeit	Bauflächen GE sind topografisch kaum bewegt.

Erschließungsprobleme	Die Versorgung mit Energie, Wasser, Medien und die Entsorgung sind noch auf dem Stand der Militärliegen-schaft als Gesamtanlage, d. h nicht ausgerichtet auf eine parzellenweise Nutzung. Anpassungen werden hier erforderlich, wenn gewerbliche Einzelstandorte genutzt werden sollen. Innen: Vorhandene innere Erschließung. Zwei äußere Anbindungen, die fallweise auch erweitert oder durch zusätzliche Zufahrten ergänzt werden.
Restriktionen	Derzeit keine gültigen Bauleitpläne. Baurechte unter-liegen Einzelfallprüfung. F-Plan in Aufstellung (25. FNP-Änderung) Bebauungsplan / Bebauungspläne i.d.R. erforderlich. Rückwärtiger Bereich ist im Rahmenplan als GEe vor-gesehen. Planerische Abstimmung mit Tourismus, themenbezogenem Wohnen, Seniorenzentrum erforderlich. Gebäudebestand mit unterschiedlicher Nutzbarkeit, ggfls. Abriss oder Umbau erforderlich.
Planungs- und Realisierungsstand	
Flächennutzungsplan	25. Änderung FNP im Verfahren (auf der Grundlage des bereits erstellten städtebaulichen Rahmenplans), nicht rechtswirksam, Stand 6/15
Bebauungsplan	i.d.R. erforderlich
Erschließung	gegeben, bedarfsweise ergänzbar
Verkehrsanbindung / Lagegunst	
Autobahnanschluss	21 km zur A1
Bundesstraße	B 202 über Kieler Straße angebunden, L165
See-/Binnenhafen	32 km nach Kiel
Gleisanschluss	keiner
Bewertung Lagequalität	regionale Anbindung durch gute Lage an B 202
Abschließende Bewertung / Eignung	
Funktionsfähigkeit des Standortes	Planung setzt auf flexible Nutzung und nachfrageorientierte Grundstücksabgabe
Sonstige Bemerkungen	Planungen laufen auf einen „neuen“ Stadtteil von Lütjenburg hinaus (mit einem angemessenen Anteil für gewerbliche Nutzungen im südlichen Teil)
Ausrichtung Unternehmen	laut Stadtverwaltung hat ein Landmaschinenhandel Flächen erworben, ebenso haben kleine Einzelunternehmen wie ein Hausmeisterservice und ein Bootsservice bereits alte Panzerhallen gekauft
Standorttypologie	„klassisches“ Gewerbegebiet meist in Randlagen als Standort für mittelständisches produzierendes Gewerbe
Bewertung: regionalplanerische und strukturpolitische Bedeutung	
Priorisierung Gutachter	regional bedeutsam


L165
Bunnenberg
Am Scharfenberg
202
Ellerkamp
1
2
3
4
5
6
7


1

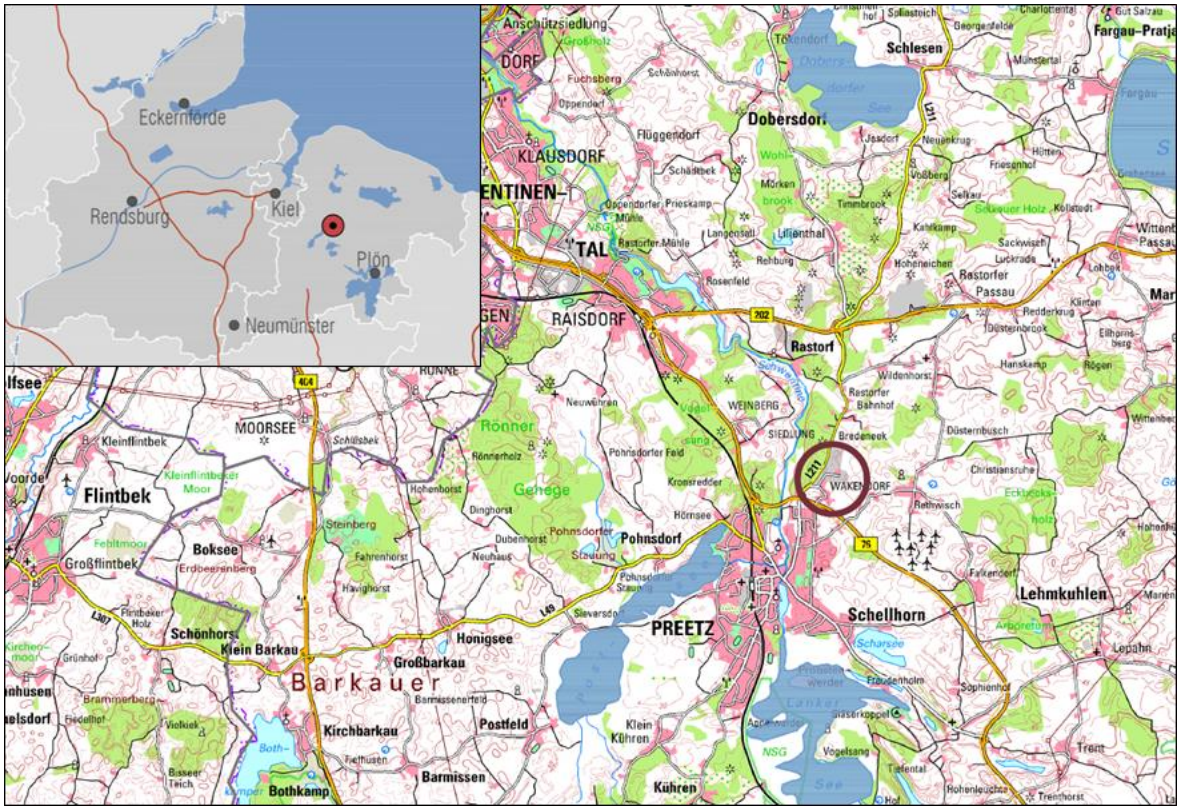

2


3


4

5 	**6** 
7 	

Gewerbegebiet Wakendorf



Allgemeine Angaben	
Stadt/Amt/Gemeinde (zentralörtliche Funktion)	Stadt Preetz (Unterzentrum)
Kreis	Kreis Plön
Art des Gebietes (nach BauNVO)	Fläche teilt sich auf in bestehendes Gewerbegebiet Wakendorf-Nord im Nordteil (ca. 28 ha) und Erweiterungsfläche im Südteil (ca. 32 ha). FNP 2007 stellt insgesamt GE dar. Nordteil ist nahezu vollständig bebaut und genutzt, Bebauungspläne Nr. 22, 22 A, 22 B, 22 C incl. Änderungen im nördlichen Bereich setzen GE fest.
Fläche	insg. 60,5 ha Nettobauland einschl. geplanter Erweiterung Für den Südteil wurde eine Rahmenplanung „Gewerbegebiet Wakendorf, Erläuterungsbericht April 2015“ aufgestellt. Diese sieht die Nutzung hauptsächlich als GE und Abschnitte als MI vor. Wakendorf Süd ist die größte zusammenhängende planerisch vorbereitete GE-Entwicklungsfläche im Planungsraum II westlich von Kiel. Ihr kommt besondere Bedeutung als Angebot im Kreis Plön zu.
Verfügbarkeit	aktuell 0,1 ha verfügbar; nach Herstellung der Erweiterung mittelfristig weitere 32,6 ha verfügbar Verkaufsbereitschaft für Erweiterungsflächen ist erklärt.
Größe und Flächenzuschnitt/ Eigentumsverhältnisse	Nordteil parzelliert, Einzeleigentum Südteil gehört Landwirten, tlw. ist die Verkaufsbereitschaft bereits erklärt

Einbindung in Siedlungsstruktur	nördliche Stadtrandlage Preetz bzw. zentral in Ortslage Wakendorf
Topographie/Relief/Bebaubarkeit	Südteil stark reliefiert, besondere Anforderungen an Erschließungsgerüst und optimale Anordnung von Bauflächen
Erschließungsprobleme	Die äußere verkehrliche Erschließung des Nordteils verläuft über bestehende Anbindung B 76 → L 211 →Wakendorfer Straße → Dorfstraße → Feinverteilung im Gebiet. Die einzige vorhandene direkte verkehrliche Anbindung des Südteils wäre die Öffnung der Sackgasse Gewerbestraße von Norden kommend. Das entspräche aber nicht der für eine regional bedeutsame GE-Fläche erforderlichen Leistungsfähigkeit einer Gebietszufahrt. Erforderlich ist die südliche direkte Anbindung des Gebietes an den übergeordneten Verkehrsweg B 76. Aufgrund eines Gesprächs zwischen Stadt Preetz und LBV/WiMi am 3.7.2015 wurde die Zulässigkeit der direkte Straßenanbindung an die B 76 in Aussicht gestellt. Zum Redaktionsschluss ist die Erschließungsführung noch in Klärung.
Restriktionen	Erschließung Südteil bislang nicht gegeben, siehe oben. im östlichen Bereich Hotel, südlich der B 76 Wohnbebauung, auch Wohnbebauung in unmittelbarer Nähe entlang der Dorfstraße im OT Wakendorf Leistungsfähige Oberflächenwasserabführung muss aufgrund verschiedener Geländegefälle beachtet wer-den.
Planungs- und Realisierungsstand	
Flächennutzungsplan	GE
Bebauungsplan	in Vorbereitung auf Grundlage eines bestehenden Rahmenplanes
Erschließung	
Verkehrsanbindung / Lagegunst	
Autobahnanschluss	20 km zur A 21
Bundesstraße	B 76 verläuft südlich: Anbindung aber derzeit noch über Wakendorfer Straße
See-/Binnenhafen	15 km nach Kiel
Gleisanschluss	keiner
Bewertung Lagequalität	gute Lagequalität Bei unmittelbarem Anschluss an die B 76 sind das Stadtgebiet Kiel und der Raum östlich von Preetz in kurzer Zeit und problemlos erreichbar.
Abschließende Bewertung / Eignung	
Funktionsfähigkeit des Standortes	Das angrenzende GE Wakendorf-Nord ist ausgeschöpft. Für die südlich angrenzende Fläche wird sowohl eine örtliche wie auch regionale Flächennachfrage sowie auch aus Kiel erwartet.
Sonstige Bemerkungen	Im bestehenden GE Wakendorf-Nord vornehmlich kleine und mittlere Unternehmen (Bäder, Innenausbau, Fliesenleger, Dachdecker, Autoreparaturen, Beton, Lebenshilfewerk Kreis Plön gGmbH); im nördlichen Teil ist ein größeres Industriedruck-Unternehmen angesiedelt die verkehrliche Erschließung sollte unbedingt über die B76 erfolgen (neuer Anschluss) in der Vermarktung sollten aus Gutachtersicht überregional tätige Unternehmen die Hauptzielgruppe darstellen, kein Einzelhandel

	Lt. Regionalplan soll Preetz als äußerer Schwerpunkt der Siedlungsachse Kiel-Preetz aber verstärkt als gewerblicher Standort ausgebaut werden (Regionalplan S. 44).
Ausrichtung Unternehmen	Handwerk und verarb. Gewerbe für die regionale Nachfrage
Standorttypologie	„klassisches“ Gewerbegebiet in Randlage als Standort für mittelständisches produzierendes Gewerbe
Bewertung: regionalplanerische und strukturpolitische Bedeutung	
Priorisierung Gutachter	überregional bedeutsam Hinweis: kein Standort für Gewerbegebiet von überregionaler Bedeutung nach Ziffer 2.6 Abs. 4 LEP 2010, da nicht in Verbindung mit Landesentwicklungsachse








3

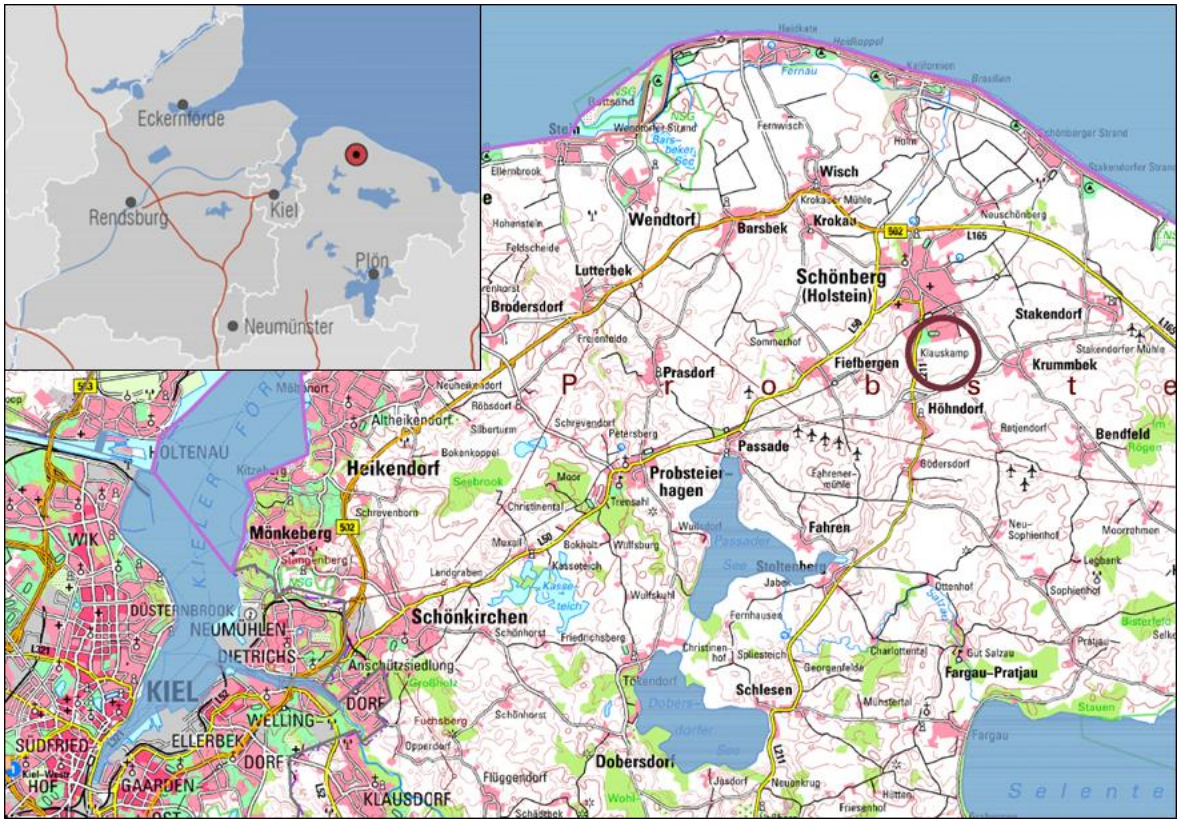

4


5


6


7

Gewerbegebiet Eichkamp



Allgemeine Angaben	
Stadt/Amt/Gemeinde (zentralörtliche Funktion)	Gemeinde Schönberg/Amt Probstei (Unterzentrum)
Kreis	Kreis Plön
Art des Gebietes (nach BauNVO)	GE gem. B-Pläne 16, 34, 44, 49a
Fläche	insg. 29,5 ha Nettobauland einschl. 4,8 ha Erweiterung auf Schönberger Gebiet
Verfügbarkeit	aktuell 0,4 ha mit Baurechten gem. B-Plan 49a verfügbar; nach Herstellung der Erweiterung auf Schönberger Gebiet mittelfristig weitere 4,8 ha verfügbar, dort aber noch keine Baurechte
Größe und Flächenzuschnitt/ Eigentumsverhältnisse	Flächen im bestehenden GE Eichkamp und Erweiterungsfläche 4,8 ha in Schönberg sind verfügbar.
Einbindung in Siedlungsstruktur	südliche Ortsrandlage
Topographie/Relief/Bebaubarkeit	
Erschließungsprobleme	
Restriktionen	
Planungs- und Realisierungsstand	
Flächennutzungsplan	
Bebauungsplan	B-Pläne 16 (1985), 49A (2005), 34, 44
Erschließung	von Schönberg über Eichkamp und Eichkampredder
Verkehrsanbindung / Lagegunst	
Autobahnanschluss	30 km zur A 215
Bundesstraße	3 km zur B 502

See-/Binnenhafen	16,5 km nach Kiel (Ostuferhafen)
Gleisanschluss	Bahnlinie verläuft 500 m nördlich
Bewertung Lagequalität	gut für lokale und regionale Nachfrager
Abschließende Bewertung / Eignung	
Funktionsfähigkeit des Standortes	Erweiterung eines bestehenden (vollgelaufenen) Gewerbegebietes, auch für die Erweiterungsflächen ist offensichtlich Nachfrage vorhanden
Sonstige Bemerkungen	Bebauung der Erweiterungsflächen (auf Schönberger Gebiet) offensichtlich schon im Gange Eine weitergehende Betrachtung von Potenzialflächen in Richtung Höhndorf muss die Abgrenzung der Siedlungsachsen als Restriktion beachten. Eine solche Entwicklung sollte aus Gutachtersicht darüber hinaus nur interkommunal erfolgen und auch eine mögliche Flächenentwicklung in östliche Richtung (Krummbek) als Variante prüfen. zur Zeit informelle Verständigung mit der Gemeinde Höhndorf über eine interkommunale Entwicklung, südliche Erweiterung des GE Eichkamp auf Höhndorfer Gebiet (ca. 20 ha brutto) Standortentwicklung ist bei der Neuaufstellung des Regionalplans zu berücksichtigen
Ausrichtung Unternehmen	Handwerk und verarb. Gewerbe mit lokaler und regionaler Ausrichtung (Autohäuser, Landmaschinenhandel, Bäckerei, Mühlen- und Speicherbau, Maschinenbau, Schmierstoffhandel, Amt für ländl. Entwicklung, Dienstleister wie Ärzte, Friseur, Bestatter usw.)
Standorttypologie	„klassisches“ Gewerbegebiet als Standort für klein- und mittelständisches, lokal bis regional orientiertes Gewerbe
Bewertung: regionalplanerische und strukturpolitische Bedeutung	
Priorisierung Gutachter	regional bedeutsam


1
2
3
4
5
6
Eichkamp
Gewerbegebiet Schönberg (Holstein)


1
Gewerbegebiet Ratjendorfer Weg
Gewerbegebiet Eichkamp/redder
DOKO
MÖBEL
ostseebad schönberg
wochenmarkt


2

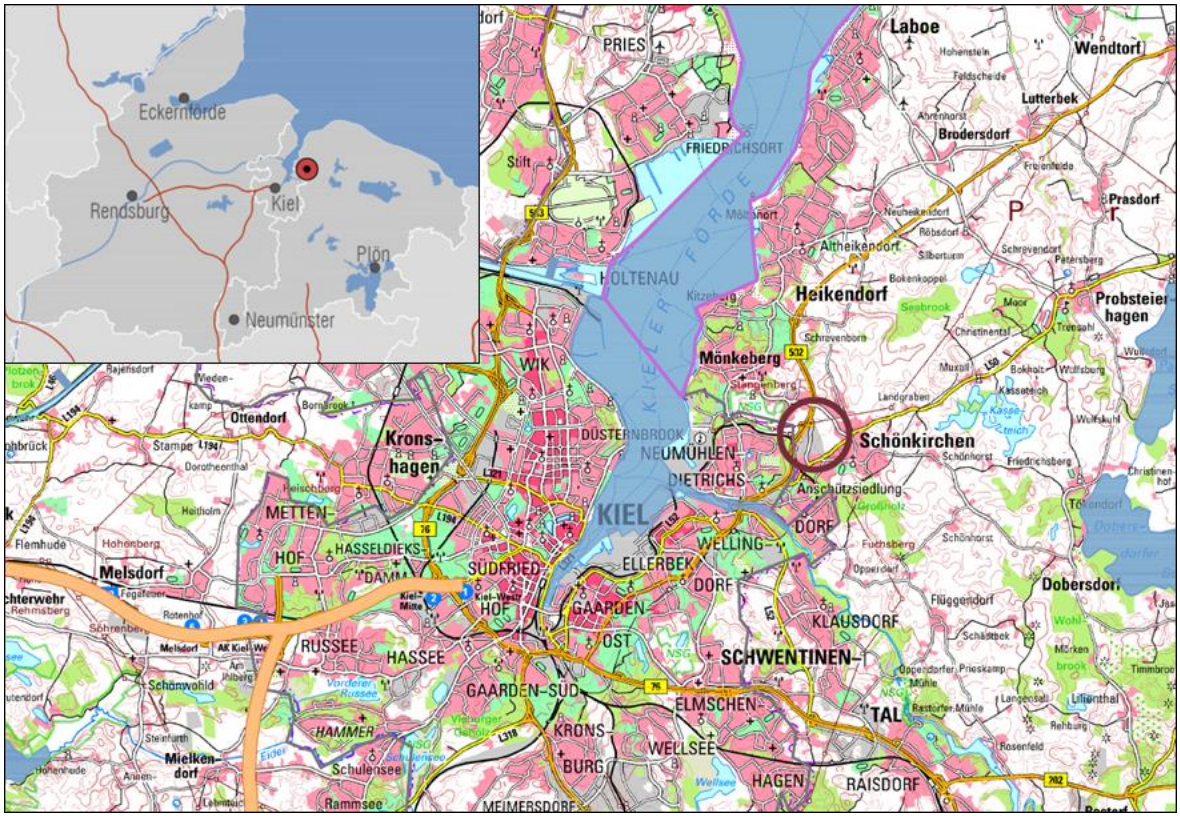

3


4


5


7

Gewerbegebiet Schönkirchen



Allgemeine Angaben	
Stadt/Amt/Gemeinde (zentralörtliche Funktion)	Gemeinde Schönkirchen/Amt Schrevenborn
Kreis	Kreis Plön
Art des Gebietes (nach BauNVO)	Bestand L, Ziel GE
Fläche	Die Fläche besteht aus einem bereits bebauten Bereich GE (B 24 und B 31) und einer Erweiterungsfläche insg. 27,1 ha Nettobauland einschl. geplanter Erweiterung
Verfügbarkeit	aktuell keine Baurechte auf der Erweiterungsfläche nach planungsrechtlicher Herstellung der Erweiterung mittelfristig 9,1 ha verfügbar
Größe und Flächenzuschnitt/ Eigentumsverhältnisse	überwiegend Gemeindeeigentum, einzelne private Flächen Zuschnitt variabel entwickelbar im Norden große Ausgleichsfläche, im Süden Einzelhandelsstandort vorgesehen
Einbindung in Siedlungsstruktur	Lage am nördlichen Gemeinderand, im Süden direkter Übergang zum Siedlungsbereich Schönkirchen, im Westen an Kiel
Topographie/Relief/Bebaubarkeit	einzelne Senken (lösbar), Baugrund nicht bekannt
Erschließungsprobleme	Innen: Problem besteht noch in einer privaten, bislang nicht erworbenen Fläche mit Sperrwirkung

Restriktionen	Außenbereich i.S. § 35 BauGB FNP und B-Plan erforderlich enge Abstimmung mit LHK nach § 2 (2) BauGB und auch aus Landesplanungssicht zwingend erforderlich östlich angrenzend Wohnen Verlegung Kleingärten erforderlich
Planungs- und Realisierungsstand	
Flächennutzungsplan	
Bebauungsplan	in Vorabstimmung
Erschließung	außen: von Westen und Süden öffentliche Erschließung anliegend innen: Problem besteht noch in einer privaten, bislang nicht erworbenen Fläche mit Sperrwirkung.
Verkehrsanbindung / Lagegunst	
Autobahnanschluss	10 km zur A 215
Bundesstraße	B502 direkt angrenzend
See-/Binnenhafen	3 km nach Kiel
Gleisanschluss	
Bewertung Lagequalität	günstige regionale Anbindung über die B502 und den Ostring nach Kiel
Abschließende Bewertung / Eignung	
Funktionsfähigkeit des Standortes	Erweiterung eines vorhandenen und vollgelaufenen Gewerbegebietes (Planung und Umsetzung mittelfristig)
Sonstige Bemerkungen	vorhandener großer Gewerbebesatz westlich angrenzend Planung, Besatz, Parzellierung können unmittelbar durch die Gemeinde gesteuert werden, weil diese Eigentümerin ist oder wird.
Ausrichtung Unternehmen	Im vorhandene Gewerbegebiet sind KMU und Dienstleister angesiedelt (z. B. Computertechnik, Kunststoffproduktion, Medizintechnik, Betonwerk, Hotels, Wellness und Spa, Lebensmittelproduktion sowie Betriebshöfe von Ämtern/Verbänden)
Standorttypologie	„klassisches“ Gewerbegebiet in Randlage als Standort für mittelständisches produzierendes Gewerbe
Bewertung: regionalplanerische und strukturpolitische Bedeutung	
Priorisierung Gutachter	regional bedeutsam


Dorfstraße
Ehrhade
Hoppstraße
Am Königsmoor
Sohren
Speckener Sohren
Am Windberg
Hopferhorst
Wulfskuhl
Fuchsberg
Speckener Straße
Gewerbegebiet Sohren
Sohrener Straße
Heinrich-Wohlk-Straße
Schönberger Landstraße
Monzelfeldstraße
B502
K52
K21
L50
1
2
3
5
6


1

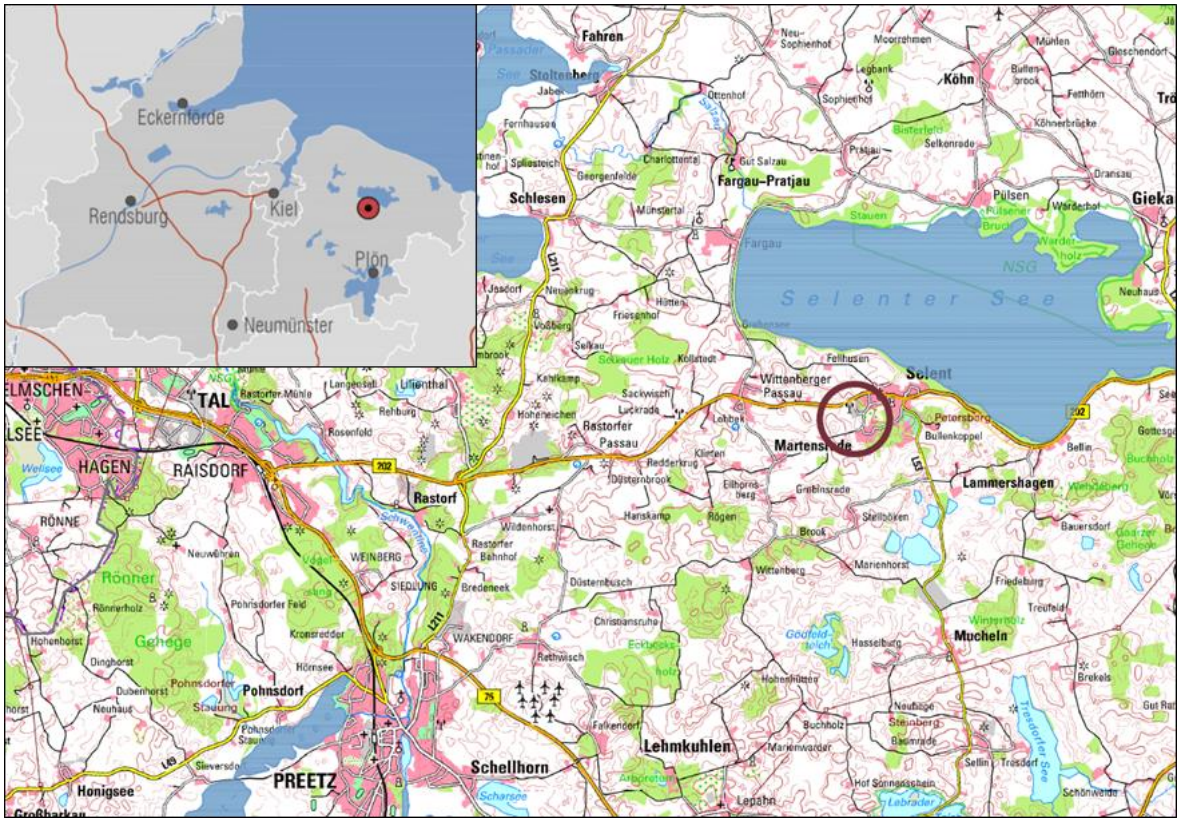

2


3


4

5 	**6** 

Gewerbegebiet Haverkamp



Allgemeine Angaben	
Stadt/Amt/Gemeinde (zentralörtliche Funktion)	Gemeinde Selent/Amt Selent-Schlesen (Ländlicher Zentralort)
Kreis	Kreis Plön
Art des Gebietes (nach BauNVO)	GEe (Bebauungsplan Nr. 9) in Kraft als Teil der 8. Änderung des FNP. Beide sehen GE vor, d. h. es besteht noch eine Erweiterungsmöglichkeit, wenn die Restfläche der 8. FNP verbindlich überplant wird.
Fläche	11 ha Nettobauland Teilfläche mit rund 5 ha mit bestehenden Baurecht Teilfläche mit rund 3,2 ha Nettobauland mit vorbereitetem Baurecht (B-Plan noch erforderlich)
Verfügbarkeit	2,8 ha sofort/kurzfristig verfügbar (B-Plan Nr. 9) 3,2 ha mittelfristig verfügbar (B-Plan erforderlich)
Größe und Flächenzuschnitt/ Eigentumsverhältnisse	Eigentum der Gemeinde Selent, Vermarktung WFA Kreis Plön
Einbindung in Siedlungsstruktur	westlicher Gemeinderand, isoliert vom Siedlungsbereich
Topographie/Relief/Bebaubarkeit	etwas hügelig
Erschließungsprobleme	
Restriktionen	eingeschränktes GE beschränkte Schallimmissionen nachts in Teilen des Baugebiets.
Planungs- und Realisierungsstand	

Flächennutzungsplan	8. Änderung des FNP
Bebauungsplan	B-Plan Nr. 9
Erschließung	voll erschlossen
Verkehrsanbindung / Lagegunst	
Autobahnanschluss	21 km zur A 215
Bundesstraße	B 202 direkt anliegend
See-/Binnenhafen	21 km nach Kiel
Gleisanschluss	keiner
Bewertung Lagequalität	Regional gut erschlossen über B202
Abschließende Bewertung / Eignung	
Funktionsfähigkeit des Standortes	Vorhandenes Gewerbegebiet
Sonstige Bemerkungen	bislang keine Nachfrage, trotz verstärktem Marketing, günstigen Preisen und guter Lage/Erschließung
Ausrichtung Unternehmen	Handwerk/verarb. Gewerbe mit regionaler/lokaler Ausrichtung (z.Zt. drei Unternehmen angesiedelt: Elektrohandwerk, Zimmerei, Autoreparatur)
Standorttypologie	„klassisches“ Gewerbegebiet in Randlage als Standort für klein./mittelständisches, lokal/regional orientiertes Gewerbe
Bewertung: regionalplanerische und strukturpolitische Bedeutung	
Priorisierung Gutachter	regional bedeutsam




1


2


3


4


5
31,- €
provisionsfrei


6

Zu Kapitel 3.3 Modellberechnungen Prognosemodelle

Gewerbeflächenbedarfsprognose Planungsraum II

Ausgangsdaten/Parameter

Wirtschaftszeig	Beschäftigte 2014	Anteil Gewerbeflächen	Flächenkennziffer
Verarbeitendes Gewerbe	30.884	100%	225
Baugewerbe	15.325	70%	225
Großhandel	16.513	70%	225
Verkehr/Lagerei	11.814	70%	225

rechnerischer Flächenbedarf in ha	1.382,4
belegte Flächen 2015 in ha	1.383,4
Abweichung in %	0,1

1. beschäftigtenbasiertes Modell

Wirtschaftszeig	2014	Schätzung 2030	Flächenbedarf 2030
Verarbeitendes Gewerbe	30.884	35.842	806
Baugewerbe	15.325	19.207	303
Großhandel	16.513	18.789	296
Verkehr/Lagerei	11.814	13.227	208

rechnerischer Flächenbedarf in ha	1.613,2
zusätzlicher Bedarf ggü. heutigem rechnerischen Bedarf	**230,8**

2. anlassbezogenes Modell

Ansiedlungsquote	0,2	Besch je 100 gew.fl.beanspruchende Beschäftigte pro Jahr
Verlagerungsquote	0,7	Besch je 100 gew.fl.beanspruchende Beschäftigte pro Jahr
Freisetzungsquote	0,7	Besch je 100 gew.fl.beanspruchende Beschäftigte pro Jahr
Wiedernutzungsquote	30%	der freigesetzten Fläche

Wirtschaftszeig	Beschäftigte 2014	zusätzliche Besch. aus Ansiedlungen	zusätzl. Besch. aus Verlagerungen	Summe Beschäftigte
Verarbeitendes Gewerbe	30.884	927	3.243	35.053
Baugewerbe	15.325	460	1.609	17.394
Großhandel	16.513	495	1.734	18.742
Verkehr/Lagerei	11.814	354	1.240	13.409

Wirtschaftszeig	maximaler Flächenbedarf	mögliche Wiedernutzung	Flächenbedarf
Verarbeitendes Gewerbe	789	22	767
Baugewerbe	274	8	266
Großhandel	295	8	287
Verkehr/Lagerei	211	6	205
Summe	**1569**	**44**	**1525,5**

zusätzlicher Bedarf bis 2030	**187**	**143,1**

jeweils Nettobauland, für Bruttobauland zzgl. 20-25%

Zu Kapitel 3.4 Ergebnisse Angebot - Nachfrage

Abschätzung der Flächenverfügbarkeit bis 2030

Stand: 26.11.2015

	alle Angaben in ha	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
Kiel	**sofort verfügbares Flächenangebot**	**17,4**															
	künftige Flächenentwicklung						**62,6**		**28,5**								
	Moorsee I - III						*26,7*										
	MFG 5						*17,3*										
	Airpark Holtenau						*18,6*										
	Friedrichsort								*28,5*								
	jährliche Flächennachfrage	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
	verbleibende Flächen		12,4	7,4	**2,3**	**-2,7**	54,9	49,9	73,3	68,3	63,3	58,3	53,2	48,2	43,2	38,2	33,1
Neumünster	**sofort verfügbares Flächenangebot**	**54,2**															
	künftige Flächenentwicklung			**35,0**			**11,3**					**17,1**					
	Ind.- u. Gew.gebiet Süd, südl. B 205			*35,0*													
	Ind.- u. Gew.gebiet Süd, nördl. B 205						*11,3*										
	Eichhof 2. EA											*17,1*					
	jährliche Flächennachfrage	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8
	verbleibende Flächen		51,4	83,6	80,7	77,9	86,4	83,6	80,7	77,9	75,1	89,4	86,6	83,7	80,9	78,1	75,3
Plön	**sofort verfügbares Flächenangebot**	**15,5**															
	künftige Flächenentwicklung			**6,6**	**4,8**	**9,1**	**35,8**										
	Lütjenburg Konversionsgelände			*6,6*													
	Schönberg Eichkamp				*4,8*												
	Schönkirchen					*9,1*											
	Preetz - Wakendorf						*32,6*										
	Selent - Haverkamp						*3,2*										
	jährliche Flächennachfrage	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3
	verbleibende Flächen		14,2	19,5	23,0	30,9	65,4	64,1	62,8	61,5	60,2	59,0	57,7	56,4	55,1	53,8	52,5
Rendsburg-Eckernförde	**sofort verfügbares Flächenangebot**	**95,5**															
	künftige Flächenentwicklung		**2,7**	**2,7**	**13,8**	**18,7**	**42,7**	**2,7**	**2,7**	**2,7**	**2,7**	**2,7**	**2,7**	**2,7**	**2,6**	**2,5**	**2,5**
	Rendsburg Port Süd		*2,7*	*2,7*	*2,7*	*2,7*	*2,7*	*2,7*	*2,7*	*2,7*	*2,7*	*2,7*	*2,7*	*2,7*	*2,6*	*2,5*	*2,5*
	Dätgen				*11,1*												
	Altenholz/Dänischenhagen					*16,0*											
	Borgstedt - Borgstedtfelde						*30,0*										
	Hohenwestedt - Böternhöfen						*10,0*										
	jährliche Flächennachfrage	8,5	8,5	8,5	8,5	8,5	8,5	8,5	8,5	8,5	8,5	8,5	8,5	8,5	8,5	8,5	8,5
	verbleibende Flächen		89,7	83,8	89,1	99,2	133,4	127,5	121,7	115,9	110,0	104,2	98,3	92,5	86,6	80,5	74,5
Summe Planungsraum	**sofort verfügbares Flächenangebot**	**182,6**															
	künftige Flächenentwicklung		**2,7**	**44,3**	**18,6**	**27,8**	**152,4**	**2,7**	**31,2**	**2,7**	**2,7**	**19,8**	**2,7**	**2,7**	**2,6**	**2,5**	**2,5**
	jährliche Nachfrage	17,7	17,7	17,7	17,7	17,7	17,7	17,7	17,7	17,7	17,7	17,7	17,7	17,7	17,7	17,7	17,7
	verbleibende Flächen		167,6	194,3	195,2	205,3	340,0	325,1	338,6	323,6	308,6	310,8	295,8	280,8	265,7	250,6	232,9

Kreis Rendsburg-Eckernförde
Der Landrat

Rendsburg, 19.05.2016

Mitteilungsvorlage Federführend: FD 5.3 Regionalentwicklung	Vorlage-Nr: VO/2016/877 Status: öffentlich Datum: 19.05.2016 Ansprechpartner/in: Breuer, Volker Bearbeiter/in: Mathein, Marcel
Mitwirkend:	**öffentliche Mitteilungsvorlage**

Grünbuch zur Landesentwicklungsstrategie Schleswig-Holstein 2030

Beratungsfolge:

Status	Gremium	Zuständigkeit
Öffentlich	Regionalentwicklungsausschuss	Kenntnisnahme

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:
entfällt

2. Sachverhalt:
Der Regionalentwicklungsausschuss wurde vom Stand der Landesentwicklungsstrategie in der Sitzung am 24.02.2016 (VO/2013/180-002) letztmalig in Kenntnis gesetzt.

Das Landeskabinett hat am 3. Mai 2016 das Grünbuch zur „Landesentwicklungsstrategie Schleswig-Holstein 2030“ (siehe Anlage) beschlossen. In dem aktuellen Grünbuch zur Landesentwicklungsstrategie sind neun strategische Leitlinien genannt. Unter diesen Leitlinien sind jeweils politische Handlungsfelder definiert:

Digitalisierung — Für uns an erster Stelle
- Digitale Infrastrukturen prioritär ausbauen
- Digitalisierungsstrategie entwickeln

Lebensqualität — Den wichtigsten Standortfaktor Schleswig-Holsteins sichern und ausbauen
- Schleswig-Holstein nach Innen und Außen als Land der Lebensqualität profilieren
- Kulturelle Identität bewahren und vermitteln
- Innere Sicherheit gewährleisten
- Soziale Infrastrukturen und Gesundheitsversorgung für Familien und Generationen ausbauen
- Sport in der Mitte der Gesellschaft

Regionen im Wandel — Differenzierte Raumbetrachtung als Handlungsmaxime ansetzen

- Stadt und Land Zusammen denken und gemeinsam entwickeln
- Wohnungsneubau erhöhen und bezahlbaren Wohnraum schaffen
- Mindeststandards gewährleiten – Standards flexibilisieren
- Akteure vernetzen – Innovations- und Erfahrungstransfer fördern

Bildung — Qualität stärken und Zugänge ausbauen

- Hohe Schulqualität ausrechterhalten und Lebensraum Schule schaffen
- Angebot von Ganztagsschulen flächendeckend ausbauen
- Lernen in der digitalen Welt
- Berufliche Bildung stärken und Übergang zwischen Schule und Beruf vereinfachen
- Lebenslanges Lernen und Weiterbildung
- Inklusion weiterentwickeln
- Hochschule, Wissenschaft und Forschung – Markenzeichen und Innovationsantrieb für Schleswig-Holstein

Wirtschaft — Wirtschaftliche Basis stärken, neue Felder profilieren

- Wirtschaftliche Basis stärken und weiterentwickeln
- Neues Wachstum in Spezialisierungsfeldern erzeugen
- Vorreiterstellung Schleswig-Holsteins in der Energiewende nutzen
- Innovation stärken, Kohärenz in Forschung und Umsetzung sicherstellen

Mobilität der Zukunft — Heute die Verkehrspolitik von morgen denken

- Erhalt und Sanierung vor Neubau
- Infrastruktur in Schleswig-Holstein durch technische Möglichkeiten optimieren
- Schleswig-Holstein zum Vorreiter neuer Mobilität machen

Natürliche Lebensgrundlagen — Schützen und nutzen

- Ausgleich zwischen Naturschutz und wirtschaftlichen Interessen schaffen
- Ressourcenbewusstsein und nachhaltigere Landwirtschaft stärken
- Besondere Bedeutung der Meere sichtbar machen

Überregionale und internationale Vernetzung — Kooperationen ausbauen

- Schleswig-Holstein muss sich stärker international orientieren
- Internationale und überregionale Zusammenarbeit strategisch ausbauen

Zuwanderung — Schleswig-Holstein als Zuwanderungsland gestalten

- Zuwanderung als Chance im Standortwettbewerb begreifen
- Zuwanderung versteht sich im Rahmen von infrastruktureller Weiterentwicklung und interkultureller Öffnung

Das vorliegende Grünbuch ist ein Diskussionspapier, welches den aktuellen Entwicklungsstand der Landesentwicklungsstrategie abbildet und noch keine beschlossenen Entscheidungen darstellt.

Von Mai bis Ende Juli 2016 dienen rund 30 Fachdialoge mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Wirtschaft, den Kommunen, Verbänden, Interessensgruppen und

der interessierten Öffentlichkeit dazu, die strategischen Leitlinien zu diskutieren, weiterzuentwickeln und letztlich in konkrete Handlungsfelder zu überführen.

Von der Sommerpause an bis zum Herbst 2016 entsteht auf der Basis der bewerteten Ergebnisse des Fachdialogs zum Grünbuch im nächsten Schritt ein Weißbuch als endgültige Landesentwicklungsstrategie 2030.

Die Landesentwicklungsstrategie dient darüber hinaus als Dachstrategie für die Teilstrategien der Ministerien. Sie bildet zudem den konzeptionellen Rahmen für den neuen Landesentwicklungsplan der Staatskanzlei, Landesplanung, der voraussichtlich 2017 das formelle Anhörungs- und Beteiligungsverfahren durchlaufen wird.

Anregungen zu Landesentwicklungsstrategie können auch online unter: www.les.schleswig-holstein.de abgegeben werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Anlage/n:
Grünbuch zur Landesentwicklungsstrategie Schleswig-Holstein 2030

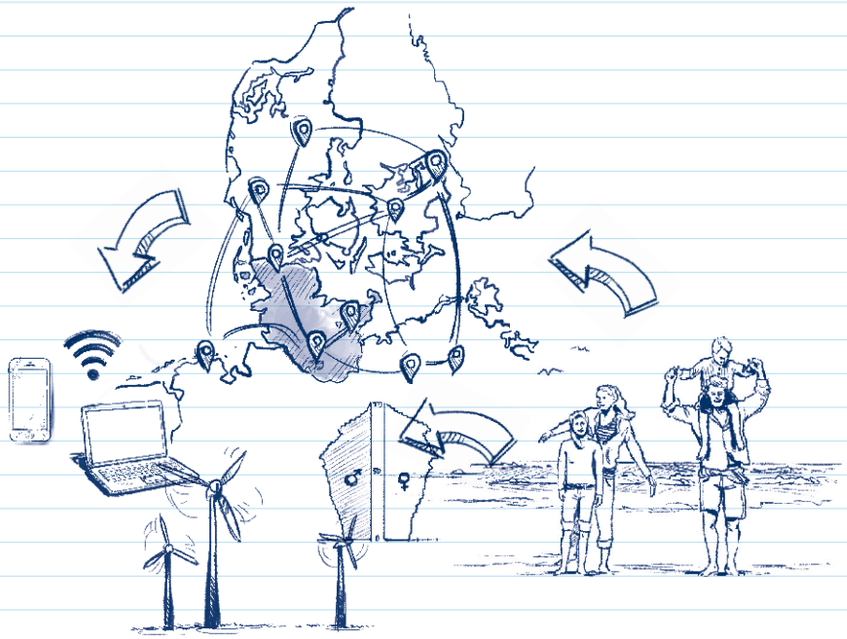
SH Schleswig-Holstein
Der echte Norden

Grünbuch

LANDESENTWICKLUNGSSTRATEGIE SCHLESWIG-HOLSTEIN 2030



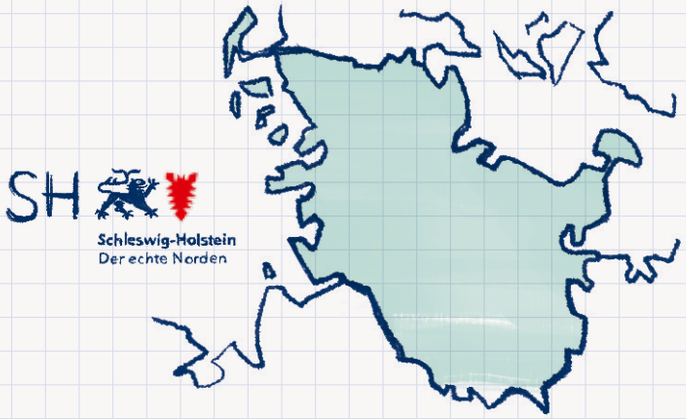
Schleswig-Holstein. Der echte Norden.



Ob digitale Revolution, Energiewende, unser Wissen über die Meere oder unsere Rolle als Drehscheibe zwischen Nord- und Mitteleuropa – wir können mit Zuversicht in die Zukunft blicken. Globale und regionale Rahmenbedingungen und Trends sind insgesamt gut für Schleswig-Holstein. Wind, Meer, Lebensqualität und die Nähe zu Skandinavien und Hamburg waren schon immer Kern und Alleinstellungsmerkmal unseres Landes. Nun werden viele dieser Stärken zu echten Standortfaktoren und geben uns – gut genutzt – ungeahnte Entwicklungschancen.

Wir sind uns sicher: Zukunft beginnt in Schleswig-Holstein. Hier setzt die Landesentwicklungsstrategie 2030 an, indem sie der Landesregierung und den gesellschaftlichen Akteuren als gemeinsamer Orientierungsrahmen dient, um die Zukunft in unserem Sinne zu gestalten und unsere Entwicklungschancen zu nutzen.

„WIR IM ECHTEN NORDEN“ SCHLESWIG-HOLSTEIN IN ZAHLEN, DATEN, FAKTEN





Schleswig-Holstein hat **194** Naturschutzgebiete mit einer Fläche von

47.835 ha.



Schleswig-Holstein ist das einzige Bundesland mit zwei Meeren: Nord- und Ostsee.

Rund **380.000** Schülerinnen und Schüler besuchen **803** öffentliche allgemein- und berufsbildende Schulen, an denen rund **28.000** Lehrkräfte unterrichten. An Schulen in freier Trägerschaft – **105** allgemein- und berufsbildende Schulen – werden rund **17.000** Schülerinnen und Schüler beschult.

Schleswig-Holstein trägt mit 311 Gebieten und einem Flächenumfang von

920.700 ha

zum europäischen Schutzgebietsnetz Natura 2000 bei.



Der Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer ist der größte Nationalpark Mitteleuropas und gehört zum UNESCO-Weltnaturerbe.



Pro Einwohner liegen die Treibhausgasemissionen in Schleswig-Holstein deutlich unter dem Bundesdurchschnitt; 2013 waren es in Schleswig-Holstein



8,8 t pro Kopf,

bundesweit **11,4 t**.



Rund **1 Million** Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner engagieren sich laut Freiwilligensurvey in verschiedener Weise ehrenamtlich. Damit liegt das Engagement in Schleswig-Holstein deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

2.834.640 Einwohner

hat Schleswig-Holstein und eine Bevölkerungsdichte von 179 Ew./km².



3 nationale Minderheiten der Dänen, Friesen, Sinti und Roma und die Sprechergruppe der Plattdeutschen gehören auch zur Identität Schleswig-Holsteins.

70.000 Menschen

besuchen jedes Jahr das größte Metal-Festival der Welt in Wacken.

Mit **9** Einwohnern ist die Hallig Gröde die kleinste selbstständige Gemeinde und **Arnis** ist mit rund **350 Einwohnern** die kleinste Stadt Deutschlands.

21 Mal gewannen der THW Kiel und die SG Flensburg-Handewitt zusammen den deutschen Handball-Meistertitel.

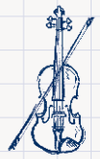
Mit jährlich rund **3,8** Mio. Besuchern ist die Kieler Woche das weltweit größte Segelevent.



Der Windsurf-Cup auf Sylt ist das weltweit größte Windsurf-Event.

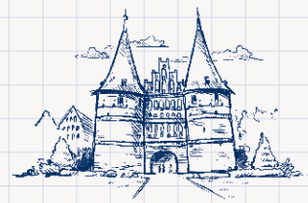


Das Schleswig-Holstein Musik Festival ist das größte Klassikfestival in Europa.



16 Köche

sind in Schleswig-Holstein mit insgesamt 22 Michelin-Sternen ausgezeichnet.



Die Lübecker Altstadt gehört zum UNESCO-Weltkulturerbe.

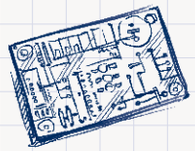
In mehr als 1.700 Einrichtungen und bei rund 1.700 Tagespflegepersonen werden rund **110.000 Kinder** betreut. Beim Ausbau der Kinderbetreuung gehört Schleswig-Holstein bundesweit zur Spitzengruppe.



2015 wurde im Land ein Bruttoinlandsprodukt erwirtschaftet in Höhe von rund



85,6 Mrd. Euro.



14 % der schleswig-holsteinischen Kleinunternehmer gehören zur Digitalelite.

8.700 Berufspendler passieren täglich die deutsch-dänische Grenze am Jütland-Korridor – etwa 7.300 haben ihren Wohnsitz in Deutschland.



17 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Schleswig-Holstein arbeiten in Hamburg.



2.700 Windkraftanlagen produzieren erneuerbaren Strom. Schleswig-Holstein ist eines der wenigen Bundesländer, die mehr regenerativen Strom produzieren, als dort Strom verbraucht wird.



Mit **9.356** Übernachtungen pro 1.000 Einwohner (im Jahr 2014) hat Schleswig-Holstein Deutschlands zweitgrößte Tourismusintensität.



Schleswig-Holstein hat **27** Weltmarktführer.

2015 lag die Arbeitslosenquote durchschnittlich bei **6,5 %** und damit auf dem niedrigsten Stand seit 20 Jahren.



Schleswig-Holstein ist ein erfolgreiches Konsolidierungsland mit bereits zwei Haushaltsabschlüssen ohne neue Schulden und einer positiven Prognose des Stabilitätsrats.

Im Ranking der digitalen Ausstattung liegt Schleswig-Holstein an dritter Stelle – **16,6 %** der Kleinunternehmen haben eine hohe digitale Ausstattung.



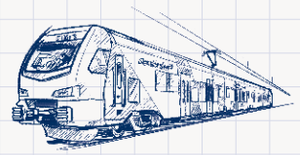


22.793 Kinder wurden 2014 in Schleswig-Holstein geboren.



Rund **200.000 Menschen** sind in der schleswig-holsteinischen Gesundheitsbranche tätig.

2.357 Auszubildende in der Pflege gab es 2015 in Schleswig-Holstein. Das bedeutet ein Plus von rund 17 % gegenüber 2012. Im Jahr 2015 konnte in Schleswig-Holstein erstmals die schulische Altenpflegeausbildung für alle Auszubildenden kostenfrei gestellt werden.

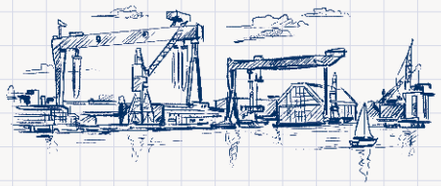


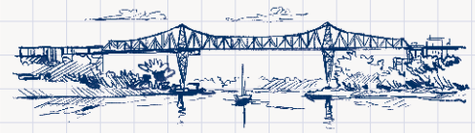
In Schleswig-Holstein sind werktags rund **150.000** Menschen im Zug unterwegs. Jährlich nutzen **190 Mio.** Fahrgäste den Bus.

538 km Bundesautobahnen,
1.545 km Bundesstraßen,
3.668 km Landesstraßen und
4.126 km Kreisstraßen
vernetzen die Menschen und Ortschaften.

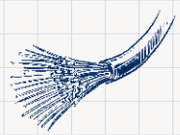


Ein Viertel der deutschen Reedereien und ein Fünftel der Werften haben ihren Sitz in Schleswig-Holstein.





Der Nord-Ostsee-Kanal ist die meistbefahrene künstliche Seeschifffahrtsstraße der Welt mit jährlich über **32.500** Schiffspassagen.

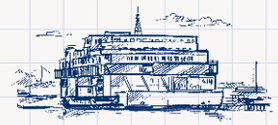


Mit 23 % anschlussfähigen Haushalten an Glasfaserleitung und **73 %** Abdeckung mit mehr als 50 Mbit/s belegt Schleswig-Holstein schon heute einen deutschlandweiten Spitzenplatz.



Etwa **77 %** der Schleswig-Holsteiner ab 14 Jahren nutzen aktuell das Internet, Tendenz steigend. Damit liegt Schleswig-Holstein leicht über dem Durchschnitt in Deutschland.

Der Hafen Puttgarden ist der deutschlandweit größte Umschlagplatz für Reise- und Transportfahrzeuge.



Schleswig-Holstein gehört zu den moorreichen Ländern in Deutschland und trägt damit Verantwortung für den Erhalt der Moore und insbesondere für deren herausragende naturschutz- und klimapolitische Bedeutung.

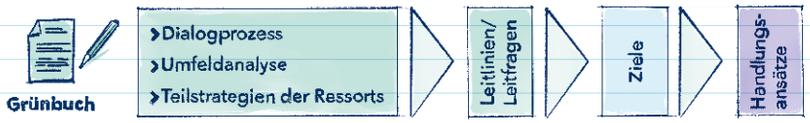


VOM GRÜNBUCH ZUM WEISSBUCH

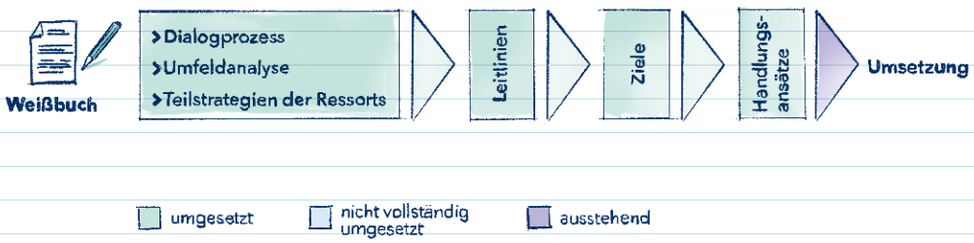
Mit der Landesentwicklungsstrategie Schleswig-Holstein 2030 (LES) werfen wir einen Blick auf die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen unseres Landes von heute, morgen und auch von übermorgen. Als Dachstrategie ist ihre Funktion, Kohärenz innerhalb der Landespolitik herzustellen und einen Orientierungsrahmen für gesellschaftliche Akteure zu schaffen.

Die Landesentwicklungsstrategie setzt auf verschiedenen Bausteinen auf, gewichtet sie und führt sie erstmals zusammen: den Ergebnissen verschiedener Bürgerdialogformate, einer Analyse globaler und regionaler Rahmenbedingungen und Trends sowie auf den vielen bereits erarbeiteten Strategien der Landesregierung in den verschiedenen Politikbereichen. Im Ergebnis sind neun Leitlinien entstanden, in denen wir mit Blick auf die Zukunft, die größten Perspektiven und Chancen für Schleswig-Holstein sehen. Eines steht dabei schon heute fest: Die kommenden Entwicklungen und Trends sind gut für uns und setzen unsere Alleinstellungsmerkmale und Stärken nun erst richtig in Wert. Wind, Wasser, Natur und die Nähe zur Skandinavien werden zu Standortfaktoren.

Das vorliegende Grünbuch ist ein Diskussionspapier, das den aktuellen Entwicklungsstand der Landesentwicklungsstrategie Schleswig-Holstein 2030 abbildet. Es hat den Zweck, eine Diskussion mit Blick auf die Zukunftsgestaltung Schleswig-Holsteins herbeizuführen. Die thematisierten Inhalte sind keine beschlossenen Entscheidungen – das Grünbuch enthält bewusst offene Leitfragen und Aussagen, die in einem Fachdialog erörtert und weiterentwickelt werden sollen.



Aus dem Grünbuch entsteht im nächsten Schritt ein Weißbuch, das neben konsolidierten strategischen Leitlinien auch konkrete Handlungsansätze zusammenfassen wird und somit Maßstab der Landesregierung und Angebot für Politik und Gesellschaft sein wird.



INHALT

GEMEINSAM ZUKUNFT IM ECHTEN NORDEN GESTALTEN 10
von Ministerpräsident Torsten Albig

DER BISHERIGE STRATEGIEPROZESS ZUR LES 16

01 / SCHLESWIG-HOLSTEIN IM WANDEL – RAHMENBEDINGEN UND TRENDS 20
1.1 Was uns ausmacht 22
1.2 Wo wir heute stehen und was uns erwartet 24

02 / SCHLESWIG-HOLSTEIN 2030 – NEUE HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN 44

03 / ZUKUNFT HEUTE GESTALTEN – NEUN STRATEGISCHE LEITLINIEN FÜR DIE ZUKUNFT SCHLESWIG-HOLSTEINS 50
3.1 Digitalisierung – Für uns an erster Stelle 54
3.2 Lebensqualität – Den wichtigsten Standortfaktor Schleswig-Holsteins sichern und ausbauen 62
3.3 Regionen im Wandel – Differenzierte Raumbetrachtung als Handlungsmaxime ansetzen 74
3.4 Bildung – Qualität stärken und Zugänge ausbauen 82
3.5 Wirtschaft – Wirtschaftliche Basis stärken, neue Felder profilieren 92
3.6 Mobilität der Zukunft – Heute die Verkehrspolitik von morgen denken 102
3.7 Natürliche Lebensgrundlagen – Schützen und nutzen 110
3.8 Überregionale und internationale Vernetzung – Kooperation ausbauen 120
3.9 Zuwanderung – Schleswig-Holstein als Zuwanderungsland gestalten 126

Die LES als Dachstrategie der Teilstrategien der Ministerien 132

04 / DIALOG: FÜR DAS STARKE SCHLESWIG-HOLSTEIN VON MORGEN 138

GEMEINSAM ZUKUNFT IM ECHTEN NORDEN GESTALTEN



Vom Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein
Torsten Albig

Ob digitale Revolution, demografischer Wandel, Zuwanderung oder Energiewende – die Welt befindet sich im Wandel und mit ihr Schleswig-Holstein. Dass wir in den nächsten Jahren vor enormen Herausforderungen stehen, ist unstrittig. Ebenso, dass wir uns diesen Herausforderungen nicht entziehen können. Und trotzdem können wir mit Zuversicht in die Zukunft blicken. Denn nie zuvor hatten wir so gute Voraussetzungen wie heute, die Zukunft gemeinsam zu gestalten.

Dazu haben wir als Landesregierung in den vergangenen vier Jahren einen Beitrag geleistet. Wir haben vernünftig gewirtschaftet und zum ersten Mal seit über 50 Jahren ist Schleswig-Holstein 2013 und 2015 mit dem Geld ausgekommen, das es eingenommen hat. Damit konnten nicht nur Schulden abgebaut, sondern es konnte auch in unsere Zukunft investiert werden. Die Wirtschaft hat sich positiv entwickelt und dafür gesorgt, dass wir 2016 den niedrigsten Stand der Arbeitslosigkeit seit über 20 Jahren haben. Und wir haben den Ausbau der Erneuerbaren Energien weiter vorangetrieben und so eine neue Wertschöpfung in unserem Land geschaffen, für Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur sowie gute Arbeit. Darauf können und müssen wir weiter aufbauen. Denn viele der genannten Herausforderungen und Entwicklungen sind echte Chancen für Schleswig-Holstein und setzen unsere Alleinstellungsmerkmale und Stärken nun erst richtig in Wert. Wind, Meer, Lebensqualität und die Nähe zu Skandinavien werden zu echten Standortfaktoren, wenn wir sie richtig einsetzen.

Die Digitalisierung wird dabei zu einem zentralen Element. Sie vernetzt unsere Gesellschaft, Wirtschaft und unsere Energien. Unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen bringen die nötige Agilität und Flexibilität mit, um sich in einer Wirtschaftswelt zu behaupten, die von Innovation, Vernetzung und Dienstleistung geprägt sein wird. Mit der zunehmenden Bedeutung von überregionaler und internationaler Kooperationen wird unsere geographische Lage als zentrale Drehscheibe zwischen Nord- und Mitteleuropa immer wertvoller. Innovationen und Wissen werden zu wesentlichen Voraussetzungen einer prosperierenden Gesellschaft. Hier verfügen wir, gestützt von anwendungsorientierter Forschung, bereits über zukunftsträchtige Schlüsselbranchen wie die regenerative Energieerzeugung, die Gesundheits- und Ernährungsbranche und unsere Meeresforschung. Und schließlich werden Werte und Prioritäten der Menschen neu verortet. Schleswig-Holstein ist mit seinen guten Lebensbedingungen und der einzigartigen Landschaft ein Ort für viele verschiedene Lebensentwürfe, für Jung und Alt und insbesondere für Familien. Denn hier lässt es sich einfach gut leben. Bundesweit steht Schleswig-Holstein bereits an der Spitze des Zufriedenheitsrankings – ein wesentlicher Einflussfaktor für unsere Wachstumschancen und unsere Wandlungsfähigkeit. Und sicherlich auch Ausdruck unseres Selbstverständnisses: bodenständig, unaufgeregt, pragmatisch.

DIE LANDESENTWICKLUNGSSTRATEGIE BEHÄLT DEN LANDESHAUSHALT UND DIE SANIERUNG DER INFRASTRUKTUR FEST IM BLICK

Eine stabile Einnahmesituation und eine fest definierte Ausgabenstruktur sind für die Handlungsfähigkeit des Landes in der Gegenwart und in der Zukunft unerlässliche Voraussetzungen. Nicht alles Wünschenswerte ist machbar, denn auch Schleswig-Holsteins finanzielle Mittel sind begrenzt. Dabei ist klar: Die Landesentwicklungsstrategie ist kein zusätzliches Förderprogramm. Sie formuliert die Leitlinien der nächsten Jahre in den bestehenden Haushalten und Verwaltungsstrukturen. Große Neuinvestitionen und zusätzliche Ausgabenschwerpunkte werden erst dann möglich, wenn wir gleichzeitig unsere Konsolidierungsziele erreichen und den Sanierungsstau unserer Infrastruktur verlässlich abbauen. Daher braucht es einen effizienten Einsatz der Mittel, eine leistungsfähige Landesverwaltung und eine Politik der klaren Prioritäten. Wir wollen mit der Landesentwicklungsstrategie konzeptionell vorarbeiten, um das Land zielgerichtet zu entwickeln, wenn die Haushaltskonsolidierung wieder mehr finanzielle Spielräume zulässt.

NEUN STRATEGISCHE LEITLINIEN ZUR GESTALTUNG DER ZUKUNFT

Als Landesregierung wollen wir das Beste aus unseren Chancen machen. Genau hier setzt die Landesentwicklungsstrategie Schleswig-Holstein 2030 an. Sie zeigt auf, wohin sich Schleswig-Holstein bis zum Jahr 2030 entwickeln soll und welche Handlungsansätze wir dafür benötigen. Deshalb haben wir in ihr auch neun strategische Leitlinien definiert, die aus unserer Sicht die politischen Handlungsfelder beschreiben, in denen die größten Chancen, aber auch die größten Herausforderungen für uns liegen.

Zu diesen strategischen Leitlinien gehören:

- Digitalisierung – Für uns an erster Stelle
- Lebensqualität – Den wichtigsten Standortfaktor Schleswig-Holsteins sichern und ausbauen
- Regionen im Wandel – Differenzierte Raumbetrachtung als Handlungsmaxime ansetzen
- Bildung – Qualität stärken und Zugänge ausbauen
- Wirtschaft – Wirtschaftliche Basis stärken, neue Felder profilieren
- Mobilität der Zukunft – Heute die Verkehrspolitik von morgen denken
- Natürliche Lebensgrundlagen – Schützen und nutzen
- Überregionale und internationale Vernetzung – Kooperationen ausbauen
- Zuwanderung – Schleswig-Holstein als Zuwanderungsland gestalten



Für die Landesregierung soll die Landesentwicklungsstrategie Verpflichtung und Leitperspektive unseres Handelns sein, damit wir bereits heute die richtigen Entscheidungen für unsere Zukunft treffen. Zum Beispiel, wenn es darum geht, wie wir gute Arbeit ermöglichen oder wohin Fördergelder fließen sollen. Die Strategie soll aber auch einen Orientierungsrahmen für das Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Akteure im Land bilden, um gemeinsam den echten Norden zu gestalten. Ein Verständnis, in dem Dialog und Beteiligung eine große Rolle einnehmen und das auf einen neuen partnerschaftlichen Ansatz, auf einen engen Austausch zwischen Land, Kommunen, Gesellschaft und Wirtschaft setzt, um den besten „echten Norden" möglich zu machen.

VOM GRÜNBUCH ZUM WEISSBUCH

Auch deshalb befinden wir uns seit 2013 im Dialog mit interessierten und engagierten Bürgerinnen und Bürgern, den kommunalen Landes- und Wirtschaftsverbänden und anderen Akteuren der Zivilgesellschaft. Die Ergebnisse dieser Gespräche sind, neben existierenden Teilstrategien, in das vorliegende Grünbuch eingeflossen, in die umfassende Bestandsaufnahme unseres Landes, aber auch in die Entwicklung der strategischen Leitlinien. Allerdings haben auch wir noch nicht in jedem Bereich eine konkrete Antwort auf die Entwicklungen der Zukunft und es gibt auch Aspekte wie die Bedeutung des digitalen Wandels für Schleswig-Holstein, die vertieft mit allen Akteuren diskutiert werden müssen. Auch deshalb haben wir Fragen formuliert. Fragen, mit denen wir einen Dialog im Land anstoßen möchten. Im nächsten Schritt werden wir im engen Austausch zwischen Land, Kommunen, Gesellschaft und Wirtschaft die Leitlinien vertiefen und die konkreten Handlungsansätze weiterentwickeln und strittige Punkte gemeinsam klären. Diese werden dann in einem Weißbuch als Landesentwicklungsstrategie 2030 zusammengefasst. Sie soll einen verlässlichen Rahmen aufspannen, der nicht jede Entscheidung im Detail vorgibt, sondern Orientierung bietet.

SCHLESWIG-HOLSTEIN ALS VORREITER IN DER LANDESPLANUNG

Schleswig-Holstein ist das erste Bundesland, das mit einer eigenen fachübergreifenden Landesentwicklungsstrategie versucht, einen Orientierungsrahmen für die Herausforderungen der Zukunft zu geben. Mit dieser Dachstrategie bündeln wir die Vielzahl der verschiedenen Fach- und Teilstrategien der Ministerien und anderer Akteure im Land und benennen zusätzliche Handlungsfelder. Zudem wird die Strategie auch als konzeptioneller Rahmen für den neuen Landesentwicklungsplan fungieren, der voraussichtlich 2017 das formelle Anhörungs- und Beteiligungsverfahren durchlaufen wird. Damit beziehen wir zentrale Themen wie Digitalisierung, Bildung und Wissen, Wirtschaft, Klimawandel und Energiewende stärker als bisher in die Landesplanung ein.

DIE GESELLSCHAFT ALS GANZES IM BLICK

Diese Verschränkung ist dringend nötig. Denn Themen wie Digitalisierung, Internationalisierung, Klimawandel und der demografische Wandel verändern unseren Alltag und erfordern ein Umdenken in vielen Bereichen. Dazu gehört auch eine gewisse Offenheit für Wandel und neue Möglichkeiten. Insbesondere moderne Informations- und Kommunikationstechniken eröffnen uns neue und flexible Formen des Zusammenlebens. Sie bieten uns neue Formen und Möglichkeiten dafür, wie wir unser Miteinander und die politische Meinungsbildung organisieren und unsere demokratischen Rechte und Pflichten wahrnehmen.

So wird etwa die Frage der Qualität wohnortnaher öffentlicher Dienstleistung in den Kommunen und Kreisen nicht mehr davon abhängen, wo welche Ortsschilder stehen. Vielmehr wird es darum gehen, wie es uns gelingt, Information und Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaft, Verwaltung und Politik an jedem Ort, zu jeder Zeit und mit jedem Medium zu ermöglichen – und zwar schnell, einfach, sicher und kostengünstig.

Bei allem, was wir tun, stehen die Bürgerinnen und Bürger im Fokus unseres Handelns. Oberste Prämisse muss sein, die Gesellschaft als Ganzes im Blick zu haben und dafür Sorge zu tragen, dass bei allen Veränderungen, Innovationen und Möglichkeiten niemand zurückgelassen wird oder schlechtere Chancen für die persönliche Entfaltung erhält.

Wir messen daher den grundlegenden Werten der Gleichstellung, Inklusion und Antidiskriminierung hohe Bedeutung bei. Sie müssen themenübergreifend bei der Landesentwicklungsstrategie als Querschnittsziel und in der Umsetzung durch Strategien in einzelnen Politikbereichen berücksichtigt sein.

LANDESENTWICKLUNG BRAUCHT KOHÄRENZ UND ZUSAMMENARBEIT

Eine Landesentwicklungsstrategie kann nie alle Aspekte und Entwicklungen abbilden. Sicherlich gibt es viel mehr, was für Schleswig-Holstein wichtig ist. Eine Landesentwicklungsstrategie ist nie fertig. Derzeitige Entwicklungen wie die Flüchtlingszuwanderung nach Deutschland zeigen deutlich: Vieles ist erwartbar und auch planbar, alles jedoch nicht.

Um klare Schwerpunkte für die zukünftige Arbeit der Landesregierung zu setzen, haben wir mit dem vorliegenden Grünbuch die aus unserer Sicht wesentlichen Aspekte aufgegriffen. Aber diese Schwerpunkte müssen auch nach Abschluss der Strategie weiterentwickelt werden. So wird die Landesentwicklungsstrategie auch entlang der im Jahr 2015 verabschiedeten UN-Nachhaltigkeitsziele ausgerichtet werden. Hierfür werden wir die Ausgangslage für Schleswig-Holstein und die erwarteten Veränderungen für mehr Nachhaltigkeit, die sich aus der Landesentwicklungsstrategie ergeben, darstellen. Auf Basis der Erfahrungswerte mit der Umsetzung der Landesentwicklungsstrategie kann es dann notwendig sein, eine weiterführende Nachhaltigkeitsstrategie des Landes zu entwickeln, die die Perspektiven über die Landesentwicklungsstrategie hinaus aufzeigt.

Nur wenn wir ressortübergreifend zusammenarbeiten, Prozesse und Möglichkeiten eng miteinander verzahnen, können wir unsere gemeinsamen Ziele erreichen. Genauso wichtig sind der Zusammenhalt und die Zusammenarbeit zwischen Landesregierung und Unternehmen, Universitäten, Schulen und Kindertageseinrichtungen, Vereinen und Verbänden und vor allem den Bürgerinnen und Bürgern. Gerade die Bewältigung der großen Zahl an Flüchtlingen, die in unser Land kommen, zeigt, dass wir die Herausforderungen immer dann besser gestalten können, wenn der Staat in Partnerschaft mit allen gesellschaftlichen Akteuren handelt.

Wandlungs- und Entwicklungsfähigkeit ist die Voraussetzung. Dazu gehört die stete Bereitschaft, die Erfolgsroutine von gestern abzulegen und neue Wege zu gehen, um den tiefgreifenden Wandel als Chance zu nutzen. Wir wollen gemeinsam die Grenze zu Neuem überschreiten – innovative Kräfte freisetzen. Jeder ist aufgerufen, sich an der Ausgestaltung der Landesentwicklungsstrategie zu beteiligen. Wir haben die Voraussetzungen, die Fähigkeiten und wir haben ein klares Ziel. Zukunft beginnt in Schleswig-Holstein. Lassen Sie uns die Zukunft gemeinsam gestalten.



DER BISHERIGE STRATEGIE-PROZESS ZUR LES

MIT DIESEM VORGEHEN KNÜPFEN WIR AN DEN STRATEGIE-PROZESS AN, DER IM JUNI 2013 BEGANN.

AUFTAKT (JUNI 2013)

Den Auftakt des Strategieprozesses bildete im Juni 2013 ein *Bürgerkongress*, in dem 120 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger ihre Visionen, Ideen und Handlungsansätze in den Bereichen Bildung und Wissen, Wirtschaft, Energie und demografischer Wandel für Schleswig-Holstein 2030 formulieren und miteinander diskutieren konnten. Die Ergebnisse wurden dem Ministerpräsidenten als *„Aufgabenheft Schleswig-Holstein 2030"* übergeben und von der Landesregierung bewertet.

ANALYSE (JULI 2013 – JANUAR 2014)

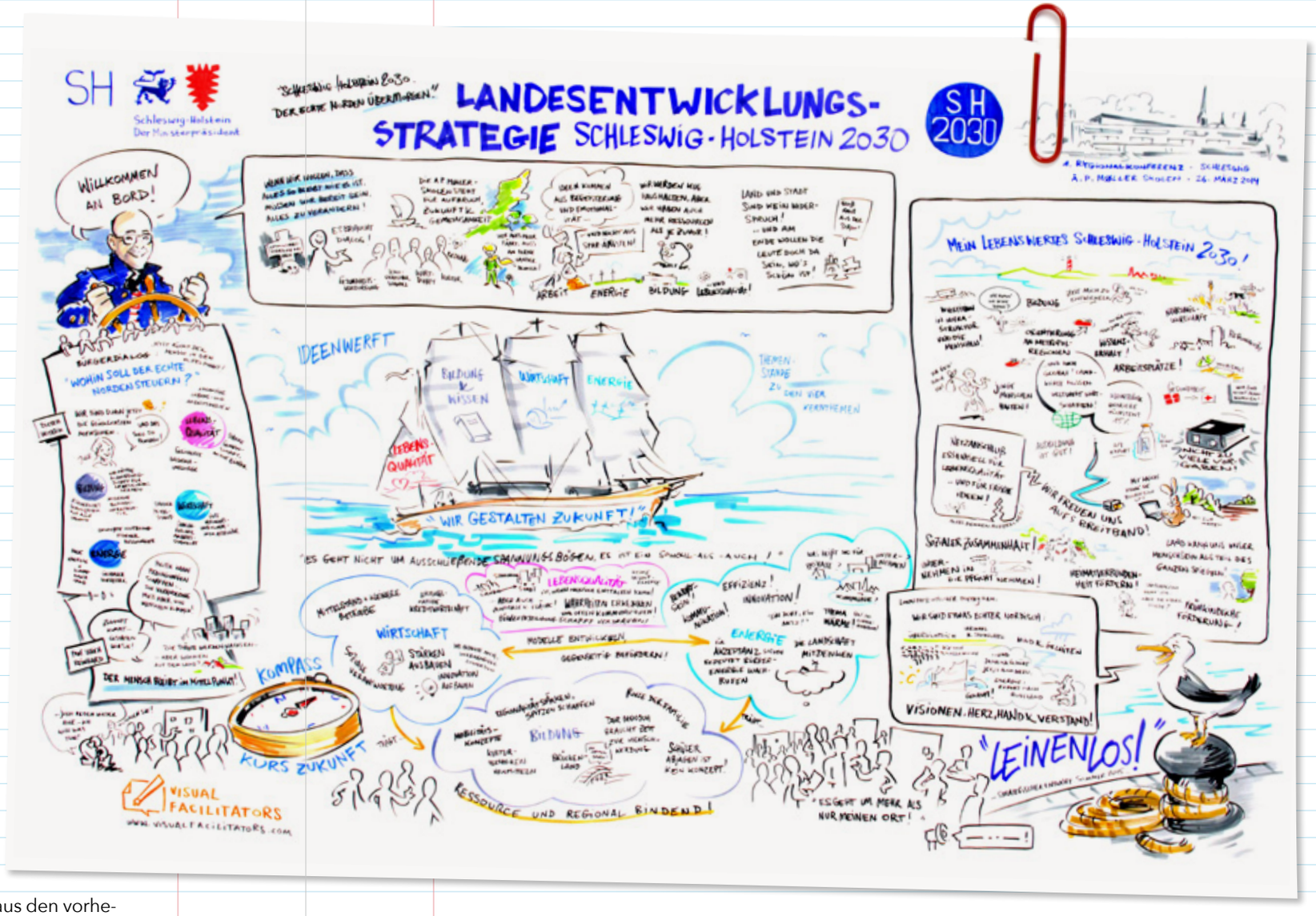
Ab Juli 2013 untersuchte die Landesplanung in der Staatskanzlei zusammen mit einem externen Beraterteam die wesentlichen Herausforderungen, Stärken und Schwächen sowie Chancen und Risiken für Schleswig-Holstein. Aus dieser Analyse wurden die wichtigsten Entwicklungspotenziale Schleswig-Holsteins für die kommenden Jahre abgeleitet und erste strategische Ansätze formuliert. Das Dokument *„Grundlagen der Landesentwicklungsstrategie Schleswig-Holstein 2030"* beschreibt die Ausgangslage und die -bedingungen des Landes.

DIALOG (OKTOBER 2013 – JULI 2014)

Ab Oktober 2013 lud die Landesregierung zahlreiche Akteure ein, ihre Zukunftsvorstellungen in den Prozess einzubringen. Neben einer umfangreichen *Online-Befragung* fanden im Frühjahr 2014 drei *Regionalkonferenzen* statt, in denen über 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus allen Gesellschaftsbereichen und aus allen Teilen des Landes ihre strategischen Prioritäten bis zum Jahr 2030 diskutierten. Diese wurden auch in *zwei Veranstaltungen mit Jugendlichen und mit Menschen mit Migrationshintergrund* erörtert. Die gesammelten Ergebnisse der Dialogphase sind *online* dokumentiert.

STRATEGIEENTWICKLUNG (SEIT AUGUST 2014)

Im August 2014 begann die Landesregierung damit, die Erkenntnisse aus den vorherigen Schritten zur Landesentwicklungsstrategie zusammenzuführen. Darüber hinaus wurden Anfang 2015 noch einmal die globalen und regionalen Rahmenbedingungen und Trends und ihre Auswirkungen auf Schleswig-Holstein ausführlicher herausgearbeitet. In umfangreicher Abstimmung mit den Fachressorts definierte die Landesregierung schließlich die inhaltlichen Schwerpunkte der Landesentwicklungsstrategie, die im vorliegenden Grünbuch zusammengefasst sind.



Strategische Partner

Die LES wird mit Unterstützung der Kommunalen Landesverbände und der IHK Schleswig-Holstein als strategische Partner entwickelt.



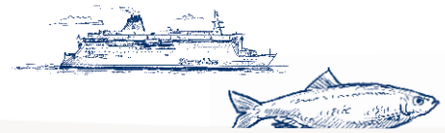
WAS IST ALLES AUS DEM STRATEGIEPROZESS ÜBERNOMMEN WORDEN?

Der Strategieprozess bestand aus der oben aufgeführten Reihe von Beteiligungsformaten und Dialogveranstaltungen. Die nachfolgende Tabelle zeigt eine Auswahl von Aspekten, die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern dabei als besonders wichtig festgehalten wurden und in das Grünbuch eingeflossen sind.

Diese Anregungen der Bürgerinnen und Bürger spiegeln sich in der Analyse und den Leitlinien oder den bereits bestehenden Strategien in den jeweiligen Fachbereichen wider. Mit dem Grünbuch knüpfen wir an die vielen Impulse an, können sie aber nicht in ihrer Gesamtheit abbilden. Vielfach sind die Vorschläge bereits sehr detailliert und konkret. Die Herausforderung besteht dabei darin, dass mit dem Grünbuch ein Raum aufgemacht werden soll, in dem noch Austausch und Diskussion im Rahmen des Fachdialogs möglich sein sollen. Deswegen wird darauf geachtet, noch nicht Maßnahmen bis ins letzte Detail festzulegen, sondern einen strategischen Rahmen für Entscheidungen vorzugeben.

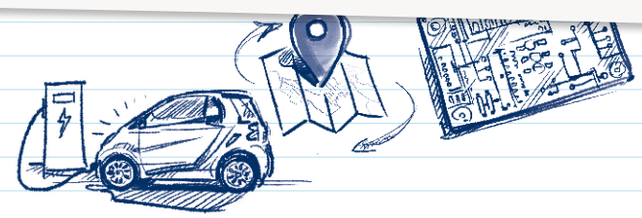
Zukunftsrat

Neben dem breit angelegten Dialogprozess hat Ministerpräsident Torsten Albig im Sommer 2013 einen Zukunftsrat als unabhängiges Beratungsgremium zur Landesentwicklungsstrategie ins Leben gerufen. Auf persönliche Einladung und unter Vorsitz des Ministerpräsidenten konnten neun Persönlichkeiten mit unterschiedlichen beruflichen Hintergründen gewonnen werden, die mit ihrem Wissen und ihren Erfahrungen den Strategieprozess bereichern. Neben dem Ministerpräsidenten besteht der Zukunftsrat aus folgenden Mitgliedern: Bischöfin Kirsten Fehrs (Sprengel Hamburg und Lübeck), Prof. Dr. Olav Hohmeyer (Universität Flensburg) bis April 2016, Irene Johns (Vorsitzende des Kinderschutzbundes Schleswig-Holstein), Prof. Dr. Henning Klodt (Institut für Weltwirtschaft, Kiel), Max Schön (Max Schön Verwaltungsgesellschaft GmbH & Co. KG, Lübeck), Katharina Rogge (Universität Leipzig), Prof. Dr. Harald Welzer (FUTURZWEI. Stiftung Zukunftsfähigkeit), Susanne Wiegand (Geschäftsführerin Nobiskrug GmbH) und Prof. Dr. Ulrich Reinhardt (Stiftung für Zukunftsfragen, Hamburg). Der Zukunftsrat diskutiert Standpunkte und erarbeitet Zukunftsvorstellungen und Projektideen. Hierzu gehörten bisher Themen wie beispielsweise Werte im Wandel und die Stellung bürgerschaftlichen Engagements, Kinderland Schleswig-Holstein, Mobilität der Zukunft und qualitatives Wachstum. Ein wichtiger Impuls aus diesem Prozess waren Interviews des Zukunftsforschers Professor Reinhard mit jungen Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern zu ihren Zukunftserwartungen, die den Wertewandel in den Erwartungen an das eigene Leben und die Bedeutung des digitalen Wandels für diese Generation dokumentiert.



Auswahl von Aspekten aus dem bisherigen Dialogprozess	Verknüpfung zu den Leitlinien-Kapiteln
Neue Mobilitätsformen (Carsharing, E-Mobilität)	3.5.3, 3.6.3
Ausbau ÖPNV und höhere Flexibilität, Mobilität als Garant dafür, dass der ländliche Raum attraktiv bleibt	3.6.3
Sicherung der Lebensqualität im ländlichen Raum	3.3, 3.2
Infrastruktur/Straßen ausbauen, um Süd-Nord-Gefälle in SH zu begegnen	3.6.1
Öffentliche und private Daseinsvorsorge sichern	3.3.1, 3.3.3
Breitband-Netzausbau forcieren	3.1.1
Chancengleichheit für alle	3.9.1, 3.1.2, 3.3.3, 3.4(.4)
Bildung als Gesamtkonzept von der Krippe bis ins hohe Alter bzw. lebenslanges Lernen ermöglichen	3.4.5, 3.4.1
Flächendeckende Bildungsangebote	3.4.1, 3.4.2
Dem Fachkräftemangel entgegenwirken	3.4.5, 3.9, 3.2.1
Mehr Kooperation mit den Nachbarregionen	3.6.1, 3.8.1, 3.8.2
Konstruktive Zusammenarbeit mit Hamburg	3.8.2
Forcierung von Zukunftsbranchen	3.5.1
Verbesserung der Lebensqualität (bedarfsgerechter und bezahlbarer Wohnraum, gesicherte Kinderbetreuung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf)	3.2, 3.4.2, 3.3.2
Inklusion	3.4.6





Lektüreempfehlung

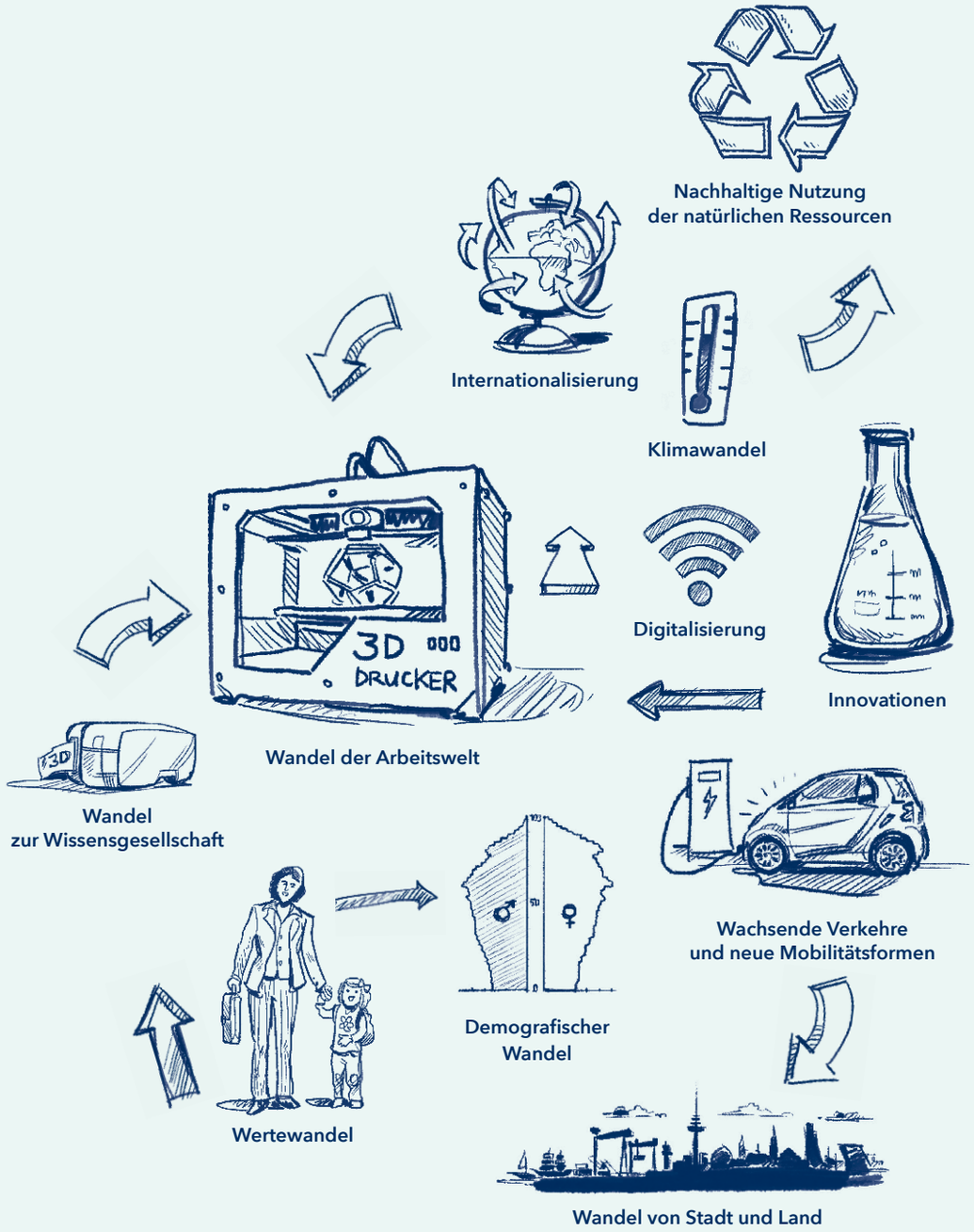
Ulrich Reinhardt (2016): Schleswig Holstein heute und morgen

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM WANDEL

1

RAHMENBEDINGUNGEN UND TRENDS

Die Welt ist im Wandel und mit ihr Schleswig-Holstein. Wenn die Potenziale unseres Landes gut genutzt werden, kann den Herausforderungen der Zukunft begegnet werden.



WAS UNS AUSMACHT

Schleswig-Holstein – das ist das Land hoch im Norden Deutschlands zwischen Nord- und Ostsee. Die Nähe zu den Meeren, die manchmal recht raue Natur, unsere bewegte Geschichte, unser kultureller Reichtum und die gesellschaftliche Vielfalt haben uns zu dem gemacht, was wir heute sind: zum echten Norden. Sturmfluten, Wiederaufbau, Integration der Flüchtlinge nach dem 2. Weltkrieg und heute, Strukturwandel, harte wirtschaftliche Zeiten oder Haushaltskonsolidierung – es war und ist nicht immer einfach. Trotzdem lässt man sich in Schleswig-Holstein nur schwer unterkriegen. Wat mutt, dat mutt. So hat Schleswig-Holstein in der Vergangenheit die Herausforderungen gemeistert und so werden wir es auch in Zukunft schaffen. Dafür gibt es gute Gründe.

Schleswig-Holstein bietet hervorragende Lebensbedingungen. Hier wird das subjektive Empfinden, „sich wohlfühlen" zu können, nicht nur durch die Nähe von Nord- und Ostsee, den besonderen Landschaften sowie den engen kulturellen Verbindungen in den skandinavischen Raum geprägt, sondern auch durch den spezifischen Umgang mit den natürlichen Gegebenheiten. Die hohe Lebensqualität begründet sich auch durch soziale, technische und kulturelle Infrastrukturen, die Leben und Arbeiten in Schleswig-Holstein für alle Menschen attraktiv machen. Und dies unabhängig von Geschlecht, Alter und Herkunft. Es ist diese Kombination, die dazu führt, dass Schleswig-Holstein eine „Hochburg der Lebenszufriedenheit"[1] ist.

Insgesamt ist Schleswig-Holstein in seiner Gesamtstruktur ländlich geprägt. Unsere Stärken sind eng mit den ländlichen Strukturen verbunden und liegen vor allem im Tourismus, in der maritimen Wirtschaft, der Logistik, der Ernährungs- und der Energiebranche. Gerade im Bereich der Erneuerbaren Energien hat das Land in den vergangenen Jahren einen Boom erlebt und nicht nur die Energiewende bundesweit vorangetrieben, sondern auch zahlreiche Arbeitsplätze in der Region geschaffen.

Die besondere geographische Lage zwischen den Meeren macht Schleswig-Holstein dabei zur Drehscheibe zwischen Nord- und Mitteleuropa – logistisch, wirtschaftlich und vor allem kulturell. Die Nähe zu unseren Nachbarn im Norden hat uns über Jahrhunderte kulturell geprägt. Ob dänische Minderheit oder friesische Volksgruppe, deutsche Sinti und Roma oder die Plattdeutschen: In wohl keiner anderen Region Europas gibt es so viele nationale Minderheiten und traditionelle Sprachen wie in Schleswig-Holstein. Darauf bauen wir heute auf.

In Schleswig-Holstein prägen vor allem kleine und mittlere Unternehmen die Wirtschaft des Landes. Dabei ist der Dienstleistungssektor deutlich stärker als das produzierende Gewerbe. Die mittelständisch differenzierte Wirtschaftsstruktur und der vergleichsweise geringe Einfluss einzelner Großbetriebe kamen uns in den vergangenen Jahren zugute: Zwar sind die Wachstumsraten oftmals geringer, gleichzeitig ist der Rückgang der Wirtschaftsleistung in Krisenjahren weniger stark als in Gesamtdeutschland.

Dies alles sind Faktoren, die unsere heutige Ausgangslage ausmachen. Dazu gehört aber auch, dass Schleswig-Holstein finanziell noch Altlasten zu bewältigen hat. Schleswig-Holstein ist ein Konsolidierungsland. Der Abbau des strukturellen Defizits im Landeshaushalt ist ohne Alternative. Dazu kommt der Abbau des Sanierungsstaus bei der Infrastruktur. Beide Herausforderungen werden in den nächsten Jahren bewältigt. Der aktuelle Finanzplan beschreibt, wie das strukturelle Defizit bis 2020 schrittweise auf null gesenkt wird. Mit dem Sonderprogramm „IMPULS 2030" sind Mittel reserviert worden, um den identifizierten Sanierungsstau abzubauen. Beide Projekte haben Priorität und schränken den Spielraum für Neuinvestitionen und zusätzliche Ausgaben ein.[2] Niedrige Zinsen und eine gute Konjunktur bieten die Chance, in die Infrastruktur der zentralen Bereiche wie Digitalisierung, der öffentlichen Daseinsvorsorge, beispielsweise Kinderbetreuung und Krankenhäuser, der Wissenschaft und der Forschung sowie des Verkehrs zu investieren, um das Land fit für die Zukunft zu machen. Und das ist nötig. Denn die Welt ist im Wandel und mit ihr Schleswig-Holstein.



WO WIR HEUTE STEHEN UND WAS UNS ERWARTET

In den nächsten 15 Jahren werden globale und regionale Trends wie Digitalisierung, Internationalisierung, demografischer Wandel sowie Struktur- und Wertewandel Schleswig-Holstein prägen. Zudem beeinflussen neu aufkommende Entwicklungen unser Land. Ein Beispiel dafür ist die wachsende Zahl an Flüchtlingen aus Kriegsgebieten, die bei uns Schutz suchen. Diese Umbrüche werden nicht spurlos an uns vorübergehen. Aber der Blick auf die derzeitige Ausgangslage zeigt, dass wir uns nicht entmutigen lassen sollten. Wir sind in vielen Bereichen nicht nur gut aufgestellt, sondern die genannten Trends bedeuten für uns neue Chancen und Perspektiven.

ZWISCHEN GLOBALER VERNETZUNG UND REGIONALER KOOPERATION – SCHLESWIG-HOLSTEINS WIRTSCHAFT AUF DEM WEG IN EINE NEUE WELT

Internationale Projektteams, die virtuell zusammenarbeiten, oder weltweit agierende Unternehmen: Arbeitskräfte, Güter, Kapital und Wissen sind heute mobiler als je zuvor. Schnelle Transport- und Kommunikationswege zusammen mit verbesserten institutionellen Rahmenbedingungen haben in den letzten Jahrzehnten zu einer zunehmenden globalen Vernetzung geführt. Die internationale Ausrichtung von Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft sowie Kooperationen in grenzüberschreitenden Netzwerken gewinnen immer mehr an Bedeutung.

Megatrend Internationalisierung



- Als gewachsenes Zuwanderungsland mit sprachlicher und kultureller Vielfalt verfügt Schleswig-Holstein über natürliche Voraussetzungen für eine interkulturelle Öffnung und hohe Kooperationsbereitschaft.
- Dänemark ist Schleswig-Holsteins wichtigster Handelspartner. Ein Drittel seiner Exporte liefert Schleswig-Holstein an die traditionellen Handelspartner im Ostseeraum, mit Skandinavien an Spitzenposition.[3] China ist der zweitgrößte Handelspartner Schleswig-Holsteins.
- Schleswig-Holstein ist in die Kooperationsstrukturen im Ostseeraum verantwortlich eingebunden und arbeitet an der weiteren Effektivierung der politischen und praktischen Zusammenarbeit im Ostseeraum mit.

Schon immer war Schleswig-Holstein ein natürlicher Teil des europäischen Nordens und wird zukünftig noch stärker die Brücke von West- und Mitteleuropa nach Skandinavien, ins Baltikum und nach Russland bilden. Die enge partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Dänemark und der südwestlichen Ostseeregion im Rahmen der STRING-Kooperation (Southwestern Baltic Sea TransRegional Area – Implementing New Geography) bietet für Schleswig-Holstein gute Möglichkeiten hinsichtlich der Wirtschaftsentwicklung und des Arbeitsmarktes, aber auch für das alltägliche Leben der Menschen in den Grenzregionen. Schleswig-Holstein und Dänemark gehören europaweit zu den Vorreitern der grenzüberschreitenden Regionalentwicklung. Die Jütland-Route und die Fehmarnbelt-Achse stellen zentrale Entwicklungsachsen dar. Der Austausch wird sich mit der Eröffnung der festen Fehmarnbelt-Querung weiter intensivieren. Sie wird zukünftig die beiden Metropolen Hamburg und Kopenhagen noch enger zusammenwachsen lassen. Damit eröffnet sich für Schleswig-Holstein die große Chance, nicht nur von der Nähe zu Hamburg zu profitieren, sondern auch von der Nähe zur Metropole Kopenhagen.

Der Ostseeraum gilt weltweit als Vorzeigeregion regionaler Zusammenarbeit. Mit der EU-Ostseestrategie hat die Zusammenarbeit im Ostseeraum einen politisch-strategischen Rahmen und klar definierte Handlungsschwerpunkte bekommen; das EU-Ostseeprogramm fördert transnationale Kooperationsprojekte in allen wirtschaftlich, umweltpolitisch und gesellschaftlich relevanten Bereichen.

DIGITALE TRANSFORMATION SCHAFFT NEUE GESCHÄFTSFELDER UND MÄRKTE

Doch nicht nur der Verkehr auf Straßen, Schienen und dem Seeweg verbindet Schleswig-Holstein mit der Welt. Die zunehmende Digitalisierung vieler Lebens- und Wirtschaftsbereiche treibt die globale Vernetzung voran. Sie eröffnet den Unternehmen in Schleswig-Holstein neue Märkte und Geschäftsfelder und verändert gesamte Produktions- und Arbeitsprozesse. „Cloud Computing“, „Big Data“ oder „Internet der Dinge“ sind wichtige Beispiele für die digitale Transformation des Wirtschaftslebens, die in Schleswig-Holstein auch infolge des schnellen Breitbandausbaus bereits zu positiven Entwicklungen geführt haben. Kleine und mittlere Unternehmen in Schleswig-Holstein gehören mit Platz 3 im „Vodafone Atlas Digitalisierungsgrad im Bundesländer-Vergleich“ zu den digitalen Vorreitern in Deutschland. Neben einigen etablierten IT-Unternehmen hat sich zudem eine kleine, aber sehr aktive und robuste Gründerszene entwickelt. Das Wachstum in diesem Bereich bleibt zwar noch hinter anderen Bun-

desländern wie Berlin oder Bayern zurück, doch einige Branchen haben bereits das Potenzial erkannt. So stellt Schleswig-Holstein beispielsweise den weltweit drittgrößten Hersteller von 3D-Metalldruckern, jedes Passbild für den Personalausweis wird mit Software aus Schleswig-Holstein eingescannt und Schleswig-Holsteiner sind weit vorne als Youtuber oder als Universität im Netz.

Megatrend Digitalisierung

- Etwa 77 % der Schleswig-Holsteiner ab 14 Jahren nutzen das Internet, mit steigender Tendenz[4] – ein Wert leicht über dem bundesweiten Durchschnitt.[5]
- Mit 23 % anschlussfähiger Haushalte an das Glasfasernetz und 74 % Abdeckung mit mehr als 50 Mbit/s belegt Schleswig-Holstein einen deutschlandweiten Spitzenplatz.[6]
- Die Branche der digitalen Wirtschaft stellt heute mit fast 14.000 Unternehmen im Land gut 7 % aller IHK-Unternehmen.[7]

Ein weiterer Baustein der Zukunftsfähigkeit Schleswig-Holsteins ist die Weiterentwicklung der Kommunikationsinfrastruktur. Breitbandnetze sind bereits heute der wichtigste bereichsübergreifende Faktor und eine wesentliche Basis für die Wirtschaftsentwicklung – wichtiger als jede andere Infrastruktur. Der Zugang zu schnellem Internet ist zum bedeutendsten Standortfaktor geworden – das gilt gerade für den ländlichen Raum. Dort können mit digitalen Technologien durch E-Government- und E-Learning-Anwendungen genauso wie Telemedizin und Telearbeit Strukturprobleme in dünn besiedelten Regionen aufgefangen werden. Mit der Strategie „Breitband 2030" sowie einem dazugehörigen Maßnahmenplan besteht für eine flächendeckende Breitbandversorgung in Schleswig-Holstein bereits eine zentrale Handlungsgrundlage.

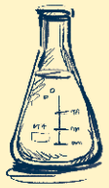
ENERGIEWENDE – SCHLESWIG-HOLSTEIN ALS BUNDESWEITER VORREITER

Gut vernetzt ist auch die Windenergie im Land. Im Jahr 2014 schob sich Schleswig-Holstein mit 455 neuen Windkraftanlagen und 1.303 MW beim Ausbau an die Spitze Deutschlands.[8] 2015 konnten wir zudem rechnerisch 100 Prozent des Bruttostromverbrauchs allein aus grünem Strom decken.[9] Im Unterschied zu anderen Bundesländern steht Schleswig-Holstein damit nicht mehr am Anfang der Energiewende, sondern setzt sie bereits um. Es wird erwartet, dass Schleswig-Holstein künftig dreimal so viel erneuerbaren Strom produziert, wie es selbst verbraucht. Mit den angestoßenen Planungen und Genehmigungsverfahren zum Netzausbau und der Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraftanlagen im Zuge der Fortschreibung der Raumordnungspläne wurden und werden aktuell wichtige Weichenstellungen vorgenommen.

Trotz der guten Ausgangslage steht das Land bei der Energiewende jedoch vor großen Herausforderungen. So bedarf es neben der Strom- auch einer Wärme- und Mobilitätswende, um die internationalen Klimaschutzverpflichtungen erfüllen zu können. Der kommunalen Wärmeversorgung kommt hier eine Schlüsselrolle zu. Zudem müssen wir das große Potenzial bei Energieeinsparung und Effizienzsteigerung nutzen, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Eine der zentralen Aufgaben ist es, ausreichende Netzkapazitäten sicherzustellen. Auch wenn intelligente Netze und wirtschaftlich zu betreibende Energiespeicher nicht von heute auf morgen zur Verfügung stehen, ist eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende der zügige Ausbau der Energieinfrastruktur. Eine weitere Herausforderung besteht darin, die regionale und lokale Wertschöpfung der Erneuerbaren Energien zu verbessern. Denn diese können, gerade auch in den ländlichen Räumen, eine erhebliche regionalwirtschaftliche Bedeutung haben.

WISSEN UND KREATIVITÄT ALS ZENTRALE RESSOURCEN DER ZUKUNFT

Produkt- und Prozessinnovationen gewinnen in Schleswig-Holstein zunehmend an Bedeutung – nicht zuletzt, um die Energiewende erfolgreich zu meistern. Sie werden für Unternehmen zur Grundlage des wirtschaftlichen Erfolgs. Innovationen sind die entscheidende Voraussetzung für mehr Wachstum, Beschäftigung, Wohlstand und Lebensqualität. Die Innovationsdynamik wird sich zukünftig rasant beschleunigen. Gleichzeitig schreitet der Strukturwandel hin zu wissensintensiven Dienstleistungen sowie Produkten der Hoch- und Spitzentechnologie weiter voran. Damit steigt die Bedeutung von Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE). Hier hinkt Schleswig-Holstein jedoch hinterher: Der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt lag 2013 mit 1,47 Prozent etwas weniger als halb so hoch wie in Deutschland insgesamt (2,84 Prozent[10]). Diese Innovationsschwäche liegt in der spezifischen Wirtschaftsstruktur begründet: Die hohe Dienstleistungsdichte, die geringe Verbreitung forschungsintensiver Branchen sowie der überwiegende Anteil an kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) mit geringeren personellen und finanziellen Ressourcen für Forschung und Entwicklung sind wesentliche Gründe.



Megatrend Innovationen

- Mit 1,5 % haben die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Schleswig-Holstein im Vergleich zum Bundesdurchschnitt einen unterdurchschnittlichen Anteil am BIP. Das von der EU vorgegebene Ziel von 3 % wird damit verfehlt.[11]
- 99 % der rund 129.000 schleswig-holsteinischen Unternehmen sind kleine und mittlere Firmen mit weniger als 250 Beschäftigten. Rund 78 % aller Beschäftigten arbeiten hier.[12]
- Die Patentintensität liegt in Schleswig-Holstein mit 16 Anmeldungen je 100.000 Einwohner deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 60 Anmeldungen.[13]

FACHKRÄFTE IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Der hohe Innovationsdruck – nicht zuletzt im Zuge der rasanten Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung – erfordert entsprechende Fachkräfte. Aktuell ist der schleswig-holsteinische Arbeitsmarkt überdurchschnittlich stark von mittelqualifizierten Fachkräften (rund 60 Prozent), d. h. Personen mit Berufsabschluss, geprägt. Bis 2030 wird durch den prognostizierten Bevölkerungsrückgang insbesondere bei den Mittelqualifizierten eine immer größer werdende Fachkräftelücke entstehen. Schon jetzt kann nicht mehr jedes Unternehmen in kurzer Zeit die Fachkraft einstellen, die gebraucht wird.[14] Dies setzt die Wirtschaft Schleswig-Holsteins stark unter Druck.

Fachkräftebedarf

- Die Zahl der Arbeitslosen sank im Jahr 2015 auf durchschnittlich 6,5 % (97.900). Damit liegt ihre Zahl erstmals seit 1993 unter 100.000 Personen im Jahresdurchschnitt.[15]
- Bis 2030 wird für Schleswig-Holstein eine Fachkräftelücke von insgesamt 97.000 Personen prognostiziert: 85.000 Personen mit mittlerer Qualifikation (Berufsabschluss), 12.000 Personen mit hoher Qualifikation (Hochschul- und Fachhochschulabschluss). Lediglich für Personen mit geringer Qualifikation (ohne Berufsabschluss) wird ein Arbeitsmarktüberhang von etwa 3.500 Personen im Jahr 2030 bestehen bleiben.[16]



Im Kampf um die besten Ideen braucht es zudem hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Mit dem Wandel der Industrie- zur Technologie- und Wissensgesellschaft werden kluge Köpfe jedoch zunehmend gebraucht. Hier gilt es, die in Schleswig-Holstein ausgebildeten Menschen zu halten und das Land für die Zuwanderung von Fachkräften sowie für Unternehmensansiedlungen attraktiv zu machen.

Damit sind neben der Landesregierung auch die Unternehmen gefordert: Mehr Mitbestimmung der Beschäftigten und flache Hierarchien – nur wer ein attraktives Arbeitsumfeld bietet, wird im Wettbewerb um die qualifizierten Fachkräfte von morgen mithalten können. „Gute Arbeit" wird immer wichtiger. Zusätzlich gewinnen immaterielle Werte an Bedeutung: Statt Dienstwagen und großem Büro stehen gerade bei der sogenannten Generation Y Themen wie Work-Life-Balance, Lebensqualität im persönlichen Umfeld und individuelle Entfaltung im Beruf im Vordergrund. Angesichts des demografischen Wandels braucht es zudem gesunde und alternsgerechte Arbeitsplätze sowie flexible Arbeitszeitmodelle, vollzeitnahe Teilzeitarbeit, Möglichkeiten für längere vorübergehende Auszeiten sowie Angebote zur Kinderbetreuung, um nicht zuletzt der steigenden Erwerbstätigkeit von Frauen Rechnung zu tragen. Land und Kommunen stellt dies vor die Herausforderung, ausreichende Ganztagsbetreuung und weitere Angebote für Kinder und Jugendliche bereitzustellen.



AUF DEM WEG ZUR WISSENSGESELLSCHAFT – WIE SICH DIE ANFORDERUNGEN AN BILDUNG UND FORSCHUNG VERÄNDERN

Der Strukturwandel von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft wird in den nächsten Jahrzehnten unsere Wirtschaft und Gesellschaft weiter prägen. Bereits seit Jahren steigt die Bedeutung von Wissen deutlich an. Denn in der Industrie und im Dienstleistungsbereich werden zunehmend anspruchsvollere Technologien eingesetzt.

Mit seinen drei Universitäten, fünf staatlichen und zwei privaten Fachhochschulen und einer Musik- und einer Kunsthochschule sowie einer Reihe renommierter außeruniversitärer Forschungseinrichtungen verfügt Schleswig-Holstein über grundlegende Strukturen für einen guten Wissensaufbau und -transfer. Daneben gibt es weitere kreative und innovative Projekte und Cluster zur Förderung des akademischen Nachwuchses, des Wissenstransfers sowie des Wissensstandortes.

Die staatlichen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sind durch mehrere Initiativen in europäische Projekte und den überregionalen Wissensaustausch eingebunden. Im Bereich Meereswissenschaften und Medizin kann Schleswig-Holstein sogar auf Forschungsexzellenzcluster verweisen. Für die exzellente Graduiertenschule „Gesellschaft, Umwelt, Kultur im Wandel" sowie den Schwerpunkt „Nanowissenschaften und Oberflächenforschung" besteht die Zielsetzung, sie zu vergleichbaren international wahrgenommenen Forschungsclustern zu entwickeln. Das UKSH, das größte Universitätsklinikum Deutschlands, betreibt auf höchstem Niveau Spitzenforschung und Krankenversorgung mit internationaler Ausstrahlung.

Studierende

- Die Kieler Universität liegt im weltweiten Vergleich der Hochschulen im ersten Drittel.[17]
- Die Zahl der Studierenden stieg von 47.331 im Jahr 2005 auf 57.869 im Wintersemester 2015/16.[18]
- Bei den Grundmitteln je Studierenden lag Schleswig-Holstein mit 8.240 Euro über dem Bundesschnitt (6.910 Euro).



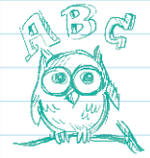
Allerdings sind auch Defizite im Bildungs- und Wissenschaftssystem auszumachen. Das Land hat bereits, beispielsweise mit dem Sondervermögen für den Hochschulbau oder mit dem Hochschulpakt, Anstrengungen unternommen, diese Defizite auszugleichen. Die Hochschulen des Landes stoßen an ihre räumlichen und infrastrukturellen Kapazitätsgrenzen. Bis auf wenige Ausnahmen in der Spitzenforschung wird Schleswig-Holstein international nicht als renommierter Forschungs- und Technologiestandort wahrgenommen. Innerhalb Deutschlands gehört Schleswig-Holstein zu den Ländern mit den niedrigsten Ausgaben im Bereich der Spitzenforschung. Den begonnenen Weg der konsequenten Stärkung der Hochschulen zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben gilt es fortzuentwickeln und die Bedeutung des Hochschulstandortes Schleswig-Holstein als besondere Chance für das Land nachhaltig zu verfolgen. Auch die Verstetigung, Ressourcenausstattung und Verzahnung der Wissenstransferinfrastrukturen sind ausbaufähig.

BILDUNG UND LEBENSLANGES LERNEN

Auf dem Weg zur Wissensgesellschaft und nicht zuletzt aufgrund der hohen Dynamik technologischer Innovationen gewinnt lebenslanges Lernen an Bedeutung. Der Grundstein dafür wird bereits in der frühen Kindheit gelegt. Einen wichtigen Beitrag dazu leisten unter anderem unsere Kindertageseinrichtungen. Die ganztägige Betreuung entwickelt sich positiv. Im Vergleich der alten Bundesländer weist Schleswig-Holstein eine überdurchschnittliche Betreuungsquote der Unter-3-Jährigen auf. Die Betreuungsquote der 3- bis 6-Jährigen ist aber sowohl im Bundesdurchschnitt als auch im Vergleich mit den alten Bundesländern unterdurchschnittlich. Es ist erforderlich, in den Kitas weitere Betreuungsangebote und Kapazitäten zu schaffen, um den Bedarf an Ganztagesbetreuung zu decken.[19]

Bildung / Kitas

- Schleswig-Holstein verfügte 2015 über 1.765 Kindertageseinrichtungen, 108.652 Betreuungsplätze und 20.982 Beschäftigte in Kindertageseinrichtungen.[20]
- Die Betreuungsquote in Kindertageseinrichtungen sowie öffentlich geförderter Kindertagespflege beträgt 2015 bei den unter 3-Jährigen 31,4 % und bei den 3–6-Jährigen 93,2 %. Damit belegt Schleswig-Holstein im westdeutschen Ländervergleich einen Spitzenplatz.
- Die Abiturquote eines Jahrgangs stieg insgesamt an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen von 2006 bis 2014 von 29,8 % auf 40,6 %.



Das Schulsystem in Schleswig-Holstein wurde verändert, damit mehr Schülerinnen und Schüler ihre Potenziale nutzen. Nach einem intensiven Dialog ist die zweigliedrige Schulstruktur mit Gemeinschaftsschulen und Gymnasien neben starken beruflichen Schulen jetzt in Schleswig-Holstein etabliert. An den Gymnasien wird in der Regel nach acht Jahren das Abitur erworben (G8); die im Schuljahr 2014/15 bereits bestehenden Gymnasien mit einem neunjährigen Bildungsgang oder einem acht- und neunjährigen Bildungsgang (das sogenannte Y-Modell) können fortgeführt werden. An den Gemeinschaftsschulen können drei Bildungsabschlüsse erworben werden: der „Erste Allgemeine Schulabschluss" nach neun Jahren, der „Mittlere Abschluss" nach zehn Jahren und das „Abitur" nach 13 Jahren (G9). Gemeinschaftsschulen haben entweder eine eigene Oberstufe (16 neue seit 2012) oder kooperieren mit anderen Schulen, die eine Oberstufe haben. Hier gibt es bereits über 100 Kooperationen.

Mit multiprofessionellen Teams an den Schulen und einer besseren Lehrkräftebildung werden Schulen in ihrer Arbeit stärker unterstützt. Trotz Verbesserung der Unterrichtsversorgung liegt diese immer noch unter 100 Prozent. Auch die Höhe ersatzlos ausfallenden Unterrichts muss daher weiter gesenkt werden, wobei neben weiteren Lehrerstellen die Kompetenz der Schulen gefordert ist, nicht planmäßig stattfindenden Unterricht sinnvoll zu gestalten. Das Land hat vergleichsweise niedrige Bildungsausgaben und muss als Konsolidierungsland sicherstellen, dass mit der Erhöhung seiner Bildungsausgaben auch immer eine größtmögliche Bildungswirkung erzielt wird. Zu vielen Jugendlichen gelingt der direkte Übergang von der Schule in eine Berufsausbildung nicht.

Schule

- In Schleswig-Holstein gibt es 803 öffentliche allgemeinbildende und berufsbildende Schulen mit über 380.000 Schülerinnen und Schülern, davon fast 287.600 an allgemeinbildenden Schulen und gut 92.600 an berufsbildenden Schulen.[21]
- 28.000 Lehrerinnen und Lehrer unterrichten auf rund 22.531 Planstellen.[22]
- An 86 % aller Schulen gibt es ein unterrichtsergänzendes schulisches Ganztags- oder Betreuungsangebot.[23]
- Die Abiturquote eines Jahrgangs stieg an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen von 2006 bis 2014 von 29,8 % auf 40,6 %.[24]

Junge Menschen, die in Schleswig-Holstein eine duale Berufsausbildung beginnen wollen, finden in der Regel gute Rahmenbedingungen im Land vor. Die engen Kontakte zwischen den Ausbildungsfachleuten in den Betrieben und den Lehrkräften in den Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ)/Berufsbildenden Schulen (BBS) führen zu sehr zielorientierten und erfolgreichen Abstimmungen in inhaltlichen, zeitlichen und organisatorischen Ausbildungsfragen. Die dadurch entstehenden Kooperationen zwischen den beiden Lernorten erhöhen die Qualität und Effizienz der dualen Ausbildung und sind damit ein Standortfaktor für die regionale Wirtschaft und das Land. Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt stellt sich mit dem Angebot an Ausbildungsstellen etwas besser dar als im Bundesvergleich,[25] wenngleich 2013 erstmals seit 2008 die Nachfrage das Angebot überstieg.[26] Die öffentliche Finanzierung des dualen Ausbildungssystems ist im Bundesvergleich überdurchschnittlich gut.[27]

Mit dem Abschluss einer Berufsausbildung oder eines Studiums ist der Lernprozess eines Menschen aber nicht abgeschlossen. Gerade in der heutigen Zeit entwickeln sich das Wissen und die Techniken im Beruf wie auch im Alltag immer schneller weiter.

Das aktive lebenslange Lernen bekommt in Schleswig-Holstein eine immer zentralere Bedeutung für ein gutes und erfolgreiches Leben der Menschen: Reines Faktenwissen reicht nicht mehr aus, vielmehr müssen Schlüsselqualifikationen und Kernkompetenzen erworben werden, wie z. B. das Beschaffen, Bewerten und Anwenden von Wissen, die stetige Aktualisierung von Fachkenntnissen, das Lösen von Problemen, der Umgang mit digitalen Medien und die Zielorientierung. Weiterhin werden große Flexibilität, gute Kommunikationsfähigkeiten, Arbeit im Team sowie die Bereitschaft zur Nutzung von Qualifizierungs- und Weiterbildungsangeboten benötigt. Das lebenslange Lernen dient aber nicht nur der beruflichen Entwicklung, vielmehr steigt die Bedeutung auch im Bereich der persönlichen Weiterentwicklung. So werden vermehrt Weiterbildungsangebote im privaten Bereich sowie nach der Berufstätigkeit in der Best-Ager-Phase genutzt und dienen der Steigerung der Lebensqualität.

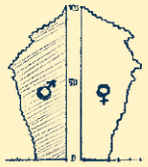
SCHLESWIG-HOLSTEINS BEVÖLKERUNGSSTRUKTUR IM WANDEL

Der demografische Wandel wird in den kommenden Jahrzehnten die Bevölkerungsstruktur unseres Landes maßgeblich verändern und die Entwicklung der Regionen unterschiedlich prägen: Auch wenn der Rückgang der Einwohnerzahlen im bundesweiten Vergleich langfristig gesehen moderat ausfallen dürfte, so wird es doch überall im Land zukünftig deutlich mehr ältere Menschen und immer weniger Kinder und Jugendliche geben. Daneben wird die Zahl der Menschen im Erwerbsalter sinken, sodass der Wirtschaft weniger Fachkräfte zur Verfügung stehen. Auch der Gesundheits- und Pflegebereich, die Wohnungsmärkte, die Steuereinnahmen und die Finanzsituation der Gebietskörperschaften werden von den demografischen Veränderungen betroffen sein. Unstrittig ist auch: Attraktive und zukunftssichere Arbeitsplätze tragen wesentlich dazu bei, dass der natürliche Bevölkerungsrückgang nicht noch verstärkt wird.

Rund ein Drittel der Menschen in Schleswig-Holstein leben in ländlichen Regionen. Hier müssen wir vor dem Hintergrund der erwarteten starken Einwohnerrückgänge neue Wege gehen, um die öffentliche Daseinsvorsorge zu sichern, zum Beispiel im Hinblick auf Krankenhäuser oder Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie die Wasserver- und Abwasserentsorgung. Für die größeren Städte hingegen werden vor allem durch den Zuzug von jungen Menschen weiter steigende Einwohnerzahlen erwartet.

Charakteristisch für den Wandel der Bevölkerungsstruktur in Schleswig-Holstein sind die stark gegenläufigen Entwicklungen zwischen einzelnen Regionen und Kommunen. Eine pauschale Aussage ist weder für das Land als Ganzes noch für Teilregionen möglich. Die Entwicklungen unterscheiden sich selbst zwischen Nachbargemeinden im ländlichen Raum bisweilen deutlich.

Megatrend demografischer Wandel



- Die Bevölkerungsprognose erwartet einen vergleichsweise moderaten Rückgang der Einwohnerzahl in Schleswig-Holstein im Vergleich zu anderen Bundesländern um 1 %. Dabei wachsen der Hamburger Rand und viele größere Städte überdurchschnittlich stark.
- Bis 2025 werden deutlich weniger Kinder und Jugendliche im Land leben, während der Anteil der Einwohner über 60 Jahren ansteigt. Besonders stark wächst die Zahl der Hochbetagten über 80 Jahren.

Hinweis: Aktuell erarbeitet das Land eine neue Bevölkerungs- und Haushaltsvorausberechnung. Diese soll im Frühjahr 2016 veröffentlicht werden.

Durch die hohe Zahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden, die zurzeit ins Land kommen, wird der Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund zunehmen. Aber im Vergleich zum Bundesdurchschnitt hat Schleswig-Holstein bislang einen niedrigen Anteil an Migrantinnen und Migranten. Die Unterbringung der Flüchtlinge gehört aktuell vielerorts zu den zentralen Herausforderungen. Mittel- bis langfristig geht es vor allem um die Integration dieser Menschen in unsere Gesellschaft, verbunden mit der Frage der Finanzierbarkeit und des sozialen Friedens. Die Geschwindigkeit, mit der auf diese neuen Herausforderungen reagiert werden muss, und die Tragweite der zu treffenden Entscheidungen verlangt Politik, Verwaltung, Wirtschaft und nicht zuletzt allen Bürgerinnen und Bürgern viel ab. In Schleswig-Holstein hat sich eine jahrzehntelange Tradition des Zusammenlebens entwickelt, unabhängig von Status oder Herkunft. In keiner anderen Region Deutschlands hat die Gesellschaft ein so hohes Maß an Miteinander möglich werden lassen. Dies ist auch ein Ergebnis unserer Förderung von Engagement und Bürgergesellschaft. Daran sollten wir festhalten.

Migrantinnen und Migranten

- Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung liegt in Schleswig-Holstein mit 12,4 % unter dem Bundesdurchschnitt von 19,2 %. Der Anteil wird in den nächsten Jahren weiter ansteigen. 2014 lag der Wanderungssaldo in Schleswig-Holstein von Personen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit bei rund 15.200 Personen.[28] 2015 kamen rund 35.000 Asylsuchende nach Schleswig-Holstein, für deren Aufnahme das Land zuständig war; 2010 waren es rund 1.300.[29]
- Jedes Jahr entscheiden sich 3.000 Zugewanderte für die deutsche Staatsbürgerschaft. Bundesweit belegt Schleswig-Holstein damit einen Spitzenplatz.[30] Vor allem bezüglich der Offenheit gegenüber Migrantinnen und Migranten.[31]



Die Auswirkungen steigender Einwohnerzahlen sind derzeit vor allem auf den Wohnungsmärkten der kreisfreien Städte und im Umland von Hamburg spürbar. Bedingt durch die wachsende Nachfrage, die sich durch den Zuzug von Flüchtlingen nochmals erhöht hat, sind Mieten und Immobilienpreise gestiegen. Bezahlbarer Wohnraum, insbesondere für einkommensschwache Personen, wird hier immer knapper. Obwohl der Neubau von Wohnungen, nicht zuletzt bedingt durch niedrige Zinsen, gestiegen ist, reicht die Zahl der Baufertigstellungen nicht aus, um mit dem steigenden Bedarf mitzuhalten. Es ist daher ein zielgerichtetes Zusammenwirken von Land, Kommunen, Investoren und der Bauwirtschaft erforderlich, um mehr Wohnraum dort zu schaffen, wo er dringend gebraucht wird. Zudem muss die steigende Nachfrage nach altersgerechtem und barrierefreiem Wohnraum bedient werden, um auch älteren Menschen und Menschen mit Behinderung oder Mobilitätseinschränkung ein selbstbestimmtes Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen. Die Landesregierung unterstützt hierbei mit der Sozialen Wohnraumförderung und dem aktuellen Wohnraumförderungsprogramm.

Doch große Teile von Schleswig-Holstein weisen auch nach wie vor ausgeglichene Immobilienmärkte auf. Dies gilt vor allem für viele ländliche Regionen. Neubau findet hier überwiegend in Form von Einfamilienhäusern statt. Allerdings wird der Bedarf durch die demografischen Veränderungen sinken, während die Nachfrage nach kleinen Wohneinheiten in Mehrfamilienhäusern durch mehr ältere Menschen und mehr kleinere Haushalte steigen wird. Bei zurückgehenden Einwohnerzahlen ist besonders in den ländlichen Räumen in den nächsten Jahren vermehrt mit Wohnungsleerständen zu rechnen.

SOZIALES MITEINANDER UND INDIVIDUELLE LEBENSZUFRIEDENHEIT – EINE GESELLSCHAFT IM WANDEL

Weltoffenheit, soziale Gerechtigkeit oder das Bedürfnis nach einer intakten Umwelt – neben dem demografischen Wandel wirkt sich ein weiterer Megatrend auf unsere Gesellschaft aus: der Wertewandel. Zukunftsforscher sagen voraus, dass den Menschen ihre individuelle Lebenszufriedenheit immer wichtiger wird. Grundanliegen wie materieller Konsum, Wohnkomfort oder ein hohes Einkommen bleiben zwar wichtig, doch immaterielle Werte wie Gesundheit, Selbstbestimmung, soziale Bindungen zu Familie und Freunden, Zeit oder eine gesunde Umwelt gewinnen zunehmend an Bedeutung.

Vielen Menschen in Schleswig-Holstein ist die Verbundenheit zu ihrer Region und zur Natur wichtig. Prägend sind die Strände und Küsten an Ost- und Nordsee, die Inseln und Halligen, die Kulturlandschaft mit ihren Äckern und Wiesen, die Wälder, Seen und Knicks. Werden die Ökosysteme als „intakt" empfunden, trägt dies zur Zufriedenheit der Menschen bei. Diese Verbundenheit zu Region und Natur ist für viele die Definition von Heimat und Zuhause. Heimat ist aber auch der Ort, wo die Familie zu Hause ist. Familie, ob mit Kindern oder ohne, ob alleinerziehend oder gemeinsam, ob als Mann-Frau-Beziehung oder gleichgeschlechtlich, – wird auch weiterhin hohe Wertschätzung genießen. Familien sind „in", gerade bei jungen Leuten. Die Mehrzahl der jungen Frauen und Männer wünscht sich dabei keine traditionelle Rollenaufteilung. Junge Frauen wie junge Männer gehen davon aus, dass sie zum Familieneinkommen beitragen, und wünschen sich einen gelungenen Ausgleich zwischen Beruf und Familie.

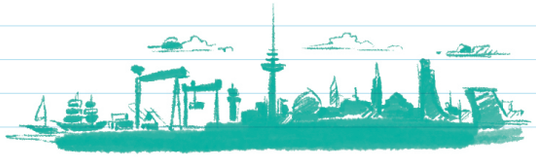
Der Wertewandel zeigt sich auch in einem veränderten Konsumverhalten. Biologische und ethische Produkte werden stärker nachgefragt, das Auto als Statussymbol verliert – besonders in Ballungsräumen – an Bedeutung. Nicht nur beim Konsumverhalten wächst der Unterschied zwischen Städten und ländlichen Räumen. Wirtschaftliche Kriterien wie Preis und Produktqualität bleiben wichtig, doch ökologische und soziale Effekte des Konsumverhaltens und Emotionen beim Konsum spielen eine immer größere Rolle. Dies gilt auch für soziales und ehrenamtliches Engagement. Der Wertekanon einer Gesellschaft ist von vielen, zum Teil nicht beeinflussbaren Umständen abhängig. Die Werte haben aber eine enorme Bedeutung für die Landespolitik: Sie sind Kernbestand der politischen Kultur; von dem, was die Menschen für richtig oder falsch halten. Wie Schleswig-Holstein mit diesen sich wandelnden Wertvorstellungen umgeht, wird zugleich die Attraktivität des Landes stark beeinflussen.

ZWISCHEN STRUKTURWANDEL IM LAND UND VERNETZTEN WIRTSCHAFTSZENTREN

Unterschiedliche Trends beeinflussen das soziale Leben und Wirtschaften in den Städten und auf dem Land in Schleswig-Holstein. Auf der einen Seite entwickeln Städte eine immer größere Anziehungskraft für junge Menschen und Zuwanderer aus dem In- und Ausland. Auf der anderen Seite werden Teile des ländlichen Raumes teilweise von einem Bevölkerungsrückgang betroffen sein, der die Strukturprobleme dieser Regionen weiter verschärft und vor allem eine flächendeckende Daseinsvorsorge erschwert. Die größten Herausforderungen für den zentrumsfernen ländlichen Raum stellen der demografische Wandel und die Arbeitsplatzentwicklung dar. Probleme treten vor allem dort auf, wo eine regionale Strukturschwäche der Wirtschaft, eine sehr geringe Bevölkerungsdichte mit tendenziell rückläufiger Bevölkerung und eine große Distanz zu dynamischen Arbeitsmarktzentren zusammentreffen. Die Folge ist eine negative Abwärtsspirale, wenn keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Aber diese Trends dürfen gerade in Schleswig-Holstein nicht pauschalisiert werden. Windenergie und Tourismus haben in einzelnen ländlichen Regionen an der Westküste neue Dynamiken entfaltet, die zum Beispiel in Nordfriesland zu einer deutlich niedrigeren Arbeitslosigkeit geführt haben als in anderen ländlichen Regionen. Generell gilt es, mit gezielten Förderangeboten die wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen, Rahmenbedingungen zu verbessern, die Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze zu fördern.

Stadt

- 56 % der Menschen in Schleswig-Holstein lebten Ende 2013 in Städten. Auf die vier kreisfreien Städte Kiel, Lübeck, Flensburg und Neumünster entfiel ein Einwohneranteil von knapp 22 %.[32]
- In den Stadt-Umland-Bereichen im ländlichen Raum und den Ordnungsräumen, die überwiegend städtisch bis suburban geprägt sind, lebten 2013 etwa 18 % der Bevölkerung.[33]
- In der Summe wohnten 73,5 % der Bevölkerung von Schleswig-Holstein in städtisch geprägten Bereichen.[34] Dagegen sind fast 80 % der Gesamtfläche Schleswig-Holsteins ländlicher Raum.



Anders hingegen ergeht es den Städten und Gemeinden, die von der Nähe zur Metropole Hamburg profitieren: Durch Abwanderung aus Hamburg konnten hier hohe Bevölkerungszuwächse und Unternehmensansiedlungen verzeichnet werden. Für Schleswig-Holstein spielt Hamburg eine entscheidende Rolle. Die vergleichsweise junge Bevölkerungsstruktur wird in den kommenden Jahren dafür sorgen, dass die Stadt-Umland-Wanderer nicht ausgehen werden. In Zukunft muss von einem steigenden Pendleraufkommen in Richtung Hamburg ausgegangen werden.

Aufgrund der Abhängigkeiten und engen Verflechtungen zwischen Stadt und Land kommt unabhängig von der besonderen Entwicklung der ländlichen und verdichteten Räume künftig der Abstimmung und Kooperation zwischen den Städten und ihrem Umland eine größere Bedeutung zu. Dies betrifft etwa Themen wie Flächenentwicklung und Sicherung der Daseinsvorsorgeinfrastruktur.

Im Hinblick auf den regionalen und internationalen Standortwettbewerb gilt es, neben einer grundsätzlich deutlicheren Profilierung und regionalen Vernetzung der Städte im Land die Zusammenarbeit mit der Metropolregion Hamburg zu stärken und die bestehenden Wachstumsimpulse dieses starken norddeutschen Wirtschaftszentrums für ganz Schleswig-Holstein besser zu nutzen. Wesentliche Voraussetzung dafür ist die Weiterentwicklung zu einem gemeinsamen Lebens- und Wirtschaftsraum, etwa entlang des Jütland-Korridors und der Fehmarnbelt-Achse in Richtung Öresund-Region. Durch eine stärkere Unterstützung des Außenhandels und weitere politische Initiativen ist zudem die internationale Ausrichtung Schleswig-Holsteins auszubauen.

MEHR VERKEHR UND NEUE MOBILITÄTSFORMEN

Mobilität ist eine der Grundlagen für Wachstum und Beschäftigung und ein entscheidender Faktor für den Standort Schleswig-Holstein. Voraussetzung sind intakte Verkehrswege. Die Landesregierung hat hierzu 2014 eine Bestandsaufnahme über den Sanierungs- und Investitionsbedarf der Infrastruktur, inklusive der Verkehrsinfrastruktur, in Schleswig-Holstein vorgelegt und ein Infrastrukturprogramm beschlossen, das dazu beitragen soll, dass das bestehende Verkehrsnetz saniert, erhalten und bedarfsgerecht sowie barrierefrei ausgebaut werden kann.

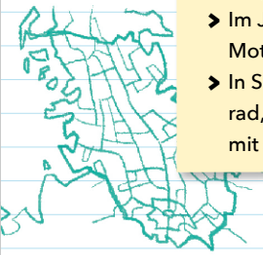
Da Schleswig-Holstein als Verkehrsdrehscheibe zwischen Skandinavien und Mitteleuropa sowie zwischen den Meeren an Bedeutung gewinnt, ist mit einer Zunahme des überregionalen Personen- und Güterverkehrs zu rechnen. Das gilt auch für den Pendelverkehr, da sich Arbeitsplätze vor allem auf die größeren Städte und Ballungsräume wie die Region Hamburg konzentrieren und viele Beschäftigte ihren Wohnort im Umland haben. Generell ist das Auto zwar immer noch das beliebteste Verkehrsmittel in Schleswig-Holstein und wird es wohl auch in Zukunft bleiben. Doch angesichts des Klimawandels, hoher verkehrsbedingter Umweltbelastungen, der Endlichkeit fossiler Energieträger, mittelfristig steigender Energiepreise und des wachsenden Verkehrsaufkommens werden klimafreundliche Verkehrsmittel unverzichtbar. Auch die starke Belastung von Straßen und Schienen und der limitierte finanzielle Handlungsspielraum für zusätzlichen Ausbau und Erneuerung erhöhen den Druck, Lösungen für das steigende Verkehrsaufkommen zu finden. Fahrrad, öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) oder Car-Sharing werden angesichts von Staus und Parkplatzknappheit schon heute zunehmend in den Städten nachgefragt. Vor allem junge Menschen verzichten immer häufiger komplett auf ein eigenes Auto.[35] Mittlerweile stehen auch Alternativen für konventionelle Verbrennungsmotoren zur Verfügung, wie Wasserstoff-, Hybrid- oder Elektroantriebe für Busse, Bahn und PKWs.

Die See- und die Binnenschifffahrt sind für die Mobilität, den Tourismus und die allgemeine Wirtschaftsentwicklung in Schleswig-Holstein von zentraler Bedeutung. Der Nord-Ostsee-Kanal ist die meistbefahrene künstliche Seeschifffahrtsstraße der Welt. Der Hafen Puttgarden als der deutschlandweit größte Umschlagplatz für Reise- und Transportfahrzeuge sowie die Häfen Kiel, Lübeck und Brunsbüttel sind zentrale Knotenpunkte des Schiffsverkehrs in Norddeutschland. Für den Flugverkehr für Personen und Güter wird in Schleswig-Holstein primär der Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel genutzt, weitere Flughäfen sind Lübeck und Sylt sowie der Verkehrslandeplatz Kiel. Bis zum Jahr 2030 sind keine Kapazitätsengpässe der norddeutschen Flughäfen zu erwarten, die auf Basis eines gemeinsamen Luftverkehrskonzepts eng kooperieren.

Das prognostizierte Wachstum im Güter- und Personenverkehr stellt eine große Herausforderung für die bereits heute von Modernisierungsstau geprägte Straßen- und Schieneninfrastruktur dar – beispielsweise sind die Möglichkeiten der Kapazitätserweiterung beschränkt. Verkehrsknotenpunkte wie beispielsweise die Rader Hochbrücke oder auch Hamburg stellen häufig Nadelöhre für den Verkehr dar – ihr Ausfall bzw. ihre Überlastung kann zu weitreichenden Konsequenzen für die Mobilität und die Anbindung im Land führen. Zudem besteht aufgrund des schnellen technischen Fortschritts und der kurzen Aktualitätszeitspannen neuer Technologien die Gefahr, dass sich heute gesetzte Prioritäten bei Infrastrukturinvestitionen schnell überholen können.

Mobilität und Infrastruktur

- Für 2030 werden 40,3 % mehr Schienengüterverkehr, 35,7 % mehr Binnenschifffahrt und 19,9 % mehr Güterverkehr auf der Straße prognostiziert.
- 17 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Schleswig-Holstein pendeln zur Arbeit nach Hamburg.[37]
- Der Nord-Ostsee-Kanal ist die meistbefahrene künstliche Seeschifffahrtsstraße der Welt. Der Hafen Puttgarden ist der deutschlandweit größte Umschlagplatz für Reise- und Transportfahrzeuge.
- Derzeit ist etwa ein Drittel des Straßennetzes in Landesverantwortung dringend sanierungsbedürftig.
- Im Jahr 2013 waren in den kreisfreien Städten 42,8 % der Menschen mit dem Auto oder Motorrad unterwegs, in den ländlichen Kreisen waren es sogar 61 %.[38]
- In Schleswig-Holstein werden 26 % aller Wege zu Fuß zurückgelegt, 12 % mit dem Fahrrad, 7 % mit dem Nahverkehr, 15 % als Mitfahrer oder mit einem Taxi und nur noch 40 % mit dem Auto allein als Fahrer.



ERHALT DER EINZIGARTIGEN NATUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

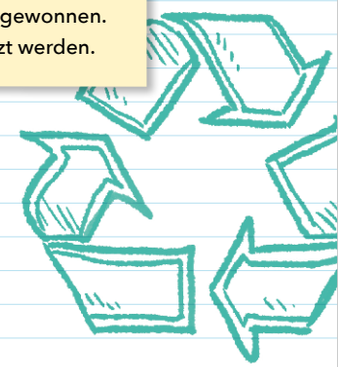
Meere, Küsten und Strände, Hügelland, Geest und Marsch – die vielfältigen Landschaften sind das Kapital des Landes zwischen den Meeren. Die guten Böden und die klimatischen Verhältnisse bieten hervorragende Voraussetzungen für die Landwirtschaft. Mit dem Nationalpark und Weltnaturerbe Wattenmeer verfügt Schleswig-Holstein zudem über einen Naturraum von weltweit herausragender Bedeutung und zeigt beispielhaft, wie nachhaltiger Tourismus und der Schutz der Natur vereinbart werden können.

Der hohe und weiter steigende Pro-Kopf-Verbrauch natürlicher Ressourcen sowohl auf globaler als auch lokaler Ebene führt jedoch zu einer steigenden Ressourcenknappheit und Zerstörung unserer Umwelt. Trotz der in den letzten vierzig Jahren bereits erzielten Erfolge in der Naturschutzpolitik schlägt sich dies in Schleswig-Holstein in einem anhaltenden Arten- und Biotopverlust nieder. Auch der tägliche Flächenverbrauch für Siedlung und Verkehr, die Nutzungsintensität von Flächen, die Verinselung von Landschaft sowie der Eintrag von Nährstoffen schreiten weiter voran. Dies wirkt sich negativ auf Boden, Wasser, Luft und die biologische Vielfalt des Landes aus. Der Strukturreichtum der Natur- und Kulturlandschaften Schleswig-Holsteins mit seinen Kleingewässern, Feuchtgebieten, Knicks, Wäldern und extensiv genutzten Flächen geht weiter zurück.

Im Bundesvergleich hat Schleswig-Holstein heute eine leicht überdurchschnittliche Rohstoffproduktivität[39] sowie eine steigende, wenngleich noch unterdurchschnittliche Energieproduktivität. Um den Ressourcenverbrauch langfristig zu senken, muss die Ressourcenproduktivität mindestens um das Zehnfache steigen. Für einen nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen sind daher neben technischen Innovationen besondere Schutzmaßnahmen erforderlich.

Ressourcen

- Der Flächenverbrauch für Siedlung und Verkehr liegt mit 3,2 ha pro Tag auf dem Niveau des Bundesdurchschnitts, jedoch immer noch weit über dem Nachhaltigkeitsziel von 1,3 ha pro Tag auf Landesebene.
- Im Bereich der Erneuerbaren Energien und insbesondere der Windenergienutzung ist Schleswig-Holstein Vorreiter in Deutschland. Insgesamt liefern die Erneuerbaren Energien eine Leistung von ca. 8,1 GW.[40]
- In Schleswig-Holstein wird das gesamte Trinkwasser aus dem Grundwasser gewonnen. Dieses muss daher wirksam gegen Stoffeinträge und Übernutzung geschützt werden.



HÖHERE DEICHE UND STEIGENDER ANPASSUNGSDRUCK – DER KLIMAWANDEL UND SEINE FOLGEN FÜR SCHLESWIG-HOLSTEIN

In den letzten 50 Jahren der Klimaaufzeichnungen lässt sich ein ungewöhnlich schneller Anstieg der globalen Temperaturen erkennen, der mit einem fast linearen Anstieg der Kohlendioxid-Konzentration in der Luft einhergeht. Wesentlicher Faktor für den Klimawandel und die globale Erwärmung ist die Freisetzung von Treibhausgasen. Durch die Nutzung fossiler Brennstoffe, Abholzungen und intensive Landwirtschaft werden Treibhausgase freigesetzt, die die Erwärmung unserer Atmosphäre und Meere beschleunigen. Gleichzeitig gibt es immer weniger Kohlendioxid-Senken wie Moore und Wälder.

Folgen dieser Erwärmung sind unter anderem das Schmelzen des Inlandeises, was nach den bekannten Szenarien zum Klimawandel zu einem globalen Anstieg des Meeresspiegels um 0,2 bis 0,8 Meter bis zum Jahr 2100 führen kann.

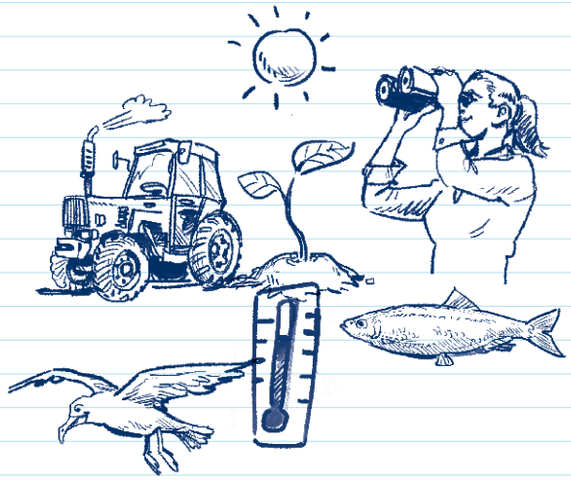
Meeresspiegel

- In der „Strategie für das Wattenmeer 2100" der Landesregierung wird als moderates Szenario ein Anstieg des Meeresspiegels und der Sturmflutwasserstände um 0,5 m und als gesteigertes Szenario ein Anstieg des Meeresspiegels um 0,8 m bzw. der Sturmflutwasserstände um 1,2 m bis ins Jahr 2100 angenommen.[41]
- Im Zuge des Küstenschutzes müssen bereits heute über 90 % der Küstenniederungen durch Landesschutzdeiche mit einer Gesamtlänge von 433 km geschützt werden.[42]



Andere Folgen des Klimawandels sind zum Beispiel die Zunahme von extremen Wetterereignissen, die Versauerung der Meere, die Verschiebung der Vegetationszonen, die Einwanderung wärmeliebender Pflanzen- und Tierarten und damit die Verdrängung vorhandener Arten. All dies hat umfangreiche Auswirkungen auf die Ökosysteme, die Nutzung unserer Böden und Gewässer und somit auch auf die Lebenssituation der Menschen. Hierzulande sind vor allem die Küsten- und Küstenniederungsgebiete von dem Anstieg des Meeresspiegels und den dadurch höheren Sturmflutwasserständen als Folge des Klimawandels betroffen. Aktuell ist fast ein Viertel des Landes durch Meerwasserüberflutung potenziell gefährdet. Daher kommt dem Küstenschutz eine besondere Rolle zu. Bereits heute werden über 90 Prozent der Küstenniederungen durch Schutzdeiche gesichert. Sandaufspülungen gleichen den natürlichen Küstenabbruch erfolgreich aus. Neben dem Hochwasserrisiko an den Küsten ist an den Binnengewässern auf einer Länge von ca. 730 Kilometern mit einer Verschärfung des bereits vorhandenen Hochwasserrisikos durch Überflutung bei extremen Niederschlägen zu rechnen.

Die Anpassung an veränderte klimatische Verhältnisse ist Herausforderung und Chance zugleich. Veränderungen der Vegetationsperioden, extreme Wetterereignisse oder vermehrt auftretende Schädlinge können in der Land- und Forstwirtschaft zu Qualitätsschwankungen und Ertragseinbußen führen. Unter Beachtung des nachhaltigen Umgangs mit Böden und Gewässern kann ein Agrarstandort wie Schleswig-Holstein durch Züchtung neuer Sorten, Anbau anderer Kulturen und eine angepasste Bewirtschaftung das hohe Produktionsniveau halten.



SCHLESWIG-HOLSTEIN 2030

2

NEUE HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN

Digitalisierung, Internationalisierung oder demografischer Wandel – die Trends der nächsten 15 Jahre eröffnen Schleswig-Holstein neue Perspektiven.



NEUE HERAUSFORDERUNGEN UND NEUE CHANCEN

Digitalisierung, demografischer Wandel oder Internationalisierung – die Herausforderungen der Zukunft sind vielfältig und damit auch die Aufgaben. Aber es zeigt sich, dass wir nie zuvor so eine gute Ausgangslage hatten, die anstehenden Aufgaben zu bewältigen. Derzeit erlebt Schleswig-Holstein einen wirtschaftlichen Aufschwung, verzeichnet die niedrigste Arbeitslosigkeit seit über 20 Jahren und belegt regelmäßig Spitzenplätze im Glücksatlas. Die Neuverschuldung des Landes konnte in dieser Dekade nicht nur spürbar zurückgeführt werden, sondern es wurden darüber hinaus sogar erstmals Altschulden des Landes getilgt. In den letzten Jahren ist also eine Menge bewegt worden und wir können mit Selbstvertrauen in die Zukunft blicken. Vor allem aber, weil viele der kommenden Herausforderungen und Entwicklungen positiv für Schleswig-Holstein sind und unsere Alleinstellungsmerkmale und Stärken richtig in Wert setzen. Daraus erwachsen echte Chancen. Wind, Meer, Lebensqualität und die Nähe zu Skandinavien werden zu echten Standortfaktoren, wenn wir sie richtig einsetzen. Dafür können wir uns die Energiewende zum Vorbild nehmen. Durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien konnten wir die Wirtschaft bei uns im Norden stärken und neue Arbeitsplätze schaffen. Statt nur darüber zu reden, haben wir angepackt. Heute erzeugen wir mehr Strom aus Erneuerbaren Energien, als wir verbrauchen. Zudem arbeiten Unternehmen aus Schleswig-Holstein bereits an innovativen Lösungen, um diese Überschüsse sinnvoll zu nutzen und auch die Energiewende im Mobilitätssektor und Wärmesektor voranzutreiben. Mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien haben wir die Grundlage für Innovationen wie Energiespeicher, E-Mobilität und vieles mehr gelegt und damit die Basis für die Zukunft unseres Landes. Wir haben vor allem aber eine neue Wertschöpfung in unserem Land geschaffen: für Investitionen in Bildung, Forschung, Infrastruktur, für Wirtschaftswachstum und gute Arbeit in Schleswig-Holstein.

Bei der Energiewende haben wir gezeigt, was wir können. Wenn wir auf unsere Stärken vertrauen und das Potenzial unseres Landes sinnvoll nutzen, können wir mehr erreichen, als wir denken. Das sollte uns ermutigen, die Chancen der zukünftigen Entwicklungen zu ergreifen und unser Land gemeinsam weiter voranzubringen. Wir sind uns deshalb sicher: Zukunft beginnt in Schleswig-Holstein.

NEUE PERSPEKTIVEN FÜR DEN ECHTEN NORDEN

Ähnlich wie bei der Energiewende können wir auch in anderen Wirtschaftszweigen profitieren, beispielsweise im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT). Big Data, Industrie 4.0, das Internet der Dinge – der digitale Wandel verändert unsere gesamte Gesellschaft und lässt so neue Geschäftsideen entstehen.

Die Möglichkeiten und Chancen des digitalen Wandels sind vielfältig. Daher gilt für uns als strategische Leitlinie: „Digitalisierung – Für uns an erster Stelle". Der digitale Wandel bietet enorme Chancen für die Unternehmen in Schleswig-Holstein. Unser starker Dienstleistungssektor und die vielen kleinen und mittelständischen Betriebe verfügen über die nötige Agilität und Flexibilität, um innovative Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln. Denn in der „neuen Welt" entscheidet nicht mehr nur die Größe und Bekanntheit eines Unternehmens über den wirtschaftlichen Erfolg. Digitalbasierte Produkt- und Prozessinnovationen können auch unsere gute Position in den Bereichen Biowissenschaften, Logistik und Medizintechnik weiter stärken. Dies berücksichtigen wir in unserer strategischen Leitlinie „Wirtschaft – Wirtschaftliche Basis stärken, neue Felder profilieren". Und schließlich können wir bei der Daseinsvorsorge zudem mit digitalen Lösungen die Auswirkungen des demografischen Wandels mildern und die Lebensqualität in sämtlichen Regionen unseres Landes erhalten.

Das zeigt auch das Beispiel der digital vernetzten Land- und Ernährungswirtschaft. Durch den Einsatz von GPS und Cloud-Systemen konnten wir nicht nur die Produktivität unserer Landwirtschaft steigern, sondern auch den Ressourceneinsatz optimieren. Gerade in einem Land wie Schleswig-Holstein, das von seiner Naturausstattung lebt, werden Ressourcenknappheit und Klimawandel deutliche Spuren hinterlassen. Daher müssen wir bei der Nutzung der Meere und der Inanspruchnahme von Flächen durch die Landwirtschaft nachhaltige Lösungen finden. Hier machen wir schon heute eine Menge, um den Entwicklungen entgegenzusteuern: So sind wir bei der Produktion hochwertiger Lebensmittel sehr aktiv und greifen damit den wachsenden Kundenwunsch nach guten und gesunden Produkten auf. Die Land- und Ernährungswirtschaft birgt noch großes Potenzial. Denn gerade die Natur war, ist und bleibt unsere wichtigste Lebensgrundlage und ein verantwortungsvoller Umgang mit ihr ist eine große Stärke Schleswig-Holsteins. Daher gilt für uns als strategische Leitlinie: „Natürliche Lebensgrundlagen – Schützen und nutzen".

Ähnlich wie die Unternehmen werden auch unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen vom digitalen Wandel profitieren. Durch deren kontinuierliche Vernetzung können wir uns als Wissensstandort etablieren und so junge und gut ausgebildete Leute im Land halten und ins Land holen. Denn Innovationen entstehen nicht nur im Silicon Valley. Ob Kreiselkompass, Faxgerät, Bambusfahrrad oder Elektroroller Scuddy – zahlreiche schleswig-holsteinische Erfindungen sind Beleg dafür, dass wir auch hierzulande ein hohes Maß an Innovationskraft haben. Großes Innovationspotenzial bergen die regenerative Energieerzeugung, die Gesundheits- und Ernährungs-

branche und die Meereswirtschaft. Hier liegen unsere natürlichen Stärken. Grundlage für die Nutzung dieser Stärken ist aber eine gute und umfassende Bildung. Deshalb muss eine der strategischen Leitlinien die entsprechenden Voraussetzungen dafür schaffen: „Bildung – Qualität stärken und Zugänge ausbauen".

VOM „RANDE" DEUTSCHLANDS IN DIE MITTE NORDEUROPAS

Im Zuge der zunehmenden Vernetzung rückt Schleswig-Holstein vom „Rande" Deutschlands in die Mitte Nordeuropas und wird so noch stärker als bisher zur natürlichen Drehscheibe zwischen Nord- und Mitteleuropa. Unsere Wege, Schienen, Häfen und unsere Schiffe sind die Lebensadern des wirtschaftlichen Austauschs dieser Region. Davon profitieren neben dem Logistiksektor auch viele andere Branchen. Bereits heute stehen viele Unternehmen im engen Austausch mit unseren skandinavischen Partnern im Norden und Hamburg im Süden. Dadurch haben wir die Chance, Modellregion zu werden und das Beste beider Seiten zu vereinen. Der begonnene strukturelle Wandel



hin zu einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft wird uns künftig stärker beeinflussen. Interkulturelles Wissen und das Denken über Grenzen hinweg gewinnen zunehmend an Bedeutung. Denn so können wir voneinander lernen und schneller Lösungen finden, um den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen. Dabei haben wir gegenüber anderen Regionen große Vorteile – nicht nur durch unsere Lage und Infrastruktur, sondern auch durch die kulturelle Nähe zu unseren Nachbarn im Norden und die gemeinsame Geschichte. Diese Stärke müssen wir nutzen und ausbauen. Für uns gilt daher die strategische Leitlinie: „Überregionale und internationale Vernetzung – Kooperationen ausbauen."

Diese Erfahrung kommt uns auch bei der Integration von Menschen aus anderen Regionen dieser Welt zugute. Wir wünschen uns kreative, weltoffene Menschen und gut ausgebildete Fachkräfte, die uns helfen, die Auswirkungen des demografischen Wandels aufzufangen. Denn ohne Zuwanderung werden wir unseren Lebensstandard in keinem einzigen Bereich halten können. Wir sind auf Zuwanderung und qualifizierte Fachkräfte angewiesen, um langfristig die Versorgungssicherheit im ländlichen Raum nicht zu gefährden und die demografisch bedingte Fachkräftelücke zu schließen. Zugleich werden aber auch Menschen kommen, die nicht beruflich qualifiziert sind oder aus der Not heraus zu uns kommen. Auch für diese Menschen müssen wir Lösungen finden. Dies spiegelt sich wider in der strategischen Leitlinie „Zuwanderung – Schleswig-Holstein als Zuwanderungsland gestalten".

HOHE LEBENSQUALITÄT IN DER STADT UND AUF DEM LAND

Schleswig-Holstein ist für qualifizierte Fachkräfte attraktiv. Denn Städte wie Kiel, Lübeck oder Flensburg bieten ein attraktives Umfeld, von dem nicht nur wissensintensive Dienstleistungen profitieren. Beim bundesweiten Stadtmarken-Monitoring liegt Lübeck auf Platz acht und Kiel auf Platz zwölf. Gleichzeitig trägt unsere einzigartige Landschaft zu einer hohen Lebensqualität im Norden bei und sorgt dafür, dass sich die Menschen wieder auf das Wesentliche im Leben besinnen: Sinnstiftung, Zufriedenheit und Lebensqualität ist für viele Menschen mittlerweile entscheidend. Dem tragen wir mit der strategischen Leitlinie „Lebensqualität – Den wichtigsten Standortfaktor Schleswig-Holsteins sichern und ausbauen". Rechnung.



Eine starke Tourismus-, Kultur- und Gesundheitsinfrastruktur macht den ländlichen Raum gerade für eine älter werdende Gesellschaft attraktiv. Hier gilt es nicht nur, die wirtschaftliche Entwicklung und den Schutz unserer natürlichen Ressourcen miteinander zu vereinbaren, sondern auch passfähige Antworten auf die Entwicklung der unterschiedlichen Teilräume zu geben. Dies sichern wir mit unserer strategischen Leitlinie „Regionen im Wandel – Differenzierte Raumbetrachtung als Handlungsmaxime ansetzen". Zudem braucht es innovative Infrastrukturprojekte, um einerseits den ländlichen Raum angesichts des demografischen Wandels attraktiv zu halten und andererseits den Klimaschutz zu stärken. Gelingt es beispielsweise, bisher aufgrund von Netzengpässen nicht verwertbare Strommengen aus Wind- und Solarenergie regional direkt zu nutzen, z. B. im Wärmesektor, wird Schleswig-Holstein für die erneuerbare Energieproduktion noch attraktiver. Gleichzeitig lässt sich so eine sektorenübergreifende Energiewende vorantreiben. Auch hierfür werden wir Strategien entwickelt, die wir in unserer strategischen Leitlinie „Mobilität der Zukunft – Heute die Verkehrspolitik von morgen denken". bündeln.

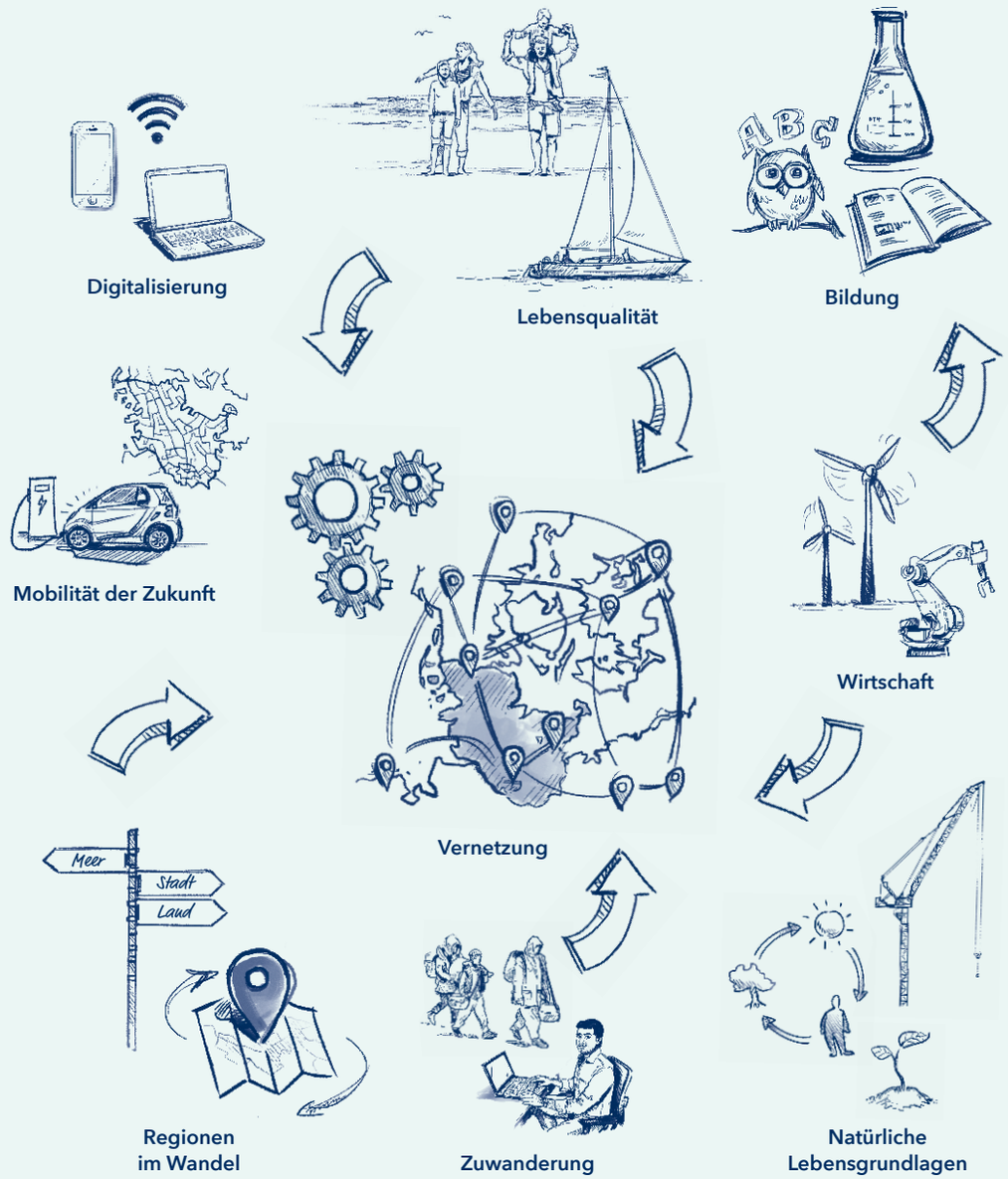
Ob als Innovationsstandort, Drehscheibe zwischen Nord- und Mitteleuropa oder einfach als lebenswertes Land – Schleswig-Holstein bietet sehr gute Voraussetzungen, um von den anstehenden Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu profitieren. Nun müssen wir die richtigen Weichen dafür stellen.

ZUKUNFT HEUTE GESTALTEN

3

NEUN STRATEGISCHE LEITLINIEN

Neun strategische Leitlinien dienen uns
als Wegweiser für eine
erfolgreiche Zukunft Schleswig-Holsteins.



NEUN STRATEGISCHE LEITLINIEN FÜR DIE ZUKUNFT SCHLESWIG-HOLSTEINS

Basierend auf den Besonderheiten und Stärken unseres Landes, den bisherigen Ergebnissen der verschiedenen Bürgerdialogformate und der Analyse der prägenden globalen und regionalen Rahmenbedingungen und Trends haben wir neun übergeordnete strategische Leitlinien entwickelt, die als Wegweiser in eine erfolgreiche Zukunft Schleswig-Holsteins dienen sollen.

Die sich verändernden Rahmenbedingungen und Trends erfordern eine flexible und kreative Auseinandersetzung mit den kommenden Entwicklungsprozessen. In einer sich immer rasanter wandelnden Welt ist es von enormer Bedeutung, eine klare Zielrichtung für Schleswig-Holstein vorzugeben. Auf dem Weg ins Jahr 2030 ist es notwendig, ungewöhnliche und innovative Lösungsansätze zu erproben. Mit dem Mut, im Kleinen zu experimentieren und die Erkenntnisse in übergreifende Konzepte einfließen zu lassen, können wir uns offen und anpassungsfähig entwickeln. Dabei können wir auf viele bereits bestehende Strategien und Lösungen aufbauen, die nun durch die Landesentwicklungsstrategie als Teilstrategien unter dem Dach der Landesentwicklungsstrategie miteinander verknüpft werden. Eine Übersicht dazu finden Sie am Ende des Kapitels. Den entsprechenden Rahmen dafür bilden die folgenden neun strategischen Leitlinien, die in ihrer Bedeutung und Tragweite gleichberechtigt nebeneinanderstehen, gleichwohl einander in Teilen bedingen:



- **Digitalisierung – Für uns an erster Stelle**
  Digitalisierung und digitaler Wandel sind Entwicklungsvoraussetzungen für alle anderen Bereiche. Der Ausbau digitaler Infrastrukturen und Kompetenzen hat Vorrang.

- **Lebensqualität – Den wichtigsten Standortfaktor Schleswig-Holsteins sichern und ausbauen**
  Das Alleinstellungsmerkmal des Landes ist seine spezifische Lebensqualität, geprägt durch einzigartige Natur, Geographie und kulturelle Identität. Diese müssen wir schützen und entwickeln.

- **Regionen im Wandel – Differenzierte Raumbetrachtung als Handlungsmaxime ansetzen**
  Die Bevölkerungs- und Raumentwicklung verlangt nach regional differenzierten Lösungen, Eigenständigkeit und wirkungsvoller Kooperation.

- **Bildung – Qualität stärken und Zugänge ausbauen**
  Die Wissensgesellschaft erfordert ein leistungsfähiges, inklusives Bildungssystem mit individueller Förderung und hoher Durchlässigkeit sowie die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen.

- **Wirtschaft – Wirtschaftliche Basis stärken, neue Felder profilieren**
  Wir müssen die wirtschaftlichen Stärken des Landes ausbauen und profilieren sowie Zukunftsbranchen fördern, um zukünftig noch besser aufgestellt zu sein.

- **Mobilität der Zukunft – Heute die Verkehrspolitik von morgen denken**
  Es sollen Impulse für eine nachhaltige, technologisch fortgeschrittene und barrierefreie Verkehrsentwicklung gesetzt werden.

- **Natürliche Lebensgrundlagen – Schützen und nutzen**
  Wirtschaft, Ökologie und Gesellschaft müssen in Schleswig-Holstein eng miteinander verzahnt werden und die Grundlage für ein qualifiziertes Wachstum im Einklang mit Natur und Mensch bilden.

- **Überregionale und internationale Vernetzung – Kooperationen ausbauen**
  Zunehmende Globalisierung erfordert großräumiges, grenzübergreifendes Denken und starke internationale und überregionale Kooperationen.

- **Zuwanderung – Schleswig-Holstein als Zuwanderungsland gestalten**
  Schleswig-Holstein befindet sich in einem Standortwettbewerb und muss nicht nur regional, sondern auch national und international den Kampf um kluge Köpfe führen.

DIGITALISIERUNG – FÜR UNS AN ERSTER STELLE



Einordnung und Bedeutung der strategischen Leitlinie

Der digitale Wandel hat Schleswig-Holstein längst erfasst. Wie wir arbeiten, einkaufen, Musik hören und wie regiert wird: Die Digitalisierung beeinflusst unser Leben auf wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, politischer und auch auf privater Ebene. Perspektivisch wird diese Entwicklung unsere Arbeitswelt, unsere Bildung und Wirtschaft, selbst unseren Umgang mit Natur und Kultur nachhaltig verändern.

Zugleich ist der digitale Wandel für Schleswig-Holstein Entwicklungsvoraussetzung und Entwicklungstreiber, denn für fast alle Wirtschafts- und Lebensbereiche ergeben sich große Chancen, aber auch manche Risiken. Digitalisierung ist ein Querschnittsthema für alle Politik- und Lebensbereiche und dient als Instrument für Lebensqualität, Bildung, Wirtschaft und Kommunikation. Aus diesem Grund legt die Landesregierung mit der strategischen Leitlinie „Digitalisierung – Für uns an erster Stelle" einen Schwerpunkt auf das wichtigste politische Handlungsfeld der nächsten Jahre. Dies bedeutet nicht nur die Digitalisierung künftig fachübergreifend zu entwickeln, sondern sie auch bei allen Themen wie z. B. Tourismus oder Bildung mitzudenken und umzusetzen.

POLITISCHE HANDLUNGSFELDER

Im Rahmen dieser strategischen Leitlinie setzen wir auf folgende Initiativen und Schwerpunkte:

1. DIGITALE INFRASTRUKTUREN PRIORITÄR AUSBAUEN

Schleswig-Holstein liegt mitten in der digitalen Welt und ist nicht durch seine geographische Randlage benachteiligt. Schleswig-Holstein muss deshalb ein Land werden, das nach innen und außen gut vernetzt ist. Wesentliche Herausforderungen wie die Internationalisierung, die Wissensgesellschaft und der Innovationsdruck lassen sich ohne eine gut ausgebaute und leistungsfähige digitale Infrastruktur nicht bewältigen. Darum müssen wir heute die digitalen Infrastrukturen von morgen aufbauen.

Mit der Breitbandstrategie („Breitband 2030") verfolgt das Land bereits das Ziel, Schleswig-Holstein bis 2030 flächendeckend mit Glasfaserinfrastrukturen zu versorgen. In den Regionen, die zunächst nicht mit Glasfaser versorgt werden können, setzen wir uns zum Ziel, eine kontinuierliche Optimierung der Breitbandversorgung zu erreichen. Glasfaser ist zwar teuer, aber hat als einzige Übertragungstechnologie die Kapazität, die rasant zunehmenden Datenübertragungsraten auch in Zukunft aufnehmen zu können. Investitionen in diese Technologie sind daher auf lange Sicht der einzig zukunftsfähige und nachhaltige Weg. Der derzeitige Ausbaustand an Glasfaser ist beachtlich: Mit 23 Prozent anschlussfähigen Haushalten und 73 Prozent Abdeckung der Haushalte mit mehr als 50 Mbit/s belegt Schleswig-Holstein schon heute einen deutschlandweiten Spitzenplatz und verfügt im Hinblick auf die kommenden Anforderungen über einen infrastrukturellen Startvorteil.

Daran knüpfen wir an: Wir werden uns investive Finanzspielräume erschließen und dann nutzen, um den Ausbau der Netzinfrastruktur stärker als bisher zu unterstützen, damit weiße Flecken in der Breitbandversorgung zügig geschlossen werden. Da Schleswig-Holstein als Konsolidierungsland im Vergleich zu anderen Bundesländern seine Investitionsausgaben in die Digitalisierung nicht beliebig erhöhen kann, muss mit einer Erhöhung dieser Ausgaben auch immer eine größtmögliche Wirkung erzielt werden. Auch die Verfügbarkeit von leistungsfähigen Mobilfunknetzen – inklusive der nächsten Generation von Mobiltechnologien – und öffentlichem WLAN muss mitgedacht werden.

Bestehende Kooperationen und Abstimmungen werden nicht nur zwischen den Ressorts weiter ausgebaut werden müssen, um Kompetenzen zu bündeln und Synergien zu nutzen. Auch die Zusammenarbeit zwischen und mit Breitbandanbietern, vor allem den vielen regionalen Unternehmen wie Stadtwerken, Energieversorgern oder Breitbandnetzgesellschaften, privaten Anbietern sowie den kommunalen Breitbandzweckverbänden, soll weiter vertieft werden. Gleiches gilt für wichtige Institutionen auf Landesebene wie die Kommunalen Landesverbände, das Breitband-Kompetenzzentrum Schleswig-Holstein, die Investitionsbank Schleswig-Holstein und die Industrie- und Handelskammern. Damit schaffen wir Synergien.

Vor diesem Hintergrund stellen sich folgende Leitfragen:

- Wie können wir öffentliche und private Investitionsmittel sowie die Kooperation verschiedener Akteure klug miteinander kombinieren, um die gesetzten Ziele zu erreichen?
- Wie können wir einen zügigeren Breitbandausbau bewerkstelligen? Welche Instrumente und Maßnahmen brauchen wir dafür? Welche Mittel müssen wir zur Verfügung stellen?
- Welche organisatorischen und bürokratischen Hindernisse müssen wir beseitigen?

2. DIGITALISIERUNGSSTRATEGIE ENTWICKELN

Die Breitbandstrategie ist ein zentraler Bestandteil der Digitalen Agenda in Schleswig-Holstein. Doch neben dem Ausbau einer digitalen Infrastruktur benötigt Schleswig-Holstein auch eine übergreifende Digitalisierungsstrategie, die Akteure zusammenbringt und Handlungsfelder benennt. Diese muss die Grundlagen für die digitale Ausgestaltung von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft schaffen und ein ähnliches Verständnis aller Akteure im Land sicherstellen. Denn Digitalisierung erfordert nicht nur ein Umdenken, sondern auch die Bereitschaft, sich auf kommende Veränderungen einzulassen.

Die Digitale Agenda ist vielfältig:

Beim Thema E-Government ist die Verwaltung in Schleswig-Holstein mit dem länderübergreifenden Dienstleister Dataport und einer zentralen IT-Managementstruktur mit Chief Information Officer (CIO) strukturell bereits gut aufgestellt. Doch die Potenziale für die Automatisierung von Verwaltungsprozessen, Co-Produktion mit Bürgerinnen und Bürgern und Entbürokratisierung sind noch nicht ausgeschöpft. Gleiches gilt für das Erfordernis, solche Prozesse und Angebote barrierefrei zu gestalten. Hier setzt das Land zusammen mit den Kommunen mit einer neuen E-Government-Strategie an. Künftig wird E-Government bereits in der Ausbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landes stärker berücksichtigt. Möglichkeiten zu datengestützten Entscheidungsprozessen und Steuerung staatlichen Handelns sollen ausgebaut werden.

Demokratische Gestaltung und staatliche Souveränität müssen auch im Zeitalter des Internets erhalten bleiben. Es gilt, Wettbewerb und digitale Infrastruktur zu schützen, das Urheberrecht zu bewahren, den Datenschutz zu gestalten und durchzusetzen und Schutzgüter wie Jugendschutz, Meinungsvielfalt und Persönlichkeitsrechte in einer konvergenten Medienwelt zu gewährleisten. Rechtliche Grundlagen und Instrumente müssen ans digitale Zeitalter angepasst werden. Dabei werden wir neue Wege und Lösungen entwickeln und Entscheidungen oft auf anderen Ebenen als bisher treffen müssen. Schleswig-Holstein wird sich als Gesetzgeber und als Mitgestalter auf allen politischen Ebenen für diese Ziele einsetzen.

Medienkompetenz und Teilhabe werden immer wichtiger. Eine zunehmende Digitalisierung von Wirtschaft, Gesellschaft und öffentlichen Dienstleistungen darf nicht zur Benachteiligung gesellschaftlicher Gruppen führen. Deshalb werden wir die Chancen des digitalen Wandels nutzen und digitale Bildung und Teilhabe stärker fördern. Als Schwerpunkt werden wir in den nächsten Jahren insbesondere das „Lernen mit und über digitale Medien" an Schulen verstärken und damit die Lehr- und Lernprozesse den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen anpassen. Mit neuen E-Learning-Angeboten schaffen wir neue Bildungschancen und -möglichkeiten, besonders für die ländlichen Räume.

Wir wollen gute digitale Arbeit, die sicher und gesund ist und sich positiv auf die Beschäftigungsfähigkeit auswirkt. Dazu gilt es, örtlich und zeitlich flexible Arbeitsformen für die Stärkung der partnerschaftlichen Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu nutzen. Dennoch muss der Arbeits- und Gesundheitsschutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch in der Arbeitswelt 4.0 auf hohem Niveau gewährleistet werden. Dies gelingt durch eine sozialverträgliche Gestaltung des digitalen Entwicklungsprozesses sowie die Stärkung der betrieblichen Präventionskultur und Förderung der Gesundheitskompetenz von Beschäftigten.

Digitalisierung ist auch der Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit schleswig-holsteinischer Unternehmen in Zeiten einer Digitalisierung der Wirtschaft: Windstrom wird in intelligenten Netzen noch wertvoller, Agrarproduktion durch digitale Steuerung noch ertragreicher und ressourcenschonender und in der Industrie 4.0 werden digitale Plattformen und datenbasierte Steuerung immer wichtiger. Als Landesregierung müssen wir den nötigen Rahmen schaffen, um die Instrumente der Wirtschaftsförderung und -entwicklung in diesem Sinne auszurichten.



Digitalisierung wird alle Bereiche, in denen die Landesregierung aktiv ist, erfassen. Die Instrumente und Strategien in den jeweiligen Politikfeldern müssen entsprechend überprüft und weiterentwickelt werden. Alle Bildungseinrichtungen des Landes sollten die Möglichkeiten zur Auseinandersetzung mit dem Thema „Lernen in der digitalen Welt" ergreifen, auch Einrichtungen und Träger der Jugendhilfe. Mit digitalen Bildungsangeboten schaffen wir neue Bildungschancen und differenzierte Bildungsmöglichkeiten, unter anderem auch mit dem Ziel, trotz Strukturwandel ein hohes Maß an Qualität von Bildung und Teilhabe in ländlichen Räumen zu ermöglichen.

In vielen Bereichen sind damit die ersten Schritte getan. Die positive Ausgangslage im Land müssen wir nun nutzen, um gemeinsam die Digitale Agenda auszufüllen und Defizite abzubauen.

Der Blick muss dabei sehr offen und weit sein. Die Folgen des digitalen Wandels lassen sich kaum vorhersagen. Zu einer digitalen Strategie gehört deshalb auch, die Auswirkungen des digitalen Wandels auf die Gesellschaft von morgen bewusst zu begleiten, zu reflektieren und zu gestalten. In diesem Bereich kann Schleswig-Holstein eine Vorreiterrolle einnehmen.

Vor diesem Hintergrund stellen sich folgende Leitfragen:

- Wie erreichen wir ein übereinstimmendes Zielverständnis, aber auch Aufgeschlossenheit und Eigeninitiative bei allen gesellschaftlichen Akteuren im Hinblick auf die Digitalisierung?
- Wie müssen Förder-, Standort- und Forschungspolitik künftig ausgerichtet sein, um die gesetzten Ziele zu erreichen?
- Welche Grundlagen gesellschaftlichen Miteinanders bleiben vor dem Hintergrund der Digitalisierung erhalten? Welche ändern sich?
- Welche Chancen, aber auch welche Risiken bringen die technologischen Weiterentwicklungen für unsere Gesellschaft, Politik und unsere Arbeitswelt?
- Was bedeutet der digitale Wandel für Identität, Zusammenhalt und Demokratie?

FOLGEABSCHÄTZUNG DER STRATEGISCHEN LEITLINIE

Wenn wir den Breitbandausbau weiter forcieren, im Rahmen der Digitalen Agenda Schwerpunkte weiterentwickeln und dabei noch offene Fragen gemeinsam klären, ergeben sich für Schleswig-Holstein aus dem digitalen Wandel große Chancen für fast alle Wirtschafts- und Lebensbereiche.

Mit einer glasfasergestützten Infrastruktur werden wir auch in den kommenden Jahrzehnten eine leistungsfähige und nachhaltige Grundlage haben, um den digitalen Wandel für uns zu nutzen. Digitalbasierte Produkt- und Prozessinnovationen können Schleswig-Holsteins gute Position in den Branchen Digitale Wirtschaft, Logistik, Medizintechnik/Life Sciences, Ernährungswirtschaft und Energiewirtschaft weiter stärken und zu neuen Impulsen führen.

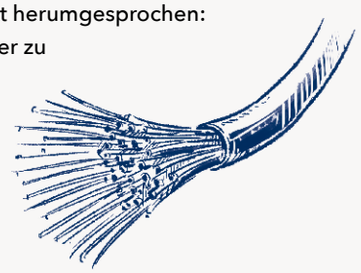
Bürgerinnen und Bürger werden durch E-Government-Angebote die Möglichkeit haben, sich differenziert und ortsunabhängig zu versorgen. Damit bestehen gleichzeitig Instrumente, um den demografischen Wandel zu gestalten: Insbesondere in den ländlichen Räumen können digitale Technologien verschiedene Versorgungsnachteile kompensieren, etwa durch Telemedizin-Angebote und E-Learning. Auch der Bürgerservice der öffentlichen Hand kann durch neue digitalbasierte Instrumente neu gedacht und weiterentwickelt werden. Damit diese Angebote auch von allen Menschen sinnvoll genutzt werden können, müssen sie barrierefrei gestaltet werden. Der digitale Wandel eröffnet damit nicht zuletzt die Chance, die Gegensätze zwischen Stadt und Land zu verringern.

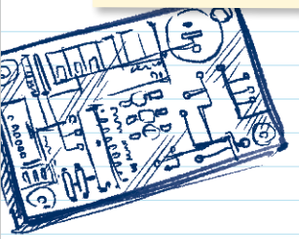
Die Lebensqualität wird in allen Regionen erhöht. Erwerbstätige in Schleswig-Holstein bekommen neue Optionen, beispielsweise durch die Herausbildung neuer Berufsbilder, flexibler Arbeitszeitmodelle und die Möglichkeit, vom Wohnort aus zu arbeiten. Dies gilt ebenso für Menschen mit Behinderung, für die sich neue Formen der Erwerbstätigkeit ergeben werden. Auch die Kultur- und Bildungsangebote sowie die politischen Beteiligungsformen im Land können durch digitale Formate ausgebaut und breiteren Bevölkerungsgruppen zugänglich gemacht werden. Lehren, Lernen und Erfahren können orts- und zeitunabhängiger werden, neue Formen der länder-, institutionen- und fächerübergreifenden Zusammenarbeit entstehen.

Chancen der Digitalisierung nutzen
Damit Daten fließen können, braucht es schnelle Netze – und das überall. Schleswig-Holstein hat das längst verstanden und ist beim Ausbau von Glasfaser das führende deutsche Flächenland. Schnelle Netze bringen vor allem digitales Unternehmertum im Land so richtig in Fahrt: OnCampus aus Lübeck ist Deutschlands führender Anbieter von Online-Studiengängen und E-Learning, Payone aus Kiel einer der Spezialisten für digitale Zahlungssysteme.

Doch nicht nur in der Wirtschaft, auch im Bildungssektor gibt es „Hidden Champions": Mit dem deutschlandweit renommierten Lehrstuhl für Computerspiele rückt etwa die Fachhochschule Flensburg immer mehr ins Blickfeld der wachsenden Gaming-Szene. Auch beim Thema Datensicherheit ist Schleswig-Holstein eine weit über die Landesgrenzen hinaus bekannte Marke – der unermüdlichen Arbeit seiner Datenschutzbeauftragten sei Dank. Das gilt für den ehemaligen Amtsinhaber Thilo Weichert genauso wie für die amtierende Beauftragte Marit Hansen.

Moderne, digitale Infrastruktur in Kombination mit einer hohen Lebensqualität. Diese Vorzüge Schleswig-Holsteins haben sich längst herumgesprochen: Immer mehr Menschen ziehen in den Norden, um hier zu leben und zu arbeiten.







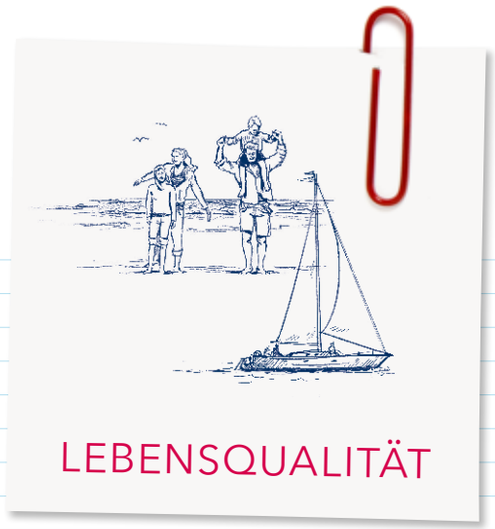
Schleswig-Holstein als innovativer Spitzenreiter
Die zunehmende Digitalisierung beeinflusst immer stärker unseren Alltag. Doch gerade beim Thema Gesundheit zeigt sie ihr einzigartiges Potenzial: Mit eHealth-Anwendungen leben Menschen länger und gesünder – und natürlich gehört Schleswig-Holstein in diesem Bereich zur innovativen Spitzenklasse.

Etwa durch Unternehmen wie die VisionTrainer GmbH, die sich auf die Behandlung von Patienten mit zerebralen Sehstörungen spezialisiert hat. Der Clou: für die neu entwickelte Therapie reicht ein handelsüblicher PC. Wann und wo die Patienten trainieren, können sie flexibel selbst entscheiden – ohne dabei auf professionelle Unterstützung verzichten zu müssen.

Innovativ ist auch die Online-Video-Sprechstunde der Lübecker Firma Patientus. Patienten können sich damit – einfach und bequem von zu Hause aus – über alternative Behandlungswege beraten lassen oder Informationen zu einem bevorstehenden Arztbesuch einholen. Ein Service, der viel Beachtung findet: Patientus gewann 2015 den cdgw Zukunftspreis. Kinder und Jugendliche, die unter schwer therapierbaren Epilepsien leiden, finden Hilfe bei EPI-Vista. Das telemedizinische Angebot sammelt alle wichtigen Daten zum Krankheitsverlauf und kann von jedem internetfähigen Computer aus eingesehen werden. Partner ist das Norddeutsche Epilepsiezentrum des Deutschen Roten Kreuzes. Auch EPI-Vista ist ausgezeichnet: zuletzt 2014 mit dem Medizin-Management-Preis.



LEBENSQUALITÄT – DEN WICHTIGSTEN STANDORTFAKTOR SCHLESWIG-HOLSTEINS SICHERN UND AUSBAUEN



Einordnung und Bedeutung der strategischen Leitlinie

Schleswig-Holstein bietet hervorragende Lebensbedingungen, die vor dem Hintergrund von Entwicklungen wie Wertewandel, Wissensgesellschaft und Internationalisierung an Bedeutung gewinnen werden. Hier wird das subjektive Empfinden, „sich wohlfühlen" zu können, nicht nur durch die Nähe von Nord- und Ostsee, die besonderen Landschaften sowie die engen kulturellen Verbindungen in den skandinavischen Raum geprägt, sondern ebenso durch den spezifischen Umgang mit den natürlichen Gegebenheiten. Die hohe Lebensqualität begründet sich auch durch soziale, technische, bewegungsfördernde und kulturelle Infrastrukturen, die Leben und Arbeiten in Schleswig-Holstein für alle Menschen attraktiv machen, unabhängig von Geschlecht, Alter oder Herkunft. Es ist diese Kombination, die dazu führt, dass die Schleswig-Holsteiner zu den glücklichsten Menschen in Deutschland gehören.

Diese spezifische Lebensqualität bildet das Alleinstellungsmerkmal und den entscheidenden Standortfaktor für uns, insbesondere bei der Sicherung von Fachkräften und der Ansiedlung von innovativen Unternehmen. Dem wird mit der strategischen Leitlinie „Lebensqualität – Den wichtigsten Standortfaktor Schleswig-Holsteins sichern und ausbauen" Rechnung getragen.

POLITISCHE HANDLUNGSFELDER

Wir setzen dafür auf folgende politische Initiativen und Schwerpunkte:

1. SCHLESWIG-HOLSTEIN NACH INNEN UND AUSSEN ALS LAND DER LEBENSQUALITÄT PROFILIEREN

Zukunftsforscher sagen voraus, dass für Menschen die individuelle Lebenszufriedenheit immer wichtiger wird. Grundanliegen wie materieller Konsum, Wohnkomfort oder ein hohes Einkommen bleiben zwar wichtig, doch immaterielle Werte wie Gesundheit, Sport und Bewegung, Selbstbestimmung, soziale Bindungen zu Familie und Freunden, Zeit oder eine gesunde Umwelt gewinnen an Bedeutung. Ein Wertewandel setzt ein. Schleswig-Holstein muss sich deshalb nach innen und außen als Land der Lebensqualität profilieren. Unser Land kann auf hervorragenden Grundlagen aufbauen: Seit Jahren belegt es einen Spitzenplatz im Glücksranking. Schleswig-Holstein profitiert von einem hohen Anteil fester sozialer Beziehungen und einem vergleichsweise hohen Stellenwert von Familie, Lebensgemeinschaft und gesellschaftlichem Engagement. Hinzu kommen gute Arbeits- und Wohnverhältnisse, attraktive Kultur- und Naturräume sowie eine gesunde Umwelt.

Was aber fehlt, ist eine Gesamtschau auf entscheidende Elemente der Lebensqualität. Diese soll ermöglichen, unsere natürlichen, kulturellen und infrastrukturellen Voraussetzungen zukunftsfähig und zielgerichtet zu sichern und auszubauen, um Familien, Menschen mit und ohne Behinderung, Unternehmen und Talenten ein attraktives Lebensumfeld zu bieten. Dazu gehört, dass wir uns über den Wert unserer besonderen Lage sowie die Bedeutung von Natur und Kultur für den Standort Schleswig-Holstein bewusst werden. Daraus muss sich auch ein neues Verständnis von Wachstum, Leben und Wirtschaften ableiten, das auf einen Ausgleich zwischen Natur, Lebens- und Arbeitsqualität abzielt. Denn Lebensqualität wird in Zukunft nicht nur von Themen wie Versorgung, Arbeit, Freizeitaktivitäten und einer intakten Natur geprägt sein. Insbesondere Aspekte von Work-Life-Balance und mehr Arbeitszeitsouveränität, verbunden mit dem Wunsch nach mehr selbstbestimmter zeitlicher und ortsunabhängiger Flexibilität, werden in den Vordergrund rücken, gerade in bestimmten Lebensphasen wie der Familiengründung oder der Pflege von Angehörigen. Selbstverständlich hängt die Lebensqualität auch davon ab, attraktive und zukunftssichere Arbeitsangebote vorzufinden.

Zusätzlich müssen wir unsere vorhandenen Stärken als überdurchschnittlich lebenswertes Land noch deutlicher über die Grenzen Schleswig-Holsteins hinaus bekannt machen. Mit einer Tourismusstrategie haben wir bereits den ersten Schritt getan und unsere Kernkompetenzen „Natur", „Familien" und „Strand", unsere Aktivitätsthemen „Radfahren" und „Segeln" sowie die Entwicklungsthemen „Städtereisen" und „Gesundheitsurlaub" identifiziert. Mit der Tourismuskampagne „Glückswachstumsgebiet" werden wir die Naturerfahrung und die Nähe zu den Meeren und zu Skandinavien als Beitrag zur Lebensqualität verstärkt erlebbar machen. Auch im Tourismus ist Barrierefreiheit ein wichtiges Qualitätskriterium, das nicht nur im Sinne einer Teilhabe von Menschen mit Behinderung, sondern auch aus wirtschaftlichen Erwägungen unabdingbar ist. Alle Menschen sollen möglichst uneingeschränkt touristische Angebote und Infrastrukturen nutzen können. Wir arbeiten daran, dass Schleswig-Holstein auch für die immer größer werdende Zielgruppe der älteren und mobilitätseingeschränkten Menschen ein attraktives, barrierefreies Urlaubsland wird. Zudem müssen wir Schleswig-Holstein im internationalen Wettbewerb positionieren, um nicht nur Touristen, sondern auch die klügsten Köpfe in unser Land zu holen: durch verstärkte internationale Kooperationen, eine zielgerichtete Zuwanderungspolitik und den Ausbau unserer Infrastrukturen.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen ergeben sich folgende Leitfragen:

- Welche Erwartungen haben Bürgerinnen und Bürger sowie Fachkräfte aus anderen Regionen und dem Ausland an Lebensqualität? Was heißt das für Politik, Gesellschaft und auch Wirtschaft?
- Wie können wir den Wechsel und Wandel der Arbeitswelt von heute und morgen begleiten, so dass sich dies positiv auf unsere Lebensqualität auswirkt? Welche strukturellen Entscheidungen müssen wir dafür noch treffen?

2. KULTURELLE IDENTITÄT BEWAHREN UND VERMITTELN

Ein wesentlicher Aspekt unserer spezifischen Lebensqualität ist die kulturelle Vielfalt. Kultur trägt dabei nicht nur zur persönlichen Zufriedenheit bei, sondern hat als kreative Kraft ein enormes Potenzial, welche das Miteinander befördert, den Tourismus antreibt und eine Quelle für Freizeitaktivitäten darstellt. Kulturelle Vielfalt ist damit ein wichtiger Wirtschafts- und Standortfaktor. Sie stellt darüber hinaus auch einen identitätsstiftenden Wert dar, der Menschen Halt und Orientierung gibt. Erst die kulturelle Identität macht Schleswig-Holstein lebenswert.

Mit dem Kulturkonzept „Kulturperspektiven Schleswig-Holstein" sind erste Schritte getan, die Kulturpolitik im Land zukunftsfest zu machen. Darin setzen wir uns zum Ziel, die kulturelle Vielfalt zu bewahren und die Minderheiten in der Pflege ihrer Kultur zu unterstützen. Dazu gehört die Investition in kulturelle Bildung und Teilhabe. Denn kulturelle Bildung ist die Voraussetzung für ein gutes Miteinander in einer vielfältigen Gesellschaft, die perspektivisch durch Zuwanderung noch bunter werden wird. Hierfür werden wir beispielsweise Kulturangebote noch stärker in den Bildungsalltag unserer Schülerinnen und Schüler einbinden müssen.

Um Kulturpolitik zukunftsfest zu machen, sind ebenfalls die Stärkung des Kulturstandorts Schleswig-Holstein, flankierende Maßnahmen zur stärkeren Nutzung des kulturtouristischen Potenzials und die Förderung der Kreativwirtschaft wichtige Aspekte. Dazu gehört auch die zukunftsfähige Ausrichtung von Kulturförderung und kultureller Infrastruktur. Der Strukturwandel erfordert einen Fokus auf teilraumspezifische Profilthemen, beispielsweise durch die Schaffung von Kulturknotenpunkten und zentralen Orten der Kultur, Information und Begegnung.

Zur Identität Schleswig-Holsteins gehören auch die nationalen Minderheiten der Dänen, Friesen, Sinti und Roma und die Sprechergruppe der Plattdeutschen. Das Zusammenleben von Mehrheit und Minderheiten hat unser Land geprägt. Ihre Organisationen und Vereine sind ein wichtiger Teil der lebendigen und vielfältigen Kulturszene und Zivilgesellschaft Schleswig-Holsteins. Die Institute, Stiftungen und Forschungseinrichtungen mit Minderheitenbezug schärfen im In- und Ausland das Profil unseres Landes. Die Landesregierung stärkt dieses einzigartige Profil mit einer eigenständigen Sprachenpolitik für die Regional- und Minderheitensprachen Schleswig-Holsteins, einer verlässlichen Förderung der Minderheiten und durch neue Formen der Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen ergeben sich folgende Leitfragen:

- Was macht unsere Kultur aus und welchen Stellenwert geben wir ihr in unserem Land?
- Wie schaffen wir eine inhaltliche und strukturelle Dynamik in unseren vielschichtigen Kulturen und einen Ausbau von Schnittstellen zu weiteren Bereichen der Gesellschaft?
- Wie können wir unseren kulturellen und sprachlichen Reichtum sichtbarer machen und als kreative Kraft nutzen?

3. INNERE SICHERHEIT GEWÄHRLEISTEN

In Sicherheit zu leben ist ein zentrales Bedürfnis des Menschen. Die innere Sicherheit zu gewährleisten ist eine Kernaufgabe des Staates. Dazu leisten auch in Schleswig-Holstein viele Beteiligte ihren Beitrag: Polizei, Feuerwehren, Justizwesen mit Gerichten und Staatsanwaltschaften, Verfassungsschutz und Katastrophenschutz. Aber auch die Verwaltungen auf Landes- und kommunaler Ebene sorgen für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, denn verlässliche und funktionierende Verwaltungsstrukturen sind ein wesentlicher Bestandteil des Sicherheitsgefüges.

Im Sinne einer ganzheitlichen Sicherheit arbeiten die verschiedensten Ebenen und Organisationen unter Einbringen ihrer jeweiligen Fachexpertise vertrauensvoll zusammen. Dies bezieht ausdrücklich auch die zivilgesellschaftlichen Partner und den ehrenamtlichen Bereich mit ein, die sich bereits vielfältig mit hohem Engagement betätigen und insbesondere die Beratungs- und Unterstützungsleistungen der staatlichen Institutionen sinnvoll ergänzen und vervollständigen.

Auf kommunaler Ebene bieten u. a. die Kriminalpräventiven Räte eine gute Plattform für diese Vernetzungen.

Lebensqualität wird maßgeblich durch das vorhandene Sicherheitsgefühl mitbestimmt, das sich von der tatsächlichen objektiven Sicherheitslage deutlich unterscheiden kann. Entwicklungen in bestimmten Kriminalitätsphänomenen, wie beispielsweise im Bereich von überörtlich agierenden Tätergruppen oder zunehmenden Aktivitäten im Bereich des Extremismus oder auch des Terrorismus, haben Einfluss auf das Sicherheitsgefühl in Schleswig-Holstein. Auch medienwirksam aufbereitete Vorfälle können das Sicherheitsgefühl maßgeblich beeinflussen.

Die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins sind auch relevant für die strategische Ausrichtung der Polizei. Eine aktuell durchgeführte Dunkelfeldstudie mit der Befragung von einigen tausend Bürgerinnen und Bürgern will diesem Anspruch in besonderer Weise gerecht werden und wird in angemessenem Abstand wiederholt. Mit ihrer Struktur ist die Landespolizei in der Lage, auf sich wandelnde Anforderungen und wechselnde Sicherheitslagen oder -bedürfnisse zu reagieren. Wir bilden mehr Polizistinnen und Polizisten aus, damit wir dem Bedürfnis der Bevölkerung nach innerer Sicherheit und Schutz gerecht werden und dafür sorgen, dass die Polizistinnen und Polizisten diese wichtige Aufgabe leisten können. Um den sich verändernden Anforderungen gerecht zu bleiben, werden auch die technische Ausrüstung und die rechtlichen Grundlagen für eine erfolgreiche Polizeiarbeit fortlaufend überprüft und an die gesellschaftlichen Veränderungen angepasst. Der Einsatz zur Gewährleistung der Sicherheit unseres Landes verdient größte Anerkennung.

Im Mittelpunkt der Justizpolitik der Landesregierung stehen die Stärkung von Sicherheit und Vertrauen in ein zuverlässiges Justizwesen und die Gewährleistung, dass alle Gerichte mit den erforderlichen personellen, technischen und finanziellen Mitteln für eine wirksame Rechtspflege ausgestattet sind. Ein Fokus liegt auf der Intensivierung der Digitalisierung der Justiz.

Mit vier Berufsfeuerwehren und knapp 1.400 Freiwilligen Feuerwehren verfügt Schleswig-Holstein aktuell über eine flächendeckende Sicherheitsarchitektur. Das soll so bleiben. Die demografische Entwicklung wird sich jedoch absehbar massiv auf das ehrenamtlich geprägte System der Feuerwehren in Schleswig-Holstein mit unterschiedlichen regionalen Ausprägungen auswirken. Vorliegende Auswertungen ergeben noch keine signifikanten Einschränkungen bei der Hilfsfrist und den Einsatzmitteln. Allerdings sind bereits heute Defizite bei den notwendigen Funktionen insbesondere bei der Tagesverfügbarkeit erkennbar. In der kritischen Tagesverfügbarkeit zeigt sich der Bedarf an interkommunaler Zusammenarbeit.

Daraus ergeben sich folgende Leitfragen:

- Wie lässt sich die (objektive wie subjektive) Sicherheit der Menschen in Schleswig-Holstein verbessern? Welche Erwartungen, aber auch welche Grenzen sollen dabei handlungsleitend sein?
- Wie können wir Informations- und Entscheidungsmuster der „inneren Sicherheit“ bei Veränderungsprozessen der Gesellschaft und damit auch aller für die innere Sicherheit zuständigen Akteure flexibel, effektiv und reaktionsfähig gestalten?
- Wie können wir auf veränderte Bevölkerungsstrukturen mit Blick auf Präventionsarbeit (Bildung, Integration) sowie Reaktions- und Interventionskonzepte reagieren?
- Wie kann das Land z. B. durch Personalkonzepte (Rekrutierung, Qualifizierung) dem schrumpfenden Rekrutierungspotenzial der ehrenamtlichen Feuerwehr und Rettungsdienste entgegenwirken?

4. SOZIALE INFRASTRUKTUREN UND GESUNDHEITSVERSORGUNG FÜR FAMILIEN UND GENERATIONEN AUSBAUEN

Natur und Kultur sind zwei wesentliche Faktoren, die eine hohe Lebensqualität ausmachen. Aber auch soziale Infrastrukturen wie die Versorgung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen, die Unterstützung von Familien, Beratung und Qualifizierung von Arbeitssuchenden, Unterstützungsangebote für Menschen mit Behinderungen oder die Pflege und Betreuung im Alter sind wichtige Bausteine, die zum Standortfaktor Lebensqualität dazugehören und von Trends wie dem demografischen Wandel oder der Urbanisierung beeinflusst werden. Dies erfordert, Daseinsvorsorge in Städten und dem ländlichen Raum neu zu denken, damit auch weiterhin in allen Regionen des Landes gleichwertige Lebensverhältnisse vorzufinden sind.



Deshalb müssen die sozialen Infrastrukturen zielgerichtet ausgebaut und an die veränderten demografischen Entwicklungen und gesellschaftlichen Bedürfnisse angepasst werden. Dies erfolgt im Hinblick auf die Gleichstellung von Frauen und Männer und für Menschen mit Behinderung, für Familien, Senioren sowie Kinder und Jugendliche, um Schleswig-Holstein noch stärker zu einem attraktiven Wohn- und Lebensort zu machen. Zu den Lösungen, die wir im Hinblick auf soziale Infrastrukturen für Familien entwickeln müssen, gehört die Sicherstellung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, denn traditionelle Zeit- und Arbeitsmodelle werden sich weiter auflösen. Dazu gehört aber auch die Etablierung von Familienfreundlichkeit über Lebensphasen hinweg, insbesondere bezüglich einer flächendeckenden Kinderbetreuung. Hier müssen wir nicht nur die Sensibilität in Unternehmen fördern, sondern auch Angebote wie Kindertageseinrichtungen und Ganztagsschulen ausbauen und durch den Aufbau und die Finanzierung von Familienzentren, verstärkte Fachberatung und die Förderung von Qualitätsmanagement in den Einrichtungen in die Betreuungsqualität investieren.

Die Attraktivität für Senioren und Best-Ager kann erhöht werden, indem wir Tourismus und Aktivitätsangebote in der Natur weiterentwickeln. Aber auch durch die Schaffung von Angeboten für die Versorgung in Lebensphasen nach der Berufstätigkeit können wir Schleswig-Holstein zu einem lebenswerten Ort für ältere Menschen machen. Dazu gehört die Möglichkeit, sich auch weiterhin in Vereinen oder Ehrenämtern zu engagieren. Wir müssen auch neue Formen des bürgerschaftlichen Engagements wie Freiwilligenforen etablieren. Ein wesentlicher Baustein zur Erhöhung der Lebensqualität von Senioren ist zudem die Sicherstellung einer situationsgerechten Pflege im Bedarfsfall, ob zu Hause durch die Familie oder in Pflegeeinrichtungen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der generationsübergreifende Verantwortung füreinander und miteinander übernommen wird.

Neben Familien und Senioren muss auch ein Angebot für Kinder und Jugendliche geschaffen werden. Unabhängig von Schule, Ausbildung und Beruf soll ein sinnstiftender Ausgleich und somit auch die individuelle Lebensqualität ermöglicht werden. Hier gilt es, in Zukunft ein flächendeckendes Angebot an Sport- und Gesellschaftsvereinen ebenso wie kulturelle und soziale Angebote zu schaffen. Die Bereitschaft und Befähigung zum ehrenamtlichen Engagement junger Menschen ist insbesondere in diesem Bereich zu fördern.

Der Krankenhausplan des Landes wird 2017 fortgeschrieben, um eine qualitativ hochwertige, patienten- und bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen, eigenverantwortlich wirtschaftenden Krankenhäusern zu gewährleisten und zu sozial tragbaren Pflegesätzen beizutragen. Der Krankenhausplan bietet die Voraussetzung dafür, dass die Krankenhäuser durch Zusammenarbeit und Aufgabenteilung die Versorgung in wirtschaftlichen Betriebseinheiten regional ausgewogen sicherstellen können.

Durch das im Juli 2015 in Kraft getretene Präventionsgesetz wird die schleswig-holsteinische Präventionsstrategie deutlich gestärkt und soll in den nächsten Jahren sukzessive in allen Lebensbereichen umgesetzt werden. Dies erfordert einen Paradigmenwechsel in der Prävention weg von Beratung und Betreuung hin zu zielgruppenorientierter Gesundheitsförderung im Kontext der Lebenswelten. Das Land will das Wissen, die Befähigung und die Eigenverantwortung jedes Einzelnen und insbesondere bei Kindern und Jugendlichen entwickeln und stärken. Denn zur Erhaltung der Gesundheit trägt eine gesundheitsbewusste Lebensführung maßgeblich bei.

Schleswig-Holstein fühlt sich dem Leitbild der Geschlechtergerechtigkeit und der Vielfalt verpflichtet und will bei allen gesellschaftlichen und politischen Vorhaben die unterschiedlichen Auswirkungen auf die Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern grundsätzlich und systematisch berücksichtigen. Gleiches gilt für die Belange und Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung, auf die wir ein besonderes Augenmerk richten wollen. Der Landesaktionsplan ist ein Zwischenschritt des Prozesses der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Ziel ist ein inklusives Gemeinwesen, in dem die soziale Infrastruktur so auszubauen oder anzupassen ist, dass Regelangebote wie Kindertageseinrichtungen, Schulen oder Einrichtungen des Gesundheitswesens auch von Menschen mit Behinderung uneingeschränkt nutzbar sind.

Das Angebot der ambulanten und stationären Versorgung psychisch kranker Menschen und für Menschen mit psychischen Behinderungen hat seit dem „Psychiatrieplan 2000" durch die Übertragung vieler Aufgaben auf die Kommunen, durch rechtliche und fachliche Weiterentwicklungen und nicht zuletzt durch Privatisierungen der Einrichtungsträger tiefgreifende Veränderungen erfahren. Das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein erarbeitet gegenwärtig zusammen mit vielen Anspruchsgruppen für die Landesregierung einen neuen Psychiatriebericht, der im Sinne einer Bestandsaufnahme die gegenwärtige Versorgungssituation in Schleswig-Holstein darstellen und bewerten wird.



Für die Sicherung der gesellschaftlichen Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger ist eine Armutsprävention erforderlich, die sich als Querschnittsaufgabe versteht. Armut hat verschiedene Gesichter und Ursachen. Mithilfe systematischer Sozialberichterstattung wollen wir der Politik, allen sozialpolitischen Akteuren sowie der Öffentlichkeit ein differenziertes Bild der sozialen Lage der Bevölkerung in Schleswig-Holstein zur Verfügung stellen.

Aus diesem Verständnis ergeben sich folgende Leitfragen:

- Was muss soziale Infrastruktur leisten und wie gelingt uns neben einem Erhalt auch ein zielgerichteter Ausbau?
- Was verstehen wir jeweils unter einem inklusiven Gemeinwesen, Familienfreundlichkeit und Geschlechtergerechtigkeit? Welchen Wert messen wir dem bei und was bedeutet das für die Landesentwicklungsstrategie?
- Wie gelingt es uns, dass Menschen unabhängig von Geschlecht, von Alter, von Behinderung, von sexueller Orientierung und von ethnischer Herkunft gewaltfrei, diskriminierungsfrei und selbstbestimmt leben können?

5. SPORT IN DER MITTE DER GESELLSCHAFT

Der Sport hat in der Gesellschaft eine herausragende Funktion. Sie geht über die körperliche Betätigung und die gesundheitliche Förderung hinaus. Als größte soziale Bewegung des Landes trägt er zum Zusammenhalt bei. Ob das Miteinander von Jung und Alt, die Förderung von Inklusion durch die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen oder die Integration von Menschen unabhängig von ihrer kulturellen, religiösen oder sozialen Herkunft: Dem organisierten Sport gelingt es in einzigartiger Weise, das gegenseitige Verständnis zu stärken und gelebtes Miteinander zu schaffen. Sport fördert Mobilität und Gesundheit, Teamgeist und Selbstbewusstsein und trägt zu einem aktiven Leben in der Mitte der Gesellschaft bei.

In Schleswig-Holstein treiben rund 850.000 Frauen, Männer und Kinder in rund 2.600 Vereinen Sport. Zudem gibt es keine Bewegung, in der sich so viele Menschen freiwillig engagieren. Die Landesregierung weiß um diese besondere Bedeutung des Sports und erkennt ausdrücklich die Aufgabe an, ihn in seiner gesamten Vielfalt zu fördern und zu stärken. Die Unterstützung des Breitensports gehört ebenso dazu wie die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für den Leistungssport.

Der demografische Wandel und ein verändertes Sport- und Freizeitverhalten führen zu neuen Anforderungen an die Sportvereine und andere Sportanbieter und erfordern auch in Schleswig-Holstein neue Wege in der Sportpolitik des Landes und der Kommunen.

Wir haben das Ziel, die vielfältigen Angebote des Sports in unserem Land zu erhalten und die Vereine, Verbände und Kommunen darin zu unterstützen, bewegungs- und gesundheitsfördernden Sport anzubieten, der dazu beiträgt, die Lebensqualität unseres Landes weiter zu stärken.

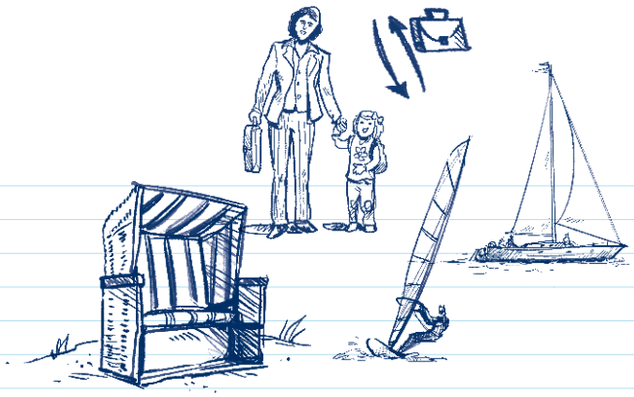
Daraus ergeben sich folgende Leitfragen:

- Wie lässt sich das Angebot der Sportstätten dem veränderten Freizeit- und Nutzungsverhalten und gegenüber neuen gesellschaftlichen Ansprüchen und Bedürfnisse anpassen?
- Wie können wir die Sportvereine mit ihren wichtigen Funktionen für Gemeinwohl und Lebensqualität weiter einbinden?

FOLGEABSCHÄTZUNG DER STRATEGISCHEN LEITLINIE

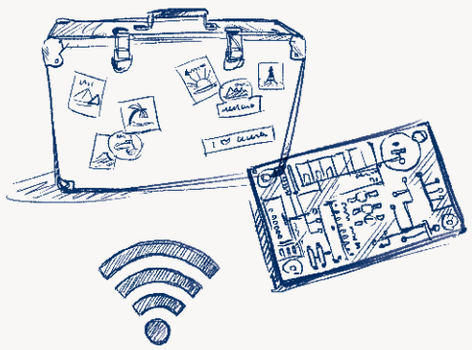
Unsere natürlichen Voraussetzungen und unser kulturelles Erbe sind unser Kapital. Darauf sind wir angewiesen, wenn wir uns als Land der Lebensqualität behaupten wollen und gegenüber anderen Regionen mit Attraktivität als Lebens- und Arbeitsort punkten wollen – erst recht vor dem Hintergrund von Entwicklungen wie dem demografischen Wandel oder der Internationalisierung.

Wenn wir heute mit entsprechenden Strategien und Maßnahmen Lebensqualität zielgerichtet ausbauen und weiterentwickeln, werden wir besonders attraktiv für Menschen, die entsprechend den sich ändernden Wertvorstellungen in unserer Gesellschaft ein hohes Maß an persönlicher Lebenszufriedenheit erzielen wollen. Wir werden darüber hinaus interessant für Fachkräfte und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die hier neben einer guten Arbeit auch gut leben können. Damit bietet der Wertewandel die Chance, dass neue Einwohnerinnen und Einwohner und damit auch neue Unternehmen und neue Wertschöpfung nach Schleswig-Holstein kommen. Zudem erhöhen sich dadurch die Aussichten, dass junge Menschen, die hier aufgewachsen sind oder hier ihre Ausbildung bzw. ein Studium absolviert haben, auch weiterhin in Schleswig-Holstein leben möchten. Der Erhalt und die Pflege unseres kulturellen Erbes, unsere nordische Identität, unsere Kultur und unsere Traditionen werden in den Entgrenzungen einer globalen Welt zu einem Alleinstellungsmerkmal mit hoher Anziehungskraft.



Leben und arbeiten, wo andere Urlaub machen

Auch wenn dieser Slogan vielleicht ein wenig überstrapaziert wird: Er beschreibt treffend den wichtigsten Standortfaktor Schleswig-Holsteins: Lebensqualität. Immer mehr Unternehmerinnen und Unternehmer lassen sich in einer digitalisierten Welt bei der Standortwahl von diesen weichen Faktoren lenken. So wie das Ehepaar Inga und Christian Wiele, die 2014 mit ihren drei Kindern nach St. Peter-Ording gezogen sind. „Hier ist für uns eine ideale Balance von Privatleben, Beruf und Geschäftsumfeld möglich", sagt Christian Wiele, der sich mit seiner Beratungsfirma „Gezeitenraum" auf Innovationscoaching und neue Arbeitsmethoden spezialisiert hat. Doch schöne Landschaft, ein angenehmes Klima und nette Menschen alleine haben dann doch nicht ausgereicht: „Ohne die zunehmende Digitalisierung der Arbeitswelt wäre dieser Wechsel für uns so nicht möglich gewesen", ist sich der ehemalige Software-Spezialist von SAP sicher. Wie gut, dass Schleswig-Holstein beim schnellen Internetausbau ganz vorne ist.

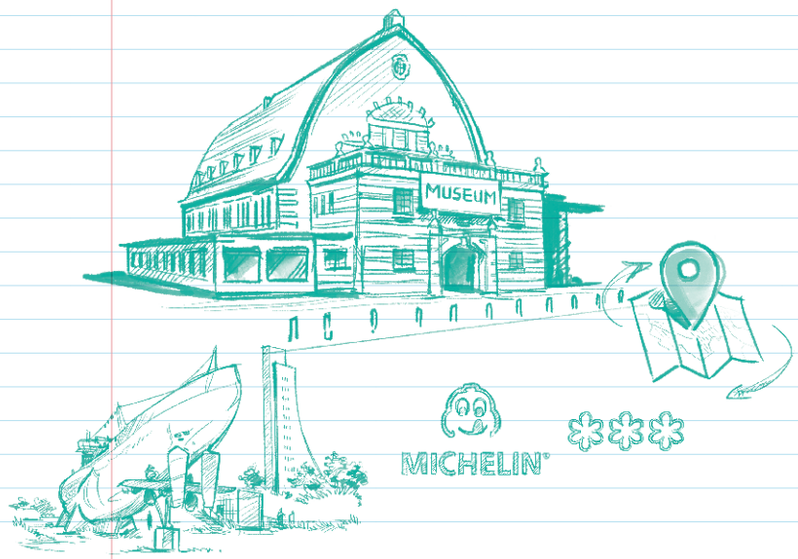


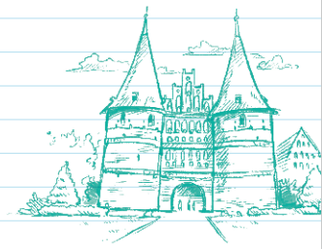
Kulturknotenpunkte setzen, regionale Kulturarbeit vor Ort vernetzen

Sie ist für die Standortqualität weit mehr als das Tüpfelchen auf dem „i": die Kulturlandschaft vor Ort. Nur wenn sie aktiv unterstützt wird, kann aus einem Arbeits- ein wirklicher Lebensort werden. Wie das praktisch funktioniert, zeigt das aktuelle Kulturkonzept des Landes Schleswig-Holstein. Danach werden in den einzelnen Regionen peu à peu bestehende Einrichtungen zu Kulturknotenpunkten weiterentwickelt, die alle relevanten Akteure der lokalen Kulturlandschaft miteinander vernetzen und unterstützen sollen. Und das ganz konkret: von der professionellen Beratung bis hin zur ausgefeilten Öffentlichkeitsarbeit. Die Kulturknotenpunkte sind Anlaufstelle für Kulturschaffende, Ehrenamtliche und natürlich auch die Bürgerinnen und Bürger.

Jüngstes Beispiel: die Tourismuszentrale Holsteinische Schweiz. Sie ist seit dem 14. April 2016 der vierte Kulturknotenpunkt im Land und zuständig für die Region Plön/Eutin. Neben der Betreuung bestehender kultureller Attraktionen wie beispielsweise die Eutiner Festspiele oder das Kloster Cismar soll der neue Kulturknotenpunkt vor allem die inhaltliche Entwicklung der Kulturregion weiter voranbringen – und damit den wichtigsten Standortfaktor Schleswig-Holsteins maßgeblich stärken: die Lebensqualität.







REGIONEN IM WANDEL – DIFFERENZIERTE RAUMBETRACHTUNG ALS HANDLUNGSMAXIME ANSETZEN



Einordnung und Bedeutung der strategischen Leitlinie

Der demografische Wandel erfasst auch Schleswig-Holstein. Allerdings ist Schleswig-Holstein zurzeit kein schrumpfendes Land. Rund zwei Drittel der Menschen leben in Regionen mit Einwohnerzuwächsen. Insbesondere im Hamburger Umland sowie in den Städten und ihren Umlandgemeinden nimmt die Bevölkerung durch Zuwanderung aus dem In- und Ausland zu. Trotzdem gibt es ländliche Räume mit abnehmender Bevölkerung. Der zusätzliche Bevölkerungsanstieg durch die wachsende Zahl an Flüchtlingen und Asylsuchenden wird die Ausgangslage in den einzelnen Regionen nicht grundsätzlich ändern. Handlungsansätze für den demografischen Wandel müssen diese räumlich unterschiedlichen Ausgangsbedingungen berücksichtigen. Hierzu zählen auch die deutliche Zunahme älterer Menschen und die Abnahme der Anzahl von Kindern und Jugendlichen im Land. Die genannten Veränderungen bedürfen daher unterschiedlicher Herangehensweisen. Aus diesem Grund legt die Landesregierung mit der strategischen Leitlinie „Regionen im Wandel – Differenzierte Raumbetrachtung als Handlungsmaxime ansetzen" den Schwerpunkt auf eine genaue Reflexion der Räume.

POLITISCHE HANDLUNGSFELDER

Wir setzen dafür auf folgende politische Initiativen und Schwerpunkte:

1. STADT UND LAND ZUSAMMEN DENKEN UND GEMEINSAM ENTWICKELN

Die kommenden demografischen Veränderungen stellen Schleswig-Holstein vor vielfältige teilräumliche und fachspezifische Herausforderungen. Gelingt es dem Land und den Kommunen, auf kooperativem Weg innovative und praktisch umsetzbare Antworten auf die genannten Herausforderungen zu geben, kann Schleswig-Holstein enorm profitieren. Dies belegen die themenübergreifenden Masterpläne sowie Demografie- und Regionalstrategien, die unter Beteiligung von Fachplanungen, öffentlichen und privaten Trägern der Daseinsvorsorge sowie Vertretern der Politik und der Zivilgesellschaft bereits in den vergangenen Jahren in Schleswig-Holstein erarbeitet worden sind. Es hat sich bewährt, dass die örtlichen Akteure selbst den Anpassungsbedarf der Daseinsvorsorge identifizieren, Anpassungslösungen eigenverantwortlich entwickeln und umsetzen. Dies gilt sowohl für soziale wie für technische Infrastrukturen. Denn in der Region ist das Wissen über den individuellen Bedarf am größten. Hier sind kreative Ideen für innovative Lösungen vorhanden. Durch Stärkung der Eigenverantwortung können die Chancen der Teilräume stärker genutzt und Risiken minimiert werden. Wir wollen mehr sozial-, wirtschafts- und umweltverträgliche Anpassungslösungen an die gewandelten Nachfrageverhältnisse für Infrastruktur und Daseinsvorsorge entwickeln, indem wir die Zusammenarbeit zwischen Fachplanung, Betreibern von Einrichtungen der Daseinsvorsorge, Städten, Gemeinden und Kreisen und die Abstimmung und Bündelung ihrer Aktivitäten und Maßnahmen verbessern und intensivieren. Aktivitäten kommunaler Sozialplanung wollen wir unterstützen. Wichtig ist, Stadt und Land zusammen zu denken und partnerschaftlich zu entwickeln. So können wir ländliche Räume nie isoliert ohne die kleinen und mittleren Städte und zentralen Orte betrachten. Dabei müssen wir zukünftig nicht nur die Möglichkeiten der Digitalisierung, sondern auch den Bedarf der Bürgerinnen und Bürger vor Ort stärker berücksichtigen.

Zentrale Bedeutung haben hier vor Ort entwickelte regionale Anpassungs- und Entwicklungsstrategien, welche die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen sowie die Chancen und Risiken der Teilräume stärker berücksichtigen. Die Initiativen zur Erarbeitung von Anpassungsstrategien wollen wir unterstützen, indem wir zentrale Planungsinformationen bereitstellen, wie kleinräumige Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung oder Daten zum Infrastrukturbestand und zur Erreichbarkeit. Liegen eigenverantwortlich erarbeitete Anpassungsstrategien vor, wird das Land die Lösungsansätze bei eigenen Entscheidungen, z. B. bei Fachplanungen, berücksichtigen. Zusätzlich sollen durch die angestrebte Flexibilisierung von Standards weitere Anreize gesetzt werden, um Akteure zur eigenverantwortlichen Erarbeitung und Umsetzung von Anpassungsstrategien zu motivieren.

Insgesamt muss der demografische Wandel noch stärker zur zentralen Zukunfts- und Querschnittsaufgabe von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft werden, damit die Chancen künftiger Generationen mindestens so gut sind wie die Chancen der heute lebenden Generationen.

Vor diesem Hintergrund ergeben sich folgende Leitfragen:

- Für welche Räume bzw. auf welchen Verwaltungsebenen (Kreis, Amt, Stadt- und Umlandbereich, AktivRegion) sollten Anpassungsstrategien für die Daseinsvorsorge prioritär erarbeitet werden?
- Welche Flexibilisierungsnotwendigkeiten gibt es, um spezifische Strategien für die verschiedenen Teilräume zu entwickeln?

2. WOHNUNGSNEUBAU ERHÖHEN UND BEZAHLBAREN WOHNRAUM SCHAFFEN

Die Lage auf den Wohnungsmärkten in Schleswig-Holstein war viele Jahre entspannt. Durch die gestiegene Zuwanderung, insbesondere in die Oberzentren und ins Umland von Hamburg, hat sich die Situation allerdings vielerorts verändert. Kontinuierlich steigende Studierendenzahlen verschärfen ebenfalls die Situation auf dem Wohnungsmarkt an den Hochschulstandorten. Steigende Mieten und Preise für Häuser und Wohnbauflächen sind Ausdruck einer erhöhten Wohnungsnachfrage, mit der das Angebot trotz gestiegener Baufertigstellungen vielerorts nicht mithalten kann. Der Zuzug von Flüchtlingen verschärft die Situation auf den Wohnungsmärkten zusätzlich, da hier vor allem Angebote für einkommensschwache Personengruppen fehlen.

Schleswig-Holstein wirkt mit dem zurzeit größten Wohnungsbauförderungsprogramm seit 1945 und einer traditionell flexiblen und potenten Wohnraumförderung sowie förderbegleitenden Instrumenten und Strategien verlässlich auf eine soziale Wohnraumversorgung ein.

Starke Partner aus der schleswig-holsteinischen Wohnungswirtschaft setzen dies um. Das Bekenntnis zur Landeswohnraumförderung gilt, auch um dem Abschmelzungsprozess sozialgebundener Wohnungsbestände entgegenzuwirken.
Die neuen Herausforderungen durch Zuwanderung, Demografie, Steigerung der Bau- und Wohnkosten und die Bedingungen des Finanzmarktes können nur in gemeinsamer Verantwortung bewältigt werden. Dafür setzt das Land weiterhin auf die bewährten Kooperationen wie die Offensive für bezahlbares Wohnen, den Klimapakt und den Flüchtlingspakt, die gemeinsam mit den Partnern weiterentwickelt und belebt werden sollen.

Um dem erhöhten Wohnungsneubaubedarf im Land, insbesondere für Haushalte mit geringem Einkommen, hinreichend Rechnung zu tragen, sind vor allem die Kommunen mit angespannten Wohnungsmärkten gefordert, Innenentwicklungspotenziale zu mobilisieren und neues Wohnbauland zu schaffen. Ein kommunales Flächenmanagement kann hier hilfreich sein. Wir müssen zudem das Zusammenspiel zwischen Land, Kommunen, Investoren und Baugesellschaften sowie der Bauwirtschaft verstärken.

Doch vor allem in den Oberzentren und in den Wohnungsschwerpunkten im Hamburger Umland gibt es vielerorts Hindernisse wie Bürgerproteste, hohe Bodenpreise, nicht verkaufsbereite Eigentümer, angespannte kommunale Haushalte oder schwierige Erschließungen. Wir sehen daher die Gefahr, dass gerade an Standorten mit hohem Wohnungsneubaubedarf nicht genügend Flächen zur Verfügung stehen. Es stellt sich deshalb die Frage, wie die dringend benötigten Wohnbauflächen von kommunaler Seite kurz- bis mittelfristig bereitgestellt werden können.

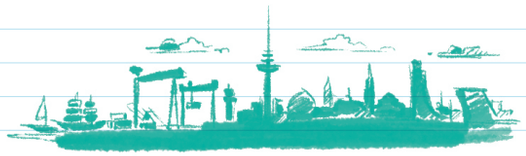
Bei der Suche nach Lösungen sollte der Blick der Kommunen auch über die eigenen Gemeindegrenzen hinausgehen. Stadt-Umland-Kooperationen eröffnen neue Möglichkeiten, gemeinsam mit Nachbargemeinden in bedarfsgerechtem Umfang Flächenangebote zu schaffen. Dieser Ansatz sollte noch stärker von den Städten und zentralen Orten mit ihren Umlandgemeinden aufgegriffen werden.

Die Wohnungsmärkte in Schleswig-Holstein sind allerdings nicht überall angespannt. Besonders in ländlichen Regionen besteht aufgrund der demografischen Entwicklung vielmehr die Gefahr von Wohnungsleerständen. Hier brauchen Gemeinden vor allem eine Entwicklung mit Augenmaß, die besonders die veränderte Struktur der Nachfrage berücksichtigt. Während der Bedarf an Einfamilienhäusern zurückgehen wird, steigt durch mehr ältere Menschen und kleinere Haushalte die Nachfrage nach kleinen Wohneinheiten in Mehrfamilienhäusern. Die Schaffung und Erhaltung barrierefreien Wohnraums ermöglicht ein selbstbestimmtes Leben auch in beeinträchtigten Lebenslagen.

Auch in ländlichen Räumen sind Kooperationen von Kommunen besonders sinnvoll, um bedarfsgerechte, nachhaltige und flächenschonende Wohnungsangebote an geeigneten und zukunftsfähigen Standorten zu planen und zu entwickeln.

Für uns stellen sich daher folgende Leitfragen:

- Welcher kommunalen Initiativen bedarf es, um das Flächenangebot im Rahmen eines nachhaltigen Flächenmanagements zu verbessern und den Wohnungsneubau bedarfsgerecht zu steigern?
- Wie lässt sich die Akzeptanz für größere Wohnungsneubauvorhaben in der Bevölkerung erhöhen?
- Wie können die Instrumente für Kooperation von Kommunen verbessert werden?



3. MINDESTSTANDARDS GEWÄHRLEISTEN – STANDARDS FLEXIBILISIEREN

Wachsende und schrumpfende Räume erfordern differenzierte Entwicklungs- und Gestaltungsoptionen, die sich an den tatsächlichen und kommenden Erfordernissen orientieren und die Versorgung der Bevölkerung sicherstellen. In den Teilräumen von Schleswig-Holstein mit zurückgehender Nachfrage wird es in Zukunft immer schwieriger, das heutige Versorgungsniveau mit Einrichtungen der Daseinsvorsorge und privaten Dienstleistungen langfristig zu halten. Im Unterschied zu privaten Dienstleistungen muss der öffentliche Bereich bei bestimmten Angeboten der Daseinsvorsorge eine Mindestversorgung sichern, die für Chancengerechtigkeit in allen Teilräumen sorgt. Hier müssen neue Instrumente für die verschiedensten Aufgabenstellungen geschaffen werden. Zum Beispiel erfordern rückläufige Schülerzahlen variable Strategien im ländlichen Raum: Dies kann erfordern, dass kleine Schulen jahrgangsübergreifende Lerngemeinschaften bilden, um einen Standort zu erhalten. Außerdem wurde die Mindestschülerzahl für Außenstellen von Grundschulen auf 27 Schülerinnen und Schüler gesenkt, um im ländlichen Raum mehr Schulstandorte zu erhalten. Alternativ können Schulstandorte durch Um- oder Ausbaumaßnahmen zusammengelegt werden. Hier bieten die Zentralen Orte oder kreative Konzepte eine zukunftsfähige Perspektive. Welche Strategie für welchen Standort richtig ist und wie die Belange der Menschen mit Behinderung Berücksichtigung finden, muss vor Ort entschieden werden. Auch im Bereich der Geburtshilfe sind neue Wege notwendig. Die durch Schließung einzelner Standorte entstehenden Veränderungen müssen durch Hebammennetzwerke, Boarding-Angebote oder Mobilitätskonzepte (ggf. Hubschraubereinsätze) an gut geeigneten Klinikstandorten aufgefangen werden. Für andere Bereiche der Daseinsvorsorge müssen vergleichbare Mindeststandards allerdings noch geschaffen werden. Sogenannte Mittelzentren könnten für eine höherwertige Chancengerechtigkeits-Infrastruktur eine besondere Rolle spielen: Die Bündelung von Angeboten, z. B. Krankenhäusern, Familienzentren und Kulturknotenpunkten, sichert Synergien, schafft Attraktivität und erleichtert die Anbindung insbesondere mit dem ÖPNV.

Darüber hinaus kann eine Flexibilisierung von Standards z. B. durch Abbau rechtlicher Hürden die Organisation der Daseinsvorsorge für Gemeinden und andere Träger erleichtern. Denn Flexibilisierung kann Anreiz zur Entwicklung und Einführung neuer Angebotsformen sein und mehr Innovationen würden generiert. Für welche Bereiche der Daseinsvorsorge eine Flexibilisierung von Standards und Mindeststandards dringlich ist, wird die Landesregierung allerdings nicht alleine beantworten können. Es bedarf z. B. einer gemeinsamen Auseinandersetzung mit demografisch bedingten Anpassungen technischer Infrastrukturen, z. B. müssen Gemeinden bei der Erneuerung ihrer Klärwerke intelligente Technologien einsetzen, die es ermöglichen, auch deutlich geringere Abwassermengen zu behandeln. Hier müssen wir prüfen, ob wir nicht flexibler werden und mehr Eigenverantwortung vor Ort zulassen können, ohne das Ziel einer sicheren und umweltverträglichen Wasserver- und Abwasserentsorgung aus den Augen zu verlieren. Nötig ist ein offener Austausch zwischen verantwortlichen Ressorts, kommunalen Spitzenverbänden und Trägern der Daseinsvorsorge. Die Abgrenzung von Teilräumen bzw. die Schaffung neuer Raumkategorien für abweichende Standards, wie teilweise in anderen Ländern praktiziert oder versucht, ist für uns keine realistische Option. Ebenso ist eine weitgehende Barrierefreiheit in allen Bereichen des öffentlichen Lebens weiterhin unser Ziel. Es bleibt jedoch die Frage, ob die Flexibilität auch zu einem gewissen Aufweichen oder Absenken von Standards führen darf oder ob Sicherheit und qualitativ hochwertige Versorgung der Menschen in der Stadt und auf dem Land weiterhin die zentrale Prämisse bleiben muss, wenn es z. B. um die Hilfsfristen bei der Feuerwehr geht.

Vor diesem Hintergrund ergeben sich folgende Leitfragen:

- Für welche Bereiche der Daseinsvorsorge sind Mindeststandards zur Sicherung einer ausreichenden Versorgung in der Fläche notwendig und aus der Kostenperspektive auch realistisch?
- Nach welchen Kriterien erfolgt die Verortung der Infrastruktur und welche Entfernungen können für welche Angebote als zumutbar bezeichnet werden?
- Für welche Standards der Daseinsvorsorge ist eine Flexibilisierung sinnvoll und wie lässt sie sich realisieren?

4. AKTEURE VERNETZEN – INNOVATIONS- UND ERFAHRUNGSTRANSFER FÖRDERN

Zahlreiche Modellvorhaben, Wettbewerbe, internationale Vergleichsstudien und Umsetzungsprojekte haben eine Fülle an interessanten Beispielen innovativer Anpassungslösungen und Organisationsformen generiert, wie auf die Herausforderungen des demografischen Wandels in den verschiedenen Bereichen der Daseinsvorsorge teilraumspezifisch geantwortet werden kann. Für einen erfolgreichen Praxistransfer müssen wir die Beispiele, die sich für eine Anwendung in Schleswig-Holstein eignen, im Land stärker bekannt machen. Deshalb wollen wir zusammen mit unseren strategischen Partnern – den Industrie- und Handelskammern und kommunalen Spitzenverbänden – ein Netzwerk Demografie SH einrichten. Interessierte Akteure von Seiten der Kommunen, der Träger der Daseinsvorsorge, der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft

sollen im Land stärker vernetzt werden. „Voneinander lernen – voneinander profitieren" heißt hier das Motto. Außerdem will das Netzwerk mit Rat und Tat Praxispartnern zur Seite stehen, um den Erfahrungstransfer zwischen den Akteuren zu unterstützen, über innovative Projekte und Lösungsansätze zu informieren und die konkrete Erarbeitung von Konzepten und Strategien sowie die Umsetzung von Projekten zu fördern. Das Netzwerk soll auch die Plattform sein, um die oben aufgezeigten Fragestellungen zu Mindeststandards und der Flexibilisierung von Standards gemeinsam weiterzuerörtern. Schließlich bleibt die Frage, welche weiteren Akteure sich wirkungsvoll in das Netzwerk einbringen wollen und können.

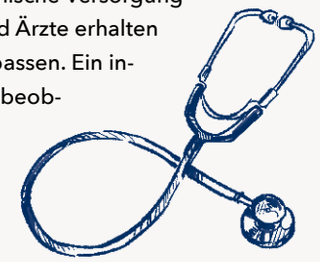
FOLGEABSCHÄTZUNG DER STRATEGISCHEN LEITLINIE

Demografische und teilräumliche Entwicklungen sowie gesellschaftliche Bewusstseinsänderungen (z. B. der Wunsch nach inklusiven Strukturen) zwingen die öffentliche Hand, Wohlfahrtsverbände und andere private Anbieter von Dienstleistungen, Bauträger und Investoren dazu, ihre Angebote den gewandelten Nachfragestrukturen anzupassen und am Bedarf der Teilräume auszurichten. Dies gilt für wachsende ebenso wie für schrumpfende Regionen. Für die entsprechenden Auswirkungen auf Infrastruktur und Wirtschaft, Bildung, den Gesundheits- und Pflegebereich, Tourismus, Kultur und Freizeit müssen schon heute Lösungen gefunden werden.

Der Veränderungsdruck muss dabei nicht automatisch zu einer Verschlechterung der Angebote führen. Wenn wir den regionalen Strukturwandel aktiv als Gestaltungschance wahrnehmen, können Angebote und Dienstleistungen durch regional zugeschnittene Anpassungslösungen nachfragegerechter und möglicherweise sogar zu niedrigeren Kosten zur Verfügung gestellt werden. Schrumpfende Regionen könnten so negative Entwicklungen auffangen. Und: Die Attraktivität einer Region hängt maßgeblich auch davon ab, ob man attraktive und zukunftssichere Arbeitsplätze finden kann. Eine differenzierte Raumbetrachtung auf Basis regionaler Anpassungs- und Entwicklungsstrategien, Mindeststandards und die Öffnung von Standards tragen zu einer ausgewogenen Raumentwicklung bei. Voraussetzung dafür ist ein abgestimmtes, kooperatives Handeln der regionalen Akteure. Wenn dies gelingt, können wir auch die zahlreichen Herausforderungen des demografischen Wandels meistern.

Neue Rezepte gegen Ärztemangel

Kein Arzt mehr vor Ort? Gerade im ländlichen Raum wird das für viele Kommunen zu einem immer größeren Problem. Die altgedienten Ärzte gehen in den Ruhestand, Nachfolger für die Praxen sind nicht in Sicht. Die jungen Mediziner scheuen das finanzielle Risiko, den hohen bürokratischen Aufwand und die langfristige Bindung an einen Ort. Wie es anders geht, zeigt die Gemeinde Büsum. Seit 2015 gibt es hier ein kommunales Hausarztzentrum. Die Besonderheit: Alle Ärzte sind Angestellte der Gemeinde. So kann Büsum die medizinische Versorgung sicherstellen und die vorwiegend jungen Ärztinnen und Ärzte erhalten die Arbeitsbedingungen, die zu ihrer Lebensplanung passen. Ein innovatives Modellprojekt, das bundesweit aufmerksam beobachtet wird und zeigt, dass in Zeiten von Regionen im Wandel flexible Anpassungsmöglichkeiten entlang der Erfordernisse neue Chancen ermöglichen.



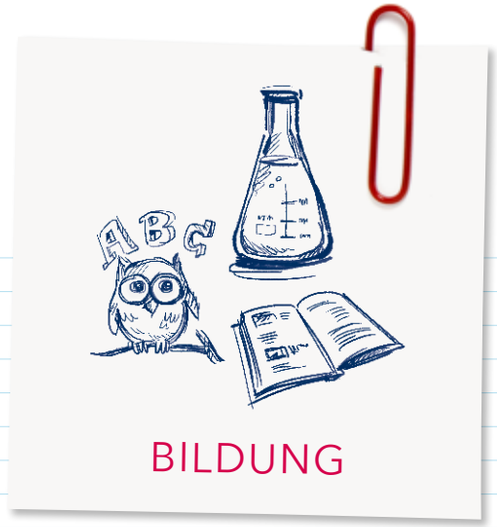
Erfolgreiche und innovative Zusammenarbeit auf Augenhöhe

2012 wagten die Städte Rendsburg und Büdelsdorf sowie elf Umlandgemeinden den entscheidenden Schritt. Sie gründeten die Entwicklungsagentur für den Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg. Der Auftrag ist klar definiert: Die interkommunale Kooperation weiter stärken – und das in einem rechtlich verbindlichen Rahmen. Zu den Kernthemen zählen die gewerbliche und wohnbauliche Flächenentwicklung sowie Verkehr und Einzelhandel. Außerdem verantwortet die Entwicklungsagentur einen bundesweit bisher einmaligen gemeinsamen Strukturfond, aus dem vorwiegend Infrastrukturprojekte in der Region gefördert werden.

Ein Beispiel das Schule macht. Mit teilweise identischen Zielsetzungen und Kooperationsthemen wurde 2013 die Entwicklungsagentur der Region Heide gegründet, die mittlerweile auch eng mit der Agentur in Rendsburg kooperiert. Denken ohne Grenzen, regionale Identität fördern, soziale Infrastruktur sichern und ausbauen – die beiden Beispiele zeigen: Die Zeiten der Einzelkämpfer sind endgültig vorbei, wenn es um die Sicherung der Daseinsvorsorge, Wohnungs- und Gewerbestandorte und Integration geht. Nur in der engen Kooperation liegt die Zukunft der Regionen.



BILDUNG – QUALITÄT STÄRKEN UND ZUGÄNGE AUSBAUEN



Einordnung und Bedeutung der strategischen Leitlinie

Gute Bildung ist ein Wert für sich und dient der persönlichen wie auch der gesellschaftlichen Entwicklung in unserem Land. Der Strukturwandel von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft wird uns zudem in den kommenden Jahrzehnten weiter beschäftigen. Bereits seit Jahren steigt die Bedeutung von Wissen bei der Wertschöpfung deutlich an und wird darüber hinaus für Qualifikationen und damit für den Zugang zu Beschäftigung zunehmend wichtig. Erzeugung, Bereitstellung, Organisation, Austausch und Nutzung von Wissen nehmen dadurch einen immer höheren Stellenwert in der Gesellschaft ein und gewinnen gegenüber Kapital und Rohstoffen weiter an Bedeutung. Wissen und Wissensbeschaffung sowie der Umgang mit Informationen werden ferner zur Voraussetzung für alle Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein, um sich entfalten und persönlich weiterentwickeln zu können. Auch die informellen und nonformalen Bildungsprozesse im Bereich der Jugendarbeit/Jugendbildung sollen eine größere Beachtung finden. Sie stärken die sozialen Kompetenzen junger Menschen.

Der Wandel zur Wissensgesellschaft sowie Innovationsfähigkeit sind daher auch für Schleswig-Holstein entscheidend. Voraussetzung für einen erfolgreichen Wandel zur Wissensgesellschaft ist eine Bildungslandschaft, die allen den Zugang zu den bestmöglichen Abschlüssen ermöglicht, in der Lage ist, eine hohe Qualität an Bildung zu vermitteln, und sich an den Anforderungen der kommenden Entwicklungen, insbesondere der Digitalisierung, ausrichtet. Dies ist das Ziel der strategischen Leitlinie „Bildung – Qualität stärken und Zugänge ausbauen".

POLITISCHE HANDLUNGSFELDER

Im Rahmen dieser strategischen Leitlinie werden folgende politische Initiativen und Schwerpunkte gesetzt:

1. HOHE SCHULQUALITÄT AUFRECHTERHALTEN UND LEBENSRAUM SCHULE SCHAFFEN

Die Ausgangslage, um den Strukturwandel zur Wissensgesellschaft zu schaffen, ist in Schleswig-Holstein gut. Das Land verfügt über eine solide Bildungsinfrastruktur, eine differenzierte Wissenschafts- und Forschungslandschaft sowie ein dichtes Netzwerk an Akteuren des Wissens- und Technologietransfers. Wesentliche Entscheidungen über das Bildungssystem im Land sind zudem mit der Schaffung moderner Strukturen, dem Ausbau von Ganztagsschulen, inklusiven Bildungsangeboten und -einrichtungen und dem Grundsatz des individuellen Lernens getroffen. Auch die Ausgaben für Bildung sind von 2,5 Milliarden Euro im Jahr 2005 auf 3 Milliarden Euro im Haushalt 2015 gestiegen; im Vergleich der Bundesländer besteht hier trotzdem noch Nachholbedarf. Da Schleswig-Holstein als Konsolidierungsland seine Bildungsausgaben nicht beliebig erhöhen kann, muss mit einer Erhöhung der Bildungsausgaben auch immer eine größtmögliche Bildungswirkung erzielt werden. Zudem gibt es noch weitere Bereiche mit Verbesserungspotenzialen. Die dabei bereits eingeschlagenen Wege müssen weiterverfolgt werden: So sind wir erst auf dem Weg zu einer 100-prozentigen Unterrichtsversorgung.

Die Landesregierung sieht in diesem Zusammenhang weitere Maßnahmen in folgenden Handlungsfeldern vor: Weitere Verbesserung der Unterrichtsversorgung, stetige Anpassung und Verbesserung der organisatorischen Maßnahmen gegen Unterrichtsausfall durch die Schulen und verstärktes Engagement beim Thema Lehrergesundheit. In den Bereichen Qualität, Ganztagsschule, digitale Bildung, Multiprofessionalität und Inklusion ist noch viel zu tun. Die Gestaltung der Übergänge von der Schule in den Beruf wollen wir verbessern. Zu viele Jugendliche verlassen die Schule ohne berufsqualifizierenden Schulabschluss oder beginnen ihre berufliche Laufbahn in Übergangsmaßnahmen.

Schleswig-Holstein hat durch das neue Schulgesetz eine gute, zukunftsfähige Schulstruktur. Schwerpunkt der Bildungspolitik bleibt weiter die Verbesserung der Qualität. Dazu gehört auch die Schaffung kommunaler Bildungslandschaften, die einerseits die Erfordernisse einer Wissensgesellschaft berücksichtigen, aber andererseits auch flexibel im Hinblick auf lokale Voraussetzungen sind, vor allem im Vergleich von Stadt und Land. Ziel ist, Kitas, Schulen, Hochschulen, kommunale Kultur-, Kinder-, Jugend- und Bildungsangebote sowie Institutionen und Vereine stärker miteinander zu vernetzen und Synergien zu erzeugen. Die Transferagentur Nord-Ost der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung unterstützt diesen Vernetzungsgedanken. Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Projekt begleitet Kreise und kreisfreie Städte auf dem Weg zu einem datenbasierten kommunalen Bildungsmanagement.

Eine besondere Bedeutung hat hierbei auch die Gestaltung der Übergänge. So soll ein eigener Lebensraum Schule entstehen, der eine qualitativ hochwertige und umfassende Bildung ermöglicht und darüber hinaus Raum für neue Ideen und Ansätze schafft. Dafür muss sich der Lernort Schule insgesamt durch andere Unterrichtsformen, Raumgestaltung und Ausstattung weiterentwickeln und sich insbesondere den technischen Möglichkeiten der Digitalisierung anpassen. Wir müssen die Bausteine guter Bildung gemeinsam denken und stellen dafür eine konzeptionelle Unterstützung und Beratung von Schulen vor Ort sicher, ermöglichen ähnliche Verhältnisse und Kooperationen im ganzen Land und etablieren Standards in Schulen, die einem Fokus auf Qualität gerecht werden.

Um solche Lebensräume zu schaffen, müssen wir die unterschiedlichen Voraussetzungen von Stadt und Land mitdenken, um im ganzen Land gute und hochwertige Schulangebote zu sichern. Die Schulstruktur wird nicht verändert, gleichwohl werden gemeinsam mit den Schulträgern im ländlichen Raum die Gestaltungsräume genutzt. Beispielsweise kann dies bedeuten, dass Schulen eine organisatorische Verbindung eingehen und damit zukunftsfähige stabile Schulstandorte ermöglicht werden oder dass kleine Schulen und Außenstellen durch gute Konzepte erhalten bleiben.

Leitfragen sind dabei:

- Wie können wir an kleinen Schulstandorten eine hohe Unterrichtsqualität sicherstellen?
- Welchen Beitrag können Zivilgesellschaft, Kommunen und Landesregierung zur Steigerung der Schulqualität und Entwicklung des Lebensraums Schule konkret gemeinsam leisten?
- Wie können wir eine stärkere Vernetzung von Kitas, Schulen, Hochschulen, Vereinen sowie kommunalen Kultur-, Kinder-, Jugend- und Bildungsangeboten zielgerichtet umsetzen?

2. ANGEBOT VON GANZTAGSSCHULEN FLÄCHENDECKEND AUSBAUEN

Vor dem Hintergrund eines Lebensraums Schule nimmt das Konzept der Ganztagsschule eine bedeutende Rolle ein. Denn durch die demografischenen Entwicklungen sowie einen gesellschaftlichen Wertewandel nimmt der Bedarf an Ganztagsangeboten im ganzen Land zu. Im städtischen Bereich wächst durch sich verändernde Lebensgemeinschaften und -modelle, z. B. Berufstätigkeit beider Partner, Alleinerziehende, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Notwendigkeit, Kinder und Jugendliche ganztägig gut versorgt zu wissen. Außerdem ermöglichen Ganztagsangebote, die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler zu verstärken. Im ländlichen Raum sind gute Betreuungsinfrastrukturen Teil der schleswig-holstein-spezifischen Lebensqualität und dienen ihrem Erhalt.

3. LERNEN IN DER DIGITALEN WELT

Alle Schülerinnen und Schüler müssen Zugang zu digitalen Medien haben und Kompetenzen im Umgang mit digitalen Instrumenten entwickeln. Entsprechende Fähigkeiten werden in einer zunehmend digitalisierten Welt unabdingbar. Denn die rasante Digitalisierung von Wirtschaft, Gesellschaft und öffentlichen Dienstleistungen setzt Medienkompetenz und Aufklärung voraus, um sich souverän in dieser Welt bewegen zu können und mit Blick auf neue Berufe und Innovationen entsprechende Qualifikationen zu erlangen. Das Lernen mit digitalen Medien eröffnet aber auch neue Lernwege und -methoden. Sie fördern das individuelle Lernen und optimieren damit den Lernerfolg auch in den klassischen Unterrichtsfächern und -inhalten in Ergänzung zu den üblichen Lernformen.

Wir sollten die Chancen des digitalen Wandels nutzen und digitale Bildung fördern, indem wir insbesondere das „Lernen mit digitalen Medien“ an den Schulen verstärken. Dafür braucht es neben einer digitalen Infrastruktur – Ziel ist es, jede Schule an das Glasfasernetz anzuschließen – auch neue Konzepte, wie wir die Digitalisierung in den Schulalltag integrieren können. Neben Strukturen und Konzepten müssen wir auch die Frage thematisieren, wie ein solches Angebot bei den finanziellen Beschränkungen des Landes realisierbar ist und welche Rolle die Wirtschaft dabei spielen kann.

Vor diesem Hintergrund gilt es folgende Leitfragen zu diskutieren:

- Welche digitalen Kompetenzen sollen Schülerinnen und Schüler erwerben?
- Welche Rolle können digitale Medien im Unterricht spielen?
- Sollten wir ein einforderbares Recht auf digitale Bildung festlegen und wie kann ein solches Angebot finanzierbar sein?



4. BERUFLICHE BILDUNG STÄRKEN UND ÜBERGANG ZWISCHEN SCHULE UND BERUF VEREINFACHEN

Mit einem Fokus auf die Qualität der Bildungslandschaft und einer stärkeren Konzentration auf die tatsächlichen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler können wir auch die Quote erfolgreicher Schulabschlüsse und damit die individuellen Erfolgschancen von Jugendlichen erhöhen. Neben der Stärkung der Schulen ist in diesem Zusammenhang auch eine intensive Vorbereitung des Übergangs von Schule zu Beruf notwendig.

Im Bereich der schulischen Berufsorientierung unterstützen verschiedene Programme am Übergang von der Schule in den Beruf die Schülerinnen und Schüler. Die Landesregierung unterstützt aktuell sechs Kommunen finanziell bei der Einrichtung einer Jugendberufsagentur (JBA), die alle Beratungsangebote der verschiedenen Träger und Rechtskreise unter einem Dach vereint und jungen Leuten eine leicht zu erreichende und für jede individuelle Situation offene Anlaufstelle bietet. Ziel muss ein flächendeckender Ausbau dieser Einrichtungen sein, damit alle jungen Menschen optimal gefördert werden.

In einem Flächenland wie Schleswig-Holstein muss die Fachkräftesicherung zielorientiert über eine hohe Ausbildungsqualität und ein breites Ausbildungsangebot erfolgen. Dazu sollte es in jeder Region zumindest eine Grundausstattung für die regional bedeutsamen Berufe und Branchen vorhalten. Ergänzend dazu sind der Ausbau regionaler Stärken durch Kooperationen zwischen den Schulstandorten sowie die Einrichtung regionaler Kompetenzstandorte notwendig. Dafür muss trotz der Konzentration des beruflichen Ausbildungs- und Bildungsangebots die Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit in den beruflichen Bildungssystemen der einzelnen Standorte erhalten bleiben. Überbetriebliche Berufsbildungsstätten und die überbetriebliche Lehrlingsüberweisung bilden auch in Schleswig-Holstein eine sinnvolle Ergänzung und sollen gefördert werden. Grundlegende und weiterführende berufliche Schulformen vervollständigen dann das Angebot einer berufsbildenden Schule, so dass den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Anforderungen an Ausbildungsreife, Studierfähigkeit und Fachkräftequalifizierung junger Menschen vollständig Rechnung getragen werden kann. Es gilt, allen Jugendlichen – mit und ohne Behinderung – eine Ausbildung zu ermöglichen. Hier müssen Politik, Sozialpartner, Wirtschaft und die weiteren Akteure Möglichkeiten finden, wie wir dieses Ziel erreichen können, beispielsweise durch die Verankerung eines Anspruchs auf berufliche Ausbildung. Insbesondere jungen Menschen mit Behinderung müssen Wege angeboten werden, die ihnen eine Teilhabe am Arbeitsleben verstärkt außerhalb geschützter Einrichtungen eröffnen – soweit möglich in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen.

Zur Bekämpfung des Fachkräftemangels gilt es, die Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und akademischer Bildung weiter zu erhöhen. Sowohl denjenigen, die im Anschluss oder im Laufe ihrer beruflichen Ausbildung weitere Bildungsambitionen haben, als auch denjenigen, die sich zunächst für ein Studium entschieden haben und sich umorientieren möchten, müssen attraktive Angebote offenstehen. Dazu ist die enge Kooperation der Einrichtungen im beruflichen und akademischen Bildungsbereich auszubauen.

Vor diesem Hintergrund stellen sich folgende Leitfragen:



- Wie können wir die Schulen und Einrichtungen im beruflichen Bereich vernetzen, um flächendeckend und regionalspezifisch eine hohe Ausbildungsqualität und ein breites Ausbildungsangebot sicherzustellen?
- Wie stellen wir sicher, dass möglichst jede/-r Jugendliche ein passendes Ausbildungs- oder Anschlussangebot bekommt?
- Wie stärken wir die Entwicklung zum individuellen Lernen und die Durchlässigkeit der Bildungswege sowie die Verknüpfung von beruflicher Ausbildung und Studium?
- Wie können wir die Attraktivität der dualen Ausbildung sichern?

5. LEBENSLANGES LERNEN UND WEITERBILDUNG

Der demografische Wandel, der schnelle Übergang zur Wissensgesellschaft und die Sicherung des Fachkräftepotenzials sind auch für Schleswig-Holstein Herausforderungen, die ein neues Konzept der Aus- und Weiterbildung erfordern. Zum Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Standortes und der Fachkräfte durch Vertiefung von Wissen, Qualifikationen und Kompetenzen bedarf es einer stetigen Weiterbildung.

6. INKLUSION WEITERENTWICKELN

Inklusive Bildung sollte bereits im frühkindlichen Bereich anfangen. An einigen Standorten in Schleswig-Holstein wird derzeit in einem ersten Schritt modellhaft die „inklusive Kita“ erprobt. Inklusion ist seit 2007 im Schulgesetz verankert und soll bis 2030 zum guten Standard aller Schulen werden. In inklusiven Schulen werden der Unterricht und dessen Organisation auf eine Schülerschaft in der ganzen Bandbreite ihrer Heterogenität ausgerichtet. Diese Heterogenität bezieht sich nicht nur auf Behinderung oder sonderpädagogischen Förderbedarf. Sie steht generell für Vielfalt und schließt beispielsweise die Talente und (Hoch-)Begabungen ebenso ein wie den Migrationshintergrund oder unterschiedliche soziale Ausgangslagen. Inklusion gilt selbstverständlich nicht nur für Schülerinnen und Schüler, sondern auch für die Lehrkräfte. Dementsprechend haben wir die Lehrkräfteausbildung verändert. Das Konzept der inklusiven Schule wird

auch auf die beruflichen Schulen und die Hochschulen ausgedehnt werden müssen. Hierzu bedarf es einer Anpassung und Weiterentwicklung bestehender Konzepte. Zur Unterstützung der Umsetzung von Inklusion setzen wir uns dafür ein, dass auch der Bund seine Verantwortung übernimmt und das verfassungsrechtliche Kooperationsverbot im Bildungsbereich abgeschafft wird.

Vor diesem Hintergrund ergeben sich folgende Leitfragen:



- Wie müssen sich unsere Schulen verändern, um immer inklusiver zu werden, und was benötigen sie dafür?
- Welche Rolle haben die einzelnen Akteure der inklusiven Schule und wie wird die multiprofessionelle Zusammenarbeit gestaltet?

7. HOCHSCHULE, WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG – MARKENZEICHEN UND INNOVATIONSANTRIEB FÜR SCHLESWIG-HOLSTEIN

Die Hochschulen sind ein zentraler Pfeiler in der schleswig-holsteinischen Bildungslandschaft. Neben einer guten Forschung und Lehre geben sie Impulse für andere Bildungseinrichtungen und unterstützen sie bei der Weiterentwicklung durch neue Inhalte, Ausbildung von gutem Personal und Modellen für die Organisationsentwicklung. Weiterhin sind sie der Motor des Fortschrittes für unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft.

Wesentlicher Teil der Wissenschaftspolitik der Landesregierung ist die Schaffung und der Erhalt einer soliden finanziellen Basis sowie Planungssicherheit für die Universitäten und Fachhochschulen in Schleswig-Holstein. Für die Sicherung und den Ausbau des Wissenschaftsstandortes Schleswig-Holstein setzt die Landesregierung auf eine Verstärkung der Kooperation der schleswig-holsteinischen Hochschulen, um durch gemeinsame Projekte eine hohe Qualität zu erhalten und auszubauen. Auch Kooperationen der Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Land und über Landesgrenzen hinweg gehören hierzu, um gemeinsame Interessen zu wahren, Stärken zu nutzen und auf internationaler Ebene eine angemessene und in ausgewählten Exzellenzbereichen eine herausragende Rolle zu spielen.

Ein zentraler Punkt für die Hochschulen der Zukunft ist auch hier die Digitalisierung. Wir werden den Aufbau digitaler Strukturen und Abläufe sowie digitaler Lernangebote in Ergänzung zu den bewährten Lehr- und Lernformen fördern. Als Weg in die digitale Zukunft hat Schleswig-Holstein als erstes Bundesland eine Open-Access-Strategie entwickelt, mit dem Ziel, den Forscherinnen und Forschern sowie den Bürgerinnen und Bürgern Wissen kostenlos online zur Verfügung zu stellen. Mit diesen Schritten machen wir uns auf den Weg zu einer digitalen Hochschulstrategie „Hochschule 2.0“.

Die Landesregierung legt großen Wert auf die Forschung und Lehre sowohl in der Breite als auch in der Exzellenz. Wir setzen uns deshalb für die Verbesserung der Studienbedingungen, der Durchlässigkeit und der Studierbarkeit ein. Gleichzeitig wollen wir mehr Exzellenz fördern und setzen uns für die Vielfalt der Exzellenzinitiative auf Bundesebene ein. Diesen Weg gehen wir weiterhin in engem Dialog mit den Hochschulen – für die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit unserer Hochschulen und unseres Landes.

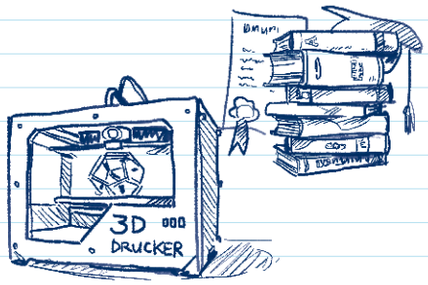
Auch hier gilt, dass Schleswig-Holstein als Konsolidierungsland seine Ausgaben für Hochschulen nicht beliebig erhöhen kann und daher eine Erhöhung dieser Ausgaben immer auf eine größtmögliche Wirkung für Hochschulen und Wissenschaft abzielen muss.

FOLGEABSCHÄTZUNG DER STRATEGISCHEN LEITLINIE



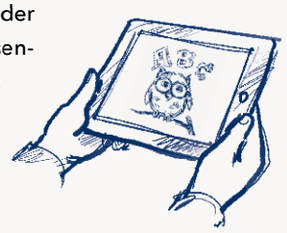
Der schon länger anhaltende Trend zur Wissensgesellschaft wird sich weiter fortsetzen. In der Arbeitswelt von morgen werden zunehmend anspruchsvollere Technologien eingesetzt, Wertschöpfung und Arbeitsplätze verlagern sich in Dienstleistungsbereiche. Aus diesen Veränderungen ergeben sich neue Anforderungen an gut ausgebildete Arbeitskräfte. Neben fachlichen Qualifikationen werden auch soziale und persönliche Kompetenzen wie Problemlösungsorientierung, Kreativität, Kommunikationsstärke und Empathie nachgefragt. Kompetenzen, die vor allem in einem gesunden sozialen Umfeld und einer umfassenden schulischen Bildung entstehen und sich entwickeln.

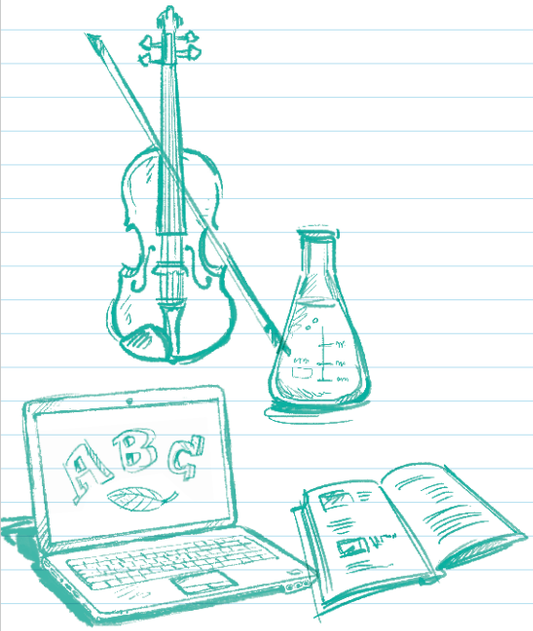
Wenn wir unser Bildungssystem im Hinblick auf die künftigen Anforderungen ausrichten und mit dem Fokus auf Qualität die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die kommenden Generationen gut vorbereitet sind, werden wir einen wesentlichen Beitrag für die Zukunftsfähigkeit Schleswig-Holsteins leisten und jedem Einzelnen Chancen eröffnen, sich persönlich zu entwickeln und zu entfalten.



Lernen mit digitalen Medien

An der Hermann-Löns-Schule in Ellerbek wird nicht mehr mit Kreide geschrieben. Schulleiterin Thorina Nielsen ist sehr stolz darauf, dass ihre Schule im digitalen Zeitalter angekommen ist. Die Grundschule gehört zu den 20 digitalen Modellschulen in Schleswig-Holstein, die für ihre innovativen Konzepte im Umgang mit digitalen Medien im Unterricht im Rahmen eines Wettbewerbs des Bildungsministeriums ausgezeichnet wurden. Statt Tafeln gibt es an der Hermann-Löns-Schule interaktive Whiteboards in den Klassenzimmern und die Schülerinnen und Schüler arbeiten mit 80 Netbooks. Dabei ist der Schule der pädagogische Ansatz für das Lernen mit den digitalen Medien besonders wichtig. Das hat auch die Eltern überzeugt, die, so Schulleiterin Nielsen, „voll hinter unserem Projekt stehen".







Kleine Grundschule auf dem Land

Uschi Grimmiger ist kommissarische Schulleiterin der Fief-Dörper-School Süderhastedt/Hochdonn. Eine kleine Grundschule auf dem Land mit zwei Standorten. In Süderhastedt werden 90 Kinder unterrichtet und in Hochdonn 39 Schülerinnen und Schüler in den jahrgangsübergreifenden Klassen 1/2 und 3/4. Weil alle Beteiligten – die Schulträger, die Eltern, die Lehrkräfte und das Bildungsministerium – sich geeinigt haben, konnten beide Schulstandorte erhalten und weite Wege für Kinder vermieden werden. Heute arbeiten Lehrkräfte, eine Schulsozialarbeiterin, eine schulische Assistenz, Förderschullehrkräfte, eine 450-Euro-Kraft, eine 1-Euro-Kraft sowie die Schulsekretärin und der Hausmeister zusammen. Im Team organisieren sie an beiden Standorten gemeinsame Schulveranstaltungen wie beispielsweise Projekttage, Sportfeste, Lesewettbewerbe oder Weihnachtsfeiern.

Manchmal kann größer aber auch ein wirklicher Mehrwert sein. Das zeigt das Beispiel Süderbrarup. Bis 2017 entsteht hier ein moderner Bildungscampus für rund 300 Kinder. Der Grund für die Zusammenlegung: stark sinkende Schülerzahlen als Folge des demographischen Wandels. Damit künftige Schülergenerationen darunter nicht leiden, hat sich die Gemeinde – unterstützt vom Land Schleswig-Holstein – zu diesem beherzten Schritt entschlossen. Peter Clausen, vom Amt Süderbrarup: „Ziel ist es, eine ausreichend frequentierte Schule zu schaffen und einen qualitativ hochwertigen Unterricht zu sichern."





WIRTSCHAFT – WIRTSCHAFTLICHE BASIS STÄRKEN, NEUE FELDER PROFILIEREN



Einordnung und Bedeutung der strategischen Leitlinie

Technologischer Fortschritt, eine anhaltende Globalisierung und eine umfassende Digitalisierung kennzeichnen auch in Schleswig-Holstein den Strukturwandel von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft. Diese Entwicklungen werden auch in der Wirtschaft unseres Landes in den nächsten beiden Jahrzehnten deutliche Veränderungen nach sich ziehen. Die wirtschaftlichen Grundlagen und Potenziale Schleswig-Holsteins sind bereits heute vielfältig. Schleswig-Holstein verfügt über starke traditionelle Branchen wie Tourismus, Logistik, Maschinenbau, Ernährungswirtschaft, Gesundheitswirtschaft sowie Landwirtschaft, aber auch über vielversprechende Zukunftsfelder wie Erneuerbare Energien, E-Mobilität, Informations- und Kommunikationstechnik oder maritime Wirtschaft. Die klein- und mittelständisch geprägte Unternehmensstruktur ist darüber hinaus relativ wenig konjunkturanfällig und innovativ.

Beide Bereiche sind für den Erfolg des Landes gleichermaßen von Bedeutung und bedürfen nicht nur Investitionen, sondern auch einer Verständigung darüber, wie bestimmte Branchen mit begrenztem Wachstumspotenzial effektiv gestützt und Branchen, die klein sind, aber großes Potenzial haben, ausgebaut werden können. Darüber hinaus ist in beiden Bereichen eine stärkere Kohärenz von Forschung, Entwicklung und Umsetzung notwendig. Mit der strategischen Leitlinie „Wirtschaft – Wirtschaftliche Basis stärken, neue Felder profilieren" schafft die Landesregierung die Voraussetzungen dafür.

POLITISCHE HANDLUNGSFELDER

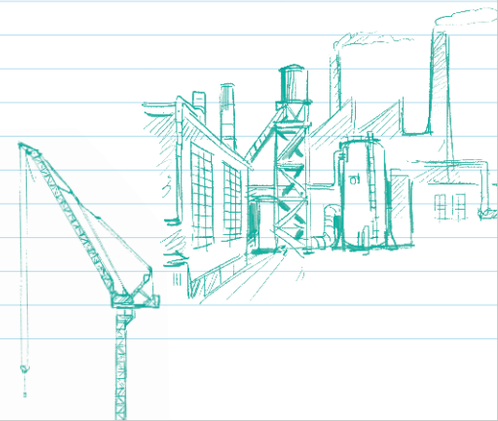
Diese strategische Leitlinie setzt auf folgende politische Initiativen und Schwerpunkte:

1. WIRTSCHAFTLICHE BASIS STÄRKEN UND WEITERENTWICKELN

Die Anforderungen und Möglichkeiten der globalen Wirtschaft werden in den kommenden zwei Jahrzehnten vielfältiger. Mit steigenden technologischen Möglichkeiten entwickeln sich neue Branchen und Wachstumsmöglichkeiten für die Wirtschaft Schleswig-Holsteins. Im „echten Norden" muss deshalb dafür Sorge getragen werden, dass Industrie und Dienstleister, Handwerk, bestehende Unternehmen, Neuansiedlungen und Gründungen beste Entwicklungsbedingungen vorfinden.

Ziel ist eine robuste Wirtschaft mit einem qualitativen und nachhaltigen Wirtschaftswachstum sowie guten Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten. Dies erreicht Schleswig-Holstein nur, wenn es auch weiter auf seine traditionellen Branchen setzt und diese weiterentwickelt. Logistik, Maschinen- und Schiffbau, chemische und pharmazeutische Industrie, Ernährungswirtschaft, Tourismus und Landwirtschaft sind die Branchen, in denen Schleswig-Holstein heute stark ist und die das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden. Allerdings werden der zunehmende internationale Wettbewerb, die rapide Digitalisierung, wachsender Fachkräftebedarf sowie die steigenden Anforderungen an Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz in den kommenden Jahren diese Branchen vor große Herausforderungen stellen. Ein Ansatz, dem sektoral und regional veränderten Fachkräftebedarf zu begegnen, ist die verstärkte Einbeziehung von bisher arbeitsmarktfernen Menschen. So ist es unser kurz- bis mittelfristiges Ziel, die Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderung – auch jenen mit größerem Unterstützungsbedarf – auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu erhöhen.

Grundlegendes Ziel ist daher die Schaffung der Basisinfrastruktur für die Digitalisierung der Wirtschaft und für Innovationen und Wachstum. Der Ausbau einer leistungsfähigen Breitbandverbindung ist bereits im Gange. Neue Ansätze für eine innovationsorientierte Förderpolitik, Steigerung von Energieeffizienz und die Bereitstellung von Flächen, Infrastrukturen und Fachkräften sind weiter auszuformulieren und umzusetzen. Ebenso müssen wir den Aufbau und die Förderung von Innovationen in diesen Branchen durch eine gezielte Förderpolitik forcieren und einen gut funktionierenden Wissens- und Technologietransfer weiter gestalten und verbessern. Darüber hinaus erarbeiten wir weitere Ansatzpunkte, wie wir die einzelnen bestehenden Branchen unterstützen und fördern können. Vor dem Hintergrund der begrenzt verfügbaren finanziellen Mittel müssen die größtmögliche Wirkung und die Nachhaltigkeit einer gezielten Förderung sichergestellt werden. Einen Förderwettbewerb mit anderen Regionen kann und will Schleswig-Holstein sich nicht leisten.



Für Schleswig-Holstein ist die Kreativwirtschaft ein Wirtschaftsfaktor und ein wichtiger Teil einer zukunftsweisenden, wissensorientierten Gesellschaft. Die Kreativwirtschaft hat das Potenzial, wertvolle innovative Anstöße für die Gesamtwirtschaft zu liefern. Die Wahrnehmung der Kreativen und ihres Innovationspotenzials in Schleswig-Holstein wollen wir verbessern. Ein Ansatz ist die Verbindung von IT- und Designwirtschaft in einem Clustermanagement. Das schafft Möglichkeiten für Synergien und Cross Innovation.

Ein vitaler Industriesektor ist die Basis einer starken Volkswirtschaft. Er ist Treiber von Innovationen mit in der Regel gut dotierten, attraktiven Arbeitsplätzen. Allerdings bedarf die Industrie einer aktiven Unterstützung, um die vorhandenen Potenziale für Wertschöpfung, Wachstum und gute Arbeit am Standort Schleswig-Holstein zu erschließen. Zusammen mit Unternehmen, Kammern, Verbänden und Gewerkschaften hat die Landesregierung die Industriepolitik mit dem Bündnis für Industrie.SH auf eine neue strategische und organisatorische Grundlage gestellt.

Für uns stellen sich folgende Leitfragen:

- Welche Zielstellungen und Entwicklungspotenziale können wir in den einzelnen Branchen festlegen und was braucht es in den traditionellen Branchen, um diese Ziele zu erreichen?
- Wie können wir Kooperationen und Synergien zwischen den einzelnen Branchen generieren?
- Auf welche Best-Practice-Beispiele können wir zurückgreifen?

2. NEUES WACHSTUM IN SPEZIALISIERUNGSFELDERN ERZEUGEN

Wirtschaftliche Wachstumsprozesse werden immer stärker über forschungs- und wissensintensive Wirtschaftszweige generiert. Innovationen werden in einer immer vernetzter und internationaler werdenden Welt zur Voraussetzung für Beschäftigung, Wohlstand sowie Lebensqualität. Der Wettbewerb der Regionen und Unternehmen verlangt auch von Schleswig-Holstein eine hohe Innovationsfähigkeit und eine klare Profilierung.

Neben den starken traditionellen Branchen kann Schleswig-Holstein auch hier punkten: Denn Schleswig-Holstein weist große Potenziale in den Zukunfts- und Spezialisierungsfeldern der maritimen Wirtschaft (Meerestechnik, Ozeanforschung, marine Aquakultur und Biotechnologie, Schiffbau), im Bereich Life Sciences (Medizintechnik, Biotech), Erneuerbare Energien (Leistungselektronik, Windenergie, energetische Nutzung von Biomasse) und auch in der Ernährungswirtschaft (Food Processing) auf. Auch die Informations- und Kommunikationsbranche ist trotz der vergleichsweise kleinteiligen Struktur der Unternehmen ein wichtiges Feld, da sie eine wesentliche Querschnittsfunktion erfüllt.

Mit der regionalen Innovationsstrategie Schleswig-Holstein (RIS-3-Strategie) und dem Grundlagenpapier zur Clusterpolitik, Clusterstrategie und Clusterförderung haben wir bereits zentrale Eckpunkte für eine integrierte Gesamtstrategie zur Stärkung der zukunftsfähigen Cluster im Land festgelegt. Diese Gesamtstrategie gilt es nun inhaltlich auszubauen, etwa indem einzelne Branchen differenziert herausgearbeitet und weiterentwickelt werden.

Vor diesem Hintergrund ergeben sich folgende Leitfragen:

- Wie können wir stabile Rahmenbedingungen im Hinblick auf strategische Ziele, Personalausstattung und Finanzen schaffen, um die Spezialisierungsfelder zu entwickeln?
- Wie können wir die Cluster sichtbarer positionieren und mit einer stärkeren großräumigen Ausrichtung und Internationalisierung entwickeln?
- Wie können wir mehr Neugründungen unterstützen oder auch mehr Verbundprojekte zwischen Wirtschaft und Wissenschaft als bisher initiieren?
- Wie können wir die Rollen und Aufgaben der diversen Cluster noch klarer definieren, um Doppelstrukturen zu vermeiden?

3. VORREITERSTELLUNG SCHLESWIG-HOLSTEINS IN DER ENERGIEWENDE NUTZEN

Schleswig-Holstein ist die Wiege der Energiewende. Das Land geht beim Ausbau der Erneuerbaren Energien schneller voran als andere Bundesländer. Als Pionierland für Windenergie produziert Schleswig-Holstein jetzt schon mehr Strom aus erneuerbaren Quellen, als im Land verbraucht wird – und liegt damit weit vor anderen Regionen. Dieser Startvorteil muss nun genutzt werden, um die regionale Wertschöpfung der Erneuerbaren Energien und der mit ihnen verbundenen Netz- und Systemintegration zu steigern und Wettbewerbsvorteile für die Wirtschaft im Land zu nutzen.

Dafür setzt die Landesregierung auf die zunehmende Verknüpfung der Sektoren Strom, Wärme und Verkehr (Sektorkopplung). Es wird das Ziel verfolgt, die Wärmenetze in Schleswig-Holstein auszubauen und bis 2030 mehr als ein Viertel der Endenergie

im Wärmesektor aus Erneuerbaren Energien bereitzustellen. Darüber hinaus wird der Einsatz Erneuerbarer Energien im Mobilitätssektor ausgeweitet, beispielsweise durch verstärkte Nutzung der E-Mobilität im ÖPNV und neue Technologien in der Schifffahrt.

Ein weiteres wichtiges Ziel für Schleswig-Holstein muss auch die Steigerung der Wertschöpfung aus im Land produzierten Erneuerbaren Energien sein. So können wir eine aktivere Rolle als Stromproduzent, Stromexporteur und regionaler Energieverwerter, Forscher und Entwickler im Bereich innovativer Erneuerbarer Energien-Technologien sowie Produktions- und Industriestandort einnehmen. Neben dem Ausbau der Stromnetze für den Stromexport muss dies mit einer gezielten Ansiedlungsstrategie für Unternehmen und Gründungen verbunden werden, die im Bereich Erneuerbare Energien und Systemintegration aktiv sind. Anstelle der Abschaltung von erneuerbaren Anlagen bei Netzüberlast soll der Strom künftig sinnvoll genutzt werden, z. B. in Form von Wärme, Industrieanwendungen, Wasserstoffproduktion oder Elektromobilität. Dabei muss auch die Energiewende bundesweit und international als das Markenlabel Schleswig-Holsteins etabliert und Schleswig-Holstein als „Energiewende-Know-how-Region" vermarktet werden. Ein wichtiger Baustein dafür ist das Projekt „Norddeutsche Energiewende 4.0" (NEW4.0), mit dem eine Allianz aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik bis 2025 eine Versorgung der Region Schleswig-Holstein/Hamburg zu 70 Prozent mit Strom aus erneuerbaren Quellen erreichen will.

Zur Energiewende gehört in Schleswig-Holstein auch der Ausstieg aus der Nutzung von Kernenergie zur Stromerzeugung. Für die Atomkraftwerke in Brunsbüttel und Krümmel, welche die Berechtigung zum Leistungsbetrieb verloren haben, sind Stilllegungs- und Abbauanträge gestellt. Brokdorf darf gesetzlich noch bis längstens Ende 2021 betrieben werden. Zu jedem Kernkraftwerk werden die Arbeiten zu Stilllegung und Abbau noch über das Jahr 2030 hinaus andauern. Die Zwischenlagerung der nuklearen Abfälle wird in Schleswig-Holstein noch länger andauern. Die schleswig-holsteinische Landesregierung wird dafür sorgen, dass die Stilllegungs- und Abbauverfahren zwar zügig, in erster Linie aber sicher verlaufen. Der Strahlenschutz steht auch nach der Betriebsbeendigung von Atomkraftwerken immer im Vordergrund.

Vor diesem Hintergrund ergeben sich folgende Leitfragen:

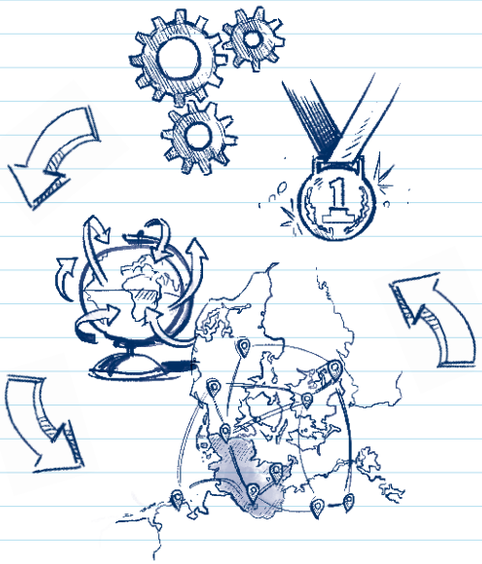
- Wie können wir stabile Rahmenbedingungen im Hinblick auf das strategische Ziel entwickeln, die Wertschöpfung aus im Land produzierten Erneuerbaren Energien zu steigern?
- Wie können wir die Rolle Schleswig-Holsteins bei den Erneuerbaren Energien stärker als Ansiedlungsargument nutzen?

4. INNOVATION STÄRKEN, KOHÄRENZ IN FORSCHUNG UND UMSETZUNG SICHERSTELLEN

Innovationen sind die entscheidende Voraussetzung für mehr Wachstum, Beschäftigung, Wohlstand und Lebensqualität. Weltweite Megatrends, wie zum Beispiel die Digitalisierung und die Suche nach Möglichkeiten für einen effizienteren Umgang mit den globalen Ressourcen, erhöhen zukünftig den Druck auf die Gesellschaft, permanent neue Lösungen zu entwickeln.

Schleswig-Holstein verfügt mit seinen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen über eine breite Wissensinfrastruktur sowohl in der grundlagen- als auch anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung. Diese Ausgangslage müssen wir nutzen und die durch die Regionale Innovationsstrategie gestartete Implementierung einer zukunftsfähigen Innovations-, Technologie- und Technologietransferpolitik weiter vorantreiben. Es gilt, die vorhandenen Forschungs- und Innovationsstrukturen bedarfsorientiert weiterzuentwickeln, zu schärfen, zu stärken und besser miteinander zu vernetzen, um den Wissens- und Technologietransfer zu beschleunigen. Dabei sollten wir einen Fokus auf die gezielte Unterstützung der Spezialisierungsfelder legen und die Ausgaben für Forschung und Entwicklung erhöhen, wobei vor allem der Anteil an Drittmitteln und die Ausgaben für Innovationen von Unternehmen gesteigert werden. Auch gilt es, die größtmögliche Wirkung für die begrenzt verfügbaren finanziellen Mittel zu erzielen. Daneben gilt es aber auch zu klären, wie ein Zusammenwachsen von Strukturen möglich gemacht werden kann und wie künftig Förderungen und neue Kooperationen zwischen öffentlichen und privaten Einrichtungen aussehen können. Zentrale Koordinierungsstelle kann dabei das dafür einzurichtende „Innovations- und Technologieforum" sein.

Ein Ziel muss sein, das Profil des Wissenschaftsstandortes Schleswig-Holstein stärker zu akzentuieren und sichtbar zu machen, damit die nationale und auch internationale Positionierung besser gelingt. So werden wir für „kluge Köpfe" attraktiv und generieren neue Impulse für unsere Wirtschaft. Dafür hat die Zusammenarbeit der Hochschulen und Forschungseinrichtungen mit der schleswig-holsteinischen Wirtschaft, vor allem in den Spezialisierungsfeldern, eine hohe Bedeutung. Wenn uns das gelingt, werden wir nicht nur zum Motor für neue Innovationen, sondern können diese auch direkt für uns nutzbar machen. Hier haben wir im Augenblick noch Defizite, da wir zu wenig Kapital aus unseren Ideen schlagen.



FOLGEABSCHÄTZUNG DER STRATEGISCHEN LEITLINIE

Wenn wir unsere traditionell starken Branchen schützen, ausbauen und zugleich neue Zukunfts- und Wachstumsfelder besetzen, kann Schleswig-Holstein ein starkes, dynamisches und attraktives Wirtschaftsland bleiben. Die schleswig-holsteinischen KMU, das Handwerk und die Industrie bleiben leistungsfähig sowie im nationalen und internationalen Kontext wettbewerbsfähig. Sie werden auch in Zukunft attraktive und gute Arbeitsplätze bereitstellen. Zugleich sorgen neue Geschäftsfelder und Innovationen dafür, dass die bestehenden Branchen auch in den kommenden Jahren das Fundament der Wirtschaft unseres Landes bilden.

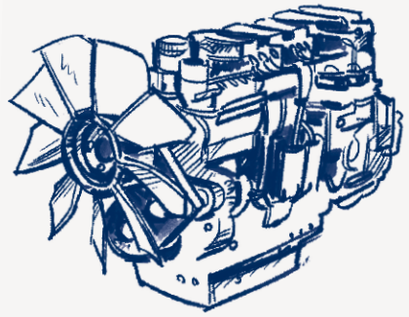
Komplementär dazu kann Schleswig-Holstein aber auch in den Spezialisierungsfeldern ausgezeichnete Clusterstrukturen mit einer hohen Kooperationsintensität sowie nationaler und internationaler Wahrnehmung entwickeln. Die Grundlagen dafür bestehen bereits. Maritime Wirtschaft, Life Sciences, Erneuerbare Energien, aber auch Ernährungswirtschaft bieten Möglichkeiten, neue Geschäftsfelder für das Land zu erschließen und Schleswig-Holstein im internationalen Wettbewerb zu stärken.

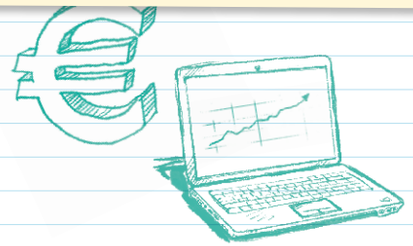
Wenn wir heute diese Spezialisierungsfelder richtig entwickeln und ausbauen, wird sich dies auch auf die Wissenschafts- und Forschungslandschaft auswirken. Denn der Wissensfluss zwischen Wissenschaft und Wirtschaft erfolgt in beide Richtungen, wodurch beide Seiten gleichermaßen profitieren. Neue Forschungscluster werden entstehen, neue Unternehmen werden sich in Schleswig-Holstein ansiedeln und damit auch das Land für Menschen attraktiv machen, die hier ihr Leben gestalten wollen. Grundlage dafür sind eine größere Kohärenz und Zusammenarbeit von Forschung, Entwicklung und Wirtschaft. Wenn wir heute die Grundlagen dieser Kooperationen schaffen, können Unternehmen im Land zu aktiven Initiatoren und Abnehmern der öffentlich unterstützten Forschung und Entwicklung werden. Hieraus ergeben sich auch neue Impulse für den Wissenschaftsstandort Schleswig-Holstein, der national und international deutlicher positioniert werden kann.

Industrie 4.0

Die Kieler Firma Wulf Johannsen ist ein Servicespezialist für Motoren und Antriebe mit über 80-jähriger Tradition – und nutzt schon lange die Möglichkeiten der Digitalisierung: „Auf der einen Seite verfeinern wir unser Wissen über unsere Kunden und deren Anlagen fortlaufend durch Informationen rund um Anlagenbetrieb und Entwicklungen im Feld. Mit den Erkenntnissen optimieren wir unsere Dienstleistungen kontinuierlich", erläutert Inhaber und Geschäftsführer Jan-Willem Storm. „Auf der anderen Seite überlegen wir aber auch intensiv, welche weiterführenden geschäftlichen Chancen uns mit dem erweiterten und besser verfügbaren Wissen offen stehen." Aktuell beispielsweise Ansätze, mit denen Kunden enger in die Anlagenbetreuung eingebunden werden können, um so die Betreiber-Kosten zu senken und die dauerhafte Verfügbarkeit der Anlagen sicherzustellen.

Solche Beispiele sollen Schule machen: Damit alle Unternehmerinnen und Unternehmer im Land praxisnah lernen und üben können, wie man das „Internet der Dinge" in handfeste Chancen verwandelt, realisiert die Fachhochschule Kiel eine „Digitale Fabrik". Sie soll in das Konzept für ein Kompetenzzentrum Mittelstand/Industrie 4.0 einfließen und das Know-how für die Global Player von morgen praxisgerecht vermitteln. Das Beispiel zeigt eindrucksvoll, welche Möglichkeiten Schleswig-Holstein offen stehen.



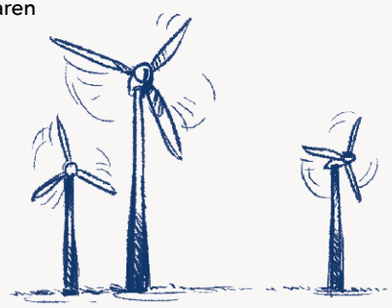


Energiewende der Zukunft

NEW 4.0. Was für den Laien kryptisch klingen mag, beschreibt nicht weniger als die erneuerbare Energie-Produktion der Zukunft – mit Schleswig-Holstein im Zentrum. Gemeinsam mit Hamburg ist es Schaufensterregion für die Norddeutsche Energiewende (NEW 4.0). Die Zielvorgabe: Bis zum Jahr 2035 sollen sich beide Bundesländer vollständig mit regenerativer Energie versorgen. Ein ambitioniertes Projekt, in dem Schleswig-Holstein eine seiner Haupt-Stärken ausspielen kann. Hier bläst ein kräftiger Wind, der enorme Strommengen produziert. Doch allein auf die Natur verlässt sich im Norden niemand.

Damit NEW 4.0 auch wirklich erfolgreich wird, haben über 60 Industrieunternehmen, Energieversorger, Netzbetreiber, Forschungseinrichtungen, Behörden und Ministerien aus Schleswig-Holstein und Hamburg eine starke Allianz geschmiedet. In vielen verschiedenen Projekten wird das Zusammenspiel zwischen Strom aus Wind und Sonne und Verbrauchern erprobt – es geht um Stromspeicher, Wärme, E-Mobilität und ein kluges Lastmanagement.

Damit zeigt die Region, wie die Energiewende von morgen funktioniert und dazu neue Märkte erprobt werden. Mit rund 40.000 Beschäftigten in über 700 Unternehmen der Branche der Erneuerbaren Energien verfügt die Modellregion schon heute über eine besondere Bedeutung in diesem Bereich. Die Zukunft kann kommen.



MOBILITÄT DER ZUKUNFT – HEUTE DIE VERKEHRSPOLITIK VON MORGEN DENKEN

Einordnung und Bedeutung der strategischen Leitlinie

Der Trend zu einer erhöhten Mobilität und dem damit verbundenen Verkehrsaufkommen ist ungebrochen – auch in Schleswig-Holstein. Die Zahl von Personen und Waren, die sich per Individualverkehr, ÖPNV und Eisenbahn, Luft- sowie Schifffahrt fortbewegen oder transportiert werden, nimmt hierzulande kontinuierlich zu. Gleichzeitig verändern sich die Anforderungen an Mobilitätsmittel und -lösungen stetig, vor allem im Hinblick auf den Schutz von Mensch, Natur und Umwelt. Die Mobilitätslösungen der Zukunft müssen unterschiedlichen Anforderungen gerecht werden: Sie müssen kostengünstig, sozial, barrierearm, stabil und verlässlich, klima- und ressourcenschonend, möglichst leicht und schnell verfügbar sowie gleichzeitig sicher und wirtschaftlich sein. Der technische Fortschritt führt in der praktischen Gestaltung der Mobilität zu vielfältigen Innovationen, deren Potenziale nutzbar gemacht werden müssen. Mittlerweile nehmen Gemeinden und zivilgesellschaftliche Akteure in den ländlichen Räumen immer öfter die Mobilitätsgestaltung selbst in die Hand: Bürgerbusse, ehrenamtliche Carsharing-Modelle („Gemeindebus", „Dorfauto") oder auch ehrenamtlich organisierte Internetportale, die Fahrtwünsche und -angebote in Echtzeit vermitteln. Hier liegen noch große Potenziale für das neue Denken der ländlichen Mobilität.

Denn auch in Zukunft gilt, dass Schleswig-Holstein aufgrund seiner geographischen Voraussetzungen sowohl nach innen als auch nach außen gut verbunden sein muss. Um dies zu erreichen, schaffen wir die nötigen Voraussetzungen mit der strategischen Leitlinie „Mobilität der Zukunft – Heute die Verkehrspolitik von morgen denken".

POLITISCHE HANDLUNGSFELDER

Das Verkehrssystem und die Verkehrsmittel sollen weiterentwickelt werden; Verkehrsinfrastruktur soll gesichert und teilraumspezifisch und bedarfsgerecht optimiert und gegebenenfalls ausgebaut werden, Orientierung und Impulse für eine langfristige Verkehrspolitik sollen gesetzt werden. Ein Mobilitätsgutachten soll als Leitfaden für eine langfristige Verkehrspolitik und Mobilitätssicherung sowie als Orientierungsrahmen für die politischen Akteure dienen.



Wir setzen auf folgende Schwerpunkte:

1. ERHALT UND SANIERUNG VOR NEUBAU

Schleswig-Holstein ist Knotenpunkt für Personenverkehr und Logistik zwischen dem Ostseeraum, Deutschland und Mitteleuropa. Daher muss der künftigen Ausgestaltung von Mobilität und Verkehr eine besondere Bedeutung zukommen. Dies gilt vor dem Hintergrund, dass sich die regionsübergreifende Verflechtung – insbesondere nach Dänemark – intensivieren und die Güterverkehrsmengen weiter wachsen werden. Die Transportwege und Logistikkonzepte müssen modern, leistungsfähig und bedarfsgerecht ausgerichtet werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Schleswig-Holstein langfristig zu sichern und zu verbessern.

Auch die intensiven Pendlerbeziehungen zur Metropole Hamburg, die unterschiedliche Siedlungs- und Raumstruktur sowie die heterogene Bevölkerungsentwicklung in den Teilräumen des Landes prägen die Infrastruktur und das Mobilitätsverhalten der Zukunft.

Grundsätzlich ist das Land mit Straßen und Schienen und Wasserwegen gut ausgebaut. Allerdings ist deren Zustand – auch im Hinblick auf die wachsenden Anforderungen – nicht zukunftsfähig. Derzeit ist beispielsweise ein Drittel des Straßennetzes in Landesverantwortung dringend sanierungsbedürftig. Mit dem neu geschaffenen Sonderprogramm „IMPULS 2030" soll der Sanierungsstau bis 2030 abgebaut werden.

Es gilt dabei der Grundsatz Erhalt und Sanierung vor Neubau. Dies schließt einen punktuellen, bedarfsorientierten Ausbau von Straße und ÖPNV in Landesverantwortung sowie einen möglichst raumverträglichen Ausbau der überregionalen und transnationalen Achsen und Verkehrswege ein. Da die wichtigsten Verkehrswege dem Bund gehören, kommt dem künftigen Bundesverkehrswegeplan 2015, der von 2016 bis voraussichtlich 2030 gelten soll, entscheidende Bedeutung zu. Vorrangiges Ziel ist es, die in dem zwischen dem Deutschen Gewerkschaftsbund Nord, der Industrie- und Handelskammer Schleswig-Holstein und dem Unternehmensverband Nord geschlossenen „Bündnis für die Verkehrsinfrastruktur in Schleswig-Holstein" benannten Vorhaben gemeinsam weiter voranzutreiben und zu realisieren.

Hierzu zählen:

- sechsstreifiger Ausbau der A 7 zwischen dem Autobahndreieck Bordesholm und Hamburg
- Errichtung eines Ersatzbauwerkes für die Rader Hochbrücke
- Weiterbau der A 20 als bedeutendste Ost-West-Magistrale mit einer westlichen Elbquerung bei Glückstadt zur großräumigen Umfahrung des Verkehrsknotens Hamburg
- Ausbau der Straßen- und Schienenanbindungen an die geplante feste Fehmarnbelt-Querung
- sukzessiver Ausbau der B 404 zur A 21
- bedarfsgerechter Ausbau der B 5 an der Westküste
- Ausbau der Schienenstrecken im Großraum Hamburg entsprechend dem Achsenkonzept des Landes (S 4-Ost, S 21, S 4-West)
- Ausbau der Marschbahnlinie von Itzehoe nach Westerland einschließlich eines besseren Anschlusses des Industriegebietes Brunsbüttel
- Reaktivierung der Strecke Kiel – Schönberger Strand für den Nahverkehr
- Modernisierung und Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals
- Fahrrinnenanpassung der Elbe
- Ausbau des Elbe-Lübeck-Kanals

Bei dem Ausbau und der Erhaltung der Infrastruktur werden wir veränderte Rahmenbedingungen (z. B. den Klimawandel) zu berücksichtigen haben und wir werden uns an den Infrastrukturerfordernissen der kommenden Jahre, wie z. B. dem Einsatz intelligenter Verkehrssysteme, orientieren. Wir setzen darauf, Innovationen direkt mitzudenken. Darüber hinaus werden kosteneffizientes Erhaltungsmanagement und finanzielle Zuweisungen des Bundes und das Finanzausgleichsgesetz des Landes dazu beitragen, dass die wichtigsten Instandsetzungs- und Erhaltungsmaßnahmen der Infrastruktur sichergestellt werden.

Allerdings brauchen wir einen Austausch über folgende Leitfragen:

- Welchen Stellenwert wird Mobilität in Zukunft haben?
- Welche Innovationen sind verfügbar, sinnvoll und notwendig in Schleswig-Holstein?
- Wie können die Mobilitätshemmnisse verschiedener Bevölkerungsgruppen (z. B. Menschen mit Behinderung, ältere Menschen) ausgeglichen werden?

2. INFRASTRUKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN DURCH TECHNISCHE MÖGLICHKEITEN OPTIMIEREN

Der technische Fortschritt führt zu vielfältigen Innovationen für die praktische Gestaltung von Mobilität. Durch die digitale Erhebung und Vernetzung von Verkehrsdaten wird eine bedarfsgerechtere und effizientere Verkehrsplanung und -steuerung möglich. Gleichzeitig vereinfachen neue Technologien, etwa Smartphones und Apps, die individuelle Verkehrsnutzung und erleichtern die intermodale Verknüpfung unterschiedlicher Verkehrsmittel. Die neuen technischen Möglichkeiten können in Schleswig-Holstein eine bessere Nutzung der bereits vorhandenen Infrastrukturen ermöglichen und eine Ergänzung der bisherigen Mobilitätslösungen darstellen.

Dies müssen wir mitbedenken, um die Verkehrsplanung und -steuerung in Zukunft noch besser auf die Mobilitätsbedürfnisse abzustimmen. Auf diese Weise können sowohl mittel- bis langfristige Infrastrukturplanungen als auch die Verkehrsführung in Echtzeit – beispielsweise zur Vermeidung von Staus – präziser vorgenommen werden. Auch die intelligentere Verknüpfung von Verkehrsketten auf Basis digitaler Systeme bietet die Chance, Verkehrsangebote so zu optimieren, dass wir einen Effizienzsprung im gesamten Verkehrssystem erreichen.

Offene Leitfragen sind in diesem Zusammenhang:

- Welche Lösungsansätze kann das Land Schleswig-Holstein tatsächlich beeinflussen bzw. mit seinen finanzpolitischen Spielräumen eigenständig verfolgen; wo sind Lösungen nur im größeren Verbund (auf Bundes- bzw. EU-Ebene) umsetzbar?
- Wie können wir Datenschutz und Persönlichkeitsrechte wahren, wenn die Mobilität der Zukunft beispielsweise in Bereichen der Verkehrslenkung oder des autonomen Fahrens in hohem Maße von persönlichen Daten der Verkehrsteilnehmer abhängt?

3. SCHLESWIG-HOLSTEIN ZUM VORREITER NEUER MOBILITÄT MACHEN

Eine große Chance für Schleswig-Holstein besteht in der Förderung des Umstiegs auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel. Neue Antriebsformen wie etwa elektro- oder wasserstoffbasierte Antriebe, der Ausbau von Ladestationen, Sharing-Angebote, Park-and-ride- sowie Bike-and-ride-Einrichtungen, die Mitnahme von Mobilitätshilfen für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen (z. B. Rollstühle, Scooter), eine gute Beschilderung des Wegenetzes für den Radverkehr – insbesondere auch der Radschnellwege – sind wichtige Elemente der Mobilität von morgen. Die gezielte Ausweitung und Verbesserung entsprechender Angebote kann vielen Menschen in Schleswig-Holstein ihre Mobilität erleichtern und auch neue Impulse für die Wirtschaft geben.

Unser Anspruch ist es, E-Mobilität als zentrales Konzept in Schleswig-Holstein auf Basis der Landesstrategie Elektromobilität umzusetzen, auszubauen und so langfristig auf Klimaneutralität hinzuwirken. In Schleswig-Holstein sind historisch bedingt deutlich weniger Eisenbahnstrecken elektrifiziert als in anderen Flächenländern – nur in Bayern gibt es vergleichbar wenig elektrifizierte Strecken. Elektrifizierte Eisenbahnen sind bei Nutzung von regenerativem Strom nicht nur klimafreundlicher, sie sind in den Betriebskosten auch günstiger als Dieselstrecken. Das Land wird sich deshalb weiter dafür einsetzen, den Anteil der elektrifizierten Eisenbahnstrecken zu erhöhen.

Zur CO_2-Einsparung im Verkehr werden mittel- bis langfristig eine Verlagerung des fossilen Individualverkehrs auf die Schiene, aber auch neuartige Antriebe ihren Beitrag leisten, die wir mit dem Ausbau der benötigten Ladeinfrastruktur unterstützen werden. So kann auch der Zielkonflikt zwischen Umweltschutz und wachsender Verkehrsleistung reduziert werden.

Aber auch den ÖPNV müssen wir weiterentwickeln und flexibilisieren. Qualität und Quantität sind grundsätzlich zu erhalten bzw. weiter auszubauen. Dabei spielt die Barrierefreiheit als ein grundsätzliches Qualitätsmerkmal eine zunehmend größere Rolle. Barrierefreiheit beginnt beim Tarif, schafft einfache Zugänge zum öffentlichen Verkehr und moderne Umsteigeanlagen, die Fußgänger, Fahrradfahrer und Autofahrer mit dem öffentlichen Verkehr besser in Verbindung setzen. Eine besondere Bedeutung im Hinblick auf neue Lösungsansätze kommt hier dem landesweiten Nahverkehrsplan und den regionalen Nahverkehrsplänen zu.

Dennoch ergeben sich konkrete Leitfragen:

- Welche Infrastruktur wird vor dem Hintergrund der Zunahme von Autos mit alternativen Antrieben notwendig sein?
- Wie können wir öffentliche und private Investitionsmittel und die Kooperation verschiedener Akteure zusammenbringen?

FOLGEABSCHÄTZUNG DER STRATEGISCHEN LEITLINIE

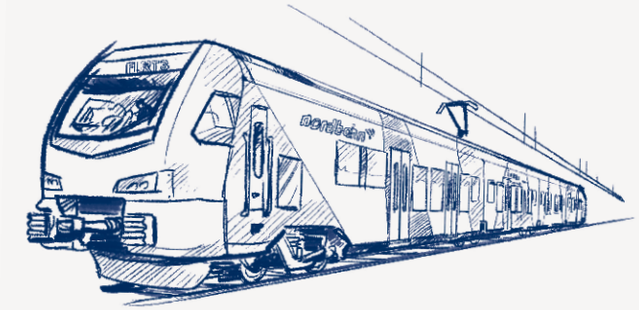
Die zukünftige Entwicklung von Mobilität und Verkehr ist entscheidend für den Zugang zu Bildung und Arbeit, zu medizinischer Versorgung, zur Nahversorgung und zum sozialen Leben der Bürgerinnen und Bürger. Dies umfasst die entsprechende Anpassung des Verkehrsinfrastrukturangebots, der verfügbaren Mobilitätsformen und ihrer intermodalen Verknüpfungsmöglichkeiten. Die gezielte Ausweitung und Verbesserung entsprechender Angebote wird den Menschen in Schleswig-Holstein ihre Mobilität erleichtern und den Aufwand an Energie, Material, Kosten und Verkehrsbelastungen senken. Durch eine nutzerfreundliche, barrierefreie, effizientere und ressourcenschonendere Mobilität lässt sich die Lebensqualität im Land deutlich verbessern.

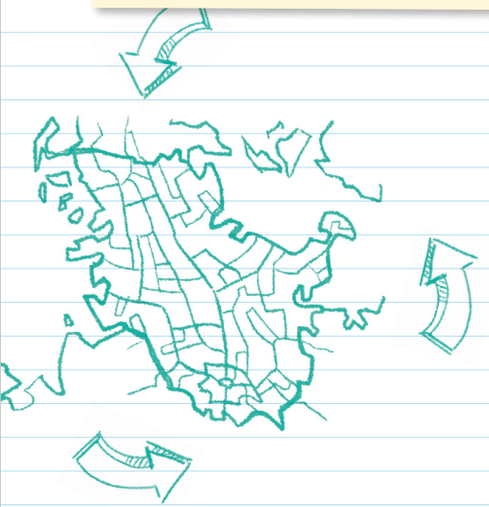
Dies betrifft aber auch die Wirtschaftsentwicklung am Standort Schleswig-Holstein. Indem wir wichtige Transit- und Logistikrouten erhalten und ausbauen, verfügt Schleswig-Holstein auch in Zukunft über eine leistungsfähige (inter-)nationale Verkehrsanbindung. Indem wir Elektromobilität fördern, ausbauen und entwickeln, machen wir den Standort Schleswig-Holstein für die Produktion erneuerbarer Energien noch attraktiver. Das Land besitzt zudem gute Voraussetzungen, um sich in verschiedenen Teilmärkten der Elektromobilität und anderen Mobilitätsfeldern der Zukunft zu etablieren. So erforschen und entwickeln eine Reihe von Unternehmen und Forschungsinstituten bereits Lösungen in relevanten Technologiefeldern. Sie besitzen das Potenzial, Teil der Wertschöpfungskette für die Mobilität der Zukunft zu werden. Dafür sollten wir schon heute die entsprechenden Weichen stellen.



Nahverkehr besser machen – durch innovative Fahrzeug- und Fahrplankonzepte

Der Nahverkehr ist die Mobilität der Zukunft. Nachhaltig, effektiv, sozial, modern. Seine Fahrgäste erwarten schnelle, komfortable und zuverlässige Verbindungen – das Land benötigt daher einen finanzierbaren Nahverkehr durch eine kluge Verkehrspolitik. Wie die aussehen kann, zeigt das neue Eisenbahnnetz Mitte. Hier fahren moderne Elektrotriebzüge, die sich „flügeln" lassen, also nach Bedarf zusammengefügt und getrennt werden können. Die Nordbahn praktiziert das schon heute mit den „FLIRT" in Elmshorn, DB Regio wird mit den „Twindexx" ab 2017 in Neumünster folgen. Ein weiterer Vorteil: Die neuen Triebwagen bieten mehr Sitzkomfort und haben Steckdosen am Platz. Außerdem sind sie leiser, schneller und energieeffizienter.





Nahverkehr besser machen – durch überall verfügbare Informationen

Im Nahverkehr gehört das Papierticket der Vergangenheit an, der Fahrgast braucht keine gedruckten Fahrpläne und Tarifinformationen mehr. Die Digitalisierung des Nahverkehrs ermöglicht es dem Fahrgast, sich unabhängig zu bewegen und jederzeit aktuelle Informationen zu bekommen. Schleswig-Holstein gestaltet die Entwicklungen der Mobilität innovativ mit. Das Mobile Ticketing wird gerade entwickelt und soll in naher Zukunft ausgebaut werden. So kann der Reisende sich das passende und günstigste Ticket mit wenigen Klicks einfach mobil kaufen. Die dazugehörige NAH.SH-App wird derzeit entwickelt. Außerdem wird das Echtzeitdatenprojekt ausgebaut. Das System erfasst automatisch, wo sich der Fahrgast befindet und Echtzeitdaten bringen ihn auf den neusten Stand. Somit hat er die Informationen und Fahrkarten, die er gerade braucht, immer dabei. Damit entwickeln wir schon heute die Verkehrspolitik von morgen.



NATÜRLICHE LEBENSGRUNDLAGEN – SCHÜTZEN UND NUTZEN



Einordnung und Bedeutung der strategischen Leitlinie

Nord- und Ostsee sowie die einmaligen Natur- und Kulturlandschaften sind das Kapital Schleswig-Holsteins. Eine intakte Natur, sauberes Grundwasser, saubere Flüsse und Seen, naturnahe Wälder und gesunde Meere bilden die Grundlage für Tourismus, Landwirtschaft, Fischerei, für Zufriedenheit und Gesundheit und die besondere Lebensqualität. Wir müssen einen Ausgleich zwischen Natur- und Umweltschutz sowie den wirtschaftlichen Interessen und Flächenbedarfen herstellen, damit Schleswig-Holstein auch perspektivisch von seinen natürlichen Gütern profitieren kann. Denn neben bestehenden Defiziten im Hinblick auf Ressourcen- und Flächenschutz werden Klimawandel und zunehmender Nutzungsdruck zu zentralen Herausforderungen der nächsten Jahre. Wirtschaft und Gesellschaft müssen sich in Schleswig-Holstein im Einklang mit Natur und Umwelt entwickeln und so ein qualitatives Wachstum ermöglichen.

Schleswig-Holsteins Stärken müssen dabei ein nachhaltiger Umgang mit seinen natürlichen Voraussetzungen und die intelligente Vernetzung seiner natürlichen Ressourcen sein. Mit der strategischen Leitlinie „Natürliche Lebensgrundlagen – Schützen und nutzen“ beschreibt die Landesregierung erste Ansätze, wie es gelingen kann, diesen Spagat zu bewerkstelligen.

POLITISCHE HANDLUNGSFELDER

Wir setzen dafür auf folgende politische Initiativen und Schwerpunkte:

1. AUSGLEICH ZWISCHEN NATURSCHUTZ UND WIRTSCHAFTLICHEN INTERESSEN SCHAFFEN

Die hohe Lebensqualität im Land und unsere wirtschaftliche Basis hängen zu großen Teilen von unserer Natur ab. Dem gegenüber steht ein noch ausbaufähiges Bewusstsein für einen nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen. Neben technischen Innovationen und besonderen Schutzmaßnahmen sind auch Veränderungen in Konsum- und Produktionsmustern sowie bei Lebensgewohnheiten aller Menschen im Land erforderlich. Schutz von Natur und Umwelt muss als eine zentrale Grundlage der Zukunftsfähigkeit Schleswig-Holsteins in der gesamten Gesellschaft verinnerlicht werden. Dieses Ziel sollte durch Bildungsprogramme zur nachhaltigen Entwicklung erreicht werden.

Mit dem Programm „Naturschutz 2020 – 20 Punkte für die natürliche Vielfalt“, das zu einer Biodiversitätsstrategie weiterentwickelt wird, hat das Land einen ersten Handlungsrahmen geschaffen, der Maßnahmen zum Schutz der Arten und Lebensräume enthält. Zudem sind bereits viele Gebiete in Schleswig-Holstein unter Schutz gestellt worden, etwa Nationalparks, Naturschutzgebiete und Natura-2000-Gebiete. Mit dem Gesetz zur Erhaltung von Dauergrünland (Dauergrünlanderhaltungsgesetz) ist die Umwandlung von Dauergrünland in Ackerland in bestimmten Zusammenhängen untersagt und für alle anderen Dauergrünlandstandorte an ein Antragsverfahren gebunden worden. Weitere wichtige Maßnahmen sind das Programm zum Schutz der Moore, der Vertragsnaturschutz und die Arbeiten der Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein.

Daran wird mit dem Konzept „Schützen und nutzen“ angeknüpft. Durch eine vorausschauende Sicherung der charakteristischen Natur und Landschaft Schleswig-Holsteins müssen die wichtigen Strukturen erhalten werden. Die Weichen für den Wandel können nur mit einem ganzheitlichen ressourcenpolitischen Ansatz gestellt werden, der in der Fachpolitik des Landes verankert wird. Um die Rohstoff- und Energieproduktivität in Schleswig-Holstein zu steigern und dadurch den Ressourcenverbrauch gering zu halten, ist etwa eine Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch denkbar. Ressourcensparende und kreislauforientierte Prozesse und Produkte müssen gefördert, die Wertschöpfung beispielsweise durch die Ergänzung wissensintensiver Dienstleistungen erhöht und die Vorreiterrolle in der Energiewende weiter ausgebaut werden.

Die Raumerfordernisse der Energiewende, verbunden mit einem auf hohem Niveau anhaltenden Flächenverbrauch insbesondere durch Siedlungs- und Straßenbau, stellen große Anforderungen an einen verantwortungsvollen Umgang mit der Fläche. Künftige Flächenbedarfe durch Infrastruktur, Bebauung, Landwirtschaft oder Tourismus müssen wir daher stärker als bisher abwägen und das Flächenmanagement insgesamt weiterentwickeln. Das bedeutet auch, Flächenbedarfe auf das Notwendige zu reduzieren und neue Flächen für Siedlungen an künftigen und nicht aktuellen Bedarfen zu orientieren. Wir müssen gemeinsam darüber nachdenken, wie der Spagat geschafft werden kann zwischen dem Schutz der Umwelt einerseits und dem Flächenbedarf und der damit verbundenen Flächenversiegelung andererseits.

Auch im Bereich des Tourismus müssen wir ein höheres Bewusstsein für die Schutzbedürftigkeit der Natur schaffen. Mit dem Nationalpark und Weltnaturerbe Wattenmeer verfügt Schleswig-Holstein bereits über ein Beispiel, wie nachhaltiger, naturnaher Tourismus und der Schutz der Natur vereinbart werden können. Dem Spagat zwischen wirtschaftlichem und persönlichem Nutzen unserer natürlichen Voraussetzungen und deren Schutz müssen wir uns heute stellen.

Vor diesem Hintergrund ergeben sich folgende konkrete Leitfragen:



- Besteht ein gesellschaftlicher Konsens in unserem Land bezüglich der Bedeutung von Natur und Umwelt und unseren natürlichen Voraussetzungen?
- Wie können wir Wirtschaft, Gesellschaft und Naturschutz stärker miteinander in Einklang bringen und welche neue Instrumente und Formen von Sensibilisierung und Unterstützung braucht es dafür?

2. RESSOURCENBEWUSSTSEIN UND NACHHALTIGERE LANDWIRTSCHAFT STÄRKEN

Angesichts der Kernaufgabe, unsere Natur zu schützen, ergibt sich für ressourcenintensive Wirtschaftsbereiche die Notwendigkeit umzudenken. Hier ist insbesondere die Landwirtschaft gefordert. Der Trend zu nachhaltiger Ernährung hat bereits zu einem Wandel der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein geführt. Denn die Produktion und Vermarktung von hochwertigen und nachhaltigen Lebensmitteln eröffnet ein wichtiges Wirtschaftsfeld. Wir stehen aber erst am Anfang dieser Entwicklung und es bedarf mehr Anstrengungen der Landwirtschaft, natürliche Ressourcen zu erhalten. Daher muss hier ein konsequentes Umdenken einsetzen.

Die schleswig-holsteinische Landwirtschaft muss dabei unterstützt werden, nachhaltiger agieren zu können. Ökologisch bewirtschaftete Flächen sind auszuweiten. Dazu gehört aber auch, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Leistung der Landwirtschaft anzuerkennen und ihr mit existenzsichernden Einkommen für Landwirte gerecht zu werden. Denn Landwirtschaft, Lebensmittel und entsprechende Produkte haben einen eigenen Wert, der in unserer Gesellschaft oftmals nicht ausreichend wahrgenommen wird. Dies wird aber erst recht vor dem Hintergrund schwindender Ressourcen und steigender Kosten wichtig.

Die Landesregierung wirkt auf europäischer Ebene bereits auf eine Vereinfachung der EU-Agrarpolitik hin und eine Umlenkung von Fördermitteln weg von Direktzahlungen hin zu Agrar- und Umweltleistungen. Damit sollen Landwirte unterstützt und entlastet werden. Zudem wollen wir so dazu beitragen, Ressourceneffizienz, Qualität und faire Bezahlung zu erreichen. Ein höheres Ressourcenbewusstsein zu entwickeln, ist aber nicht nur Aufgabe der Landwirtschaft, sondern auch eine Aufgabe, die den Konsumenten betrifft. Der Stellenwert von Ökosystemdienstleistungen muss deutlich gemacht und ein Bewusstsein geschaffen werden für die Bedeutung einer intakten Natur für Gesellschaft und Wirtschaft. Dies hat seinen Preis, den auch Konsumenten mittragen müssen.

Wichtig ist dem Land ein ressourcenbewusster Umgang mit seinem umweltfreundlichen, nachwachsenden Rohstoff Holz. Schleswig-Holstein will daher eine naturnahe, nachhaltige Forstwirtschaft, denn eine solche hat positive wirtschaftliche Auswirkungen in das gesellschaftliche Umfeld hinein.

Ein erhöhtes Ressourcenbewusstsein kann darüber hinaus aber auch zu einem Innovationsleitbild einer nachhaltigen Wirtschaftsweise werden. Bestehende Möglichkeiten des effizienten Ressourceneinsatzes sowie des Teilens und der Weiternutzung von Produkten sollten genutzt und ausgebaut, Stoffkreisläufe nach Möglichkeit geschlossen werden. Dies bedingt ein Umdenken beim Produktdesign und bei den Herstellungsverfahren sowie ein bewusstes Nutzen und Entsorgen. So können Produkte branchenübergreifend wiederverwendet und Abfälle als Ressourcen langfristig und möglichst regional (wieder) genutzt werden.

Vor diesem Hintergrund ergeben sich folgende weiterführende Leitfragen:



- Wie können wir ein höheres Bewusstsein für die Endlichkeit der Natur und der begrenzten Ressourcen in der Gesellschaft erreichen?
- Wie können wir das Bewusstsein bei Konsumenten weiter schärfen, dass der Erhalt unserer Umwelt und die Produktion nachhaltiger, hochwertiger Lebensmittel und anderer Güter einen Preis haben?
- Wie schaffen wir einen Ausgleich zwischen wirtschaftlichen Interessen und notwendigen Maßnahmen des Umweltschutzes, vor allem in der Landwirtschaft?

3. BESONDERE BEDEUTUNG DER MEERE SICHTBAR MACHEN

Schleswig-Holstein ist eingerahmt von zwei Meeren, die wesentlich zur Identifikation mit dem Land und zu unserer Lebensqualität beitragen. Zudem wächst die „blaue Wirtschaft" in der Ostseeregion stetig und stellt auch für Schleswig-Holstein eine der Zukunftsbranchen dar. Nord- und Ostsee haben aber gemeinsam, dass sie belastet sind durch Schad- und Nährstoffe und die intensive Nutzung ihrer Ressourcen durch den Menschen. Es braucht gemeinsame Anstrengungen zum Meeresschutz. Schleswig-Holstein kann zum Vorreiter für den Schutz und die nachhaltige Nutzung der Meere werden. Dafür bedarf es der engen Abstimmung mit den Anrainerstaaten der Nord- und Ostsee und einer Fortsetzung der langjährigen Arbeiten bei OSPAR (Völkerrechtlicher Vertrag zum Schutz der Nordsee und des Nordostatlantiks), HELCOM (Baltic Marine Environment Protection Commission) sowie der trilateralen Wattenmeerzusammenarbeit, um gemeinsame Maßnahmenprogramme zu erarbeiten und durchzuführen. Hier muss Schleswig-Holstein als treibende Kraft vorangehen, um diese Zusammenarbeit weiter zu forcieren und die Akteure zusammenzuführen. Denn der Druck auf die natürlichen Ressourcen, die Inanspruchnahme der Meeresökosysteme und die Belastung der Meeresumwelt sind weiterhin hoch. Der Zustand der Meeresökosysteme darf sich nicht weiter verschlechtern. Daher müssen wir die Bedeutung des Meeresschutzes stärker als bisher herausstellen und intensivieren.

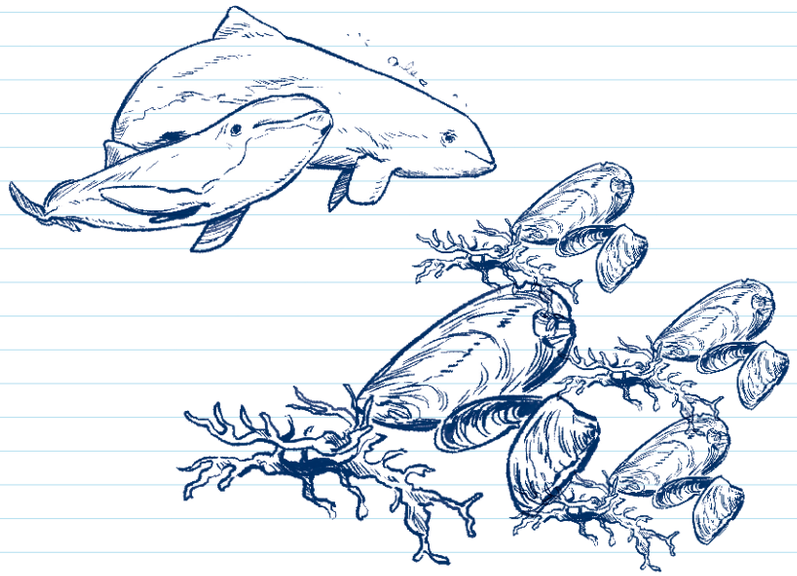
Das Meer bietet viele Potenziale für uns. Im Rahmen der bestehenden Landesinitiative „Zukunft Meer" sollten wir noch konsequenter auf das maritime Profil unseres Landes setzen und es deutlicher herausstellen. Unsere Spitzenforschung in diesem Bereich – allen voran mit dem GEOMAR Helmholtz-Zentrum sowie dem Helmholtz-Zentrum Geesthacht und den Meeres- und Geowissenschaften an der Christian-Albrechts-Universität (CAU) – werden wir im Land halten und dafür Sorge tragen, blaue Produkte und Lösungen für globale Herausforderungen rund um Aspekte des Meeres zu entwickeln. Dafür müssen wir auch die Zusammenarbeit zwischen und mit Forschungsclustern in unserem Land ausbauen und diese stärker miteinander vernetzen. So werden wir zum Schutz des Klimas beitragen und neue Impulse für die Wirtschaft unseres Landes setzen.

Darüber hinaus müssen wir aber auch als Gesellschaft einen Diskurs führen über Notwendigkeit, Vereinbarkeit und Grenzen von Meeresschutz und -nutzung. Dies schließt auch Fragen zur künftigen Entwicklung unserer Küsten mit ein. Mit dem Generalplan Küstenschutz haben wir eine gute Grundlage, um den Herausforderungen des Klimawandels an unseren Küsten zu begegnen. Die Erhaltung der Sturmflutsicherheit hat allerdings ihren Preis. Aus dem Anstieg des Meeresspiegels resultieren höhere Belastungen und zusätzliche Anstrengungen für die Schutzanlagen.

Vor diesem Hintergrund ergeben sich folgende konkrete Leitfragen:



- Welche Maßnahmen braucht es, um aktuell, aber auch perspektivisch, den Schutz der Meere und Küsten zu gewährleisten?
- Wie können wir den Schutz der Meere noch enger mit Innovationsfeldern der blauen Wirtschaft in Einklang bringen und Synergien erzeugen?



FOLGEABSCHÄTZUNG DER STRATEGISCHEN LEITLINIE

Im langfristigen und innovativen Umgang mit der Natur begründen sich unsere spezifische Stärke als Land zwischen zwei Meeren, unser Lebensgefühl, unsere Kultur und Heimat, aber eben auch unsere wirtschaftliche Entwicklung in den kommenden Jahren. Daraus entstehen für uns besondere Aufgaben und Herausforderungen, aber auch Chancen für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung des Landes.

Die Einmaligkeit von Natur und Landschaft darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. Sie würde den Verlust an Lebensqualität bedeuten. Es gilt, die Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes, seine Ökosystemdienstleistung sowie die Artenvielfalt an Tieren, Pflanzen und Lebensgemeinschaften in ihrem genetischen Reichtum nachhaltig zu sichern, wiederherzustellen und weiterzuentwickeln. Die Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Natur- und Kulturlandschaften müssen in ihrem Erlebnis- und Erholungswert sowie zur eigenen Identifikationsstiftung bewahrt werden. Und schließlich müssen wir es schaffen, den Ressourcenverbrauch in jedem Wirtschafts- und Lebensbereich spürbar zu reduzieren.

Klimawandel und Ressourcenknappheit werden damit zu zentralen Herausforderungen für unser Land, die in letzter Konsequenz die Stärken Schleswig-Holsteins gefährden. Wenn es uns aber gelingt, das Bewusstsein für die Notwendigkeit des Schutzes unserer natürlichen Voraussetzungen zu erhöhen, Naturschutz und Wirtschaft im Einklang zu betrachten und zu entwickeln sowie die bei einem steigenden Meeresspiegel zur Erhaltung des Sicherheitsstandards an den Küsten erforderlichen Ressourcen auch zukünftig bereitzustellen, dann werden unsere Stärken auch 2030 weiterhin im Umgang mit unserer Natur liegen. Darüber hinaus können aus der Notwendigkeit heraus, neue Wege beim Umweltschutz gehen zu müssen, auch Innovationen entstehen. Die Nutzung erneuerbarer Energien ist heute schon ein Wachstumsmotor für eine neue, umweltorientierte Wirtschaft. Vernetzt gedacht mit anderen Branchen, wie der maritimen Wirtschaft, bilden sich weitere ressourceneffiziente Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven heraus. In der regionalen Verbindung mit Dänemark und Hamburg kann die starke nordische Position durch gemeinsame Anstrengungen in Lehre und Forschung sowie in Erzeuger-Nutzer-Bündnissen intelligent gesteigert werden. Und wenn wir es schaffen, das Bewusstsein für die Notwendigkeit von Klima- und Umweltschutz lokal mit wirtschaftlichen Interessen von Bürgerinnen und Bürgern zu verknüpfen – beispielsweise durch Bürgerwindparks –, kann Schleswig-Holstein zu einem Vorreiter im Ausgleich von Wirtschaft und Natur werden.

Die Meere jeden Tag ein Stückchen besser machen

Algen als Energiequelle. Zugegeben, die Idee mag gewagt klingen, doch an Kühnheit hat es dem Team um Dr. Tim Staufenberger noch nie gemangelt. Im Juni 2014 gründete der studierte Meereskundler die Kieler Meeresfarm UG, die als Betreiber einer Muschel- und Algenfarm für die Erzeugung regionaler und nachhaltiger Produkte steht.

„Die Meere jeden Tag ein Stückchen besser machen" – das ist das Credo des Unternehmens. Jetzt hat Dr. Tim Staufenberger in der Kieler Förde seinen neusten Coup gelandet: auf einer kleine Forschungsplattform züchtet er in einer Pilotanlage Mikroalgen, aus denen künftig in speziellen Bio-Reaktoren Energie gewonnen werden soll. Doch nicht nur das: Mikroalgen sind wahre Allrounder. Sie können auch für hochwertige Kosmetikprodukte, Nahrungsergänzungsmittel oder Medikamente genutzt werden. Natürliche Lebensgrundlagen schützen und nutzen - dass das in der Praxis funktionier, zeigt der Blick in die Kieler Förde.

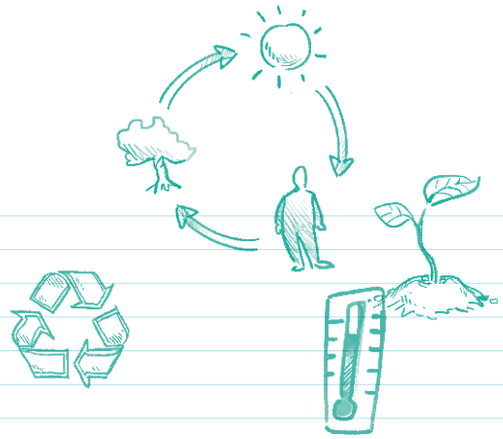


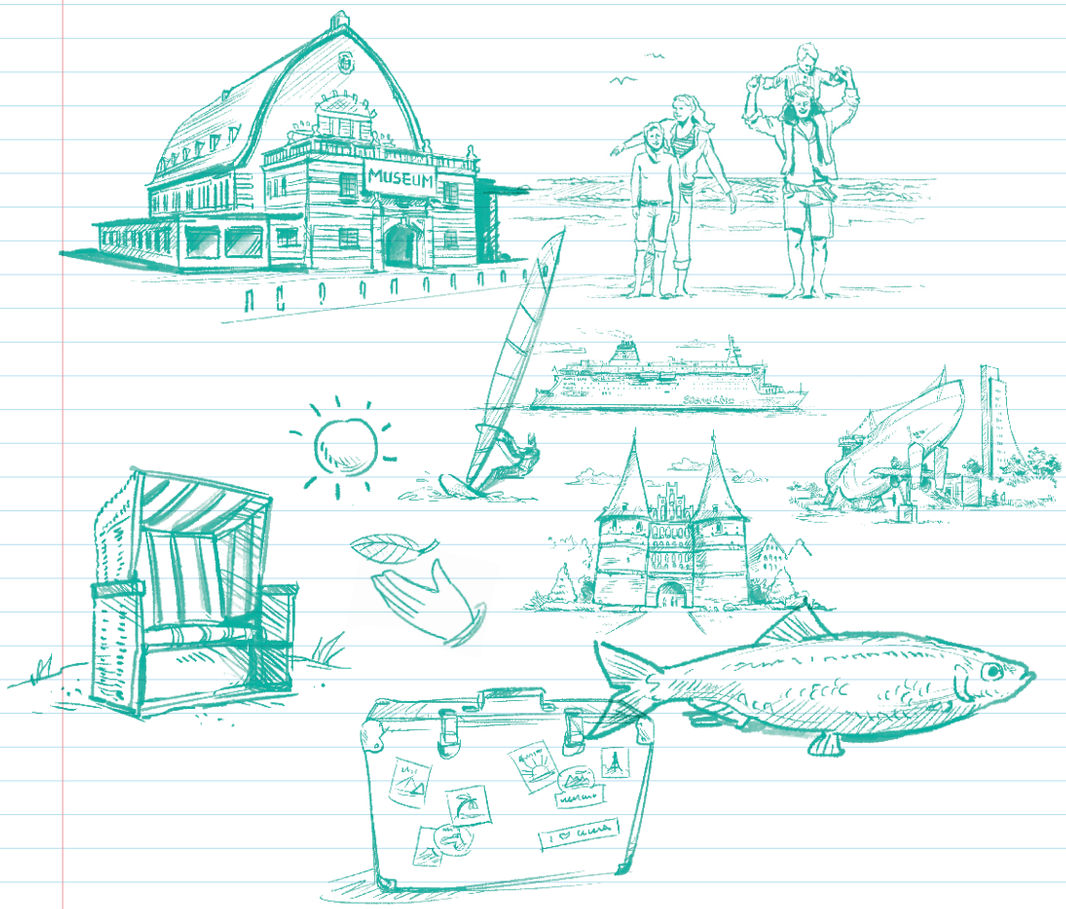
Ein Beispiel: nachhaltiger Tourismus
Es zählt zum Weltnaturerbe – und ist allein deswegen besonders schützenswert. Das Wattenmeer. Wie es sich trotzdem auch wirtschaftlich nutzen lässt, verdeutlicht die gemeinsame Strategie „Nachhaltiger Tourismus" der drei Wattenmeeranrainer Deutschland, Dänemark und Niederlande. Die Kernbotschaft: Schützen und nutzen muss kein Widerspruch sein.

Konkret umgesetzt wird dieser Leitgedanke mit dem Nationalpartner-Programm der Nationalparkverwaltung Schleswig-Holstein. Rund 150 Nationalparkpartner verpflichten sich darin, besondere Service- und Umweltkriterien zu erfüllen. Wie gut das bei den Urlaubsgästen ankommt, zeigt eine aktuelle Befragung: Für rund die Hälfte ist der Schutz des Wattenmeers ein sehr wichtiger oder wichtiger Reiseentscheidungsgrund.

Daher bieten die Nationalparkpartner Nord-Ostsee-Bahn und die Gästeführerin Dörte Hansen gemeinsam einen ganz besonderen Service an. Bereits während der Zugfahrt von Hamburg nach Sylt erhalten Fahrgäste Informationen zum Nationalpark Wattenmeer – garniert mit interessanten Geschichten, Anekdoten und spannenden Fakten rund um die Marschbahnstrecke.







ÜBERREGIONALE UND INTERNATIONALE VERNETZUNG – KOOPERATIONEN AUSBAUEN

Einordnung und Bedeutung der strategischen Leitlinie

Eine global vernetzte Welt erfordert eine internationale Ausrichtung von Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Technischer Fortschritt, z. B. im Bereich der Kommunikationstechnologie, wird, wie bereits erläutert, diese Entwicklung voranbringen. Schleswig-Holstein will aufgrund des verschärften internationalen Wettbewerbs, des rasanten wissenschaftlichen und technischen Fortschritts und seiner knappen natürlichen Ressourcen daher Fachpolitik großräumiger als bisher denken, nach außen gezielte regionale Kooperationen ausbauen und nach innen Internationalität, Migration und Zuwanderung aktiv gestalten. Geographisch, historisch und kulturell bringt Schleswig-Holstein dafür bereits wesentliche Voraussetzungen und stabile Beziehungen mit. Mit einer noch stärkeren und fokussierten internationalen Ausrichtung von Wirtschaft, Administration, Bildung und Gesellschaft könnte Schleswig-Holstein seine Plattform für weltweite Kooperation und internationales Zusammenleben vertiefen und ausbauen, um daraus einen noch größeren Nutzen für das Land zu ziehen. Es bedarf daher einer gezielten Internationalisierung nach innen und außen, die wir mit der Leitlinie „Überregionale und internationale Vernetzung – Kooperationen ausbauen." vordenken. Diese Leitlinie ist komplementär zur Leitlinie „Zuwanderung – Schleswig-Holstein als Zuwanderungsland gestalten" zu sehen.

POLITISCHE HANDLUNGSFELDER

Wir setzen dafür auf folgende politische Initiativen und Schwerpunkte:

1. SCHLESWIG-HOLSTEIN MUSS SICH STÄRKER INTERNATIONAL ORIENTIEREN

Schleswig-Holstein ist Teil des europäischen Nordens und bildet aufgrund seiner geographischen Lage die natürliche Drehscheibe zwischen Nord- und Mitteleuropa. Die Zusammenarbeit mit den umliegenden Regionen und in internationalen Foren ist daher schon heute ein fester Bestandteil in den fachlichen Bezügen und Entscheidungen des Landes.

Aber um im europäischen und erst recht im globalen Maßstab in größeren Entwicklungsräumen als wettbewerbsfähiger Kooperations- und Handlungsraum aufzutreten, bedarf es einer noch stärkeren politischen, kulturellen und geographischen Öffnung unseres Landes. Denn noch werden auch in Schleswig-Holstein grenzüberschreitende Vernetzung und internationale Kooperation nicht ausreichend „zusammen gedacht" und als Ganzes zielgerichtet ausgerichtet.



Wir sollten die Internationalisierung Schleswig-Holsteins aktiv gestalten und eine anlassbezogene Vernetzung konstruktiv begleiten.

Dafür werden wir eine Internationalisierungsstrategie formulieren, die gezielt die internationale Ausrichtung Schleswig-Holsteins strategisch verankert und fachübergreifend institutionalisiert. Die Strategie muss nicht nur Antworten darauf geben, wie sich internationale Kooperation künftig ausgestalten soll und welche Partner und Parameter maßgebend sein sollen, sondern darauf abzielen, dass Denken und Handeln in unserer Gesellschaft insgesamt internationaler und zielorientierter werden. Hier brauchen wir eine klare Positionierung in unserer Gesellschaft, die Zusammenarbeit, Internationalität und Zuwanderung als Gewinn und Chance versteht.

Die Strategie muss die Organisation und die Kapazitäten der Landesverwaltung verbessern, indem wir Ressourcen und Zuständigkeiten bündeln und eine neue Qualität von ressortübergreifendem Handeln in den Bereichen Internationalität, Integration, kulturelle Bildung und Förderung von Weltoffenheit schaffen. Das bedeutet unter anderem auch eine frühzeitige Berücksichtigung von internationalen Bezügen und Rahmenbedingungen in der täglichen Arbeit.

Dafür müssen wir beispielsweise die Ausbildung der Beschäftigten des Landes anpassen und technische sowie politische Möglichkeiten schaffen, die eine schnellere und einfachere Kooperation über unsere Landesgrenzen hinaus erlauben. Das bedeutet aber auch eine gezieltere Ausrichtung von Kooperation, Programmen und Initiativen, um größtmöglichen Nutzen für unser Land zu erzielen.

Die Strategie muss auch im Bereich Wirtschaft und Bildung stärker auf Vernetzung und Internationalität setzen. Vor allem die Hochschulen im Land bieten sich dafür als wichtige Impulsgeber an. So müssen wir beispielsweise die Cluster großräumiger aufstellen sowie attraktive Austauschangebote mit internationalem Bezug für Studierende schaffen und nutzen. Wir wollen strategische Partnerschaften ausbauen und suchen daher den Schulterschluss mit den Akteuren, die mit uns gemeinsam das Land und die Gesellschaft international ausrichten wollen.

Maßgabe muss im Rahmen der Internationalisierung immer die Schaffung von Synergien sein, die uns als Land tatsächlich nützen.

Weitere zu klärende Leitfragen sind:

- Wie kann Schleswig-Holstein international handlungsfähiger, attraktiver und wettbewerbsfähiger gemacht werden?
- Wie kann das Land Schleswig-Holstein seine Einbindung in europäische und internationale Prozesse und Netzwerke stärken?
- Welche Bedarfe und Interessen sind für das Land im internationalen und überregionalen Kontext von besonderer politischer und strategischer Bedeutung?

2. INTERNATIONALE UND ÜBERREGIONALE ZUSAMMENARBEIT STRATEGISCH AUSBAUEN

Mit einer Internationalisierungsstrategie schaffen wir nicht nur die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und administrativen Grundlagen. Wir definieren damit auch einen Referenzrahmen, der zur Optimierung und zum bedarfsgerechten Ausbau von überregionalen Kooperationen beiträgt. Bei der strategischen Ausrichtung des Landes müssen wir uns stärker als bisher auf die Interessen und Bedarfe des Landes konzentrieren.

Das Land will seine internationale und überregionale Ausrichtung fachübergreifend verzahnen. Hierfür sollen strategische Partner, Programme und Initiativen für die Umsetzung identifiziert werden. Je nach Bedarf werden wir eine Neustrukturierung und – wo sinnvoll – den institutionellen Rahmen einer verstärkten Kooperation schaffen. Mit diesem Verständnis werden wir z. B. die vielversprechende Entwicklung in den Wachstumsregionen auf dem Jütland-Korridor und der Fehmarnbelt-Achse weiter ausbauen. So arbeitet die Landesregierung mit einem Beobachterstatus beim Nordischen Rat, um das Bekenntnis „Schleswig-Holstein als Teil des europäischen Nordens" zu unterstreichen.

Auch die Zusammenarbeit mit den Ländern des Ostseeraums in Bereichen wie Blaues Wachstum, Meeresschutz und Kultur und der verstärkte Austausch über innovative Lösungen für den Umgang mit gesellschaftlichen Entwicklungen generieren Mehrwert für das Land und müssen weiter forciert werden. Für Schleswig-Holstein als Teil des europäischen Nordens ist es wichtig, die Zukunftsperspektiven des Ostseeraums, einer der wettbewerbsfähigsten und innovativsten Regionen Europas, zu nutzen und als aktiver Partner der Ostseekooperation die Rahmenbedingungen mitzugestalten. Zentraler strategischer Handlungsrahmen für die Ostseekooperation ist die EU-Ostseestrategie. Hier gilt es, schleswig-holsteinische Interessen zum Vorteil der Standortentwicklung des Landes stärker einzubringen.

Wir sehen darüber hinaus den Bedarf eines qualitativen Ausbaus des Austauschs mit den direkten Nachbarn. So wie mit Dänemark im „Rahmenplan der deutsch-dänischen Zusammenarbeit des Landes" angelegt, wollen wir in prioritären Politikbereichen und in sinnvollen Kooperationen sowie ausgesuchten Netzwerken kooperieren. Dabei sollen Erfahrungen und Ergebnisse anderer Kooperationen eingebracht werden. Die Potenziale der Metropolregion Hamburg und der Freien und Hansestadt Hamburg wollen wir z. B. auch im deutsch-dänischen Kontext einbringen und nutzen. So sollen neue Entwicklungschancen für die Räume auch zwischen den Metropolen eröffnet werden.

Dabei gilt es zu bedenken, dass formal definierte Regions- bzw. Kooperationsgrenzen von immer geringerer Bedeutung sein werden. Die funktionalen und wirtschaftlichen Verflechtungen von Räumen und von Akteuren sind mittlerweile so vielfältig und je nach Funktion so unterschiedlich ausgeprägt, dass sich die Ziele, Themen und Projekte immer weniger in einer festen Regions- bzw. Kooperationskulisse erfolgreich bearbeiten lassen. Hinzu kommt, dass die Räume und Akteure wirtschaftlich immer spezialisierter werden. Um dabei im Wettbewerb erfolgreich zu sein, geht es um die Verflechtung großräumiger grenz- und länderüberschreitender Wirtschaftsräume, die sich gemeinsam auch als große Hochschul- und Forschungsstandorte aufstellen. Dabei spielt ein gemeinsames auf internationale Sichtbarkeit ausgerichtetes Marketing eine zentrale Rolle.

Diese Entwicklungen sind zum einen besonders für den gemeinsamen Wirtschafts- und Verwaltungsraum Hamburg/Schleswig-Holstein relevant. Die Nähe zur Freien und Hansestadt Hamburg ist für das ganze Land Schleswig-Holstein ein wichtiger Standortfaktor. Wir wollen zukünftig – auch unter Einschluss der benachbarten dänischen und schwedischen Wirtschaftszentren – weiter darauf hinwirken, an Attraktivität und internationaler Sichtbarkeit zu gewinnen. Dafür wird das Land die eigenen Ziele und Interessen an der Weiterentwicklung in einem Handlungsplan „Zusammenarbeit des Landes Schleswig-Holstein mit Hamburg" neu definieren.

Zum anderen geht es auch um die Entwicklungsperspektiven der Metropolregion Hamburg. Für die Zukunft wird prognostiziert, dass Metropolregionen als besonders verdichtete und wirtschaftsstarke Agglomerationsräume weiter an Bedeutung gewinnen werden. Im Rahmen der Landesentwicklung wird es darum gehen, Strategien zu entwickeln, wie Schleswig-Holstein als Ganzes diese Dynamik nutzt. Dabei würde die Institution der Metropolregion nur einen organisatorischen Fixpunkt darstellen, der anlass- und themenbezogen gezielt um weitere Kooperationen ergänzt wird. Damit kann sich die Metropolregion großräumiger aufstellen, ohne aber institutionell zu wachsen.

Für die Umsetzung des bedarfsorientierten Ausbaus grenzüberschreitender und großräumiger Kooperationen sind insgesamt noch ungeklärte Leitfragen zu erörtern:

- Wie kann das gesamte Land noch mehr von der Nähe zu Wachstumszentren wie Hamburg, Aarhus und Kopenhagen profitieren?
- Welche Voraussetzungen müssen wir schaffen, um über das Bestehende hinaus den Sprung zu mehr grenzüberschreitender und institutioneller Zusammenarbeit – z. B. zu gemeinsamen Hochschulen, Clustern – zu wagen?
- Wie soll sich das Land in Sachen Metropolregion Hamburg weiterentwickeln und wo liegen konkret die Interessen des Landes als „Mitte des Nordens" an der Zusammenarbeit mit seinen Partnern in der Freien und Hansestadt Hamburg und in der Metropolregion?
- Wie kann Schleswig-Holstein noch intensiver von den großen Wachstumsmärkten der Welt profitieren?

FOLGEABSCHÄTZUNG DER STRATEGISCHEN LEITLINIE

Wenn die ganzheitliche, grenzüberschreitende Vernetzung und der Ausbau von Kooperation gelingen, kann sich Schleswig-Holstein offensiver als bisher den schnellen und tiefgreifenden globalen Veränderungsprozessen und den daraus resultierenden Chancen und Risiken für das Land stellen. Damit bedeutet die Internationalisierung eine entscheidende Voraussetzung für die Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Landes. Schleswig-Holstein als Plattform, die Offenheit nach innen und außen lebt, profitiert von der Nähe zu seinen Nachbarn, von wachsenden und zielgerichteten Kooperationen und Initiativen und kann so seine eigenen Stärken ausbauen und multiplizieren. Die Identifizierung, Profilierung und Vermarktung starker gemeinsamer Wirtschaftscluster und eine enge Verflechtung der Wirtschaftsräume, aber auch von Forschungs- und Hochschulclustern stärken die Wettbewerbsfähigkeit mit positiven Auswirkungen für die Gesellschaft unseres Landes. Idealerweise gelingt es so, im Rahmen eines gemeinsamen Standortmarketings international verstärkt wahrgenommen zu werden und mehr Zugang zu Finanzmitteln von Investoren zu bekommen. Mit seinem attraktiven Arbeitsmarkt fungiert z. B. Hamburg zudem als Brücke für überregionale Zuwanderer in die südlichen Regionen Schleswig-Holsteins. Die wirtschaftlichen Abstrahleffekte dienen dem ganzen Land. Dabei behält Schleswig-Holstein sein eigenes Profil und sucht in der Partnerschaft nach komplementären Stärken und Interessen, so dass Arbeitsteilung Konkurrenz vorbeugt.

Vom Rande Deutschlands in die Mitte Nordeuropas

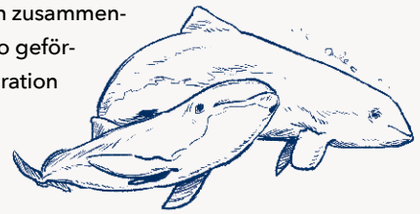
Ob Photonen-Forschung im Teilchenbeschleuniger DESY oder die künftige Arbeit an Neutronenstrahlung im schwedischen Lund: Erfolgreiche Wissenschaft kennt keine Landesgrenzen. Nur wer sich überregional und international vernetzt und seine Kooperationen ausbaut, hat auf den Märkten der Zukunft eine Chance. Bestes Beispiel: das Ostseenetzwerk Baltic Science Network. Dazu gehören das Wissenschaftsministerium Schleswig-Holstein, die Hamburger Wissenschaftsbehörde und 18 weitere Institutionen aus allen Ostseestaaten. Das Ziel: langfristig den Austausch im Wissenschaftsbereich verbessern. Was auf den ersten Blick abstrakt klingen mag, wird im Alltag umso konkreter. Die Bandbreite reicht von der gemeinsamen Einwerbung von EU-Geldern bis hin zur besseren Nutzung vorhandener Forschungsressourcen. Das Baltic Science Network ist der Beweis: Ziehen alle gemeinsam an einem Strang, schafft das Impulse für eine ganze Region und stärkt deren Wettbewerbsfähigkeit.



Blaues Wachstum in der Ostseeregion

Die Projektpartner kommen aus sechs unterschiedlichen Ländern, grenzen alle an die Ostsee und haben ein gemeinsames Ziel: die Potenziale der maritimen Wirtschaftszweige, das sogenannte „Blaue Wachstum", besser auszuschöpfen. Konkret geht es dabei beispielsweise um Fragen der nachhaltigen Entwicklung maritimer Technologien oder der Schwerpunktsetzung in einzelnen Regionen. Dass das Meer dabei nicht ausgebeutet wird, sondern die Nachhaltigkeit oberste Priorität hat, versteht sich von selbst. Auch Unternehmen aus Schleswig-Holstein sind hier engagiert. Die Firma Sea & Sun Technology GmbH mit Sitz in Trappenkamp ist ein international tätiger Systemanbieter für Meeres-, Energie- und Umwelttechnik, der unter anderem auf industrielle Produktion von Mikroalgen setzt. Solche Algen liefern die natürlichen Farbstoffe, die die Lebensmittel-, Futter- und Kosmetikindustrie benötigt – ob grün, rot, orange, pink oder blau.

Der Startschuss für das internationale Projekt Smart Blue Regions fiel zwar erst vor kurzem – aber schon jetzt zeichnet sich ab: die enge, überregionale Kooperation der beteiligten Ostseeregionen hilft bei der Optimierung der Rahmenbedingungen für „Blaues Wachstum" enorm. Zumal das Netzwerk auch intensiv mit den relevanten Wirtschaftspartnern im Ostseeraum zusammenarbeitet. Das von der EU mit 1,5 Millionen Euro geförderte Projekt beweist einmal mehr: die Kooperation nützt Schleswig-Holstein.



ZUWANDERUNG – SCHLESWIG-HOLSTEIN ALS ZUWANDERUNGSLAND GESTALTEN



Einordnung und Bedeutung der strategischen Leitlinie

Schleswig-Holstein hat eine lange Tradition von Zuwanderung und im Zusammenleben unterschiedlichster Menschen und Kulturen. Das prägt das Land bis heute und wird Schleswig-Holstein auch perspektivisch zugute kommen. Denn Schleswig-Holstein befindet sich in einem Standortwettbewerb und bekennt sich offen dazu, auf Einwanderung dauerhaft angewiesen zu sein. Wir müssen aufgrund demografischer Entwicklungen und eines hohen Fachkräftebedarfs nicht nur regional, sondern auch national und international uns an dem Wettbewerb um kluge Köpfe beteiligen. Komplementär zu einer stärkeren internationalen Ausrichtung von Politik, Wirtschaft und zielgerichteten Kooperationen wollen wir ein Zuwanderungsland bleiben, das für künftige Zuwanderinnen und Zuwanderer attraktiv ist und zugleich auch allen bereits hier lebenden Einwanderinnen und Einwanderern eine sichere, lebenswerte und staatsbürgerschaftliche Perspektive eröffnet.

Zugleich muss Schleswig-Holstein aber auch offen für jene Menschen sein, die vor Krieg und Hunger auf der Flucht sind. Die Unterstützung dieser Menschen darf nicht in Frage gestellt werden. Und es werden Menschen in unser Land kommen, die weniger qualifiziert sind. Auch diese Menschen wollen wir integrieren und ihnen Perspektiven bieten. Gleichwohl brauchen wir neben einer grundsätzlichen Offenheit im Land ebenso Strukturen, die dazu beitragen, Zuwanderung bewältigen zu können und Zuwanderinnen und Zuwanderer entsprechend den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfordernissen zu integrieren. Und schließlich brauchen wir auch Mechanismen und Sicherungen, die die Gesellschaft als Ganzes im Blick haben und dafür Sorge tragen, dass niemand zurückgelassen wird oder schlechtere Chancen für die persönliche Entfaltung erhält. Dabei gilt die Zielvorgabe des Flüchtlingspaktes, Integration vom ersten Tag an zu ermöglichen. Die strategische Leitlinie „Zuwanderung – Schleswig-Holstein als Zuwanderungsland gestalten" setzt hier an, um diese Offenheit und die erforderlichen Strukturen zu entwickeln.

POLITISCHE HANDLUNGSFELDER

Wir setzen dafür auf folgende politische Initiativen und Schwerpunkte:

1. ZUWANDERUNG ALS CHANCE IM STANDORTWETTBEWERB BEGREIFEN

Zuwanderung wird nicht nur wirtschaftlich immer wichtiger für die Zukunftsfähigkeit des Landes, sondern bedeutet auch eine kulturelle, sprachliche, ethnische und religiöse Bereicherung. Die damit verbundene neue gesellschaftliche Vielfalt bietet große Chancen. Sie stellt die Menschen in Schleswig-Holstein – wie auch in anderen Regionen – vor große Herausforderungen. Das betrifft nicht nur die Aufnahme und Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen. Insbesondere ist auch ihre gesellschaftliche Integration und Teilhabe an Bildung, Arbeit und dem gesellschaftlichen Leben – wie die aller Zugewanderten, beispielsweise qualifizierter Fachkräfte und ihrer Familien – von großer Bedeutung.

Die Zuwanderung ist für die künftige Entwicklung des Landes von zentraler Bedeutung. Chancengleichheit und Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund werden damit zu zentralen Aufgaben von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft – mit Blick sowohl auf die individuellen Entwicklungschancen als auch den sozialen Zusammenhalt und die Wettbewerbsfähigkeit Schleswig-Holsteins.

Mit der Migrations- und Integrationsstrategie hat die Landesregierung 2014 erstmals ein Leitbild formuliert, das Migration und Integration strategisch zusammenfasst. Integrationspolitik orientiert sich nunmehr an den Lebenslagen der Menschen, nicht an ihrem Aufenthaltsstatus. Zudem gibt es mit dem „Flüchtlingspakt" eine organisatorische Klammer und ein Steuerungsinstrument der Integrationspolitik zwischen Land, Kommunen, Wirtschaft, Verbänden, Kirchen, Ehrenamt und Mittelstand. Er enthält Zielvereinbarungen aus verschiedenen Bereichen mit dem Ziel, Lösungen für die akuten Fragen in Hinblick auf die Flüchtlingszuwanderung zu finden und die Integration der Asylsuchenden zu verbessern. Kommunen erhalten beispielsweise mehr Geld für Flüchtlinge, für Sprachförderung und leichteren Zugang zu medizinischer Versorgung.

Migration ist stets auch der Transfer von Fähigkeiten und Fertigkeiten. Entsprechend wollen wir die vielfältigen Potenziale aller hier lebenden Menschen nicht brachliegen lassen, sondern besser erschließen, fördern und nutzen. Schleswig-Holstein ist auf qualifizierte Fachkräfte angewiesen, um langfristig die Versorgungssicherheit im ländlichen Raum zu sichern und die demografisch bedingte Fachkräftelücke zu schließen. Um eine neue Offenheit im Land gegenüber unterschiedlichen Kulturen, Sprachen und Religionen zu fördern, brauchen wir Kooperationen mit Universitäten, Projekte und Partnerschaften zur Förderung von Fremdsprachenkenntnissen und eine noch internationalere Ausrichtung des Wirtschaftsstandorts Schleswig-Holstein. Auch der Abbau von Zuwanderungsbarrieren sowie ein neues Verständnis von Teilhabe und Partizipation müssen perspektivisch entwickelt werden. Zugleich darf dies aber nicht zulasten bestehender Strukturen oder von sozial Schwachen geschehen. Wir müssen die Gesellschaft als Ganzes im Blick haben.

Wir müssen daher in einen Dialog treten und noch folgende Leitfragen gemeinsam diskutieren:

- Wie können wir Schleswig-Holstein international stärker positionieren, um es noch attraktiver für Fachkräfte zu machen?
- Wie können wir die Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern in den Arbeitsmarkt effektiver gestalten?
- Wie können wir einen gesellschaftlichen Konsens erreichen, so dass sich niemand im Stich gelassen fühlt?

2. ZUWANDERUNG VERSTEHT SICH IM RAHMEN VON INFRASTRUKTURELLER WEITERENTWICKLUNG UND INTERKULTURELLER ÖFFNUNG

Es gibt drei Dimensionen von Zuwanderung: jene, bei der Menschen aufgrund von Krieg und Verfolgung in Schleswig-Holstein einen sicheren Hafen suchen, jene, bei der sie aufgrund von fehlenden Perspektiven und Armut nach Schleswig-Holstein kommen, und jene, bei der hochqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, insbesondere aus der Europäischen Union, in Schleswig-Holstein Selbstverwirklichung anstreben.

Für Asylsuchende und Flüchtlinge müssen wir entsprechende Strukturen der Erstversorgung schaffen; für alle, die längerfristig oder dauerhaft im Land bleiben werden, Unterstützung bei der Integration. Die aktuelle Flüchtlingszuwanderung zeigt deutlich, dass hier insbesondere Verwaltung und Zivilgesellschaft bereits einen wesentlichen Beitrag leisten. Dieses Engagement gilt es weiter zu unterstützen und Akteure dafür stärker als bisher miteinander zu vernetzen.

Durch konsequente Antidiskriminierungs- und Gleichstellungspraktiken sowie eine Landesentwicklung mit breitem Ansatz ist Schleswig-Holstein integrationsfähig. Wir arbeiten gemeinsam für Integration vom ersten Tag an. Jeder kann zum wirtschaftlichen, aber auch gesellschaftlichen Wachstum und Wohlergehen des Landes beitragen, beruflich Fuß fassen und privat Wurzeln schlagen. Eine Haltung der Offenheit, die auf Teilhabe und Inklusion zielt, ist dabei für das Land ein unverzichtbares Element.
Dafür werden wir die verwaltungsinternen Organisationsstrukturen und die Vernetzungen mit anderen Akteuren optimieren und an den Bedürfnissen einer Willkommens- und Anerkennungskultur ausrichten. Gleichzeitig müssen wir aber auch die Grenze zwischen Belastung und Überlastung im Blick haben und reagieren können. Hierfür müssen wir bestehende Ängste in der Gesellschaft stärker aufgreifen, für Aufklärung sorgen und den Dialog suchen.

Die Menschen, die zu uns kommen, müssen umfassend integriert werden. Die Integration gelingt im Zusammenspiel von Wohnen, Bildungsangeboten, Arbeiten und interkultureller Öffnung. Die meisten Personen ohne deutschen Pass leben in Schleswig-Holstein in oder nahe den größeren Städten, in denen es eine angemessene Infrastruktur, vor allem Arbeitsmöglichkeiten und Hochschulen, aber auch Zugang zu Integrationsmaßnahmen gibt. Insbesondere im städtischen Bereich können gute Strukturen weiterhin optimiert werden. Aber auch der ländliche Raum braucht Zuwanderung und muss Migration und Integration mit anderen wichtigen Zukunftsaufgaben wie dem Erhalt der öffentlichen Infrastruktur verknüpfen. Dabei müssen ländliche Gegebenheiten als Standortvorteil genutzt werden. Die Vernetzung und Zusammenarbeit von Unternehmen und Kommunen sind besonders wichtig für die Entwicklung der ländlichen Region sowie für die Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern. Die Landesregierung will Kommunen darin stärken, in der Zuwanderung eine Chance zu sehen, und Diskussionsprozesse einleiten.

Darüber hinaus sind wir auf den Zuzug qualifizierter Fachkräfte angewiesen und müssen daher die Rahmenbedingungen anpassen: von attraktiven Arbeitsplatzangeboten bis hin zu einer gelebten Willkommens- und Anerkennungskultur der Gesellschaft. Die Attraktivität Schleswig-Holsteins sollte auch im Ausland durch entsprechende Initiativen bekannt gemacht werden. Damit werden insbesondere Hochschulen zu wichtigen Akteuren in der Migrations- und Integrationspolitik. Die Potenziale der Zuwanderung internationaler Studierender müssen in Zukunft noch stärker als bisher genutzt werden. Unsere Hochschulen müssen nicht nur für ausländische Studentinnen und Studenten attraktiver werden, sondern es braucht auch Strategien zur Bindung von ausländischen Absolventinnen und Absolventen an Schleswig-Holstein nach ihrem Studium. Dazu gilt es auch, Studienstrukturen weiter zu internationalisieren.

Hierfür müssen wir folgende offene Leitfragen adressieren:

- Wie können wir das Zusammenleben in allen Teilräumen des Landes unter Wahrung des sozialen Friedens und zum Wohle aller Beteiligten gestalten und umsetzen?
- Welche Rolle werden in Zukunft unterschiedliche Kulturen und Religionen in der Gesellschaft spielen?
- Welche Rolle können Akteure aus Wirtschaft oder Zivilgesellschaft bei der Integration übernehmen und welche Strukturen müssen wir dafür schaffen?
- Wie können wir bereits funktionierende gesellschaftliche Bündnisse und Initiativen im Land unterstützen, die fundamentale Beiträge für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen leisten?

FOLGEABSCHÄTZUNGEN DER STRATEGISCHEN LEITLINIE

Damit Zuwanderung in Schleswig-Holstein gelingt, müssen wir es zum einen schaffen, eine Willkommenskultur und -struktur dauerhaft zu etablieren, die darauf fußt, dass Zuwanderung als Bereicherung wahrgenommen wird. Zum anderen braucht es gemeinsame Anstrengungen von Land, Kommunen und Unternehmen, um die „Integration vom ersten Tag an" sowohl von Flüchtlingen als auch anderen Zuwanderungsgruppen, wie Fachkräften, erfolgreich zu gestalten. Dies darf aber nicht zulasten sozial Schwacher oder Benachteiligter gehen, sondern mit Augenmaß und dem Blick auf die Gesellschaft als Ganzes. Gelingt es, diesen Rahmen zu schaffen, dann profitiert das Land kulturell und wirtschaftlich von der Bereicherung durch die neuen Fähigkeiten und Potenziale. Die Versorgungssicherung in ländlichen Räumen kann dank Zuwanderung gestützt, die demografisch bedingte Fachkräftelücke, insbesondere im Handwerk, zumindest verringert werden. Auch die kulturelle Vielfalt und Internationalität des Landes wird erhöht. Dies ist vor dem Hintergrund einer gezielten Internationalisierung und Vernetzung des Landes nach innen und außen essentiell für das Bestehen im Standortwettbewerb. So wird aus der Herausforderung Zuwanderung ein Beitrag zur Stärkung der Zukunftsfähigkeit Schleswig-Holsteins.

Schleswig-Holstein – ein lebenswerter Arbeitsplatz

Schleswig-Holstein bietet neue Perspektiven in allen Lebensbereichen. Ob privat oder beruflich, das Land bietet viele attraktive Möglichkeiten zur individuellen Entwicklung. Im Fokus steht die Lebensqualität – um sie zu erhalten und zukunftsorientiert zu gestalten braucht es innovative Köpfe, die schon heute an morgen denken. Viele Betriebe und Unternehmen haben deshalb ihr Angebot ausgebaut, um offene Stellen zu besetzen. Das ATLANTIC Hotel in Kiel geht mit gutem Beispiel voran. Bei der Bindung von Fachkräften wird besonderer Wert auf innerbetriebliche Aus- und Weiterbildungen gelegt sowie auf Maßnahmen für ein gutes Betriebsklima. Neben dem kollegialen Umfeld und den Möglichkeiten für Weiterbildung spielen auch Gehalt und eine ausgewogene Work-Life-Balance eine wichtige Rolle. Zusätzlich bietet Schleswig-Holstein auch ausländischen Fachkräften die Chance, ihren Beruf auszuüben oder sich in ihrer Branche weiterzuentwickeln. Unter dem Motto „Gelernt ist gelernt", eine Initiative der IHK, werden im Ausland erworbene Berufsqualifikationen auf den Prüfstand gestellt und einem deutschen Referenzberuf zugeordnet – und Schleswig-Holstein als Zuwanderungsland damit noch attraktiver.





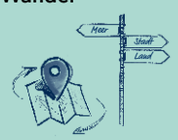
Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine Perspektive bieten

Was wird aus mir in Zukunft? Welche Chance habe ich auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt? Fragen, die sich alle Jugendlichen einmal stellen. Doch für diejenigen mit Migrationshintergrund bleibt es ein besonders heikles Thema. Um sie zu unterstützen, gibt es in Schleswig-Holstein das Projekt „Ausbildung und Integration für Migranten" (AIM). Und Arbeitgeber wie Alaattin Barutcu von der Lübecker „Autolackierung Lehmann". Er kam selbst als Migrant nach Deutschland, heute ist er der Firmeninhaber. Eine Erfolgsgeschichte, die Jugendliche mit Migrationshintergrund besonders motiviert. Bestes Beispiel: seine drei Azubis, die nach der Schule eigentlich keine Chance auf einen Ausbildungsplatz hatten. Alaattin Barutcu schenkte ihnen trotzdem sein Vertrauen, bot ihnen Langzeitpraktika an und machte sie so fit für die Ausbildung. Jetzt streben alle einen erfolgreichen Abschluss zum Fahrzeuglackierer an.

Zuhören, beraten, unterstützen – das ist die Erfolgsformel der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Projekts AIM. Und jeden Tag zeigt sich aufs Neue: Mit der notwendigen finanziellen Unterstützung und den richtigen Methoden lässt sich Zuwanderung erfolgreich gestalten. Daran sollten wir uns bei der Bewältigung der kommenden Herausforderungen orientieren.



DIE LES ALS DACHSTRATEGIE DER TEILSTRATEGIEN DER MINISTERIEN

Leitlinien	STK	MJKE	MSB	MIB	MELUR	FM	MWAVT	MSGWG
Digitalisierung 	*E-Government-Strategie (Entwurf)*	Elektronischer Rechtsverkehr Neues IT-Justizgesetz	Lernen mit digitalen Medien	Bekämpfungskonzeption Cybercrime		Sonderprogramm „IMPULS 2030“	Breitband 2030 Bündnis für Industrie.SH	Strategie 2020 der Landesregierung Schleswig-Holstein für Open Access Digitale Agenda: Medienkompetenz und Teilhabe Strategie zur Entwicklung von Open Science
Lebensqualität 	Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein 2010	*Landesstrafvollzugsgesetz (Entwurf)* Kulturperspektiven Schleswig-Holstein		Schwimmsportstättenförderung Sportförderung Kompass 20+ Feuerwehrwesen und Katastrophenschutz – Ein Orientierungsrahmen für das Land Schleswig-Holstein Landeskonzept Wohnungseinbruchsdiebstahl Landesprogramm zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung Landesprogramm zur Vorbeugung und Bekämpfung von religiös motiviertem Extremismus in Schleswig-Holstein Organisationsleitlinien der Landespolizei	Generalplan Küstenschutz Halligen 2050 Niederungen 2050 Umsetzung der EU-Wasserrichtlinien (WRRL, HWRL, MSRL)	Sonderprogramm „IMPULS 2030“	Regionale Innovationsstrategie (RIS.SH) Fördergrundsätze Landesprogramm Arbeit Nachwuchskräftekonzept Landesprogramm Wirtschaft	Gleichstellungsstrategien Landesinitiative Bürgergesellschaft Betreuungsqualität und -angebot für 0–6-Jährige, Sicherung und Weiterentwicklung Landespflegebericht Umsetzung Demenzplan Umsetzungsstrategie UN-Behindertenrechtskonvention Krankenhausplan des Landes Schleswig-Holstein Psychiatriebericht Präventionsstrategie Landesrahmenvereinbarung zum Präventionsgesetz Arbeitsschutzkonzept für Schleswig-Holstein Sozialberichterstattung als Teil strategischer Sozialplanung
Regionen im Wandel 	Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein 2010			Wohnungsbauprogramm „Erleichtertes Bauen“ Kommunaler Investitionsfonds (KIF) Städtebauförderungsprogramme Landesprogramm Wirtschaft/Nachhaltige Stadtentwicklung-Stadt im Wandel Kompass 20+ Feuerwehrwesen und Katastrophenschutz – Ein Orientierungsrahmen für das Land Schleswig-Holstein	Landesprogramm Ländlicher Raum 2014–2020 Generalplan Küstenschutz Halligen 2050 Niederungen 2050	Sonderprogramm „IMPULS 2030“ Zukunft Steuerverwaltung 2020	Landesprogramm Wirtschaft	Kommunale Sozialplanung

STK
Staatskanzlei

MJKE
Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

MSB
Ministerium für Schule und Berufsbildung

MIB
Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

MELUR
Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

FM
Finanzministerium

MWAVT
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

MSGWG
Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

Leitlinien	STK	MJKE	MSB	MIB	MELUR	FM	MWAVT	MSGWG
Bildung 		Theaterkonzept Gedenkstätten-konzept	Qualitätsstrategie des MSB Konzept „Inklusive Schule“ von 2014, Arbeitspapier von 2015 Konzept „Lernen mit digitalen Medien“ Stärkung der beruflichen Bildung Ganztag in Schleswig-Holstein		Bildungskonzept Nationalparkregion	Sonderprogramm „IMPULS 2030“		Neues Hoch-schulgesetz Strategie 2020 der Landesregierung Schleswig-Holstein für Open Access
Wirtschaft 	Landesentwicklungs-plan Schleswig-Holstein 2010			Wohnungsbau-programm Programm Städte-bauförderung	Generalplan Küstenschutz Halligen 2050 Landesprogramm ländlicher Raum 2014 bis 2020 *Klimaschutzgesetz (Entwurf)* Energiewende- und Klimaschutz-bericht Aquakultur-strategie Tourismusstrategie Weltnaturerbe Wattenmeer Energiepolitische Strategie der Landesregierung Operationelle Programme EU-Strukturfonds (ELER)	Sonderprogramm „IMPULS 2030“	Regionale Innova-tionsstrategie (RIS.SH) Landesprogramm Wirtschaft Clusterstrategie des Landes Bündnis für Industrie.SH Tourismusstrategie Fachkräfteinitiative „Zukunft im Norden“ Landesinitiative Zukunft Meer Masterplan Marine Biotechnologie Operationelle Pro-gramme EU-Struktur-fonds (EFRE, ESF) Breitbandstrategie des Landes	Sozialverträgliche, gesundheitsge-rechte Gestaltung der Arbeitswelt 4.0 unterstützen Weiterentwicklung inklusiver Arbeits-markt
Mobilität der Zukunft 					Landesstrategie Elektromobilität	Sonderprogramm „IMPULS 2030“	Landesnahverkehrs-plan (bis 2017) Mobilitätsstrategie Straßenzustands-bericht Bericht zum Zustand der Landesstraßen in SH 2014 incl. Er-haltungsprogramm 2014–2017 Landesweites Rad-verkehrsnetz (LRVN)	

STK
Staatskanzlei

MJKE
Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

MSB
Ministerium für Schule und Berufsbildung

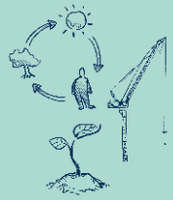
MIB
Ministerium für Inneres und Bundesangelegen-heiten

MELUR
Ministerium für Energie-wende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

FM
Finanzministerium

MWAVT
Ministerium für Wirt-schaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

MSGWG
Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissen-schaft und Gleichstellung

Leitlinien	STK	MJKE	MSB	MIB	MELUR	FM	MWAVT	MSGWG
Lebensgrundlagen 	Landesentwicklungs-plan Schleswig-Holstein 2010			Klimapakt Landesprogramm Wirtschaft/Nach-haltige Stadtentwicklung-die energieeffiziente Stadt	Landesprogramm ländlicher Raum 2014 bis 2020 Umsetzung der Natura-2000-Richt-linien (Vogelschutz, FFH) Umsetzung der EU-Wasserrichtlinien (WRRL, HWRL, MSRL) Wattenmeer 2100 Halligen 2050 Generalplan Küstenschutz Klimaschutzziele/ Energiewende- und Klimaschutzbericht Novelle Landes-naturschutzgesetz Klimaschutzgesetz (Entwurf) Landschafts-programm Landschaftsrahmen-pläne		Fördergrundsätze Landesprogramm Arbeit bis 2020	
Vernetzung 		Rahmenplanung Deutsch-Dänische Zusammenarbeit des Landes Handlungskonzept Ostseekooperation STRING-Strategie 2030 Ostseebericht Europabericht Gemeinsame Minister-erklärung zu Wachstum und Wirtschaftsentwick-lung im deutsch-dänischen Grenzland					Regionale Innovati-onsstrategie (RIS.SH) Clusterstrategie des Landes	
Zuwanderung 			Konzept „Durchgän-gige Sprachbildung in der allgemeinen und beruflichen Bildung“	Migrations- und Integrationsstrategie des Landes SH Flüchtlingspakt Wohnungsbau-programm „Erleich-tertes Bauen“		Sonderprogramm „IMPULS 2030“	Fachkräfteinitiative „Zukunft im Norden“	

STK
Staatskanzlei

MJKE
Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

MSB
Ministerium für Schule und Berufsbildung

MIB
Ministerium für Inneres und Bundesangelegen-heiten

MELUR
Ministerium für Energie-wende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

FM
Finanzministerium

MWAVT
Ministerium für Wirt-schaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

MSGWG
Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissen-schaft und Gleichstellung

SCHLESWIG-HOLSTEIN VON MORGEN

4

DIALOG

Die Zukunft des echten Nordens geht uns alle an. Daher entwickelt ein Fachdialog mit Akteuren aus allen Bereichen Schleswig-Holsteins das Grünbuch weiter zum Weißbuch.



DIALOG:
FÜR DAS STARKE SCHLESWIG-HOLSTEIN VON MORGEN

DER FACHDIALOG IM ÜBERBLICK UND AUSBLICK

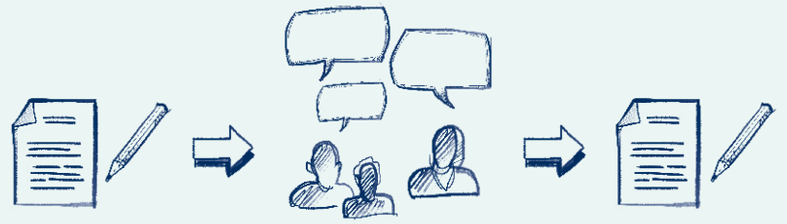
Wir sehen, uns steht eine Menge Arbeit bevor. Wir sehen aber auch – es kann sich lohnen. Denn wir wollen das Beste aus unseren Chancen machen. Dafür vertrauen wir auf unsere Stärken. Die geographische Lage, die manchmal recht raue Natur, unsere bewegte Geschichte, unser kultureller Reichtum und die gesellschaftliche Vielfalt. Diese Aspekte haben uns zu dem gemacht, was wir sind: zum echten Norden. Bodenständig, unaufgeregt, pragmatisch.

Nun gilt es, die richtigen Weichen zu stellen. Durch unsere Bürgerinnen und Bürger, Sozialpartner, Unternehmen, Verbände, zahlreichen Bildungsinstitutionen und nicht zuletzt auch durch die Politik verfügen wir über viele Ideen, Vorschläge und kluge Gedanken, die dazu beitragen werden, die beste Zukunft Schleswig-Holsteins möglich zu machen. Niemand hat ein Gestaltungsmonopol. Deshalb kann es nur einen möglichst gemeinsamen Ansatz geben und die Landesregierung wird sich dafür einsetzen, dass es ein möglichst breiter Konsens im Interesse unseres Landes wird. So ist auch dieses Grünbuch entstanden. Indem wir uns in einem umfassenden Strategieprozess gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern im Land mit der Zukunft Schleswig-Holsteins auseinandergesetzt haben. Daran knüpfen wir nun an.

Wir werden daher bis Sommer 2016 einen Fachdialog mit Akteuren aus allen Bereichen Schleswig-Holsteins umsetzen, aus der Wirtschaft, den Kommunen, Verbänden und Interessengruppen und auch aus der interessierten Öffentlichkeit. Dies soll uns helfen, Gestaltungschancen, Streit- und Knackpunkte, aber auch mögliche Kompromisslinien besser zu erkennen. Wichtige Zwischenergebnisse dieses Fachdialogs werden wir im Rahmen von Veranstaltungen sammeln und in die Weiterentwicklung dieses Grünbuchs einfließen lassen. Das Grünbuch ist dabei keine Zusammenfassung getroffener Entscheidungen. Vieles ist offen und wird erst im Weißbuch definiert. Nähere Informationen finden Sie auf:

www.les.schleswig-holstein.de

Wir laden Sie nun herzlich ein: Diskutieren Sie mit und lassen Sie uns daran arbeiten, die Zukunft Schleswig-Holsteins gemeinsam zu gestalten.



Grünbuch | Fachdialog | Weißbuch

GLOSSAR



BASISBRANCHEN
Die Basisbranchen sind die wirtschaftlichen Grundlagen Schleswig-Holsteins. Zu den Basisbranchen gehören in Schleswig-Holstein der Tourismus, die Logistik, der Maschinenbau, der Versorgungsbereich der Gesundheitswirtschaft sowie die Landwirtschaft.

BEST-AGER(-PHASE)
Die Best-Ager-Phase beginnt mit dem 50. Lebensjahr und als Best-Ager wird eine Altersgruppe mit überdurchschnittlichem Einkommen, verbunden mit Konsumfreude und hohen Qualitätsansprüchen, bezeichnet.

BIG DATA
Als Big Data werden die Sammlung und Auswertung immer größerer Datenmengen bezeichnet, die durch technische Fortschritte sowohl bei Prozessoren als auch in der Sensorik, aber auch in den Analysemethoden ermöglicht werden.

CLUSTER
Als Cluster gelten regionale Branchenschwerpunkte und Orte, an denen sich eine Vielzahl von Unternehmen und damit verbundene Einrichtungen konzentrieren, die im selben oder in einem ähnlichen Wirtschaftszweig oder Themenbereich tätig sind.

CROSS INNOVATION
Der Begriff Cross Innovation beschreibt die branchen- bzw. disziplinübergreifende Zusammenarbeit von Kreativschaffenden und bspw. Unternehmen aus dem verarbeitenden Gewerbe, Hightech-Branchen, der Gesundheits- oder Automobilwirtschaft.

DIGITALER WANDEL
Der digitale Wandel oder die Digitalisierung bündelt Veränderungen, die auf Basis einer schnellen und breiten Adaption neuer Informations- und Kommunikationstechnologien in Wirtschaft und Gesellschaft realisiert werden können. Sie haben jeweils für sich und erst recht in Wechselwirkung miteinander ein großes Potenzial, die Art und Weise, wie wir wirtschaften und arbeiten, grundlegend zu beeinflussen.

E-GOVERNMENT
E-Government beschreibt die Nutzung digitaler Informations- und Kommunikationstechnologien zum Datenaustausch innerhalb und zwischen staatlichen Institutionen. Auch die Kommunikationsverlagerung von Bürgerinnen und Bürgern und staatlichen Stellen fällt unter diesen Begriff.



E-LEARNING
E-Learning kann mit „elektronisch unterstütztes Lernen“ übersetzt werden. Darunter werden alle Formen des Lernens zusammengefasst, bei denen elektronische oder digitale Medien für die Distribution von Lernmaterial wie auch zur zwischenmenschlichen Kommunikation zwischen Lehrenden und Lernenden zum Einsatz kommen.

ENTGRENZUNG
Der Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien ermöglicht eine Entgrenzung der Arbeit, des sozialen und gesellschaftlichen Lebens und Wirkens, d. h., dass sich Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe räumlich, zeitlich und organisational zugunsten einer neuen Offenheit und Flexibilität verändern.

FOOD PROCESSING
Food Processing ist synonym zur Lebensmittelverarbeitung zu verstehen und meint die Behandlung von landwirtschaftlich erzeugten Rohwaren mit dem Ziel, dem Verbraucher eine große Auswahl qualitativ hochwertiger und sicherer Lebensmittel in ausreichender Menge zur Verfügung zu stellen.

GENERATION Y
Als Generation Y wird die Bevölkerungskohorte zusammengefasst, die zwischen den Jahren 1980 und 1999 geboren ist.

GRÜNDERSZENE
Der Begriff Gründerszene fasst alle Personen und Institutionen zusammen, die entweder ein Unternehmen gegründet haben, eines gründen wollen oder in Kontakt mit den jeweiligen Unternehmen der Szene stehen.

HOMECOMING EXPERTS
Der Begriff Homecoming Experts beschreibt gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nach längerem Aufenthalt in anderen Städten/Ländern in ihre Heimat zurückkehren. In der globalisierten Welt nimmt die Anzahl der Personen, die aufgrund von Studium oder Arbeit zeitlich begrenzt fortziehen, stetig zu.

INDUSTRIE 4.0
Das Schlagwort Industrie 4.0 beschreibt einen Umbruch im produzierenden Sektor. Leitbild der Industrie 4.0 ist eine hochautomatisierte und vernetzte industrielle Produktions- und Logistikkette. Dabei verschmelzen virtuelle und reale Prozesse auf der Basis sogenannter cyberphysischer Systeme.

INTERNET DER DINGE

Der Begriff Internet der Dinge bezeichnet die Vernetzung von Gegenständen mit dem Internet, damit diese Gegenstände selbstständig über das Internet kommunizieren und so verschiedene Aufgaben für den Besitzer erledigen können. Der Anwendungsbereich erstreckt sich dabei von einer allgemeinen Informationsversorgung über automatische Bestellungen bis hin zu Warn- und Notfallfunktionen.

KMU

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ist die Sammelbezeichnung für Unternehmen, die definierte Grenzen hinsichtlich Beschäftigtenzahl, Umsatzerlös oder Bilanzsumme nicht überschreiten. Von den rund 900.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Schleswig-Holstein arbeiten 686.000 Menschen (rd. 76 Prozent) im Mittelstand.

LIFE SCIENCES

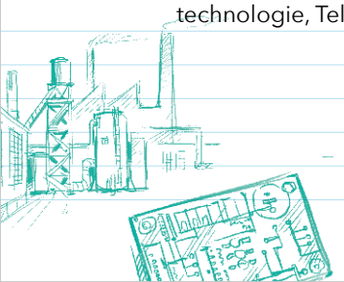
Für die interdisziplinären Biowissenschaften haben sich die Begriffe „Life Sciences“ und, davon abgeleitet, „Lebenswissenschaften“ etabliert, wobei insbesondere die biomedizinisch ausgerichtete Industrie den Begriff „Life Sciences“ pflegt. Diesen verbindet man daher heute vielfach mit anwendungs- und marktorientierter Forschung. Zu den Life Sciences zählen Forschungsrichtungen und Ausbildungsgänge, die sich mit Prozessen oder Strukturen von Lebewesen beschäftigen oder an denen Lebewesen beteiligt sind, vor allem aus den Branchen Medizintechnik, Biotechnologie und Pharmazeutik.

MOBILES ARBEITEN

Mobiles Arbeiten bezeichnet das Arbeiten außerhalb der Betriebsstätte. Es umfasst die Arbeit von zuhause aus (Telearbeit, alternierende Telearbeit), die Arbeit beim Kunden (z. B. Service oder Vertrieb), die Arbeit von unterwegs aus (z. B. Flugzeug, Hotelzimmer) und die Arbeit im Rahmen von Dienstreisen (z. B. Messe, Kongress).

SPEZIALISIERUNGSFELDER

In den sogenannten Spezialisierungsfeldern verfügt Schleswig-Holstein über wettbewerbsfähige Stärken, gut ausgeprägte Clusterstrukturen und damit korrespondierende Schlüsseltechnologien. Die sechs Spezialisierungsfelder sind: maritime Wirtschaft, Life Sciences, Erneuerbare Energien, Ernährungswirtschaft, Tourismus sowie Informationstechnologie, Telekommunikation und Medien.





TELEARBEIT

Der Begriff Telearbeit beschreibt ein Arbeitsverhältnis, bei dem zumindest ein Teil der Arbeit außerhalb der Unternehmensstandorte geleistet wird. Oftmals werden die Arbeitsergebnisse digital dem Arbeitgeber zugesandt.

TELEMEDIZIN

Die Telemedizin bezeichnet die Diagnostik und Therapie unter Überbrückung einer zeitlichen und/oder räumlichen Distanz. Hierbei wird mittels Telekommunikation zwischen Arzt und Betroffener bzw. Betroffenem kommuniziert.

WERTEWANDEL

Die Veränderung der gesellschaftlichen und individuellen Wertvorstellungen und Normen wird als kultureller Wertewandel bezeichnet.

WISSENSGESELLSCHAFT

In einer Wissensgesellschaft werden Wissen und dessen Organisation zur Grundlage des sozialen Zusammenlebens und zu einer herausragenden ökonomischen Ressource, die in hohem Maße über die Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften entscheidet. Arbeit geschieht verstärkt in der Form von Wissens- und Kopfarbeit. Dabei sind der Zugang zu Wissen und die Teilhabe an Wissen über Bildung zentrale soziale Fragen.

WORK-LIFE-BALANCE

Work-Life-Balance steht für das Verhältnis von Beruf und Privatleben. Von einer ausgeglichenen Work-Life-Balance spricht man daher, wenn beide Lebensbereiche ausreichend Raum in der individuellen Lebensplanung finden.

YOUTUBER

Ein Nutzer der Video-Sharing-Website YouTube, der in einem Kanal Videos mit zumeist eigenen Inhalten zur Verfügung stellt, wird als YouTuber bezeichnet. Prominente YouTube-Kanäle haben oftmals Millionen von Abonnenten.

ZUKUNFT MEER

In Schleswig-Holstein ist bereits 2004 die Landesinitiative „Zukunft Meer“ entstanden. Sie umfasst eine Reihe von strategischen Instrumenten und wirkt meerespolitisch integrativ und ist innovativ. Die Landesregierung legte damit die Grundlage für maritimes Regierungshandeln: Ein Zusammenspiel aller Ministerien der Landesregierung ermöglicht hierdurch die Vertretung aller relevanten maritimen Sektoren in Schleswig-Holstein.

QUELLEN

[1] Deutsche Post: Glücksatlas 2015, unter: www.gluecksatlas.de/cms/2015/regionen_2015.html [28.04.2016].

[2] Finanzministerium Schleswig-Holstein (2015): Finanzplan Schleswig-Holstein 2015–2019. Finanzplan-Fortschreibung 2020-2025. Verfügbar unter: www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/H/haushalt_landeshaushalt/Downloads/finanzplan2015_2025.pdf;jsessionid=CE8ED08CB599191FCB683D4DFC4E916A?__blob=publicationFile&v=2 [28.04.2016].

[3] Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2014): Ein- und Ausfuhr des Landes Schleswig-Holstein 2013 – nach Ländern. Verfügbar unter: www.statistik-nord.de/uploads/tx_standocuments/G_III_1_G_III_3_j13_SH_nach_Laender.pdf [28.04.2016].

[4] Initiative D21 (2014): D21-Digital-Index 2014 – Die Entwicklung der digitalen Gesellschaft in Deutschland. Verfügbar unter: www.initiatived21.de/wp-content/uploads/2014/11/141107_digitalindex_WEB_FINAL.pdf [28.04.2016].

[5] Point Topic (2013): Broadband Coverage in Europe in 2012. Mapping broadband in Germany. Verfügbar unter: www.point-topic.com/free-analysis/mapping-broadband-germany [28.04.2016].

[6] Eigene Berechnungen des Breitbandkompetenzzentrums Schleswig-Holstein (www.bkzsh.de).

[7] DiWiSH (2013): Branchenportrait der Digitalen Wirtschaft in Schleswig-Holstein. Verfügbar unter: www.diwish.de/files/diwish/DiWiSH/Bilder_Dateien/Clustermanagement/150220_DIWISH_Branchenportrait_WEB.pdf [28.04.2016].

[8] Bundesverband WindEnergie (2015): Verfügbar unter: www.wind-energie.de/infocenter/statistiken/bundeslaender/windenergie-schleswig-holstein [28.04.2016].

[9] MELUR, Pressemitteilung vom 21.05.2014: „Heute 100 Prozent Erneuerbarer Strom - künftig noch viel mehr: Schleswig-Holstein bleibt führender Energiewendestandort" – Minister Habeck stellt Gutachten zum Ausbau der Erneuerbaren Energien vor. Verfügbar unter: www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/V/Presse/PI/2014/0514/MELUR_140521_Energiepotenzialanalyse.html [28.04.2016].

[10] Destatis – Statistisches Bundesamt (2015): Forschung und EntwicklungInterne Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie deren Anteil am Bruttoinlandsprodukt nach Bundesländern 2011 bis 2013. Verfügbar unter: www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/BildungForschungKultur/ForschungEntwicklung/Tabellen/FuEAusgabenUndBIPZeitreihe.html [28.04.2016].

[11] Destatis – Statistisches Bundesamt (2014): Forschung und Entwicklung – Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung 2012 am Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach Bundesländern und Sektoren in %. Verfügbar unter: www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/BildungForschungKultur/ForschungEntwicklung/Tabellen/FuEAusgabenUndBIPZeitreihe.html [28.04.2016].

[12] Landesregierung Schleswig-Holstein (2015): Mittelstand. Verfügbar unter: www.schleswig-holstein.de/DE/Themen/M/mittelstand.html [28.04.2016].

[13] Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW): Deutschland in Zahlen. Verfügbar unter: www.deutschlandinzahlen.de/tab/bundeslaender/wissenschaft-forschung/patente/patentanmeldungen-je-100000-einwohner [28.04.2016].

[14] Destatis – Statistisches Bundesamt (2015): Bevölkerung Deutschlands bis 2060 – 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Verfügbar unter: www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/BevoelkerungDeutschland2060Presse5124204159004.pdf?__blob=publicationFile [28.04.2016].

[15] Bundesagentur für Arbeit: Presse-Information 54/2015 (16.12.2015): Bilanz 2015 für Schleswig-Holstein. Verfügbar unter: www.arbeitsagentur.de/web/content/DE/service/Ueberuns/Regionaldirektionen/Nord/Presse/Detail/index.htm?dfContentId=L6019022DSTBAI799939 [28.04.2016].

[16] Landesregierung Schleswig-Holstein (2015): Ausgangslage Fachkräfte. Verfügbar unter: www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/F/fachkraefte/Ausgangslage_Neu.html [28.04.2016].

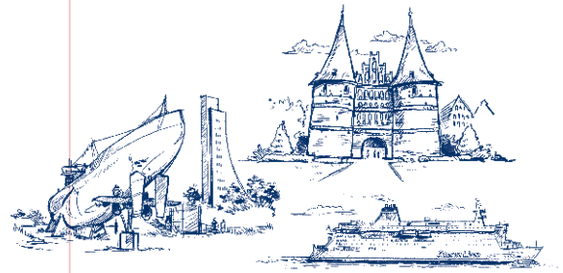
[17] Academic Ranking of World Universities (2015): Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Verfügbar unter: www.shanghairanking.com/de/World-University-Rankings/University-of-Kiel.html [28.04.2016].

[18] Statista (2016): Anzahl der Studierenden an Hochschulen in Deutschland nach Bundesländern im Wintersemester 2015/2016. Verfügbar unter: http://de.statista.com/statistik/daten/studie/255209/umfrage/studierende-an-hochschulen-in-deutschland-nach-bundeslaendern [28.04.2016].

[19] Statistisches Bundesamt (2013): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 01.03.2013.

[20] Landesportal Schleswig-Holstein (2016): Kindertageseinrichtungen – Allgemeine Informationen. Verfügbar unter: www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/K/kindertageseinrichtungen/kindertageseinrichtungen_Allgemeine_Information.html [28.04.2016].





[21] Landesportal Schleswig-Holstein (2016): Schleswig-Holstein – Zahlen zur Bildung. Verfügbar unter: www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/L/landLeute/zahlenFakten/bildung.html [28.04.2016].

[22] Landesportal Schleswig-Holstein (2016): Die Themen und Aufgaben der Landesregierung – Lehrerinnen und Lehrer. Verfügbar unter: www.schleswig-holstein.de/DE/Themen/L/lehrer_innen.html [28.04.2016].

[23] Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein (2014): Grundlagen zur Landesentwicklungsstrategie Schleswig-Holstein 2030. Verfügbar unter: www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/L/landesentwicklungsstrategie/Downloads/grundlagen_LES_2030.pdf?__blob=publicationFile&v=2 [28.04.2016].

[24] Statista (2016): Anteil der Schulabsolventen/-innen mit allgemeiner Hochschulreife* an der gleichaltrigen Bevölkerung in Deutschland nach Bundesländern im Jahr 2014. Verfügbar unter: http://de.statista.com/statistik/daten/studie/255393/umfrage/anteil-der-schulabsolventen-innen-mit-abitur-in-deutschland-nach-bundeslaendern/ [28.04.2016].

[25] Rambøll (2013): Sozioökonomische Analyse des Landes Schleswig-Holstein – Anhang zum Operationellen Programm des Europäischen Sozialfonds des Landes Schleswig-Holstein 2014-2020.

[26] Bundesagentur für Arbeit (2013): Arbeitsmarkt in Zahlen. Ausbildungsstellenmarkt. Bewerber und Berufsausbildungsstellen. Land Schleswig-Holstein. September 2013.

[27] INSM-Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH (2013): Bildungsmonitor 2013.

[28] Destatis – Statistisches Bundesamt (2015): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Vorläufige Wanderungsergebnisse 2014. Verfügbar unter: www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/Wanderungen/vorlaeufigeWanderungen5127101147004.pdf?__blob=publicationFile [28.04.2016].

[29] Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten (2016): Informationen zur Flüchtlingssituation. Verfügbar unter: www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/IV/_startseite/Artikel/FluechtlingeSH.html [28.04.2016].

[30] Landesportal Schleswig-Holstein (2016): Die Themen & Aufgaben der Landesregierung – Einbürgerung. Verfügbar unter: www.schleswig-holstein.de/DE/Themen/E/einbuergerung.html [28.04.2016].

[31] Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (2016): Schleswig-Holstein postmigrantisch. Verfügbar unter: www.projekte.hu-berlin.de/de/junited/studie-schleswig-holstein-postmigrantisch [28.04.2016].

[32] Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU: Zukunft der Städte Zukunft der Städte und des ländlichen Raumes – Drucksache 18/2373. Drucksache 18/3505 vom 05.11.2015. Kiel.

[33] Ebd.

[34] Ebd.

[35] Statistisches Bundesamt (2014): Pressemitteilung Nr. 191 vom 02.06.2014. 30% der Haushalte in großen Städten setzen allein aufs Rad. Verfügbar unter: www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2014/06/PD14_191_632.html [28.04.2016].

[36] Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (2014): Verkehrsverflechtungsprognose 2030. Schlussbericht. Verfügbar unter: www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/VerkehrUndMobilitaet/verkehrsverflechtungsprognose-2030-schlussbericht-los-3.pdf?__blob=publicationFile [28.04.2016].

[37] Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut (2013): Pendeln in Hamburg. S. 16. Verfügbar unter: www.haspa.de/download/18394/hwwi-pendeln-in-hamburg.pdf [28.04.2016].

[38] Omnitrend (2014): Landesweite Marktforschung 2013 in Schleswig Holstein. Erweiterter Jahresbericht vom 02.07.2014. Verfügbar unter: www.nah.sh/assets/downloads/berichte/2014-07-02-LandesweiteMafo2013-Jahresbericht.pdf [28.04.2016].

[39] Bodenflächen in Hamburg und Schleswig-Holstein am 31.12.2013 nach Art der tatsächlichen Nutzung aus Statistische Berichte des Statistikamtes Nord (unveröffentlicht); Berechnungen MELUR (2014).

[40] Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (2016): Windenergie. Verfügbar unter: www.schleswig-holstein.de/DE/Themen/W/windenergie.html [28.04.2016].

[41] Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (2014): Der Klimawandel in Schleswig-Holstein. Verfügbar unter: www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/B/boden/klimawandel.html [28.04.2016].

[42] Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz des Landes Schleswig-Holstein (2016): Küstenschutz. Verfügbar unter: www.schleswig-holstein.de/DE/Themen/K/kuestenschutz.html [28.04.2016].



IMPRESSUM

HERAUSGEBER
Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein
Staatskanzlei
Düsternbrooker Weg 104
24105 Kiel

KONTAKT
Frank Liebrenz, frank.liebrenz@stk.landsh.de, Tel. +49 431 988-1734

KONZEPT UND DESIGN
Johanssen + Kretschmer Strategische Kommunikation GmbH
V-FORMATION – Agentur für visuelle Kommunikation GmbH

ILLUSTRATION
atelier dalmador, Matej Fidler
Graphic Recording: Visual Facilitators

FOTOS
Titel: Axel Schön, Bildbearbeitung: Michael Haberbosch
Büroklammer: Thinkstock

DRUCK
Laserline GmbH
Gedruckt auf FSC®-Papier

STAND
Mai 2016



Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der schleswig-holsteinischen Landesregierung herausgegeben.
Sie darf weder von Parteien noch von Personen, die Wahlwerbung oder Wahlhilfe betreiben, im Wahlkampf zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Kreis Rendsburg-Eckernförde
Der Landrat

Rendsburg, 19.05.2016

Beschlussvorlage Federführend: FD 5.3 Regionalentwicklung	Vorlage-Nr: VO/2016/878 Status: öffentlich Datum: 19.05.2016 Ansprechpartner/in: Dr. Kruse, Martin Bearbeiter/in: Nevermann, Malte
Mitwirkend:	**öffentliche Beschlussvorlage**

Regionalbudget der Kiel Region – Kooperationsvereinbarung

Beratungsfolge:

Status	Gremium	Zuständigkeit
Öffentlich	Regionalentwicklungsausschuss	Beratung
Öffentlich	Hauptausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

1. Der Regionalentwicklungsausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss, die Verwaltung mit dem Abschluss der anliegenden Kooperationsvereinbarung zum Regionalbudget der Kiel Region GmbH zu beauftragen. Dabei wird die Verwaltung ermächtigt, geringfügige Veränderungen an der Kooperationsvereinbarung vorzunehmen.

2. Der Hauptausschuss beschließt auf Empfehlung des Regionalentwicklungsausschusses, die Verwaltung mit dem Abschluss der anliegenden Kooperationsvereinbarung zum Regionalbudget der Kiel Region GmbH zu beauftragen. Dabei wird die Verwaltung ermächtigt, geringfügige Veränderungen an der Kooperationsvereinbarung vorzunehmen.

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:
entfällt

2. Sachverhalt:

Die Kiel Region GmbH ist die gemeinsame Gesellschaft der Kreise Plön und Rendsburg-Eckernförde und der Landeshauptstadt Kiel. Primäre Aufgabe ist es, die Zusammenarbeit der Verwaltungen, Wirtschaftsförderungen und weiteren Institutionen in der Region zu fördern mit dem Ziel, die Region im regionalen Wettbewerb zu stärken und sichtbar zu machen.

Grundlage der Zusammenarbeit ist das 2014 vorgelegte Regionale Entwicklungskonzept (REK) für die KielRegion. Die Organisation und Koordination der Zusammenarbeit liegt seit April 2014 in den Händen eines

Regionalmanagement-Teams, das bei der Kiel Region GmbH angesiedelt ist. Die im REK-Prozess etablierte Gremienarbeit wird im Regionalmanagement fortgesetzt. Aktuell liegen die Schwerpunkte der Zusammenarbeit in den Bereichen Mobilität, Fachkräftesicherung und Regionalmarketing. Neben den drei Gebietskörperschaften sind aktive Partner die Wirtschaftsförderungsgesellschaften, die IHK zu Kiel, die Unternehmensverbände Kiel und Mittelholstein die Arbeitsagenturen Kiel und Neumünster, die Kreishandwerkerschaften Kiel, Ostholstein-Plön und Rendsburg-Eckernförde, der DGB und die Förde Sparkasse.
In der Umsetzung befinden sich derzeit beispielsweise der Masterplan Mobilität, die Regionalwirtschaftliche Potentialanalyse B202/203, das Gewerbeflächen-entwicklungskonzept für den Planungsraum 2, das Beratungsnetzwerk Fachkräftesicherung und die Nacht der Wissenschaft.

Das Land Schleswig-Holstein fördert künftig Entwicklungsprozesse von Regionen und regionalen Kooperationen durch das Förderinstrument der Regionalbudgets. Mit diesem Förderinstrument sollen Regionalmanagements in die Lage versetzt werden, Maßnahmen und Projekte zur Erreichung der strategischen, aus einem Regionalen Entwicklungskonzept (REK) entwickelten Ziele umzusetzen.

Die entsprechende Richtlinie des Landes „Gewährung von Zuwendungen zur Unterstützung von Entwicklungsprozessen von Regionen und regionalen Kooperationen“ wurde am 21.03.16 im Amtsblatt Schleswig-Holstein 2016, S. 262 ff. veröffentlicht.

Mit der Förderung verbunden sind folgende Ziele:

- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Region und indirekt der KMU
- Verbesserung der Standortbedingungen
- Mobilisierung spezifischer Beschäftigungs- und Wachstumspotentiale in der Region

Gefördert werden Vorhaben zur:

1. Verbesserung der regionalen Kooperation
2. Mobilisierung und Stärkung regionaler Wachstumspotentiale
3. Verstärkung von Maßnahmen des Regionalmarketings oder
4. Verbesserung der Fachkräfteversorgung

Das Regionalbudget dient vor allem der Einbindung einer breiten Vielzahl regionaler Akteure in die Entwicklung der gemeinsamen Region. Daher sollen die geförderten Maßnahmen bzw. Projekte auch von regionalen Akteuren selbst durchgeführt werden. Dazu schließt der Träger des Regionalbudgets (in diesem Fall die Kiel Region GmbH) einen sog. Weiterleitungsvertrag, in dem die zuwendungsrechtlichen Rechte und Pflichten aus der Förderung des Regionalbudgets auf den jeweiligen verantwortlichen regionalen Akteur übertragen werden.

Regionalbudgets können mit bis zu 80% der Kosten und bis zu 300.000,-€ jährlich gefördert werden. Die Förderung ist auf drei Jahre befristet. Die bei dreijähriger Projektlaufzeit maximale Förderung in Höhe von 900.000,-€ bedarf somit eines Eigenanteils von mindestens 225.000,-€. Wird dieser nicht erbracht, ergibt sich automatisch ein geringeres Fördervolumen.

Bestandteil des Förderantrages ist eine Kooperationsvereinbarung, in der die beteiligten Parteien ihre Mitwirkung bekunden. Beteiligte Parteien sind neben der Kiel Region GmbH:

- Arbeitsagentur Kiel
- Arbeitsagentur Neumünster
- Deutscher Gewerkschaftsbund Region KERN
- Förde Sparkasse
- Industrie- und Handelskammer zu Kiel
- Kreis Plön
- Kreis Rendsburg-Eckernförde
- Kreishandwerkerschaft Ostholstein/Plön
- Kreishandwerkerschaft Rendsburg-Eckernförde
- Kreishandwerkerschaft Kiel
- Landeshauptstadt Kiel
- Unternehmensverband Mittelholstein
- Unternehmensverband Kiel

Finanzielle Auswirkungen:
Mit der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung entstehen keine finanziellen Verpflichtungen, vielmehr zielt das Wirtschaftsministerium mit dieser Kooperationsvereinbarung auf die Mitwirkungsbereitschaft der Projektpartner ab. Wenn Projekte aus dem Regionalbudget gefördert werden sollen, die eine finanzielle Beteiligung des Kreises erfordern, erfolgt die Gremienbefassung konkret zu diesen Projekten im Vorwege jeglicher Förderentscheidung.

Anlage/n:
Kooperationsvereinbarung Regionalbudget KielRegion

KielRegion

Kooperationsvereinbarung Regionalbudget KielRegion

Stand: 19.04.16

Präambel

Regionale Zusammenarbeit bietet die Chance, gemeinsam auf die Herausforderungen des wirtschaftlichen Strukturwandels, des demografischen Wandels und auch der kommunalen Finanznot zu reagieren. Die Partner des Regionalmanagements KielRegion wollen ihre konstruktive Zusammenarbeit fortführen und die Umsetzung der im Regionalen Entwicklungskonzept (REK) KielRegion abgestimmten Entwicklungsziele weiter verfolgen. Sie bekennen sich damit zu den Ergebnissen des REK KielRegion und dem darin formulierten gemeinsamen Leitbild:

A. Attraktiver Lebens- und Wohnraum;
B. Zukunftsfähiger, mittelstandsgeprägter Wirtschaftsstandort;
C. Starker Wissenschaftsstandort im Norden;
D. Bedeutsamer Tourismuswirtschaftsstandort;
E. Fachkräftepotenziale und zukunftsorientierter Arbeitsraum;
F. Moderne Mobilität;
G. Identität, Positionierung, Regionale Kooperation und Regionalmarketing.

Mit dem 2014 gestarteten Regionalmanagement KielRegion konnte erfolgreich mit der Umsetzungsphase des REK KielRegion begonnen werden. Die unterzeichnenden Partner beabsichtigen diesen Prozess durch die Nutzung eines Regionalbudgets weiter zu stärken. Das Regionalbudget bietet die Chance, die im REK KielRegion entwickelten Projektansätze zügiger umzusetzen und diese gezielt weiterzuentwickeln.

§ 1 Gegenstand und Ziele der Kooperationsvereinbarung

.

(1) Die unterzeichnenden Kooperationspartner (nachfolgend Kooperationspartner) der KielRegion schließen diese Vereinbarung zur Nutzung der Fördermöglichkeiten des Regionalbudgets auf Basis der Richtlinie des Landes Schleswig-Holstein für die Gewährung von Zuwendungen zur Unterstützung von Entwicklungsprozessen von Regionen und regionalen Kooperationen im Rahmen des Landesprogramms Wirtschaft aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW).

(2) Mit den Mitteln des Regionalbudgets sollen Projekte zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen in der KielRegion umgesetzt werden. Dabei sollen die folgenden im REK KielRegion verankerten strategischen Ziele verfolgt werden:
- Positionierung der KielRegion als attraktive Lebens-, Wohn- und Arbeitsregion;
- Stärkung der Innovationskraft;
- Steigerung der Attraktivität der KielRegion als Wirtschafts- und Gründerregion.

(3) Die Kooperationspartner verpflichten sich, durch eine aktive und unterstützende Mitarbeit einen Beitrag zum Gelingen des Projektes zu leisten.

KielRegion

§ 2 Initiativen und Projekte

(1) Die Kooperationspartner stimmen überein, zur Umsetzung der in § 1 genannten strategischen Ziele Projekte aus den folgenden drei Initiativen mit den Mitteln des Regionalbudgets zu unterstützen::

1. Initiative Wirtschaft & Mobilität;
2. Initiative Wissen & Innovation;
3. Initiative Regionalmarketing.

Im Rahmen dieser Initiativen sollen des Weiteren Projekte umgesetzt werden, die zu einer Stärkung der KielRegion in den regionalen Querschnittsthemen Innovation, Internationalisierung, Klima, Mobilität und Nachhaltigkeit beitragen.

(2) Die Zielsetzungen der Initiativen sind in der Projektbeschreibung zum Antrag auf Förderung des Regionalbudgets aus dem Landesprogramm Wirtschaft beschrieben. Der Projektantrag liegt dieser Kooperationsvereinbarung als Anlage 1 bei und ist Bestandteil dieser Vereinbarung.

(3) Gemäß den Vorgaben der GRW müssen die Projekte zudem zur Verbesserung der regionalen Kooperation, Mobilisierung und Stärkung regionaler Wachstumspotenziale, Verstärkung von Maßnahmen des Regionalmarketings oder Verbesserung der Fachkräfteversorgung beitragen.

(4) Die Durchführung der aus dem Regionalbudget zu finanzierenden Projekte muss innerhalb der max. dreijährigen Projektlaufzeit des Regionalbudgets abgeschlossen sein. Die Abrechnung der Fördermittel unterliegt der Jährlichkeit des Landeshaushaltes.

(5) Die Finanzierung der einzelnen Projekte und Maßnahmen des Regionalbudgets erfolgt mit einer Förderung in Höhe von maximal 80% und einem Eigenanteil in Höhe von mindestens 20% % des jeweiligen Projektträgers.

§ 3 Verfahren zur Auswahl der Projekte

(1) Die Auswahl der vom Regionalbudget zu finanzierenden Projekte erfolgt durch den Lenkungsausschuss des Regionalmanagements KielRegion.

(2) Die Projektentwicklung in den Initiativen ist Aufgabe aller Kooperationspartner und Gremien der KielRegion. Eine besondere Rolle kommt dabei den Facharbeitsgruppen als Träger der inhaltlichen Ausgestaltung der Kooperation zu. Aufgabe des Regionalmanagements ist es, Projektanträge zu prüfen und eine Bewertung anhand der abgestimmten Auswahlkriterien vorzunehmen. Eine vom Regionalmanagement benannte federführende Facharbeitsgruppe oder auch ein

KielRegion

Projektteam wird nach der Bewertung durch das Regionalmanagement um eine fachliche Stellungnahme gebeten. Parallel wird der eingereichte Projektantrag auf Förderfähigkeit geprüft. Bei Bedarf greift das Regionalmanagement dabei auf das Know-How der Projektpartner oder auch der Landesinstitutionen zurück. In Abstimmung mit der Projektgruppe wird der Projektantrag inklusive Bewertungsschema und fachlicher Stellungnahme dem Lenkungsausschuss vorgelegt. Dieser entscheidet dann anhand der vorgelegten Projektunterlagen sowie der Mittelverfügbarkeit im Regionalbudget über die Förderung. Nach der Sitzung informiert das Regionalmanagement den Projektträger und stimmt die Einzelheiten der Mittelauszahlung im Rahmen eines privatrechtlichen Vertrages (Weiterleitungsvertrag) ab.

(3) Die Auswahl der Projekte erfolgt anhand der vom Lenkungsausschuss beschlossenen Auswahlkriterien. Diese liegen der Kooperationsvereinbarung als Anlage 2 bei.

(4) Die Auswahl eines Projektes oder einer Maßnahme innerhalb des Regionalbudgets ist aufgrund der förderrechtlichen Gesamtverantwortung der Projektträgerin Kiel Region GmbH nicht gegen ihr Votum möglich (vgl. §5 (2)).

(5) Sofern eine finanzielle Beteiligung der Gebietskörperschaften notwendig ist, erfolgt eine Befassung der jeweils relevanten Gremien möglichst im Vorfeld der Lenkungsausschusssitzung.

§ 4 Finanzierung

(1) Die Kiel Region GmbH übernimmt für die Kooperationspartner die Trägerschaft für das „Regionalbudget KielRegion“ und beantragt eine 80%-Förderung im Rahmen des Landesprogramms Wirtschaft (Antrag mit Projektbeschreibung siehe Anlage 1 zur Kooperationsvereinbarung). Die Kooperationspartner/innen bekunden, dass sie diesen Antrag – nach erfolgter Bewilligung – in der dort beschriebenen Weise gemeinsam umsetzen wollen.

(2) Die Gesamtkosten für die Durchführung der in § 2 genannten Initiativen werden in der längstens dreijährigen Projektlaufzeit des Regionalbudgets insgesamt maximal 1.125.000,-€ betragen. Die maximale Förderung in Höhe von 900.000,-€ bedarf eines 20%-igen Eigenanteiles von mindestens 225.000,-€. Wird dieser nicht erbracht, ergibt sich automatisch ein geringeres Fördervolumen.

(3) Die Kiel Region GmbH stellt die Eigenmittel.

§ 5 Organisation / Controlling

(1) Die Gesamtkoordinierung des Projektes Regionalbudget KielRegion obliegt der KielRegion GmbH. Sie übernimmt für die Kooperationspartner alle Leistungen, die für die Antragstellung und spätere Durchführung des Regionalbudgets erforder-

KielRegion

lich sind. Dazu gehört auch die Koordination der Gremien des Regionalmanagements (Facharbeitsgruppen, Projektgruppe, Lenkungsausschuss) auch nach Ablauf bzw. Abschluss des derzeit tätigen Regionalmanagements.

(2) Die KielRegion GmbH übernimmt die förderrechtliche und finanztechnische Verantwortung und Abwicklung und verfügt daher über ein entsprechendes Veto-Recht im Projektauswahlverfahren.

(3) Die Mittel des Regionalbudgets werden als Projektförderung von der KielRegion GmbH unter den Bedingungen zur Weiterleitung von Zuwendungen nach den Verwaltungsvorschriften (insbesondere Ziffer 12) zu § 44 der Landeshaushaltsordnung im Rahmen eines privatrechtlichen Vertrages (Weiterleitungsvertrag) mit dem Letztempfänger gewährt. Darin sind die Voraussetzungen und Zweckbestimmung der Förderung sowie Rechte und Pflichten zu regeln.

(4) Das Regionalmanagement beobachtet und bewertet im Rahmen des Monitorings den Projektfortschritt und prüft die Mittelverwendung und den Verwendungsnachweis.

(5) Im Rahmen der halbjährlichen Lenkungsausschusssitzungen erfolgen durch das Regionalmanagement mit der Projektgruppe abgestimmte Berichte über abgelehnte Projektanträge und zum Stand der Dinge in den laufenden Projekten.

(6) Im Rahmen des Finanzmanagements für das Regionalbudget erstellt das Regionalmanagement Statusberichte bzgl. der Mittelverwendung und in qualitativer Hinsicht zum Verlauf der Projektumsetzung. Die Berichterstattung erfolgt im Lenkungsausschuss.

§ 6 Schlussbestimmungen

(1) Änderungen und Ergänzungen dieser Kooperationsvereinbarung bedürfen der Schriftform.
(2) Gerichtsstand für alle Streitigkeiten der Parteien aus oder in Zusammenhang mit dieser Kooperationsvereinbarung ist Kiel.
(3) Diese Vereinbarung steht unter der auflösenden Bedingung, dass ein Zuwendungsbescheid für die Förderung der Projekte mit einer Förderquote von 80% nicht erteilt wird.
(4) Der Zuwendungsbescheid wird nach seiner Erteilung dieser Vereinbarung als Anlage 3 beigefügt und wird ab seiner Bestandskraft Bestandteil dieser Vereinbarung.
(5) Die Laufzeit des Projektes Regionalbudget beträgt max. drei Jahre. Diese Vereinbarung endet, nachdem durch den Zuwendungsgeber die rechtmäßige Verwendung der Fördermittel festgestellt wurde.
(6) Sollte eine Bestimmung dieser Kooperationsvereinbarung unwirksam sein, wird

KielRegion

die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dadurch nicht berührt. Die Parteien werden die unwirksame Bestimmung unverzüglich durch eine solche ersetzen, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Bestimmung am nächsten kommt.

Anlage 1: Projektbeschreibung

Anlage 2: Auswahlkriterien

Anlage 3: Zuwendungsbescheid

Regionalentwicklungsausschuss des Kreises Rendsburg-Eckernförde

Rendsburg, 15.07.2016

Fachbereich: FD 2.5 Kommunalaufsicht und Feuerwehrwesen
Sachbearbeitung: Klaus Behrens
Telefon: 04331/202-344
E-Mail: klaus.behrens@kreis-rd.de

NIEDERSCHRIFT

-Öffentlicher Teil-

Sitzung des Regionalentwicklungsausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 08.06.2016
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:50 Uhr
Ort, Raum:	Kreis Rendsburg-Eckernförde, Kaiserstraße 8, 24768 Rendsburg, Sitzungssaal 1

Vorsitz

Albrecht , Tim

reguläre Mitglieder

Langer , Klaus
Fandrey , Eike
Kahle , Thomas
Klimach-Dreger , Martin
Koch , Holger Norbert
Kolls , Jens
Scherbarth , Kurt
Sieh-Petersen , Karola
Steckel , Raoul
Storch , Susanne
Tretbar-Endres , Martin
Wendel , Ingrid

stellvertretende Mitglieder

Eggert , Wilhelm
Jessen , Dieter
Schaper , Rolf

Verwaltung

Breuer , Volker
Kruse Dr., Martin

Nevermann , Malte
Schwemer Dr., Rolf-Oliver
Behrens , Klaus

Gäste

Horn , Andreas
Lass , Kai
Mittrich , Hartmut
Müller , Alexander
Sönnichsen , Janet
Thomsen , Sven

Tagesordnung:

1.	Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung	
2.	Einwohnerfragestunde	
3.	Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen am 23.03.2016 und 27.04.2016	
4.	Schülerbeförderung - Sachstand zur Überarbeitung der Schülerbeförderungssatzung	VO/2015/582-004
5.	Wirtschaftsförderungsgesellschaft- Bericht aus der Gesellschaft	
6.	Gemeinsames Gewerbeflächenentwicklungskonzept für den Planungsraum II Schleswig-Holstein	VO/2014/297-001
7.	Grünbuch zur Landesentwicklungsstrategie Schleswig-Holstein 2030	VO/2016/877
8.	Regionalbudget der Kiel Region – Kooperationsvereinbarung	VO/2016/878
9.	Masterplan Mobilität	
10.	Ausschreibung Stadtverkehr Rendsburg	
11.	Bus-Bahn-Konzept Kiel-Rendsburg	
12.	Verschiedenes	

Protokoll:

zu 1 Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 17.00 Uhr und stellte fest, dass der Ausschuss beschlussfähig sei. Einwendungen gegen Form und Frist der Einladung wurden nicht erhoben. Der Vorsitzende schlug vor, die Tagesordnung bei Bedarf um einen Tagesordnungspunkt „Ausschreibung Stadtverkehr Rendsburg / nicht-öffentlich“ zu erweitern. Der Ausschuss stimmte dem einmütig zu und beschloss nach der insofern erweiterten Tagesordnung zu verfahren.

zu 2 Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Anfragen vor.

zu 3 Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen am 23.03.2016 und 27.04.2016

Herr Tretbar-Endres erinnerte daran, dass dem Protokoll vom 27.04.2016 zu TOP 7 ein Zeitplan beigefügt werden sollte. Die Verwaltung sagte zu, den Zeitplan in Allris einzustellen. Weitere Anmerkungen gab es nicht. Beide Niederschriften wurden anschließend einstimmig genehmigt.

zu 4 Schülerbeförderung - Sachstand zur Überarbeitung der Schülerbeförderungssatzung VO/2015/582-004

Der Vorsitzende informierte den Ausschuss, dass bekannt geworden sei, dass Schüler den Schülerverkehr ohne die entsprechende Berechtigung nutzen würden und kündigte eine Vorlage für die nächste Ausschusssitzung an.

Anschließend berichtete Herr Breuer ergänzend zur Vorlage.

Der Landrat teilte mit, dass im Kreis Dithmarschen die Verantwortung für die Aufgabe „Schülerverkehr“ beim Kreis liege und man dort positive Erfahrungen mit dieser Regelung gemacht habe.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass die Gespräche mit den Elternvertretern und dem Gemeindetag noch ausstehen würden.

Auf die Frage von Herrn Evers, wie die in der der Vorlage beigefügten Wartezeiten erfragt worden seien, antwortete Herr Breuer, dass derzeit noch die Plausibilität der Angaben geprüft werde.

Eine von Herrn Tretbar-Endres erbetene Kostenbetrachtung wurde von Herrn Dr. Kruse für die nächste Ausschusssitzung zugesagt.

Herr Tretbar-Endres erkundigte sich nach dem weiteren zeitlichen Ablauf. Hr. Breuer sagte eine Erledigung, wie vorgesehen, zum Ende des Schuljahres zu.

zu 5 Wirtschaftsförderungsgesellschaft- Bericht aus der Gesellschaft

Der Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises, Herr Lass, berichtete über aktuelle Themen und Entwicklungen.

zu 6 Gemeinsames Gewerbeflächenentwicklungskonzept für den Planungsraum II Schleswig-Holstein VO/2014/297-001

Herr Breuer gab unter Bezugnahme auf die Vorlage ergänzende Erläuterungen.
Auf die Frage des Vorsitzenden, ob der Kreis Plön in der Angelegenheit schon einen Beschluss gefasst habe, berichtete Herr Breuer, dass die entsprechenden Vorlagen zwischenzeitlich in das dortige Auskunftssystem eingestellt worden seien.
Anschließend fasste der Ausschuss einstimmig folgende Beschlüsse:

1. Der Abschlussbericht des Gewerbeflächenentwicklungskonzepts für den Planungsraum II Schleswig-Holstein wird zur Kenntnis genommen.

2. Der Regionalentwicklungsausschuss beschließt, dem Kreistag zu empfehlen, den nachfolgend genannten Handlungsempfehlungen zuzustimmen:

   1. Wirtschaftliche Entwicklung:
      Weiterführung der aktiven Angebotsstrategie für die Entwicklung von Gewerbeflächen

   2. Gewerbeflächenentwicklung und -bedarfe:
      Nutzen der guten gesamtregionalen Situation, um Angebot und Nachfrage regional in Einklang zu bringen

      Nicht realisierbare Nachfragewünsche in einer bestimmten Teilregion in eine andere Teilregion lenken, wenn alle anderen Standortanforderungen gleichermaßen erfüllt sind

      Zeitnahe Entwicklung der sich in Planung befindlichen Gewerbeflächen (Planung + Erschließung) sichern

      Industriegebietsflächen in ausreichendem Umfang anbieten bzw. entwickeln

      Hohe Flexibilität der Gewerbeflächen (planungsrechtlich bzw. parzellierungsbezogen) beibehalten

   3. Überregional bedeutsame Standorte:
      Die 13 überregional bedeutsamen Standorte im Zuge der weiteren Wirtschaftsraumentwicklung gezielt (weiter-)entwickeln, gemeinsam und stärker vermarkten. Regional bedeutsame Nachfragen vorrangig auf diese Standorte lenken.

zu 7 Grünbuch zur Landesentwicklungsstrategie Schleswig-Holstein 2030 VO/2016/877

Ergänzend zur Vorlage berichtete Herr Breuer, dass die Möglichkeit bestehe, Anmerkungen zu dem vorliegenden Grünbuch abzugeben. Da es kein förmliches Verfahren gebe, werde die Verwaltung keine Stellungnahme abgeben.

zu 8 Regionalbudget der Kiel Region – Kooperationsvereinbarung VO/2016/878

Herr Dr. Kruse berichtete ergänzend zur Vorlage.

Auf die entsprechende Frage von Herrn Tretbar-Endres antwortete Frau Sönnichsen, dass es das Ziel sei, möglichst viele private Dritte an dem Projekt zu beteiligen, damit diese dann auch zur Kofinanzierung beitragen.

Anschließend fasste der Ausschuss einstimmig folgende Beschlüsse:

1. Der Regionalentwicklungsausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss, die Verwaltung mit dem Abschluss der anliegenden Kooperationsvereinbarung zum Regionalbudget der Kiel Region GmbH zu beauftragen. Dabei wird die Verwaltung ermächtigt, geringfügige Veränderungen an der Kooperationsvereinbarung vorzunehmen.

2. Der Hauptausschuss beschließt auf Empfehlung des Regionalentwicklungsausschusses, die Verwaltung mit dem Abschluss der anliegenden Kooperationsvereinbarung zum Regionalbudget der Kiel Region GmbH zu beauftragen. Dabei wird die Verwaltung ermächtigt, geringfügige Veränderungen an der Kooperationsvereinbarung vorzunehmen.

zu 9 Masterplan Mobilität

Frau Sönnichsen berichtete ergänzend zu dem von ihr in der Sitzung verteilten Informationsblatt (ist in Allris zu diesem TOP hinterlegt). Im Zusammenhang mit den zu beteiligenden Gremien kündigte Frau Sönnichsen an, dass Sie die Fraktionen wegen der Mitarbeit im „Projektbegleitenden Beirat“ anschreiben werde.

zu 10 Ausschreibung Stadtverkehr Rendsburg

Der Ausschussvorsitzende teilte mit, dass die Zuschlagserteilung am Vortag erfolgt und eine jährliche Einsparsumme von 500 T€ erreicht worden sei. Er bedankte sich bei den Ausschussmitgliedern, die dem Landrat und der Verwaltung anlässlich des Auftritts der Busfahrer der Firma T. H. Sievers vor dem Kreishaus den Rücken gestärkt haben.

Anschließend berichtete der Landrat über das von ihm mit den Busfahrern geführte Gespräch, bedankte sich ebenfalls für die „Rückendeckung“ durch die Ausschussmitglieder und lobte die zuständigen Mitarbeiter der Verwaltung für die professionelle Durchführung des Ausschreibungsverfahrens.

Auf die Anregung von Herrn Tretbar-Endres, dass die Firma Transdev einen Ansprechpartner hier vor Ort benenne, teilte der Landrat mit, dass mit Frau Lang bereits eine Ansprechpartnerin benannt sei und diese sich in der nächsten Sitzung des Ausschusses vorstellen solle.

Herr Horn, Geschäftsführer der T. H. Sievers GmbH, äußerte sich irritiert über die Nicht-Anerkennung einzelner Mitarbeiter als Mitarbeiter des Stadtverkehrs. Obwohl er z. B. die Mitarbeiter im ZOB-Büro zu 100% dem Stadtverkehr zugeordnet habe, würden diese nicht übernommen werden. Nach ergänzenden Erläuterungen durch die Verwaltung sagte Herr Dr. Kruse eine nochmalige Sichtung der entsprechenden Unterlagen bis Montag, 13.06.2016, zu.

Abschließend appellierte der Vorsitzende an die Firmen Transdev und T. H. Sievers GmbH, das Ergebnis der Ausschreibung anzuerkennen und keine Fronten aufzubauen. Gemeinsames Ziel müsse es sein, das Beste für alle Beteiligten zu erreichen.

zu 11 Bus-Bahn-Konzept Kiel-Rendsburg

Nach einer kurzen Einführung durch Herrn Dr. Kruse berichteten die Herrn Thomsen und Mittrich von der Fa. Autokraft GmbH anhand einer Präsentation über die von Ihnen ermittelten Ergebnisse. Zum Bahnhaltepunkt Melsdorf sei keine Aussage möglich, da dieser durch die KVG bedient werde. Eine Anbindung des Haltepunktes Bredenbek an den Busverkehr sei in dem zur Verfügung stehenden finanziellen Rahmen nicht sinnvoll möglich, für den Bereich Achterwehr, Landwehr, Schinkel werde allerdings Optimierungspotential gesehen.

Herr Schaper wies darauf hin, dass nicht nur der Schülerverkehr betrachtet werden dürfe. Erforderlich sei ein Gesamtkonzept mit einer optimalen Vertaktung.

Auch wenn es für den Haltepunkt Bredenbek aktuell keine sinnvolle Lösung gebe, dürfe man nach Auffassung von Herrn Tretbar-Endres wegen des dort s. E. vorhanden Potentials diesen nicht aus den Augen verlieren.

Herr Thomsen versicherte, dass der Dialog mit den betroffenen Gemeinden weitergeführt werde.

zu 12 Verschiedenes

Herr Breuer wies auf die Erklärung des Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein zum Öko-Strom hin.